Protokoll

der 39. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 10. Dezember 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Oliver Thommen (Grüne/jgb), Fina Girard (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Michela Seggiani (SP), Georg Mattmüller (SP), Anouk Feurer (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 2
3. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP) 2
4. Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros 3
5. Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 - 2029, Bericht der GSK 11
6. Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK 18
7. Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Bericht der GSK 20
8. Staatsbeitrag an die "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB) für die Jahre 2026 - 2029; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK 24
9. Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK 26
10. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK 31
13. Beschaffung von vier Rettungswagen für die Sanität Basel-Stadt (eRTW), Ratschlag des RR 33

Beginn der 39. Sitzung

Mittwoch, 10. Dezember 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[10.12.25 09:00:04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Präsidiumsfeier im Januar 2026: Das Organisationskomitee der Präsidiumsfeier informiert, dass diese am 11. Februar 2026 in Riehen stattfinden wird. Es findet somit an diesem Abend keine Nachtsitzung statt. Die Präsidiumsfeier findet traditionellerweise am Abend des ersten Sitzungstages im Februar statt, dies wäre der 4. Februar. Das Organisationskomitee hat entschieden, davon abzuweichen, da an diesem Abend in Riehen bereits die konstituierende Sitzung des Einwohnerrates mit entsprechender Feier stattfindet.

Eine freudige Nachricht: Ich freue mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass unser Mitglied Zaira Esposito Mutter geworden ist. Am 8. Dezember ist das Mädchen Nima auf die Welt gekommen, ihr und der Mutter geht es gut. Wir wünschen beiden einen wundervollen Start und alles Gute für die gemeinsame Zeit. (*Applaus)*

Rücktritt aus dem Grossen Rat: Franziska Roth hat auf den 31. Januar 2026 den Rücktritt aus dem Grossen Rat eingereicht. Wir werden sie an ihrem letzten Sitzungstag im Januar 2026 gebührend verabschieden.

Neue Interpellationen: Es sind 12 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nr. 124, 126, 127, 129, 131 und 133 werden mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen somit zur Tagesordnung. Ich habe hier keine Wortmeldungen eingetragen. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

Traktandum 2, Entgegennahme neuer Geschäfte: Die WAK beantragt, das Geschäft Mobilitätsmanagementkonzept für die Kantonsverwaltung Basel-Stadt, Bericht des Regierungsrates, Geschäft Nummer 30 der WAK zum Mitbericht zuzuweisen. Die Präsidentin der WAK wünscht das Wort.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[10.12.25 09:02:50]

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Der Ratschlag Mobilitätsmanagementkonzept für die Kantonsverwaltung enthält eine sogenannte Velo-Pauschale und das ist eine Lohnnebenleistung für die Kantonsangestellten und fällt somit in die Zuständigkeit der WAK. Nach Rücksprache mit der Präsidentin der UVEK als hauptberichtende Kommission würden wir Ihnen gerne beantragen, dass die WAK zu diesem einen Punkt einen kurzen Mitbericht verfassen darf.

3. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

[10.12.25 09:03:21]

Balz Herter, Grossratspräsident: Gibt es hier einen Gegenantrag? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit geht das Geschäft ebenfalls zur WAK, zur Mitprüfung. Sie haben so beschlossen.

Traktandum 3 Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission, Nachfolge von Alexandra Dill. Ich beantrage Ihnen, die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Für offene Wahlen braucht es eine Zustimmung mit einem Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja- wie Nein-Stimmen. Wir schreiten zur Abstimmung über die offenen Wahlen.

Ich starte die Abstimmung. Ja heisst offene Wahlen, nein heisst geheime Wahlen. Sie haben sich für offene Wahlen entschieden.

Gemäss Artikel 14 Absatz 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommission während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Amina Trevisan. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Ich gratuliere Amina Trevisan zur Wahl zum Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

Abstimmung

JA heisst offene Wahl , NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 9 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # , 10.12.25 09:06:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Abstimmung

JA heisst Wahl von Amina Trevisan, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 1 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # , 10.12.25 09:06:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

Amina Trevisan als Mitglied der GPK zu wählen.

4. Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros

[10.12.25 09:06:11, 25.5498.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für das Ratsbüro hat Sasha Mazzotti das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Sie haben Glück, ich verzichte auf ein längeres Votum, da ich fast nicht mehr sprechen kann und davon ausgehe, dass Sie den Bericht alle gelesen haben und in Ihren Fraktionen auch diskutiert haben. Es geht um die Präsidialentschädigung von 12’000 auf 20’000 Franken. Wir haben darüber diskutiert. Es gibt eine Mehrheit und eine Minderheit, auch das werden Sie in Ihren Fraktionssitzungen besprochen haben. Wir haben natürlich verglichen mit anderen Kantonen und wir stehen da nicht so gut da. Also Zürich bezahlt bedeutend mehr.

Die Fraktionsentschädigungen waren 10’000 pro Fraktion, auch da haben wir verglichen mit anderen Kantonen, auch mit Basel-Landschaft, unserem Nachbarkanton, und sind nach einer Mehrheit und einer Minderheit, die sich unterschiedlich ausgesprochen haben, dafür, dass wir diese auf 15’000 erhöhen.

Wenn ich so sehe, wer reden will, weiss ich, dass meine Kolleginnen und Kollegen mit den unterschiedlichen Haltungen gleich mehr dazu sagen werden.

Catherine Alioth (LDP): Die Sprecherin des Ratsbüros hat richtig berichtet, wir haben gehört, dass die Beschlüsse im Ratsbüro zum vorliegenden Antrag nicht einstimmig waren, wie es am Schluss des Berichtes steht.

Die LDP-Fraktion ist der Ansicht, dass das Amt des Grossratspräsidiums grundsätzlich als Ehrenamt zu betrachten ist. Dieses ehrenamtliche Grundverständnis muss gewahrt und respektiert werden. Gleichzeitig anerkennen wir, dass die Anforderungen und die Aufgabendichte an dieses Amt in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Der Grossratspräsident, die Grossratspräsidentin nimmt als höchster Basler, als höchste Baslerin eine bedeutende Rolle ein und soll seinen oder ihren Aufgaben für unseren Kanton bestmöglich nachkommen können. Er oder sie muss das gut machen können, ohne allzu grosse berufliche Einbussen oder Einschränkungen hinnehmen zu müssen. Vor diesem Hintergrund sind wir bereit, eine Erhöhung der Entschädigung für das Amt des Grossratspräsidiums in Erwägung zu ziehen, auch wenn das nicht ganz mit unseren liberal-demokratischen Grundsätzen übereinstimmt. Es geht um eine angemessene Entschädigung, damit das Amt attraktiv bleibt und um die damit verbundenen Aufgaben bestmöglich erfüllen zu können.

Bei den Fraktionsentschädigungen hingegen sagen wir klar Nein zu jeder Form von Erhöhung. Politische Arbeit dient in erster Linie dem Gemeinwohl. Eine zusätzliche finanzielle Belastung des Kantons durch höhere Fraktionsentschädigungen halten wir nicht für gerechtfertigt und angemessen. Angesichts der Verantwortung, die wir gegenüber Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern haben, ist ein sorgsamer und verantwortungsbewusster Umgang mit öffentlichen Geldern Pflicht. So stärken wir das Vertrauen in die politische Arbeit.

Der neuen Formulierung von Abs. 5 in § 11 der Ausführungsbestimmungen stimmen wir zu. Da es sich bei diesem Antrag um ein Gesamtpaket handelt und wir einer Erhöhung der Fraktionsentschädigung insbesondere nicht zustimmen können, müssen wir das gesamte Paket ablehnen. Vor diesem Hintergrund lehnt die LDP-Fraktion den Antrag des Ratsbüros ab.

Bülent Pekerman (GLP): Immer wenn Parlamente über ihre eigenen Entschädigungen sprechen, steht reflexartig der Vorwurf der Selbstbedingung im Raum. Wer das behauptet und deswegen die Vorlage ablehnen möchte, verkennt jedoch den Kern dieser Vorlage des Ratsbüros. Es geht nicht um Privilegien oder Boni, sondern darum, ob sich Menschen mit ganz unterschiedlichen Einkommen politische Verantwortung überhaupt leisten können. Wenn Politik nur noch für finanziell Privilegierte möglich ist, haben wir ein demokratisches Problem.

Die Vorlage des Ratsbüros anerkennt diese Realität. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass der Aufwand in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Es gibt mehr Sitzungen, mehr Koordination, mehr Öffentlichkeitsarbeit, mehr digitale Anforderungen und einen deutlich höheren Erwartungsdruck aus Gesellschaft und Medien. Politik ist zeitintensiver geworden, und diese Zeit wird von gewählten Menschen investiert, meistens neben Beruf, Familie und Ehrenamt.

Besonders das Amt des Grossratspräsidiums wurde in der Vergangenheit finanziell klar unterbewertet. Wer dieses Amt ausübt, und ich spreche hier aus eigener Erfahrung, übernimmt ein faktisches Zusatzpensum: Repräsentation, Gesprächsführung, Sitzungsleitung, Präsenz bei zahllosen Anlässen, oft abends und am Wochenende, immer stellvertretend für unseren Kanton. Würden wir dieses Pensum extern einkaufen, würde niemand ernsthaft behaupten, es sei überbezahlt. Die Erhöhung der Repräsentationspauschale ist deshalb keine Luxusausgabe, sondern die schlichte Korrektur einer Schieflage, damit dieses Amt nicht nur für finanziell besonders gut abgesicherte Personen realistisch ist.

Mindestens genauso wichtig ist die Anpassung der Fraktionsentschädigungen. Seit 2007 wurde hier nichts mehr verändert. 16 Jahre Stillstand, während sich die Fraktionsarbeit stark professionalisiert hat. Heute findet Politik nicht nur in diesem Grossratssaal statt, sondern auch in den Kommissionen, in der Medienarbeit, im digitalen Raum sowie in der permanenten Koordination mit Fachstellen, Verbänden und der Zivilgesellschaft. Das alles braucht Vorbereitung, Dossierarbeit und strategische Abstimmungen in den Fraktionen.

Damit komme ich zu einem Punkt, der uns als GLP besonders wichtig ist, die Stärkung der politischen Vielfalt. Wir haben im Ratsbüro den Antrag gestellt, dass die Entschädigungen pro Fraktionsmitglied nach Fraktionsgrösse gestaffelt wird, sodass kleinere Fraktionen einen höheren Beitrag pro Mitglied erhalten als grössere Fraktionen. Die Idee dahinter ist simpel und gerecht. Kleine Fraktionen tragen dieselbe parlamentarische Verantwortung wie grosse, aber die gesamte Arbeit verteilt sich auf deutlich weniger Schultern. Mehr Dossiers, mehr Kommissionssitze, mehr Vorbereitung, mehr politische Kommunikation, bei kleineren Fraktionen steigt die individuelle Belastung unweigerlich. Eine positiv differenzierte Finanzierung hätte diese höhere Verantwortung gezielt und fair abgefedert. Unser Vorschlag wurde im Ratsbüro zwar ausführlich diskutiert, fand aber letztlich keine Mehrheit. Das respektieren wir. Wir halten jedoch fest, wer politische Vielfalt will, muss auch die strukturellen Möglichkeiten dafür schaffen. Die vorgeschlagene Erhöhung des Grundbetrags für die Fraktionen ist aus unserer Sicht moderat, sachlich begründet und stellt nach 16 Jahren eine notwendige Teuerungsanpassung dar.

Politik lebt vom Engagement unterschiedlicher Menschen, von jungen Eltern genauso wie von berufstätigen, Studierenden oder Selbständigen. Wenn wir wollen, dass dieses Parlament die gesellschaftliche Vielfalt abbildet, dann müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass sich dieses Engagement für alle realisieren lässt und nicht nur für diejenigen mit viel Zeit oder finanziellem Polster. Habt keine Angst, mit dieser Anpassung ist heute kein Schritt hin zu einem Berufsparlament getan. Im Gegenteil, wer ein Berufsparlament verhindern will, muss gerade dafür sorgen, dass auch Menschen mit normalem Einkommen, mit Teilzeitstellen, mit Familie und Care-Arbeit Politik machen können. Wenn die Entschädigungen real sinken, läuft es am Ende genau auf das Gegenteil hinaus. Politik wird zum gut abgesicherten Hobby für wenige statt zur Aufgabe vieler.

Wir schulden es unserer politischen Kultur, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen Mitgliedern dieses Rates ermöglichen, ihre Aufgaben mit voller Verantwortung und ohne existenzielle Belastung wahrzunehmen. Wir, die GLP-Fraktion, sagen aus voller Überzeugung Ja zu dieser Vorlage.

Oliver Bolliger (BastA): Ich kann mich kurz halten, weil Bülent Pekerman sehr ausführlich die Gründe für eine Erhöhung dargelegt hat. Auch die BastA-Fraktion befürwortet die durch das Ratsbüro beschlossene Anpassung des Grundbetrags pro Fraktion, eben die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für das Grossratspräsidium.

Eine Erhöhung der Fraktionsentschädigung von 10’000 auf neu 15’000 Franken erachten wir nach rund 20 Jahren als, wie schon erwähnt, moderat und angemessen. Neben der aufgelaufenen Teuerung sind auch die politischen Anforderungen sowie die finanzielle Belastung für die Fraktionen stark gestiegen. Gut funktionierende Fraktionsarbeit stärkt auch insgesamt die Demokratie und dies – ich denke, da sind wir uns einig – ist für die Zukunft wichtig. Mit dieser Erhöhung tragen wir auch diesem Ansinnen Rechnung. Zudem ist es ein Fakt, dass nicht alle Fraktionen über die gleichen Ausgangsbedingungen verfügen. Diese wird zwar mit einer Erhöhung der Fraktionsentschädigung nicht behoben, aber zumindest werden kleinere Fraktionen ohne finanzstarken Hintergrund ein wenig mitgestärkt.

Auch der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für das Grossratspräsidium um 8’000 Franken stimmen wir von BastA zu. Der Aufwand ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und es kann nicht sein, dass nur vermögende Grossräte und Grossrätinnen sich ein Präsidiumsamt überlegen beziehungsweise leisten können. Die Aussage, dass das Grossratspräsidium grundsätzlich ehrenamtlich auszuführen sei, verkennt völlig die sozialen Unterschiede hier im Grossen Rat und in der Bevölkerung. Eine Erhöhung der Entschädigung ist somit wichtig, damit in Zukunft eine Entscheidung, ob ein solches Amt überhaupt ausgeübt werden kann, nicht aufgrund einer fehlenden finanziellen Absicherung nicht gefällt wird. Dies wäre demokratiepolitisch sehr heikel, denn nicht alle von uns können sich eine Reduktion des Arbeitspensums aus rein privatem Vermögen beziehungsweise Einnahmen finanzieren.

Somit besten Dank für die Zustimmung zum Bericht, zu den Änderungen der Ausführungsbestimmung.

Johannes Barth (FDP): Wir beraten heute eine Vorlage, die uns direkt betrifft, unsere eigenen Entschädigungen, die Entschädigungen des Präsidiums und jene der Fraktion. Genau deshalb muss für die FDP ein besonders strenger Massstab gelten, Zurückhaltung bei den Kosten und einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Im Bericht zum Anzug Battaglia wurde festgehalten, dass die Vergütungen der Mitglieder des Grossen Rates im kantonalen Vergleich bereits eher hoch sind, höher als in angrenzenden Kantonen und vergleichbar mit grösseren Kantonen.

Gleichzeitig sind die Entschädigungen für das Ratspräsidium und für die Fraktionen tiefer. Darauf reagiert der vorliegende Vorschlag mit drei Anpassungen. Eine Erhöhung der Entschädigung für das Präsidium, eine Erhöhung der Fraktionsentschädigung und eine Präzisierung bei den Nettobeträgen. Aus Sicht der FDP ist dabei klar, wir stehen nur hinter dem Teil, der keine Mehrkosten verursacht und sogar verdeckte Mehrkosten verhindert. Die zwei kostensteigenden Elemente überzeugen uns nicht.

Zum Ratspräsidium: Wir anerkennen ausdrücklich, dass das Präsidium einen hohen zeitlichen und repräsentativen Aufwand trägt. Wir danken allen, die bereit sind, dieses Amt zu übernehmen. Gleichzeitig spricht der Bericht selber aus, dass eine Minderheit im Ratsbüro eine Erhöhung für nicht notwendig hält und das Amt weiterhin klar als Ehrenamt verstanden wissen will. Nun sollen die Repräsentations- und Aufwandsentschädigungen von heute 12’000 auf 20’000 erhöht werden, also um gut zwei Drittel. Vor dem Hintergrund, dass wir als Parlament an anderer Stelle Sparsamkeit einfordern, ist eine solche deutliche Erhöhung in eigener Sache aus liberaler Sicht schlicht schwer vermittelbar. Das Amt des Grossratspräsidiums ist und bleibt für uns in erster Linie Dienst am Gemeinwesen und darf nicht schrittweise einer regulären Erwerbstätigkeit angenähert werden. Wer ein solches Amt übernimmt, weiss, dass es mit zeitlichem Einsatz verbunden ist. Das gehört zur politischen Verantwortung. Wir sehen nicht, dass sich die Rahmenbedingungen derart verändert hätten, dass eine Erhöhung in dieser Grössenordnung zwingend wäre.

Zu den Fraktionsentschädigungen: Die Fraktionen erhalten heute einen Grundbetrag von 10’000 Franken sowie 500 Franken pro Mitglied. Diese Ansätze wurden 2007 auf das heutige Niveau gebracht und gelten seit 2009 unverändert. Der Bericht zeigt, dass andere Kantone hier deutlich höhere Beträge ausrichten. Gleichzeitig hält der Bericht aber auch fest, dass einzelne Fraktionen eine Erhöhung grundsätzlich ablehnen, weil politische Vertretung in der ersten Linie dem Dienst, dem Gemeinwohl dienen müsse und eine zusätzliche finanzielle Belastung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht gerechtfertigt sei. Genau diese Haltung teilt die FDP. Ja, die politische Arbeit ist dichter geworden. Aber bevor wir zusätzliche Mittel sprechen, erwarten wir, dass Abläufe optimiert werden, Synergien genutzt und Prioritäten. Eine Erhöhung des Grundbetrages um 50% von 10’000 auf 15’000 Franken pro Fraktion ist in Zeiten wachsender Staatsausgaben das falsche Signal, gerade wenn wir in allen Bereichen zu Zurückhaltung aufrufen. Wir wollen kein Parlament, das sich über stetig steigende Entschädigungen schleichend professionalisiert. Wir wollen ein Milizparlament, das nahe bei der Bevölkerung bleibt und mit den gleichen finanziellen Ressourcen und Realitäten konfrontiert ist wie die Menschen draussen.

Der dritte Punkt ist aus unserer Sicht anders gelagert. Hier sind wir klar einverstanden. Die Präzisierung der Formulierung zu den Nettobeträgen ist heute in den Ausführungsbestimmungen festgehalten, dass die Sitzungsgelder netto übernommen werden. Die bisherige Formulierung lässt jedoch den Schluss zu, dass künftig auch die Beiträge an die berufliche Vorsorge, die ab 1. Februar 2026 eingeführt wird, vom Kanton übernommen werden. Das wäre nie die Absicht gewesen und würde eine signifikante Erhöhung der Sitzungsgelder bedeuten, wie der Bericht ausdrücklich festhält. Die neue präzise Formulierung, wonach die Beiträge für die berufliche Vorsorge von den genannten Ansätzen abgezogen werden, nicht aber die Beiträge an die Ausgleichskasse, schafft Transparenz und verhindert eine ungewollte automatische Mehrbelastung des Staatshaushalts. Das ist im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, und diesen Punkt unterstützt die FDP ausdrücklich.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir entscheiden heute in eigener Sache. Das ist immer heikel. Gerade deshalb müssen wir uns selbst besonders streng messen. Aus unserer Sicht heisst das Ja zur Präzisierung bei den Nettobeträgen, weil sie Klarheit schafft und verdeckte Mehrkosten verhindert und Nein zu den zusätzlichen Ausgaben für das Präsidium und Fraktionen in dieser Form und in dieser Höhe. Wenn wir nach aussen glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir intern mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können nicht vom Staat überall Effizienz und Sparsamkeit verlangen und uns selber gleichzeitig grosszügig höhere Entschädigungen zugestehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SP ist Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Die Fraktion der SP unterstützt die vorgeschlagenen Anpassungen. Beim Beitrag für die Fraktionen sind wir jene Fraktion, die pro Kopf sehr deutlich am wenigsten von den geplanten Anpassungen profitiert. Der Vorwurf, wir würden uns hier etwas Besonderes gönnen, kann also nicht erhoben werden. Wir gönnen vielmehr den anderen kleineren Fraktionen etwas professionellere oder bessere Bedingungen, wenn es um ihre Arbeit geht, und wir denken, das soll auch im Sinne einer effizienten und guten Arbeit hier im Parlament verwendet werden. An die Adresse von Bülent Pekerman und der GLP möchten wir entsprechend sagen, diese Pauschalentschädigung ist der Ort, wo wir den Kleinen mehr Unterstützung zukommen lassen und nicht die Entschädigung pro Kopf.

Beim Ratspräsidium schliesse ich mich den Vorrednerinnen an, die gesagt haben, dass es eben wichtig ist, dass sich alle so ein Amt leisten können und nicht nur solche, die schon eine lange Karriere oder eine potente Arbeitgeberin hinter sich wissen.

In diesem Sinne bitten wir Sie, die Beschlussvorlage anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Wort für die SVP.

Joël Thüring (SVP): Es wurde eigentlich schon sehr viel gesagt, wir können uns von der SVP-Fraktion den Vorrednern der LDP- und FDP-Fraktion anschliessen Ich glaube tatsächlich, dass diese Änderungen nicht notwendig sind und auch ein falsches Signal aussenden. Weder werden Sie mit einer Erhöhung der Pauschale an die Fraktionen um 5’000 Franken das von Ihnen eingebrachte Anliegen lösen können, noch werden Sie bei der Entscheidung, ob Sie sich für das Amt des Grossratspräsidenten oder der Grossratspräsidentin bewerben, eine andere Ausgangslage vorfinden, wenn Sie die Entschädigung um 8’000 Franken erhöhen.

Catherine Alioth hat es richtig gesagt: Ein Grossratspräsidium ist ein Ehrenamt, es kann letztlich jeder Amtsinhaber, jede Amtsinhaberin selber entscheiden, wie sie dieses Amt ausgestalten möchte. Man kann viele Anlässe besuchen, man kann wenig Anlässe besuchen, es ist letztlich die Eigenverantwortung eines Grossratspräsidenten, das so auch in seinen Alltag einbauen zu können, dass es funktioniert. Wir glauben nicht, dass eine Erhöhung von 8’000 Franken auf 20’000 Franken. Diese Entscheidung grossartig verändern wird, tatsächlich sendet es aber ein falsches Signal aus, wenn wir finanzpolitisch nun uns selber Beiträge entsprechend erhöhen. Deshalb ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass wir beim bestehenden System, wie wir es jetzt haben, bei den bestehenden Zahlen bleiben sollen, zumal wir gerade erst kürzlich – das werden wir mit diesem Einschub im dritten Antrag korrigieren – immerhin den Parlamentarierinnen und Parlamentariern mit dieser beruflichen Vorsorge doch etwas Zusätzliches gegönnt haben, was vorher noch nicht existiert hat. Auch das sind zusätzliche Mehrkosten, die entstehen und das alleine, denke ich, sollte für den Moment auch ausreichend sein.

Wir bitten Sie deshalb, diese Anträge des Ratsbüros, Erhöhung der Fraktionsentschädigung und Erhöhung der Pauschale für das Grossratspräsidium abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Über die Entschädigung für uns als Parlamentarier:innen zu sprechen, ist immer ein wenig komisch und immer ein unangenehmes Geschäft. Aber deshalb ist es wichtig, dass wir das ehrlich, transparent und mit Augenmass machen. Aus meiner Sicht erfüllt der Bericht des Ratsbüros genau diese Punkte.

Das Amt des Grossratspräsidiums ist mit viel Aufwand verbunden. Wer dieses Amt übernimmt, hat zusätzlich mehr zu tun als der normale Ratsbetrieb, und auch je nachdem einen Ausfall der Erwerbstätigkeit. Wenn wir wollen, dass dieses Amt für alle offensteht, die sich die Einkommensausfälle vielleicht weniger leisten können, dann müssen wir diesen zeitlichen Aufwand dementsprechend auch abbilden. Die vorgeschlagene Erhöhung der Repräsentations- und Aufwandsentschädigung ist aus unserer Sicht eine faire und auch verhältnismässige Abgeltung. Wichtig ist auch die Form, eine pauschale Entschädigung beizubehalten und nicht irgendwie in ein «Strichlisystem» und in eine administrativ komplizierte Variante zu kommen, so dass das auch weiterhin nachvollziehbar und transparent bleibt für alle.

Mit Blick auf die anderen Kantone sind wir bei allen diesen Anpassungen immer noch in einem moderaten Rahmen und auch die Grundentschädigung, wie wir schon oft gehört haben, wurde eben seit 2007 nicht angepasst. Dass der Betrieb zugenommen hat, das habe selbst ich in den fünf Jahren, die ich dabei bin, gemerkt. Daher finde ich das durchaus gerechtfertigt.

Also summa summarum kann man sagen, dass dieser Bericht nicht irgendwie darum dreht, Privilegien für uns in der Politik zu schaffen, sondern viel eher geht es darum, dass die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen Institutionen so aufrechterhalten werden kann und ein Präsidium auch halbwegs kompensiert werden kann und die Fraktion ihre Arbeit dementsprechend gut organisieren kann, und auch klare Regeln für die Entschädigung gehören zu so einem Milizsystem, wenn wir wollen, dass auch Menschen mit einem kleineren Einkommen Care-Arbeit oder Ausbildung und Teilzeitstellen Verantwortung übernehmen können.

Und deshalb bitte ich Sie auch im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, diesen Bericht des Ratsbüros und den dazugehörigen Grossratsbeschluss zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es gibt ein Sprichwort, das ganz gut zu dieser Diskussion passt: Wahltag ist Zahltag. Ihr nächster Zahltag ist der 22. Oktober 2028. Das ist auch mein Zahltag, das verbindet uns alle, die Grossratswahl. Aber jetzt kommt der Unterschied zwischen Ihnen und mir. Bei diesem neuen Gesetz, das wir hier beraten, werden 99 Grossräte bevorzugt und bekommen mehr Geld, viel mehr Geld. Aber einen Grossrat haben Sie vergessen, Eric Weber, Präsident der nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, Präsident der Liste Ausländer Stopp. Fraktionslose haben Sie schlicht vergessen und darum muss ich sagen, das geht nicht, das geht auf keinen Fall. Ich habe alles gelesen und ich bekomme nicht mehr Geld. Darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten.

Politik wird gemacht für die Eigeninteressen eines jeden einzelnen Grossrates. Das sind Tatsachen. Es tut mir leid, ich habe es nur so kennengelernt und schätzen gelernt. Sie sind hier im Grossen Rat, weil Sie als Grossrat ganz leicht Regierungsrat, Bundesrat, Ständerat, Nationalrat werden können. Das sind Fakten und ich sage immer, der Grosse Rat ist ein Durchlauferhitzer für höhere Würde und noch mehr Geld. Ihre Chancen stehen gut.

Ich stelle fest, wir sind das Parlament weltweit mit dem grössten Gefälle zwischen dem Lohn von Abgeordneten zur Regierung. Der Regierungsrat hat rund 380’000 Franken im Jahr, ein Grossrat mit dem Sitzungsgeld rund 15’000 Franken. Es ist ein Verhältnis von 1 zu 30, wenn ich richtig gerechnet habe, ich habe es nur grob überschlagen. Ein Regierungsrat verdient 30-mal mehr als ein Grossrat und dieses krasse Verhältnis gibt es weltweit nur in Basel, in keinem anderen Parlament der Welt. Und das muss man auch einmal sagen und darum habe ich es jetzt gesagt.

Darum müsste ich eigentlich auch für eine Lohnerhöhung sein, aber da es mich ja nicht betrifft, sage ich Nein und nochmals Nein. Wir kommen sehr schlecht an bei der Bevölkerung. Morgen wird in allen Zeitungen stehen, der Grosse Rat erhöht sich selbst den Lohn. Und das will die Bevölkerung nicht. Aber das sind morgen die Schlagzeilen in der Basler Zeitung, in der BZ basel-landschaftliche Zeitung, Kein Mensch kann sich selber den Lohn erhöhen, sonst würde jeder Millionär sein. Aber das gibt in der Bevölkerung böse Worte und unser Beruf gehört zu den unbeliebtesten Berufen, genau aus diesem Grund. Der beliebteste Beruf hat Raoul Furlano, als Arzt und Kinderarzt ist er der beliebteste in unserem Parlament nach der Statistik. Darum muss ich den Schnabel aufmachen und vertrete Rückweisung, Nichteintreten und ich bitte, darüber abzustimmen, auch wenn ich keine Chance habe, weil ich fühle mich ungerecht behandelt. Man hätte auch an die Fraktionslosen denken können und sagen können, die bekommen auch jetzt vor Weihnachten noch ein Geschenk, damit sie schöne Festtage haben und einen guten Rutsch.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny ist der nächste Sprecher.

David Jenny (FDP): Ich stelle keinen Antrag auf rückwirkende Erhöhung der Bezüge für das Grossratspräsidium, aber vielleicht zwei Gedanken dazu. Wir erhalten alle 6’000 Franken Grundbetrag, der ist steuerfrei. Bis heute erhält die Präsidentin oder der Präsident 12’000 Franken, auch steuerfrei, das wurde mal abgeklärt. Jetzt erhöhen wir um 8’000 Franken, dann hat, wer das Präsidium innehat, gesamthaft 26’000 Franken steuerfrei. Ich weiss, wie sonst die Steuerverwaltung Spesenreglemente von Betrieben prüft und ich glaube, wenn Sie sagen, das ist eine Abgeltung für den Aufwand Repräsentation, die nach den allgemeinen Regeln steuerfrei ist, bin ich eigentlich erstaunt, dass das jetzt in dieser Höhe dann noch durchgehen sollte. Und wenn es durchginge, dann ist es schon ein Privileg und Sie haben ja die ganze Erhöhung betont mit dem Zeitaufwand und nicht mit den Auslagen. Und das Entgelt, für was man arbeitet, ist in der Regel steuerpflichtig. Also wenn man dann konsequent wäre, dann hätte man diese Erhöhung zum steuerpflichtigen Teil unserer Entschädigung qualifizieren müssen. Das leuchtet vielleicht auch einigen Juristen bei der Mitte ein, die sich für das eingesetzt haben.

Und das andere ist natürlich, insofern es bei einzelnen dann auch kontraproduktiv ist, dass wir dann Arbeitgeber aus der Pflicht nehmen, auch ihre Angestellten bei der Ausübung eines solchen Amtes zu unterstützen. Dann kann ja gesagt werden, ja, also wenn Sie gesamthaft 26’000 Franken steuerfrei haben, dann können Sie auch gerne Ihr Pensum reduzieren und wir müssen das nicht subventionieren.

Offensichtlich hat das Ratsbüro nichts geklärt, ob das noch akzeptiert wird als wirklich nicht Steuerbar, und ich glaube auch, wenn es noch akzeptiert würde, dann ritzt man also an der Gleichbehandlung, wenn man sich anschaut, wie sonst Spesenreglemente behandelt werden von der Steuerverwaltung. Das ist wirklich eine Ungleichbehandlung. Ich glaube, wenn

man mehr Arbeit entschädigen will, dann muss man es auch steuerpflichtig und sozial abgabepflichtig machen und nicht so in einem Schnellschuss, wie es das Ratsbüro vorgeschlagen hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Remo Gallacchi ist nächster Sprecher.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Es wurde jetzt immer wieder gesagt, dass das Grossratspräsidiumsamt ein Ehrenamt sei. Es gibt viele ehrenamtliche Arbeiten. Ehrenamtlich heisst, man wendet Zeit auf, die nicht entschädigt wird und nicht, man wendet Zeit auf und legt noch was drauf. Diese Repräsentationsentschädigung von 12’000 Franken wird am ersten Abend des neuen Grossratspräsidenten vollständig aufgebraucht, weil sie ans Grossratspräsidentenfest gehen. Und den Rest der 364 Tage im Jahr legt er drauf. Bitte unterstützen Sie den Vorschlag des Büros.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft.Sasha Mazzotti hat das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Ich dachte, ich müsste nicht mehr sprechen, aber ich habe doch noch zwei Dinge zu sagen und zwar zu David Jenny. Es ist ja die kantonale Praxis in der Schweiz, dass das eine repräsentative Pauschale ist. Und sie ist auch in anderen Kantonen nicht steuerpflichtig. Wir haben ja den Vergleich gemacht, andere Kantone anerkennen dieses Amt und sind bedeutend höher bei ihren Beträgen, die haben auch noch Vize I und Vize II, die sie entschädigen. Laurin Hoppler hat es gesagt, wir hätten sonst noch die Möglichkeit des «Strichlisystems» wie in Basel-Landschaft, doch wir haben bewusst darauf verzichtet.

David Jenny, Sie haben jetzt gesagt, man müsse die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Einige von uns hier sind freiberuflich, ihr eigener Arbeitgeber oder Arbeitgeberin, wir haben Studierende und wir haben Leute, die Arbeitgeber ausserhalb des Kantons haben, die haben, wie sie mir gesagt haben, schon Mühe, einen Kommissionssitzungstag freizukriegen beziehungsweise den Mittwoch. Ich glaube nicht, dass diese grosse Freude haben, hier mitzuarbeiten. Ich kann mir vorstellen, dass das Büro mit diesem Argument nicht so einverstanden ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den zahlreichen Abstimmungen. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Eintreten NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007811, 10.12.25 09:42:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 93 gegen eine Stimme.

Eric Weber beantragt auch Rückweisung ans Ratsbüro. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007812, 10.12.25 09:42:39]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 90 Stimmen gegen eine Stimme gegen Rückweisung ausgesprochen.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007814, 10.12.25 09:43:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB) vom 29. Juni 2006 [1]) (Stand 1. November 2025) wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 2 (geändert), Abs. 5 (geändert)

2 Die Mitglieder des Grossen Rates erhalten pro Amtsjahr einen Grundbetrag von CHF 6'000. Die Präsidentin oder der Präsident erhält zudem eine einmalige Repräsentations- und Aufwandentschädigung von CHF 20'000.

5 Auf die genannten Ansätze werden die Beiträge für die berufliche Vorsorge abgezogen, nicht aber die Beiträge an die Ausgleichskasse.

§ 14 Abs. 1

1 Den Fraktionen werden folgende Beiträge ausgerichtet:

a) (geändert) Grundbetrag für jede Fraktion pro Amtsjahr CHF 15'000;

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie tritt am fünften Tag nach der Publikation in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 61 gegen 33 Stimmen.

5. Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 - 2029, Bericht der GSK

[10.12.25 09:43:48, 25.1218.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK-Mehrheit beantragt, ihrer Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Kommissionsminderheit folgt dem Antrag des Regierungsrates gemäss ihrem Bericht sowie dem Ihnen verteilten Antrag des Regierungsrates. Für die Mehrheit hat Anina Ineichen das Wort.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat beantragt mit dem vorliegenden Geschäft die Bewilligung eines Staatsbeitrags an die Stiftung Rheinleben. Vorgesehen ist eine Finanzhilfe für die Jahre 2026 bis 2029 von jährlich 210’000 Franken für die Weiterführung der Erhöhung der Unterstützung der Anlaufstelle für Angehörige von psychisch erkrankten Menschen. Zum Beginn meines Votums fasse ich die Beratung der Gesundheits- und Sozialkommission zusammen. Anschliessend gehe ich auf die Haltung und die Erwägung der Kommissionsmehrheit ein.

Psychisch Erkrankte gehören zu den häufigsten und am stärksten belastenden Krankheitsbildern in der Schweiz. Rund jede achte Person ist betroffen von schweren Symptomen. Behandlungen psychischer Erkrankungen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Damit verbunden sind volle Infrastrukturen und entsprechend lange Wartezeiten für Therapieplätze. Betroffen ist dabei stets auch das soziale Umfeld der Erkrankten. Angehörige und Kinder übernehmen eine zentrale Rolle in der Betreuung, Begleitung und Stabilisierung. Dabei gelangen sie nicht selten selbst an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und sind gefährdet, ihrerseits zu erkranken, wenn sie mit dieser Situation alleine gelassen werden.

Darum gibt es seit 2018 in Basel die Anlaufstelle für Angehörige und Kinder von psychisch erkrankten Menschen. Es ist die einzige Institution dieser Art im Kanton. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung, Aufklärung und Stabilisierung dieser Angehörigen. Ihr Angebot umfasst die Beratung von Angehörigen und Kindern, die Vernetzung und Beratung von Fachstellen, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Förderung und den Austausch zwischen den Angehörigen. Neben fachlichem Wissen vermittelt die Stelle vor allem auch emotionale Unterstützung und bietet einen geschützten Raum, in dem Sorgen und Überforderungen angesprochen werden können. Die Finanzierung der Anlaufstelle erfolgt nach einem Pilotbetrieb seit 2022 über einen Betriebsbeitrag des Kantons. Die Nachfrage ist deutlich gestiegen und die dafür vorgesehenen Personalstunden werden regelmässig übertroffen.

Die Stiftung Rheinleben beantragte daher eine Erhöhung des Staatsbeitrags auf 254’000 Franken, was einer Finanzierung von 2’000 Stunden entspricht. Der Regierungsrat anerkennt grundsätzlich einen höheren Bedarf, schlägt jedoch lediglich eine Erhöhung auf 210’000 Franken vor, sprich, es sollen schlussendlich 1’749 Stunden finanziert werden. Die Kommission hat das Geschäft in zwei Stunden beraten, am Ende teilte sie sich in eine Mehrheit und eine Minderheit auf. Ich komme nun zu den Erwägungen der Mehrheit.

Die Anlaufstelle hat sich im sozialen Netzwerk des Kantons fest etabliert und erbringt eine wichtige und anerkannte Leistung. Die Kommissionsmehrheit begrüsst daher grundsätzlich die Erhöhung des bisherigen Beitrags. Gleichzeitig ist es der Regierung im Bericht wie auch in der Beratung nicht gelungen, überzeugend darzulegen, weshalb dem Antrag der Stiftung nicht vollumfänglich gefolgt werden sollte. Es besteht weiterhin eine Diskrepanz zwischen den Aufgaben, die erfüllt werden sollen, und den dafür veranschlagten Mitteln. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit bleibt die Anlaufstelle auch mit dem vorgeschlagenen Betrag strukturell unterfinanziert. Die langen Wartezeiten belegen den grossen Bedarf. Zudem werden die Zielvorgaben bei den Wartezeiten von zwei Wochen regelmässig übertroffen. Eine Verkürzung dieser Wartezeiten ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern es ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Frühzeitige Beratungen wirken präventiv und können langfristige Kosten mildern.

Die Einschätzung der Stiftung, dass 2’000 Stunden notwendig und realistisch sind, ist vor diesem Hintergrund plausibel. Die Kommissionsmehrheit ist überzeugt, die Nachfrage wird weiter steigen und nur die tatsächlich finanzierten Stunden können geleistet werden. Es braucht ausreichend Ressourcen, um Beratungen zeitnah durchzuführen und die Wartezeiten zu verkürzen, und es wird der Stiftung Rheinleben grundsätzlich zugetraut, diese Ressourcen zeitnah aufzubauen. Die Zurückhaltung im Ratschlag ist deshalb schwer nachvollziehbar. Die Kommissionsmehrheit bemisst den Berechnungen der Stiftung Rheinleben hohe Verlässlichkeit bei. Dort, wo keine höhere Finanzierung notwendig ist, wie bei der Beratungsstelle für psychisch Erkrankte, das Traktandum 59, welches wir in dieser Session auch noch behandeln werden, wurde auch kein

Antrag gestellt. Die Erhöhung für die Anlaufstelle folgt klar aus den vorliegenden Zahlen und ist ein Bedarf, den die Stiftung erfüllen möchte und darum diesen Antrag gestellt hat.

Aus diesen Gründen beantragt die Kommissionsmehrheit eine Erhöhung des jährlichen Beitrags gegenüber dem Ratschlag um 44’000 Franken, von 210’000 Franken auf 254’000 Franken. Damit würde der ursprüngliche Antrag der Stiftung vollumfänglich abgedeckt und die Finanzierung von 2000 Stunden gewährleistet werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir zum Minderheitensprechenden kommen, möchte ich auf der Tribüne eine Klasse der FMS Basel mit Lehrerin Tanja Ruder begrüssen. Schön, seid ihr hier und begeistert euch für Basler Politik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit hat der Sprecher der Minderheit, Raoul Furlano das Wort.

Raoul I. Furlano (LDP): Die Minderheit besteht jetzt aus sechs Mitgliedern der GSK, sieben ist die Mehrheit. Auch wir würdigen wirklich ausdrücklich die absolut unverzichtbare Arbeit der Anlaufstelle für Angehörige und Kinder psychisch erkrankter Menschen, und gerade weil wir diese Arbeit hoch einschätzen, stellen wir uns hinter den Antrag des Regierungsrates und gegen die von der Mehrheit geforderten zusätzliche Erhöhung. Warum tun wir das?

Die nun vorliegende Lösung ist das Ergebnis einer sorgfältigen, fachlich fundierten Verständigung zwischen dem zuständigen Departement und der Stiftung Rheinleben. Diese Einigung verdient Respekt. Unseres Erachtens wäre es nicht sachgerecht, wenn das Parlament über diesen gemeinsam erarbeiteten, fachlich abgestützten Betrag hinweg eine höhere Summe festlegt. In jedem Verhandlungsprozess gilt, nicht jede Forderung kann vollständig umgesetzt werden, und auch die Stiftung Rheinleben konnte ihren Mehrbedarf nicht vollständig überzeugend darlegen.

Zudem blockiert die Vorlage den ursprünglichen Antrag der Stiftung keineswegs. Sie setzt vielmehr auf ein kontinuierliches, realistisch begründetes Wachstum der Beratungsstunden von heute 1’515 auf 1’749 Stunden in den kommenden vier Jahren. Diese Entwicklung bewegt sich bereits nahe bei den von der Stiftung veranschlagten Zielwerten. Die geplante Steigerung trägt dem wachsenden Bedarf Rechnung, nicht zuletzt, weil die Anlaufstelle ihre Öffentlichkeitsarbeit gezielt ausbauen wird. Und schon im ersten Jahr der neuen Beitragsperiode erfolgt ein Ausbau um rund 60%, also ein deutlicher Schritt nach vorne, der sowohl den Bedarf anerkennt als auch die finanzielle Tragfähigkeit wahrt.

Wir als Minderheit gehen einig, die beantragten zusätzlichen 44’000 Franken pro Jahr mögen isoliert betrachtet gering erscheinen, wie wir häufig hier über Tausende und Millionen Franken als gering bezeichnen. Doch im Kontext zahlreicher ähnlicher Mehrforderungen summieren sich solche Beiträge zu erheblichen Belastungen für unser aller Budget. Verantwortliche Finanzpolitik bedeutet, Mittel gezielt einzusetzen, mit Augenmass und mit Prioritätensetzung.

Aus all diesen Gründen beantragt die Kommissionsminderheit dem Grossen Rat, der vorliegenden Beschlussvorlage der Minderheit zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Sprecherin und der Sprecher der Kommission haben das Geschäft schon ausführlich präsentiert und es liegt dazu ja auch ein Ausgabenbericht des Regierungsrats schriftlich vor, so dann auch der Kommissionsbericht. Ich kann mich also kurz halten.

Das Wichtigste vorweg: Die Stiftung Rheinleben ist ein wichtiger Partner und sie deckt bedeutsame Bedürfnisse unserer Bevölkerung ab. Es ist bereits erwähnt worden, die psychischen Erkrankungen sind eine schwere Last für viele Menschen in unserem Kanton und sie betreffen insbesondere auch die Angehörigen. Und hier setzt das Angebot der Stiftung an und bietet aus Sicht des Regierungsrats eine unverzichtbare Unterstützung, weshalb wir Ihnen auch einen neuen Staatsbeitragsvertrag zur Genehmigung vorlegen, und zwar einen mit erhöhten Mitteln, das haben Sie gesehen. Wir möchten eine Erhöhung von 80’000 Franken pro Jahr vornehmen.

Das ist jetzt Gegenstand eines Änderungsantrags, wie erläutert. Ich kann Ihnen dazu ausführen, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Wir haben das auch schriftlich festgehalten. Unser Antrag entspricht ja demjenigen der Kommissionsminderheit, der Ihnen erörtert wurde. Und letztlich geht es ja um eine Prognose der Bedarfsentwicklung. Sie sehen dazu auf Seite 9 des Ratschlags in Tabelle 5 abgebildet, wie wir das erwarten und Sie sehen, dass eine sehr deutliche Erhöhung der Beratungsstunden vorgesehen ist. Diese Prognose ist unseres Erachtens nah an einer realistischen

Entwicklung und die ursprünglich seitens der Trägerschaft eingegebene Prognose mit entsprechend noch mehr Beratungsstunden scheint uns nicht ganz einem realistischen Bedarfsverlauf zu entsprechen. Deshalb haben wir Ihnen Vorschläge unterbreitet, so wie in unseren Anträgen. Wir meinen, das ist angemessen und richtig und stehen weiter zu diesen Prognosen und Finanzanträgen.

Falls Sie den zusätzlichen Erhöhungsanträgen der Kommissionsmehrheit folgen würden, muss ich Sie darauf hinweisen, dass das in unserem Budget, wie es auch bereits zur Genehmigung vorliegt, für das nächste Jahr nicht enthalten ist, dass wir dort dann also einen Bereinigungsbedarf haben und dass wir Stand heute auch nicht in der Lage wären, das zu kompensieren. Das bitte ich Sie mitzunehmen, schon mit Blick auf die Budgetdebatte der nächsten Woche.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Melanie Nussbaumer hat das Wort für die SP.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich habe das Glück, dass meine Eltern, meine Geschwister, mein Partner und meine Kinder psychisch gesund sind. Dieses Glück haben nicht alle. Aktuelle Zahlen zeigen, dass jede achte Person in der Schweiz psychisch erkrankt ist. Die Mehrheitssprecherin hat das schon gesagt. Ich habe das hochgerechnet auf die Bevölkerung von Basel-Stadt. Das wären knapp 26’000 Personen. An diesen 26’000 Personen in Basel-Stadt hängen wiederum ganze Familiensysteme, Partner:innen, Eltern, Kinder, Geschwister oder sonstige Angehörige, die mitleiden, oft über Jahre, Angehörige, die sich Sorgen machen, die Verantwortung tragen, die Druck und Unsicherheiten aushalten müssen. Viele Angehörige entwickeln zudem Schuldgefühle. Hätte ich es früher merken müssen? Mache ich genug? Bin ich schuld, wenn es schlechter wird? Oder sie erleben gar Ablehnung, Wut oder Rückzug der erkrankten Personen, alles typische Symptome vieler psychischer Erkrankungen. Viele Angehörige berichten, dass sie jahrelang in einer ständigen Alarmbereitschaft leben. Geht es ihm wirklich besser oder sagt er das nur? Muss ich heute wieder alles abfangen? Für Kinder ist die Situation oft noch schwieriger. Sie verstehen die Erkrankung nicht, übernehmen viel Verantwortung, fühlen sich schuldig oder entwickeln eigene Ängste.

Diese Belastung ist nicht nur emotional, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sie ist gesundheitlich höchst relevant. Angehörige haben ein substanziell erhöhtes Risiko, selbst psychisch zu erkranken, wenn sie keine Unterstützung bekommen. Und genau deshalb ist diese Anlaufstelle der Stiftung Rheinleben so wahnsinnig wichtig. Wir dürfen die Angehörigen nicht alleine lassen. Die Anlaufstelle gibt es seit 2018 und schliesst eine Lücke. Es gibt kein anderes Angebot, das Angehörige, insbesondere Kinder, kostenlos, vertraulich und niederschwellig berät. Die Fachstelle bietet emotionale Unterstützung, fachliche Orientierung, altersgerechte Wissensvermittlung und eine professionelle Triage, damit Betroffene und Angehörige nicht allein im System verloren gehen. Sie stabilisiert belastete Familien in einer schwierigen Phase.

Die Zahlen der letzten Jahre zeigen eindrücklich, wie notwendig dieses Angebot ist. Wir haben es schon gehört, die Beratungsstunden für Basel-Stadt sind gestiegen, die Fälle werden komplexer. Gleichzeitig mussten Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit zurückgefahren werden, nicht, weil sie unnötig wären, sondern weil die Kapazitäten wegen des steigenden Bedarfs in die direkte Beratung verschoben werden mussten. Die Wartezeiten liegen bei drei bis sechs Wochen, obwohl sie bei einem niederschwelligen Angebot maximal zwei Wochen betragen sollten. Wir haben also ein Angebot, das wächst, das gebraucht wird und das heute schon mehr leistet, als es finanziert ist.

Der Regierungsrat, wir haben es gehört, anerkennt diesen höheren Bedarf und schlägt eine Erhöhung auf 210’000 Franken pro Jahr vor. Das ist sehr sinnvoll und ich schätze das auch sehr. Aber es reicht eben nicht. Deshalb hat die Kommissionsmehrheit auch im Bericht aufgezeigt, dass die Finanzierung trotz dieser Erhöhung eine Unterdeckung verursacht und dass eben diese 1’654 veranschlagten Stunden, die der Regierungsrat vorsieht, nicht ausreichen, um dem Bedarf gerecht zu werden. Ja, es ist eine Frage der Prognose. Ich bin überzeugt, dass, wenn die Stiftung Rheinleben mit dieser Anlaufstelle noch bekannter wird, die Nachfrage noch grösser wird. Und hier muss ich noch einen Satz einbauen: Ich bin auch überzeugt, dass die Stiftungen Rheinleben...

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny, können Sie das Gespräch draussen fortsetzen?

Melanie Nussbaumer (SP): Und ich bin auch überzeugt, dass die Stiftung Rheinleben sehr wohl weiss, was der Bedarf ist und ich bin auch, ehrlich gesagt, ein bisschen überzeugt, dass sie es ein wenig besser wissen als die Verwaltung, die weit weg ist. Ich will nicht Verwaltungsbashing betreiben oder so, aber ich habe auch oft Kontakt mit diesen Personen, die für diese Leistungsvereinbarung zuständig sind, und die sind einfach eine Ebene weiter weg. Das ist kein Vorwurf, das ist ein

Fakt und deshalb bin ich aber überzeugt, dass die Anlaufstelle sehr wohl weiss, dass diese 2’000 Stunden, die sie als notwendig erachten, dem Bedarf besser entsprechen.

Und damit ich es nochmals erwähnt habe: Es handelt sich um eine Zielgruppe von Angehörigen von rund 26’000 erkrankten Personen in Basel-Stadt. Diese zusätzlichen 44’000 Franken, die wir beantragen, sind im Kontext unseres Kantonsbudgets ein kleiner Betrag für die Anlaufstelle jedoch zentral. Sie ermöglichen die Reduktion der Wartezeiten auf ein präventionswirksames Niveau und die Wiederaufnahme einer angemessenen Öffentlichkeitsarbeit, damit eben das Angebot nicht eine versteckte Ressource wird. Kurz, wir kaufen mit diesen 44’000 Franken mehr zusätzlich wirksame Prävention, das Verhindern von weiteren Erkrankungen, das Vermindern von Leiden, Familienentlastung und langfristig geringere Folgekosten. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Lydia Isler-Christ für die LDP.

Lydia Isler-Christ (LDP): Die Minderheit der Gesundheits- und Sozialkommission teilt vorbehaltlos die Einschätzung, dass die Anlaufstelle für Angehörige und Kinder psychisch erkrankter Menschen eine unverzichtbare Stütze unseres Gesundheitswesens ist. Doch gerade weil wir diese Arbeit ernst nehmen, können wir und auch die LDP dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit nicht folgen. Die Mehrheit ist der Meinung, es klaffe eine Lücke zwischen Auftrag und Finanzierung und schlägt vor, diese Lücke kurzerhand durch einen parlamentarischen Zuschlag zu schliessen. Doch genau hier setzt unsere Kritik an. Eine politisch verordnete Erhöhung über die gemeinsam ausgehandelten fachlich abgestützte Lösung hinweg macht, ist kein Zeichen von Handlungsfähigkeit, sondern von Missachtung eines sorgfältigen Verhandlungsprozesses. Der vom Regierungsrat beantragte Betrag ist das Ergebnis von intensiven und fundierten Abklärungen zwischen Departement und der Stiftung Rheinleben. Beide Seiten haben dabei realistische Einschätzungen eingebracht und beide Seiten haben auch Kompromisse gemacht. Es ist jetzt nicht Aufgabe des Parlaments, diese fachliche Einigung einfach zu übersteuern, nur weil man sich wünscht, die Anlaufstelle könne mehr leisten, als derzeit begründbar ist.

Die Mehrheit argumentiert mit langen Wartezeiten und wachsender Nachfrage. Das bestreitet niemand, doch die Vorlage sieht bereits jetzt einen deutlichen Ausbau vor. Im ersten Jahr ein Plus von 60% und dann, wir haben es gehört, ein kontinuierliches Wachstum auf insgesamt 1’749 Stunden innerhalb von vier Jahren. Und das ist nah an den Berechnungen der Stiftung selbst. Damit wird der Bedarf adressiert, aber verantwortungsvoll, schrittweise und finanzierbar.

Die Mehrheit blendet aus, dass die zusätzlichen 44’000 Franken nicht im luftleeren Raum stehen. Sie sind Teil einer Vielzahl von gleichartigen Mehrforderungen, die sich im Budget als erhebliche Belastung niederschlagen. Und seriöse Politik bedeutet, dass man die Summe aller Forderungen im Auge behaltet und nicht nur die Sympathie jetzt für eine einzelne Stelle, denn der Kanton kann nicht überall gleichzeitig ein bisschen mehr sprechen ohne Konsequenzen. Ebenso wird übersehen, dass die vereinbarte Strategie gezielt auf den erwähnten Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit setzt, also genau auf jenen Punkt, den die Mehrheit vermeintlich vermisst. Diese Massnahmen sind bereits im Paket enthalten, ohne dass das Budget unnötig aufgebläht wird.

Die Minderheit ist überzeugt, der Ratschlag des Regierungsrats ist fachlich abgestützt, finanziell verantwortbar und politisch tragfähig. Die Forderung der Mehrheit hingegen ignoriert dieses Gleichgewicht, ersetzt Evidenz durch Wunschdenken und riskiert eine weitere Ausweitung struktureller Ausgaben. Aus diesen Gründen beantragen wir Ihnen, dem ausgehandelten Vorschlag des Regierungsrates zuzustimmen und der Minderheit zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat das Wort Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Auch wir von der BastA befürworten den um jährlich 44’000 Franken erhöhten Staatsbeitrag für die Anlaufstelle für Angehörige und Kinder von psychisch erkrankten Menschen der Stiftung Rheinleben für die kommenden vier Jahre, so wie dies auch die Mehrheit der GSK beschlossen hat. Die Anlaufstelle für Angehörige gibt es, wie wir schon gehört haben, seit 2018 und ist für die Gesundheitsversorgung von Angehörigen von psychisch erkrankten Menschen von grosser und zentraler Bedeutung. Ja, sie ist einzigartig. Warum wir diese brauchen, hat meine Kollegin Melanie Nussbaumer Ihnen schon eindrücklich geschildert.

Wie so oft sind es die sozialen Organisationen dieser Stadt, die mit Innovation auf Lücken in der Versorgung reagieren. Ohne all dieses Engagement wäre unsere Stadt, ich muss es einmal so deutlich sagen, provinziell eher wie eine Kleinstadt im Mittelland. Alle diejenigen hier im Rat, die in unmittelbarer Nähe oder ferner Verwandtschaft oder Bekanntschaft Menschen

kennen mit einer psychischen Erkrankung, wissen sehr genau, wie das soziale Umfeld, also Eltern, Familie, Partner und Partnerinnen, Kinder sowie enge Freunde stark in Mitleidenschaft gezogen wird.

Schön, dass es diese Anlaufstelle nun gibt und ein grosses Dank an die Stiftung Rheinleben. Denn diese niederschwellige Anlaufstelle bietet Orientierung, Entlastung und informiert über sozialversicherungsrechtliche Ansprüche von den Betroffenen. Von Jahr zu Jahr steigen die geleisteten Beratungsstunden und dass die herausfordernden Fragestellungen nicht in einer Beratung erledigt werden können, versteht sich von selbst, umso mehr, als es sich nicht nur um Sachfragen geht, sondern auch um Fragen nach persönlicher individueller Hilfe und Aushalten von Abgrenzung.

Die Stiftung Rheinleben beantragte für die kommenden vier Jahre in weiser Voraussicht eine Erhöhung des Staatsbeitrags, damit in Zukunft mehr Personalstunden geleistet werden können. Dies würde die schon jetzt zunehmende Beanspruchung sowie auch die zukünftige antizipieren, kann man doch davon ausgehen, dass das in diese Richtung weitergehen wird. Es ist wünschenswert, dass die Anlaufstelle in Zukunft eine zentrale Funktion übernehmen wird. Es ist mir ein Rätsel, weshalb die Regierung hier so defensiv an die Finanzierung herangeht und nicht weiter als die vier Jahre denkt. Manchmal ist es wirklich auch in den Verhandlungsfragen auch eine Vertrauensfrage.

Wie so oft sind sinnvolle Angebote von sozialen Organisationen nicht ausfinanziert oder werden künstlich begrenzt. In der Beratung des Geschäfts hat sich aber in der Kommission klar gezeigt, dass der Bedarf deutlich höher liegt, als die jetzigen Ressourcen zulassen und auch höher liegt, als die jetzt nun mit der Erhöhung der Ressourcen zulassen werden. Dies zeigt sich eben besonders in den viel zu langen Wartezeiten.

Gerade niederschwellige Sozialorganisationen sind immer wieder damit konfrontiert, dass es sehr schnell zu Wartezeiten kommt, weil die Nachfrage steigt, und das ist absolut nicht zielführend. Niederschwellige Beratungsangebote erzielen nämlich Wirkung, wenn die Wartezeiten für ein Erstgespräch kurz gehalten werden können und bei höherem Bedarf an Beratung keine künstliche Beratungsbeschränkung eingeführt wird. Die Idee, dass die Anlaufstelle ihre Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit reduzieren soll, verkennt aber die Tatsache, dass es ja gerade darum geht, dass die betroffenen Angehörigen dieses Beratungsangebot in Anspruch nehmen sollen, um weiteres Elend zu vermeiden beziehungsweise ein wenig zu reduzieren. Dies ist eben auch aus finanzieller Sicht im allgemeinen gesehen dann die kostengünstigere Variante. Es geht also nicht darum, das Angebot unbekannt zu halten, das ist es natürlich nicht, sondern im Gegenteil, das Angebot zu stärken. Und wenn mehr Menschen das Angebot in Anspruch nehmen, ist das wünschenswert.

Wir können nämlich nicht einerseits die psychologischen und psychiatrischen Angebote der UPK und anderer Anbieter laufend stärken, was auch sinnvoll ist, und meinen, dass wir die Angebote von sozialen Organisationen rund um die psychische Gesundheit sozusagen günstig ins Haus bekommen. Das geht so auch gar nicht auf, besonders nicht, wenn wir auch ambulant vor stationär systemisch denken und dies auch stärken wollen. Und es ist ja auch das Ziel der Regierung, dass wir in diese Richtung gehen.

Also für uns ist es klar, der hier investierten Betrag für die Anlaufstelle für Angehörige, die mit Menschen mit einer psychischen Erkrankung leben, ist dringend zu erhöhen, das zahlt sich auch aus. Und ja, es ist eine politische Frage, wo wir das Geld priorisieren. Ist es die Volksgesundheit, die Gesundheit der Bevölkerung oder sind es andere Themen, die wir hier oft sehr stark mit grosser Kanne dann auch mitfinanzieren. Da ist eine politische Auseinandersetzung und darum sind wir von BastA klar der Meinung, dass wir dieses Angebot mit 44’000 Franken mehr ausstatten sollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GRÜNE/jgb hat Lea Wirz das Wort.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt bereits viel gehört und wir hören es immer wieder von Fachleuten, in den Medien, von Freundinnen und Freunden: Die Suche nach einem geeigneten Therapieplatz ist schwierig, die Wartefristen sind lang. Gemäss dem OBSAN-Bericht vom Jahr 2023 leidet jeder achte Mensch in der Schweiz an schweren psychischen Symptomen, die den Alltag einschränken oder sogar mit Suizidgedanken einhergehen. Gemäss dem OBSAN-Bericht suchten sich über ein Viertel der Personen mit psychischen Problemen keine Hilfe. Was wir also hier sehen, worüber wir hier auch diskutieren, ist, dass das Angebot an Therapie- und Beratungsstellen von Menschen, die psychische Probleme haben oder auf einen geeigneten Therapieplatz warten, nur die Spitze des Eisbergs ist. Dieser Eisberg wird noch grösser, wenn wir die Angehörigen der psychisch Erkrankten hinzunehmen. Diese übernehmen nämlich, wie wir auch schon gehört haben, in den meisten Fällen eine zentrale Rolle bei der Unterstützung, Begleitung und Stabilisierung der erkrankten Personen.

Eine psychische Erkrankung einer nahestehenden Person, etwa der Mutter oder des Vaters, kann die eigene Gesundheit bzw. der Kinder oder Partner:innen stark belasten, besonders wenn sie damit allein gelassen werden. Wer einmal erfahren musste, was es bedeutet, wenn ein nahestehender Mensch psychisch erkrankt, weiss, wie fordernd, überfordernd, kräftezehrend dies sein kann und wie rasch man an die eigene Belastungsgrenze stösst. Die Unterstützung von Angehörigen

und Kindern von psychisch erkrankten Menschen ist daher einerseits für die erkrankten Personen zentral, andererseits ist sie aber eben auch für die Angehörigen und die Kinder zentral, damit diese gesund bleiben und sich mit der Situation zurechtfinden können.

Die Stiftung Rheinleben bietet nun seit 2018 eine Anlaufstelle für Angehörige und Kinder von psychisch erkrankten Menschen. Dazu gehören insbesondere die Beratung von Angehörigen und Kindern mit Wissen über psychische Erkrankungen und deren Verlauf sowie Behandlungsmöglichkeiten und bieten eine wichtige emotionale Stütze in einem geschützten Rahmen, in welchem Sorge und Ängste geäussert werden können und professionell begleitet werden. Wir können hier heute im Grossen Rat die Mittel sprechen, um eben diese Anlaufstelle für die Jahre 2026 bis 2029 fortführen zu können. Wie wir bereits mehrfach gehört haben, hat die Stiftung eine Erhöhung des Staatsbeitrags auf 254’000 Franken pro Jahr beantragt. Der Regierungsrat anerkennt zwar den höheren Finanzierungsbedarf, spricht der Stiftung jedoch nur einen Beitrag von 2010 Franken pro Jahr aus.

Wir haben vorhin gehört, das es nich sein kann, dass wir Stiftungen oder Organisationen, die uns sympathisch sind, mehr Geld sprechen. Ich möchte hier betonen, dass mir die Stiftung tatsächlich sympathisch ist, dass aber vor allem die Dringlichkeit des Angebots hier wertgeschätzt werden soll und dies auch finanziert werden soll. Und das Budget haben wir noch nicht abschliessend beraten, da können wir vielleicht noch Korrekturen vornehmen und grosse Sorgen wegen den finanziellen Mehrkosten jetzt mit diesen 44’000 Franken pro Jahr mache ich mir nicht. Gerade gestern wurde bekanntgegeben, dass wir 2025 voraussichtlich mit einem Plus von 48 Mio. Franken abschliessen werden.

Wenn wir die Entwicklung der Beratungsstunden und der weiteren Arbeiten der Anlaufstelle der Stiftung Rheinleben anschauen, die auch die Vernetzung oder Öffentlichkeitsarbeit umfasst, dann sehen wir die Dringlichkeit an dem Angebot und eine hohe Nachfrage. Es macht daher für uns Sinn, der Stiftung Rheinleben den vollen angefragten Betrag zu sprechen. Die langen Wartelisten belegen den Bedarf und die hohe Nachfrage. Ich bezweifle keine Sekunde, dass die von der Stiftung Rheinleben prognostizierten 2000 Stunden, die vor allem in der Beratung anfallen werden und auch einen Ausbau der Leistung etwa für Kinder von 6 auf 12 Beratungsstunden ausschöpfen würden. Dies kann helfen, Folgekosten, aber auch Leid vorzubeugen.

Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb bitte ich Sie deshalb, dem Antrag der Mehrheit der GSK zu folgen und der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 bis 2029 den angefragten Staatsbeitrag von 254’000 Franken pro Jahr zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Die Fraktion der GLP kann sich eigentlich allen unseren Vorrednern weitgehend anschliessen. Die linke Ratsseite hat die Wichtigkeit dieses Angebots betont, und dem schliessen wir uns voll und ganz an, und die gute Arbeit, die jetzt schon geleistet wird, auch dass hier ein Mehrbedarf besteht, den man ausbauen soll. Dem wollen wir überhaupt nicht widersprechen. Diejenigen Fraktionen, die sich hier der Minderheit angeschlossen haben und auch Regierungsrat Lukas Engelberger haben dargelegt, warum der Vorschlag der Regierung sinnvoll ist und richtig ist und fundiert ist, und auch dem können wir uns anschliessen.

Ich erlaube mir deshalb, nur noch einmal bei einem Punkt etwas weiter auszuholen, auf eine höhere Abstraktionsebene zu gehen, nämlich zur Frage, wann es angezeigt ist, dass wir zuerst als Kommission und dann als Parlament an einem derartigen Vorschlag der Regierung herumdoktern. Ich spreche jetzt wirklich von Staatsbeiträgen. Man könnte es auch ein bisschen allgemeiner denken, aber hier geht es um einen Staatsbeitrag. Der wichtigste Grund, warum man da was ändern sollte, wäre, wenn wir den Eindruck hätten, dass das, was die Regierung vorschlägt, dem Manifest und dem erklärten politischen Willen des Souveräns widerspricht. Davon kann hier wirklich keine Rede sein. Da gibt es auch noch den angenommenen Willen, das ist ein bisschen komplexer dann, aber auch hier sind wir uns alle einig, es braucht dieses Angebot, es braucht auch einen Ausbau. Auch hier handelt die Regierung sicher nach diesem Willen.

Jetzt gibt es nur noch den dritten Grund, dass wir den Eindruck haben, es geht wirklich um Details, die Regierung habe nicht sorgfältig gearbeitet mit diesem Vorschlag. Darüber lässt sich meinetwegen streiten, aber mit den uns vorliegenden Informationen sehen wir keinen Grund, warum wir hier der Regierung misstrauen sollten, und wir folgen deshalb dem Vorschlag der Regierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, somit hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die sehr wohlwollende Beurteilung des Ratschlags, den wir Ihnen unterbreitet haben. Sie bringen damit Wertschätzung zum Ausdruck für die Arbeit der Stiftung Rheinleben, und das absolut zu Recht. Es ist schön zu sehen, dass wir uns hier einig sind.

Die Mehrheit möchte noch wohlwollender entscheiden, als wir Ihnen vorgeschlagen haben. Dieser Meinung kann man selbstverständlich sein. Wir blicken in die Zukunft und es geht darum, eine Bedarfsentwicklung abzuschätzen. Ich glaube, was wir Ihnen im Bericht vorgeschlagen haben, ist so seriös, wie wir es abschätzen können und deshalb stehen wir zu diesen Zahlen der Bedarfsentwicklung, die wir erwarten. Es ist eine Steigerung von 60% hinterlegt, das haben wir auch nicht alle Tage in vier Jahren. Und deshalb glauben wir, dass wir damit bedarfsgerecht Ihnen einen Vorschlag unterbreitet haben.

Es geht um die Entwicklung in den nächsten vier Jahren, Oliver Bolliger. Ja, es hilft immer, weiter in die Zukunft zu denken, aber beschliessen müssen wir hier die Beträge für die nächsten vier Jahre. Und wenn wir dann sehen, dass für die Jahre fünf bis, was weiss ich, unbestimmt die Mittel noch zunehmen sollten, dann können wir das in vier Jahren entsprechend so beschliessen. Aber jetzt geht es um die nächsten vier Jahre und die haben wir Ihnen dargelegt.

Ich glaube, es ist auch wichtig zu sehen, dass wir immer in einer Verhandlungssituation sind, und das gilt genauso mit einer Institution mit Antragsbeträgen von 210’000 Franken wie für andere grössere Geschäfte. Nächste Woche haben wir dann die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler zu behandeln, dort können Sie eine oder zwei Nullen anhängen. Aber es ändert nichts an der Tatsache, dass Sie Institutionen haben, die Anträge stellen für Leistungen, die wir wichtig finden, die wir bereit sind mitzufinanzieren, bei denen wir aber die Frage stellen müssen, wie viel Geld können, möchten, müssen wir sprechen, um sinnvoll den Bedarf zu decken. Und diese Aufgabe nehmen wir ernst. Deshalb bitte ich Sie dafür auch um einen gewissen Respekt. Es ist ein Aushandlungsprozess, auch wenn die Leistungen und die Stiftungen sympathisch sind und man gerne vielleicht ein bisschen mehr machen möchte, es ist ein Verhandlungsprozess, wir reden über öffentliches Geld und wir unterlegen eine sachlich begründete Bedarfsentwicklung, so wie wir sie nach bestem Wissen und Gewissen einschätzen.

Deshalb bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie dem Antrag des Regierungsrats folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Minderheit hat Raoul Furlano das Wort, er verzichtet. Die Sprecherin der Mehrheit verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir führen die Detailberatung anhand des Beschlussentwurfes der Mehrheit durch. Sie finden diesen auf Seite 7 des Berichts.

Die Kommissionsmehrheit beantragt einen Betrag von 1’016’000 Franken. Die Kommissionsminderheit und der Regierungsrat beantragen einen Betrag von 840’000 Franken. Wir könnten auch hier eine Debatte führen, aber wir verzichten darauf. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Kommissionsmehrheit , NEIN heisst Kommissionsminderheit.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007816, 10.12.25 10:24:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zur Version der Kommissionsminderheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante der Kommissionsminderheit und des Regierungsrates entschieden mit 49 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter, Publikationsklausel, und kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007818, 10.12.25 10:25:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Stiftung Rheinleben werden für den Betrieb der Anlaufstelle für Angehörige und Kinder psychisch erkrankter Menschen für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 840‘000 (jährlich Fr. 210‘000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 93 Stimmen gegen eine Stimme.

6. Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK

[10.12.25 10:25:40, 25.1194.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Vorab vielleicht eine kurze Ausschweifung zur Kommissionsarbeit. Wie Sie gesehen haben in der Kreuztabelle, haben wir einige Geschäfte der GSK. Ein eher seltenes umstrittenes Geschäft hatten wir jetzt gerade gehabt mit einem Mehrheits- und einem Minderheitsbericht. Das gibt es bei uns eher selten. Wie Sie sehen werden, sind bis auf eines von nächster Woche sämtliche Geschäfte innerhalb der Kommission unumstritten.

Wie Sie auch gesehen haben, sind es insgesamt acht Geschäfte, wir haben in der Kommission relativ viel Arbeit geleistet. Da möchte ich auch kurz den Dank an meine geschätzten Kommissionsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, aussprechen. Wir haben insbesondere die zahlreichen Geschäfte, bei denen es um Staatsbeiträge für die kommenden Jahre geht, durchgeackert. Das war relativ viel Arbeit und es war eigentlich auch unser Ziel, dass wir das noch im laufenden Jahr verabschieden können im Grossen Rat.

Ich komme nun zum vorliegenden Geschäft. Ich berichte Ihnen gerne zum Ratschlag betreffend Weiterführung des Projekts SomPsyNet für die Jahre 2026 bis 2028. Der Regierungsrat beantragt, das seit 2019 bestehende Projekt SomPsyNet zur Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in somatischen Spitälern für die Jahre 2026 bis 2028 weiterzuführen. Die Gesamtkosten betragen 1,6 Mio. Franken, wovon 456’000 Franken zu Lasten des Kantons Basel-Stadt gehen. Die Gesundheitsförderung Schweiz beteiligt sich mit rund 1,2 Mio. Franken an der Finanzierung.

Psychische Belastungen und Störungen treten bei somatisch erkrankten Patientinnen und Patienten häufig auf, insbesondere in Akutspitälern. Eine Studie von 2018 zeigt, dass psychische Komorbiditäten im Vergleich zu rein körperlichen Erkrankungen zu längeren Aufenthalten, höheren Rehospitalisierungsraten und einem 28% höheren Ressourcenaufwand führen. Betroffene weisen zudem schlechtere Gesundheitsverläufe und geringere Lebensqualität auf. Studien belegen eine Unterversorgung in der Psychosomatik. Das seit 2019 bestehende Projekt SomPsyNet gilt als Good Practice-Beispiel.

Ziel ist ein Netzwerk, das somatisch Erkrankte frühzeitig auf psychosoziale Belastungen screent und interdisziplinär behandelt, auch über den Spitalaufenthalt hinaus. Dazu wurden ambulante Angebote auf einer Online-Plattform vernetzt.

Teilnehmende Spitäler sind unter anderem das Universitätsspital Basel, Bethesdaspital, die Universitäre Altersmedizin Felix Platter und Claraspital, insgesamt 20 Projektpartner. 2023 und 2024 wurden über 4'300 beziehungsweise 4'600 Patientinnen und Patienten aufgenommen. 36% zeigten relevante psychische Belastungen, rund die Hälfte erhielt Unterstützung. Evaluationsdaten zeigen nach sechs Monaten signifikante Verbesserungen bei Belasteten, die unterstützt wurden. Das Projekt wird weiter evaluiert, langfristig soll die Finanzierung ab 2029 über die obligatorische Krankenpflegeversicherung erfolgen, wofür wissenschaftliche Publikationen notwendig sind.

Von 2019 bis 2023 wurde SomPsyNet hauptsächlich durch die Gesundheitsförderung Schweiz mit 2,2 Mio. Franken finanziert. Spitäler und Gesundheitsdepartement trugen zusätzlich 1,8 Mio. Franken an Personalleistungen bei. Der Kanton steuerte 377'000 Franken aus Budgetmitteln bei. Obwohl ursprünglich ab 2024 ein Übergang in den Regelbetrieb geplant war, stellte die Gesundheitsförderung Schweiz bis 2028 nochmals knapp 1,5 Mio. Franken bereit, weshalb die Weiterführung als Projekt erfolgt. 2024 musste vom Kanton überbrückt werden. Für 2026 bis 2028 werden nun neue kantonale Mittel beantragt, die mindestens 25% der Projektkosten abdecken müssen. Ab 2029 ist ein Übergang, wie bereits erwähnt, in den Regelbetrieb über einen spezialisierten DRG-Tarif vorgesehen.

Zu den Erwägungen der Kommission. Die GSK unterstützt diese Vorlage. Es handelt sich um ein Angebot, mit welchem den grundsätzlichen Problem der Gesundheitsversorgung, dem Zusammenhang zwischen psychischen und somatischen Erkrankungen proaktiv begegnet wird. Es wird dabei wichtige Präventionsarbeit geleistet. Die Zahlen zu den Auswirkungen psychischer Zusatzerkrankungen gegen rein körperliche Erkrankungen sind eindrücklich. Die Umsetzung des Projektes in der dargestellten Versorgungslinie inklusive Behandlungsnetzwerken nach dem Spitalaufenthalt ist schlüssig.

Die GSK hat auf die Wichtigkeit hingewiesen, dass die Screenings, die auch auf Selbsteinschätzungen basieren, ebenfalls für Kinder und fremdsprachige Personen ausgearbeitet sind, um deren Bedürfnisse adäquat zu eruieren. Das GD hat erklärt, dass diese Thematik erkannt ist und angegangen wird. Es besteht eine gewisse Ungleichheit bei der Altersverteilung, wobei mehr ältere als jüngere in den Screenings erfasst sind. Dies ist allerdings im Wesentlichen auf die Beteiligung der universitären Altersmedizin Felix Platter zurückzuführen. Die Screenings sollen niederschwellig sein und Personen identifizieren, die einen therapeutischen Bedarf haben, aber noch nicht in einem entsprechenden Behandlungssetting sind. Sie führen zur Erhebung vielfältiger Daten, die über das rein Medizinische hinausgehen. Das Gesundheitsdepartement hat auf Nachfrage erklärt, dass diese Daten der Angebotssteuerung dienen. Die Erstabklärungen der Screenings sind Aufgabe des Pflegepersonals. Der Mehraufwand wird austariert und die positiven Effekte aus den frühen Identifizierungen psychischer Zusatzerkrankungen und Vermeidung von Folgeerkrankungen und Beschwerden. Das dadurch mögliche rasche Eingreifen entlastet das Pflegepersonal insgesamt.

Das Hauptanliegen der GSK ist die langfristige Finanzierung von SomPsyNet als Regelangebot. Die Anschlusslösung nach der jetzigen Projektförderung durch Gelder der Gesundheitsförderung Schweiz und durch Kantonsgelder muss möglichst bald angegangen werden. Es handelt sich um eine Leistung an den Patientinnen und Patienten, was für eine Finanzierung über die Krankenkassenprämien sprechen würde, sofern Mehrwert und Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden können. Die GSK hat den Wunsch, dass das GD in diesem, Zusammenhang mit Prio.Suisse, dem Verband der schweizerischen Krankenversicherer, Kontakt aufnimmt.

Die Frage, ob die Finanzierung als gemeinwirtschaftliche Leistung in Frage kommt, wurde ebenfalls aufgeworfen. Die GSK ist der Meinung, dass die Option zur Verstetigung von SomPsyNet und dessen Überführung in den Regelbetrieb analysiert werden müssen. Es darf keine Lücke wie im Jahr 2024 geben und auch keinen Projektabbruch nach 2028.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat einstimmig Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke dem Kommissionspräsidenten für die ausführliche Darlegung unserer Anträge und ich möchte mich bei den Kommissionsmitgliedern ebenfalls bedanken für die gute Zusammenarbeit. Der Präsident hat des bereits gesagt, es ist wahr, es ist eine intensive Phase der Kommissionsarbeit, weil doch eine ganze Reihe von Staatsbeitragsverträgen auf den Jahreswechsel jetzt zur Erneuerung ansteht, so auch dieser hier. Ich möchte sehr herzlich danken für die intensive Arbeit an diesen wichtigen Geschäften, die nun auch vor dem Jahresende vorgelegt werden können.

Zu SomPsyNet und zu unserem Antrag. Der Präsident hat Sie bereits vollständig informiert. Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass das Projekt SomPsyNet einen Schwerpunkt auch für die Gesundheitsförderung Schweiz darstellt, die sich sehr massgeblich an diesen Arbeiten beteiligt. Die Gesundheitsförderung Schweiz wird ja von den Kantonen und den

Versicherern und weiteren Akteuren im Gesundheitswesen getragen und ist zentral für die Aktivitäten der Gesundheitsförderung, wie der Name eben auch schon sagt, in der Schweiz und verfügt über eine hohe fachliche Autorität in diesen Themen. Wenn also Gesundheitsförderung Schweiz mehrheitlich die Kosten dieses Projekts trägt, dann kann man das als ein Gütesiegel bezeichnen, und ich möchte an dieser Stelle der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz auch im Namen des Kantons für diese wichtigen Beiträge danken.

Wir wissen, dass sie vorübergehend sein werden und dass es dann auch eine Anschlusslösung braucht für die Zeit nach dieser Periode, die nun zum Entscheid vorliegt. Wir sichern mit dem Geschäft hier die drei folgenden Jahre im Projektbetrieb SomPsyNet ab. Das wird erlauben, fundiert eine Analyse zu erstellen, ob die Ziele, die damit verbunden sind, die Erwartungen, die wir haben an SomPsyNet erfüllt werden können, und in Abhängigkeit davon müssen wir dann die Folgefinanzierung regeln. Ob uns das gelingt, wie uns das gelingt, ist aktuell noch offen, aber wir brauchen auf jeden Fall die Brücke, die jetzt gebaut werden soll mit der Finanzierungslösung für die Jahre 2026 bis 2028. Ich bin der Kommission dankbar, dass sie diese Anträge unterstützt und ich hoffe, Sie können das ebenfalls tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 7 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007820, 10.12.25 10:37:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Projekt SomPsyNet werden für die Jahre 2026 bis 2028 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'667’499 (Fr. 555’833 p.a.) bewilligt. Insgesamt Fr. 465'000 (Fr. 155'000 p.a.) gehen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Gesundheitsdepartements, Dienststelle Medizinische Dienste.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 gegen eine Stimme.

7. Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Bericht der GSK

[10.12.25 10:38:03, 25.0764.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich im Namen der GSK zum Ausgabenbericht und Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt. Der Regierungsrat

beantragt dem Grossen Rat, für den Ausbau der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt jährlich 950’000 Franken bereitzustellen. Diese Mittel sollen die Umsetzung eines Massnahmenpakets ermöglichen, das die Versorgung von psychisch belasteten Personen verbessert. Hintergrund ist die deutliche Zunahme psychischer Erkrankungen. 13,5% der Schweizer Bevölkerung leiden gemäss einer Studie von 2023 unter alltagsrelevanten psychischen Symptomen, und die Inanspruchnahme ambulanter Psychotherapie ist in den letzten Jahren stark gewachsen, besonders bei Kindern und Jugendlichen. Dies führt zu längeren Wartezeiten, einem erschwerten Zugang zu geeigneten Therapieangeboten und fehlender Übersicht über die kantonale Versorgung, da ein systematisches Monitoring bislang nicht vorhanden war.

Bereits ergriffene Massnahmen wie der Ausbau spitalambulanter Angebote, intermediäre Angebote wie Home Treatment sowie präventive Projekte reichen angesichts der aktuellen Belastungen nicht aus. Das neue Konzept sieht deshalb fünf Handlungsfelder vor. Den Aufbau eines Versorgungsmonitorings, die Sicherstellung der Therapie für stark belastete Klientinnen und Klienten, eine Verbesserung der Behandlung bei unterversorgten Krankheitsbildern, optimierte Übergänge zwischen stationären und ambulanten Angeboten sowie einen niederschwelligen Zugang zu Beratung und Therapie. Konkret soll die transkulturelle Ambulanz ausgebaut, Expertennetzwerke zwischen ambulanten und stationären Fachpersonen eingerichtet, psychiatrische Liaisondienste für besonders vulnerable Gruppen geschaffen und eine kantonale Koordination etabliert werden. Die insgesamt 950’000 Franken pro Jahr sollen diese Massnahmen finanzieren und dazu beitragen, vulnerable Personen schnell abzuklären und in passende Therapien zu vermitteln.

Zum Vorgehen und den Erwägungen der Kommission: Der Grosse Rat hat den Ratschlag der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht überwiesen. Die Kommission hat die Vorlage an drei Sitzungen behandelt. An der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des Gesundheitsdepartements sowie der Kantonsarzt und die Leiterin Prävention. Die Kommission stellt nach der ersten Beratung fest, dass die vertiefende Auskunft zu mehreren Aspekten der Vorlage benötigte. In dieser sind bestimmte Inhalte noch nicht vollständig ausgeführt worden. So vermisste die GSK zum Beispiel die Abbildung der Kinder und Jugendlichen in den Massnahmen. Auch wurden Befürchtungen genannt, dass es zu Abgrenzungsproblemen mit den GWL der UPK kommen könnte. Trotz plausibler Aussagen wirkt die Quantifizierung des Aufwandes geschätzt. Es gibt logische Argumente für die genannten Bedürfnisse, aber es ist nicht klar ersichtlich, was alles genau damit gemacht wird. Die GSK gewann den Eindruck eines Rahmenbudgets für Stellenaufstockungen, innerhalb dessen erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden wird, welche Beträge konkret in die Therapie einfliessen sollen. Der GSK blieb auf Basis des Ausgabenberichts allein unklar, wie der Kanton und seine vulnerable Bevölkerungsanteile von den beantragten Mitteln profitieren können.

Die GSK stellt sich als Ergebnis ihrer Beratung aber nicht gegen die Vorlage. Trotz der Unvollständigkeit gelangte sie auch zum Schluss, dass das angestrebte Ziel wichtig ist und dass die Ergreifung von Massnahmen grundsätzlich zu begrüssen sind. Deshalb formulierte die GSK einen umfassenden Fragekatalog zu Handen des Gesundheitsdepartements, welcher im schriftlichen Bericht vollumfänglich wiedergegeben wurde. Die Gesundheits- und Sozialkommission sieht aufgrund der aufgeworfenen Fragen in der weiteren Entwicklung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung einen Diskussionsbedarf, insbesondere hinsichtlich der Art der Finanzierung. Viele der Massnahmen scheinen ihr dabei eher in den Bereich der GWL zu gehören. Mit den Antworten des Gesundheitsdepartements auf ihren Fragekatalog akzeptiert die GSK die Vorlage.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt deshalb die GSK dem Grossen Rat einstimmig Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke auch hier dem Präsidenten für die ausführliche Schilderung unserer Anträge und des Geschäftsgangs. Wir möchten mit diesem Bericht ansetzen bei diesem Thema der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung, das Gegenstand war von zahlreichen Vorstössen auch im Grossen Rat. Wir haben gehört auch in den Debatten hier im Haus, dass ein zusätzlicher Bedarf für psychotherapeutische Angebote gesehen wird. Das haben wir ernst genommen, wir haben es entgegengenommen, wir haben es aufgearbeitet, soweit wir das können, und Ihnen dargelegt, wie wir diesen Bedarf angehen wollen mit einem Paket von Ausbaumassnahmen, die im Ratschlag geschildert sind.

Vorgesehen ist erstens der Ausbau der transkulturellen Ambulanz der Universitären Psychiatrischen Kliniken für Menschen mit Fluchtgeschichte und für Gewaltbetroffene. Wir wissen, dass es hier teilweise erhebliche Wartezeiten gibt und mit einem Ausbau des Angebots um 60 Therapieplätze können diese Wartezeiten abgebaut werden.

Zweitens möchten wir Expertinnen und Experten besser vernetzen, wenn es um Behandlung von besonders komplexen Krankheitsbildern geht, etwa von Psychosen oder Abhängigkeitserkrankungen. Das sind aufwendige Behandlungen, auch für die Therapeutinnen und Therapeuten kann das belastend sein, und wir möchten die Zusammenarbeit zwischen diesen Fachpersonen stärken und das Netz zwischen ihnen enger knüpfen.

Als dritte Massnahme soll der Aufbau von psychiatrischen Liaisondiensten durch die UPK ermöglicht werden. Das sind Unterstützungsleistungen der Psychiatrie zugunsten von Institutionen im sozialen oder sozialmedizinischen Bereich. Zu denken ist etwa an Wohn- und Pflegeheime, an Sozialdienste, wenn es um die Betreuung eben schwer oder komplexer Fälle geht. Ein derartiger Liaisondienst kann helfen, insbesondere auch die Hospitalisationen zu vermeiden und die Behandlung eben in diesem ambulanten Setting, wo sich die Patienten bereits befinden, zu verbessern.

Viertens soll eine neu eingerichtete Koordinationsstelle im Gesundheitsdepartement die Steuerung und Vernetzung in diesem Bereich stärken. Es geht darum, allfällige Versorgungslücken noch besser systematisch zu erfassen und auch gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern die innovativen Ansätze gezielt zu fördern. Da ist etwa an digitale Navigationshilfen zu denken, wie komme ich zu einem Therapie- oder Beratungsplatz, oder es geht auch um Dolmetschlösungen, die in diesem Bereich von Bedeutung sind.

Wir verfolgen mit diesen Massnahmen das Ziel, den niederschwelligen Zugang zu Therapieplätzen für stark belastete Personen sicherzustellen, die Versorgung gezielt zu verbessern, insbesondere von Krankheitsbildern, bei denen es eine Vermutung der Unterversorgung aktuell gibt, und wir möchten die Therapieübergänge zwischen verschiedenen Behandlungsformen und Einrichtungen verbessern. Das sind Massnahmen, die nicht nur gesundheits- und sozialpolitisch angezeigt sind, sondern die auch ökonomisch sinnvoll sind. Verzögerte Behandlungen verursachen hohe Folgekosten für das Gesundheitssystem, für die Sozialversicherungen und letztlich für unsere Gesellschaft. Das begleitende Monitoring, welches in diesem Jahr startete, ermöglicht ausserdem eine kontinuierliche Bewertung der Wirksamkeit und eine bedarfsgerechte Steuerung der Massnahmen und der Versorgungsangebote, die wir auch bereits haben.

Es ist eine neue Ausgabenposition. Wir verstehen, dass es dazu Fragen gibt, inhaltlicher Art, methodischer Art, das nehmen wir entgegen. Die Beträge sind teilweise etwas geschätzt. Das ist so, weil wir neue Aktivitäten entfalten wollen. Aber wir sind der Überzeugung, dass wir einen echten Bedarf treffen mit unseren Anträgen und dass diese auch den Forderungen des Parlaments entsprechen, die Sie uns mit zahlreichen Vorstössen haben zukommen lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erste hat das Wort Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Endlich und herzlichen Dank! So beginne ich heute mein Votum. Es ist höchste Zeit. Die SP unterstützt den Ausbau der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung klar und überzeugt. Psychische Gesundheit ist heute, wir haben es längst gehört, eine der drängendsten gesundheitlichen und sozialen Herausforderungen. In Basel-Stadt warten viele Menschen viel zu lange auf eine Behandlung. Wer psychisch leidet, kann nicht warten. Ich habe nicht nur zur Depression im Kontext von Migration geforscht, sondern ich arbeite auch mit vulnerablen, psychisch erkrankten Menschen zusammen, die teilweise bis zu neun Monate Wartezeit auf einen Psychotherapieplatz in Kauf nehmen müssen. Für die Betroffenen bedeutet das nicht nur Wartezeit, sondern zusätzlichen Stress, eine Verschlechterung des Gesundheitszustands und oft auch soziale oder berufliche Probleme.

Besonders betroffen sind vulnerable Gruppen, Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung sowie Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen. Das darf nicht sein. Gesundheitliche Chancengleichheit geht auch anders. Psychische Erkrankungen entstehen nicht nur durch persönliche Schicksale, sondern auch durch soziale Bedingungen, Armut, prekäre Arbeit, finanzielle und aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, unsichere Wohnsituationen, Einsamkeit, Rassismus und Diskriminierung. All das sind zentrale gesellschaftliche Belastungsfaktoren, die psychisch krank machen.

Psychische Gesundheit hängt deshalb eng mit sozialer Gerechtigkeit zusammen. Darum unterstützt die SP den Ausbau der ambulanten Versorgung deutlich. Wir befürworten die Erweiterung der transkulturellen Ambulanz der UPK zu einem Ambulatorium für Menschen mit Fluchtgeschichte und Überlebende von Gewalt. Wir setzen uns für Expertinnen- und Expertennetzwerke zwischen den UPK und niedergelassenen Fachpersonen ein, um mehr ambulante Therapieplätze für schwer belastete Menschen bereitzustellen oder sich auszutauschen. Auch der Ausbau psychiatrischer Liaisondienste in sozialen Institutionen und eine umfassende kantonale Koordination sind Entscheide.

Zugänglichkeit ist das A und O. Wer Hilfe sucht, muss schnell und unbürokratisch einen Termin erhalten, in Tagen, nicht in Monaten. Dieser Ausbau stärkt zudem den Grundsatz ambulant vor stationär. Eine gute ambulante Behandlung verhindert

Krisen, entlastet Spitäler und ist langfristig kostengünstiger, vor allem aber reduziert sie Leid und darum geht es. Die SP erkennt bei den vorgeschlagenen Massnahmen auch Diskussionsbedarf hinsichtlich der Finanzierung im Rahmen der gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, psychische Gesundheit ist Grundversorgung. Sie verdient denselben politischen Wille wie jede andere gesundheitliche Aufgabe. Mit diesem Massnahmenpaket machen wir einen wichtigen Schritt hin zu einer verlässlichen, zugänglichen und solidarischen Versorgung. Die SP stimmt diesem Geschäft überzeugt zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich werde mich kurz halten, ich darf zu diesem Geschäft auch für die BastA sprechen. Die Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA begrüssen den Ausbau der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung und wir haben zur Genüge gehört, welche Herausforderungen wir damit auch adressieren.

Die Massnahmen, die der Regierungsrat vorschlägt, sind aus Sicht unserer Fraktion sinnvoll. Sie adressieren genau jene Bereiche, in denen heute eben Versorgungslücken bestehen, sei es bei schwer belasteten Patientinnen und Patienten, bei komplexen Krankheitsbildern oder beim Zugang für besonders vulnerable Gruppen wie etwa Kinder, Geflüchtete, ältere Menschen oder Gewaltbetroffene.

Wie wir bereits gehört haben, hat es zusätzliche Ausführungen seitens des GD gebraucht im Rahmen der Kommissionsberatung, die auch im Bericht aufgenommen wurden. Es wurde deutlich, dass die Mittel insbesondere direkt den betroffenen Menschen zugutekommen und davon auch Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen vom Massnahmenpaket profitieren sollen. Die Frage, ob Teile dieser Finanzierung längerfristig in den Bereich der gemeinwirtschaftlichen Leistung gehören, wurde nicht ganz klärend abgeschlossen. Diese Diskussion ist weiterhin wichtig und muss fortgeführt werden. Sie darf jedoch nicht dazu führen, dass dringende Massnahmen verzögert werden. Die heute bestehenden Versorgungslücken haben reale Folgen für Betroffene, für Familien und letztlich auch für unsere Gesundheitsversorgung.

Daher bitte ich Sie auch im Namen der Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA, diesem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, Regierungsrat Lukas Engelberger und der Kommissionspräsident verzichten auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 10 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007822, 10.12.25 10:55:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung werden wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 950'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Gesundheitsdepartements, Abteilung Medizinische Dienste, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 gegen eine Stimme.

Wir haben erneut Besuch auf der Tribüne. Dort begrüsse ich eine Klasse des Zentrums für Brückenangebote Clara mit Lehrer Hüseyin Ucmak. Wir freuen uns über Ihren Besuch und das Interesse an der Basler Politik.

8. Staatsbeitrag an die "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB) für die Jahre 2026 - 2029; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK

[10.12.25 10:56:05, 25.1328.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, der Aids-Hilfe beider Basel für die Jahre 2026 bis 2029 jährlich 428’000 Franken, also total 1,7 Mio. Franken als Staatsbeitrag zu bewilligen. Das Gesundheitsdepartement unterhält seit 1988 ein Beitragsverhältnis mit der Aids-Hilfe beider Basel, die zentrale Leistungen in der Prävention, Beratung und Schulung und Testung sexuell übertragbarer Infektionen erbringt. Die epidemiologische Lage zeigt unterschiedliche Entwicklungen. HIV und virale Hepatiten gehen seit Jahren zurück, während Gonorrhoe und Chlamydienfälle steigen und Syphilis sich weitgehend stabilisiert hat. Besonders betroffen sind Bevölkerungsgruppen mit einem erhöhten Expositionsrisiko wie homosexuelle, bisexuelle und queere Männer sowie andere Männer, die Sex mit Männern haben sowie ebenso Sexarbeitende. Sie lassen sich häufiger testen, was die frühzeitige Diagnose bislang unerkannter Infektionen ermöglicht und damit wesentlich zur Unterbrechung von Übertragungsketten beiträgt.

Mit dem 2023 veröffentlichten nationalen Programm NAPS wurden bestehende Strategien weiterentwickelt. Ziel ist, Übertragungen von HIV sowie Hepatitis B und C bis 2030 vollständig zu verhindern und weitere Infektionen wie Syphilis, HPV, Mpox oder Gonorrhoe deutlich zu reduzieren. Die Aids-Hilfe beider Basel spielt im Kanton Basel-Stadt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung dieser Ziele. Sie verantwortet Sexualpädagogik in beiden Basel, führt aufsuchende Prävention in Gruppen mit hohen STI-Prävalenz durch und vermittelt interkulturelle Sexualaufklärung, etwa in Fremdsprachenklassen. Zudem bietet sie Beratung für Menschen mit HIV an und betreibt mit dem Checkpoint eine niederschwellige Test- und Beratungsstelle, die sowohl der Allgemeinbevölkerung als auch spezifischen Zielgruppen offensteht. Dort können sich auch Sexarbeitende flexibel ohne Termin testen lassen. Zusätzlich werden Hepatitis-Impfungen angeboten.

In der laufenden Leistungsperiode musste die AHbB aufgrund früher struktureller und finanzieller Probleme eine Reorganisation durchführen. Die Konzentration auf Kernaufgaben, interne Optimierungen und eine stabilisierte Finanzlage ermöglicht eine nachhaltige Entlastung. Die der GSK 2022 vorgelegten Finanzabschlüsse bestätigen diese positive Entwicklung, so dass keine zusätzlichen Massnahmen notwendig waren. Die Staatsbeiträge der Kantone bleiben unverändert und sichern den Leistungsauftrag bis 2029. Basel-Stadt leistet jährlich 428’000 Franken, Basel-Landschaft 194’000 Franken, insgesamt also 622’000 Franken pro Jahr. Damit kann die AHbB die Rolle in der STI-Prävention und -Versorgung im Kanton weiterhin zuverlässig weiterführen.

Zum Vorgehen und den Erwägungen der Kommission: Die Aids-Hilfe beider Basel hat einen Wandlungsprozess durchlaufen und sich unter Berücksichtigung ihrer Kerngrundsätze reorganisiert. Sie weist ein breit aufgestelltes Portfolio im Bereich Information, Beratung und Testung für das Gesamtspektrum der sexuell übertragbaren Infektionen auf. Der Traditionsnamen widerspiegelt zwar nicht mehr den Tätigkeitsbereich des Vereins in seiner Gänze, er hat aber immer noch einen sehr hohen Identifikationswert für viele Menschen, welche die AHbB gegründet haben, dieser ideell nahestehen oder die Organisation auch bis heute finanziell unterstützen. Die Reorganisation der AHbB hat zu einer Stellenreduktion vor allem bei temporär Mitarbeitenden und im O-Head geführt. Das operative Kernteam ist erhalten geblieben, die hohen Ausgaben für Raummiete bestehen derzeit noch wegen einer längeren Mietverpflichtung. Das Problem soll allerdings mit einer Untervermietung angegangen werden und das Ende der Verpflichtung ist absehbar.

Die Aids-Hilfe beider Basel kann eigene Projekte ausserhalb des mit den Trägerkantonen vertraglich vereinbarten Leistungsumfang durchführen. Bedingung dafür ist allerdings, dass diese Projekte hinreichend finanziert sind. Die Rekonzipierung der Tätigkeit ist erkennbar in einer verstärkten Informations- und Aufklärungsarbeit und einer Reduktion in der aufsuchenden Arbeit. Der LadyCheck und die Beratung von Transpersonen sind Teil der allgemeinen Beratung und

Finanzierung. Bisherige Leerzeiten sollen vermieden werden. Neben der telefonischen Erstberatung und Triage ist die Digitalisierung in Form von Onlinebuchungen für Beratungen ein sehr hilfreiches Instrument.

Dank medikamentöser Behandlungen ist die Angst vor HIV stark zurückgegangen. Dies hat sich auf das Risikoverhalten negativ ausgewirkt und dazu geführt, dass andere sexuell übertragbare Infektionen wieder stärker verbreitet sind, die unbehandelt ebenfalls zu schweren Krankheitsverläufen führen. Der Leistungsumfang und die Fokussierung der AHbB auf ihren Kernaufgaben entsprechen den aktuellen Anforderungen an Aufklärung, Beratung und Testung.

Die Aids-Hilfe beider Basel hat finanziell schwierige Jahre überstanden und kann mit soliden Finanzen in die nächste Leistungsperiode gehen. Gestützt auf diese Ausführung beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat einstimmig, der nachfolgenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir sind im Bereich der sexuellen Gesundheit angekommen nach den Ratschlägen rund um die psychische Gesundheit, und ich möchte in diesem Zusammenhang auch der Aids-Hilfe beider Basel im Namen des Regierungsrats unsere Wertschätzung aussprechen für ihre Leistungen, die sie in diesem wichtigen und sensiblen Bereich seit Jahren erbringt.

Begonnen hat die Aids-Hilfe beider Basel im Jahre 1985, das war die Zeit der grossen HIV-Epidemie, und die Aids-Hilfe beider Basel hat in dieser Zeit eine historische Leistung erbracht, indem sie sich eben um dieses Thema, um die betroffenen Personen, Patientinnen und Patienten, gekümmert hat und das verdient eine grosse Anerkennung.

Sie ist auch heute wichtig in anderen Bereichen als ausschliesslich Aids und HIV. Der Kommissionspräsident hat das bereits geschildert. Sie bleibt ein wichtiger Partner im Bereich der sexuellen. Gesundheit, den wir entsprechend auch weiterhin finanziell unterstützen wollen. Sie haben das in den Akten und der Präsident hat Ihnen das bereits ausgeführt. Wir bleiben bei den bisherigen Beträgen. Wir begleiten die Institution auch in einer Neugewichtung ihrer verschiedenen Tätigkeiten. Das epidemiologische Geschehen hat sich verändert in diesem Bereich, und das macht die Aids-Hilfe auch mit in ihren Angeboten. Wir begleiten sie dabei und können sie, wenn Sie einverstanden sind, auch in den nächsten vier Jahren im bisherigen Umfang finanziell unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Amina Trevisan hat sich für die SP eingetragen.

Amina Trevisan (SP): Am 1. Dezember findet jeweils der Welt-Aids-Tag statt. Er bekräftigt die Rechte von Menschen, die mit HIV leben und ruft zu einem Miteinander ohne Vorurteile und Diskriminierung auf. Gleichzeitig erinnert er an die Menschen, die an den Folgen von Aids verstorben sind. Der Welt-Aids-Tag ist ein Moment der Solidarität, der Aufklärung und ein Aufruf, gemeinsam gegen Unwissen und Ausgrenzung einzutreten. Wie passend zum Geschäft, das der Welt-Aids-Tag erst vor rund einer Woche stattfand.

Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag auf den Staatsbeitrag an die Aids-Hilfe beider Basel für die Jahre 2026 bis 2029. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zur sexuellen Gesundheit, Prävention und sozialen Unterstützung von Menschen, die von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen betroffen sind. Die Aids-Hilfe beider Basel leistet seit Jahrzehnten, wir haben es gehört, unverzichtbare Arbeit – und an dieser Stelle auch von uns ein grosses Dankeschön –, sie fördert sexuelle Gesundheit durch Aufklärung, Prävention und Beratung, unterstützt Betroffene in schwierigen Lebenslagen und setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein, in der Stigmatisierung keinen Platz hat. Gerade in einer Zeit, in der Diskriminierung und Vorurteile gegen Menschen mit HIV oder anderen sexuell übertragbaren Infektionen leider immer noch bestehen, ist diese Arbeit von höchster Relevanz.

Ein verlässlicher Staatsbeitrag für die kommenden vier Jahre gewährleistet Planungssicherheit und ermöglicht der Aids-Hilfe beider Basel ihre Angebote kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dazu gehören sowohl Aufklärung und Präventionskampagnen zur Förderung sexueller Gesundheit, psychosoziale Beratung, Peer-Support-Programme als auch Sensibilisierung der Öffentlichkeit und an Schulen. Die SP ist überzeugt, Investitionen in Prävention, sexuelle Gesundheit und Unterstützung von vulnerablen Gruppen zahlen sich für die Gesellschaft aus, gesundheitlich, sozial und ökonomisch. Ein gesundes, inklusives und solidarisches Basel ist im Interesse aller. Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007825, 10.12.25 11:07:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

Zur Fortführung des Staatsbeitragsverhältnis mit der Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von Fr. 1’712’000 (jährlich Fr. 428’000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 gegen eine Stimme.

9. Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK

[10.12.25 11:08:01, 25.1220.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich namens der GSK zum Ratschlag Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026 bis 2029. Der Regierungsrat beantragt mit dem Ratschlag einen Staatsbeitrag von 20 Mio. Franken an das IOB für die kommenden vier Jahre. Der Beitrag stellt die dritte Finanzierungsperiode seit 2018 dar und gilt als neue Ausgabe gemäss Finanzhaushaltgesetz. Rechtsgrundlage ist der zu fassende Beschluss des Grossen Rates nach Artikel 24 Finanzhaushaltgesetz. Die Mittel sind im Budget 2026 sowie in der Finanzplanung 2027 bis 2029 eingeplant.

Augenerkrankungen zählen weltweit zu den schwerwiegendsten Erkrankungen und nehmen aufgrund der alternden Bevölkerung weiter zu. Der Verlust der Sehkraft beeinträchtigt die Lebensqualität stark, weshalb ein grosser Bedarf an Forschung und neuen Therapien besteht. Vor diesem Hintergrund wurde das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB)Ende 2017 als Public-Private Partnership zwischen dem Universitätsspital Basel, der Universität Basel und Novartis gegründet. Zusätzlich beteiligt sich der Kanton Basel-Stadt an der Finanzierung. Das Institut verfolgt das Ziel, Augenerkrankungen grundlegend zu erforschen, daraus neue Behandlungsmöglichkeiten bis hin zu klinischen Anwendungen zu entwickeln.

In den vergangenen Jahren hat das IOB bedeutende wissenschaftliche Fortschritte erzielt und sich national wie auch international einen führenden Ruf erarbeitet. Seine Tätigkeit steht im Einklang mit den strategischen Zielen des Kantons Basel-Stadt, der Universität und des Universitätsspitals, insbesondere hinsichtlich Innovationsförderung und Stärkung des Forschungsstandorts. Die Finanzierung des IOB erfolgt gemeinschaftlich durch Novartis, das Universitätsspital Basel, die Universität Basel und den Kanton Basel-Stadt, wie bereits ausgeführt. Novartis hat aber angekündigt, ihren Anteil nach

Ablauf der ersten zehn Betriebsjahre per Ende 2027 von jährlich 10 auf 5 Mio. Franken zu reduzieren. Für die Jahre 2026 und 2027 verbleibt die Gesamtfinanzierung bei 20 Mio. Franken jährlich, getragen wie gesagt von Novartis mit 10 Mio. Franken, dem Universitätsspital mit 3 Mio. Franken, von der Universität Basel mit 2 Mio. Franken und vom Kanton mit 5 Mio. Franken. Ab 2028 beläuft sich die Finanzierung durch die Reduktion von Novartis auf noch 15 Mio. Franken pro Jahr.

Damit werden der Kanton Basel-Stadt und Novartis finanziell gleich starke Träger des Instituts. Obwohl der Kanton einen wesentlichen Beitrag leistet, verzichtet er weiterhin auf einen eigenen Sitz im Stiftungsrat und lässt seine Interessen durch die Universität und das Universitätsspital vertreten. Angesichts der veränderten finanziellen Gewichte soll der Staatsvertrag erweitert werden, sodass die Trägerschaft im Gesundheitsdepartement künftig mindestens einmal jährlich persönlich über finanzielle Lage, Risiken und Entwicklungen des Instituts berichtet.

Zum Vorgehen und den Erwägungen der Kommission: Die Gesundheits- und Sozialkommission unterstützt die Vorlage, da das IOB wichtige und zukunftsweisende Forschung leistet. Sehbehinderungen betreffen eine wachsende Zahl älterer Menschen und auch im mittleren Alter treten Augenerkrankungen häufiger auf. Die Tätigkeit des IOB geht über die Augenheilkunde hinaus, etwa durch die Nutzung von Organoiden als Ersatz für Tierversuche, was auch andere medizinische Bereiche voranbringen kann. Die enge Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital in der Überführung von Forschungsergebnissen und die klinische Anwendung wird als besonders vorteilhaft bewertet, während die Zusammenführung der räumlich getrennten Standorte weiterhin ungelöst ist.

Bereits vor vier Jahren thematisierte die GSK eine mögliche Vertretung des Kantons im Stiftungsrat angesichts der neuen Finanzierungsverhältnisse, bei denen der Kanton ab 2028 gleich viel beiträgt wie Novartis, begrüsst sie nun die geplante jährliche Berichterstattung der Trägerschaft an das Gesundheitsdepartement. Die Kommission hält zudem fest, dass mögliche Einnahmen aus Lizenzen oder Verkäufen von Schutzrechten wegen der langen Entwicklungszeiten noch nicht absehbar sind. Allfällige Erträge werden gemäss Stiftungsstruktur vollständig im IOB reinvestiert und nicht an den Staat ausgeschüttet.

Die GSK klärte zudem, ob die Beiträge des Universitätsspitals aus kantonalen GWL-Zahlungen stammen könnten. Ein direkter Geldfluss ist in den Rechnungen des USB nicht ausgewiesen. Eine strikte Trennung der Mittel lässt sich jedoch nicht in allen Fällen gewährleisten. Wichtig ist der Kommission, dass Reserven durch Drittmittel effiziente Ausgabenbewirtschaftung entstehen und nicht durch Staatsbeiträge aufgebaut werden.

Das Universitätsspital prüft zudem eine Reduktion seines Beitrages ab 2029 um bis zu 50%, abhängig von der Umsetzbarkeit der Forschung in die klinische Praxis. Novartis hat ihre Beitragshalbierung hingegen bereits definitiv beschlossen. Die GSK möchte sicherstellen, dass das IOB seine führende Rolle weiterhin wahrnehmen kann und sieht den Kanton in der Verantwortung, eine stabile Finanzierung sicherzustellen. Als allenfalls mögliche zukünftige Finanzierungsquelle sähe sie den Standortförderfonds aus der OECD-Mindestbesteuerung. Die derzeitige Verordnung erlaubt jedoch keine Beiträge an bereits staatlich unterstützte Forschungsinstitutionen. Die GSK würde es begrüssen, wenn die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden könnten, dass das IOB allenfalls ab 2028 über diesen Fonds die bisherigen Finanzierungshöhen erreichen kann.

Gestützt auf diesen Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission Ihnen einstimmig Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke dem Präsidenten für seine einleitenden Schilderungen und selbstverständlich sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie den Anträgen der Kommission, die auch die Anträge des Regierungsrats sind, Folge leisten können.

Das IOB hat eine eindrückliche Erfolgsgeschichte. Im Jahr 2017 haben wir zum ersten Mal unsere kantonalen Staatsbeiträge ausgerichtet. Ich glaube, es lohnt sich schon, sich das kurz in Erinnerung zu rufen – unsere Institutionen, Universität, Universitätsspital haben eine Partnerschaft abschliessen können mit einem führenden Industrieunternehmen, der Novartis, um gemeinsam die Forschungsaktivitäten im Bereich der Ophthalmologie gezielt zu entwickeln und auf eine neue Stufe zu heben. Das ist neuartig insbesondere deshalb, weil die Zusammenarbeit zwischen Klinik, Grundlagenforschung und eben marktorientierter Forschung hier besonders eng ist und das hat sich auch bewährt, wir haben dazu auch Berichte in Auftrag gegeben und erhalten, die uns bestätigt haben, dass das IOB in diesen wenigen Jahren seit seiner Gründung in der internationalen ophthalmologischen Forschung. bereits einen Spitzenplatz erobern konnte. Insofern dürfen wir wirklich von einer Erfolgsgeschichte reden.

Es gibt auch sehr konkrete Beweise dafür, etwa, dass es gelungen ist, einen Therapieansatz auszugründen in eine neue Firma, RhyGaze. Dafür konnten internationale Venture-Capital-Fonds gewonnen werden, was doch ein eindrücklicher Beleg ist dafür, dass auch der Markt an diese Forschungsarbeit glaubt. Und akademische Exzellenz ist gerade gestern bescheinigt worden, Sie haben das vielleicht gesehen, die Schweiz ist wieder dabei bei den ERC Grants, vier Basler Institutionen haben einen Grant bekommen, das ist gestern kommuniziert worden, unter anderem das IOB mit einem seiner Spitzenforscher. Ich glaube, das belegt doch eindrücklich die Leistungsfähigkeit dieses Instituts.

Diese Geschichte wollen wir erfolgreich in die Zukunft weiterschreiben und deshalb bei unserem Kantonsbeitrag in bisheriger Höhe bleiben. Es wird dann so sein, dass ein Drittel der finanziellen Mittel vom Stifter Novartis kommt, ein Drittel kombiniert von den Stifterinnen Universitätsspital und Universität. Und ein Drittel der Mittel kommt von uns, dem Kanton Basel-Stadt. Wir sind ja Miteigner der Universität bekanntlich und Eigner des Universitätsspitals, und die Governance stimmt auch weiterhin, weil im Stiftungsrat mit je einem Mitglied von Universität und Universitätsspital die kantonalen Institutionen zwei von drei Sitzen belegen. Der Vorsitz liegt bei der Novartis und somit, glaube ich, haben wir auch in dieser neuen Konfiguration ausgewogene Verhältnisse.

Wir haben den Wunsch natürlich auch verstanden, dass wir als Kanton bei diesem finanziellen Engagement, das wir eingehen, auch Nähe haben zu den Geschehnissen am IOB und wir werden deshalb inskünftig formalisiert einmal pro Jahr uns berichten lassen von den Verantwortlichen des Instituts so ähnlich, wie wir das vom Format her auch mit unseren Spitälern machen.

Sie haben sicher gesehen, dass wir im Legislaturplan weiterhin unser Ökosystem im Bereich der Life Science pflegen wollen. Das ist ein Erfolgsausweis für Basel. Das ist immer noch eine sehr grosse Chance für unsere zukünftige Entwicklung und das IOB bringt das im Bereich der Augenheilkunde exemplarisch auf den Punkt, wie wir die Nähe im Ökosystem. zwischen den verschiedenen Forschungsinstitutionen nutzen können, zum Nutzen von allen Beteiligten, und das ist hier vorbildlich der Fall. Deshalb sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie unseren Finanzierungsanträgen hier ebenfalls zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich halte eine kurze Lobeshymne, ich möchte eigentlich keine Nachtsitzung, vor allem wenn wir so viele Geschäfte, die unumstritten sind, in die Länge ziehen. Das IOB ist wirklich ein Leuchtturmprojekt. Gestern hat sich das auf höchstem europäischen Niveau gezeigt. Diese Grants sind höchst kompetitiv und werden dann vergeben, wenn man in einem Fachgebiet zur Spitze gehört. Und die Universität Basel hat vier davon bekommen, eines davon das IOB.

Dieses hat wirklich eine Riesenarbeit geleistet und hat eine zentrale Bedeutung für unseren Kanton, wissenschaftliche Exzellenz, konkreter Nutzen für uns alle. Das ist auch immer etwas, das man von der Forschung verlangt. Wenn man sich Lorbeeren abholt und physiologische Forschung betreibt, ist das gut, aber was wirklich bei uns ankommt ist, wenn man es im Alltag umsetzen kann und wir sehen, dass Blindheit nicht überall stattfinden muss. Diese Technologieentwicklungen zeigen, wir sind nicht nur Wirtschafts- und Kulturstandort, sondern auch ein Wissenschaftsstandort und ein Medizinplatz, der sich weltweit einen Namen gemacht hat. Wir können wirklich stolz sein.

Wir von der LDP bedanken uns bei der Novartis, die wirklich vorbildlich gewirkt hat über die letzten Jahre. Weil sie einen Strategiewechsel vorgenommen haben und nicht mehr in der ophtalmologischen Forschung tätig sein wollen, müssen wir eine Auge darauf werfen, damit das IOB deswegen keinen Schaden erleidet. Wir danken aber der Novartis ausdrücklich, dass sie Hand geboten hat für etwas ganz Neues.

Die LDP dankt, lobt und macht beliebt, dem zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Seit nun bald zehn Jahren besteht das IOB in Basel und es hat sich seitdem zu einer der weltweit wichtigsten Institute der Grundlagenforschung in der Augenheilkunde entwickelt. Mit der Forschungstätigkeit sollen die in der Weltbevölkerung zunehmenden Seherkrankungen besser verstanden und neue Behandlungsmethoden und Techniken entwickelt werden. Ja, das IOB ist wirklich eine Erfolgsstory, das kann man so sagen. Ich war ja auch von Anfang an bei dieser Beratung im Geschäft beteiligt. Vor allem finden wir gut, dass das IOB ist als Public-Private-Partnership zwischen Universität, Unispital, dem Kanton und eben der Novartis organisiert ist. Wir begrüssen diese Organisationsform sehr. Diese

ist ein sehr gutes und erfolgreiches Beispiel, die in Richtung einer gemeinnützigen und dem Gemeinwohl verpflichtenden Pharma eigentlich zeigt.

Die BastA-Fraktion stimmt der Fortsetzung des Staatsbeitrags für das IOB für die kommenden vier Jahre in der Höhe von insgesamt 20 Mio. Franken zu.

Das IOB beziehungsweise die Finanzierung des Instituts verfolge ich, wie schon gesagt, seit ich dem Grossrat angehöre und es war eines meiner ersten Geschäfte. Einzelne Punkte sahen wir damals und sehen wir auch heute noch kritisch und haben seit Beginn darauf aufmerksam gemacht. Die Unterstützungsperiode hätte ja nun eigentlich nach zehn Betriebsjahren im 2027 enden sollen und eigentlich hätten wir in der diesjährigen Kommissionsberatung über die zukünftige Finanzierung und Sicherstellung und allenfalls auch Transformation sprechen müssen. Dies präsentiert sich nun anders und die Auseinandersetzung darüber wird zeitlich verschoben. Aber wir werden sie halten müssen, um auch die Zukunft des IOB sicherzustellen.

Mit der Halbierung der finanziellen Beteiligung von Novartis ab dem Jahr 2028 auf fünf anstatt zehn Millionen, das auch angekündigt war, trägt die Novartis nur noch ein Drittel der Finanzierung, wir haben das gehört. Die fehlenden 5 Millionen wurden nicht durch eine andere Partnerschaft, das wäre ja möglich gewesen, oder durch Erhöhung des Kantonsbeitrags kompensiert und somit hat das von allen gelobte IOB nur noch 15 Millionen jährlich an Unterstützungsgeldern zur Verfügung. Bis anhin hat der Regierungsrat auf einen Einsitz im Stiftungsrat verzichtet mit der Begründung, der Kanton sei über das USB und die Universität genügend vertreten. Wir haben das von Anfang an kritisiert. Für die kommenden vier Jahresperiode wird der Kanton inklusive dem USB und der Uni nun aber zwei Drittel der Finanzierung des Instituts beitragen, aber weiterhin auf einen Einsitz verzichten. Immerhin gibt es jetzt einen jährlichen Bericht, das begrüssen wir sehr, das ist eigentlich aus meiner Sicht ein bisschen selbstverständlich, uns ist aber klar, dass ab der nächsten Unterstützungsperiode der Regierungsrat wirklich Einsitz in den Stiftungsrat nehmen sollte. Alles andere wäre nicht mehr nachvollziehbar, weil eben auch gerade die Finanzierung des IOB ein bisschen in Frage gestellt ist, und dann ist es also wichtig, dass der Kanton als massgeblicher Beteiligter vom IOB auch Einsitz in das strategische Gremium hat.

Uns ist es also wichtig, dass die Zukunft des IOB nicht von den zukünftigen Realitäten des privaten Partners in der Trägerschaft abhängig sein darf und auch nicht von Ausstiegsideen eines Universitätsspitals. Die Novartis hat die Finanzierung für das IOB bis 2032 zugesichert, das ist sehr wichtig, aber wir wissen auch, dass sie vor zwei Jahren ihr Portfolio der Augenheilkunde abgestossen hat, dass sie sich also aus diesem Markt zurückziehen. Das ist bekannt, auch der Regierung. Es ist also offensichtlich, dass ab 2029 die Finanzierung des IOB neu ausgehandelt werden muss und die Regierung mehr Einfluss auf die Trägerschaft nehmen sollte.

Weshalb nicht schon jetzt die fehlenden 5 Millionen Franken aus dem Innovationsfonds des Standortförderpakets genommen werden konnten, um diese so erfolgreiche Institut abzusichern, erschliesst sich meiner Meinung nach wirklich nicht. Jetzt haben wir dieses Standortförderpaket, Innovation soll gefördert werden im Pharmabereich, aber das kann dann nicht unterstützt werden? Da bin ich schon froh, wenn die kantonalen Gesetze oder Bestimmungen so angepasst werden, dass auch in Zukunft ein IOB ein Gesuch stellen kann.

Umso mehr zeigt dieses Beispiel, dass in Zukunft an unserem Pharmastandort Basel, der ein wichtiger ist, eine diversifizierte und gemeinnützig ausgerichtete Pharma als Ergänzung immer wichtiger und zentraler wird. Mit der Einreichung der kantonalen Initiative «Pharma für alle» kann zukünftig vielleicht ein wichtiger Grundstein dazu gelegt werden und wer weiss, vielleicht profitieren auch Institute wie das IOB von diesen Ansinnen und können so vor der reinen Profit- und Marktlogik ein wenig geschützt werden. Besten Dank für die Zustimmung zum Staatsbeitrag.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat sich Lea Wirz gemeldet.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wir haben es bereits mehrfach gehört, das IOB ist heute ein international renommiertes Institut, das in den wenigen Jahren seines Bestehens bereits beeindruckende Forschungsleistungen erbracht hat. Dass sich die Novartis aus Teilen der Forschung zurückziehen will und damit die Halbierung ihres Beitrags an das IOB ab dem Jahr 2028 vorsieht, ist ein Einschnitt mit Signalwirkung. Es zeigt uns, wie volatil private Forschungszusagen sein können, wenn ein globaler Konzern seine Prioritäten verschiebt und wir plötzlich als Kanton vor einer veränderten Ausgangslage stehen. Was einst als grosse Basler Zukunftsvision galt und auch weiterhin irgendwo gilt, aber in veränderter Form vielleicht, ist an Teilen der strategischen Neuausrichtungen der Novartis auch ein Stück weit zerbrochen oder es muss nun eine Neuausrichtung geschehen. So ist beispielsweise auch der gemeinsame Bau eines Spitals mit dem Augenspital zum jetzigen Zeitpunkt wohl vom Tisch.

Damit wird der Kanton ab 2028 de facto zum gleich grossen Finanzierer wie Novartis, doch im Gegensatz zum Konzern tragen wir als öffentliche Hand die Verantwortung für Kontinuität, für Transparenz und die Versorgung der Bevölkerung. Diese neue Rollenverteilung verlangt nach klarer politischer Steuerung, der neu vorgesehene jährliche Austausch mit der Trägerschaft ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir würden uns auch wünschen, dass sich der Kanton noch stärker einbringt und eine stärker steuernde Rolle einnimmt.

Für unsere Fraktion GRÜNE/jgb ist klar, dass das IOB ein Leuchtturmprojekt für die Region ist und für die Forschung und die Patientinnen und Patienten konkret einen Nutzen bringt. Gleichzeitig müssen wir aber eben auch über 2029 hinausdenken und wir erwarten vom Regierungsrat, dass alternative Finanzierungswege, wie bereits mein Vorredner Oliver Bolliger gesagt hat, etwa über den Innovationsfonds des Standortförderpakets, konsequent geprüft und notwendige gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Aus unserer Sicht darf der Kanton nicht dauerhaft in eine Rolle rutschen, in der er fehlende private Mittel automatisch kompensiert, ohne dass er zumindest ein strategisches Mitspracherecht hat.

Selbstverständlich stimmen wir aber dieser Vorlage jetzt zu und bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat sich Christine Keller gemeldet.

Christine Keller (SP): Es wurde jetzt verschiedentlich gesagt, das IOB ist eine Erfolgsgeschichte, zum einen wissenschaftlich, aber auch eben, wie Oliver Bolliger es gesagt hat, auch Forschung im Sinne einer Zusammenarbeit mit gemeinnützigen und auch marktorientierten Interessen sein könnte. Raoul Furlano hat gesagt, dass auch wir, nicht «nur» Entwicklungsländer tatsächlich Probleme mit erblindenden Personen haben. Die feuchte Makuladegeneration ist eine grausame Krankheit älterer Menschen, dies habe ich in meinem Freundes- und Bekanntenkreis. Weil die Menschen heute älter werden, ist umso wichtiger eben auch Forschung in diesem Bereich zu machen, wofür eben das IOB Pionierarbeit leistet.

Weiter möchte ich natürlich als Freundin der Tiere hervorheben, dass das IOB auch Pionierarbeit leistet bei Alternativen für Tierversuche über diese Organoide. Hier hat es eine Bedeutung, die über die Augenheilkunde sogar hinausgeht und auch in anderen Bereichen betreibt es absolut interessante und wichtige Grundlagenforschung.

Der Rückzug der Novartis hat gezeigt, dass es tatsächlich wichtig sein kann, solche Forschung von der reinen Marktlogik zu befreien, weil eben sonst das passiert, dass ein Konzern seine strategische Ausrichtung ändert. Und die BZ titelt «Von den geplatzten Träumen der Basler Augenheilkunde». Meine Vorrednerin Lea Wirz, hat gesagt, es sei eigentlich einmal ganz viel angedacht gewesen, ein Neubau mit dem Augenspital und all dies scheint nun mindestens für den Moment geplatzt zu sein, weil die Marktlogik das jetzt für Novartis nicht mehr hergibt. Auch wir erwarten, dass der Kanton in die Bresche springt, diese Forschung muss weitergehen und es gibt politische Konzepte, die das auch ermöglichen können.

Selbstverständlich, wenn der Kanton sich stärker engagiert, muss er auch in diesem Stiftungsrat Einsitz nehmen, nicht nur über die von ihm beherrschten Organisationen, das wurde auch schon gesagt, dass diese Governance verändert werden muss. Letztlich sind natürlich auch wir der Meinung, dass der Standortförderungs hier greifen muss in irgendeiner Form. Die Verordnung, so wurde uns gesagt, bezüglich der Kooperationen sei in Erarbeitung. Es muss möglich sein, es wäre wirklich ein Witz, wenn diese Gelder nicht auch zugunsten des IOB fliessen könnten.

Die SP-Fraktion bittet Sie herzlich, mit den genannten Bemerkungen diesen Kredit selbstverständlich zu verlängern und bittet den Kanton respektive die Regierung dafür zu sorgen, dass die Erfolgsgeschichte weitergeschrieben werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungsrat Lukas Engelberger wünscht das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Danke, dass Sie einstimmen in die Beurteilung, dass das IOB eine sehr erfolgreiche Geschichte hinter sich hat und auch über erfolgversprechende Perspektiven für die Zukunft verfügt. Ich nehme das sehr gerne so mit, auch in die Folgearbeiten, die natürlich jetzt bevorstehen.

Vielleicht zu den Hinweisen aus der Debatte noch ein paar wenige Kommentare: Ich möchte zunächst das Engagement der Novartis würdigen. Sie haben in sehr namhaftem Umfang hier Mittel gesprochen und diesem Institut einen erfolgreichen Start ermöglicht, den Start, den das Institut hat, und sie sind ja auch für die Zukunft bereit, weiterhin Beiträge zu leisten an das IOB. Man muss, glaube ich, mit einer gewissen Gelassenheit entgegennehmen, dass forschende Firmen ihre Schwerpunkte, ihre Portfolios gelegentlich verschieben. Für uns zählt, dass bis und mit 2032 die Novartis ein Commitment abgegeben hat für diese 5 Millionen pro Jahr. Das ist wichtig, das ist eine lange Zeit und das ist eine grosse Summe Geld, und darauf möchten wir aufbauen und dann selbstverständlich im Dialog mit Novartis auch die Zukunft andenken.

Diese weiterführenden Überlegungen sind in der Debatte natürlich zu Recht auch ein Thema schon gewesen und wir nehmen das mit, dass wir dann die Anschlusslösung, also die übernächste Finanzierungsperiode, auch rechtzeitig konzipieren müssen. Ansätze dafür sind in der Diskussion bereits erwähnt worden und ich kann Ihnen sagen, dass auch das Institut selber seine Finanzplanung kennt und mit potenziellen weiteren finanzierenden Institutionen jeweils auch das Gespräch sucht.

Bezüglich Governance bin ich entspannt. Wir haben mit den Vertreter:innen von Universität und Universitätsspital Vertreter:innen der öffentlichen Hand in diesem Stiftungsrat, und ich sehe jetzt keinen Grund zu glauben, wir selber als direkte Kantonsangestellte würden es dann besser wissen, was zu tun sei für das IOB. Aber ich nehme trotzdem mit, dass es diesen Wunsch gibt nach einer stärkeren Abbildung des Kantons in den Governance-Strukturen und ich kann Ihnen auch sagen, dass es dafür bei den Partnern eine Offenheit gibt, in diese Diskussion einzutreten. Für den Moment, mit dieser Drittelsfinanzierung, die ich Ihnen eingangs geschildert habe, und der aktuellen Dotation des Stiftungsrats, glaube ich, haben wir nicht einen unmittelbaren. Handlungsbedarf. Aber noch einmal, wir haben Sie gehört und werden uns erneut damit auseinandersetzen. Die Auseinandersetzung beginnt früher, aber sie muss zum Abschluss kommen und zum Entscheid führen in vier Jahren. Ich bin sehr optimistisch, dass wir auch dann und allenfalls noch mehr ein erfolgreiches IOB besprechen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 7 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007828, 10.12.25 11:40:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Institut of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) werden für die Jahre 2026–2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 20'000’000 (Fr. 5'000'000 jährlich) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme zugestimmt.

10. Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK

[10.12.25 11:40:33, 24.1437.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, die Frist der Berichterstattung bis zum 25. Juni 2026 zu verlängern. Das Wort hat die Präsidentin der JSSK Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der JSSK beantrage ich Ihnen mit Einverständnis des Initiativkomitees eine Fristverlängerung zur Berichterstattung dieser Initiative, und zwar bis zum 25. Juni 2026. Konkret würde das heissen, dass die JSSK Ihnen den Bericht im Verlaufe des Mai vorlegen wird.

Der Grosse Rat hat ja den Bericht des Regierungsrates der JSSK am 10. September zur Vorberatung überwiesen. Im September waren wir bereits voll gebucht mit Geschäften und haben demzufolge am 15. Oktober begonnen und hätten dann, wenn wir die Frist des Geschäftes hätten einhalten wollen, direkt mündlich beschliessen müssen und Ihnen das Geschäft im November vorlegen müssen. Das haben wir dann als unseriös empfunden für die Vorberatung einer Initiative und haben im Hearing das Initiativkomitee um eine Fristverlängerung gebeten und das Initiativkomitee hat, wie gesagt, eingewilligt.

Somit beantragen wir diese Fristverlängerung mit dem Ziel, dass wir diese Initiative seriös beraten können und wir wären froh, wenn Sie diesem Antrag folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als ersten Fraktionssprecher habe ich Pascal Messerli für die SVP eingetragen.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion ist der JSSK dankbar, dass sie sich offensichtlich länger und intensiver mit dieser Initiative auseinandersetzen möchte. Der Regierungsrat beziehungsweise das JSD hat es ja nicht für nötig empfunden, das Initiativkomitee zu einem Hearing einzuladen, etwas, was eigentlich bei anderen Initiativen und in anderen Departementen üblich ist. Ich erinnere beispielsweise an die JUSO-Hafeninitiative, auch dort ist jetzt kein Gegenvorschlag von der Regierung zustande gekommen, trotzdem hat man das Initiativkomitee eingeladen. Die SVP-Fraktion nimmt diese Elfenbeinturmpolitik des JSD zur Kenntnis, unterstützt diese aber nicht. Wir sind der Meinung, dass Volksrechte wichtig sind und Volksrechte einen wichtigen Beitrag leisten zur Stabilität des Landes und deshalb sollten eigentlich auch sämtliche Initiativkomitees, unabhängig von der politischen Seite, von der Regierung auch angehört werden.

Ich halte hier noch einmal fest, dass unsere Initiative relativ moderat ist, sie geht viel weniger weit als die Initiative der jungen SVP Zürich und sie wäre auch moderater umsetzbar als der Gegenvorschlag, der in Zürich mehrheitsfähig war bei der Bevölkerung. Wir wollen dieses Problem konstruktiv angehen, während das JSD offensichtlich Woche für Woche bei unbewilligten Demos völlig überfordert ist. Es ist insbesondere auch diese Free Palestine-Bewegung. welcher der Behörde Woche für Woche auf der Nase herumtanzt, und da sind wir eigentlich der Meinung, benötigt es noch ein gewisses Instrument, damit wir hier auch diese Anzahl an unbewilligten Demonstrationen verhindern können.

Wir sind auch offen für einen Gegenvorschlag, haben aber selbstverständlich auch keine Angst vor einer Volksabstimmung. Die SVP-Fraktion kann dem eigentlich relativ gelassen entgegensehen und wir sind hier wirklich auch gespannt, was die JSSK dann am Ende des Tages in diesem Bericht liefert. Es ist selbstverständlich dann auch die Aufgabe der JSSK abzuwägen, ob hier ein Gegenvorschlag sinnvoll ist. Wie gesagt, wir stehen dem offen gegenüber, sind aber auch vorbereitet für den Abstimmungskampf und würden uns auch darauf freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zum Grossratsbeschluss, Seite 2 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007831, 10.12.25 11:45:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Berichterstattung zur Kantonalen Volksinitiative «JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)» wird bis zum 25. Juni 2026 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 88 Stimmen bei einer Gegenstimme.

13. Beschaffung von vier Rettungswagen für die Sanität Basel-Stadt (eRTW), Ratschlag des RR

[10.12.25 11:45:48, 25.1333.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich berichte Ihnen mündlich zu diesem Geschäft. Wir beantragen dem Grossen Rat einstimmig, dieser Ausgabenbewilligung zuzustimmen. Es geht um 1’910’000 Franken für die Beschaffung von vier elektrobetriebenen Rettungswagen für die Sanität. Wir haben das Geschäft an einer Sitzung beraten und waren uns dann schnell einig, dass wir das dem Grossen Rat zur Annahme empfehlen.

Wegen der hohen Einsatzfrequenz und der grossen jährlichen Laufleistung der Fahrzeuge und auch, weil die Verwaltung positive Erfahrungen anderer Sanitätsorganisationen abgewartet hat, hat dieser Ratschlag schnell alle Mitglieder der Kommission überzeugt. Kritische Voten oder ablehnende Haltungen, wie wir sie beim Wechsel auf E-Mobilität bei den E-ABC-Lastkraftwagen hatten in der Kommission aufgrund der tiefen Kilometerzahlen, gab es bei diesem Geschäft deswegen nicht.

Das Geschäft ist einzuordnen im Ratschlag Gesamtkonzept Elektromobilität. Die Verwaltung hat eine Vorbildfunktion bei der Umstellung von fossilen auf elektrisch betriebene Fahrzeuge und wo eben kein erheblicher leistungsmässiger Nachteil zu erwarten ist, sollen jetzt immer Fahrzeuge mit Elektroantrieb beschaffen werden. Wenn dann die Gesamtkosten mehr als 10% über denen eines Verbrenners liegen, wird das Geschäft dem Grossen Rat vorgelegt und wir müssen es beantragen. Wenn der Grosse Rat das ablehnen würde, dann würden diese Fahrzeuge im Rahmen der ordentlichen Beschaffung als Verbrenner ersetzt. Der Bestand an Elektrofahrzeugen hat in den letzten Jahren bei den Nutzfahrzeugen der öffentlichen Hand stetig zugenommen. Beim vorliegenden Geschäft geht es um eine Teilersatzbeschaffung der Rettungswagen, die eben enorm viel im Einsatz stehen, also das heisst, es kommen dann später noch weitere solche Ersatzbeschaffungen.

Um ihren Auftrag zu erfüllen, ist die Sanität auf zuverlässiges Einsatzmaterial angewiesen. Die Sanität hat heute 18 Rettungswagen, das sind die zentralen Fahrzeuge für die präklinische Versorgung und den Transport von Patientinnen und Patienten. 2024 rückten sie rund 23’500 Mal aus und legten durchschnittlich 18’000 Kilometer pro Fahrzeug zurück. Die technische Lebensdauer in Basel für so ein Einsatzfahrzeug beträgt zehn Jahre. Das ist eine aussergewöhnlich lange Einsatzdauer für diese Fahrzeuge, in anderen Kantonen sind sechs bis acht Jahre üblich. Das ist, weil der Kanton Basel-Stadt eine kleine Kantonsfläche hat und die Fahrzeuge so weniger Kilometer hinter sich legen.In Bälde werden dann auch noch weitere Fahrzeuge ersetzt.

Die Wagen müssen hohen Anforderungen an Nachhaltigkeit, Zuverlässigkeit und Praxistauglichkeit genügen und das ist heute möglich. Die Fahrzeuge müssen während acht Stunden ununterbrochen im Einsatz stehen, deswegen wurden Machbarkeit und Ladezyklen auch genau analysiert. Die neue Wache an der Hebelstrasse wird ab 2027 eine Ladeinfrastruktur für die gesamte Flotte behalten. In der Folge dann, wenn eben auch die anderen Fahrzeuge auch ersetzt werden, wird die Sanität auch davon abhängig sein, dass in den Spitälern Zwischeladungen möglich sind, also dass auch dort entsprechend die Infrastruktur ausgeweitet wird. Die aktuelle Reichweite ist bei 200 Kilometern, das reicht für 90% der Einsatztage, in den verbleibenden 10% reicht diese Reichweite noch nicht. Es ist aber anzunehmen, dass in den kommenden wenigen Jahren diese Reichweite dann schnell bei über 300 Kilometern sein wird.

Zu den Kosten: Im Vergleich zu der Dieselvariante ist die Anschaffung tatsächlich 47% teurer, die Betriebskosten fallen aber deutlich günstiger aus. Über die Nutzungsdauer von zehn Jahren liegen dann die Gesamtkosten dieser Beschaffung oder der vier Rettungswagen bei 13,6% über denen von einem Verbrenner.

Wie gesagt, da haben wir keine kontroversen Diskussionen dazu geführt, wir unterstützen diese Anschaffung klar und sehen sie auch als konsequenten Schritt im Rahmen der Elektromobilitätsstrategie des Kantons. Auch diese schrittweise Umstellung wird begrüsst, so dass auch immer gewährleistet wird, dass die Grundversorgung sichergestellt ist und sukzessive auch die Weiterentwicklung der Technologie abgewartet wird.

Wir würdigen auch, dass die Verwaltung auch die Einsatzfähigkeit bei besonderen Lagen wie zum Beispiel bei Eisregen geprüft hat. Die Verwaltung hat uns ausgeführt, dass bei so besonderen Lagen gar nicht unbedingt die Reichweite der Fahrzeuge limitierend Faktor ist, sondern vielmals die Anzahl verfügbarer Fahrzeuge und auch die Anzahl. des überhaupt zur Verfügung stehenden Personals.

Insgesamt sind wir überzeugt, dass die vorgesehene Lösung fachlich, finanziell und betrieblich sinnvoll ist und bitten Sie deshalb, dieser zuzustimmen und ich danke auch im Namen der Kommission der Verwaltung und der zuständigen Regierungsrätin für die gute Zusammenarbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die einstimmige Empfehlung, diese Ersatzbeschaffung vornehmen zu können für die Sanität im Sinne des Gesamtkonzepts der Elektromobilität. Eigentlich ist alles schon gesagt worden, vielleicht einfach noch einen Hinweis darauf, weshalb wir jetzt damit kommen. Wir sind ja in gewissen anderen Bereichen schon lange auf Elektromobilität umgestiegen, allen voran die Kantonspolizei. Da ging es um PWs. Jetzt aber mit der Feuerwehr, bei der wir auch einmalig und erstmalig eine ganze Flotte von EHLF erweitert haben, sind wir doch bei den ersten. Bei der Sanität ging es lange nicht, denn es ist schon eine andere Einsatzzeit, die die Sanität leisten muss, je nach Tag oder Jahreszeit sind die Ambulanzen nonstop unterwegs, vom Spital direkt wieder zum nächsten Einsatz und so weiter. Und da hat bis anhin die Reichweite dieser doch auch Spezialfahrzeuge einfach noch nicht gereicht.

Jetzt hat sich aber ergeben, dass diese Reichweite erweitert werden konnte und wir damit jetzt auch einen Anfang machen mit diesen vier Ambulanzfahrzeugen, die wir nun ersetzen wollen. Und selbstverständlich werden wir auch den Markt weiter beobachten. Aber es ist schon so, dass es das oberste Ziel sein muss, dass wir die Einsatzbereitschaft gewährleisten können in diesem wichtigen Bereich, wo es auf jede Minute ankommt. Das können wir heute gewährleisten und deshalb kommen wir heute auch mit diesem Antrag. Es soll, wie die Präsidentin auch gesagt hat, eine stufenweise Ablösung sein, indem eben die Erkenntnisse auch wieder einfliessen können. Die Kosten wurden angesprochen. In diesen Spezialfahrzeugbereichen sind die E-Mobilitätsvarianten einfach über 10% teurer, weshalb wir auch regelmässig hier im Grossen Rat die Mehrausgaben beantragen müssen. Aber ich denke, in diesem Fall würde sich das auf alle Fälle rechtfertigen und ich bitte Sie damit, diese Ausgabenbewilligung zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden mehr eingetragen. Daher entfällt auch die zweite Runde. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 des Ratschlags, und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007834, 10.12.25 11:55:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird eine Ausgabe über gesamthaft Fr. 1'912'000 für die Beschaffung von vier elektrobetriebenen Rettungswagen der Sanität Basel-Stadt zu Lasten der Investitionsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Rettung, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Das wäre das letzte Geschäft gewesen von heute Morgen. Ich darf Sie darüber informieren, dass ich trotz grosser Redefreudigkeit heute Morgen auf eine Nachtsitzung verzichten werde.

Schluss der 39. Sitzung

11:55 Uhr

Protokoll

der 40. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 10. Dezember 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Oliver Thommen (Grüne/jgb), Pascal Pfister (SP), Lukas Faesch (LDP), Michela Seggiani (SP), Georg Mattmüller (SP), Anouk Feurer (Grüne/jgb). Eric Weber (fraktionslos)*

Verhandlungsgegenstände:

23. Neue Interpellationen ... 2
23.1. Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege? ... 2
23.2. Interpellation Nr. 124 Jessica Brandenburger betreffend Schliessung der bestehenden Lücken im Schutzsystem für Frauen mit Behinderung ... 3
23.3. Interpellation Nr. 125 Eric Weber betreffend Begutachtung von «missliebigen» Bürgern durch den Staat ... 4
23.4. Interpellation Nr. 126 Lea Wirz betreffend mehr Schutzplätze für vulnerable Menschen im Kanton Basel-Stadt ... 5
23.5. Interpellation Nr. 127 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Richtlinien bei Alarmierung/Einsätzen der Sanitätsnotrufzentrale beider Basel 144 ... 7
23.6. Interpellation Nr. 128 Michael Hug betreffend Beschäftigungslage im Kanton Basel-Stadt ... 8
23.7. Interpellation Nr. 129 Heidi Mück betreffend Schulraum an der Viaduktstrasse 31-35 ... 8
23.8. Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise? ... 9
23.9. Interpellation Nr. 131 Hanna Bay betreffend Umgang mit Verdachtsmomenten auf Amts- und Machtmissbrauch bei der Basler Polizei ... 10
23.10. Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung ... 12
23.11. Interpellation Nr. 133 Maria Ioana Schäfer gegen die Erhöhung der Studiengebühren - was plant Basel-Stadt? ... 13
23.12. Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse ... 14
23.13. Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden?! ... 14
11. Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK ... 14
11.1. Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren, Bericht der JSSK ... 30
12. Überführung des Projekts «Halt Gewalt: Umfassende Prävention von Häuslicher Gewalt» in die Regelstruktur, Ausgabenbericht des RR ... 31

Beginn der 40. Sitzung

Mittwoch, 10. Dezember 2025, 15:00 Uhr

23. Neue Interpellationen

[10.12.25 15:00:12]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe derzeit noch keine Mitteilung zu machen. Ich übergebe an die Frau Statthalterin.

Entschuldigung, ich habe noch etwas unterschlagen. Ich gratuliere Felix Wehrli natürlich noch zur Wahl in den Gemeinderat in Riehen. Das ist mir heute Morgen und auch jetzt wieder durch die Lappen. [Applaus]

23.1. Interpellation Nr. 123 Daniel Albietz betreffend St. Antonius und der Klimaschutz – Eiszeit bei der Denkmalpflege?

[10.12.25 15:00:54, 25.5526, T]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, noch einige Worte zu meiner Interpellation zu sagen, beschränke mich aber auf einige ergänzende und klärende Ausführungen. Kernpunkt der Interpellation ist, dass der Denkmalschutz eine leistungsfähige Solaranlage auf einem grossen Kirchendach verhindert. Natürlich, es geht beim Denkmalschutz wie auch in anderen Sachfragen um eine Güterabwägung. Im vorliegenden Fall wird der Erhalt von alten Dachziegeln, die nur beschränkt einsehbar sind, über das Interesse nachhaltiger Energieproduktion gestellt. Es handelt sich zudem nicht mal um eine Aufdachanlage, sondern um Solarziegel. Ich behaupte mal, ein Laie sieht den Unterschied nicht oder er empfindet ihn zumindest optisch und ästhetisch nicht als nachteilig oder minderwertig.

Ich habe Ihnen ein Beispiel aus dem Wallis mitgebracht. Es geht dort ebenfalls um ein Kirchendach. Es geht um die Pfarrkirche Saas-Fee, die ist denkmalgeschützt, dennoch wurde das vormalige undichte graue Kupferdach unlängst durch ein neues Solardach ersetzt, und zwar in Schieferoptik, das sich in die Umgebung mit den traditionellen grauen Schieferdächern optisch perfekt einfügt. So was ist technisch heute möglich. Dank grossen Fortschritten in Technik und Design lassen sich Solardächer kaum mehr von herkömmlichen Dächern unterscheiden. Im Ergebnis sieht dann das so aus, wie Sie sehen, ein wunderbares Baudenkmal, aber mit einem vernünftigen, zeitgemässen Dach. Darum will es mir nicht einleuchten, dass ähnliches in Basel nicht möglich respektive nicht erlaubt sein soll, erst noch auf einem Dach, das in der Öffentlichkeit deutlich weniger in Erscheinung tritt als das Dach der Kirche in Saas-Fee.

Nun kommt in Basel noch Folgendes hinzu. Dieses Parlament hat 2019 mittels einer Resolution den Klimanotstand erklärt und die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität, das war damals die Wortwahl, bezeichnet. Es brauche jetzt auf jeder Ebene griffige Massnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Zitat: Der Grosse Rat wird die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Zwar ist das keine rechtliche Verpflichtung für andere Behörden und Gremien dieses Kantons, aber ich nehme an, das Parlament erwartet, dass sich auch Regierung und Verwaltung an diese Priorisierung halten.

Nun, die Wortwahl in der Resolution ist stark, fast brachial und ich hätte sie zurückhaltender gewählt oder der Resolution in dieser Fassung möglicherweise nicht zugestimmt, denn ich finde es generell nicht gut, mit Panik zu operieren. Dennoch finde auch ich, dass wir nicht auf Kosten kommender Generationen leben dürfen und befürworte die Dekarbonisierung und die Substitution fossiler durch klimafreundliche Energie ausdrücklich. Ich bin jedoch der Ansicht, dass die Herausforderungen

nicht mit Angstmache, sondern mit Besonnenheit, Innovation und Technologie gelöst werden sollen und dazu gehört nun mal die Photovoltaik.

Nun nochmals zum Notstand. Notstand bedeutet eine aussergewöhnliche Lage, in der wesentliche Rechtsgüter oder kollektive Interessen ernsthaft und unmittelbar gefährdet sind und deshalb ausserordentliche Massnahmen erforderlich erscheinen. Das heisst, bei einem Notstand werden alle anderen Interessen dem zu schützenden Rechtsgut untergeordnet, weil man sonst nicht von einem Notstand reden darf. Beim Klimanotstand müsste dies auch für den Denkmalschutz gelten. Vor dessen Hintergrund ist es unverständlich, dass ein Dach aus Solarziegeln von dieser Grösse und Wichtigkeit durch die Denkmalpflege abgelehnt wird. Es geht ja vorliegend nicht einmal um Solarenergie um jeden Preis, sondern es müssten einfach Lösungen mit Augenmass zugelassen werden. Sonst ist es ein falsches Signal auch an die Eigentümer anderer Dachflächen, die dann von vornherein keine Gesuche mehr stellen, um keinen Ärger mit der Denkmalpflege zu bekommen. Ich bin daher sehr gespannt auf die Antworten der Regierung und danke für die Aufmerksamkeit.

23.2. Interpellation Nr. 124 Jessica Brandenburger betreffend Schliessung der bestehenden Lücken im Schutzsystem für Frauen mit Behinderung

[10.12.25 15:05:40, 25.5527.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitend. Frauen mit Behinderungen sind gemäss eidgenössischem Büro für Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen deutlich stärker als die Durchschnittsbevölkerung von Gewalt betroffen und bedürfen eines erhöhten Schutzes. Aus diesem Grund haben die beiden Basel im Rahmen der diesjährigen Aktionstage «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» den Fokus auf das Thema geschlechtsspezifische Gewalt und Behinderungen gelegt. Ziel ist es, vermehrt auf die Thematik aufmerksam zu machen.

Zu den Fragen 1, 2 und 6. Gemäss kantonalem Behindertenrechtsgesetz sind der Kanton, die Gemeinden, die Träger öffentlicher Aufgaben sowie die Anbieter öffentlich zugänglicher Leistungen angehalten, ihre Leistungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen und damit Benachteiligungen zu verhindern. Dazu gehören bauliche Massnahmen, barrierefreie Kommunikation sowie betrieblich-organisatorische Anpassungen. Entsprechende Handlungsfelder, Ziele und Massnahmen finden sich auch im kantonalen Gleichstellungsplan. Ein zentraler Steuerungsmechanismus besteht in den jährlichen Controlling-Gesprächen der kantonalen Fachstellen Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit den Staatsbeitragspartnern. Dabei werden Fragen der Barrierefreiheit sowie der Umsetzung der Istanbul-Konvention und der Behindertenrechtskonvention gezielt thematisiert. Die Fachstellen stellen dadurch sicher, dass die Vorgaben des Kantons von den Leistungserbringern aufgegriffen werden. Diese Aspekte werden zudem auch bei der Erneuerung der jeweiligen Leistungsvereinbarungen mitberücksichtigt. Der Kanton arbeitet zudem eng mit dem Behindertenforum Regio Basel und der Opferhilfe beider Basel zusammen, um sein Wissen zu Gewalt an Menschen mit Behinderungen weiter zu vertiefen. Zur Verbesserung der Zugänglichkeit zu Opferhilfeangeboten hat der Kanton im Rahmen des Aktionsplans Barrierefreie Kommunikation die Informationen zum Thema Gewaltschutz auf den kantonalen Webseiten jüngst in Gebärdensprache aufbereitet.

Zu Frage 3. Am Runden Tisch Häusliche Gewalt im Oktober 2025 wurden Vertretende von Polizei, Spitälern, Schulen, Frauenhäusern, der Opferhilfe sowie weitere Schlüsselstellen für die besonderen Risiken und Barrieren sensibilisiert, denen Menschen mit Behinderungen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt begegnen. Das diesjährige Fokusthema Geschlechtsspezifische Gewalt und Behinderungen zielt ebenfalls darauf hin, neben der breiten Bevölkerung auch Fachstellen verstärkt auf diese Problematik aufmerksam zu machen.

Zu Frage 4. Die Opferhilfe beider Basel verfügt über ausgewiesene Kenntnisse in der Beratung für gewaltbetroffene Menschen mit Behinderung. Seit September 2024 ist auch eine spezialisierte Mitarbeiterin angestellt, welche die Beratenden der Opferhilfe schult, verschiedene Beratungsansätze vermittelt und den kontinuierlichen Wissensaufbau sicherstellt. Auch im Bereich der körperlichen Behinderung besteht innerhalb der Opferhilfe umfassendes Praxiswissen. Ausserdem bringt eine Beraterin, die auf einen Rollstuhl angewiesen ist, entsprechende Erfahrungen direkt ein. Auf nationaler Ebene ist die Opferhilfe beider Basel im Rahmen der Schweizerischen Opferhilfekonferenz in einer Arbeitsgruppe vertreten, die aktuell

gerade eine Tagung zum Thema Gewalt an Menschen mit Behinderungen vorbereitet. Über die Opferhilfekonferenz fliesst aktuelles Fachwissen aus dem nationalen Austausch laufend in die kantonale Praxis ein.

Zu Frage 5. Die Schutzinstitutionen setzen sich fundiert mit den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen auseinander. Sie bereiten Frauen mit Behinderungen, ebenso wie alle anderen von Gewalt Betroffenen, sorgfältig auf die Zeit nach dem Aufenthalt vor. Dazu gehört insbesondere die gezielte Vernetzung mit passenden Fachstellen und Hilfsangeboten. Handelt es sich um ein Opferhilfeverfahren ohne Schutzaufenthalt, beispielsweise bei einem Gewaltvorfall in einer Institution des Behindertenwesens, plant die Opferhilfe beider Basel gemeinsam mit dem Case Management oder weiteren Betreuungspersonen geeignete Massnahmen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Betroffenen auch nach Abschluss des Verfahrens bedarfsgerecht begleitet werden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jessica Brandenburger (SP): Regierungsrätin Stephanie Eymann, vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich finde drei Dinge gut. Ich finde es gut, dass die Informationen zum Thema Gewaltschutz auf Gebärdensprache übersetzt worden sind. Ich glaube, das ist wichtig, dass unsere kantonalen Informationen für alle zugänglich sind. Dann finde ich es gut, dass die Sensibilisierung zu diesem Thema im Rahmen des Runden Tisches Häusliche Gewalt stattgefunden hat. Man kann von Runden Tischen halten, was man will, aber ich glaube, es ist wichtig, dass dort, wo diese Fachleute zusammenkommen, dass man dort diese Themen auch bespricht. Und dann finde ich es auch gut, dass eine spezialisierte Mitarbeiterin bei der Opferhilfe für dieses Thema angestellt wurde. Das ist gut.

Was ich nicht so gut finde, ist, dass die Frauenhäuser in Basel nicht barrierefrei sind. Das ist ein Riesenhindernis und hindert Leute vielleicht daran, die Hilfe zu bekommen, die sie eigentlich brauchen. In den Medien war zu lesen, dass in den kommenden Jahren zumindest bei einem Haus ein Umbau geplant wird und ich finde, dann müssen wir unbedingt so umbauen, dass es eben barrierefrei ist. Ich finde es gut, dass gerade beide zuständige Regierungsrätinnen, okay, sie ist nicht mehr hier, Frau Keller war hier und Frau Eymann bauen und JSD, dass beide hier sind, und ich fände es wirklich gut, wenn wir dann umbauen und dann barrierefrei unterwegs sind. Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Frau Brandenburger, sind Sie zufrieden mit der Antwort? Besten Dank, Frau Brandenburger ist mit der Antwort zufrieden.

23.3. Interpellation Nr. 125 Eric Weber betreffend Begutachtung von «missliebigen» Bürgern durch den Staat

[10.12.25 15:12:27, 25.5528.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe zu dieser Interpellation gegoogelt, wer ist der berühmteste Grossrat, dann hat es geheissen, Eric Weber.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit dem Thema zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): In meiner Interpellation geht es darum, dass man unliebsame Personen begutachten lassen möchte. Den Text meiner Interpellation haben Sie. Darum sage ich, das einzige Verbrechen, das ich in meinem ganzen Leben gemacht habe, ist, dass ich Grossrat bin, weil ich den Mund aufmache. Aber es geht nicht, dass man dann versucht, unliebsame Menschen fertig zu machen. Jetzt komme ich zum Punkt meiner Interpellation. Es ist schon traurig, wenn man als Politiker mit einem Anwalt kämpfen muss, und ich bin glücklich und bedanke mich bei der Staatsanwaltschaft, weil sie es schon mehrfach abgelehnt hat, mich begutachten zu lassen. Ich bin völlig gesund und das seit bald 63 Jahre. Seit 42 Jahre

bin ich Grossrat, ich habe nie Medikamente genommen, nie Drogen und auch kein Alkohol. Jedes Land hat seine Oppositionellen und wenn es das nicht geben würde, dann wären wir in einer Diktatur. Das wäre sehr traurig. Dann wären viele von uns im Gefängnis und nicht nur ich. Daher dachte ich, mache ich einmal diese Interpellation zur Begutachtung. Denn nicht alle können sich so gut wehren wie ich als Grossrat und Journalist, als Parteipräsident mit Eleganz und weg sind die Vorwürfe einer Begutachtung. Ohne, dass man begutachtet wird, darf man auch sagen in unserer ältesten Demokratie der Welt, nur noch Island ist älter, ich darf auch sagen, ich möchte Präsident werden, die Kinder rufen mir jeden Tag zu, Eric Weber vor, Präsident.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat nichts mit dem Thema zu tun, erster Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich freue mich, wenn ich Regierungsrat werde, wenn ich meine Gegner mürbe gemacht habe, seit 42 Jahren arbeite ich daran. Ich komme zum Schluss, zu meiner Interpellation. Wenn uns an einer spürbaren Besserung liegt, müssen wir uns von allen ideologischen Richtungen distanzieren und selbstbewusst die Werte der Aufklärung vertreten, weg vom Kollektivismus hin zum Individualismus. Weg von einem übergriffigen, bevormundenden Staat hin zu Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Wir alle müssen mutiger werden und unsere Stimme erheben, wenn uns etwas nicht passt.

Und bitte keine Angst vor einer Begutachtung. Und damit meine ich wirklich alle. Dies fängt an beim Elternabend und endet im Grossen Rat bei Abstimmungen über die Zukunft unseres Landes. In jüngster Zeit hat diese verklemmte, übervorsichtige Stimmung eine Gegenreaktion ausgelöst. Wer sich heutzutage traut, auf der Bühne politisch unkorrekte Themen anzusprechen, dem fliegen die Herzen zu und der spielt oftmals vor vollen Häusern. Ich bin ein absolutes Erfolgsmodell. Wegen der Begutachtung habe ich diese Interpellation gemacht und ich bin gespannt, was hier für Antworten kommen.

Der Beruf des Politikers ist bei der Bevölkerung nicht beliebt, in der Rangliste der unbeliebtesten Berufe haben wir einen Spitzenwert unter den ersten fünf. Und weil es bei uns Skandale gibt, will die Bevölkerung das auf keinen Fall und ich will das auch nicht. Ich bin gespannt auf die Antwort der Regierung, wie viele Begutachtungsfälle es im Kanton gibt.

23.4. Interpellation Nr. 126 Lea Wirz betreffend mehr Schutzplätze für vulnerable Menschen im Kanton Basel-Stadt

[10.12.25 15:17:54, 25.5531.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitend. Schutzunterkünfte sind zentral, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen. Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, genügend Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen zur Verfügung zu stellen. Mit der laufenden Teilrevision des eidgenössischen Opferhilfegesetzes sollen die Kantone zudem explizit verpflichtet werden, beim Unterkunftsangebot den besonderen Bedürfnissen verschiedener Opferkategorien wie jungen Frauen und Mädchen, Männern, Menschen mit Behinderungen oder LGBTIQ-Personen Rechnung zu tragen. Zur Sicherstellung von Schutzplätzen unterstützen die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft partnerschaftlich das Frauenhaus beider Basel und das Frauenhaus Wohnen für Frauen und Kinder. Derzeit stehen insgesamt 41 Plätze zur Verfügung, inklusive Übergangsangeboten.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. In Spitzenzeiten stossen die Frauenhäuser tatsächlich an ihre Kapazitätsgrenzen. In diesen Fällen sucht die Opferhilfe beider Basel nach einer geeigneten Übergangslösung. Sei es ein Ort in der Region oder ein Frauenhaus in einem anderen Kanton. Sobald eines der Basler Frauenhäuser wieder freie Kapazitäten hat, können die betroffenen Frauen und Kinder dorthin wechseln. Die zuständigen Fachstellen der beiden Kantone stehen in engem Austausch mit den Frauenhäusern und der Opferhilfe beider Basel und verfolgen die Trends sowie das Fallwachstum aufmerksam. Ausdrücklich zu betonen gilt es, dass in den vorgenannten 334 Abweisungen auch die vielen Fälle enthalten sind, in denen ein Platz im jeweils anderen Frauenhaus oder eine Übergangslösung organisiert werden konnte. Zudem erfolgen Abweisungen oft aus anderen Gründen als Platzmangel. So sind teilweise die Aufnahmevoraussetzungen nicht erfüllt, etwa weil der Tatort im Ausland lag oder die Person aus einem anderen Kanton stammt. Plätze für Frauen aus

anderen Kantonen sind kontingentiert, dennoch werden sie nach Möglichkeit aufgenommen, wenn dies aus Sicherheitsgründen nötig ist.

Zu Frage 2. Je nach Zusammensetzung der Schutzsuchenden und Auslastung der Frauenhäuser kann eine psychisch stark belastende Betroffene nicht aufgenommen werden. In solchen Fällen sind die Frauenhäuser und die Opferhilfe beider Basel bemüht, mit den Universitären Psychiatrischen Kliniken eine Lösung zu finden.

Zu Frage 3. Frauen mit einer akuten Suchtproblematik können derzeit nicht in den Frauenhäusern aufgenommen werden. Die Opferhilfe beider Basel sucht in diesen Fällen nach geeigneten Alternativen, wie zum Beispiel eine stationäre Suchtbehandlung.

Zu Frage 4. Die bestehenden Schutzunterkünfte sind nicht auf LGBTIQ-Personen ausgerichtet und es gibt aktuell keine spezialisierte Schutzunterkunft in Basel oder der Deutschschweiz. Als ersten Schritt erweitert die Opferhilfe beider Basel ihr Angebot für queere Gewaltbetroffene, um spezialisierte Unterstützung und einen besseren Zugang zu den Opferhilfeleistungen zu gewährleisten. Das Thema der barrierefreien Zugänglichkeit zu Schutzunterkünften wird im Rahmen der Controlling-Gespräche mit den Staatsbeitragspartnern regelmässig thematisiert und bei der Erneuerung der Leistungsvereinbarungen mitberücksichtigt. Das Wohnen für Frauen und Kinder verfügt über barrierefreie Zimmer und einen Lift, so dass Frauen mit Gehbehinderungen uneingeschränkt aufgenommen werden können. Einschränkungen, etwa bei den Badezimmern, werden mit der geplanten Sanierung in den kommenden vier Jahren behoben. Auch andere Einschränkungen, etwa bei gehörlosen Frauen, können in beiden Frauenhäusern berücksichtigt werden. Frauen mit kognitiven Einschränkungen erhalten im Bedarfsfall Notplätze in spezialisierten Behindertenwohnheimen.

Zu Frage 5. Junge Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen nicht nur Schutz vor weiteren Übergriffen, sondern auch altersgerechte psychosoziale Betreuung und Unterstützung, die über das übliche Frauenhausangebot hinausgeht. Zudem stehen Frauenhäuser minderjährigen Frauen nicht offen, so dass für diese Gruppe besondere Lösungen erforderlich sind. In der Deutschschweiz gibt es derzeit nur eine Schutzunterkunft für junge Frauen, das Mädchenhaus Zürich, während Angebote für die Weiterbetreuung nach dem Aufenthalt weitgehend fehlen. Im Kanton Basel-Stadt wird deshalb bei Bedarf über die Opferhilfe beider Basel nach einer passenden Lösung für junge, schutzsuchende Frauen gesucht.

Zu Frage 6. Der Kanton Basel-Stadt hat eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Handlungsbedarf und die Massnahmen für die Umsetzung der Istanbul-Konvention konkretisiert.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Vor dem Hintergrund der nationalen Debatte diese Woche sind die kantonalen Bemühungen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt besonders dringlich. Der Nationalrat hat eine Erhöhung der Mittel von 1 Mio. Franken an den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt abgelehnt, gleichzeitig wurden aber in anderen Bereichen, etwa für den Wein, Mittel in zweistelliger Millionenhöhe beschlossen. Heute Morgen ist der Ständerat den Aufrufen aus der Bevölkerung gefolgt und hat den Mitteln zugestimmt. Wir werden sehen, was weiter geschieht.

Vor diesem Hintergrund ist es zwar gar nicht so unverständlich, dafür umso besorgniserregender, dass die Bilanz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention acht Jahre nach ihrer Ratifizierung ernüchternd ausfällt. Sowohl der Bundesbericht wie auch der Parallelbericht des Netzwerks Istanbul-Konvention zeigen deutlich, der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ist in der Schweiz weiterhin unzureichend. Besonders betroffen sind vulnerable Gruppen, geflüchtete Menschen, Personen mit Behinderungen, queere Menschen sowie psychisch belastete Frauen und junge Frauen in Ausbildung.

Auch im Kanton Basel-Stadt ist die Situation ernüchternd. Alleine 2024 mussten 334 Frauen und Kinder vom Frauenhaus abgewiesen werden. Wir haben vorhin gehört, es hatte unterschiedliche Gründe, trotzdem ist diese Zahl nicht einfach vernachlässigbar. Hinzu kommen strukturelle Lücken. Frauen mit Suchtproblemen oder schweren psychischen Belastungen finden oft gar keinen Platz. Junge Frauen zwischen 17 und 25 Jahren fallen ebenfalls aus dieser Betreuung heraus. Ebenso fällt es weiterhin an spezifischen Angeboten für queere Personen und Menschen mit Behinderungen, wobei wir hier vorhin gehört haben, dass hier Verbesserungen in Aussicht stehen.

Bezüglich der Finanzierung der Schutzplätze wurde in der letzten Session die Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser eingereicht. Da sind uns andere Kantone bereits voraus und ich hoffe, wir können uns verbessern.

Andere Kantone haben zudem inzwischen Aktionspläne zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vorgelegt. Basel-Stadt hingegen verfügt über keinen solchen Plan, obwohl die Konvention uns zu präventiven, koordinierenden und unterstützenden Massnahmen verpflichtet. Angesichts des Anstiegs von geschlechtsbezogener Gewalt und Femiziden ist es dringend notwendig, hier Verantwortung zu übernehmen und strukturelle Lösungen vorzulegen. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat zwar auf die bestehende Kooperation, laufende Verbesserungen und auch geplante Massnahmen hingewiesen,

insbesondere im Hinblick auf die Barrierefreiheit, dennoch bleibt deutlich, dass derzeit weder genügend Schutzplätze noch spezialisierte Angebote insbesondere für queere Menschen und junge Frauen vorhanden sind, um den unterschiedlichen Bedarfen gerecht zu werden. Ich nehme zur Kenntnis, dass zahlreiche Betroffene, insbesondere Frauen mit psychischen Belastungen, Suchtproblemen oder eben auch junge Frauen nicht in die Frauenhäuser aufgenommen werden können und adäquate Alternativen fehlen oder erst im Aufbau sind. Besonders das Fehlen von zusätzlichen Anschlusslösungen für junge Frauen nehme ich sehr besorgt zur Kenntnis. Hier scheint mir eine grosse Lücke zu sein.

Ich begrüsse es, dass der Regierungsrat die Problemlage anerkennt und eine Arbeitsgruppe einsetzt, um den Umsetzungsbedarf der Istanbul-Konvention zu konkretisieren. Dennoch bleibt für mich zurzeit offen, in welchem Zeitrahmen konkrete Verbesserungen realisiert werden und die bestehenden Kapazitätsengpässe nachhaltig gelöst werden sollen. Insgesamt zeigen die Antworten, es gibt Bemühungen, aber die aktuellen Schutzangebote reichen nicht aus, um den Anforderungen der Istanbul-Konvention und den Bedürfnissen der vulnerablen Gruppen gerecht zu werden. Hier besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf. Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

23.5. Interpellation Nr. 127 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Richtlinien bei Alarmierung/Einsätzen der Sanitätsnotrufzentrale beider Basel 144

[10.12.25 15:28:12, 25.5532.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Allgemeine Bemerkungen. Meldungen, wonach in einer kalten Winternacht einem mutmasslich hilflosen Mann zunächst keine Ambulanz aufgeboten wurde, werfen verständlicherweise Fragen zur Einsatzpraxis des Notrufs 144 auf, die geklärt werden müssen. Die Sanitätsnotrufzentrale hat den betreffenden Einsatzablauf in der Zwischenzeit kritisch überprüft.

Zu den konkreten Fragen. Zu Frage 1. Im vorliegenden Fall hat ein Disponent der Sanitätsnotrufzentrale die Situation anhand der dafür vorgesehenen Abklärungsschritte analysiert. Dabei flossen zwei wesentliche Elemente in seine Evaluation ein. Erstens war rund eine Stunde vor dem besagten Telefonat die Rettungssanität vor Ort und nahm am selben Patienten eine medizinische Beurteilung vor. Die Mitarbeitenden der Rettungssanität kamen zum Schluss, dass weitere Massnahmen bzw. eine weitere medizinische Versorgung des alkoholisierten Patienten nicht angezeigt seien. Zweitens teilte der Patient im Gespräch mit, dass er keinen Einsatz der Rettungssanität wünsche. Die Disponentinnen und Disponenten der Einsatzzentrale sind geschult, den Willen der Patientinnen und Patienten, wenn immer möglich, zu respektieren. Vor diesem Hintergrund erschien der Sanitätsnotrufzentrale ein erneutes Aufgebot der Rettungssanität nicht angezeigt. Zur Frage, weshalb der Disponent der Anruferin ein für sie kostenpflichtiges Aufgebot der Ambulanz in Aussicht stellte, ist ausdrücklich festzuhalten, dass Sanitätseinsätze grundsätzlich kostenpflichtig sind, jedoch grundsätzlich der behandelnden Person gemäss den geltenden Tarifen in Rechnung gestellt werden. Eine Belastung der anrufenden Drittperson ist nicht vorgesehen und kommt einzig in klar definierten Missbrauchsfällen in Frage. Die im Gespräch gemachte Formulierung war missverständlich, entsprach nicht den Vorgaben und hätte so nicht gemacht werden dürfen.

Zu Frage 2. Die Disponentinnen und Disponenten des Notrufs 144 arbeiten nach strukturierten Abfrage- und Triage-Verfahren und sind angewiesen, bei Unsicherheiten einen Rettungswagen aufzubieten. Die Abfrage wird jeweils über das System NotrufNavigator N2.0 abgewickelt, um möglichst rasch die Lage richtig einzuschätzen, eine erste medizinische Beurteilung vorzunehmen und somit ohne Zeitverlust die nötigen Einsatzkräfte, Anzahl, Kompetenz und Ausrüstung aufzubieten. In lebensbedrohlichen Situationen müssen immer Rettungswagen aufgeboten werden, auch dann, wenn ein Aufgebot nicht dem Willen der Patientinnen oder Patienten entspricht.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich danke der Regierungsrätin für die Beantwortung meiner Interpellation. In einer kalten Winternacht wurde von der Sanität die Hilfe verwehrt oder nur erschwert angeboten, indem eine Passantin die Kosten für die Ambulanz für den Hilfebedürftigen hätte aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen. Die Medien haben vorab schon ausführlich darüber berichtet. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass so etwas nicht passieren darf. Auch in Situationen, wo ein alkoholisierter Patient die Hilfe verweigert, obwohl die Sanität bereits eine Stunde vorab vor Ort war, kann sich die Situation natürlich schnell wieder zu einer Notsituation verändern.

Ich möchte in dieser Sache jedoch nicht den Finger auf Fehler richten. Mir ist wichtig, dass die Helferinnen und Helfer vor solchen Situationen nicht zurückschrecken und sich trauen, die Polizei und die Sanität anzurufen. Die Berichterstattung in den Medien und die Kontaktaufnahme Betroffener hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass das Vertrauen in öffentliche Abläufe abgenommen hat und solche Situationen deshalb geprüft werden müssen. Wenn Menschen uns ansprechen, weil sie verunsichert sind oder nach Orientierung suchen, ist das ein Zeichen für das Bedürfnis nach Transparenz, Klarheit und Aufklärung.

Ich danke der Regierungsrätin für die Beantwortung meiner Interpellation und vor allem danke ich ihr für den letzten Satz. In lebensbedrohlichen Situationen müssen immer Rettungswagen aufgeboten werden, auch dann, wenn ein Aufgebot nicht dem Willen der Patientinnen und Patienten entspricht. Die Aufklärung der Bevölkerung und die Ermutigung, weiterhin Hilfe zu leisten, stehen bei dieser Interpellation im Vordergrund. Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

23.6. Interpellation Nr. 128 Michael Hug betreffend Beschäftigungslage im Kanton Basel-Stadt

[10.12.25 15:33:33, 25.5534.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

23.7. Interpellation Nr. 129 Heidi Mück betreffend Schulraum an der Viaduktstrasse 31-35

[10.12.25 15:33:47, 25.5535.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1 bis 4. Im Zuge der Schulstandortevaluation für die Sekundarschule wurde das Gebäude geprüft. Das Gebäude besitzt keinen genügend grossen Aussenraum, der einer Sekundar- oder Primarschule als Pausen- und Ankunftsfläche dienen könnte. Ebenso ist die Erstellung einer Turnhalle im Gebäude oder in unmittelbarer Nähe nicht realistisch. Für die Sekundarschule sind neue Standorte in Planung, welche über die notwendige Infrastruktur eines Schulstandortes verfügen werden. Dies waren die wesentlichen Gründe, warum der Standort nicht weiterverfolgt wurde. Der Regierungsrat beabsichtigt daher nicht, die Räumlichkeiten an der Viaduktstrasse 31 bis 35 für die Volksschule anzumieten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (BastA): Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung der Interpellation. Sehr kurz, also es ist schon an der Grenze zum Herunterputzen. Ja, ich habe die Interpellation eingereicht, weil ich von der FSS, von der Freiwilligen Schulsynode darum gebeten wurde. Das ist ja ihr gutes Recht, solche Anliegen zu deponieren und mein gutes Recht, solche Anliegen auch aufzunehmen. Aber ich habe das auch eingereicht, weil ich weiss, dass die Schulraumsituation nicht rosig ist.

Insbesondere für die Sekundarschulen kann sie als angespannt oder sogar als prekär bezeichnet werden. Die meisten Sekundarschulen sind überbelegt, es braucht also dringend mehr Schulraum.

Jetzt heisst es, die Räumlichkeiten seien nicht geeignet aus verschiedenen Gründen. Wir müssen einfach wissen, dass zwei der bestehenden Sekundarstandorte in Provisorien untergebracht sind. Sowohl der Standort Rosental als auch die Gartenstrasse sind ehemalige Bürogebäude, die mehr oder weniger geeignet umgebaut wurden. Auf der Webseite des Standorts Gartenstrasse heisst es wörtlich, die Schülerinnen und Schüler können den Standort Gartenstrasse voraussichtlich mehrere Jahre nutzen. Das Schulmodell wird der räumlichen Situation Rechnung tragen müssen. Lehrpersonen, die am Standort Rosental arbeiten, haben mir berichtet, dass die Räumlichkeiten bei weitem nicht den geltenden Standards entsprechen, aber alle sind flexibel und arbeiten mit den Räumlichkeiten, die sie bekommen. Die Räume an der Viaduktstrasse sind immerhin ein ehemaliges Ausbildungszentrum, also wohl nicht schlechter geeignet für eine Schule als ehemalige Büroräumlichkeiten.

Nun wurde aber offenbar aus verschiedenen Departementen verschieden kommuniziert. Aus ED-Kreisen gab es scheinbar Signale, dass eine gewisse Offenheit für diese Idee dieses Schulstandorts an der Viaduktstrasse bestehe und dass hier etwas geprüft werde, und dann erschienen die Schilder vor dem Haus, die die Vermietung von Büroräumlichkeiten anpriesen. Das ist schon verwirrend und es hat mich auch irritiert angesichts der prekären Schulraumsituation. Und ich muss sagen, ich wünsche mir wirklich, dass die IBS das Problem der Schulraumknappheit ernst nimmt, und dass in absehbarer Zeit Lösungen präsentiert werden und nicht erst in zehn Jahren. Das ist eine ganze Schulgeneration, die da wieder in Provisorien untergebracht ist. Vor diesem Hintergrund muss ich mich leider als nicht befriedigt erklären.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

23.8. Interpellation Nr. 130 Pascal Messerli betreffend gesperrter neuer Kunstrasen auf dem Rankhof: Verschärft sich die Sportplatzkrise?

[10.12.25 15:38:22, 25.5536.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

Pascal Messerli (SVP): Anfangs Oktober wurde der neue Kunstrasen im Stadion Rankhof eröffnet, ein Projekt, das die Regierung als ganzjährig nutzbar und markante Kapazitätserhöhung angepriesen hat. 2.29 Mio. Franken wurden dafür investiert. Die Botschaft war klar, endlich erhält der Norden der Stadt jene Trainingsinfrastruktur, die seit Jahren fehlt, ein weiteres wichtiges Mosaiksteinchen, um der Basler Sportplatzkrise Herr zu werden.

Doch nur wenige Wochen später passierte das, was eigentlich kaum jemand für möglich halten konnte und wieder einmal die Basler Bauunfähigkeit belegt, das Feld musste bereits gesperrt werden. Die Verantwortlichen aus dem BVD mussten den Vereinen mitteilen, dass der Belag nicht wasserdurchlässig sei, es bilden sich Pfützen, die eine erhebliche Unfallgefahr darstellen. Das bedeutet, dass Fussballvereine aus dem Rankhof auf Naturrasenfelder ausweichen müssen, die im Winter kaum belastbar sind respektive vom Sportamt gesperrt werden. Es bedeutet, dass Junioren-, Aktiv- und Seniormannschaften auf das Landhockeyfeld geschickt werden, ein Untergrund, der bei Regen und Kälte rutschig wird und zu schweren Verletzungen führen kann. Es bedeutet, dass im allerschlimmsten Fall Trainings gestrichen werden, Testspiele verlegt oder abgesagt werden müssen. Teams bangen derzeit um ihre Aussenvorbereitung, die im Januar beginnen muss, damit man gegenüber Teams aus anderen Gemeinwesen wettbewerbsfähig bleibt. Und es bedeutet auch, dass der geplante Rankhof-Cup 2026, ein Turnier, das für viele Teams ein sportlicher Höhepunkt wäre, derzeit akut gefährdet ist. Ein Turnier, das ab Ende Januar an drei Wochenenden eingeplant ist und als wichtige Vorbereitung für viele regionale Fussballvereine gilt.

Diese Situation ist nicht einfach Pech, sie ist hausgemacht, denn das Bau- und Verkehrsdepartement hat den Vereinen selbst bestätigt, dass das Problem in der Verfüllungsschicht liegt, also in der Materialwahl der obersten Kunstrasenschicht. Genau dort, wo man wissen müsste, was funktioniert und was eben nicht funktioniert. Und hier kommt die brisante Frage ins Spiel, warum passieren uns diese Fehler immer, denn es ist nicht der erste Kunstrasen-Fail aus diesem Departement, die Schützenmatte, dort gab es Probleme mit dem Wasserabfluss, beim Kunstrasen der Black Stars im Buschweilerhof, dort gab es ebenfalls Probleme mit der Verfüllung und jetzt das Thema Rankhof.

Drei Projekte, dreimal dieselben Lehren und trotzdem keine Verbesserung im Prozess, keine klare Qualitätskontrolle, keine sichtbare Weiterentwicklung in der Materialwahl, das ist nicht nur ärgerlich, es ist sportpolitisch verantwortungslos. Die Vereine dieses Kantons leisten Woche für Woche enorm viel ehrenamtliche Arbeit. Juniorentrainings, Aktivmannschaften, Senioren, all das funktioniert nur mit zuverlässiger Infrastruktur. Wenn wir aber Kunstrasen bauen, die nach wenigen Wochen gesperrt werden müssen, dann hat dieses Departement seine Pflicht nicht erfüllt. Es geht nicht darum, jemanden öffentlich blosszustellen, es geht darum, jetzt endlich aufzuräumen, endlich zu lernen und sicherzustellen, dass Kunstrasenfelder, die Millionen kosten, auch funktionieren, und zwar länger als ein paar Wochen.

Ich erwarte vom Regierungsrat deshalb klare Auskunft, was genau ist falsch gelaufen, warum wurden frühere Fehler nicht berücksichtigt, wer trägt die Verantwortung, wer die Kosten. Wie wird künftig sichergestellt, dass solche Projekte qualitativ überwacht werden, bevor man sie den Vereinen übergibt. Aber vor allem, wie wird sichergestellt, dass die Vereine spätestens Mitte Januar ihre Infrastruktur auf dem Rankhof erhalten und die Vereine, die auf dem dortigen Feld ihre Vorbereitung gebucht haben, dort auch tatsächlich trainieren können. Denn wenn nicht, dann muss jetzt für diese Vereine umgehend ein Plan B ausgearbeitet werden, dann müssen diese Vereine jetzt wissen, wo sie stattdessen unter gleichwertigen Bedingungen und kostenfrei ihre Trainings absolvieren können. Die Hütte brennt, das Stadion brennt, es ist jetzt wirklich Handlungsbedarf da und ich ersuche Sie, geschätzte Frau Regierungsrätin Esther Keller, hier auch aktiv zu werden.

23.9. Interpellation Nr. 131 Hanna Bay betreffend Umgang mit Verdachtsmomenten auf Amts- und Machtmissbrauch bei der Basler Polizei

[10.12.25 15:43:28, 25.5537.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitend. Der Regierungsrat, das Justiz- und Sicherheitsdepartement und die Leitung der Kantonspolizei verurteilen jegliche Art von Gewaltanwendung in Ausübung einer öffentlichen Aufgabe aufs Schärfste. Wie die Interpellantin selbst erwähnt, gilt die Unschuldsvermutung. Deshalb ist es elementar, dass alle Anschuldigungen genau geprüft werden, bevor Massnahmen getroffen werden.

Zu den einzelnen Fragen. Zu Frage 1. Die Vorwürfe wurden damals umgehend der Staatsanwaltschaft gemeldet und der Mitarbeitende wurde sofort aus den operativen Funktionen abgezogen. Zu diesem Zeitpunkt standen sehr unterschiedliche Wahrnehmungen und Aussagen im Raum und weitere Anschuldigungen kamen erst später dazu. Rückblickend musste festgestellt werden, dass die Freistellung in diesem Fall zu spät erfolgte. Der Mitarbeitende blieb trotz Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft im Innendienst eingesetzt, was nicht der heutigen Praxis unter dem neuen Kommandanten entspricht. Dieser hat die internen Abläufe und Entscheidungsprozesse inzwischen geschärft, damit Freistellungen in vergleichbaren Fällen zeitgerecht vorgenommen werden.

Zu Frage 2. Kommt es zu Anschuldigungen gegen Polizistinnen und Polizisten, wird jeder Fall individuell beurteilt. Dies erfolgt basierend auf einer objektiven Betrachtung der Sachlage. Entscheidend sind insbesondere die Schwere der Vorwürfe, die Angaben der beteiligten Personen und die Verhältnismässigkeit der in Betracht fallenden Massnahmen. In diese Betrachtung fliessen alle relevanten Schilderungen ein, die zur Klärung des Sachverhalts beitragen können. Dazu gehören die Aussagen der betroffenen Person, der beschuldigten Mitarbeitenden sowie von Auskunftspersonen, zum Beispiel zufällig anwesende Personen oder weitere beteiligte Mitarbeitende. Gestützt auf diese Gesamtsicht entscheidet der Kommandant über Versetzungen, Freistellungen oder andere personalrechtliche Massnahmen.

Zu Frage 3. Die beiden Fälle sind aufgrund ihrer völlig unterschiedlichen Ausgangslagen kaum vergleichbar. Im Fall von 2023 stand ein komplexer Sachverhalt mit sehr unterschiedlichen Aussagen im Vordergrund. Beim WEF-Fall lagen hingegen rasch klare interne Feststellungen vor. Die unterschiedlichen Entscheide ergeben sich somit wie zuvor ausgeführt aus der jeweiligen Faktenlage.

Zu Frage 4. Bei einem Verdacht auf Amtsmissbrauch oder unverhältnismässige Gewalt wird der Fall sofort der Staatsanwaltschaft gemeldet, welche die strafrechtliche Untersuchung führt. Parallel dazu erfolgt eine interne personalrechtliche Prüfung. Die Rechtsabteilung der Kantonspolizei beurteilt den Sachverhalt gemeinsam mit dem Personalrecht des Justiz- und Sicherheitsdepartements. Für diese interne Beurteilung gelten die gleichen Kriterien wie bei

Frage 2 erwähnt, die Schwere der Vorwürfe, die Angaben der beteiligten Personen sowie die Verhältnismässigkeit allfälliger Massnahmen. Gestützt auf diese rechtliche Einschätzung entscheidet der Kommandant über personalrechtliche oder organisatorische Schritte wie Versetzungen oder Freistellungen. Der Kommandant wird stets involviert, sobald ein entsprechender Verdacht vorliegt und die interne Bewertung erfolgt ist.

Zu Frage 5. Betroffene Personen werden auf ihre Rechte und Möglichkeiten hingewiesen und können bei Bedarf entsprechende Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen. Ansprechstellen sind zum Beispiel die Opferhilfe oder die Ombudsstelle. Wenn notwendig, werden weitere fachkundige Stellen beigezogen. Je nach Situation kann dies beispielsweise der Sozialdienst der Polizei, ein Notfallpsychiater oder bei akuter Gefährdung oder gesundheitlicher Beeinträchtigung eine Einweisung in ein Spital sein. In geeigneten Fällen können auch vertraute Bezugspersonen beigezogen werden. Welche Stellen einbezogen werden, richtet sich stets nach der individuellen Lage und dem konkreten Unterstützungsbedarf.

Zu Frage 6. Für die strafrechtliche Untersuchung ist die Staatsanwaltschaft zuständig. Sie ist in ihrer Rechtsanwendung unabhängig und unterliegt der richterlichen Kontrolle.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Hanna Bay (SP): Ich erlaube mir kurz, bevor ich auf die einzelnen Antworten des Regierungsrats eingehe, einige einleitende Bemerkungen. Die Vorwürfe, die gegen das Mitglied der Kantonspolizei erhoben wurden, wiegen schwer. Wir alle konnten die Tatschilderungen, welche zur Anklage gelangt sind, in den Zeitungen lesen, und sie stimmen mich nachdenklich. Aber es ging mir und es geht mir mit dieser vorliegenden Interpellation nicht darum, das einzelne Fehlverhalten von einem Polizisten an den Pranger zu stellen und zu skandalisieren. Und es geht mir auch nicht darum, dem ganzen Korps zu unterstellen, dass sie rassistisch oder sexistisch handeln würden. Aber ich glaube, die Polizei als Inhaberin und als Ausüberin der staatlichen Gewalt muss besonders sensibilisiert sein für solche Fälle. Sie muss anerkennen, dass das Risiko solcher Übergriffe grösser ist als bei anderen Verwaltungseinheiten und sie muss für dieses Risiko und für diese Eventualitäten Vorkehrungen treffen und klare Prozesse haben.

Vor diesem Hintergrund bedanke ich mich für die Antworten der Regierungsrätin und ich erlaube mir, kurz auf die einzelnen Antworten einzugehen. Zu Frage 1. Da freut es mich zu lesen, dass das lange Zuwarten im Fall aus dem Jahr 2023 im Nachhinein und rückblickend als falsch beurteilt worden ist, auch von der Regierung. Und es freut mich auch zu hören, dass die internen Abläufe und Entscheidungsprozesse offenbar in der Zwischenzeit geschärft werden. Aber ich möchte nochmals betonen, die Freistellung erfolgte nicht nach der Anklageerhebung, sondern gehandelt wurde nach der Medienberichterstattung und das geht nicht. Und ich frage mich hier auch, seit wann dann diese neue Praxis des neuen Kommandanten gilt. Mit Verlaub, Herr Würgler ist nun, ich glaube, etwa seit eineinhalb Jahren hier, der Fall ist aus dem Jahr 2023 und das wirft für mich schon die Frage auf, ob das schlicht einfach gar nicht bemerkt wurde, dass so ein gravierendes Verfahren läuft.

Und es erstaunt mich auch, wenn gesagt wird, dass lange nicht klar war, was vorgefallen wäre, dass es ein komplexer Sachverhalt war. Mit Verlaub, die Vorfälle sind aus dem Jahr 2023, zweieinhalb Jahre her, und da sind die ersten Abklärungen, die diesen Tatverdacht offensichtlich erhärtet haben, diese sind ja hoffentlich zeitnah erfolgt. Und es geht mir hier nicht um eine Verletzung der strafrechtlichen Unschuldsvermutung. Ich arbeite als Strafverteidigerin, das ist mein tägliches Brot. Aber es geht um eine personalrechtliche Vorsichtsmassnahme, um die Bevölkerung vor potenziell weiteren Übergriffen zu schützen. Und es war ja nicht einmal, es waren zwei Vorfälle.

Dann zur Antwort 2 und den internen Kriterien. Das ist eine etwas generische Antwort, die ich aber gerne lese, die gut klingt. Ich behalte mir vor, hier allenfalls nochmals ein bisschen nachzufragen mit einer schriftlichen Anfrage.

Dann zu Frage 3 und den verschiedenen Massstäben. Ich bestreite nicht, dass die Ausgangslage eine andere war, aber auch hier der Fall, der Anfangsverdacht ist nicht so komplex. Es wurde ein Mensch in Polizeigewahrsam genommen und er ist rausgekommen mit Hämatomen, mit Würgetrauma und einer wurde sogar bewusstlos. Und hier ist meines Erachtens auch ein bisschen ein Widerspruch zur Beantwortung von Frage 1. Dort wurde gesagt, dass die Freistellung zu spät erfolgte. Wenn lange nicht klar war, was geschehen ist, dann wäre es ja auch nicht zu spät gewesen und hier frage ich mich, was gilt.

Dann zur Frage 4, wonach sämtliche Verdachtsfälle sofort der Staatsanwaltschaft gemeldet werden. Ich hoffe, dass auch das eine neue Praxis der Polizei ist. Mir sind viele Fälle bekannt, die ein anderes Bild zeichnen, wo Anzeigen von aussen kommen mussten und wo nur mit Nachdruck oder man könnte sogar sagen, widerwillig gehandelt wurde.

Dann zu Frage 5 und den Unterstützungsmassnahmen. Die Unterstützungsmassnahmen, die genannt wurden, die sind wichtig und ich anerkenne die auch als elementar, aber es zeigt auch, dass die unabhängige Beschwerdestelle, welche wir bereits mit einem Anzug überwiesen haben, dass diese kommen muss. Und es geht auch darum, dass wir Massnahmen

oder dass die Polizei Massnahmen trifft gegen die sogenannte Cop Culture, gegen das sich gegenseitig schützen, denn ich glaube, hier braucht es wirklich einen Kulturwandel und hier braucht es Sensibilität.

Und das bringt mich auch zur letzten Antwort zu Frage 6. Auch hier fehlt eben die Sensibilität. Wir haben Kantonspolizist*innen, die vielleicht danach bei der Kripo arbeiten, die dann wieder gegen ehemalige Kolleginnen und Kollegen ermitteln müssen. Das geht einfach nicht, da beisst sich die, ist es die Katze, die sich in den Schwanz beisst? Ich finde das heikel und ich glaube, hier braucht es eine Sensibilisierung und hier braucht es weitergreifende Massnahmen. In diesem Sinn bin ich mit der Beantwortung meiner Interpellation knapp teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist knapp teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüsse ich erneut eine Schulklasse, diesmal aus dem Gymnasium Bäumlihof mit ihrer Lehrperson Livio Gloor. Ihr habt vorhin bereits fleissig mit Ismail Mahmoud über die Basler Politik diskutiert, schön, seid ihr bei uns zu Besuch.

23.10. Interpellation Nr. 132 Oliver Bolliger betreffend keinen Rückbau der Superblock-Tests bis zur definitiven Auswertung

[10.12.25 15:53:56, 25.5538.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Oliver Bolliger (BastA): Ich möchte kurz meine Interpellation begründen und es ist ein wenig schade, dass wir mit der schriftlichen Beantwortung der Interpellation nun erst im Januar Antworten auf die dringenden Fragen erhalten. Die vor zehn Tagen lancierte Petition für die Weiterführung statt Rückbau der beiden Superblocks haben in Rekordtempo bereits über 1’000 Personen unterzeichnet, besonders viele aus dem St. Johann- und dem Matthäusquartier. Dies ist ein sehr starkes Zeichen, welches der Regierungsrat ernst nehmen muss. Dies kann nicht ignoriert und mit formalen Argumenten dann weggewischt werden.

Ich habe die Interpellation eingereicht, nachdem mich viele Nachbarn im St. Johann, aber auch aus dem Matthäus-Superblock darauf angesprochen haben, ob dies wirklich so sein soll, dass anfangs August 2026 alle selbst hergestellten Bauten, Töpfe, Sitzgelegenheiten und die Begrünung der Strasse zurückgebaut werden muss. Ehrlicherweise konnte ich dies nicht wirklich glauben, weil der Superblock-Test ja noch läuft und sowieso laufend angepasst wird und die abschliessende Auswertung erst später auf dem Tisch liegen soll. Das wäre dann der logische Zeitpunkt für mögliche Anpassungen, einer Verstetigung oder allenfalls für einen Abbruch der Übung. Vorher macht dies aus ganz vielen Gründen keinen Sinn, erinnert eher ein wenig an einen nicht sehr gut geplanten Projektplan. Die Menschen in den Quartieren haben viel mit Engagement und Herzblut sich an der Durchführung der Superblock-Tests beteiligt, ein Rückbau vor der definitiven Auswertung würde dieses ehrenamtliche Engagement absolut nicht wertschätzen und ich kann Ihnen sagen, dass dies ein sehr schlechtes Signal ist gegenüber der gewünschten Beteiligung von Quartierbewohnenden für eine lebenswerte und belebte Stadt. So ersticken wir soziales Engagement im Keime.

Nun, ich kann dieses Vorgehen wirklich nicht verstehen. Ich habe in meiner Interpellation sehr klare und meines Erachtens auch einfache Fragen gestellt, eine mündliche Beantwortung wäre aus meiner Perspektive möglich gewesen. Ich hoffe auf ebenso klare und deutliche Antworten der Regierung und auf eine Erweiterung ihres regierungsrätlichen Handlungspielraums, denn ich fände es wirklich oberpeinlich, das muss ich jetzt sagen, für die städtische Politik, wenn ich das jährliche und doch auch bekannte Davidsbodenstrassenfest am 15. August 2026, Sie können es sich schon einschreiben, in einem rückgebauten kahlen Ex-Superblock eröffnen müsste. Besten Dank und ich bin gespannt auf die Antwort.

23.11. Interpellation Nr. 133 Maria Ioana Schäfer gegen die Erhöhung der Studiengebühren - was plant Basel-Stadt?

[10.12.25 15:56:55, 25.5539.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Der Regierungsrat vertritt unverändert die Haltung, dass eine Erhöhung der Studiengebühren keine sinnvolle Massnahme zur nachhaltigen Finanzierung des schweizerischen Hochschulwesens ist. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens hat der Regierungsrat zusammen mit 18 anderen Kantonen die Stärkung der Nutzerfinanzierung, wie der Bund die Sparmassnahmen nennt, klar abgelehnt. Dies mit der Begründung, dass sie die soziale Mobilität gefährde.

Zu Frage 2. Das Entlastungspaket 2027 befindet sich derzeit in parlamentarischer Beratung, nachdem der Bundesrat seine überarbeitete Botschaft am 19. September überwiesen hat. Vorgesehen ist, dass die Räte das Geschäft in der Wintersession 2025 und in der Frühlingssession 2026 beraten. Die Mehrheit der vorbereitenden Finanzkommission schlägt dem Ständerat vor, auf die Hälfte der geplanten Kürzungen bei den Grundbeiträgen an die kantonalen Hochschulen zu verzichten. Eine Minderheit beantragt dem Ständerat, auf die Sparmassnahme gänzlich zu verzichten.

Zu Frage 3. Die in Frage stehende Massnahme sieht eine Kürzung der Grundbeiträge des Bundes an die kantonalen Hochschulen um 120 Mio. Franken pro Jahr vor. Der Bundesrat hat keinerlei Kompetenz, die Studiengebühren der kantonal getragenen Hochschulen zu erhöhen. Diese Zuständigkeit fällt in die Kompetenz der Hochschulkantone oder, wie im Fall der Universität Basel oder der Fachhochschule Nordwestschweiz, in die Kompetenz der Hochschulen selbst. Sollte es zu einer Erhöhung der Studiengebühren kommen, wäre tatsächlich mit einer höheren Belastung der kantonalen Stipendienwesen zu rechnen. Das System der basel-städtischen Stipendienvergabe müsste hierfür nicht angepasst werden.

Zu Frage 4. Wird das Entlastungspaket, wie vom Bundesrat vorgesehen, umgesetzt, müsste die Universität Basel mit Ertragsausfällen im Umfang von rund 8 Mio. Franken pro Jahr rechnen.

Zu Frage 5. Der Kanton Basel-Stadt trägt die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz gemeinsam mit anderen Kantonen, indem er vierjährige Leistungsaufträge und Globalbeiträge spricht. Ein unterjähriges einseitiges Ausfinanzieren von Ertragsausfällen ist vor diesem Hintergrund kaum vorstellbar. Über den Umgang mit den Folgen von Einnahmeausfällen über die aktuellen Leistungsauftragsperioden hinaus müsste im Rahmen der jeweiligen Verhandlungen ein Einvernehmen gefunden werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Maria Ioana Schäfer (SP): Vielen Dank für die Beantwortung der Interpellation. Die vorliegende Interpellation vertrete ich heute auch als Mitglied der JUSO Basel-Stadt und im Namen der JUSO Basel-Stadt. Im Entlastungspaket 2027 sollen die Studiengebühren verdoppelt werden und für die ausländischen Studierenden gar vervierfacht werden. Und ich schätze es sehr, dass die Regierung das auch nicht als eine geeignete Massnahme empfindet und hoffe doch sehr, dass sich die Minderheit im Parlament noch durchsetzen kann. Es bleibt auch noch zu erwähnen, dass der Anteil der Studiengebühren an den strukturellen Erträgen der Hochschulen im niedrigen Prozentbereich ist. Für die Finanzierung der Universität und der Fachhochschule sind diese Einnahmen also faktisch vernachlässigbar, Spardruck hin oder her.

Was bedeutet die Erhöhung konkret? Wer bisher 850 Franken pro Semester bezahlt, soll zukünftig 1’700 Franken bezahlen. Für einige verändert das das gesamte Budget. Auch Stipendien können diese Mehrbelastung nicht gänzlich auffangen, denn der Zugang ist mühsam, unsicher und Stipendien decken manchmal lediglich ein Viertel der Studiengebühren. Dementsprechend bin ich sehr gespannt, wie die Regierung mit der Erhöhung umgehen wird und wie dies das Stipendienwesen beeinflussen wird. Ich schätze es aber sehr, dass dies als eine valide Option angesehen wird.

Ich möchte hier in diesem Zuge auch noch an den UNO-Pakt I erinnern, dem die Schweiz beigetreten ist. Er hält ausdrücklich fest, dass höhere Bildung allen gleichermassen zugänglich sein soll, insbesondere durch die schrittweise Einführung der unentgeltlichen Bildung. Die geplante Gebührenpolitik bedeutet also eine klare und bedenkliche Kehrtwende oder wie Tamara Funiciello es sagt, es handelt sich um einen klassistischen Angriff, der die Bildung von Portemonnaie abhängig macht.

Für viele bedeutet die Erhöhung, noch mehr neben dem Studium arbeiten zu müssen. Das verlängert die Studiendauer und hat auch wirtschaftliche Folgen. Auch für unseren Kanton, der auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen ist. Darum sehe ich die Regierung jetzt in der Verantwortung, weiter zu prüfen und zu kommunizieren, wie es möglich ist, eventuell auch ausserhalb des Stipendienwesens, die Studierenden bei dieser Studiengebührenerhöhung zu unterstützen. Denn Basel-Stadt muss sich klar für eine faire und soziale und zugängliche Hochschulbildung einsetzen. Deswegen bin ich mit der Antwort des Regierungsrats, um mich meiner Vorrednerin anzuschliessen, knapp teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

23.12. Interpellation Nr. 134 Johannes Barth betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz im Bereich Palmenstrasse/Ahornstrasse

[10.12.25 16:03:43, 25.5540.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

23.13. Interpellation Nr. 135 Ivo Balmer betreffend Verkauf von Bauland in Augst (BL) – Warum verkauft Immobilen Basel-Stadt (IBS) schon wieder Boden?!

[10.12.25 16:04:00, 25.5541.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

11. Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

[10.12.25 16:04:17, 23.1497.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Ich freue mich, Ihnen den Bericht und Antrag der JSSK zum vorliegenden Geschäft, also zur Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes sowie zur Motion Mahir Kabakci vorzustellen. Diese Vorlage ist das Ergebnis von einem langen, sorgfältig verhandelten parlamentarischen Prozesses, der insgesamt elf Sitzungen umfasst hat, in denen wir Vertreterinnen und Vertreter aus der Regierung, Verwaltung, Bürgergemeinden und Fraktionen sogar eng einbezogen haben und der Antrag liegt Ihnen mit 11 zu einer Stimme zur Annahme vor.

Wir sind der Ansicht als JSSK, dass hohe Gebühren kein Grund sein dürfen, um Menschen von der Teilnahme an der Demokratie auszuschliessen. Mit der Streichung der kantonalen Gebühren beantragen wir somit eine deutliche Senkung der Gebühren für alle Menschen, die das Einbürgerungsverfahren im Kanton Basel-Stadt durchlaufen möchten. Unter 25-Jährige sowie Menschen mit tiefem Einkommen möchten wir zudem von den kommunalen Gebühren entlasten. Die Gemeinden werden dabei vom Kanton entschädigt. Wichtig zu betonen ist, wir sprechen hier in dieser Diskussion in der Debatte nur über die Senkung der finanziellen Hürden, die Einbürgerungsvoraussetzungen bleiben unverändert.

Ich möchte jetzt noch kurz zwei Vorbemerkungen machen im Votum. Erstens ist das das letzte grössere Geschäft, das ich hier im Grossen Rat als Präsidentin der Kommission vertreten darf. Ich werde das Amt per Ende Jahr oder anfangs Januar abgeben. Die SP-Fraktion wird dann zuhanden vom Grossen Rat für die 1. Januar-Sitzung eine neue Person vorschlagen.

Die zweite Vorbemerkung bezieht sich auf die Medienmitteilung sowie die Zusammenfassung des Kommissionsberichts auf Seite 4 des Berichts. Hier hat sich nämlich ein kleiner Fehler eingeschlichen, für den ich mich entschuldige. Die neuen Kosten für die Einbürgerungen in der Gemeinde Basel sind, sofern Sie der Beschlussvorlage zustimmen, neu 900 Franken und nicht, wie in der Zusammenfassung steht, 1'050 Franken. Die Zahlen im Bericht sind überall korrekt, es geht hier nur um den Lapsus in der Medienmitteilung, der eben auch in der Zusammenfassung zu finden ist. Der Kommissionsbericht wird dann nachher auch vom Parlamentsdienst in punkto dieser Zahl korrigiert.

Nun zur politischen Ausgangslage. Wir haben ja einen aussergewöhnlich hohen Anteil an Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht. Rund 37% der Bevölkerung leben hier aufgrund dessen ohne politischen Einfluss. Heute erfüllen ungefähr 30'000 Personen zumindest die formellen Voraussetzungen für die Einbürgerungen, doch nur ungefähr 5% lassen sich davon jährlich einbürgern. Die Stimmbevölkerung hat im November 2024 mit der Ablehnung des kantonalen Ausländerstimmrechts deutlich gemacht, dass politische Mitsprache weiterhin die Einbürgerung voraussetzen soll. Die damalige Minderheit der JSSK hat in ihrem Bericht festgehalten, dass sie Vorschläge zur Erleichterung des Einbürgerungsverfahrens vorbehaltlos prüfen und auch gegebenenfalls unterstützen werde. Auch in der Grossratsdebatte und während des Abstimmungskampfes wurde wiederholt betont, dass der richtige Weg die Erleichterung der Einbürgerung sei, insbesondere auch mit Blick auf die finanziellen Hürden. Der nun vorliegende Kompromiss setzt genau diese Ankündigungen um.

Das schweizerische Einbürgerungsverfahren ist bekanntlich dreistufig und setzt auch die Einbürgerung in den drei Bürgergemeinden Basel, Riehen und Bettingen voraus sowie eben die Bundesbewilligung des Staatssekretariats für Migration. Neben der Wohnsitzfrist von zwei Jahren müssen Gesuchstellende auch ihre Integration nachweisen. Was das genau alles beinhaltet, können Sie dem Bericht entnehmen. Und zusätzlich müssen Gebühren bezahlt werden. Die Verwaltung hat im Auftrag der Kommission auch Recherchen gemacht, wie diese Gebühren schweizweit aussehen. Wir haben es als Flickenteppich wahrgenommen, der Benchmark zwischen den Kantonen ist nicht ganz einfach. In der Zwischenzeit wurde eine Gebührenübersicht vom Bundesrat publiziert in einem Bericht vom 5. November 2025 zur Einbürgerung der zweiten Ausländergeneration. Aus diesem umfassenden Bericht kann man ungefähr schliessen, dass der Kanton Basel-Stadt heute bei den kantonalen Gebühren ungefähr im Mittelfeld liegt, hinsichtlich der kommunalen Gebühren liegt die Bürgergemeinde Basel leicht über dem Schnitt, Riehen und Bettingen hingegen deutlich im oberen Bereich.

Der neue Bundesratsbericht zeigt auch ausführlich, dass in der Schweiz vor allem gut ausgebildete Ausländerinnen und Ausländer sich einbürgern lassen, auch viele Ehepaare mit Kindern und jüngeren Personen, und in der Umfrage sind gerade auch die Gebühren, über die wir heute diskutieren, der am häufigsten genannte Hinderungsgrund. Wir haben auch noch weitere Kosten angeschaut, die die Menschen deutlich im Portemonnaie spüren. Nebst den Gebühren fallen Kosten für Dokumente an, die je nach Herkunft, Anzahl, Wohnort oder persönlicher Situation oder Sprache, aus der sie übersetzt werden müssen, dann stark variieren können. Im Bericht sind hierzu auch Fallbeispiele zu finden, im Anhang ein Ehepaar, das Dokumente aus dem Ausland beschaffen muss, ist da schnell mal noch bei Kosten von rund 1'000 Franken. Das ist einfach auch wichtig im Hinterkopf zu haben, dass auch bei denen Gruppen, die dann von kommunalen und kantonalen Gebühren entlastet sind, doch immer auch noch solche Dokumentkosten anfallen.

Die Motion Mahir Kabakci hat eben das Ziel, Einbürgerungen für Menschen unter 25 Jahren attraktiver zu machen. Eingebettet aber geht es um dieses Ziel, sicherzustellen, dass nicht bald eine Minderheit über eine Mehrheit im Kanton entscheidet. Und eben, sie fordert den Erlass der kantonalen und kommunalen Gebühren für alle Gesuchstellenden unter 25 Jahren. Für die JSSK war sehr schnell klar, dass diese Forderung unbestritten ist.

In der Folge wurden dann aber zwei weitergehende Anträge eingereicht. Argumentiert wurde, dass die eidgenössische Migrationskommission zeigt, dass in Basel-Stadt über 60% der Einbürgerungen von Personen mit Hochschulabschluss stammen, während sie der Anteil in der Gesamtbevölkerung nur 30% ist. Wenn also Einbürgerungen der Königsweg ist, dann braucht es einen deutlichen Abbau der finanziellen Hürden. Ein Antrag forderte dann den vollständigen Verzicht auf sämtliche Gebühren. Der andere schlug die Ergänzung der Motion um eine sozialpolitisch motivierte Gebührenbefreiung vor, so wie wir sie heute auch beantragen.

Ein Teil der Kommission fand die radikale Nulllösung, also die vollständige Kostenbefreiung demokratiepolitisch als der richtige Weg, ein anderer Teil der Kommission hingegen wollte die Gebühren zwar senken, aber es war trotzdem wichtig für sie, dass das Verfahren weiterhin etwas kostet. Als sich dann herauskristallisierte, dass eigentlich fast die gesamte Kommission an einer deutlichen Gebührensenkung arbeiten möchte, haben wir natürlich auch selbstkritisch diskutiert, ob wir das im Rahmen der Umsetzung der Motion tun können. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir uns bei der Diskussion auf die Gebühren beschränken, also weiterhin eigentlich nur den Artikel 24 des Bürgerrechtsgesetzes anfassen und sind zum Schluss gekommen, dass dieser Weg viel effizienter ist und auch weniger Ressourcen der Verwaltung und des Parlaments bindet, als wenn wir jetzt eine Kommissionsmotion gemacht hätten, was dann wiederum lange Prozesse bedeutet hätte.

Wichtig war es uns, hier ein überzeugendes, breit getragenes Paket vorzulegen und das war dann auch der Grund, wieso wir auf die vollständige Gebührenstreichung verzichtet haben, das weiterzuverfolgen, obwohl das vielleicht sogar in der Kommission mehrheitsfähig gewesen wäre.

Uns war es wichtig, die Haltung der Bürgergemeinden und auch der Fraktionen einzubeziehen, haben ein Hearing mit den Bürgergemeinden gemacht zu der Idee einer massgeblichen Senkung und sie haben das sehr begrüsst unter der Annahme, dass der Kanton den kommunalen Aufwand entschädigt. Als wir uns dann auf Varianten für die Gebührenhöhe geeinigt hatten, haben wir die Fraktionen auch konsultiert und fast alle haben dann auch deutliche Unterstützung signalisiert. Zu erwähnen ist, dass der jetzt vorliegende Vorschlag eigentlich weniger weit geht als die Varianten, die wir den Fraktionen vorgelegt hatten. Das ist aufgrund der gewählten Umsetzungsvariante. Wir haben verschiedene technische Umsetzungsvarianten angeschaut, das finden Sie alles im Bericht. Die Fragen der Gebühren sind, da geht es nicht nur um Zahlen, sondern politisch-rechtliche Verhältnisse, die Frage der Gemeindeautonomie hat uns immer wieder beschäftigt.

Wir haben fünf Varianten im Detail geprüft von kantonal vorgegebenen Tarifmodellen bis zu Opt-in- und Opt-out-Modellen. Eine war auch so, dass nur noch der Kanton Gebühren erhoben hätte und die Gemeinden nicht mehr, sie wären einfach vom Kanton für ihren Verwaltungsaufwand entschädigt worden. Wir haben dann zu diesen Varianten nochmal die Bürgergemeinden konsultiert, weil wir sie auf den Prozess mitnehmen wollten für gewisse Varianten und die Bürgergemeinden haben dann sehr ablehnend reagiert. Obwohl auch all die Varianten rechtlich möglich gewesen wären und die Einbürgerungskompetenzen der Gemeinden nicht tangiert worden sind, war es uns als Kommission dann doch sehr wichtig, diese klare Ablehnung zu berücksichtigen und haben dann schlussendlich eine Variante gewählt, die von der technischen Umsetzung her eigentlich identisch ist mit den Mechanismen, die heute existieren.

Die Variante 5 hat uns die Verwaltung eigentlich als schlankste Umsetzungsform vorgeschlagen, nämlich, dass wir einfach auf die kantonalen Gebühren verzichten, die kommunalen aber bestehen lassen und auch weiterhin die Höhe von den Bürgergemeinden bestimmen lassen. Das ist eben keine Änderung vom Status quo und deshalb haben wir dann entschieden, die Bürgergemeinden nicht noch ein drittes Mal zu konsultieren, aber wir haben die Meinungen der Bürgergemeinden zweifach einbezogen und wirklich auch ihre kritische Position zu der Variantenwahl wirklich auch dann einbezogen in unseren Entscheid.

Nun noch zum sozialpolitischen Gebührenerlass. Auch wenn wir die kantonalen Gebühren streichen, kostet eine Einbürgerung für eine Einzelperson in Riehen weiterhin 1’800 Franken, in Bettingen 1’500 Franken, also die kommunalen Gebühren plus Bundesgebühren. Mit Menschen in prekären Verhältnissen bleibt das eine erhebliche Hürde, das haben wir immer wieder diskutiert in der Kommission. Deshalb haben wir entschieden, dass wir den Verzicht auf die kantonalen Gebühren um eine sozialpolitische Komponente ergänzen. Konkret sollen auch Personen, die Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder Prämienverbilligungen beziehen, von den kommunalen Gebühren befreit werden.

Dazu noch einige Präzisierungen. Sozialhilfebezug in den letzten drei Jahren vor der Einbürgerung ist in der Regel ein Ausschlusskriterium für die Einbürgerung, aber es ist es eben nur in der Regel. Also persönliche Verhältnisse wie Erwerbsarmut, also wenn man Working Poor ist oder wenn man Betreuungspflichten hat, können eben dennoch berücksichtigt werden. Deshalb haben wir die Sozialhilfe hier auch erwähnt. Und wichtig ist auch zu sagen, dass Gebührenerlass für Menschen mit Sozialhilfebezug auch nicht eigentlich dem Status quo entspricht. Auf kantonaler Ebene ist das auf Verordnungsebene geregelt, dass Personen, die Sozialhilfe beziehen und dann doch für die Einbürgerung die Bedingungen erfüllen, dass sie Gebührenerlass erhalten können auf Antrag und auch die Bürgergemeinde Basel hat einen solchen Mechanismus. Heute ist es so, dass der Erlass bei Sozialhilfe bei 100% ist, beim Bezug von Ergänzungsleistungen aber nur 50%. Das ändern wir, beim Bezug von Ergänzungsleistungen wird der Erlass auch 100% sein. Und was eben neu ist, ist, dass auch Personen, die Prämienverbilligungen erhalten, den Erlass haben. Konkret sind das Personen mit Einkommen unter rund 50’000 Franken bei einer Einzelperson bzw. knapp 100’000 Franken bei einem Vierpersonenhaushalt. Diese Personengruppen mussten bisher den vollen Betrag bezahlen.

Zu den einzelnen Bestimmungen gehe ich nicht im Detail ein, möchte aber an dieser Stelle ganz herzlich der Verwaltung danken für die Begleitung des Prozesses. Sie haben verschiedenste Zahlen für uns erarbeitet, aber eben auch die notwendigen Anpassungen am Bürgerrechtsgesetz. Diese wurden dann wie üblich von der JSSK akribisch geprüft, optimiert und dann letztlich einstimmig verabschiedet.

Erwähnen möchte ich noch, dass wir einen Grundsatz neu auf Gesetzesstufe festhalten, nämlich dass Kantone und Bürgergemeinden höchstens kostendeckende Gebühren erheben können. Das verdeutlicht das bereits geltende Kostendeckungsprinzip des Bundes. Also das ändert nichts am Status quo, aber es verdeutlicht ihn. Über dieses Prinzip haben wir in der Kommission wiederholt diskutiert. Überhöhte Gebühren dürfen also nicht politisches Steuerungsinstrument sein, Gebühren müssen sich immer an den tatsächlichen Kosten orientieren. Was aber legitim ist natürlich, ist, dass Gemeinden eben tiefere, nicht kostendeckende Gebühren festsetzen dürfen und genau das beantragen wir Ihnen ja auch. Wir haben als Kommission auch grosses Vertrauen darin, dass die Basler Bürgergemeinden auch ihre eigenen Gebühren, die ja eben nicht wir festlegen, sondern sie, dass sie die immer wieder überprüfen auf die Frage hin, ob sie tatsächlich so hoch sein müssen, um ihre Kosten zu decken. Und es wäre natürlich auch wünschenswert, wenn auch Bürgergemeinden in

Zukunft dem Kanton folgen und nicht kostendeckende Gebühren festlegen würden. Nur weil jetzt der Kanton Gebühren senkt oder wir das so hier beantragen, würde das nicht bedeuten, dass die Bürgergemeinden diesbezüglich nicht auch noch gefragt sind.

Nun zu den Prognosen zu den finanziellen Auswirkungen. Was die Kosten der Vorlagen sind, ist gar nicht so einfach zu beziffern, wir verlassen uns hier auf grobe Schätzungen der Verwaltung. Die Verwaltung rechnet bei konstanten Gesuchzahlen bei rund 1 Mio. Franken Mehraufwand pro Jahr. Wie stark sich hingegen die Gesuchzahlen dann infolge tieferer Gebühren erhöhen, das liegt faktisch im Bereich der Spekulation. Die Verwaltung hat für uns eine Berechnung angestellt. Also wenn man jetzt schätzen würde, dass vielleicht 10% dann statt 5% ein Gesuch stellen würde, also das wäre ein sehr starker Effekt dann, der die Gebührensenkung hätte, dann würde die Verwaltung von vorübergehend rund 2,5 Mio. Franken ausgehen. Ganz wichtig ist hier zu betonen, dass bei dieser Schätzung auch Mehraufwand für Personal dabei ist. Wichtig ist, dass bei einer Zunahme der Gesuche auch die Bearbeitungsdauer stabil gehalten wird. Die Langwierigkeit vom Prozess ist auch einer der Gründe, die abschreckend wirkt, das zeigt auch der Bericht vom Bund. Also einfach auch, um deutlich zu machen, es ist wichtig, dass diese Bearbeitungsdauern, die auch in den letzten Jahren optimiert worden sind, weiterhin so bleiben und sich nicht verschlechtern. Wir gehen dann davon aus, dass die Bürgergemeinden ihren allfälligen Mehraufwand durch ihre Gebühren und Ausgleichszahlungen vom Kanton, die dann eben bei den genannten Gruppen zu tragen kämen, dass das so gedeckt wäre.

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Einbürgerung ist und bleibt ein anspruchsvoller Prozess, die materiellen Anforderungen an Integration, Sprachkompetenz, wirtschaftliche Selbständigkeit bleiben unverändert hoch. Was wir Ihnen hier beantragen, ist eine Veränderung bei der finanziellen Zugänglichkeit. Wir möchten beantragen, dass wir eine Hürde, die nichts mit Integration zu tun hat, senken, sondern vor allem die mit dem Portemonnaie zu tun hat. Das Ziel der Vorlage ist, jungen Menschen, die hier zu Hause sind, zu ermöglichen, früher in dieses Land hineinzuwachsen mit Rechten und Pflichten und wir entlasten dabei Menschen, die wenig haben, aber doch sehr viel zu unserer Gesellschaft beitragen. Die Vorlage möchte also damit die Demokratie stärken. Wir tun dies mit Respekt vor der Gemeindeautonomie, mit einer Lösung, die die Kompetenzverteilung nicht antastet, auch wenn dies rechtlich eigentlich möglich gewesen wäre. Zu erwähnen ist auch noch, dass es auch eine Vereinfachung der Fragen für die Verwaltung bedeutet. Für die kantonale Verwaltung entfallen nachher Rechnungsstellungsprozesse für die kantonalen Gebühren.

Wir sind als JSSK überzeugt, dass wir hier eine gut austarierte und auch praktikable Vorlage erarbeitet haben, die dann für viele Menschen einen realen Unterschied machen wird. Den Änderungsantrag der Regierung, also die Regierung möchte ja bei ihrer bisherigen Variante bleiben und lediglich die Motion Mahir Kabakci umsetzen, diesen Änderungsantrag lehnt die JSSK in dem Sinne ab. Wir bedauern es, dass die Regierung sich hier gegen eine vom Portemonnaie zugängliche Einbürgerung stellt. Es ist eine fatale Chance, dass die Regierung hier nicht ihre ursprüngliche Haltung mit Blick auf die doch fundierte Kompromissarbeit der JSSK revidiert hat.

Dann noch als letztes, zu der Motion Mahir Kabakci wird es dann keine separate Abstimmung geben, sofern Sie auf die Vorlage eintreten, denn mit dem Eintreten gilt die Motion als erledigt. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich bin gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Besten Dank auch an die JSSK für die intensive und ausführliche Vorberatung dieses Geschäftes, die wir in vielen Varianten auch geführt haben. Ich schätze es, dass die Verwaltung und auch ich als zuständige Regierungsrätin aktiv einbezogen wurden. Das gewährleistet auch, dass die Ausarbeitung der Varianten praxistauglich ausfällt, dass auch die Meinung der Umsetzbarkeit der Verwaltung einfliesst, das schätze ich sehr. Auch die Meinungen über die Gemeindeautonomie, diese ganze Abwägung, ich denke, das war wichtig im Prozess, und deshalb ist es mir jetzt wichtig, auch zu erläutern, warum die Regierung dennoch an ihrem ursprünglichen Ratschlag festhält und dem Vorschlag jetzt der JSSK ablehnend gegenübersteht.

Natürlich ist es der Regierung ebenfalls wichtig, dass wir Hürden jetzt auch hier in der finanziellen Ebene für die Einbürgerung senken, weil wir der Meinung sind, die Einbürgerung ist ein wichtiges Instrument, das gewählt werden kann und eben auch gewählt werden können muss. Wir sind aber dennoch auf dem Standpunkt, dass wir die Motion Kabakci und Konsorten mit unserem Ratschlag vollständig erfüllt haben und jetzt halt die Kommission doch deutlich darüber hinausgeht über auch den Motionstext. Und deshalb ein paar Argumente.

Der Regierungsrat erachtet es grundsätzlich schon als sachgerecht, dass Personen, die auch eine Leistung des Staates in Anspruch nehmen, angemessen auch finanziell sich daran beteiligen. Die Gebühren heute sind bereits moderat ausgestaltet und jetzt da, wo die Variante ansetzt, gibt es heute auch schon Möglichkeiten für den Gebührenerlass. Er ist nicht standardmässig, aber auf Ersuchen hin sind genau die Themen, die schon angesprochen wurden, sei das Erwerbsarmut, Betreuungsaufgaben, Ausbildungen, Behinderung, Krankheit oder eben auch die Ergänzungsleistungen sind Gründe für

einen Gebührenerlass respektive bei Ergänzungsleistungen um einen hälftigen Erlass und da kommen wir dann eben zum Grund, weshalb die Regierung auch findet, es ist doch in der Endausgestaltung dann zu teuer.

Wir haben es gehört, die JSSK-Präsidentin hat gesagt, es grenzt an Spekulation. Es ist schwierig abzuschätzen, welche Wirkungen diese Erweiterung hätte, aber wir haben die Modellrechnung gehört. Wenn wir davon ausgehen, die Gesuchzahlen bleiben gleich, sind wir bei einer Million Mehrkosten pro Jahr im Unterschied zu diesen 600'000, die die reine Erfüllung des Motionstextes bedingen würde. Und wenn wir von einem Anstieg auf 10% dann ausgehen, sind wir bereits bei 2 Millionen wiederkehrend. Und da eben noch diese 500'000 hochgerechnet, 2.5 Millionen insgesamt, wenn wir die Personalressourcen noch darauf nehmen. Ich denke auch, und das ist sicher deckungsgleich mit der Kommissionsmeinung, wir dürfen nicht durch die Ausgestaltung und Vereinfachung in finanzieller Hinsicht gefährden, dass die Verfahren länger dauern. Es ist enorm wichtig, dass die innert nützlicher Frist auch abgeschlossen werden können in diesem Bereich, wo wir es auch in der Hand haben. Wir wissen auch, der Bund hat hier auch noch eine Rolle, wir sind nicht ganz selbstständig im Verfahren, aber was unseren Teil angeht, denke ich, müssen wir uns bewusst sein, wenn dieser Anstieg dann kommen würde, dass das auch in den Personalressourcen eine deutliche Wirkung hätte.

Sie haben es gehört, die Gründe sind vor allem in den finanziellen Mehrausgaben zu finden, weshalb die Regierung der Meinung ist, der ursprüngliche Ratschlag sei anzunehmen und deshalb beantrage ich Ihnen das auch im Namen des Regierungsrates.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erstes hat sich Hanna Bay für die SP eingetragen.

Hanna Bay (SP): Es freut mich ausserordentlich, heute im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion zu der vorliegenden Revision des Bürgerrechtsgesetzes zu sprechen. Es freut mich, denn ich bin überzeugt, dass wir hier wirklich ein sauberes Stück parlamentarische Arbeit in trockene Tücher bringen können. Wer den Kommissionsbericht gelesen hat, kann sehen, dass es kein Powerplay war von der einen politischen Seite, es war keine Mehrheit und keine Minderheit, sondern es war ein ehrliches und aufrichtiges Ringen. Böse Zungen könnten auch sagen, es wäre teilweise etwas ein Mäandern zu einem überparteilichen Kompromiss, welcher in der Kommission schlussendlich mit 11 zu 1 Stimmen angenommen wurde. An dieser Stelle möchte ich auch meinen grossen Dank an Barbara Heer aussprechen, welche auch bei diesem Geschäft ihre Qualitäten als Kommissionspräsidentin unter Beweis gestellt hat, integrativ fokussiert und lösungsorientiert. Ich glaube, wir werden dieses Lotsen vermissen.

Ich habe es gesagt, es war ein Ringen und ein Suchen zu einer guten Lösung, wobei sich die Kommission von zwei Leitsätzen leiten liess. Erstens, das Einbürgerungsverfahren soll für alle günstiger werden und zweitens, die verbleibenden Gebühren dürfen kein Grund sein, damit sich Menschen hier nicht einbürgern lassen und sie vor der Partizipation in unsere Demokratie ausschliessen. Und ich möchte hier, und das tue ich wahrlich nicht oft, der FDP und der Mitte-EVP ein Kränzchen winden, denn ich muss sagen, Sie haben Wort gehalten. In der Debatte um das Einwohner*innen-Stimmrecht haben Sie mehrmals gesagt, dass die politische Teilhabe untrennbar mit dem Bürgerrecht verbunden sei. An dieser Stelle Agree to Disagree, aber was Sie weiter gesagt haben, ist, dass Sie Bemühungen, das Einbürgerungsverfahren zu erleichtern, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, mittragen würden und mit der Unterstützung der vorliegenden Revision erbringen Sie den Tatbeweis.

Aber nun, genug von der Lobhudelei auf die parteiübergreifende Zusammenarbeit, kommen wir zur Sache. Die SP bittet Sie, dem Vorschlag der JSSK zu folgen, welcher erstens die Forderung der Motion Kabakci erfüllt, zweitens die Gebühren für alle Einbürgerungswilligen und -fähigen reduziert und drittens eine sozialpolitisch motivierte Gebührenbefreiung vorsieht. Ich möchte auf die drei Teilaspekte kurz eingehen:

Erstens, keine kommunalen und kantonalen Einbürgerungsgebühren für Jugendliche. Gerade für junge Erwachsene können Gebühren eine empfindliche Hürde darstellen, denn das verfügbare Budget ist beschränkt. Mit einem Gebührenerlass hier können wir ein klares Signal senden. Menschen, die die prägenden Kindheits- und Jugendjahre hier bei uns verbringen, gehören zu uns, sie sind Teil unserer Gesellschaft und sie sollen auch mitbestimmen dürfen. Wir möchten auch Verantwortung für sie übernehmen. Entsprechend soll das Einbürgerungsverfahren so günstig und niederschwellig wie möglich sein, der Gebührenerlass ist hier ein wichtiger Schritt.

Zweitens der Verzicht auf kantonale Gebühren. Hier senden wir ein klares politisches Signal, um dem Demokratiedefizit, welches wir haben, Einhalt zu gebieten. Einbürgerungen sollen für alle günstiger werden. Ich erinnere gerne nochmals daran, in Basel-Stadt dürfen heute rund 38% der hier lebenden Menschen über 18 Jahre nicht mitbestimmen, da sie nicht über den Schweizer Pass verfügen. Viele von ihnen erfüllen die Einbürgerungsvoraussetzungen, es ist schlicht eine finanzielle Hürde. Die bisherigen Gebühren von 1'750 bis 2'650 Franken, das ist ein Happen Geld und der Vorschlag, hier auf die kantonale Gebühr zu verzichten, wahrt auch die Gemeindeautonomie. Als kantonales Parlament können wir über die kantonalen Gebühren entscheiden und ich glaube, das ist ein wichtiger Hebel, welchen wir nutzen sollten.

Und kommen wir drittens schliesslich zu der sozialpolitischen Gebührenbefreiung für tiefe Einkommen. Mit dieser Gebührenbefreiung können wir dafür sorgen, dass der Leitsatz, dass die Gebühren kein Hinderungsgrund sein sollen, Realität wird. Die Hürde für Personen mit tiefen Einkommen soll eben nicht grösser sein als für gut Betuchte und Menschen mit einem dickeren Portemonnaie. Davon könnte man in Zukunft ab einem Nettoeinkommen von gut 4’000 Franken profitieren. Mit Verlaub, das ist nicht viel Geld und mit einem solchen Lohn sind die Gebühren schlicht nicht tragbar und das wollen wir ändern und ich glaube, das ist richtig. Und ich erlaube mir, hier kurz auf die Regierungsrätin einzugehen, die sagt, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, das soll kosten. Gebührenerlasse haben wir überall, Gerichtsgebühren werden erlassen, wenn es sich Menschen nicht leisten können, und wieso wir hier bei der Demokratie einen Unterschied machen sollten, ist mir nicht ganz klar.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Einbürgerung bleibt trotzdem kein Spaziergang. Wir haben Formulare, wir haben Dokumente, wir haben Übersetzungen, wir haben Sprachtests, wir haben Allgemeinwissenstests, etc. Diese Anforderungen bleiben gleich hoch und all dies verlangt von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern bereits viel ab. Mit unserem Vorschlag würden wir es unseren Nachbarn, unseren Schulfreund*innen, unseren Vereinskollegen lediglich finanziell ein bisschen einfacher machen. Ich glaube, dass Basel und auch Riehen und Bettingen hierzu bereit sind und ich glaube, dass die Mehrkosten verkraftbar sind.

Und dann am Schluss noch ein letzter Punkt. Ich habe jetzt nun viel über Demokratie gesprochen, bei der Einbürgerung geht es aber nicht nur darum, wie viele von uns an den Abstimmungssonntagen zur Urne gehen. Es geht auch darum, für wen wir als Staat Verantwortung tragen, wen wir ohne Wenn und Aber als Teil von uns anerkennen und wen wir tragen, vielleicht, wenn es auch mal nicht so gut läuft.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, der Vorlage der JSSK zuzustimmen und den Änderungsantrag der Regierung abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Auch ich möchte beginnen mit einem kleinen Dankeschön an unsere Kommissionspräsidentin für ihre Arbeit. Sie hat uns in den vergangenen Jahren immer wieder sehr kompetent durch komplexe Vorlagen geführt und sinnbildlich steht dafür auch die Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes, über das wir jetzt sprechen, intensiv, konstruktiv und letztlich voraussichtlich auch erfolgreich. Denn diese Vorlage ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Demokratie in unserem Kanton.

Die Kommission hat einen breit abgestützten Kompromiss gefunden mit 11 zu 1 Stimme in der Schlussabstimmung. Entsprechend dürfte auch allen klar sein, wer wie in der Kommission abgestimmt haben könnte. Umso irritierender ist jetzt die Haltung der LDP, aber auch der Regierung. Die LDP-Fraktion würdigt die gründliche Arbeit innerhalb der Kommission damit leider nicht und ich habe vorhin gesehen, Raoul Furlano ist gerade hinausgelaufen, ich hoffe trotzdem, dass dort noch eine Begründung kommt der Fraktion. Vielleicht spricht ja sonst noch jemand der Fraktion.

Und dann erinnere ich gerne an das, was Regierungspräsident Conradin Cramer nach dem Nein zum Einwohner*innen-Stimmrecht vor einem Jahr sagte: Es sei sicher sinnvoll, darüber nachzudenken, wie dieser Weg, also die Einbürgerung, einfacher gestaltet werden kann. Denkbar sei etwa die Senkung von Gebühren. Heute setzen wir exakt das um, was der Regierungspräsident selbst vorgeschlagen hat. Ausgerechnet die Regierung wagt es nun aber nicht, diesen Schritt ganz zu gehen. Geht es tatsächlich um die Kosten? Basel-Stadt hat in diesem Jahr 246.5 Mio. Franken ausgegeben, um milliardenschwere Unternehmen zu unterstützen, Unternehmen, die hier in der Region gleichzeitig im grossen Stil Stellen abbauen. Und diese Regierung möchte uns nun erklären, dass wir uns diese Vorlage nicht leisten können? Diese Vorlage kostet uns weniger als 0,5% dieses Betrags, und im Gegensatz zu den Unternehmenssubventionen ist das hier eine echte Investition in unsere Demokratie.

Bereits heute dürfen in Basel-Stadt nur 51% der Bevölkerung abstimmen. Ein Demokratiedefizit, das sich ohne Korrektur weiter verschärft. Ein möglicher Weg, das Einwohner*innen-Stimmrecht, scheiterte leider vor einem Jahr an der Urne. Damals sagten die Gegner*innen, das Stimmrecht sei der falsche Weg, wenn, dann müsste man die Einbürgerung zugänglicher gestalten. Und genau dem kommen wir heute mit dieser Vorlage nach. In der JSSK haben wir eine ausgewogene Vorlage erarbeitet, in der der Kanton vollständig auf seine Gebühren verzichtet, die Gemeinden ihre Autonomie beibehalten und führend in den Verfahren bleiben und Menschen mit tiefem Einkommen gezielt entlastet werden, indem der Kanton für sie die kommunalen Gebühren übernimmt. Damit erhalten wir ein Instrument, das genau jene unterstützt, für die die Gebühren der ausschlaggebende Stolperstein auf dem Weg zur Einbürgerung sind. Dabei möchte ich festhalten, diese Vorlage erleichtert nicht die Einbürgerung als solche. Es ändert sich nichts an der Wohnsitzfrist, nichts an den Integrationsvoraussetzungen, nichts an den Sprachkenntnissen und nichts am Prüfungsverfahren. Es wird einzig die finanzielle Hürde gesenkt. Denn der Zugang zum Bürgerrecht darf keine Frage des Kontostands sein, es ist eine Frage der Demokratie.

Heute kostet eine Einbürgerung für eine Einzelperson über 25 Jahre in Basel rund 1’750 Franken. Mit der Vorlage sinken die Kosten auf 900 Franken. In Riehen wären sie dann 1’800 Franken, in Bettingen 1’500 Franken. Und für Menschen mit tiefen Einkommen werden die kommunalen Gebühren vom Kanton übernommen. Das ist keine Bagatelle, das ist der Unterschied zwischen unmöglich zu endlich machbar. Personen mit zum Beispiel einer Prämienverbilligung sind Menschen, die arbeiten, die hier leben, die Kinder grossziehen oder Angehörige betreuen, Menschen, die jeden Monat rechnen müssen, für die eine Zahnarztrechnung bedeuten kann, dass der Urlaub gestrichen wird. Wenn diese Menschen eine Einbürgerungsgebühr von 900 Franken oder mehr vor sich sehen, dann ist das nicht einfach ein Verwaltungsbetrag. Für viele ist das schlicht das Geld, das sie eben nicht haben. Für diese Menschen ist die Gebühr eine grosse Hürde und genau dort setzt die Vorlage an, sozialpolitisch zielgerichtet.

Wir von BastA beantragen deshalb Ja zur Vorlage der JSSK und Nein zum Änderungsantrag der Regierung. Diese Vorlage stärkt unsere Demokratie und sie tut es fair, wirksam und zielgerichtet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Patrick Fischer das Wort.

Patrick Fischer (SVP): Wir stimmen heute über eine Vorlage ab, bei der es um nichts weniger geht als um die komplette Abschaffung der kantonalen und kommunalen Einbürgerungsgebühren für alle unter 25-Jährigen und das ohne jede Bedingung, ohne Geburt in der Schweiz, ohne Erstgesuch, schlicht für alle. Zudem geht es auch darum, über 25-Jährigen die kantonalen Gebühren komplett zu erlassen. Es geht also um deutlich mehr als um die erwähnte Motion Kabakci. Die SVP-Fraktion findet das falsch.

Erstens, wir schaffen Fehlanreize. Die Behörden warnen selbst, dass künftig mehrfach und leichtfertig Gesuche eingereicht werden könnten. Ohne Kosten, ohne Risiko, die Einbürgerung darf kein Gratisversuchslauf sein.

Zweitens, wir öffnen Tür für hohe Dauerbelastungen. Der Regierungsrat rechnet mit ca. einer Million Franken pro Jahr plus zusätzlichem Personal und das alles, obwohl es bereits heute grosszügige Gebührenbefreiung für wirklich Bedürftige gibt. Diese Pauschallösung entlastet zudem auch diejenigen, die auf keinerlei Unterstützung angewiesen sind.

Drittens, wir schwächen die Bedeutung des Bürgerrechts. Die Gebühren haben eine wichtige Funktion. Sie stellen sicher, dass ein Gesuch ernsthaft und gut vorbereitet ist. Wer Schweizer werden will, soll das bewusst tun und nicht als kostenlose Option, die der Staat finanziert. 1’900 bis 2’650 Franken, das ist die Spanne von Basel-Stadt bis Riehen. Das ist ein Betrag, welcher man aufbringen kann, wenn man es wirklich will. Man könnte zum Beispiel auf Ferien, ein neues Auto oder auf das neueste Mobiltelefon verzichten und dafür im Gegenzug ein ungleich wertvolleres Bürgerrecht erhalten.

Viertens, die drei Bürgergemeinden lehnen es ab, die Last zu tragen. Sie verlangen volle Kompensation durch den Kanton. Am Ende zahlt somit der Steuerzahler, unabhängig davon, ob Integration tatsächlich gelungen ist oder nicht. Die SVP teilt die Kritikpunkte der Gemeinden. Schliesslich sind es sie, welche dem Thema am nächsten stehen und tagtäglich damit konfrontiert werden. Wir stehen für eine klare Linie, Einbürgerung Ja, aber nur für Menschen, die integriert sind, Verantwortung übernehmen und nicht durch unnötige Gratisangebote angelockt werden müssen.

Der SVP geht dieser Vorschlag zu weit, deshalb lehnen wir diese Gesetzesänderung ab. Den Änderungsantrag der Regierung werden wir unterstützen. Und von mir die Blumen zum Schluss, ich möchte dennoch nicht unerwähnt lassen, dass die Arbeit in der Kommission sehr gut verlaufen ist. Von weitergehenden Vorstellungen wurde rasch Abstand genommen, es war eine sehr grosse Kompromissbereitschaft spürbar. Dafür möchte ich mich bei der Kommission bedanken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Es wurde ja allseitig gelobt, auch von Herrn Fischer, von Frau Bay. Es gibt ja manchmal das Sprichwort «Timeō Danaōs – wir können auch Linkeos und jetzt auch SVPos – et dōna ferentēs. Aber das Lob könnte ja sein, ja, ihr habt sehr hart gerungen um den Kompromiss, aber ich glaube, es war ein ehrliches Lob und darum nehme ich es auch an von allen Seiten und gebe es auch gerne zurück. Es war eine interessante Arbeit.

Die FDP wird mehrheitlich den Anträgen der JSSK folgen und ich bin auch ein bisschen erstaunt über die Regierung, die ja doch nach aussen enthusiastisch das Ausländerstimmrecht vertreten hat und jetzt diesen Schritt nicht gehen will. Das Ausländerstimmrecht wurde zu Recht immer noch deutlich abgewiesen in der letzten Abstimmung und dass der Weg zum Stimmrecht über die Einbürgerung führt, das ist kein Demokratiedefizit, diesem Narrativ ist wirklich zu widersprechen. Wir haben einen Weg zu den vollständigen politischen Rechten, da ist aber die Frage, ist dieser Weg manchmal etwas zu holprig, auch wenn es manchmal eher psychologische Schwellen sind als vielleicht, wenn man alles durchrechnet und sagt,

eben der Verzicht mal auf ein Mobiltelefon, etc., es sind Kosten, das soll nicht bestritten werden. Ich stelle aber keine Vergleiche mit irgendeinem Fonds an, das finde ich nicht richtig.

Ich glaube, man kann sich aber fragen, ist das eine normale staatliche Leistung wie zum Beispiel die Ausstellung eines Führerausweises, die Kosten für die Allmendbenutzung, nein, ich glaube, es ist schon etwas sui generis. Es geht um quasi die Aufnahme in den Kreis der, die vollberechtigt mitwirken können in unserem Staatswesen, und ich glaube, wir haben die Bedingungen dafür auf nationaler und kantonaler Ebene definiert. Diese Bedingungen sind einzuhalten, schlussendlich wird, weil es ein bisschen billiger ist, niemand aufgenommen, der eben nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht und daher, glaube ich, sind all diese Vergleiche mit, was sonst etwas kostet, nicht absolut zielbringend.

Wir haben aber auch gesagt, es soll etwas kosten, wir haben auch gesagt, wir wollen nicht in die Autonomie der Bürgergemeinden eingreifen. Ob jetzt die soziale Komponente ein bisschen zu stark oder ein bisschen zu wenig stark ist, da könnte man trefflich noch weitere elf Kommissionssitzungen darüber streiten. Wir haben jetzt pragmatisch einen Kompromiss gefunden und sind daher auch ein bisschen erstaunt, dass die pragmatische Vorzeigepartei da nicht auch mitmachen kann. Wir haben auch die Autonomie der Bürgergemeinden vollständig aufrechterhalten. Wir haben manchmal ein bisschen gestaunt, wie unterschiedlich jetzt die Kostenberechnungen sind, je nach geografischer Lage, aber wir respektieren die Autonomie. Wir wissen auch, dass unsere Bürgergemeinden einen sehr guten Job tun. Wir haben nicht diese Situation wie in anderen Kantonen, wo man manchmal wirklich staunt, warum jetzt ein Gesuch abgelehnt wurde. Das ist bei uns wirklich nicht bekannt.

Wir haben ja die Variante, zurück nur zur Motion Kabakci zu gehen, das erachten wir jetzt nicht als zielführend. Wir haben jetzt diese Thematik serviert bekommen und die JSSK hat probiert, nicht nur die Vorspeise da anzurichten, sondern auch noch den Hauptgang, damit wirklich ein Zugang da einfacher möglich ist während der ganzen Lebensdauer. Aber die Idee ist natürlich, dass sich möglichst viele möglichst jung einbürgern lassen. Ich denke da auch an den Wehrdienst. Es wurden jetzt auch keine Anträge gestellt, um da irgendwo noch etwas leicht zu schrauben, es geht jetzt wirklich entweder nur um die Motion Kabakci oder nichts oder JSSK und da ist für mich jetzt die Wahl relativ einfach.

Ich bitte Sie, den Anträgen der JSSK zu folgen und damit ein Zeichen zu setzen, dass die, die sich bei uns integriert haben, willkommen sind als Bürgerinnen und Bürger, die auch die vollen politischen Rechte ausüben können, damit wir nicht solche Übungen machen müssen, wie wir das letzte Mal mit dem Ausländerstimmrecht gemacht haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Schaller. Diese wird entgegengenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Danke, dass Sie die Zwischenfrage annehmen. Es soll ja Sozialhilfebezug als Ausschlusskriterium gestrichen werden. Auf Ebene Bund wird eine Niederlassungsbewilligung nur erteilt unter anderem, wenn jemand nicht sozialhilfeabhängig ist. Frage an Sie als Vertreter einer Wirtschaftspartei, ist jemand, der sozialhilfeabhängig ist, wirtschaftlich integriert?

David Jenny (FDP): Auf der materiellen Seite gibt es ganz klare Regelungen und davon weichen wir keinen Jota ab. Wenn Sie einen Antrag zu den finanziellen Folgen in diesem Punkt stellen wollen, ist das Ihnen unbelassen, Sie tun es nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Unsere JSSK-Präsidentin sowie meine diversen Vorredner*innen haben dieses Geschäft ja bereits eingehend beleuchtet und ich möchte dies deshalb nicht wiederholen. Ich nehme es vorweg, im Namen der GLP-Fraktion bitte ich Sie um die Annahme des JSSK-Antrags und die Verwerfung des regierungsrätlichen Rückkommensantrags. Ich erläutere nur kurz die Argumente unserer Fraktion für die Unterstützung des JSSK-Antrags. welcher letztlich mit 11 zu 1 Stimmen zustande gekommen ist.

Die vollständige Umsetzung der Motion Mahir Kabakci, wir haben es gehört, war in der JSSK von Anfang an unbestritten. Ja, das Ausländer*innen-Stimmrecht, das kantonale, wurde letztes Jahr verworfen. Wir haben uns als Fraktion, als Partei sehr dafür eingesetzt und selbstverständlich dieses Nein respektiert. Es war aber dann auch klar in der JSSK von Anfang an unbestritten, dass das Zugeständnis nach dem Nein zu diesem Ausländer*innen-Stimmrecht vor einem Jahr, dass das Wahl- und Stimmrecht weiterhin ans Schweizer Bürgerrecht knüpft, dass die Einbürgerungen aber umso mehr grundsätzlich nicht durch finanzielle Hürden erschwert bzw. verunmöglicht werden sollen, dass für uns als Gesellschaft schlicht nicht wünschenswert ist, dass nunmehr über ein Drittel unserer Bevölkerung nicht stimmberechtigt ist und so kann es ja eigentlich auch nicht weitergehen.

Als Vertreterin der GLP-Fraktion habe ich in der JSSK zusätzlich diesen zugegebenermassen sehr liberalen Antrag gestellt, die Einbürgerungsverfahren im Kanton Basel-Stadt ganz grundsätzlich für alle Einbürgerungswilligen kostenlos auszugestalten. Es sollen unseres Erachtens im Sinne von mehr Chancengerechtigkeit ausschliesslich sachliche Argumente über eine erfolgreiche Einbürgerung entscheiden, nicht aber pekuniäre. Selbstverständlich habe ich zusammen mit meinen Kommissionsgspänli diesen durchaus auf Sympathie gestossenen Ansatz im Sinne einer kompromiss- und referendumsfähigen Lösung im Verlauf der Diskussionen nicht mehr weiterverfolgt.

Umso mehr unterstützt die GLP-Fraktion nun die austarierte Vorlage der JSSK, welche einerseits die Gemeindeautonomie bezüglich kommunaler Gebührenfestlegung respektiert und andererseits dem einvernehmlichen Grundsatz nachkommt, wonach Einbürgerungswillige nicht einzig vom Einbürgerungsverfahren abgehalten werden sollen, weil sie sich dieses nicht leisten können. Immerhin betragen die Gebühren für die Einbürgerung auf kommunaler Ebene für über 25-Jährige und für Personen mit normalem Einkommen mit der vorgelegten Lösung der JSSK immer noch 1’700 Franken in der Gemeinde Riehen, 1’400 in Bettingen, im Vergleich doch zu Basel mit 800 Franken. Der für den Kanton durch die Kosten der Gebührenübernahme bzw. Erlasse entstehende jährliche Mehraufwand wird, wir haben es gehört, von der Verwaltung auf 2.5 Mio. Franken in der Übergangsphase und auf anschliessend wiederkehrend 1 Mio. Franken geschätzt. Ich denke, das sollte uns mehr Teilhabe an der Demokratie auf jeden Fall wert sein.

Dass der Regierungsrat mit seinem Schreiben vom 25. November 2023 nun beantragt, sich wieder auf die blosse Umsetzung der Motion Mahir Kabakci und Konsorten zu beschränken, widerspricht unseres Erachtens klar der Absicht der ausbalancierten, übereinstimmenden Meinung der grossen Mehrheit der JSSK-Mitglieder. Ich bitte Sie deshalb im Namen der GLP-Fraktion, dem JSSK-Antrag zu folgen. Vielen Dank und vielen Dank allen auch für die tolle Debatte, insbesondere auch in unserer Kommission.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Zunächst möchte auch ich es nicht unterlassen, der JSSK-Präsidentin Barbara Heer für ihre wirklich enorm kompetente Arbeit in der Kommission in den letzten Jahren herzlich zu danken. Vom Gleichstellungsgesetz bis jetzt zur Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes hat die Kommission unter ihrer Leitung immer sehr konstruktive und wohlwollende Debatten geführt und das sehen wir auch heute wieder.

Damit zum heutigen Geschäft der JSSK. Wir haben jetzt schon sehr viel gehört und ich freue mich jetzt auch noch im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, unsere Gründe für die Annahme dieses Gesetzes mitzuteilen. Wir haben in der Stadt Basel seit Jahren ein grösseres Demokratiedefizit. Nur noch knapp 50% der Einwohner*innen unseres Kantons sind überhaupt stimmberechtigt und davon nimmt nur rund die Hälfte ihr politisches Recht zur Mitbestimmung überhaupt wahr. Eine derart tiefe Beteiligung an demokratischen Abstimmungen und damit an der politischen Gestaltung unseres Zusammenlebens erachten wir als problematisch. Die Fraktion GRÜNE/jgb begrüsst es deshalb sehr, dass die JSSK nur knapp ein Jahr nach der Ablehnung des Einwohner*innen-Stimmrechts nun diesen breit abgestützten Vorschlag präsentiert, damit die Finanzen keine zusätzliche Hürde mehr für die Einbürgerung darstellen. Das Einbürgerungsverfahren ist sowieso schon voraussetzungsreich und das bleibt es mit der Annahme des Vorschlags der JSSK auch. Weiterhin müssen alle bisher geltenden Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt werden. Wohnsitzdauer, Sprachkenntnisse, Arbeit haben oder Ausbildung machen, Straffreiheit, Kenntnis der Schweiz und der Region und der Lebensgewohnheiten und der politischen Institutionen, usw. Daran ändert sich nichts.

Was sich mit dem Entscheid des Grossen Rates heute ändert, ist, dass nicht auch noch hohe Gebühren eine zusätzliche Hürde für die Einbürgerung darstellen. Das ist alles. Hierfür schlägt die JSSK mit grosser Mehrheit vor, die kantonalen Gebühren von heute 850 Franken für alle Personen zu streichen. Zudem soll der Kanton die Gebühren der Gemeinden für unter 25-Jährige und für Menschen mit geringem Einkommen übernehmen. Damit erfüllt die JSSK einerseits die Motion Kabakci und erweitert die Forderung einer gänzlich gebührenbefreiten Einbürgerung auch für Menschen mit geringem Einkommen und Nicola Goepfert hat auch schon eindrücklich ausgeführt, warum das wichtig ist. Für alle Einzelpersonen über 25 Jahren bleiben die heute schon geltenden Gebühren auf Ebene der Gemeinden, die in Riehen und Bettingen höher sind als in Basel, und die 100 Franken Bundesgebühr. In der Gemeinde Basel sind die Einbürgerungen total 900 Franken, in Riehen sind sie 1’800 Franken und in Bettingen 1’500 Franken. Damit wahrt die JSSK die Gemeindeautonomie und das Recht der Gemeinden, eine Gebühr für die Einbürgerung festzusetzen, bleibt unangetastet. Auch führt die Streichung zusätzlicher kantonaler Gebühren zu einer administrativen Entlastung und Vereinfachung des Prozesses in der Verwaltung.

Die JSSK legt mit dieser neuen Gebührenregelung einen austarierten, sehr breit abgestützten Vorschlag vor und es ist wirklich sehr erfreulich, dass die bürgerlichen JSSK-Mitglieder, die sich vor einem Jahr gegen das Einwohner*innen-Stimmrecht ausgesprochen haben, weil sie die Einbürgerung als Voraussetzung für die politische Partizipation beibehalten wollten, jetzt Wort gehalten haben und die Senkung der Gebühren entsprechend unterstützen. Schade ist nur im Fall der

LDP, dass die bürgerlichen JSSK-Mitglieder dabei nicht von ihrer Fraktion unterstützt werden und dass jetzt auch ein bisschen ein dröhnendes Schweigen von Seiten der LDP vorherrscht. Aber gut, jeder Fraktion ihr eigenes Bier.

Die JSSK ist jedenfalls einstimmig der Meinung, dass hohe Kosten der Einbürgerung und damit der politischen Mitsprache nicht im Weg stehen dürfen, denn wie die JSSK-Präsidentin sagt, es geht hier nicht um die Integrationskriterien, sondern nur um das Portemonnaie. Umso unverständlicher ist angesichts dieser einhelligen Meinung und der wie immer sorgfältigen Beratung durch die JSSK nun der Änderungsantrag der Regierung. Dieser fordert das Parlament auf, am regierungsrätlichen Ratschlag festzuhalten, der eine Umsetzung der Motion Kabakci entspricht, aber keine weitere allgemeine Senkung der Einbürgerungsgebühr im Kanton vorsieht und wir haben es vorhin auch gehört, Regierungsratspräsident Conradin Cramer hat sich eigentlich vor einem Jahr dafür ausgesprochen. Da will die vorberatende Kommission des Parlaments also die Demokratie in Basel-Stadt stärken und die Regierung lehnt das ab. Da stellt sich mir schon ein bisschen die Frage, welche Prioritäten die aktuelle Regierung setzt und welche demokratiepolitischen Ziele sie vor allem verfolgt.

Es bleibt mir eigentlich nur noch darauf hinzuweisen, dass die Grünen aktuell nicht in der Regierung vertreten sind. Ich kann Ihnen versichern, dass eine grüne Vertretung in der Regierung sich vehement dafür eingesetzt hätte, dass die Regierung bei diesem wichtigen demokratiepolitischen Schritt mit dem Parlament mitzieht und diese nicht aufgrund von moderaten finanziellen Mehrausgaben abschmettert. Wir geben sehr viel dümmer Geld aus in diesem Kanton. Für die Grünen ist selbstverständlich, dass hohe Gebühren kein Grund sein dürfen, um Menschen von der Teilhabe an der Demokratie auszuschliessen und so beantrage ich im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dem Vorschlag der JSSK zu folgen und den mutlosen Änderungsantrag der Regierung abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich spreche nur noch zu diesem Geschäft und dann nicht mehr in diesem Jahr. Mahir Kabakci, wir haben vorhin ein Vorgespräch geführt zu diesem Zeitungsartikel zu dieser heutigen Rede, der Schweizermacher aus dem Kleinbasel, und ich habe ihn angesprochen auf diesen Satz; umso verletzender ist es für ihn, dass er noch immer hin und wieder anonyme Hassnachrichten erhält mit der Aufforderung, zurück in sein Land zu gehen. Ich habe Ihnen gesagt, Mahir Kabakci, ich kriege das Gleiche auch, bei mir heisst es auch, geh zurück ins Schwabenland. Das sind harmlose Sätze. Ich habe Ihnen gesagt, das ist harmlos, wenn Leute so etwas schreiben. Das darf man nicht für voll nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich nehme es nicht für voll, aber wie gesagt, die Diskussion in der Zeitung ist gross, dass es bei diesem Geschäft um sehr viel Hass geht. Mahir Kabakci, ich schätze Sie, Sie wissen das, über Sie steht seit vielen Jahren in der Zeitung, Sie sind der bestangezogene Politiker Basel und ich schaue in die Zukunft und in zehn Jahren sind Sie Regierungsrat als Nachfolger von Mustafa Atici. Aber trotz all diesen guten Punkten kann ich Ihre Sache nicht unterstützen. Ich habe viele Wähler, es sind Frauen aus Italien, heute alle über 70 Jahre alt und sie sagen mir, wie hart sie in der Schweiz als Ausländer behandelt wurden. Heute wählen Sie mich, da Sie sagen, Eric hat recht, es kommen zu viele Ausländer. Uns Ausländern wurde vor 60 oder 50 Jahren nichts geschenkt, wir haben uns alles hart erarbeitet und es kommen immer mehr Ausländer zu mir, die heute Schweizer sind wie ich, die sagen, es ist zu viel. Und genau diesen Punkt bitte ich Sie zu berücksichtigen. Uns wurde nichts geschenkt und wir wollen auch nicht, dass heute etwas verschenkt wird und dass das Schweizer Bürgerrecht nicht so schnell verschleudert wird. Es waren harte Zeiten, Sie können das nicht wissen, Sie sind zu jung, aber darum sage ich Ihnen das als alter Hase. Sie können jetzt nicht kommen und sagen, alles gratis. Ich wurde weltberühmt durch meinen Film «Die Asylantin».

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich stehe dazu als Papierschweizer, dass wir sagen, es sind zu viele da.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Ordnungsruf zwei.

Eric Weber (Fraktionslos): Dann sage ich ganz ruhig, wir wollen nicht, dass das gratis gegeben wird, das darf ich sagen. Mahir Kabakci möchte, dass das gratis ist und ich stehe hier nach 42 Jahren im Grossen Rat und ich möchte Sie jetzt bitten, keinen Skandal zu provozieren vor Weihnachten. Ich möchte Sie bitten, ich habe einen zweiten Ordnungsruf bekommen, ich habe Ihnen gesagt als Grossrat, es ist das letzte Mal, dass ich in diesem Jahr spreche, ich spreche nachher nicht mehr. Ich würde mir aber noch vornehmen, dass ich zu meinen nächsten Rednern spreche, weil ich ja eine Ein-Thema-Partei bin, und als Ein-Thema-Partei habe ich das Thema Ausländer und darum beantrage ich Rückweisung und Nichteintreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: An wen wollen Sie zurückweisen?

Eric Weber (Fraktionslos): An die Kommission. Ich muss jetzt aufpassen wegen dem dritten Ordnungsruf und den möchte ich nicht, aber ich möchte einfach in aller Eleganz und Sachlichkeit sagen, dass es Befindlichkeiten gibt. Ich komme zum Schlusssatz, Herr Präsident, ob Sie es glauben oder nicht, ich habe in der türkischen Zeitung zu dieser Sache geschrieben; Hallo Schweiz, da war ich Mitarbeiter der türkischen Zeitung in Basel und habe zu diesem Problem 2012 geschrieben. Aber ich sage jetzt nichts mehr, aber ich wollte einmal sagen, wie sieht Basel in 2030 aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Von Seiten EVP her unterstützen wir den vorliegenden Kompromiss der JSSK. Ich halte mich kurz, da vieles schon gesagt worden ist. Der Kompromiss liegt auf der Linie unserer Parteigrundlagen. Da haben wir zum Beispiel festgehalten, die EVP ist gegen die Einführung eines Ausländerstimmrechts, sie setzt sich für andere Mitwirkungsformen ein (Migrationsrat, Mitwirkung bei Quartierentwicklungsprozessen und ähnlichem). Und dann folgt: Die Einbürgerung, soll jedoch entschieden vereinfacht und erleichtert werden. Mit dieser Vorlage haben wir die Erleichterung der Einbürgerung mit der Senkung der Gebühren. Wichtig ist uns zudem, dass die Autonomie der Bürgergemeinden gewahrt bleibt. Ebenso kann etwa die Bürgergemeinde Riehen weiterhin Gebühren erheben und diese dem Kanton verrechnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir hatten eine harte Diskussion über gefühlt ein Jahr permanent in dieser Kommission. Wir wurden toll geführt, das darf ich sagen, es war eine schöne Diskussion, es war eine lange Diskussion. Wir haben es heute schon gehört, es ist von null Franken bis auf, wir lassen alles so, wie es ist. Links und rechts, wie es halt für einen Kompromiss nötig ist, sind alle Argumente auf den Tisch gekommen. Natürlich ist das ein Thema, das im Anschluss an die Stimmsituation für die Ausländer gekommen ist und dort hat man gesagt, wir wollen etwas machen, dass die Hindernisse kleiner werden, dass die Leute sich einfacher einbürgern lassen können. Nachher kommen wir mit dem und sagen, jawohl, das ist gut, für die Jungen machen wir es gratis, für die Älteren deutlich günstiger und das ist ein wunderbarer Kompromiss, den wir in dieser Kommission auch gefunden haben.

Natürlich hat es nachher in den verschiedenen Parteien Diskussionen gegeben und auch in unserer Partei hat es Diskussionen gegeben und nicht alle waren dagegen und auch nicht alle dafür, aber auch dort ist halt ein Demokratieverständnis und wir als liberale Partei können natürlich auch hier sagen, da sind wir auch liberal und behalten das bei. Ich persönlich, ist klar, ich bin Mitglied dieser Kommission, von der JSSK, und bin natürlich total der Meinung, wir sollten das weiterhin so unterstützen und auch machen und auch ein paar Kollegen und Kolleginnen meiner Partei sind dieser Meinung und ein paar halt eher nicht, die gehen mit dem Regierungsrat, die haben das Gefühl, das sei genug.

Aber das finde ich auch schön an der LDP, damit ich das am Schluss auch noch sagen darf, damit die Kirche wieder ein bisschen im Dorf bleibt, nachdem wir jetzt so ein Bashing haben erleben dürfen hier drin. Jeder ist nach vorn und hat gesagt, was ist mit dieser LDP los? Nein, mit dieser LDP ist immer noch alles in Ordnung, es ist wunderbar, ein paar sind dafür und ein paar dagegen. Ich hoffe natürlich, dass es angenommen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mahir Kabakci hat das Wort.

Mahir Kabakci (SP): Wir beraten heute einen Vorstoss, der, obwohl es um Gebühren geht, in seinem Kern nichts weniger berührt als die Frage, wer in unserer Demokratie mitbestimmen darf und ob der Zugang dazu fair gestaltet ist. In den letzten

Jahren wurde viel und kontrovers über politische Teilhabe diskutiert. Mit der Abstimmung zum Ausländerstimmrecht hat die Stimmbevölkerung klar entschieden, dass politische Mitsprache an den Besitz des Schweizer Bürgerrechts geknüpft bleiben soll. Wenn das aber so ist, dann tragen wir als Parlament die Verantwortung dafür, dass der Weg zur Einbürgerung offen, fair und sozialverträglich gestaltet ist, dass politische Mitbestimmung kein Privileg sein darf, das am Portemonnaie scheitert. Denn die Realität ist, für viele Menschen, gerade für junge Erwachsene, Lernende, Studierende, Familien mit kleinem Budget, sind Einbürgerungsgebühren eine reale Hürde. Sie entscheiden nicht nur über einen Pass, sondern darüber, ob jemand wählen und abstimmen kann, ob jemand politisch mitgestalten darf. Die Hürde ist nicht formell, aber faktisch und genau hier setzt unser Vorschlag an. Mit der vollständigen Streichung der kantonalen Gebühren setzen wir ein wichtiges Signal. Die demokratische Teilhabe soll nicht an finanziellen Barrieren scheitern. Wir schaffen Klarheit, Einheitlichkeit und eine spürbare Entlastung für alle Gesuchstellenden. Und gleichzeitig entlasten wir die Verwaltung, indem wir einen administrativen Prozess vollständig streichen. Weniger Bürokratie, gleiche Qualität, mehr Fairness.

Besonders wichtig ist mir ein zweiter Punkt. Wir ermöglichen jungen Menschen unter 25 Jahren den fast vollständigen gebührenfreien Zugang zur Einbürgerung. Diese Generation ist unsere demokratische Zukunft. Viele von ihnen sind hier aufgewachsen, besuchen hier die Schule, machen hier ihre Ausbildung, leben hier ihren Alltag und trotzdem können sie häufig nicht mitbestimmen. Mit diesem Schritt holen wir sie ab. Wir fördern politische Verantwortung und verlangen gleichzeitig ein klares Bekenntnis zu unserem Rechtsstaat und unserer Gesellschaft. Fördern und fordern. Das ist ein Grundprinzip, das hier in vorbildlicher Weise umgesetzt wird. Ein weiterer sozialpolitischer Akzent betrifft Menschen mit tiefem Einkommen. Wer von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder Prämienverbilligung abhängig ist, wer am Existenzminimum lebt, soll nicht von der Demokratie ausgeschlossen werden, auch wenn es bei der Sozialhilfe weiterhin sehr strenge Voraussetzungen gibt. Es geht hier nicht um Privilegien, sondern um Gerechtigkeit und darum, Barrieren abzubauen, die mit der eigentlichen Einbürgerungsprüfung gar nichts zu tun haben.

In der Kommission haben wir intensiv darüber diskutiert, wie wir die Gemeindeautonomie respektieren, ohne das Ziel der finanziellen Entlastung zu verwässern. Der gefundene Kompromiss ist tragfähig. Der Kanton schafft seine Gebühren ab, die Gemeinden bleiben autonom und gleichzeitig stellen wir sicher, dass besonders betroffene Personengruppen auf kommunaler Ebene entlastet werden. An dieser Stelle auch ein grosses Dankeschön an dich, liebe Barbara Heer, für deine gute und stets qualitative Arbeit. Du wirst uns fehlen. Auch an dieser Stelle möchte ich mich bei allen bürgerlichen Parteien bedanken, die diesen Kompromiss mitgestaltet und bis heute auch mitgetragen haben. Bei der LDP, ja, lieber Alex Ebi, es enttäuscht mich, aber überrascht mich leider nicht, weil oft ist nur der Name liberal.

Die Kosten für diese Entlastung übernimmt der Kanton. Das ist sauber, fair und effizient. Umso unverständlicher erscheint mir daher der Antrag des Regierungsrats. Fast schon paradox, dass der Regierungsrat noch bis vor einem Jahr das Ausländerstimmrecht unterstützt hat und gleichzeitig die Kostensenkung ablehnt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, Demokratie funktioniert dann besonders gut, wenn möglichst viele Menschen die Möglichkeit haben, Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir Menschen abholen, anstatt sie auszuschliessen, wenn wir uns nicht mit Symbolpolitik begnügen, sondern konkrete Hürden abbauen und genau das tun wir heute.

Ich bitte Sie aus Überzeugung, diesen Schritt mitzugehen für eine inklusivere Demokratie, für mehr Beteiligung, für eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mahir Kabakci, ich bitte Sie, solche Bemerkungen zukünftig zu unterlassen. Besten Dank. Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich nehme Bezug auf die Vorredner. Alex Ebi, ich habe da nicht alles verstanden, er hat etwas gesagt, harte Diskussion, sicherlich, das Thema bewegt. Dann hat er vom Kompromiss gesprochen, die hohe Kunst der Politik liegt im Kompromiss. Ich komme schon zum Schluss, zu Mahir Kabakci. Ich bin eine Ein-Thema-Partei.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das haben Sie jetzt schon mehrfach gesagt heute.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber Sie müssen auch verstehen, wenn man älter ist, wiederholt man sich vielleicht mal ein bisschen. Mahir Kabakci, Sie haben gesagt, Sie holen die Menschen ab mit Ihrem Vorschlag, aber auch wir Schweizer wollen die Menschen abholen und ich hole sie auch ab und darum habe ich beantragt, Rückweisung, Nichteintreten. Sie haben gesagt, Sie machen das aus Überzeugung, das glaube ich Ihnen, aber wir sagen, aus Überzeugung wollen wir das nicht. Gibt es Ihnen nicht etwas zu denken, dass die meisten Ausländer zu mir kommen und sagen, es ist zu viel?

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich muss kurz diese grosse Einbürgerungseuphorie stören, aber der Fakt ist halt schon, Sie erzählen von der Befürworterseite schon in einem Punkt nur die halbe Wahrheit und es ist das, was Beat Schaller in der Zwischenfrage an Kollege Jenny angedeutet hat. Sie wollen mit der neuen Revision dieses Bürgerrechtsgesetzes jetzt auch Personen von der Gebührenpflicht befreien, welche Sozialhilfe beziehen und da sagt aber das Bundesgesetz, die Bürgerrechtsverordnung etwas völlig anderes. Hier steht nämlich in Artikel 7 Abs. 3: Wer in den drei Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung oder während des Einbürgerungsverfahrens Sozialhilfe bezieht, erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder des Erwerbs von Bildung, ausser die bezogene Sozialhilfe wird vollständig zurückerstattet.

Sie können schon eine grosse Euphorie hier starten, wie breit abgestützt dieser Kompromiss ist, aber Fakt ist, entweder schaffen Sie insbesondere mit dieser Bestimmung toter Buchstabe oder Sie wollen ganz bewusst Bundesrecht brechen und das kann ja nun wirklich nicht erfolgreich sein. Sie wollen Personen von den Gebühren ausschliessen, die gar nicht berechtigt in diesem Einbürgerungsverfahren sind. Das ist die Realität, wenn Sie dem hier heute zustimmen und deshalb müsste man zumindest dem Abänderungsantrag der Regierung zustimmen, welche das hier nochmals eingebracht hat. Deshalb ist auch dieser Abänderungsantrag der Regierung, ich habe sie heute schon genug kritisiert, alles andere als mutlos oder entgegen der Versprechung, die im Abstimmungskampf um das Ausländerstimmrecht gemacht wurde, sondern es ist nichts anderes als die Einhaltung von Bundesrecht und da frage ich mich schon, wie das hier in der JSSK übersehen werden konnte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli, es gibt eine Zwischenfrage von Luca Urgese. Nehmen Sie diese entgegen?

Luca Urgese (FDP): Pascal Messerli, wenn Sie auf die eidgenössische Bürgerrechtsverordnung referenzieren, haben Sie auch Artikel 9 gelesen, welcher eine Ausnahmebestimmung vorsieht, die 1:1 dem entspricht, was wir auch auf kantonaler Ebene haben und was mit dieser Vorlage nicht geändert wird?

Pascal Messerli (SVP): Ich denke, Artikel 8 Abs. 3 ist relativ klar formuliert und ich denke nicht, dass das funktioniert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Eigentlich wollten wir uns nicht mehr zum Thema äussern, weil wir davon ausgegangen sind, dass in der JSSK wirklich vertieft das angeschaut und geprüft worden ist, aber das Votum von Pascal Messerli hat mich jetzt doch noch aus dem Stuhl gejagt. Es geht ja gar nicht darum, die Voraussetzungen abzuändern. Das wurde zwar schon mehrfach gesagt, aber offenbar ist es nicht überall angekommen. Es geht nur darum, dass der Kanton ein Zeichen setzen will, indem er sagt, wir vom Kanton verzichten auf diese Gebühr. Wir finden es gut, wenn ihr euch wirklich diesem Einbürgerungsverfahren stellt und unterstellt. Die Bedingungen müsst ihr trotzdem erfüllen, aber wir als Kanton verzichten auf das Geld. Ob man Millionär ist oder Sozialhilfeempfänger, spielt gar keine Rolle. Es ist ein Zeichen des Kantons.

Der Kompromiss, der hier gefunden wurde, ist meines Erachtens wirklich wie das Ei des Kolumbus. In der Gemeinde wird die Gebühr selbstverständlich weiterhin erhoben und wer die Gemeinde kennt, der weiss auch, ich gehe jetzt nach Riehen, da bin ich etwas teurer, in der Stadt bin ich etwas billiger, da wird ja auch die Arbeit gemacht für dieses Einbürgerungsverfahren. Aber es geht nicht darum, dass man irgendwelches Bundesrecht hier verletzt, sondern nur, dass der Kanton Basel ein positives Zeichen setzt, und zwar, wie das mehrfach gesagt wurde, nach dieser Debatte zur Stimmrechtsfrage. Das Ausländerstimmrecht wurde meines Erachtens zu Recht verworfen und es geht auch nicht hier um ein Demokratiedefizit, sondern um den Grundsatz, dass wir bereit sind, Leute, die sich diesem Verfahren stellen, dass wir denen nicht zusätzlich Steine in den Weg legen. Der Kanton geht hier einen guten Weg und ich bitte Sie im Namen unserer Fraktion, diese Vorlage, so wie sie die Kommission vorgeschlagen hat, gut zu heissen.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny meldet sich für ein weiteres Votum.

David Jenny (FDP): Herr Messerli hat jetzt da ein bisschen tricky argumentiert. Er hat gesagt, der Regierungsrat wolle genau das korrigieren. Der Regierungsrat will einfach auf die reine Erfüllung der Motion von Kabakci zurückgehen, er hat sich nicht darüber ausgesprochen in dem Punkt der Sozialleistungen. Da könnten Sie, wenn Sie konstruktiv wären, den einfachen Antrag stellen, ich glaube, es sind zwei Worte zu streichen und dann bleiben nur die Ergänzungsleistungen und die Prämienverbilligungen übrig. Die beiden Vorredner oder die Zwischenfragesteller haben gesagt, wir ändern nichts an den materiellen Bedingungen. Also wenn Sie konstruktiv wären, hätten Sie den Antrag gestellt, dieses Wort zu streichen. Das haben Sie nicht und mit dem haben Sie gezeigt, dass es hier nicht um eine Verbesserung dieser Vorlage geht, sondern um Polemik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich wiederhole nicht alles, was wir jetzt gehört haben. Es ist ziemlich viel diskutiert in allen Facetten, was wir auch in der Kommission so schon diskutiert haben. Ich möchte nur vielleicht noch kurz das Regierungsbashing etwas einmitten. Ich habe jetzt x-mal in x Voten gehört, die Regierung hätte diesem Kompromiss nicht zugestimmt. Also vielleicht vom Wording her, wir reden hier nicht von einem Kompromiss, die Regierung hat nicht nur, Herr Jenny, die Motion Kabakci erfüllen wollen, sondern sie hat die Motion Kabakci erfüllt und alles, was danach kam, war Kommissionsarbeit, waren neue Vorschläge, darüber hinausgehende Vorschläge und dazu hat dann die Regierung gesagt, das war nicht der ursprüngliche Auftrag und das kommt uns jetzt zu spät und dann auch noch viel teurer. Also es ist nicht das Ablehnen eines Kompromisses, sondern es ist ein neuer Vorschlag, der hier gebracht worden ist. Man kann, wie gesagt, verschiedener Meinung sein, mir ist es einfach noch wichtig, ich habe es zwar im Eintretensvotum schon gesagt, dass die ausgearbeitete Variante sauber ausgearbeitet ist, dass sie auch umsetzbar ist, das ist schon auch noch wichtig, und deshalb nochmals den Dank auch an die Kommission und auch an die Kommissionspräsidentin, dass ich den auch noch geben darf für die gute strukturierte Führung auch der Sitzung und den Einbezug. Ich denke, das ist schon entscheidend, dass wir dann heute über etwas abstimmen, das umsetzbar ist. Es ist eine politische Frage, ob man das möchte oder nicht, die Regierung hat sich verlautbaren lassen, aber wie gesagt, unkompromissfähig sind wir nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionspräsidentin Barbara Heer hat das Wort.

Barbara Heer (SP): Ich bedanke mich für die angeregte und jetzt am Schluss durchaus auch etwas emotionale Debatte. Ich will noch kurz inhaltlich auf zwei Punkte reagieren. Einerseits scheint mir das tatsächlich ein Missverständnis bei der SVP-Fraktion zu sein, Sozialhilfebezug ist und bleibt ein Ausschlusskriterium, auch auf Bundesebene, daran ändert unsere Vorlage gar nichts. Was unsere Vorlage tut, ist aber das sogenannte Working Poor, also Menschen, die sogenannt unverschuldet, ist auch ein seltsames Wort, unverschuldet Sozialhilfe beziehen, die können sich nämlich dennoch qualifizieren für die Einbürgerung. Und Menschen, die Sozialhilfe beziehen, wissen ja auch nicht, ob sie als Working Poor anerkannt werden, also das heisst, sie müssen zuerst einen Antrag auch einreichen, um zu merken, ob sie diese Kriterien erfüllen. Auch sie haben das Recht, dass ihr Antrag geprüft wird. Also wenn Sie jetzt Sozialhilfe rausgestrichen hätten, dann hätten Sie faktisch rausgestrichen, dass Working Poor eben auch von dieser sozialpolitischen Vergünstigung profitieren und das wäre natürlich jetzt in der Logik der JSSK sicher nicht sinnvoll gewesen.

Dann etwas Kleines wollte ich noch hinzufügen. Die Thematik der Mehrfachgesuche hatten wir in der Kommission durchaus auch diskutiert. Die Verwaltung hat ausgeführt, dass das ein wirklich wahnsinnig kleiner Anteil an Menschen sind, vielleicht fünf pro Jahr, die Mehrfachgesuche einreichen. Wir haben dann auch diskutiert zu sagen, ob diese Vergünstigung nur beim ersten Versuch gilt und beim zweiten nicht mehr und haben dann aber gemerkt, dass das ja völlig irrsinnig wäre, weil wir dann Menschen, die zu Beginn die Kriterien noch nicht erfüllen und sich dann anstrengen, damit sie die Kriterien erfüllen, also aus der Sozialhilfe rauskommen oder andere Integrationskriterien jetzt plötzlich erfüllen und Teil sein wollen unserer Gesellschaft, dass wir die dann bestrafen würden, indem sie dann mehr Gebühren bezahlen. Deshalb haben wir davon abgesehen und es ist nicht zu erwarten, dass das zu vielen Mehrfachgesuchen führt, weil es ist jedes Mal ein Aufwand. Alle Anträge werden weiterhin etwas kosten, die Bundesgebühr bezahlen alle Personen weiterhin und es ist eben ein Aufwand, diese Dokumente zusammenzumachen und diesen Antrag dann zu stellen.

Ich bedanke mich auch für die lieben Worte zu meiner Zeit als Kommissionspräsidentin. In Zukunft werde ich dann bei den Justizthemen wieder vom anderen Redner*innenpult mit Ihnen diskutieren. Mir war es immer wichtig in der Sicherheitspolitik, in den Gleichstellungsthemen, die häufig sehr polarisiert diskutiert werden, echte politische Kompromissfindung und gemeinsame Stossrichtungen zu ermöglichen. Mir war es immer wichtig, dass alle sich gehört und ernst genommen fühlen und eine gute Beratungsatmosphäre möglich ist. Dass wir heute das weltweit progressivste Gleichstellungsgesetz haben, ist dieser Kommission zu verdanken. Beim Einwohner*innen-Stimmrecht haben wir uns zuerst in Mehrheit und Minderheit geteilt. Die Stimmbevölkerung ist der Minderheit gefolgt, umso schöner ist es jetzt auch für unsere Demokratie, dass wir uns

hier jetzt wieder zusammenraufen konnten, die damalige Mehrheit und Minderheit, und jetzt eben diese ausgewogene Vorlage vorlegen können. Diese Art von Arbeit war eben nur möglich aufgrund der guten Zusammenarbeit in der Kommission.

Ich möchte mich hier explizit bei allen Kommissionsmitgliedern und auch meinem Vizepräsidenten David Jenny ausdrücklich bedanken. Dann möchte ich mich aber auch bei der Verwaltung und der zuständigen Regierungsrätin bedanken für die gute Zusammenarbeit bei diesem Geschäft, aber auch bei allen anderen und dann möchte ich mich auch bei der Kommissionssekretärin Martha Poldes bedanken für ihre professionelle Begleitung dieses Geschäfts, aber auch aller anderen der JSSK. Dann möchte ich mich auch bedanken bei den Mitarbeitenden der Verwaltung und auch des Parlamentsdienstes für die immer gute Zusammenarbeit.

Ich möchte nochmals mit 11 zu 1 Stimmen Ihnen beantragen, der Beschlussvorlage so zuzustimmen, wie wir sie Ihnen beantragen. Wir möchten damit den Menschen in diesem Kanton sagen, wir möchten, dass ihr euch einbürgert, wir möchten, dass ihr euch hier an unserer Demokratie beteiligt. Wir sind auch bereit, dazu echte Schritte zu tun, wie den heute. Wir wollen nicht nur symbolisch die Hand ausstrecken, sondern wir wollen reale Hürden senken und das können wir heute tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Schaller. Diese wird nicht entgegengenommen.

Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007852, 10.12.25 17:30:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten auf das Geschäft eintreten mit 90 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen.

Rückweisung wurde ebenfalls durch Herrn Weber beantragt, dies an die Kommission. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007853, 10.12.25 17:30:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 91 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 18 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Bürgerrechtsgesetz

§ 24 Grundsatz (Überschrift geändert) Abs. 1 (geändert) Abs. 2

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er hält an seinem Antrag gemäss Ratschlag und dem Ihnen ausgeteilten Änderungsantrag fest. Wir würden hierzu die Debatte eröffnen, falls dies gewünscht ist. Das scheint nicht der Fall zu sein.

Daher kommen wir zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung der Variante gemäss JSSK und Absatz 2 streichen. NEIN heisst Zustimmung zum Antrag Regierungsrat

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 24 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007855, 10.12.25 17:32:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der JSSK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Variante JSSK entschieden mit 67 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

§ 24a (neu)

Kantonale Einbürgerungsverfahren

Abs. 1

§ 24b (neu)

Kommunale Einbürgerungsverfahren

Abs. 1

Abs. 2 lit. a und b

Abs. 3

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007857, 10.12.25 17:32:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Bürgerrechtsgesetz (BüRG) vom 19. Oktober 2017 [1]) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

§ 24 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)

Grundsatz (Überschrift geändert)

1 Der Kanton und die Bürgergemeinden können für Verfahren nach diesem Gesetz höchstens kostendeckende Gebühren erheben.

2 Aufgehoben.

§ 24a (neu)

Kantonale Einbürgerungsverfahren

1 Kantonale Einbürgerungsverfahren sind gebührenfrei.

§ 24b (neu)

Kommunale Einbürgerungsverfahren

1 Für kommunale Einbürgerungsverfahren können Gebühren erhoben werden. Diese können im Voraus bezogen werden.

2 Von der Gebührenpflicht befreit sind Gesuchstellende, die zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung:

a) das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben;

b) Leistungen der Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder Prämienverbilligungen beziehen.

3 Die Kosten der Einbürgerungsverfahren gemäss Abs. 2 trägt der Kanton.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

11.1. Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren, Bericht der JSSK

[10.12.25 17:33:02, 22.5217.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

Mit Eintreten auf das Geschäft ist die Motion Mahir Kabakci als erledigt abgeschrieben.

12. Überführung des Projekts «Halt Gewalt: Umfassende Prävention von Häuslicher Gewalt» in die Regelstruktur, Ausgabenbericht des RR

[10.12.25 17:33:19, 25.0742.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich hierzu mündlich. Der Beschluss der Kommission war einstimmig, dass ich Ihnen die Annahme des Beschlussentwurfes beantrage. Heute ist der letzte Tag der 16 Tage-Kampagne gegen Gewalt an Frauen, insofern passt es sehr gut, dass wir heute diese Thematik behandeln und diese Gelder hoffentlich sprechen.

Wir haben das Geschäft an einer Sitzung beraten. Ich bedanke mich hier auch bei der Verwaltung und zuständige Regierungsrätin für die Beantwortung unserer diversen Fragen. Insbesondere möchte ich auch das Engagement der männlichen Kommissionsmitglieder anerkennen in der Kommissionsberatung, die sich sehr engagiert mit dem Thema auseinandergesetzt haben, was leider bei dieser Thematik nicht oder noch nicht selbstverständlich ist.

Das Projekt fokussiert auf das Thema häusliche Gewalt, darüber hinaus bildet auch die Bekämpfung von Gewaltdelikten im öffentlichen Bereich und sexualisierte Gewalt Schwerpunkt der Regierung. Zur sexualisierten Gewalt befindet sich ein Ratschlag in Vorbereitung, der uns dann noch vorliegen wird nächstes Jahr vermutlich.

Wir beantragen Ausgaben für die Jahre 2026 und 2027 von 805’752 Franken, um das Pilotprojekt «Halt Gewalt» in die Regelstruktur zu überführen und eine nahtlose Weiterführung nach Abschluss der Pilotphase zu ermöglichen. Die jährlichen Ausgaben setzen sich zusammen als gerundet 200’000 Franken für die operative Leitung durch den Verein frau sucht gesundheit, 100’000 Franken für die zehn Trägerschaften von Quartiertreffpunkten, die jeweils einen Beitrag von 10’000 Franken erhalten, sowie knapp 100’000 Franken für die Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe im JSD zur Erweiterung und Umsetzung eines Schulungskonzeptes im Bereich häusliche Gewalt. Diese Ausgaben sind auch bereits im Budget 2026 eingestellt, also die, die 2026 betreffen.

Dieses Pilotprojekt wird seit 2022 vom JSD gemeinsam mit dem Präsidialdepartement in Kleinbasel umgesetzt und es läuft bis Ende 2025. Da wird mir auch bewusst, dass auch das Präsidialdepartement bei der Beratung da war und ich mich natürlich auch bei ihnen bedanke für die Beantwortung unserer Fragen. In dieser bisher dreijährigen Umsetzungsphase sind neben der Kantonspolizei auch das Stadtteilsekretariat Kleinbasel und verschiedene Trägerschaften von Quartiertreffpunkten bereits beteiligt gewesen. Es geht darum, nicht die Betroffenen selbst anzusprechen oder nur indirekt, sondern vor allem das soziale Umfeld und mögliche Zeuginnen und Zeugen von häuslicher Gewalt in der Nachbarschaft.

Die Bevölkerungsbefragung zu «Halt Gewalt» im Oktober 2022 sowie die aktivierende Befragung zu häuslicher Gewalt vom Juni 2024 hat gezeigt, dass das Pilotprojekt einem deutlichen Bedarf entspricht. Viele Menschen kennen die Anzeichen häuslicher Gewalt nicht ausreichend, sind unsicher, wie sie am besten eingreifen. Die Ziele des Projekts sind deshalb, Informationen zu Handlungsmöglichkeiten über verschiedene Kanäle zu vermitteln und ein engmaschiges Netzwerk zur Unterstützung von Betroffenen und dem Umfeld aufzubauen. Solche Community-Projekte helfen, Gewalt in Paarbeziehungen und anderen häuslichen Kontexten durch Sensibilisierung und gestärkte Nachbarschaftsnetzwerke zu bekämpfen.

Seit der Umsetzung von «Halt Gewalt» ist bei den Basler Frauenhäusern sowie der Opferhilfe beider Basel ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Auffällig ist, dass diese Entwicklungen nicht mehr den üblichen saisonalen Schwankungen entsprechen, wie sie schweizweit zu beobachten sind. Ob jetzt da ein direkter Zusammenhang mit der Arbeit von «Halt Gewalt» da ist, lässt sich empirisch nicht belegen, aber die Leitungspersonen der betroffenen Institutionen gehen davon aus, dass der Anstieg zumindest teilweise auf die Sensibilisierungsarbeit dieses Pilotprojektes zurückzuführen ist. Es sei in der Region generell etwas in Bewegung gekommen, zumindest im Sinne, dass mehr Personen wagen, sich Hilfe zu holen und womöglich dadurch die grosse Dunkelziffer etwas kleiner wird. Angesichts dieser positiven Evaluation soll jetzt dieses Projekt in die Regelstruktur überführt werden und dann ab 2028 auch in allen Stadtteilen verankert werden.

Es geht immer um eine Umsetzung in zwei Schritten. In der jetzt zweijährigen Übergangsphase soll diese neue Struktur aufgebaut werden und das Angebot auf zehn Quartierpunkte ausserhalb von Kleinbasel ausgeweitet werden. Ausgehend von diesen Erfahrungen soll dann ab 2028 das nochmals ausgeweitet werden und vor allem sollen dann diese Aufgaben in die regulären Leistungsaufträge der Quartierpunkte aufgenommen werden, analog zu dem bereits bestehenden Schwerpunkt in der frühen Förderung, und es soll dann auf alle 16 Quartiertreffpunkte ausgeweitet werden. Die Quartiertreffpunkte spielen in dieser neuen Struktur eine sehr zentrale Rolle, weil sie eine sehr gute Zugänglichkeit zu der Bevölkerung haben, gleichzeitig sind aber diese Aufgaben ohne zusätzliche Ressourcen nicht stemmbar. Dann ist neu der Verein frau sucht gesundheit für die operative Leitung zuständig. Uns wurde sehr gut aufgezeigt, dass er eine sehr gute Wahl als Trägerin

dieses Projektes ist. Dann, wie gesagt, erhält die Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe eine 50-Prozentstelle für Qualitätssicherung, Monitoring, aber auch zielgruppenspezifische Weiterbildungen zum Phänomen häusliche Gewalt.

Häusliche Gewalt hat häufig hohe Folgekosten und je länger sie andauern, desto gravierender sind die Auswirkungen für die Betroffenen. Entsprechend steigen auch die Kosten für das Gemeinwesen. Die JSSK erachtet es deshalb als wichtig, dass das Projekt «Halt Gewalt» frühzeitig und niederschwellig ansetzt und somit zu einer Unterbrechung von Gewaltspiralen beiträgt. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die Organisationen die Voraussetzungen nach § 3 des Staatsbeitragsgesetzes für Finanzhilfen erfüllen.

Wir haben dann insbesondere die Thematik Männer und Gewalt vertieft diskutiert. Abgesehen von den Aktionen im Zusammenhang mit der 16 Tage-Kampagne gegen Gewalt an Frauen, wo Frauen auch tatsächlich im Fokus der Kampagne sind, tritt halt Gewalt in der Öffentlichkeitsarbeit konsequent geschlechtsneutral auf und betont damit explizit und implizit, dass häusliche Gewalt alle betreffen kann. Der JSSK ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass 70% der Betroffenen laut offizieller Statistik Frauen sind. Es ist zeitgleich eine ernstzunehmende Thematik, dass Männer sich bei vielen Kampagnen noch zu wenig angesprochen fühlen, seien es als potenzielle Betroffene oder als potenzielle Tatpersonen. Wir haben deshalb mit Interesse und auch Unterstützung zur Kenntnis genommen, dass in den Aktionswochen immer auch versucht wird, Männer als potenziell Helfende oder als Intervenienten spezifisch anzusprechen.

Auch die bestehende Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gewaltberatung und dem Männerbüro erachten wir als sehr wichtig. Für die JSSK ist es nicht nur wichtig zu betonen, dass auch Männer Betroffene von Gewalt sein können, sondern dass es auch äusserst wichtig ist, dass Männer klar Stellung zum Thema beziehen und den Umstand, dass Gewalt halt doch mehrheitlich von Männern ausgeht, nicht zu relativieren ist. Es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, dass Männer auch aufgrund der bekannten Männerbilder häufig Mühe haben, zuzugeben, dass sie von häuslicher Gewalt betroffen sind, und genauso wichtig ist es, im gesellschaftlichen Bewusstsein zu haben, dass Frauen aus Scham, Schuldgefühlen und Angst, nachher noch mehr von Gewalt betroffen zu sein, ebenfalls nichts sagen und sich keine Hilfe holen.

Wir haben auch diskutiert, in welchen gesellschaftlichen Gruppen häusliche Gewalt vorkommt und haben zur Kenntnis genommen, dass Scham- und Schuldgefühle in allen Schichten eine Rolle spielen, auch bei Männern oder auch bei gut ausgebildeten Frauen. Die Kommission unterstützt deshalb ausdrücklich die Ausweitung von «Halt Gewalt» auf weitere Quartiere, nicht zuletzt, weil dies einer Stigmatisierung von Kleinbasel entgegenwirkt. Es ist uns wichtig zu betonen, dass häusliche Gewalt eben nicht einfach Personen mit Migrationshintergrund betrifft, wie manchmal der Eindruck entsteht, sondern auch in sogenannt besseren Quartieren vorkommt, wo häusliche Gewalt nicht in der Wohnung nebenan, sondern womöglich hinter hohen Mauern stattfindet und die Hör- und Sichtbarkeit nochmals deutlich geringer sein mag.

Basierend auf diesen doch ausführlichen Diskussionen und Überlegungen, die wir angestrebt haben, beantrage ich Ihnen im Namen der JSSK, der Bewilligung dieser Gelder zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Auch hier kann ich aufgrund des umfassenden Berichts der JSSK mein Votum etwas abkürzen. Ich möchte auch hier für die gute Beratung danken in der JSSK und betonen, wie wichtig es ist, dass wir uns geeint gegen die häusliche Gewalt einsetzen. Ich denke, das ist ein Thema, das leider sehr problematisch ist schweizweit. Wir hören es jetzt wieder, auch was im Bund mit der Kürzung, dem Entlastungspaket der Gelder geht, aber ich denke, wir haben auch viele Massnahmen, die wir im Kanton lancieren können. Und es gibt nicht die eine Massnahme, es sind viele Massnahmen, die ineinandergreifen müssen, die sich gestützt auf die verpflichtende Istanbul-Konvention dann zu einem Ganzen zusammenbringen lassen müssen. Ich denke, wir sind basel-stadtseitig weit, aber wir sind sicher noch nicht so gut, wie wir das sein sollten und deshalb ist jeder Schritt, den wir weitermachen, in jederlei Hinsicht, sei es im Opferschutz, wir haben heute in den Interpellationen etwas darüber geredet, was Opferschutzplätze angeht, was ein wirksamer Opferschutz und genügend Schutzplätze angeht, aber auch Täterarbeit, auch da auf der repressiven Schiene, es ist nicht alles nur Prävention, es muss auch eine wirksame Strafverfolgung geben.

Und jetzt komme ich auf unser Thema heute, die Sensibilisierung des Umfelds. Das darf nicht unterschätzt werden und ich habe wirklich mich sehr gefreut, dass das eine gute Kooperation war mit dem Präsidialdepartement damals, das eingestiegen ist und gesagt hat, Quartierarbeit ist eigentlich Präsidialdepartement und wir unterstützen euch, wenn wir das Umfeld von möglichen Tätern, aber auch möglichen Opfern sensibilisieren. Weil die Erfahrung ist schon, dass gerade Leute oder Personen, die mitbekommen im Umfeld, dass etwas nicht stimmt, im schlimmsten Fall mal irgendwo eine Verletzung sehen, aber auch eben vielleicht Geräusche, lautes Schreien aus einer Wohnung, aus der Nachbarschaftswohnung hören, nicht wissen, wie reagiere ich da. Es gibt eine grosse Hemmschwelle, direkt den Hörer zu nehmen und die Polizei anzurufen, weil, das haben wir aus der Umfrage rausgehört, doch eben dann gesagt wird, ja, ich bin ja nicht sicher, ist es ein Notfall und was passiert dann, wenn ich jetzt mich irre, was macht das mit der Beziehung zu meinen Nachbarn, was denkt die Polizei von mir, da sind sehr viele Unsicherheiten da. Was ebenfalls auch nicht empfehlenswert ist, ist irgendwo direkt intervenieren

zu wollen, man weiss wirklich nicht, was passiert. Und da die entsprechenden Schulungen und Sensibilisierungen zu geben, wo kann ich mich hinwenden, wie kann ich vielleicht jemanden auch ansprechen, wenn ich das Gefühl habe, es hat sich was verändert, ich denke, da hatten wir jetzt in diesen drei Jahren doch auch schon einen schönen Erfolg in der Bekanntheit, auch in der besseren Schärfung der Personen, die mitgemacht haben, die jetzt mehr wissen zum Thema und daran müssen wir weiterarbeiten.

Wir haben immer auch gesagt, das Kleinbasel ist das Pilotprojekt. Häusliche Gewalt macht keinen Halt vor gesellschaftlichen Schichten oder Herkunft, das gibt es durch alle Gesellschaftsschichten durch und deshalb ist jetzt auch die Zeit gekommen, aus den Erfahrungen zu profitieren und dieses Thema auch weiter in weitere Quartiertreffpunkte auszurollen und eben jetzt auch in die Regelstruktur zu überführen. Ich denke, es ist ein wichtiger weiterer Schritt, dieses Thema aus dem Tabu zu nehmen, was es immer noch ist, was wir einfach auch mitbekommen, wenn sich dann Frauen, aber es sind eben ja nicht nur Frauen, dann getrauen, auch sich zu melden, dass da häufig dieses Schamgefühl mitspielt. Und dagegen müssen wir ankämpfen, müssen wir gesellschaftlich auch dagegen ankämpfen. Und ja, wir haben es gehört von der JSSK-Präsidentin, es ist vielleicht eine Mutmassung im Moment, ich denke aber, dass das schon ein Effekt sein kann, dass ein bisschen paradoxerweise Fallzahlen eben auch steigen können, indem wir Personen auch motivieren, Anzeige zu erstatten, aber dazu ist es noch zu früh, irgendwelche Aussagen zu machen.

Heute geht es wirklich darum, hier diese Umfeldaktivierung zu sichern für die nächste Zeit und selbstverständlich werden wir auch weiterhin, und das ist auch die Stelle, die wir in der Qualitätssicherung haben, auch weiterhin schauen, was braucht jedes Quartier und wie kommen wir auch weiter in diesem Thema. Deshalb bitte ich im Namen des Regierungsrats, dem Bericht zuzustimmen und die Ausgabenbewilligung zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Ausgabenbericht des Regierungsrats zur Überführung des Pilotprojekts «Halt Gewalt» in die Regelstruktur. Das Projekt adressiert die Prävention häuslicher Gewalt, indem es nicht nur Betroffene, sondern auch ihr soziales Umfeld und die Nachbarschaft einbezieht. «Halt Gewalt» hat in der Pilotphase auch insbesondere in Kleinbasel gezeigt, dass niederschwellige Sensibilisierung, die Zusammenarbeit mit Quartiertreffpunkten und gezielte Weiterbildungen Zivilcourage fördern und den Zugang zu Hilfsangeboten erleichtern. Die Evaluation bestätigt die wesentlichen Zielerreichungen, Enttabuisierung des Themas, Aufbau tragfähiger Unterstützungsnetzwerke und eine erhöhte Meldungsbereitschaft, die sich in steigenden Fallzahlen bei Frauenhäusern und Opferhilfe niederschlägt. Die geplante Ausweitung auf zehn weitere Quartiertreffpunkte ab 2026 und die stadtweite Verankerung ab 2028 gewährleisten eine flächendeckende Präsenz, getragen vom Verein frau sucht gesundheit und der Fachstelle Gewaltschutz.

Ich möchte besonders heute auch nochmals hervorheben, die Einbettung in die internationale Kampagne 16 Tage gegen Gewalt an Frauen, die jedes Jahr vom 25. November bis heute, also dem 10. Dezember stattfindet und in Basel, vielleicht haben Sie es auch gesehen, mit Standaktionen, Workshops, Netzwerktreffen und Sensibilisierungsveranstaltungen umgesetzt wird. In diesem Jahr stand oder steht geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen mit Behinderung im Fokus. Eine Gruppe, die häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt überproportional häufig erlebt, oft in Wohn- und Pflegesituationen, in denen Abhängigkeiten einen Ausstieg zusätzlich erschweren. Gleichzeitig, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiss nicht, haben Sie wahrscheinlich auch die Debatte gestern in Bundesbern verfolgt. Nicht nur dort, sondern auch in öffentlichen Debatten wird das Thema relativiert, Massnahmen werden in Frage gestellt und die Istanbul-Konvention wird politisch immer wieder angegriffen. Das aktuelle Beispiel, gestern hat der Nationalrat einen zusätzlichen Budgetantrag von einer Million zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zunächst abgelehnt. Erst nach Druckausübung, zum Teil gingen sehr viele Menschen auf die Strassen, wurde der Entscheid heute zum Glück vom Ständerat korrigiert und wir hoffen sehr, und ich habe vorhin eine SMS gesehen, dass mittlerweile über 300’000 Menschen einen Appell unterzeichnet haben, dass der Nationalrat am Montag dem auch Folge leistet.

Vor diesem Hintergrund setzen wir mit «Halt Gewalt» in Basel-Stadt auf konsequente Prävention vor Ort, in den Quartieren, bei den Menschen und insbesondere auch bei Frauen mit Behinderung. Die SP-Fraktion stimmt deshalb einstimmig der Bewilligung zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Im vorliegenden Geschäft geht es um die finanzielle Beteiligung des Kantons an der Weiterführung des Projekts «Halt Gewalt». Offenbar zeigt das Projekt Wirkung, auch wenn es nicht wirklich vollumfänglich nachweisbar ist. Die kontinuierliche Sensibilisierungsarbeit trägt dazu bei, dass häusliche Gewalt sichtbarer wird, auch für Betroffene, die bisher

keinen Zugang zum Hilfesystem fanden. Der Kanton kommt mit diesem Engagement seinem gesetzlichen Auftrag nach. Die Istanbul-Konvention ist für uns verbindlich und mit der Übertragung der operativen Leitung an den Verein FSG, frau sucht gesundheit, wird das Projekt in eine Struktur überführt, die über die nötige Erfahrung, welche Frauen als Opfer sehen, verfügt. Die beantragten Mittel sind daher einseitig, aber trotzdem sinnvoll investiert und ermöglichen eine nachhaltige Weiterführung eines Modells, das bereits heute wirkt. Die Fraktion der SVP stimmt somit den benötigten finanziellen Mitteln zu.

Doch erlauben Sie mir einen wichtigen Hinweis. Häusliche Gewalt betrifft nicht nur Frauen, auch Männer, Jungen, Knaben und nicht-binäre Personen sind Opfer, und zwar häufiger, als es in den öffentlichen Debatten sichtbar ist. Es gibt seit den 1980er-Jahren unzählige Untersuchungen, leider in der Schweiz keine einzige, die klar festhalten, dass es eine erhebliche Zahl von häuslicher Gewalt gibt, die auch von Frauen an Männern oder Kindern ausgeübt werden. Auch sie sind Opfer und dürfen nicht übersehen werden. Die Istanbul-Konvention richtet ihren Schutz zwar in erster Linie auf Frauen, schliesst aber ausdrücklich nicht aus, dass Staaten ihre Massnahmen auf alle Betroffenen ausweiten. Genau das sollte auch unser Anspruch sein. Wenn wir als Kanton glaubwürdig sein wollen, wenn wir Transparenz schaffen und Vertrauen in die Behörden stärken wollen, dann müssen wir deutlich machen, häusliche Gewalt wird als gesellschaftliches Problem verstanden und nicht als ein Problem einzelner Geschlechter.

Im Projekt «Halt Gewalt» wird dieser breite Blick bisher nur am Rand sichtbar. Opfer männlichen oder nicht-binären Geschlechts kommen im Konzept kaum oder gar nicht vor, ihre spezifischen Zugangswege, Hemmungen und Bedürfnisse werden nicht gleichermassen oder gar nicht aufgenommen. Dasselbe gilt leider auch für Kinder. Das ist nicht zeitgemäss und es schwächt die Glaubwürdigkeit der Präventionsarbeit. Darum ist unsere Zustimmung verbunden mit einer klaren Erwartung, die Erweiterung der Angebote der Kommunikation und der Sensibilisierung muss zukünftig auch Männer und männliche Jugendliche, nicht-binäre Personen und Kinder einschliessen, auch auf Plakaten, Flyern, usw. Nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung, denn jede Person, die Gewalt erlebt, hat Anspruch auf Schutz und Unterstützung.

Auf meine Nachfrage wurde mir gesagt, dass es in der Schweiz noch keine Studien zu Partnergewalt an Männern gibt. Das ist bedauerlich, gibt es diese Studie doch in vielen anderen Ländern seit Jahren. Was uns somit fehlt, sind verlässliche, umfassende Daten. Es gibt Hinweise von verschiedenen Stellen, es gibt punktuelle Erhebungen, aber es gibt keine systematische landesweite Forschung, die uns ein vollständiges Bild der Situation männlicher Betroffener in der Schweiz liefern würde. Diese Wissenslücke führt zu einem paradoxen Zustand. Wir wissen, dass es ein Problem gibt, aber wir wissen nicht genügend darüber, um es angemessen miteinzubeziehen.

Trotzdem unterstützen wir das vorliegende Projekt, weil es zumindest einseitig wirkt und weil es nötig ist. Gleichzeitig wollen wir, dass der Kanton Basel-Stadt ein Vorbild dafür wird, häusliche Gewalt ganzheitlich zu bekämpfen, für Frauen, Männer, Kinder und alle anderen Betroffenen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich versuche, möglichst in der Zeit zu sprechen. Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, und ich spreche auch für die BastA, begrüssen wir sehr die Überführung des Projekts «Halt Gewalt» in die Regelstruktur. Sehr gerne bewilligen wir die Finanzhilfe zur Umsetzung von «Halt Gewalt» durch den Verein frau sucht gesundheit, der jetzt schon die wichtige Institution Frauenoase betreibt und nun in Zusammenarbeit mit zehn Quartiertreffpunkten das Projekt «Halt Gewalt» in der ganzen Stadt umsetzen wird.

Das Engagement gegen häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt ist enorm wichtig. Wir haben dieses Jahr eine erschütternde Zahl von schweizweit 28 Femiziden zu verzeichnen und das ist, wie wir alle wissen, nur die schreckliche Spitze des Eisbergs der häuslichen Gewalt. Entsprechend gross war dann auch der Aufschrei gestern, als bekannt wurde, dass der Nationalrat die zusätzlich beantragten Gelder für die Prävention von Gewalt an Frauen und die Umsetzung der Istanbul-Konvention abgelehnt hat. Was für ein Schlag in das Gesicht aller Frauen, von denen die allermeisten schon einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen waren. Wie Agota Lavoyer sagt, die Frage ist nicht, ob eine Frau Gewalt erfährt, sondern wann, wo und durch wen. Es ist eine sehr traurige Realität, die wir anerkennen müssen, aber selbstverständlich nicht, um dann untätig zu bleiben und Gelder nicht zu bewilligen, sondern um zu handeln. Insofern bin ich ausserordentlich froh, dass sich nicht nur die JSSK, sondern gemäss «Chrüzlistich» scheinbar auch der gesamte Grosse Rat für die Überführung des Projekts «Halt Gewalt» in die Regelstruktur aussprechen wird.

Ich möchte an dieser Stelle auch meinem Vorredner Felix Wehrli ausdrücklich für dieses Votum danken. Da spricht ein Vertreter der SVP sich für die Einhaltung der Istanbul-Konvention und die Umsetzung der Istanbul-Konvention aus und gerade vor dem Hintergrund dessen, was auf Bundesbernebene diskutiert wird, kann ich das wirklich nur mit grossem Dank entgegennehmen. Auch ich möchte erwähnen, dass wir in der JSSK darüber diskutiert haben, dass es nicht nur Frauen sind, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, sondern eben zum Beispiel auch Männer und dass es dieser Gruppe zum Teil noch schwerer fällt, über Gewalterfahrungen zu sprechen. Es gibt also noch viel zu tun.

Insbesondere auch wichtig ist der systematische Einbezug aller Quartiertreffpunkte, also der ganzen Stadt. Es ist kein Kleinbasel-Phänomen, auch das haben wir gehört. Durch eine niederschwellige Arbeit in den Quartieren sollen möglichst vielfältige Personengruppen erreicht werden. Dabei geht es auch darum, die häusliche Gewalt intersektional zu denken, also zusätzliche Faktoren, die die Vulnerabilität verstärken können, zu berücksichtigen, so wie das diesjährige Projekt den Fokus auf das Thema Behinderung und Gewaltbetroffenheit legt oder dass es eben auch darum geht, in den Quartieren Kontakte zu den Personen herzustellen, denen es beispielsweise aufgrund einer sehr starken Eingebundenheit bis Isolation in einem sozialfamiliären Umfeld und entsprechend fehlenden Kontakten nach aussen nicht einfach möglich ist, sich bei häuslicher Gewalt Hilfe zu holen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch nochmal an die ausserordentlich zugespitzte Prekarität von Sans-Papiers erinnern, für die der Weg zur Hilfe im Fall von häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt weitgehend versperrt ist, was sie enorm vulnerable macht. Ich habe im Frühjahr eine Interpellation dazu eingereicht. Hier erwarte ich von der zuständigen Regierungsrätin Stephanie Eymann, die sich sehr für die Prävention von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt stark macht, und auch ihr möchte ich an dieser Stelle explizit dafür danken, hier erwarte ich also auch von ihr und den zuständigen Behörden, dass sie diese spezifische, schutzlose Konstellation, in der sich Sans-Papiers-Personen befinden, angehen und Lösungen finden, damit auch sie Schutz erhalten, bevor wir einen zweiten Femizid an einer Sans-Papiers-Frau in der Region betrauern und bedauern müssen.

Ich danke den bisherigen Verantwortlichen des Projekts «Halt Gewalt» sowie dem Verein frau sucht gesundheit und den Quartiertreffpunkten für ihre wichtige Arbeit und beantrage Zustimmung zu der Finanzhilfe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Frau Eymann verzichtet, Frau Heer verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung (Seite 18 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

a) Ausgaben für Verein frau sucht gesundheit

b) Ausgaben an Trägerschaften von Quartiertreffpunkten

1. - 10.

c) Ausgaben für Personalkosten bei Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe

2. Teuerungsausgleich

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007860, 10.12.25 18:02:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Umsetzung von «Halt Gewalt» in den Jahren 2026 und 2027 werden Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 805'752 (Fr. 402'876 p.a.) bewilligt. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

a) Ausgaben von insgesamt Fr. 408'752 (Fr. 204'376 p.a.) in den Jahren 2026 bis 2027 für den Verein frau sucht gesundheit;

b) Ausgaben von insgesamt Fr. 200'000 (Fr. 100'000 p.a.) in den Jahren 2026 bis 2027 für die folgenden zehn Trägerschaften von Quartiertreffpunkten:

1. Verein Treffpunkt Breite Fr. 10'000

2. Verein Familienzentrum Gundeli Fr. 10'000

3. Verein Quartierzentrum Oekolampad Fr. 10'000

4. Verein Quartiertreffpunkt Wettstein Fr. 10'000

5. Verein Quartiertreffpunkt LoLa Fr. 10'000

6. Trägerverein Quartiertreffpunkt Kleinhüningen Fr. 10'000

7. Elternverein MaKly Fr. 10'000

8. Sozialverein St. Johannes für den Betrieb der Kontaktstelle Eltern und Kinder St. Johann Fr. 10'000

9. Verein Quartierzentrum Hirzbrunnen Fr. 10'000

10. Quartierverein Dynamo Iselin (Quartierzentrum Iselin) Fr. 10'000

c) Ausgaben von insgesamt Fr. 197'000 (Fr. 98'500 p.a.) in den Jahren 2026 bis 2027 zur Finanzierung der Personalkosten bei der Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe im Justiz- und Sicherheitsdepartement im Zusammenhang mit der Erweiterung und Umsetzung eines flächendeckenden, zielgruppengerechten Weiterbildungskonzepts im Bereich Häusliche Gewalt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig mit 82 Stimmen zugestimmt.

Wir fahren am nächsten Mittwoch fort mit der Budgetberatung und behandeln die anderen Traktanden im Anschluss.

Schluss der 40. Sitzung

18:02 Uhr

Protokoll

der 41. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. Dezember 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Daniel Gmür (SP), Pascal Pfister (SP), Fina Girard (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP), Salome Besenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR 2

Beginn der 41. Sitzung

Mittwoch, 17. Dezember 2025, 09:00 Uhr

56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

[17.12.25 09:00:15]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Wechsel des Fraktionspräsidiums bei der SP

Die Fraktion SP hat mitgeteilt, dass ab 1. Januar 2026 Melanie Nussbaumer das Fraktionspräsidium übernehmen wird. Sie wird dabei von den beiden Vizefraktionspräsidenten Claudio Miozzari und Beda Baumgartner unterstützt.

Letzte Sitzung Alexandra Dill

Heute hat Alexandra Dill ihren letzten Sitzungstag bei uns. Sie war seit 1. Februar 2017 Mitglied des Grossen Rates und auch Mitglied der folgenden Kommissionen: Disziplinarkommission, Begnadigungskommission, Bau- und Raumplanungskommission, Spezialkommission Klimaschutz, PUK Biozentrum und der Geschäftsprüfungskommission. Ich möchte Alex Dill ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste danken und wünsche für den weiteren Weg ausserhalb der Politik alles Gute. [Applaus]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, auf ihren Bericht einzutreten und das Budget 2026 des Kantons Basel-Stadt mit den Änderungen der Finanzkommission zu genehmigen. Die Bildungs- und Kulturkommission hat zuhanden der Finanzkommission einen Mitbericht zum Globalbudget der kantonalen Museen verfasst. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission berichtet zum Globalbudget öffentlicher Verkehr mündlich.

Ich schlage Ihnen zur Beratung des Budgets 2026 folgenden Ablauf vor: Allgemeine Eintretensdebatte zum Bericht der Finanzkommission und zum Budget. Erste Referenten sind der Präsident der Finanzkommission, die Präsidien der BKK und der UVEK, die Vorsteherin des Finanzdepartementes und der Vorsitzende des Gerichtsrates. Anschliessend folgen die Fraktions- und Einzelsprechenden.

Eintreten auf das Budget ist obligatorisch. Detailberatung, jeweils Fraktions- und Einzelsprechende. Zuerst gesamtkantonale Feststellung, Kapitel 4 des Berichts der Finanzkommission, danach departementsweise Beratung.

Das Globalbudget der globalen Museen ist im Präsidialdepartement integriert, das Globalbudget öffentlichem Verkehr ist im Bau- und Verkehrsdepartement enthalten. Das vorgezogene Budgetpostulat zum Budget 2026 wird bei den entsprechenden Departementen beraten.

Kenntnisnahme der Investitionsübersichtsliste und am Schluss noch die Schlussabstimmung über das Budget 2026.

Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit dieser Abfolge einverstanden sind. Somit hat Joël Thüring als Präsident der Finanzkommission das Wort.

Joël Thüring (SVP): Der Regierungsrat hat uns ein Budget mit einem Überschuss von 3.5 Mio. Franken vorgelegt. Dieses Budget war Basis unserer Beratungen. Durch einen Nachtrag des Regierungsrats und ergänzende Anträge der Finanzkommission, zu welchen wir später noch kommen werden, reduziert sich der budgetierte Überschuss auf 2.6 Mio. Franken. Wobei hier neu berücksichtigt werden muss, dass für den Teuerungsausgleich ursprünglich 7 Mio. Franken eingestellt worden waren. Die Teuerungsschätzung ging bei der Berechnung des Budgets von einer Teuerung von 0,4% aus.

In der Zwischenzeit kennen wir die relevante massgebende Zahl. Die Jahresteuerung im Kanton beträgt 0,1%, womit sich eine Verminderung um 5.4 Mio. auf 1.8 Mio. Franken für diesen Teuerungsausgleich ergibt. Neu sieht der Regierungsrat, wenn man die noch zu erwähnenden Anträge der Finanzkommission auslässt, einen Überschuss von 8.05 Mio. Franken für das Budget 2026 vor.

Gerne zu Beginn einige allgemeine Bemerkungen zum Budget. Die Budgetierung für das Jahr 2026 erfolgt in einem Umfeld anhaltender Unsicherheiten. Geopolitische Spannungen, eine fragile Weltwirtschaft sowie regulatorische Eingriffe, namentlich die OECD-Mindestbesteuerung prägen die Rahmenbedingungen. Gleichzeitig wirken sich demografische Entwicklungen, der Fachkräftemangel sowie der hohe Investitionsbedarf in Infrastruktur und Digitalisierung auf die kantonalen Finanzen aus. Vor diesem Hintergrund legt der Regierungsrat dennoch ein formell ausgeglichenes Budget 2026 vor.

Bei einem Betriebsaufwand von rund 5.7 Mrd. Franken und einem Betriebsertrag von 5.4 Mrd. Franken resultiert zwar ein negatives Betriebsergebnis, dieses wird jedoch durch ein positives Finanzergebnis kompensiert. In der Erfolgsrechnung verbleibt also dieser besagte Überschuss von 8.05 Mio. Franken. Das Investitionsvolumen steigt auf 545.6 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 47,3%, womit die Investitionen knapp zur Hälfte aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Das seit 2021 bestehende Nettovermögen wird damit vollständig abgebaut und per Ende 2026 werden erstmals wieder Nettoschulden von rund 143 Mio. Franken ausgewiesen. Und auch künftig bleiben die Investitionstätigkeiten hoch, sie werden auf über 600 Mio. Franken ansteigen. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt im Finanzplan entsprechend weiter, wodurch die Nettoschulden bis 2029 auf rund 1.2 Mrd. Franken anwachsen. Die Nettoschuldenquote bleibt jedoch klar unter der Grenze der Schuldenbremse.

Auf der Ertragsseite rechnet der Regierungsrat mit steigenden Steuereinnahmen bei natürlichen Personen, sowohl bei den Einkommens- als auch bei den Vermögenssteuern sowie mit einem höheren Anteil an der direkten Bundessteuer. Bei den juristischen Personen werden die Erträge hingegen leicht tiefer budgetiert. Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank bleibt volatil. Wie in den Vorjahren wird eine mittlere Ausschüttung von 45 Mio. Franken angenommen und entsprechend budgetiert, was sich aber vom Meccano her bewährt hat.

Die Einzahlungen in den nationalen Finanzausgleich belaufen sich auf 214 Mio. Franken, sinken also gegenüber dem Vorjahr um gut 10 Mio. Franken, werden aber gemäss Finanzplan bis ins Jahr 2029 weiter deutlich ansteigen.

Auf der Aufwandseite wird das Budget durch mehrere bereits beschlossene oder geplante strukturelle Mehrausgaben geprägt. Das Massnahmenpaket zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität mit einer Anpassung der Lohnkurve, Schichtzulagen und Elementen zur Ablösung der Arbeitsmarktzulage bei der Kantonspolizei, der neue Leistungsauftrag für die Uni Basel, höhere Ausgaben bei der Sozialhilfe, beim öffentlichen Verkehr, bei den Spitalbehandlungen sowie der jeweils zu gewährende Teuerungsausgleich auf Löhnen und Staatsbeiträgen haben hierauf einen Einfluss. Dämpfend wirken unter anderem höhere Erträge bei natürlichen Personen, eine höhere Ausschüttung der Basler Kantonalbank sowie der Wegfall grosser einmaliger Anlässe wie dem ESC oder der Frauen EM.

Ein zentrales Element bleibt die OECD-Mindestbesteuerung. Für 2026 werden Mehreinnahmen von 400 Mio. Franken erwartet. Entsprechend ist im Budget eine Äufnung der beiden Fonds des Basler Standortpakets in gleicher Höhe vorgesehen. Diese Mittel sind saldoneutral, erhöhen aber technisch den ausgewiesenen Betriebsaufwand. Ich komme darauf zurück.

Makroökonomisch wird für Basel-Stadt weiterhin ein solides Wachstum erwartet. Die Zinssituation hat sich entspannt, diese Rahmenbedingungen unterstützen die Finanzierung, sie entbinden jedoch nicht von Priorisierungen. Die Finanzkommission stellt deshalb fest, dass die Ausgaben weiterhin schneller wachsen und die finanzpolitische Planung entsprechend erhöhte Aufmerksamkeit erfordert.

Besonders hervorzuheben ist das Wachstum beim Personalbestand. Der Stellenplafond überschreitet 2026 erstmals die Marke von 10’000 Vollzeitstellen, was einer Zunahme von rund 2% entspricht. Der Stellenaufbau ist departementsübergreifend und sowohl durch wachsenden Leistungsbedarf, etwa im Bildungsbereich, als auch durch qualitative Veränderungen wie Digitalisierung und neue regulatorische Anforderungen begründet. Künftig wird es daher aus Sicht der Finanzkommission entscheidend sein, dass Projekte und Digitalisierungsvorhaben wenn möglich mit einer Effizienzsteigerung einhergehen, um die Ausgabenentwicklung zu stabilisieren.

Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat weiterhin ein ausgeglichenes Budget vorlegen und Ausgaben priorisieren und effizienter gestalten will. Auch der Regierungsrat hielt im Hearing mit der Finanzkommission fest, dass die Ausgaben über die Jahre stärker gestiegen sind und die Ertragslage sich weiterhin gut entwickelt. Entsprechend liegt auch aus Sicht des Regierungsrates das Problem eher bei ersteren, denn bei letzterem.

Einige generelle Feststellungen zum Budget. Im Mai 2025 wurde bekanntlich das Standortpaket angenommen. Es reagiert auf die OECD-Mindestbesteuerung und soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Basel stärken sowie gesellschaftliche und ökologische Ziele fördern. Grundlage bilden zwei Fonds, die aus den Mehreinnahmen der Ergänzungssteuer gespiesen werden. Für 2026 ist hierfür eine Äufnung von 400 Mio. Franken vorgesehen. Möglich wären

zwischen 150 und 500 Mio. Franken. Die Mittel werden auf Antrag der Unternehmen und nach Prüfung durch den Kanton vergeben und sollen sowohl Innovation und Forschung als auch Projekte mit sozialem und ökologischem Nutzen unterstützen. Die Finanzkommission begrüsst den zielgerichteten Einsatz der zusätzlichen Mittel aus der OECD-Mindestbesteuerung sowie den Ansatz mit den beiden Fonds, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Verantwortung zu verbinden. Gleichzeitig hält sie fest. dass der Vollzug des Standortpakets erst anläuft und die konkreten Wirkungen noch nicht absehbar sind. Sie erwartet daher transparente und nachvollziehbare Kriterien für die Mittelvergabe. Die im Budget 2026 vorgesehene Äufnung erachtet die Kommission als angemessen und wird Umsetzung und Wirkung im Rahmen der kommenden Rechnungs- und Budgetberatungen weiterverfolgen.

Die Finanzkommission befasst sich seit mehreren Jahren mit der Arbeitgeberattraktivität des Kantons. Der Regierungsrat lancierte das Projekt Arbeitgeberattraktivität steigern, ergänzt durch gezielte Massnahmen wie höhere Lernendenlöhne, Entschädigung der Umkleidezeit, einen dreiwöchigen Schwangerschaftsurlaub sowie sogenannte «Quick Wins». Zur Abfederung des akuten Unterbestands bei der Kantonspolizei haben Sie hier im Grossen Rat auf Antrag des Regierungsrates respektive der Finanzkommission im 2023 zudem eine befristete Arbeitsmarktzulage beschlossen, die nun abgelöst werden soll.

Im Rahmen der Budgetberatung stellte der Regierungsrat der Finanzkommission dieses Lohnmassnahmenpaket vor, das sich derzeit in der Beratung bei der WAK befindet. Ziel ist insbesondere die Verbesserung der Einstiegslöhne, die gemäss Lohnvergleich in den unteren Erfahrungsstufen unter dem schweizweiten Durchschnitt liegen, während die höheren Erfahrungsstufen überdurchschnittlich entlöhnt sind. Das Paket umfasst Anpassungen der Lohnkurve bis Erfahrungsstufe 11, die Aufhebung der Teuerungsdegression, höhere Zulagen für Schichtarbeit sowie spezifische Massnahmen zur Ablösung der Arbeitsmarktzulage bei der Kantonspolizei. Insgesamt ergeben sich daraus jährliche Mehrkosten von rund 20.6 Mio. Franken.

Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass das Paket zentrale Schwachstellen adressiert und auf politische Vorstösse, frühere Empfehlungen der Finanzkommission. sowie Erkenntnisse aus der Mitarbeitendenbefragung 2024 reagiert. Die Massnahmen erscheinen grundsätzlich geeignet, die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu stärken. Die vertiefte Beratung liegt jedoch bei der WAK. Die Finanzkommission wird die Umsetzung und finanziellen Auswirkungen im Rahmen der kommenden Budget- und Rechnungsberatungen weiter verfolgen und möchte an dieser Stelle insbesondere darauf hinweisen, dass die Arbeitsmarktzulage der Kantonspolizei gemäss Beschluss Ende Februar 2026 ausläuft.

Nun zu einigen Feststellungen aus den Departementen. Zum Präsidialdepartement. Im Herbst 2026, Sie haben das mitbekommen, ziehen die Abteilungen des Präsidialdepartements in die ehemalige Hauptpost um. Der Umzug ist mit einmaligen Mehrkosten verbunden. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass die Abteilungen künftig an einem zentralen Standort zusammengeführt werden und erwartet, dass sich daraus betriebliche Vorteile ergeben. Gleichzeitig geht die Finanzkommission davon aus, dass die Umsetzung innerhalb des vorgesehenen finanziellen Rahmens erfolgt, insbesondere mit Blick auf die Mietkosten.

Im November 2024 hat der Regierungsrat dem Statistischen Amt die Federführung für das Thema KI übertragen. Seither wurden eine kantonale Richtlinie sowie eine KI-Governance erarbeitet, welche Zuständigkeiten und Kompetenzen, insbesondere in Abstimmung mit der IT BS regeln. Das Statistische Amt baut die fachliche KI-Kompetenz auf, berät die Dienststellen, entwickelt Anwendungen, prüft Einsatzmöglichkeiten und begleitet regulatorische Fragen. Die IT BS ist hingegen für Infrastruktur, Betrieb und die technische Unterstützung zuständig. Entsprechend beantragen das Statistische Amt Ressourcen für KI-Fachexpertise und die IT BS Stellen für die technische Umsetzung.

Ab dem Budget 2026 werden Mehrjahresglobalkredite für drei der fünf staatlichen Museen eingeführt. Damit erfolgt eine Umstellung auf eine mehrjährige Finanzsteuerung. Die Verantwortlichen richten sich nach dem Museumsgesetz, die Museumsdirektionen tragen die Verantwortung für finanzielle Führung und Controlling, während das Präsidialdepartement die Aufsicht wahrnimmt und die Einhaltung der Finanz- und Betriebsprozesse überprüft. Zu Beginn jeder Globalkreditperiode, also jetzt, erstellen die Museen einen mehrjährigen Finanz- und Investitionsplan. Abweichungen sind jeweils mit Blick auf die gesamte Kreditperiode zu begründen. Die Berichterstattung erfolgt dreimal jährlich im Rahmen von Tertialreportings an die Abteilung Kultur. Die Finanzkommission begrüsst diese Ausgestaltung, da sie Steuerung und Transparenz verbessert und wird die Umsetzung weiter begleiten.

Zum BVD. Ab diesem Winter übernimmt der Kanton erstmals den Winterdienst auf den Trottoirs. Der Grosse Rat hat die bisherige Räumpflicht der privaten Eigentümer, wir sprechen hier von 450 Kilometer Trottoirs, an den Kanton übertragen. Für Umsetzung, Personal und Material stehen rund 1.96 Mio. Franken bereit. Mangels eigener Kapazitäten wird die Stadtreinigung durch externe Kräfte und gemietete Fahrzeuge unterstützt. Das Projekt ist zunächst auf zwei Winter ausgelegt. Fixkosten fallen allerdings auch dann an, wenn, wie in Basel üblich, eher der Schirm als die Schneeschaufel im Einsatz steht, also rund 0.5 Mio. Franken pro Jahr für die Einsatzbereitschaft. Die Finanzkommission anerkennt den organisatorischen Aufwand und hält die Mittel für angemessen. Sie wird die Personal- und Gerätekosten sowie die technische Entwicklung beobachten und begrüsst, dass grössere Investitionen erst nach den ersten Erfahrungen ausgelöst werden.

Zum ED. Das vom Grossen Rat beschlossene Massnahmenpaket integrative Schule ist neben dem Masterplan Berufsbildung ein zentraler Schwerpunkt im Jahr 2026. Die Finanzkommission liess sich über den Umsetzungsstand dieses Massnahmenpakets informieren. Die integrative Schule wurde um vier neue Förderangebote sowie das neue Spezialangebot Plus ergänzt. Zusätzlich wurden die Ressourcen in Logopädie und Psychomotorik erhöht. Bei den neuen Förderangeboten wurden insbesondere mit der Einführung von Lerninseln begonnen auf der Primarstufe in 15 von 24 Schulen, auf der Sekundarstufe in 7 von 12 Schulen. Fördergruppen wurden bislang an 7 Standorten eingerichtet. Auf der Sekundarstufe wird vorerst auf weitere Massnahmen verzichtet, um Optimierungen der integrativen Schule zu prüfen. Aussagen zur Kostenentwicklung sind derzeit nur eingeschränkt möglich. Erwartet wird ein Anstieg proportional zum Schülerwachstum, gleichzeitig jedoch eine Reduktion von Notmassnahmen, Spezialangeboten und Einzelbeschulungen. Eine externe Evaluation ist für das Schuljahr 2028-2029 vorgesehen. Die Finanzkommission nimmt diese bisherigen Umsetzungsschritte zur Kenntnis und sieht erste positive Effekte und ist gespannt, wie sich dieses Förder- oder dieses Massnahmenpaket weiterentwickelt.

Der neue Leistungsauftrag der Universität Basel für die Jahre 2026 bis 2029 sieht eine jährliche Erhöhung des Globalbeitrags um 12.2 Mio. Franken vor. Mit Blick auf künftige Leistungsperioden prüft der Regierungsrat gemeinsam mit dem Partnerkanton Anpassungen an der Trägerfinanzierung, insbesondere im Hinblick auf den sogenannten Standortvorteil. Dieser wurde 2021 mit 10% in den Finanzierungsschlüssel aufgenommen und soll nun anhand verschiedener Parameter überprüft werden. Die Finanzkommission begrüsst dieses Ansinnen, da es aus ihrer Sicht wesentlich ist, die Trägerfinanzierung gerecht und nachhaltig auszugestalten, da die Universität für die gesamte Region von grossem Wert ist. Die Finanzkommission erwartet aber, dass die Finanzierung der Universität weiterhin paritätisch ausgestaltet wird.

Zum FD. Die Finanzkommission erkundigte sich, wie mit der Internalisierung von 16 Vollzeitstellen bei der IT BS Einsparungen konkret realisiert und ausgewiesen werden können. Das Departement führte aus, dass die Umstellung ab 2026 schrittweise erfolgt und die Einsparungen entsprechend der Rekrutierung im Budget direkt zugeordnet und laufend überprüft werden. Ziel ist eine vollständige Umsetzung in diesem Jahr, also im Jahr 2026.

Die Finanzkommission hat wiederholt den Bedarf an transparenteren, vergleichbaren und aussagekräftigen Kennzahlen im Budgetprozess thematisiert. Im Zentrum stand dabei die Frage, wie und an welchen Stellen konkrete Kennzahlen systematisch eingesetzt werden, um die Notwendigkeit, Angemessenheit und Effizienz nachvollziehbar zu begründen. Aus Sicht der Kommission sind einheitliche, konsistente Kennzahlen ein wichtiges Steuerungsinstrument für einen zielgerichteten Mitteleinsatz sowie auch für die politische Kontrolle. Das FD führte aus, dass insbesondere in gesellschaftlich relevanten Themen wie beispielsweise Bildung oder Gesundheit solche Kennzahlen bereits heute eine zentrale Rolle spielen. Schülerzahlen, Fallzahlen in der Sozialhilfe oder stationäre Behandlungsfälle im Gesundheitswesen werden systematisch ausgewiesen. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die Berechnung der Budgetposten. Auch in anderen Ausgabenbereichen werden, wo sinnvoll, Leistungszahlen herangezogen. Jede Budgeterhöhung unterliegt dabei einer Prüfung auf Notwendigkeit und Effizienz, wobei Kennzahlen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Tragweite eingesetzt werden. Die Finanzkommission betont, dass die Qualität der Messungen ausschlaggebend ist. Sie fordert künftig fundierte, vergleichbare und kontinuierliche Kennzahlen, um eine verlässliche Historie zu schaffen. Nur so können negative Kostenentwicklungen frühzeitig erkannt und proaktive Steuerungsmassnahmen eingeleitet werden.

Zum Gesundheitsdepartement. Die Zunahme der Kosten für den Leistungsauftrag vom Jahr 2024 zum Budget 2025 bei der Spitex steht im Zusammenhang mit der Erhöhung der Tarife für Spitex Basel im Rahmen der Erneuerung des Leistungsvertrages für die Jahre 2025 bis 2028. Da die Beiträge von Krankenkassen und Patienten im KVG fixiert sind, schlagen Teuerung und Lohnentwicklungen über die kantonale Pflegerestfinanzierung überproportional zu Buche. Während die im Leistungsauftrag erbrachten Pflegestunden von Spitex Basel leicht zurückgehen, haben die Spitex-Anbieter ohne Leistungsauftrag ihren Marktanteil auf über 50% ausgebaut. Bei Spitex Basel zeigt sich zudem seit Jahren eine Verschiebung hin zu komplexeren Fällen und kürzeren Einsätzen, was insbesondere die Kosten für die Bedarfsabklärung erhöht. Bei privaten Spitex-Anbietern nahm das Leistungsvolumen vor allem in der Grundpflege deutlich zu. Dies ist unter anderem auf die Revision der Krankenpflegeleistungsverordnung zurückzuführen, welche die Abrechnung von Pflegeleistungen durch Angehörige über die obligatorische Krankenversicherung ermöglicht.

Zum JSD. Die Finanzkommission hat bereits im Budget 2025 auf die sehr hohe Zahl paralleler Projekte im JSD hingewiesen. Auch im diesjährigen Hearing blieb dies ein Schwerpunkt. Rund 50 Projekte, liess das JSD uns mitteilen, laufen derzeit gleichzeitig. Das JSD hat die Problematik der vielen gleichzeitig laufenden Projekte erkannt und seine Projektmanagementstrukturen entsprechend angepasst. So werden seit August die wichtigsten Vorhaben zentral im Generalsekretariat gesteuert und die Departementsleitung definiert sogenannte Schlüsselprojekte, die besonders eng geführt und priorisiert werden. Bei der Kantonspolizei wurden zudem Verzichtsplanungen für nicht betriebsrelevante Vorhaben erarbeitet.

Über alle Dienststellen hinweg sind rund elf Vollzeitstellen ausschliesslich für das Projektmanagement tätig. Bei komplexen oder fachlich spezialisierten Projekten werden zusätzlich externe Ressourcen beigezogen. Viele Projekte gehen auf politische Aufträge, gesetzliche Vorgaben oder technische Abhängigkeiten zurück. Die Finanzkommission anerkennt dies, stellt aber fest, dass ähnliche Rahmenbedingungen auch in anderen Departementen bestehen. Das JSD weist hier jedoch

eine besonders starke Häufung an Projekten auf, die zusätzlich zum anspruchsvollen Tagesgeschäft bewältigt werden müssen. Die Finanzkommission begrüsst daher die Einführung einer Kategorie Schlüsselprojekte, die mehr Übersicht und Fokus schaffen soll. Ob die neuen Strukturen ausreichen, um die Vielzahl der Vorhaben fristgerecht abzuarbeiten, bleibt abzuwarten. Weiterhin bestehen im JSD zahlreiche zeitkritische Informatikprojekte, fünf von zehn laufen bereits verzögert, eines musste abgebrochen werden.

Die Finanzkommission liess sich auch über den Stand der Rekrutierung bei der Kantonspolizei informieren. Das JSD berichtet von erfreulichen Fortschritten. Die Anzahl der Aspiranten liegt derzeit bei rund 25 pro Lehrgang. Bei zwei Polizeischulen pro Jahr könnte der bestehende Unterbestand sowie die anstehenden Pensionierungen ausgeglichen werden, dies allerdings innerhalb eines Jahrzehnts. Seit Beginn des Reorganisationsprozesses im Juli 2024 verzeichnete die Kantonspolizei 91 Neuanstellungen und 66 Abgänge, was ebenfalls zu einem Nettozuwachs von 25 Korpsangehörigen führte. Die Finanzkommission erkennt an, dass die bisher ergriffenen Massnahmen erkennbar Wirkung zeigen und konsequent weitergeführt werden müssen.

Die Finanzkommission befasst sich im JSD auch seit längerem oder seit langem mit dem Projekt UMIS Spiegelhof. Nach zusätzlichen Ausgaben von fast 30 Mio. Franken für Brandschutz, Dämmung und die temporäre Auslagerung des Kundenzentrums rechnet das JSD nun mit einem Abschluss der Sanierung im ersten Quartal 2028. Ein weiteres Jahr später als zuvor angekündigt. Die Finanzkommission bedauert diese Verzögerung und bekräftigt ihre Forderung nach einer besseren Planung und Koordination kantonaler Bauprojekte. Diese Erwartung ist nicht nur an das JSD adressiert.

Zum WSU. Die Finanzkommission wurde im Herbst 2025 über die Überarbeitung des Kaderreglements der IWB informiert. Diese sieht deutlich höhere variable Vergütungen vor, bis zu 70’000 Franken für Kaderangestellte, bisher 40’000 Franken, sowie zusätzlich bis zu 15% des Jahreslohns für CEO und Geschäftsleitung. Insgesamt dürfen jährlich maximal 4 Mio. Franken an variablen Löhnen ausbezahlt werden. Der Regierungsrat begründet die Anpassung mit der Wettbewerbsfähigkeit der IWB im Fachkräftemangel und der Transformation der Energiewirtschaft. Die Finanzkommission beurteilt diese Ausweitung kritisch. Als öffentlich-rechtliches Unternehmen muss die IWB besonderen Anforderungen an Transparenz, Masshaltung und Gemeinwohlorientierung genügen. Bei zugleich hohen Energiekosten bestehen Akzeptanz- und Fehlsteuerungsrisiken. Die Finanzkommission erwartet klare, überprüfbare Leistungsindikatoren, eine gute Begründung der variablen Komponenten. Sie wird die Umsetzung und Wirkung des neuen Reglements weiter beobachten.

Zu den Gerichten. Die Finanzkommission befasst sich seit der Rechnung 2024 mit der Frage, ob die IT der Gerichte in die IT BS integriert werden kann. Damals standen zwei Optionen im Raum, vollständige Integration («all in») oder vollständige Eigenständigkeit («all out»). Da der Regierungsrat einen Status quo ablehnte, mussten die Gerichte zunächst «all out» planen mit geschätzten Mehrkosten von rund 1.55 Mio. Franken pro Jahr. 2 Mio. Franken einmalig und drei zusätzlichen Stellen. Im Rahmen dieser Budgetberatung zeigte sich jedoch, dass sich die Ausgangslage geändert hat. Regierungsrat und IT BS signalisierten erstmals eine dritte Variante, eine hybride Lösung, welche die Anforderungen der Gerichte erfüllen könnte. Eine externe Studie, die beide Seiten gemeinsam in Auftrag gaben, beurteilt diese hybride Variante als klar bevorzugt. Die Gespräche zwischen Regierung und Gerichten laufen weiter, ein definitiver Entscheid liegt noch nicht vor. Der Regierungsrat empfiehlt aber, das Budget 2026, so wie es eingestellt wurde, nicht anzupassen, da die tatsächlichen Kosten erst nach Abschluss der Analyse und Einigung feststehen. Die Finanzkommission begrüsst es weiterhin, dass eine gemeinsame, tragfähige Lösung gesucht wird, die den besonderen Anforderungen der Justiz gerecht wird. Sie hält fest, dass so oder so die im Budget vorgesehenen Mittel erst dann ausgelöst werden dürfen, wenn ein verbindlicher Entscheid vorliegt.

Im Bericht zur Rechnung 2024 kritisierte die Finanzkommission das Fehlen einer einheitlichen Regelung zum Ferienguthaben der Gerichtspräsidien. Mit Beschluss vom August 2025 ergänzte der Gerichtsrat das Personalreglement entsprechend. Ferien sind selbstverantwortlich zu beziehen, grundsätzlich nicht übertragbar und nicht auszahlbar. Gemäss Gerichtsrat wird damit klargestellt, dass weder eine nachträgliche Kompensation noch eine Auszahlung nicht bezogener Ferien möglich ist. Die Finanzkommission nimmt diese Klärung zustimmend zur Kenntnis und begrüsst die nun vorliegende klare einheitliche Regelung.

Sie sehen es, der Finanzhaushalt 2026 bleibt also aus Sicht der Finanzkommission solide, verfügt jedoch über geringere finanzielle Spielräume. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat weiterhin ein ausgeglichenes Budget anstrebt und Ausgaben stärker priorisieren und effizienter gestalten will. Und Sie haben es auch gesehen, in der Kommission gab es zu dieser Situation eine entsprechende Diskussion. Eine Minderheit der Finanzkommission zeigt sich besorgt über das anhaltende Wachstum des Betriebsaufwands, die im Finanzplan ausgewiesenen negativen Ergebnisse, den sinkenden Selbstfinanzierungsgrad und den erwarteten Anstieg der Verschuldung. Aus Sicht dieser Minderheit sollte der Kanton angesichts seiner Finanzkraft auch 2027 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Diese Minderheit beantragte daher, das Budget 2026 um 19 Mio. Franken entsprechend den im Finanzplan ausgewiesenen Defizit 2027 zu kürzen. Eine entsprechende Kürzung des Sach- und Betriebsaufwands sowie des Personalaufwands um diesen Betrag hätte aus Sicht der Minderheit ein wichtiges Signal gesetzt, das Ausgabenwachstum zu dämpfen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass der Regierungsrat auch für das Jahr 2027 dann tatsächlich ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann.

Die Kommissionsmehrheit sieht aufgrund des ausgeglichenen Budgets keinen Handlungsbedarf für Kürzungen. Nach den jüngst umgesetzten Steuersenkungen soll die weitere Entwicklung zunächst beobachtet werden. Zudem erachtet die Mehrheit eine unspezifische Kürzung als wenig zielführend. Ihre Umsetzung wäre im fortgeschrittenen Budgetprozess mit erheblichem Aufwand verbunden und technisch kaum realisierbar.

Der Antrag zur Kürzung des Betriebsaufwands um 19 Mio. Franken wurde mit 7 zu 5 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Zwei andere Anträge fanden jedoch eine Mehrheit in der Kommission. Einsamkeit ist ein zunehmendes gesellschaftliches und gesundheitliches Problem mit Auswirkungen auf die Gesundheit. Im Jahr 2024 wurden im Rahmen eines Pilotprojekts sieben freiwillige Quartierprojekte gegen Einsamkeit unterstützt. Die Kommissionsmehrheit erachtet diese lokal verankerten Projekte als wirksam und ressourceneffizient. Eine Minderheit hielt zusätzliche Mittel für nicht erforderlich, da bereits zahlreiche Organisationen in diesem Bereich tätig sind.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen mit 7 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Erhöhung des Sach- und Betriebsaufwands des Präsidialdepartements um 180’000 Franken zur Förderung von Projekten zur Einsamkeitsprävention und sozialen Teilhabe.

Ein zweiter Antrag betrifft die Schulsozialarbeit. Der Regierungsrat erhöht den Personalplafond der Schulsozialarbeit im Budget um 1.7 Vollzeitstellen, davon entfallen 1.2 Stellen auf den Bereich Gesundheit und Prävention sowie 0.5 Stellen auf die Schulsozialarbeit am neuen Standort der Sek Gartenstrasse. Trotz dieser Aufstockung bleibt die Personalsituation in der Schulsozialarbeit angespannt. Die bestehenden Ressourcen reichen angesichts des steigenden Bedarfs nicht aus. Auf Primarstufe liegt Basel-Stadt weiterhin deutlich unter den Empfehlungen des Vereins Kinderschutz Schweiz. Dieser empfiehlt eine Vollzeitstelle pro 600 Kinder. Die Finanzkommission hat bereits im Bericht zur Rechnung 2024 auf einen zusätzlichen Bedarf von mindestens 3.0 Vollzeitstellen hingewiesen.

Da diese im Budget 2026 erneut nicht berücksichtigt wurden, beantragt die Finanzkommission, diese 3.0 zusätzlichen Stellen ins Budget aufzunehmen, um die psychosoziale Unterstützung der Kinder zu stärken. Die Finanzkommission beschloss mit 7 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen, den Personalaufwand des Erziehungsdepartements um 512’000 Franken zu erhöhen. Wir werden darüber sicherlich dann auch noch in der Detailberatung diskutieren können.

Dies waren vorerst meine Ausführungen zum Budget 2026. Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig die Zustimmung zum Budget 2026.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten bedanken. Der Prozess dieses Budgets mit der Berichterstattung ist immer sehr intensiv. Hier gilt mein besonderer Dank auch meiner Vizepräsidentin Michela Seggiani und selbstverständlich auch unserem Kommissionssekretären, der uns im Hintergrund sehr engagiert unterstützt. Mein Dank geht aber auch selbstverständlich an den Regierungsrat, an die Departementsvorsteherin des Finanzdepartements, an die sechs weiteren Departementsvorsteher, an den Präsidenten des Gerichtsrates und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die uns ebenfalls in diesem Prozess jeweils sehr unterstützend zur Seite gestanden sind und immer auch sehr konstruktiv unsere Fragen beantwortet und unsere Anliegen bearbeitet haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes hat Catherine Alioth für die BKK das Wort.

Catherine Alioth (LDP): Ich darf heute in Stellvertretung unserer Präsidentin Franziska Roth über das Museumsbudget 2026 berichten, dies aus Gründen von Arbeitsteilung.

Mit Inkrafttreten des teilrevidierten Museumsgesetzes per 1. Januar 2025 sollen den Museen erstmals Vierjahres-Globalkredite anstelle von bisher Einjahres-Globalkredite bewilligt werden. Wir haben das gehört. Ausnahmen werden aus betrieblichen Gründen vorerst für das Kunstmuseum Basel sowie für das Museum der Kulturen Basel gelten. Für die beiden Museen soll der Globalkredit jetzt nur für ein Jahr gesprochen werden und danach für drei Jahre, damit die Globalkredite für die kantonalen Museen ab 2030 grundsätzlich harmonisiert sein werden.

Auch in Zukunft wird die BKK die Leistungsziele und Globalkredite der Museen beraten. Die Praxis der jährlichen Anhörungen zum Budget und zur Rechnung jedes Museums durch die fünf von der BKK gebildeten Subkommissionen, deren Mitglieder auf Seite 3 des Berichts aufgelistet sind, wird sich womöglich ändern. In welcher Form der Austausch zwischen den Museen und der BKK künftig stattfinden wird, ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Berichts noch offen.

Wie jedes Jahr haben die BKK-Subkommissionen mit allen fünf staatlichen Museen Hearings zum Budget 2026 und folgenden durchgeführt. In den fünf Subkommissionen haben die Mitglieder der BKK im Oktober und November 2025 mit den Direktionen und Verwaltungsleitungen der kantonalen Museen die Budgets für die Jahre 2026 und folgende behandelt. Die

BKK dankt den Direktionen und Verwaltungsleitungen der fünf kantonalen Museen für die Beantwortung eines Fragerasters und die Bereitschaft, sich mit unseren Fragen in den Hearings auseinanderzusetzen.

Im Folgenden werde ich zunächst von den allgemeinen Feststellungen der BKK berichten und anschliessend zu den jeweiligen Museen einzelne Punkte nennen.

Zu den allgemeinen Feststellungen. Der Vierjahresplanungshorizont im Rahmen des Globalkredits bietet den Museen einige Vorteile. Die mehrjährige Finanzierungsgrundlage ermöglicht es dem jeweiligen Museum, seine Planungen langfristig auszurichten und Massnahmen gezielt über mehrere Jahre hinweg zu priorisieren. Dadurch sollen Ressourcen effizienter eingesetzt und strategische Projekte besser koordiniert werden können. Gleichzeitig erlaubt dieser Horizont eine gewisse Flexibilität bei der Anpassung an unvorhergesehene Entwicklungen. Allerdings bringt die Einbettung dieses Vierjahresmodells in das kantonale Jahresbudgetsystem auch Einschränkungen mit sich. Trotz der langfristigen Planungen sind weiterhin unterjährige Berichte, tertiale Hochrechnungen und Jahresabschlüsse erforderlich, was einen administrativen Aufwand verursacht.

Zudem steigen die Anforderungen an ein verlässliches Controlling deutlich an, um den komplexen Finanzierungs- und Betriebsprozessen gerecht zu werden. Derzeit fehlen geeignete Instrumente für eine wirksame Steuerung der Personalkosten, denn diese machen rund 70% des Aufwands von Museen aus. Ein professionelles Controlling, insbesondere für Personalkosten, ist daher dringend notwendig. Ein entsprechendes Tool ist beim Finanzdepartement noch hängig. Die BKK erwartet, dass dieser Auftrag so rasch wie möglich umgesetzt wird. Die Wirkungsziele der Museen werden anhand von Besucherzahlen und Medienpräsenz evaluiert und gemessen. Dabei bleibt offen, wie diese Indikatoren bewertet werden und welche Auswirkungen sie auf weitere Globalkreditperioden haben.

Zu den einzelnen Museen. Das Antikenmuseum Basel hat einen erfreulich hohen Eigenfinanzierungsgrad von 20 bis 25%, ist aber dennoch stark auf Drittmittel angewiesen, um Sonderausstellungen und Sonderprojekte zu finanzieren. Die Ablehnung einer Stelle in der Drittmittelbeschaffung erschwert die Akquise. Der anstehende Direktionswechsel 2027 stellt eine Herausforderung dar, da parallel wichtige Projekte wie die umfangreiche Provenienzforschung und Umsetzung des Records Management laufen. Diese parallelen Prozesse erfordern personelle Kontinuität und institutionelles Wissen, weshalb die Nachfolgeplanung und der Wissenstransfer von besonderer Bedeutung sind. Neu fällt eine interne Miete für die Skulpturenhalle an, welche vollumfänglich auf der Seite der kantonalen Finanzierungsbeiträge ausgeglichen wird. 2026 feiert das AMB sein 60-jähriges Bestehen. Über das ganze Jahr ist ein Jubiläumsprogramm geplant, jeden Monat werden spezielle Veranstaltungen und Aktionen für ein breites Publikum realisiert.

Zum Historischen Museum. Nach Abschluss der Generalinventur reduziert das Historische Museum ab 2026 den Betriebsaufwand. Es besteht jedoch seit Jahren eine Unterfinanzierung von jährlich 300’000 Franken, die nicht durch Effizienzsteigerung kompensiert werden kann. Bis 2029 droht ein Defizit von etwa 1.2 Mio. Franken für die Jahre 2026 bis 2029 wurden alle Anträge auf Vorgabenerhöhung leider abgelehnt. Aktuell wird geprüft, welche Leistungen reduziert oder gar eingestellt werden müssen. Zur Steuerung wird ein internes Reporting eingeführt und die Depotsituation optimiert, da mehrere Standorte veraltet und überlastet sind. Um die Sammlung nach internationalen Standards aufzubewahren, werden drei Sammlungsdepots in ein neues Sammlungsdepot verlagert. Die Planung und Projektierung eines Sammlungszentrums für die Aufbewahrung aller Objekte an einem Standort wird weiterverfolgt. Eine grössere Deakzession von fast 30’000 Franken an die Römerstadt Augusta Raurica wurde vom Regierungsrat genehmigt und weitere werden folgen. Das Museum arbeitet ebenfalls an einem Konzept zum Entsammeln.

Das Kunstmuseum Basel erlebte 2024 eine finanzielle Krise, die einen Nachtragskredit von 2.55 Mio. Franken zur Folge hatte, dies im Jahr des Direktionswechsels am KMB. Wie eingangs erwähnt, erhält das Kunstmuseum aufgrund seiner anspruchsvollen Ausgangslage ausnahmsweise einen einjährigen Globalkredit. Ab 2027 soll das Museum mit einem Dreijahres-Globalkredit in den Zyklus, wie die anderen kantonalen Museen, überführt werden. Der Globalkredit 2026 entspricht dem bereinigten Budget 2025, erhöht um den Transfer des Sonderausstellungskredits und den Teuerungsausgleich auf den Löhnen. Für 2026 ist trotz Mindereinnahmen bei Drittmitteln eine Stabilisierung mit erhöhtem Aufwand geplant. Neue Fundraising-Ansätze zeigen erste Erfolge, eine Professionalisierung wird jedoch als notwendig erachtet. Die Besetzung wichtiger Führungspositionen ist noch im Gange. Nach den im Jahr 2025 vorgenommenen Reduktionen im Ausstellungsangebot, die wie erwartet zu einem Rückgang der Besucherzahlen geführt haben, sind für 2026 wieder mehrere Sonder- und Wechselausstellungen vorgesehen. Erfreut nimmt die BKK zur Kenntnis, dass das Haus zur Gegenwart wieder bespielt werden kann. Die Sanierung des Hauptbaus erfordert grosse Aufmerksamkeit, dabei sind die Depotsituation und die Restaurierung bedeutender Werke wie Ferdinand Hodlers «Blick in die Unendlichkeit» zentrale Herausforderungen. Letztere soll öffentlich erfolgen und zusätzliche Kosten verursachen. Die Digitalisierung der Sammlung des Kupferstichkabinetts schreitet nur langsam voran und erfordert ein grösseres Projekt zur Beschleunigung.

Zum Museum der Kulturen. Aufgrund des Direktionswechsels per 1. November wurde das vierjährige Globalbudget des Museums der Kulturen in ein einjähriges umgewandelt. Ab 2027 soll das Museum mit einem Dreijahres-Globalkredit in den gleichen Zyklus wie die anderen Museen überführt werden. Das Budget für das Jahr 2026 bleibt stabil und weist keine substanziellen Änderungen zum Vorjahresbudget auf. Die wiederholte Ablehnung einer Personalaufstockung im Bereich

Bildung und Vermittlung wird kritisch beurteilt, da dieser Bereich stark ausgelastet ist. Die Provenienzforschung hat weiterhin erheblichen Einfluss auf das Budget, sowohl auf der Ertragsseite als auch auf der Aufwandseite. Das Museum der Kulturen verfolgt keine aktive Deakzessionierung und Restitutionen erfolgen auf offizielles Gesuch hin. Die Lagerungsbedingungen sind gut, allerdings muss jedoch die Lagerung der Fotobestände dringend verbessert werden. Die Digitalisierung schreitet voran. Seit Oktober 2025 sind die Sammlungen online zugänglich und künftig soll auch das Records Management erfolgen. Die Kooperationen mit der Universität Basel wurden intensiviert. Die Planung ist angesichts des Direktionswechsels anspruchsvoll. Die Umstellung auf das mehrjährige Globalbudget schätzt das Museum der Kulturen als aufwendig ein. Das Museum sieht seinen Handlungsspielraum eingeschränkt, wenn es innerhalb der Budgetperiode keinen grösseren finanziellen Spielraum gibt.

Das Historische Museum konzentriert sich in den kommenden vier Jahren auf den Umzug in den Neubau im St. Johann-Quartier, dessen Eröffnung für Mitte 2029 geplant ist. Die Budgetplanung berücksichtigt unregelmässige Ausgaben und Einnahmen, insbesondere aufgrund der temporären Schliessung ab Ende 2028. Für das Jahr 2026 steigen die Aufwendungen leicht infolge Bauentwicklung, der Eigenfinanzierungsgrad sinkt geringfügig aufgrund neuer Projektmittelregeln. Drittmittel werden weiterhin für Sonderausstellungen eingeworben, parallel dazu wird ein systematisches Fundraising aufgebaut. Das SwissCollNet-Digitalisierungsprojekt befindet sich in der Abschlussphase. Diese Digitalisierungsinitiative hat die Sammlung des Naturhistorischen Museums aufgewertet. Ein Folgeprojekt wird es leider nicht geben aufgrund der Sparmassnahmen des Bundes. Schwerpunkte der Ausstellungstätigkeit bis 2028 sind die Ausstellung «Wildlife Photographer» sowie die Verabschiedung vom Berri-Bau vor dem Neubaueröffnungsevent im 2029. Der Fokus der Provenienzforschung liegt bei den Human Ancestors, den menschlichen Vorfahren. Im Rahmen dieser Forschung werden die Provenienz und die Geschichte der Anthropologischen Sammlung erforscht. Das Naturhistorische Museum arbeitet aktuell an mehreren Restitutionen von Human Ancestors.

Die BKK empfiehlt Ihnen einstimmig, das Globalbudget 2026 für die fünf kantonalen Museen zusammen mit den Finanzen, den Wirkungszielen und den Leistungszielen zu verabschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die UVEK hat Raffaela Hanauer das Wort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie scheint nicht reden zu wollen, deshalb hat sie vielleicht in der zweiten Runde die Möglichkeit zu sprechen. Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Verdankenswerterweise hat der Präsident der Finanzkommission die Kennzahlen zum Budget so ausführlich geschildert, dass ich mich jetzt darauf beschränken kann, noch ein paar Schwerpunkte zu nennen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat ein Budget mit einem Überschuss von 8.8 Millionen. Die Personen, die nun aufgepasst haben, merken, es ist eine kleine Differenz. Die Differenz kommt daher, da die Finanzkommission zwei Anträge stellt zur Budgetverschlechterung und der Regierungsrat hat entschieden, diese nicht mitzutragen und wird das dann in der Detailberatung begründen.

Es ist ein ausgeglichenes Budget, sozusagen eine schwarze Null. Die Finanzlage ist solid, von dem her sind wir zufrieden. Was aber auffällt, ist, das Investitionsvolumen beträgt 546 Millionen. Das ist noch höher als 2025. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt gerade mal noch 47%. Wir sind also dabei, das Investitionsvolumen weiterhin zu erhöhen und wir werden uns quasi am Kapitalmarkt finanzieren müssen, da wir diese nicht mehr selber tragen können. Der Regierungsrat ist sich dessen bewusst und möchte daher auch die Investitionen zukünftig vermehrt priorisieren.

Die Steuereinnahmen. Gegenüber letztjährigem Budget und gegenüber der Rechnung 2024 haben wir Veränderungen vorgenommen, aber man kann im Grossen und Ganzen sagen, dass die Ertragssituation bei den Steuern stabil ist. Es gibt leichte Veränderungen, bisher sind aber die Tendenzen so, dass es ein leichtes Wachstum gibt. Insbesondere auch der Anteil der direkten Bundessteuer haben wir nun höher budgetiert, wobei wir hier bemerken müssen, dass es schwierig ist, die Bundessteuern zu budgetieren. Bei den Unternehmenssteuern sind wir stabil. Bei den grossen Unternehmen bleibt immer eine gewisse Volatilität, die wir berücksichtigen müssen. Und auch die Einkommenssteuern und die Vermögenssteuern, die steigen leicht, aber sind grundsätzlich stabil.

Zur Ergänzungssteuer, die wir nun das zweite Mal budgetieren. Auch wenn wir hier die Einnahmen auf 400 Millionen geschätzt haben, muss ich Ihnen hiermit auch mündlich mitteilen, dass dies eine Schätzung ist. Die ersten Steuererklärungen, die werden im Juni 2026 eingereicht werden müssen, aber auch dann sind es erst die Steuererklärungen, die Veranlagungen erfolgen später. Wir hoffen natürlich, dass wir da nicht so gross daneben liegen, aber ich glaube, eine Sicherheit werden wir erst in ein paar Jahren haben.

Nun, was sind die grossen Posten? Der Präsident der Finanzkommission hat es genannt, einerseits das Lohnmassnahmenpaket mit 17 Millionen, andererseits der Leistungsauftrag der Universität Basel, der mit 12 Millionen höher ist, und bei der Sozialhilfe, auch bei der Tagesbetreuung haben wir auch Mehrausgaben. Die Grossprojekte, die anstehen nächstes Jahr, sind vor allem Beschaffung der Elektrobusse von fast 50 Millionen, Trambeschaffung von auch fast 50 Millionen und immer noch der Neubau Naturhistorisches Museum mit 37 Millionen. Trotzdem sind die Aussichten gut, die Finanzlage ist solid.

Die Unsicherheiten, die wir haben, ist einerseits das Entlastungspaket des Bundes. Wie Sie ja mitverfolgen können in den Zeitungen, läuft diese. Wir beobachten das auch und wir werden sicher nächstes Jahr die Auswirkungen teilweise zu spüren bekommen. Die US-Handelspolitik ist auch eine Unsicherheit, auf die wir uns aber deutlich schlechter einstellen können.

Der Regierungsrat möchte Defizite vermeiden und ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen. Das wird sicher in den nächsten Jahren eine grössere Herausforderung. Wir haben den strukturellen Überschuss abgebaut, wir werden die Ausgaben stärker priorisieren müssen, damit die Finanzlage des Kantons weiterhin so solide bleibt. Die Hochrechnung 2025 zeigt uns auch, dass wir weiterhin in einer soliden Finanzlage sind. Wir rechnen jetzt trotz allem, was ich bisher gesagt habe, mit einem Überschuss von 48 Mio. Franken.

Der Regierungsrat teilt auch die Meinung der Kommissionsmehrheit, dass im Budget 2025 keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden sollen. Er wird dies jeweils bei den Departementen auch begründen und ich werde auch später auf den Antrag eingehen, welcher eine lineare Kürzung beantragt von 19 Mio. Franken. Der Regierungsrat lehnt diese Anträge ab, er lehnt aber auch die Anträge zur Budgetverschlechterung aus der Finanzkommission ab.

Ich möchte mich hier schon bedanken für die gute Arbeit in der Finanzkommission, auch für ihre eingehende Überprüfung des Budgets, ihren sorgfältigen Bericht und die immer sehr angenehme Zusammenarbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zum Präsidenten des Gerichtsrates Stephan Wullschleger.

Stephan Wullschleger: Ich möchte der Finanzkommission danken für die konstruktive und interessierte Begleitung unseres Projekts der Neuorganisation der IT der Gerichte. Wie der Präsident der Finanzkommission ausgeführt hat, sind wir hier auf gutem Weg. Wir sind im konstruktiven Dialog mit der Regierung und der IT BS und haben hier einen Weg gefunden, wie wir einerseits die Anforderungen der Gerichte an die Sicherheit unserer Daten und andererseits aber auch an einer reibungslosen Zusammenarbeit mit IT BS am besten durchführen können und haben hier eine Übereinkunft gefunden mit dem Regierungsrat, die es jetzt weiter zu konkretisieren gilt. In diesem Sinne danke ich der Finanzkommission für ihre Arbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit sind wir bei den Fraktionssprechenden. Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Ja, es ist wieder mal so weit, wir haben Budgetsitzung, das wichtigste finanzpolitische Geschäft des Jahres für ein Parlament, wo man eigentlich selbst die Weichen stellen kann für eine gesunde und für eine nachhaltige Finanzpolitik. Nachdem das Budget in den letzten Jahren völlig kritisch durchgewunken wurde und nur die SVP-Fraktion sich gegen Mehrausgaben gewehrt hat, freue ich mich heute besonders, dass wir das erste Mal seit vielen Jahren endlich mal wieder so etwas wie eine finanzpolitische Diskussion haben.

Die SVP hat selbstverständlich auch in diesem Jahr wieder Änderungsanträge eingereicht, weil wir das Wachstum beim Kanton nach wie vor sehr kritisch sehen. Die SVP-Fraktion vertritt nach wie vor die Auffassung, dass wir nicht zu wenig Einnahmen, sondern zu viele Ausgaben haben. Der Staat wächst seit Jahren uferlos. Hier möchte ich vorweg auch das Narrativ von der linken Seite etwas aus dem Spiel nehmen oder dem zumindest widersprechen, welche sowohl auf Bundesebene wie auch auf kantonaler Ebene immer mal wieder mit den Wörtern Spar- und Abbaupolitik kommen. Es ist das Gegenteil der Fall. Auf Bundesebene, aber auch auf kantonaler Ebene wurde in den letzten Jahrzehnten nirgends gespart und nirgends irgendetwas abgebaut, im Gegenteil, wir haben immer mehr Mehrausgaben, sowohl auf Bundesebene wie auch im Kanton. Wir sprechen in diesem Kanton jetzt von einem Betriebsaufwand von 5.7 Milliarden und werden wohl relativ bald auch 6 Milliarden erreichen. Wir haben das erste Mal über 10’000 Vollzeitstellen beim Kanton, nur alleine gegenüber dem Vorjahr ist das ein Anstieg von 2%. Da kann man doch wirklich nicht von Sparen oder von Abbau sprechen. Wir haben hier einfach viele Mehrausgaben und es ist keine Abbaupolitik, wenn man bei der einen oder anderen Mehrausgabe sagt, nein, dort wollen wir jetzt nicht mehr ausgeben.

Als ich in den letzten Jahren immer mal wieder kritisiert habe, dass der Kanton uferlos wächst, haben mir immer mal wieder die Finanzdirektorin, aber auch Mitglieder der Finanzkommission widersprochen. In diesem Jahr entnehme ich aus dem Bericht der Finanzkommission zumindest, dass auch auf der Seite der Regierung die Ausgabenseite nicht mehr ganz

unproblematisch angesehen wird. Das ist ja schon mal ein Anfang. Hier muss man aus Sicht der SVP-Fraktion aber dringend Lösungen finden, wie man hier dieses Wachstum auch einbremsen kann. Sehr gerne kann ich Ihnen auch mitteilen, dass die SVP-Fraktion auch in Zukunft sich für Steuersenkungen einsetzen wird. Es wurde ja auch eine entsprechend spannende Volksinitiative von der FDP als Partei eingereicht.

Leider hat auch die Finanzkommission in diesem Jahr keine mehrheitsfähigen Anträge durchgebracht, bei denen Mehrausgaben etwas eingebremst werden können. Im Gegenteil, man hat mal wieder Metzgermeister gespielt, das Budget lag auf der Waage und man ist zum Entschluss gekommen, ja, es darf noch ein bisschen mehr sein. Diese Auffassung teilt die SVP-Fraktion nicht, wir werden deshalb die Abänderungsanträge der Regierung in diesem Bereich unterstützen. Nicht, weil wir grundsätzlich gegen Schulpsychologie wären, gegen diese Schulsozialarbeit, das finden wir eigentlich eine gute Sache, wir sind aber der Meinung, dass es im Rahmen des Budgets, bei einem einzelnen Standort jetzt eine Erhöhung zu sprechen, der falsche Weg ist. Vielmehr müsste man dies dann im Detail anschauen und global anschauen, wo und welcher Bedarf dann an sämtlichen Schulstandorten besteht und wo eben nicht.

Die SVP-Fraktion wird auch den Antrag unterstützen, dass departementübergreifend 19 Millionen eingespart werden können. Ich kann Ihnen aber auch hier mitteilen, dass dieser Antrag bei uns nicht nur auf Nächstenliebe gestossen ist. Weil wir delegieren mit diesem Vorgehen unsere finanzpolitische Kompetenz an die Regierung und sagen, ja, spart ihr mal. Das kann auch zu einem Boomerang-Effekt kommen, wenn der Regierungsrat dann dort spart, wo es eben nicht so populär ist zu sparen oder wo es dann doch nicht so mehrheitsfähig wäre, beispielsweise bei der Sicherheit, beim Zolli oder beim Sport. Da es aber lediglich 19 Millionen sind, welche wir hier departementsübergreifend einsparen wollen, was 0,3% des Betriebsaufwandes sind und die Kritik der SVP-Fraktion zu diesem uferlosen Wachstum in den letzten Jahren bei der Regierung auch 0,0 Gehör fand, unterstützen wir heute diesen Antrag.

Wir bevorzugen jedoch auch in Zukunft, dass man wirklich auch hinsteht und sagt, wo man konkret weniger ausgeben möchte, wo man dieses Wachstum einbremsen möchte. Das ist eine konsequente Finanzpolitik, die auch die SVP-Fraktion seit Jahren lebt und da rufen wir auch die anderen Fraktionen dazu auf, dies zu machen. Ein sehr gutes Beispiel haben wir heute gesehen, finden wir bei der Mitte, der Abänderungsantrag von Kollege Gallacchi, der auch konkret sagt, wo man sparen möchte. Das ist eigentlich auch die Aufgabe des Parlaments und so soll das eigentlich auch sein in einer Budgetdebatte, wie das auch in anderen Kantonen gemacht wird. Trotzdem werden wir diesen Antrag selbstverständlich unterstützen.

Zu den einzelnen Anträgen der SVP-Fraktion werden wir uns separat äussern. Hier vielleicht noch formell eine Bemerkung, es hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen im Dokument, wo bei zwei Abänderungsanträgen das Budget 2024 draufsteht. Das kann ja auch mal passieren, gemeint ist selbstverständlich das Budget 2026. Wir bitten Sie insbesondere, sämtlichen Abänderungsanträgen zuzustimmen und werden uns nachher dann dazu äussern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP hat Daniel Seiler das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Den einen oder anderen wird das ja bekannt vorkommen, wir haben das jetzt schon ein paarmal gesagt. Die FDP hat auch in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass wir Richtung negative Zahlen laufen. Wir haben auch immer mal gesagt, wir sollten doch den Franken auch einmal, zweimal umdrehen, bevor das Geld ausgegeben wird. Wir haben dazu aufgerufen, hier im Saale etwas zurückhaltender zu werden mit neuen Aufgaben, neuen Ideen, leider ohne Erfolg. Immer wieder kommen neue Ausgaben und Ideen dazu. Das zeigt sich auch im Budget 2026. 240 neue Stellen, ohne die Gerichte, sollen zusätzlich geschaffen werden. Die Kreativität scheint fast keine Grenzen zu haben. Sie haben schon einiges vom Präsidenten vernommen, wir werden über einiges heute auch noch debattieren.

Mit dem Budget 2026 sind wir eigentlich schon in den roten Zahlen. Der Selbstfinanzierungsgrad, Sie haben es gehört, fällt unter 50%. Wir läuten also oder haben es schon eingeläutet, das Zeitalter der Schuldenmacherei. Bei all diesen Einnahmen, die trotzdem immer wieder wachsen, schaffen wir es nicht mehr, das Geld aufzutreiben für diese Investitionen, die zugegebenermassen hoch sind. Aber der Selbstfinanzierungsgrad, der letztes Jahr noch bei 90% war, soll jetzt auf 50% reduziert werden. Die Nettoschulden steigen, die Bruttoschulden sind bei 4.5 Mrd. Da sind wir schon länger pro Kopf in der Champions League in der ganzen Schweiz, das wird immer wieder ein bisschen vergessen. Und dann, wenn wir auf den Finanzplan schauen für die nächsten drei Jahre, da stürzt der Selbstfinanzierungsgrad nochmal ab, ist noch bei einem Drittel vom letzten Jahr. Die Schulden nehmen stark zu, die Nettoschulden gehen auf 1.2 Mrd., die Bruttoschulden knacken fast schon die 6 Milliarden-Grenze, was deutlich mehr ist wie der gesamte Haushalt. Und wir werden es nächstes Jahr voraussichtlich auch nicht schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren. Wir gehen von einem Minus von 19 Mio. aus, im 2028 sind es dann 64 Mio. und im 2029 83 Mio.

Leider müssen wir wirklich davon ausgehen, Sie haben es gehört von der Finanzdirektorin, dass wir jetzt langsam negative Zahlen haben werden im Budget. Darum hat eben auch die Minderheit der Finanzkommission gefordert, dass wir diese 19

Millionen, die wir nächstes Jahr erwarten, schon in diesem Budget reduzieren, damit wir nicht in das strukturelle Defizit reinkommen. Was wir nicht vergessen dürfen, nächstes Jahr diskutieren wir auch über dieses Prämienverbilligungspaket. Da redet man von Dutzenden, gar von 100 oder 150 Mio. zusätzliche jährliche Kosten. Wie wollen wir diese Kosten tragen? Ich mache mir wirklich Sorgen um den Haushalt, wenn wir so weitermachen, schaffen wir es nicht mehr, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, das wird nicht akzeptabel sein.

Darum haben wir unsere Forderungen formuliert, diesen Änderungsantrag und mit diesem Änderungsantrag haben wir klar darauf hingewiesen, da sind wir nicht ganz der gleichen Meinung wie der Kollege Messerli, dass wir punktuell hingehen müssen, sondern nein, wir sind eigentlich der Meinung, dass der Regierungsrat und die Verwaltung am besten wissen, wo diese Kosten eingespart werden, wo punktuell der Fokus gesetzt werden kann oder ob es halt dann linear gemacht werden muss. Daher bittet Sie die FDP, diesem Änderungsantrag zu folgen. Ich persönlich werde keinen Kürzungsantrag unterstützen, weil ich der Meinung bin, dass das in der Kompetenz der Regierung ist. Aber über weiteres werden wir nachher noch diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Wir von der Fraktion der GLP können uns den Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission weitgehend anschliessen, was die allgemeine Würdigung des Budgets betrifft, insbesondere auch dem am Schluss ausgesprochenen Dank. Das Budget 2026 sieht einen kleinen Überschuss vor bei einem sehr hohen Investitionsvolumen und einem Selbstfinanzierungsgrad von gut 47%. Die Nettoschuldenquote bleibt deutlich unter der Grenze der Schuldenbremse. Der Finanzhaushalt präsentiert sich damit zwar solide, aber mit schmalem Puffer, da Ausgaben, Investitionen und Stellenbestand weiter stark wachsen und der Finanzplan ab 2027 wieder Defizite vorsieht.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die GLP den grundsätzlichen finanzpolitischen Kurs, erwartet aber, dass die durchaus politisch gewollten Ausbauschritte, etwa beim Lohnpaket in Bildung, Gesundheit, Sozialem und mit dem Standortpaket, konsequent mit Priorisierung, Etappierung und Effizienzsteigerungen verknüpft werden. Entscheidend ist, dass Digitalisierung und Projektmanagement tatsächlich zur Dämpfung des Ausgabenwachstums beitragen und nicht umgekehrt neue Strukturen ohne erkennbaren Mehrwert schaffen. In diesem Sinne begrüssen wir die einstimmig von der Finanzkommission empfohlene Ergänzung der generellen Ausgabenüberprüfung mit einem konkreten Entlastungsziel, welche demnächst durch den Grossen Rat behandelt und dann hoffentlich mit grosser Mehrheit verabschiedet wird. Ebenfalls zielt meine schriftliche Anfrage betreffend Förderung der agilen Verwaltung durch den Einsatz von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz in genau diese Richtung.

Bemerkungen zu den Departementen. Beim BVD gehören steigende Beiträge für den ÖV, zusätzlicher Personalaufbau und hohe Investitionen in Stadtentwicklung, Unterhalt, Winterdienst und Veloinfrastruktur zu den wichtigsten Treibern des Kostenwachstums. Inhaltlich decken sich die Schwerpunkte ÖV-Ausbau und Elektrifizierung, Stadtklima, sichere Velorouten und Schulwegsicherheit weitgehend mit der GLP-Linie, weshalb diese Investitionen grundsätzlich mitgetragen werden, aber von einem strikten Kosten- und Projektcontrolling begleitet sein müssen.

Im Erziehungsdepartement steigt der Betriebsaufwand im Budget 2026 um gut 61 Mio. Franken, was sich nur teilweise mit wachsenden Schülerzahlen erklären lässt. Aus GLP-Sicht besteht hier das Risiko zunehmender struktureller Ineffizienzen, weshalb Transparenz über Wirkungen und Kosten der zahlreichen Massnahmen unerlässlich ist.

Bei der integrativen Schule hat das ED verschiedene Entlastungs- und Unterstützungsangebote eingeführt mit dem Ziel, Notmassnahmen, Spezialangebote und Einzelbeschulungen zu reduzieren. Evaluiert werden soll dies aber erst im Schuljahr 2028-2029. Gleichzeitig zeigt der Budgetbericht, dass der Bedarf an sonderschulischen Angeboten stark steigt, zusätzliche Klassen, etwa in der Waldschule Pfeffingen, nötig werden und die Zahl separativ Beschulter zunimmt, was die Frage aufwirft, ob wir mit der integrativen Schule, die wir als GLP bekanntlich grundsätzlich unterstützen, so auf dem richtigen Weg sind und ob nicht weitere Justierungen nötig sind.

Zur Schulsozialarbeit stellt die Finanzkommission klar fest, dass die personellen Ressourcen, insbesondere auf der Primarstufe unzureichend sind. Die GLP erachtet es als falsch, die von der Kommission beantragten zusätzlichen Stellen wieder zu streichen und empfiehlt, am Kommissionsantrag festzuhalten, um ein seit Jahren bekanntes strukturelles Defizit endlich anzugehen.

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement ist die Aufstockung um sechs Stellen bei der Staatsanwaltschaft vor dem Hintergrund der revidierten Strafprozessordnung unbestritten. Kritischer beurteilt die GLP hingegen den Aufbau von elf zusätzlichen Stellen für Projektsteuerung und Management. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Projektstruktur beim zügigen Abbau der vielen Projekte hilft und eine Effizienzsteigerung erzielt werden kann.

Bei den Gerichten wird die Erhöhung um rund 11.4 Stellen, insbesondere im Zusammenhang mit der ZPO- und SchKG-Revision sowie der IT-Entflechtung vom Kanton als sachlich begründet und notwendig beurteilt. Wichtig ist, dass die mit der eigenen IT verbundenen Mehrkosten durch Effizienzgewinne, Stabilität und mehr Unabhängigkeit auch tatsächlich kompensiert werden.

Im Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ist festzuhalten, dass der Aufwand in der Sozialhilfe trotz sinkender Fallzahlen weiter steigt. Die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit in Basel und die aktuelle Tendenz zu mehr Neuanmeldungen im Bereich Arbeitslosigkeit sieht die GLP mit Besorgnis.

Nun noch zu den verschiedenen Anträgen, insbesondere zum Antrag um Verbesserung um 19 Millionen, von dem Daniel Seiler vorher auch schon gesprochen hat. Die Anträge, die jetzt noch von der SVP gekommen sind zu Budgetverbesserungen, konnten wir nicht mehr als Fraktion eingehend diskutieren, aber ich werde nachher vielleicht noch dazu sprechen, wenn wir dazu kommen.

Die GLP-Fraktion unterstützt den allgemeinen Verbesserungsantrag zur Reduktion des Verwaltungs- und Betriebsaufwands um 19 Mio. Franken, weil damit ein Signal für mehr Effizienz in der wachsenden Verwaltung gesetzt wird. Erwartet werden Prozessoptimierungen, ein konsequenter Einsatz von Digitalisierung und der Abbau von Doppelspurigkeiten, so dass alle geplanten Leistungen weiterhin erbracht werden können. Der Antrag überlässt dem Regierungsrat richtigerweise die konkrete Umsetzung, linear über alle Dienststellen oder gezielt differenziert. Hier will ich nochmal betonen, dass Transferaufwände explizit ausgenommen sein sollten. Das ist leider nicht explizit so formuliert im Antrag, aber ich denke, implizit ist es klar, dass es so gemeint sein muss, weil dort auch gar kein Spielraum besteht oder auch beispielsweise bei Abschreibungen. Also es zielt jetzt klar auf Personalaufwand und Sach- und Betriebsaufwand. Und das meinetwegen linear zu verteilen, das ist möglich technisch, sonst kann ich dann auch helfen, dazu braucht man keinen Doktor in Mathematik. Aus grünliberaler Sicht würden damit keine Leistungen abgebaut, sondern das Wachstum der kantonalen Bilanz gebremst und der finanzpolitische Handlungsspielraum für die kommenden Jahre gesichert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Patrizia Bernasconi das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das Budget 2026 zeigt auf den ersten Blick ein angespanntes Bild. Der ursprünglich vom Regierungsrat ausgewiesene Überschuss von knapp über 3 Mio. Franken wirkt im Vergleich zu früheren Budgets bescheiden. Auch die prognostizierten roten Zahlen für 2027 und 2028 könnten den Eindruck erwecken, Basel-Stadt bewege sich finanziell an der Grenze des Machbaren. Doch dieser Eindruck täuscht. Zwar sind die kommenden Jahre von Unsicherheiten geprägt, steigende Beiträge an den nationalen Finanzausgleich, höhere Betriebskosten, geopolitische Spannungen sowie unsichere Gewinnausschüttungen der Nationalbank. Gleichzeitig verfügt der Kanton aber weiterhin über finanziellen Handlungsspielraum. Insbesondere die rund 400 Mio. Franken im Zusammenhang mit dem OECD-Fonds zeigen klar, es besteht Spielraum, diesen Herausforderungen aktiv zu begegnen.

Ich sage nichts Neues. Wir von der BastA haben das Basler Standortpaket kritisch bis ablehnend begleitet, aber auch wenn das Referendum zum Standortpaket nicht Obsicht hat, müssen wir und wollen wir diese Fonds weiterhin kritisch begleiten. Diese beiden neuen Fonds sollen jährlich zwischen 150 und 500 Mio. Franken erhalten, für 2026 sind 400 Mio. Franken geschätzt. Das ist eine gigantische Summe. Geld, das eigentlich der Allgemeinheit zugutekommen sollte, wird in weitergehenden intransparenten Fonds gebunden.

Die aktuelle Budgetlage bestätigt unsere kritische Haltung. Indem so viel Geld abgezweigt wird, auch wenn nur geschätzt, schränkt der Regierungsrat den Handlungsspielraum von dringend notwendigen Investitionen ein. Geld, das in Bildung, soziale Unterstützung, Klimaschutz oder bezahlbaren Wohnraum fliessen könnte, ist faktisch blockiert. Was uns aber am meisten stört, ist, dass der Regierungsrat für die kommenden Jahre ein Schreckensszenario zeichnet. Dieses Szenario ist nicht aufrichtig, denn gemäss Standortförderungsgesetz entscheidet der Regierungsrat zwar über die jährliche Zuweisung an die Fonds, muss aber dabei den Grundsatz des Haushaltsgleichgewichts berücksichtigen und das ist richtig so, damit die Finanzierung der Staatsaufgaben nicht gefährdet wird. Mit anderen Worten, die dramatisierte finanzielle Lage ist keine Naturgewalt, sondern das Resultat politischer Entscheide. Defizite sind also nicht unvermeidbar, der Regierungsrat hat es in der Hand. Eigentlich nach unserem Verständnis hätte er eine schwarze Null budgetieren müssen, auch die zukünftigen Budgets sollen ausgeglichen sein.

Gleichzeitig nehmen die Aufgaben zu. Um nur einige wenige Beispiele aus dem Bereich Erziehung und Sport zu nennen, es braucht mehr Schulräume, bestehende Schulhäuser müssen gegen Hitze geschützt werden, bezüglich Prävention ist der Lehrplan 21 noch immer nicht vollständig umgesetzt. Es fehlen Sportplätze, auch für Randsportarten. Das sind keine neuen Wünsche, das sind bekannte und dringende Aufgaben. Trotzdem befinden wir uns bereits in einer Sparlogik. Die vom Regierungsrat angemahnte Priorisierung wird sowohl im Budgetbericht als auch im Bericht der Finanzkommission mehrfach erwähnt. Ausgaben sollen effizienter gestaltet werden. Doch hier müssen wir sehr genau hinschauen. Priorisieren darf nicht bedeuten, dass notwendige öffentliche Leistungen gekürzt werden. Bildung, Gesundheit, soziale Unterstützung, öffentlicher

Verkehr und Klimaschutzmassnahmen dürfen nicht zu Sparobjekten werden. Priorisierung muss heissen, dass Mittel dort eingesetzt werden, wo sie für die Bevölkerung den grössten Nutzen bringen. Alles andere wäre eine Umverteilung zugunsten wirtschaftsfreundlicher oder wirtschaftsorientierter Projekte, die ohnehin schon über genügend Ressourcen verfügen.

Diese Sparlogik wird nun weitergeführt. Wir lehnen den Antrag der FDP klar ab, bereits 2026 vorsorglich 19 Mio. Franken einzusparen für ein erwartetes Defizit im Jahr 2027. Diese Logik führt in eine Sparspirale, heute 19 Mio., morgen 83 Mio., ohne konkrete Notwendigkeit, ohne klare Zielsetzung, aber mit spürbaren Konsequenzen für die Bevölkerung. Es handelt sich um symbolische Sparmassnahmen, die jedoch reale Auswirkungen auf öffentliche Leistungen haben. Wir teilen die Schwarzmalerei nicht. Den zwei Anträgen aus der Finanzkommission stimmen wir zu. Diese sind sinnvolle Aufgaben, die der Bevölkerung zugutekommen. Zudem werden wir von der BastA drei Budgetpostulate einreichen. Eines für eine neue Spielbaracke im Giesslipark eines für mehr naturpädagogische Arbeit und eines, das verlangt, dass der Regierungsrat anstelle des Bundes für die Finanzierung des internationalen Nachtzugs nach Malmö einspringt.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Bericht der Finanzkommission. Wir nehmen mit grosser Freude zur Kenntnis, dass die Kommission anerkennt, dass das Lohnmassnahmenpaket für die kantonalen Mitarbeitenden, insbesondere für junge Angestellte und für die Polizei, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Das finden wir auch.

Abschliessend, das Budget 2026 zeigt, dass Basel-Stadt über Handlungsspielräume verfügt. Diese werden jedoch stark eingeschränkt, indem gigantische Summen ins Standortfonds gebunden werden. Wir fordern keine vorschnellen Kürzungen bei notwendigen Leistungen, sondern gezielte Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit, Klimaschutz, bezahlbaren Wohnraum und dem öffentlichen Verkehr. Nur so bleibt Basel-Stadt ein lebenswerter, sozial gerechter und ökologisch verantwortlicher Kanton.

Wir stimmen den Anträgen der Finanzkommission zu und lehnen die weiteren Anträge zur sogenannten Verbesserung des Budgets ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat Olivier Battaglia das Wort.

Olivier Battaglia (LDP): Vor uns liegt ein Budget, das man unter dem Motto Schein und Sein stellen muss. Auf den ersten Blick präsentiert uns der Regierungsrat ein ausgeglichenes Budget, das nach allen Anpassungen der Finanzkommission mit einem minimalen Überschuss von 2.6 Mio. Franken abschliesst. Das Scheinbudget flüstert uns zu, alles in Ordnung. Doch wir als LDP lassen uns nicht von der Fassade blenden. Wir blicken auf das Sein, auf die Realität hinter den Zahlen und diese Realität zeichnet ein deutlich kritischeres Bild. Das trügerische Plus und die strukturelle Schieflage. Die Wahrheit ist, der budgetierte Miniüberschuss ist reine Kosmetik, wir verschleiern ein massives operatives Problem. Das eigentlich Betriebsergebnis des Kantons, also die Bilanz aus dem, was wir für unsere Kernaufgaben ausgeben und einnehmen, ist mit minus 277.6 Mio. Franken tiefrot. Das angebliche Plus kommt nur durch ein positives Finanzergebnis zustande, massgeblich durch eine höhere Gewinnausschüttung der BKB. Wir können doch unsere staatlichen Aufgaben nicht von der Performance der Finanzmärkte abhängig machen.

Noch alarmierender ist eine andere Kennzahl, die wahre finanzpolitische Fieberkurve unseres Kantons, der Selbstfinanzierungsgrad. Er stürzt auf magere 47,3% ab, das heisst, wir können nicht einmal die Hälfte unserer geplanten Investitionen von 546 Mio. aus eigener Kraft finanzieren. Wir leben über unsere Verhältnisse. Die logische Konsequenz nach Jahren eines soliden Nettovermögens machen wir einen historischen Schwenk und budgetieren neu eine Nettoschuld von 143.4 Mio. Franken.

Und der Blick in die Zukunft, in den Finanzplan bestätigt unsere Sorgen. Ab 2027 budgetiert der Regierungsrat strukturelle Defizite beginnend mit minus 19 Mio. Franken. Eine Minderheit der Finanzkommission, der auch die LDP angehört hat, hat genau das erkannt und eine Kürzung um eben diese 19 Mio. beantragt. Nicht als Sparübung, sondern als finanzpolitisches Signal, als Weckruf. Leider wurde dieser Antrag mit 7 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Ungebremstes Ausgabenwachstum und mangelnde Effizienz, woher kommt diese Schieflage? Die Ausgaben wachsen unkontrolliert, Personalbestände sollen um fast 248 Vollstellen anwachsen. Ja, wir anerkennen den Bedarf im Bildungsbereich und bei der Polizei, aber ein Wachstum in dieser Grössenordnung in fast allen Departementen ist ein Zeichen für einen ausufernden Staatsapparat, nicht für strategische Personalplanung. Gleichzeitig fehlt es an der nötigen Effizienz. Die Finanzkommission hat wiederholt systematische Schwächen im Projektmanagement des Kantons bemängelt. Dass IT-Projekte und Bauprojekte zu Verzögerungen kommen und zum Beispiel das Projekt Pharos bereits in der Anfangsstufe eine Verzögerung aufweist, dass im Prinzip mehrere Projekte parallel laufen, da hat die Finanzkommission äusserst grosse Sorgen, ob die Komplexität überhaupt noch zu bewältigen ist. Und bei den IWB, unserem eigenen Werk, werden die variablen Vergütungen für das Kader massiv ausgeweitet. Ein Vorgehen, das in der Finanzkommission für ein öffentlich-rechtliches Unternehmen zu Recht als kritisch beurteilt wurde.

Unsere konstruktive Haltung und klare Forderung, trotz dieser fundamentalen Kritikpunkte verschliessen wir uns nicht den Notwendigkeiten. Wir anerkennen, dass das Lohnmassnahmenpaket von über 17 Mio. Franken eine notwendige Investition ist, um im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte konkurrenzfähig zu bleiben. Und wir stehen uneingeschränkt hinter dem Basler Standortpaket. Es ist das zentrale Instrument zur Sicherung unserer Standortattraktivität. Wir begrüssen es ausdrücklich, dass die budgetierten 400 Mio. Franken aus den erwarteten Einnahmen der OECD-Mindeststeuer zielgerichtet in die Fonds für Innovation sowie Gesellschaft und Umfeld fliessen. Es ist klug, den rechtlich möglichen Rahmen hier nicht voll auszuschöpfen und die Wirkung erst zu beobachten.

Die LDP wird dem Budget 2026 zustimmen, aber wir verbinden diese Zustimmung mit einem unmissverständlichen Auftrag an die Regierung. Wir fordern eine konsequente Ausgabenbremse. Das ungebremste Wachstum, insbesondere beim Personal, muss gestoppt werden. Wir erwarten eine systematische Aufgaben- und Ausgabenprüfung in allen Departementen. Professionelles Management statt Aktivismus. Wir fordern eine Professionalisierung des Projektmanagements, um Kostenüberschreitungen und Verzögerungen wie bei vielen Projekten und Bauprojekten künftig zu verhindern. Ein glaubwürdiger Plan für nachhaltige Finanzen. Der Regierungsrat muss uns aufzeigen, wie der Selbstfinanzierungsgrad wieder auf ein gesundes Niveau zu bringen ist und die strukturellen Defizite ab 2027 verhindert werden können. Wir nehmen den Regierungsrat beim Wort, wenn er ankündigt, künftig wieder ausgeglichene Budgets vorlegen zu wollen. Wir werden ihn an diesem Versprechen messen. Es geht um nicht weniger als die finanzielle Handlungsfähigkeit und die Zukunft unseres Kantons.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzkontrolle, der Behörden, beim Regierungsrat und bei der Verwaltung für die Arbeit bedanken. Der Dank gilt aber auch vor allem unseren Steuerzahlenden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GRÜNE/jgb hat Fleur Weibel das Wort.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Die Finanzdirektorin Tanja Soland präsentiert ein ausgeglichenes Budget fürs Jahr 2026 mit einem kleinen Überschuss von rund 8 Mio. Franken, dies nach den Anpassungen der Finanzkommission und der Anpassung der Teuerung. Das ist keine schwarze Null, sondern ein kleiner Überschuss von 8 Mio. Franken. Dazu muss gesagt werden, dass wir eigentlich ein Budget mit einem sehr viel grösseren Überschuss haben könnten. Basel-Stadt hat sich aber dazu entschieden, sämtliche Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer 1:1 in die Standortförderungsfonds fliessen zu lassen und nichts für das kantonale Haushaltsbudget einzusetzen. Insofern beschneiden wir uns hier freiwillig.

Die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer ist denn auch die grosse Neuerung im Budget 2026. Die Regierung geht von Steuereinnahmen von 400 Mio. Franken aus und äufnet entsprechend die beiden Fonds im Umfang von insgesamt 400 Mio. Franken. Auch das ist eine Entscheidung, die man aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb anders hätte treffen können. Angesichts dessen, dass die Unternehmen offenbar noch nicht bereit sind, auch die Beiträge aus dem Fonds für Gesellschaft und Umwelt abzuholen, hätten wir uns hier eine zurückhaltendere Äufnung der Fonds gewünscht. So ist nämlich zu befürchten, dass die nicht abgeholten Gelder aus dem Fonds Gesellschaft und Umwelt nach ein paar Jahren ebenfalls in den grossen Innovationsfonds fliessen werden. Dies werden wir sehr kritisch begleiten.

Zu den Finanzprognosen von Tanja Soland ist mit Blick auf die letzten Budgetjahre zudem festzustellen, dass unsere Finanzvorsteherin sehr vorsichtig budgetiert. So rechnete sie im Budget 2025 ursprünglich mit einem Defizit, inzwischen ist gemäss der dritten Hochrechnung von einem Überschuss von 48 Mio. Franken auszugehen. Das prognostizierte Ergebnis hat sich also um 64 Millionen verbessert.

Angesichts dieser soliden Finanzlage, die trotz der zugegebenermassen schwierigen weltpolitischen Lage keinen Anlass für Sorgenfalten gibt, ist es sehr unverständlich, dass nun Teile der Bürgerlichen unter der Federführung von Daniel Seiler eine Sparübung mit der Brechstange durchbringen wollen. Mit einer linearen Kürzung über das gesamte Budget von 2026 hinweg soll schon jetzt auf ein Defizit von 19 Mio. Franken reagiert werden, das sich möglicherweise 2027 ergeben könnte. Dabei wurden die vorsichtigen Finanzprognosen der Regierung in den letzten Jahren immer massiv nach oben korrigiert und es besteht gerade nach der Hochrechnung zum Budget 2025 kein Anlass, weiterhin von einem Defizit im 2027 auszugehen.

Auch hat die Finanzkommission gerade erst den Bericht zur Umsetzung der Motion Christ veröffentlicht, die ein Entlastungsziel in der generellen Aufgabenprüfung forderte. Dabei war sich die Kommission einig, dass die Aufgaben gezielt auf Qualität, Effizienz und Wirksamkeit überprüft werden sollen und dass es nicht um einen Abbau von politisch gewollten Leistungen geht. Was Sie nun mit dieser völlig unspezifischen Budgetkürzung bezwecken wollen, ist alles andere als konstruktive Finanzpolitik und selbst Pascal Messerli hat darauf hingewiesen, gehen Sie doch zumindest zielgerichtet vor, anstatt einfach einmal quer über das ganze Budget zu kürzen. Es kommt mir wie eine überhastete, zuletzt auch rein symbolische Sparübung vor, einfach um des Sparens Willen. Wir möchten hier unsere bürgerlichen Ratskolleg*innen doch zu etwas mehr Gelassenheit und Umsicht aufrufen. Es gibt keinen Anlass zur Besorgung vor roten Zahlen. Selbst wenn das Budget von Basel-Stadt mal ein Defizit aufweisen sollte, zum Beispiel, weil der Kanton die massiven und ebenfalls unnötigen

Sparmassnahmen der bürgerlich dominierten Politik in Bundesbern auffangen und ausgleichen muss, dann gilt es doch immer noch zu bedenken, dass die Verschuldungsquote in Basel-Stadt weiterhin enorm tief ist. Mit 0,2 Promille liegt sie weit unter der Vorgabe der Schuldenbremse von 6,5 Promille.

Das heisst nicht, dass wir das Geld aus dem Fenster werfen wollen, auch den Grünen ist eine sorgfältige Finanzpolitik ein grosses Anliegen, gerade mit Blick auf die Zukunft. Ich zitiere Daniel Seiler und den etwas abgedroschenen Spruch; Spare in der Zeit, dann hast du in der Not, wir würden hier eher sagen; investiere in der Zeit, dann beugst du der Not vor. Denn wir sind davon überzeugt, dass jetzt Investitionen und zum Teil grössere Ausgaben notwendig sind, um in Zukunft noch höhere Kosten zu verhindern und da bitte ich Sie wirklich, sich das ganz aufmerksam anzuhören, was ich Ihnen jetzt sage. Wir investieren im Moment nämlich stark in die Transformation unserer Energieversorgung. Das kostet, aber diese Investitionen machen uns im Energiebereich unabhängiger von Krisen und Preisschwankungen. Mit der konsequenten Umsetzung der Netto-Null-Ziele reagieren wir heute auf die Klimakrise und können damit, so hoffen wir, verhindern, dass uns die verheerenden Kosten der Klimakrise einst um die Ohren fliegen werden, wie wir es uns im Moment noch nicht vorstellen können, wie teuer das wird, oder dann für unsere Kinder oder Grosskinder oder Urgrosskinder. Das gleiche gilt für die immer schlechtere psychische Gesundheit der Bevölkerung. Darauf müssen wir jetzt reagieren, indem wir jetzt in die Prävention investieren und die richtigen Prioritäten setzen, ansonsten werden wir auch hier massive Mehrkosten nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern auch in der Wirtschaft haben.

Und genau deshalb unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb denn auch die zwei moderaten Budgetanpassungen der Finanzkommission, die das Budget 2026 insgesamt um knapp 700’000 Franken verschlechtern. Sowohl mit der Aufstockung der Personalressourcen in der Schulsozialarbeit wie auch mit zusätzlichen Mitteln für Projekte gegen Einsamkeit leisten wir einen wichtigen Beitrag für das Wohlergehen der Bevölkerung, zwei sinnvolle Investitionen, die bei einem budgetierten Überschuss von immer noch 8 Mio. Franken mehr als gerechtfertigt sind. Mehr dazu dann aber in der Detailberatung.

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen zu den Departementen, zu denen wir uns in der Detailberatung nicht separat äussern werden.

Zum BVD. Mit dem Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung der Stadtraumumgestaltungspotenzials beim Fernwärmeausbau wurden zusätzliche Kreditstellen beim Generalsekretariat, bei der Stadtgärtnerei, beim Tiefbauamt sowie beim Amt für Mobilität bewilligt. Auch für die Verteilung der Gelder des Mehrwertabgabefonds wurden interne Kapazitäten aufgebaut, um Projekte besser zu bewerten und zu bearbeiten. Beide Massnahmen sind erfreulich.

Zum Gesundheitsdepartement. Was im Gesundheitsdepartement die Kosteneffizienz steigern würde, wäre eine konsequent umgesetzte gemeinsame Spitalplanung. Wir betonen das seit Jahren. Nun scheinen aber die Kantone Basel-Stadt und Baselland in eine gegenteilige Richtung gehen zu wollen, wie die aktuelle Medienmitteilung zu den neu nur noch koordinierten statt gleichlautenden Spitallisten vermuten lässt. Diese Kursänderung der beiden Basel hin zu noch weniger gemeinsamer Planung ist aus unserer Sicht angesichts der hohen Gesundheitskosten bedenklich und es ist auch bedenklich gegenüber dem Parlament, das sich mehrfach dafür ausgesprochen hat, dass die Zusammenarbeit intensiviert wird. Es sind auch Vorstösse hierzu noch hängig.

Zum JSD. Neben der enormen Zahl an Projekten, die aktuell im JSD mehr oder weniger erfolgreich umgesetzt werden können, möchten wir erwähnen, dass trotz der Stellenaufstockung bei der Stawa vor allem bei den Sexual- und Gewaltdelikten nach wie vor grosse Rückstände herrschen. Dies gilt es kritisch zu betrachten. Positiv ist hingegen, dass für die Polizeischule mehr Aspirant*innen gefunden werden konnten. Damit der Unterbestand bei der Polizei aber nachhaltig angegangen werden kann, muss nun rasch das Lohnmassnahmenpaket umgesetzt werden.

Dann noch zum WSU. Die Anpassung des Kaderreglements der IWB, die jährlich bis zu 4 Mio. Franken Mehrausgaben bedeuten könnte, sehen wir sehr kritisch. Es stellt sich die Frage, ob man die besten Leute tatsächlich nur durch hohe Vergütungen kriegt und welches Signal das an die Bevölkerung sendet, die gleichzeitig schon höhere Kosten zu tragen hat. Es mag sein, dass der Konkurrenzdruck in diesem Bereich besonders hoch ist, allerdings scheint es in anderen Betrieben des Kantons auch ohne solche Vergütungserhöhungen zu gehen. Wir erwarten hier von der Regierung ein gründliches Monitoring und eine Berichterstattung zu den effektiven Ausgabengestaltung des neuen Kaderreglements und den Bonuszahlungen.

Mit diesen Ausführungen bedanke ich mich und beantrage im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dem Budget mit den Anpassungen der Finanzkommission zuzustimmen und die Sparübung, die Teile der Bürgerlichen ohne Not und ohne klares Ziel vornehmen wollen, abzulehnen. Ebenso die Anträge der SVP.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Jessica Brandenburger das Wort.

Jessica Brandenburger (SP): Wir beraten heute ein Budget, das uns eines ganz deutlich zeigt, es gibt keinen einzigen finanzpolitischen Grund, jetzt abzubauen. Und genau das machen Sie, wenn Sie sagen, wir wollen 19 Millionen über alles sparen. Sie verhindern damit nicht den Ausbau von neuen Dingen, Sie bauen dort ab, bei den Dingen, die es schon gibt. Das Budget 2026 ist ausgeglichen. Wir haben ein Betriebsergebnis, das zwar negativ ist, aber das positive Finanzergebnis von 281 Millionen führt zu einem Überschuss in der Erfolgsrechnung, wir haben es gehört, von über 8 Millionen, auch weil die Teuerung so tief ist. Das ist mehr als solide und verantwortungsvoll.

Die Erträge entwickeln sich gut. Der Regierungsrat rechnet mit steigenden Steuereinnahmen. Auch die OECD-Ergänzungssteuer bringt im Budgetjahr 400 Mio. Mehreinnahmen und obwohl diese Mittel direkt wieder in diese Fonds fliessen, zeigt es eines, die Standortattraktivität und die Wirtschaftskraft in Basel bleiben hoch und das ist doch etwas, was Sie von der bürgerlichen Seite immer wieder als extrem wichtig betonen.

Die dritte Hochrechnung der Rechnung 2025 zeigt auch, wir schliessen dieses Jahr nicht wie geplant mit einem Minus von 16 Millionen ab, sondern voraussichtlich mit einem Plus von 48 Millionen. Die Lage ist solide. Die Verschuldung ist so tief wie kaum je zuvor und weit weg von jeder Gefahr. Unsere Nettoschuldenquote beträgt 0,2 Promille und liegt damit massiv unter der gesetzlichen Grenze der Schuldenbremse von 6,5 Promille. Selbst mit steigenden Investitionen wird diese Quote bis 2029 nur auf 1,3 Promille steigen, also weiterhin in einem extrem komfortablen Bereich.

Investitionen in die Zukunft sind notwendig und sinnvoll. Die Investitionen in diesem Budget umfassen dringend notwendige Vorhaben. Schulbauten, Klimainfrastruktur wie Fernwärme, Trambeschaffung, Digitalisierung, Spitalbauten und Stadtentwicklung. Diese Investitionen sind kein Luxus, sondern die Voraussetzung dafür, dass unsere Stadt auch zukünftig funktioniert, sozial, ökologisch und wirtschaftlich. Die angebliche Ausgabenexplosion existiert schlicht nicht. Die Herausforderungen auf der Aufwandseite sind strukturell, etwa steigende Schüler*innenzahlen, höhere Gesundheitskosten, Digitalisierung oder der Ausbau der Betreuung in den Tagesstrukturen. Das sind alles Bereiche, die wir hier drinnen immer wieder besprechen und in denen es demokratische Mehrheitsentscheide gibt. Das Lohnmassnahmenpaket mit rund 17 Mio. Franken im Budget ist eingestellt. Es ist eine Reaktion auf den Fachkräftemangel und notwendig, um uns zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen.

Wir brauchen das, weil wir wollen, dass dieser Kanton weiterhin funktioniert und dass er am Laufen bleibt. Das sieht auch die Finanzkommission so. Eine unspezifische Kürzung, wie sie eine Minderheit in der Finanzkommission beantragt hat und die auch heute wieder auf dem Tisch liegt, wäre weder wirksam noch realistisch. Es besteht kein Handlungsbedarf, da das Budget ausgeglichen ist. Eine pauschale Kürzung ist einfach Unsinn. Zudem wäre sie ein Eingriff mit der Giesskanne, also genau das, was Sie auf bürgerlicher Seite, wenn es um Ausgaben geht, immer bekämpfen, weil Sie sagen, dass es keinen Sinn macht. Also bei Kürzungen gehen wir jetzt mit der Giesskanne vor, aber bei Ausgaben nicht, da müssen Sie mir dann schon noch erklären, wo die Stringenz in diesem Vorgehen ist. Es ist nicht zielgerichtet, nicht wirkungsvoll und nicht verantwortbar. Sie wollen 19 Mio. kürzen, einzig weil der Finanzplan ab 2027 Defizite zeigt. Doch Finanzpläne sind keine Rechnungen, sie sind Trendprojektionen, sie sind politisch gestaltbar. Und die Einnahmen wachsen weiter, auch gemäss Finanzplan von 2.3 auf 3.7 Mrd. Franken bis 2029. Man kann den Finanzplan nicht einfach einseitig anschauen und diese Teile herauspicken, die einem gerade passen.

Und damit kommen wir zum Grundsätzlichen, zu den Abbaufantasien der Bürgerlichen. Diese schaffen Unsicherheiten auf Kosten der Bevölkerung. Es bedeutet konkret, weniger Mittel für die integrative Schule, weniger Pflegeplätze, weniger Unterstützung für Familien, weniger Klimaschutz, weniger Investitionen in die Infrastruktur, weniger Digitalisierung, weniger Sicherheit, weniger soziale Teilhabe. Und das ist weder notwendig noch verantwortungsvoll. Unser Kanton steht finanziell hervorragend da. Wir sind einer der stärksten Finanzplätze und auch einer der stabilsten des Landes. Wir können uns öffentliche Leistungen leisten und wir müssen sie uns leisten, wenn wir Lebensqualität, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz sichern wollen. Dieses Budget ist seriös, solide und zukunftsgerichtet.

Wir von der SP bitten Sie deshalb, das Budget 2026, so wie es die Finanzkommission vorgelegt hat, anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Remo Gallacchi für die Mitte-EVP.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Schauen Sie mal nicht nur die nächsten drei, vier Jahre an, schauen Sie mal die letzten 16 bis 20 Jahre an. Was war da? Ich weiss es gar nicht mehr, 16 oder 20 Jahre. Durchschnittlich jährlich dreistellige Millionenbeträge im Plus, nicht ein Jahr, was ein Minus ergeben hat. Und jetzt fangen teilweise Leute hier drin an zu hyperventilieren, weil im 2027 oder im 2026 ein Minus von 19 Millionen budgetiert wird. Also schauen Sie ein bisschen weiter und was geschehen ist. Wir hatten die Rechnung 2024 anfangs dieses Jahres, ein Plus von 106 Millionen. Wir haben eine Prognose für 2025, ein Plus von 50 Millionen, vielleicht wird es ja dann noch 60 Millionen. Also die 19 Millionen, die Sie einsparen möchten, da sind wir jetzt quasi mal nicht mit den Bürgerlichen einig, diese 19 Millionen, die haben Sie in den letzten zwei Jahren schon etwa fünfmal eingespart oder sechsmal eingespart. Also schauen Sie auch, was gewesen ist.

Was wurde dann mit diesen horrenden Einnahmen gemacht? Es wurden Schulden abgebaut, teilweise wieder erhöht, wie auch immer, aber grundsätzlich wurden die letzten 16 bis 20 Jahre Schulden abgebaut. In diesen 20 Jahren kamen immer wieder dieselben Argumente. Die Steuerreform 1 kam, da hiess es, in zwei Jahren gibt es ein rotes Budget. Dann kam die Steuerreform 2, in den nächsten Jahren kommt ein rotes Budget, dann kam die Steuerreform 3, da kommt wieder ein rotes Budget. Nichts ist eingetreten, aber gar nichts ist eingetreten. Die Nettoschuldenquote ist, wie schon erwähnt, weit unter 1%, im 2029 ist es 1,3%, also weit weg entfernt von 6,5%. Also ein bisschen mehr Gelassenheit könnte man hier an den Tag legen.

Dann kommt diese Unternehmenssteuer, diese zusätzliche OECD-Steuer. Da kann man dafür oder dagegen sein, die prognostizierten Mehreinnahmen hat man dann direkt in den Fonds getan, damit man vielleicht die normale Rechnung wie üblich machen kann mit, glaube ich, dieses Jahr 300 Millionen, nächstes Jahr 400 Millionen. Der Standortförderungsfonds muss mit 150 Mio. geäufnet werden und kann bis 500 Mio. geäufnet werden. Muss aber nicht. Das ist jetzt einmal ein Fonds, den ich nicht so schlecht finde, weil man da flexibel ist mit reinschmeissen oder nicht reinschmeissen. Jetzt wurde zweimal quasi das komplette Paket dort hineingetan, ohne zu wissen, ob die Wirtschaft überhaupt den ganzen Betrag wieder beantragt und ob alles wieder gesprochen wird. Frau Soland hätte auch sagen können, wir machen anstatt 400 Mio. nur 380 Mio. in den Fonds, dann wäre das minus 19 plötzlich plus eine Million.

Es ist ein Budget und diese 19 Mio. sind in einer Streuung drin, die mathematisch einfach verschwindet. Warten wir die nächsten drei Jahre ab, vielleicht ergibt sich dann wirklich, dass die Wirtschaft maximal immer nur 200 Mio. beantragt im Durchschnitt, dann macht es auch keinen Sinn, jedes Jahr 400 Mio. in den Fonds zu tun, dann könnte man 150 Mio. in die Rechnung tun, dann sieht das Leben schon wieder völlig anders aus.

Betreffend Sparen, da gehe ich quasi einig mit der SVP. Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, aus unserer Sicht Sparzwang zu machen. Das eine ist, Sie wählen konkrete Projekte aus, die Sie unterstützen oder nicht unterstützen, was die SVP seit den letzten Jahren immer wieder getan hat, mehr oder weniger mit Erfolg, aber doch konkret, wo man sparen will, so jetzt diesmal auch ein Antrag von uns, oder Sie entziehen der Regierung die Geldmittel. Nicht, indem Sie sagen, sie dürfen es nicht ausgeben, sondern sie bekommen weniger. Und weniger bekommen bedeutet, Steuersenkung. Damit können Sie quasi die Regierung zwingen, haushälterischer umzugehen.

Auch da wieder etwas nicht bürgerlich, die Bürgerlichen wollten am Anfang dieses Jahres eine Steuersenkung machen. Wir auch, gebe ich zu. Die Riehener Fraktion, welchen Couleurs auch immer, hat dies verhindert. Und jetzt ein Atemzug später, nachdem Sie eine Steuersenkung wollen, wollen Sie eine Sparrunde einläuten. Das ist jetzt etwas, das wirklich schräg in der Landschaft steht. Lassen Sie die Regierung sparen, indem Sie ihnen das Geld entziehen und Steuersenkungen machen.

Das soll jetzt aber nicht ein Freipass sein für die Linken und sagen, das Geld ist vorhanden, wir schmeissen alles raus, sondern es ist immer noch jedes Projekt anzuschauen, macht es Sinn, macht es nicht Sinn, können wir es uns leisten, können wir es uns nicht leisten, da sind wir dann unterschiedlicher Meinung und mehren das dann hier aus.

Noch ein erstes Schlusswort zu Frau Soland, im Juni verkündete sie für 2024 ein Überschuss von 106 Mio., hat dann eine Bemerkung gemacht, ich zitiere: Der strukturelle Überschuss ist abgebaut. Wir haben quasi eine schwarze Null. Mit 100 Mio. plus, naja, gut. Dann erwarte ich auch für die nächsten drei, vier, fünf Jahren, dass ein Minus von 50 bis 80 Mio. eine sehr hellrote Null ist, aber immer noch eine Null ist und nicht anfängt, auch wieder zu hyperventilieren und sagen, wir müssen sparen.

Nehmen wir die nächsten drei Jahre etwas gelassener, schauen wir, wie das Budget aussieht, schauen wir, wie die Rechnung aussieht, schauen wir, was mit dem Standortförderungspaket geht, da wissen wir nämlich noch alle nicht, wie das alles abläuft, schauen wir an, was im 2026, 2027 und 2028 passiert, und dann diskutieren wir wieder, wenn wir die Rechnungen haben, nicht das Budget, die Rechnungen, und hoffen, dass wir alle erfreut erstaunt sind, dass es dann schon wieder positiv ist. Nur damit das protokolliert wird.

Wir unterstützen das Budget der Finanzkommission und zu den einzelnen Anträgen werden wir uns dann spontan entscheiden müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Wenn wir also nächstes Jahr dann wieder hier sitzen, würde dann die Mitte ein negatives Budget unterstützen oder zurückweisen?

Remo Gallacchi: Das kommt auch von der Höhe darauf an, wenn Sie ein negatives Budget haben wie Zürich oder Waadt mit 300 und 400 Millionen, dann können wir darüber reden, dass wir es zurückweisen und sagen, so jetzt halbiert mal das

Budget. Aber wegen 20, 30, 40 Millionen die nächsten drei Jahre, wo so viele Unsicherheiten drin sind, nein, werden wir nicht zurückweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eine nächste Zwischenfrage von David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin ja nicht Mathematiker, aber etwa umgerechnet, 40 Millionen mal etwa fünf mit Bevölkerung sind 200 Millionen und Sie finden 14 Millionen bei uns wenig als vertretbares Defizit?

Remo Gallacchi: Es ist ein Budget und so wie die letzten 20 Jahre budgetiert worden ist, auch noch von Frau Herzog, es ist okay, wenn man vorsichtig budgetiert und dass es dann immer ein bisschen besser kommt. Bei 40 Millionen, ja, spielt keine Rolle, wir schauen dann, wie die Rechnung ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Jenny, darf ich Sie bitten, solche Gesten zu unterlassen? Danke. Herr Urgese.

Luca Urgese (FDP): Kollege Gallacchi macht einen Grundlagenfehler. Er blickt 16 und 20 Jahre zurück und hat das Gefühl, ja, das geht in Zukunft einfach immer so weiter, weil es in der Vergangenheit so war. Das wissen wir schlicht und einfach nicht. Aber wenn Sie ein bisschen die Augen aufmachen und in der Welt herumschauen, dann sehen Sie, wie sich das Klima, das wirtschaftliche Klima, das internationale Klima deutlich verschlechtert hat. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Und was bedeutet das für uns? Es bedeutet, dass es auch bei uns potenziell schwieriger wird. Jetzt kann man schon sagen, ja, schauen wir mal, was kommt und dann reagieren wir vielleicht., aber es ist nicht intelligente Finanzpolitik. Intelligente Finanzpolitik bedeutet, vorauszuschauen, versuchen abzuschätzen, was auf uns zukommt und sich dann entsprechend aufzustellen.

Wir können schon sagen, ja, wir machen jetzt halt mal ein Defizit, ist ja nicht so schlimm. Aber ich sage Ihnen, ein Defizit zu verhindern von Anfang an, ist deutlich einfacher, als wenn die Defizite dann schon da sind und Sie dann mit den schmerzhaften Sparpaketen kommen müssen. Denn was wir hier tun wollen, ist ja nicht sparen, es ist das Ausgabenwachstum zu bremsen. Um das geht es hier. Und wir haben dieses Ausgabenwachstum und dieses Ausgabenwachstum, das ist massiv.

Und was bedeuten denn Defizite? Defizite führen zu Schulden, Defizite bedeuten Konsum zu Lasten künftiger Generationen, weil die künftigen Generationen sind diejenigen, die das wieder abbauen müssen. Und wir haben in den letzten Jahren viele Schulden abgebaut, das konnten wir dank der hohen Überschüsse machen. Ob das auch in Zukunft so sein wird, wissen wir nicht. Sehen wir uns die Finanzplanung an, die ja nicht einfach aus der Luft gegriffen ist, da werden ja gewisse Annahmen getroffen, dann sehen Sie, dass die Schulden wieder deutlich ansteigen werden, um eine Milliarde in den nächsten vier Jahren oder drei Jahren, wenn ich es richtig im Kopf habe. Also das, was wir in den letzten Jahren mühsamst abgebaut haben, bauen wir in relativ kurzer Zeit wieder auf. Und Basel-Stadt hat nach wie vor, auch wenn wir da vorwärts gemacht haben, im kantonalen Vergleich pro Kopf immer noch eine sehr hohe Bruttoverschuldung. Lassen Sie sich nicht täuschen von der Nettoschuldenquote, die Bruttoverschuldung pro Kopf ist immer noch hoch. Um das geht es.

Also man kann jetzt schon hier hinstehen und sagen, ja, bleiben wir mal die nächsten drei Jahre gelassen, schauen wir mal, aber dann kann ich Ihnen sagen, wenn es gut kommt, schön für uns alle, wenn es nicht gut kommt, dann haben wir hier drin also richtig hässliche Diskussionen, das kann ich Ihnen sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Weibel. Diese wird entgegengenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Herr Urgese, Sie räumen damit aber auch die Möglichkeit ein, dass es gut kommen kann in den nächsten drei Jahren und dass wir deshalb ein bisschen gelassen bleiben können.

Luca Urgese (FDP): Gute Finanzplanung ist eben nicht, einfach auf das Beste zu hoffen, sondern konservative Finanzpolitik macht Sinn.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit sind wir am Ende der Redner*innenliste. Herr Wullschleger hätte das Wort, er verzichtet. Frau Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bin nicht der Ansicht, dass ich die Finanzlage dramatisiert habe in den nächsten Jahren. Die Finanzlage ist gut, sie ist sehr solide. Wir sind ein reicher Kanton, wir sind ein reiches Land. Verglichen mit anderen Ländern ist die Schweiz eines der reichsten Länder. Verglichen mit den anderen Kantonen in der Schweiz gehören wir zu den reichsten Kantonen. Also ich glaube, das ist eine Tatsache, da müssen wir uns einig sein, weil das sind Fakten. Und immer, wenn ich mit der Rating-Agentur meinen gewohnten Lunch habe mit den vielen Fragen, die Sie mir stellen, dann sagen sie mir auch immer, wir haben wirklich in der Schweiz eine sehr vorsichtige Finanzpolitik in unseren Körperschaften, wir sind sehr zurückhaltend, wir haben tiefe Schulden, wir haben alle tiefe Schulden. Von dem her ist die Ausgangslage für uns wirklich ausserordentlich toll.

Das ist ja auch schön, wir sind auf einem hohen Niveau, auch unsere Leistungen sind auf einem hohen Niveau. Es ist jetzt nicht so, dass auch der Regierungsrat in den letzten paar Jahren nicht vorwärts gemacht hat, auch Sie, wir haben auch unsere Leistungen verbessert. Ich glaube, es ist wichtig, dass man wirklich von diesem Punkt aus geht. Die Ausgangslage ist gut, ich habe nichts dramatisiert. Es schadet auch nicht, Schulden aufzunehmen. Das macht Sinn, vor allem mit unserem Investitionsniveau, weil Investitionen sind für die Zukunft. Wenn wir das nicht machen, das haben auch einige gesagt, dann wird man in 20, 30 Jahren den Preis dafür zahlen, und zwar unsere Nachkommen. Von dem her ist das auch sinnvoll.

Den einzigen Punkt, den wir etwas kritisch anschauen, ist das Aufwandwachstum. Es geht darum, sorgfältig zu schauen, welche neuen Aufgaben braucht es, wo wachsen wir, weil es viel schwieriger ist, wenn wir eine neue Leistung aufgeführt haben, die dann irgendwann wieder wegzunehmen. Daher sind wir dort vorsichtig. Also wenn Sie mir vorwerfen wollen, ich budgetiere vorsichtig, dann sage ich Ihnen, ja, beim Aufwandwachstum schaue ich sehr genau hin. Da sind wir auch im Kollegium gleicher Meinung, wir schauen alles genau an und versuchen, sehr vorsichtig zu wachsen und neue Aufgaben zurückhaltend zu übernehmen. Das scheint mir wichtig, dieser Unterschied, ich habe also, glaube ich, nichts dramatisiert.

Dann noch ein wichtiger Hinweis. Nein, die Ergänzungssteuer fliesst nicht 1:1 in den Fonds, Frau Weibel. Es tut mir leid, das ist eine Falschinformation. In den Fonds fliesst nichts automatisch. Den Fonds haben wir geschaffen, gerade weil es uns wichtig ist, dass unser Finanzhaushalt nicht aus dem Gleichgewicht kommt. Der Fonds wird jetzt budgetiert, aber erst nächstes Jahr wird entschieden, wie viel Geld genau in den Fonds fliesst. Damit haben wir mehr Sicherheit, dass eben nicht der Finanzhaushalt aus den Fugen gerät. Das heisst, auch wenn wir sagen, wir vermuten 400 Millionen, wenn wir dann sehen, das ist nicht der Fall, es sieht alles viel schlechter aus, kann man auch die Äufnung begrenzen. Das scheint mir einfach noch wichtig, das ist der Grund, warum wir das gemacht haben. Und es ist nicht so, dass alle Mehrausgaben in den Fonds fliessen. Wir haben gesagt, wenn der Finanzhaushalt es nicht verträgt, wird ein Teil von den Unternehmenssteuern, den Mehrerträgen auch in den Finanzhaushalt fliessen. Und wenn Sie das Budget genau angeschaut haben und wenn Sie das auch bei der Rechnung machen, sehen Sie, dass ein Grossteil unserer Erträge auch von den Unternehmen kommt. Das scheint mir einfach noch wichtig zu sagen.

Zudem möchte ich Sie auch jetzt schon darauf hinweisen, der Kürzungsantrag von 19 Millionen, da gebe ich Remo Gallacchi recht, das ist ein kleiner Teil. Ich gebe ihm auch recht, ob wir jetzt 20 Millionen plus oder minus haben bei unserem Finanzhaushalt von 5 bis 6 Milliarden ist das schon fast kosmetisch. Das ist etwas, was ich sogar manuell absichtlich machen könnte, was ich natürlich nicht mache. Aber wir müssen schon schauen, dass wir das ganze Bild sehen. Bei 5 bis 6 Milliarden ist so ein kleines Plus oder Minus, ja, das ist ausgeglichen, das ist einfach so im Ganzen. Ich glaube, Sie sind ja Mathematiker und besser als ich, aber ja, das verstehe ich auch so. Daher sind die 19 Millionen auf unseren ganzen Haushalt kein grosser Betrag.

Es ist realistisch, dass man das kürzen kann, aber was nicht geht, Sie können das nicht delegieren. Die Regierung hat nicht die Kompetenz, nachdem Sie das Budget beschlossen haben, zu entscheiden, wo wir was kürzen. Diese Kompetenz haben wir nicht, die haben Sie. Daher haben wir, ich sage Ihnen das, damit Sie das nachher in Ruhe anschauen können, eine Liste gemacht, wie eine lineare Kürzung aussehen würde, verteilt auf alle Departemente, auf alle Dienststellen. Der Regierungsrat hat sich informieren lassen und ist der Meinung, es ist unzulässig, diese Delegation, wir können die nicht wahrnehmen, wenn, dann müsste man eine lineare Kürzung machen, verteilt auf alle Departemente und auf alle Dienststellen. Anders ist das aus unserer Sicht nicht möglich. Ich sage Ihnen das deshalb, weil die Liste, die ist da hinten dran, wir haben gedacht, da können Sie es vielleicht nachher mal noch anschauen.

Ansonsten vielen Dank für die vielen Hinweise, vielen Dank für die Diskussion. Ich habe vor allem etwas herausgehört, was ich auch mitnehmen werde. Der Finanzplan wird bei uns nicht manuell gemacht, das heisst, wir haben unsere Parameter, die werden dann eingespielt und dann gibt es eigentlich sehr häufig ein kleines Defizit. Und nein, der Regierungsrat hat nicht vor, diese Defizite tatsächlich zu machen und daher ist der Finanzplan vielleicht etwas irreführend und ich werde das mitnehmen für nächstes Jahr, wenn wir diesen aktualisieren, dass wir dort das Thema vielleicht noch etwas näher anschauen. Weil diese 19 Millionen, die kommen ja daher und selbstverständlich haben wir das nicht vor, wir haben auch dieses Jahr irgendwann mal einen negativen Betrag gehabt im Finanzplan und wie Sie sehen, haben wir Ihnen jetzt das auch nicht so vorgelegt. Aber

ich sehe, dass das wahrscheinlich zum Teil dramatisierend wirkt oder man den Eindruck hat, wir planen hier mit Defiziten, was wir nicht wollen. Von dem her nehme ich das sicher mit, dass wir den nächsten Finanzplan vielleicht nochmal anschauen, ob wir da etwas anpassen müssen. Das scheint mir ein wichtiger Punkt.

In dem Fall besten Dank für die doch mehrheitlich gute Aufnahme, für die spannende Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hätte Frau Hanauer, sie ist nicht anwesend. Catherine Alioth verzichtet. Somit geht das Wort an Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion, auch für die verschiedenen Standpunkte. Das ist in etwa auch das, was selbstverständlich in der Finanzkommission von den Meinungen her Thema war. Vielleicht ganz grundsätzlich zu dem, was Frau Regierungsrätin Tanja Soland jetzt am Schluss gesagt hat, ich glaube, das kann man sicherlich auch mit einer weiteren Zahl noch bestätigen, dass wir ein sehr reicher Kanton sind. Das sehen Sie alleine daran, wie viel Geld wir in den nationalen Finanzausgleich bezahlen. Wären wir nämlich kein so reicher Kanton, würden diese entsprechenden Zahlungen in den NFA auch nicht so hoch sein und auch nicht in den kommenden Jahren weiterhin hoch sein respektive sogar noch weiter ansteigen. Nichtsdestotrotz ist es natürlich ein Anliegen der Finanzkommission, und das wird auch im Bericht ja sehr deutlich, Frau Regierungsrätin Tanja Soland hat es jetzt auch erwähnt, dass wir weiterhin mit ausgeglichenen Rechnungen daherkommen sollten, also sprich, dass wir schauen, dass wir bei den Ausgaben priorisieren.

Das hat der Regierungsrat in seiner Stellungnahme gegenüber der Finanzkommission bereits erläutert, Regierungsrätin Tanja Soland hat es jetzt noch einmal bekräftigt, dass wir tendenziell auf der Aufgabenseite schauen müssen, dass wir dort dieses Ausgabenwachstum im Lot halten können und dabei, und da müssen wir uns auch nicht selber in die Tasche lügen, spielen zwei wichtige Dinge eine Rolle. Ein Punkt hat Frau Brandenburger in ihrem Fraktionsvotum gesagt, ein Teil dieses Ausgabenwachstums ist begründet mit dem Wachstum der Bevölkerung, mit den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Das hat selbstverständlich Einfluss auf die Ausgaben des Kantons. Und ein zweiter Teil, und da müssen wir uns selber hier drinnen auch anschauen, dafür sind wir verantwortlich und nicht Regierungsrätin Tanja Soland und auch nicht der Regierungsrat, es werden hier in diesem hohen Hause, ich würde behaupten, und ich sage das wertneutral, fast Monat für Monat zusätzliche Ausgaben beschlossen oder beantragt, die über das hinausgehen, was der Regierungsrat vorgesehen hat. Herr Seiler hat dies, ich glaube, es war Herr Seiler, in seinem Votum auch schon erwähnt als ein Beispiel, die Idee dieser Prämiendeckelung bei den Krankenkassen. Das wird etwas sein, was selbstverständlich, wenn es kommt, das kann man wertneutral festhalten, den Staatshaushalt zusätzlich belasten will und das war etwas, was der Regierungsrat hier in diesem Saal Ihnen beantragt hat, abzulehnen. Also auch das Parlament ist völlig unabhängig, ob Sie links, in der Mitte oder rechts stehen, teilweise dafür verantwortlich, dass dieser Finanzplan und das Ausgabenwachstum weiter ansteigt.

Der von jetzt vielen erwähnte Finanzplan der kommenden Jahre, das sehen Sie auch transparent im Budgetbericht auf Seite 12, sieht vor ein Minus von 19 Mio. im Jahr 2027, er sieht vor ein Minus von 64 Mio. im Jahr 2028 und er sieht vor ein Minus von 83 Mio. im Jahr 2029. Das ist der Finanzplan, aber Sie haben Frau Regierungsrätin Tanja Soland heute gehört, Sie haben es auch im Bericht der Finanzkommission gelesen, das Ziel bleibt selbstverständlich weiterhin, dass Ihnen ein ausgeglichenes Budget jeweils präsentiert und vorgelegt wird und das ist aber, und auch das hat Tanja Soland bereits erwähnt, sicherlich in den kommenden Jahren anspruchsvoller, weil wir diesen strukturellen Überschuss mit diversen Massnahmen abgebaut haben und deshalb sicherlich auch die Finanzlage heute nicht mehr vergleichbar ist mit von vor zehn Jahren, auch das gehört selbstverständlich zur gesamten Wahrheit dazu.

Ich bin deshalb gespannt auf dann die Detailberatung, wo wir dann vielleicht den einen oder anderen Antrag auch noch diskutieren werden und vielleicht auch namentlich diesen Antrag Seiler, den Sie hier vorliegen haben, den wir in der Finanzkommission behandelt haben und der Ihnen eine Mehrheit der Finanzkommission heute zur Ablehnung empfiehlt, wie auch der Regierungsrat das getan hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Eintretensdebatte ist damit abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Budgets 2026.

Erfolgsrechnung

Die Detailberatung des Budgets erfolgt nach Departementen gemäss dem Bericht der Finanzkommission und subsidiär gemäss dem Budgetbericht. Bei jedem Departement werden zuerst die eingegangenen Anträge bekanntgegeben, danach erhält das Wort der Referent der Finanzkommission und der Vertreter des Regierungsrates. Dann folgt die Beratung der Anträge und deren Bereinigung.

Das Vorgezogene Budgetpostulat wird beim Präsidialdepartement behandelt.

Am Schluss der Detailberatung steht die Investitionsübersichtsliste.

Der Antrag zum Teuerungsausgleich auf den Personalkosten sowie der Antrag auf Kürzung des Budgets um 19 Mio. Franken werden am Schluss beim Regierungsrat und Übriges behandelt.

Wir kommen damit zur

Detailberatung des Budgets 2026.

Allgemeine Themen (Kommissionsbericht, Seite 4 bis 14)

Joël Thüring verzichtet, Frau Soland hat den Saal gerade verlassen, sonst sehe ich auch keine Sprechenden. Somit gehen wir weiter.

Gesamtkantonale Feststellungen (Kommissionsbericht, Seite 15 bis 22)

Joël Thüring verzichtet. Ich habe auch sonst keine Sprechenden eingetragen.

Präsidialdepartement (Kommissionsbericht, Seite 23)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates sowie drei Änderungsanträge der Fraktion SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Danach beraten wir das Vorgezogene Budgetpostulat. Das Wort zu diesem Departement hat Joël Thüring. Er verzichtet. Conradin Cramer verzichtet ebenfalls. Fleur Weibel hat sich gemeldet.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Bevor wir zu den Änderungsanträgen kommen, möchten wir noch ein paar allgemeine Bemerkungen zum Präsidialdepartement machen, auf die ich vorhin in der Eintretensdebatte verzichtet habe, weil wir jetzt hier nochmal sprechen und dann auch die Änderungsanträge des Regierungsrates und der SVP, die drei Änderungsanträge besprechen werden. Ich möchte, wie gesagt, zunächst ein paar allgemeine Bemerkungen machen, zunächst zur Trinkgeld-Initiative. Hier erwarten wir mit Spannung die Berichterstattung zu der ersten Vierjahresperiode, wie die Umsetzung gelaufen ist, und wir möchten vorausschicken, dass es uns wichtig ist, dass die 5% für die Jugend- und Alternativkultur korrekt berechnet und entsprechend ausgegeben werden. Bei der Gaststadt-Initiative möchten wir einfach darauf hinweisen, dass jetzt, wo Basel-Stadt vermehrt auch Austragungsort für Konferenzen sein soll, dass wir davon ausgehen, dass diese Initiative auch im Einklang mit den Klimazielen von Basel-Stadt stattfindet, Stichwort nachhaltiges Reisen, da vertrauen wir auf das Präsidialdepartement.

Und dann noch eine kritische Bemerkung zur Hauptpost, in die das Präsidialdepartement umziehen will. Hier fragen wir uns schon, warum der Kanton nicht mit einem guten Beispiel vorangeht und eine für alle statt nur für die Mitarbeitenden des PD zugängliche Dachterrasse schafft. Eine Vorbildfunktion sieht für uns anders aus und es ist aus unserer Sicht ganz klar eine verpasste Chance für einen für die Allgemeinheit zugänglichen Dachfreiraum in der Innenstadt.

Ich äussere mich jetzt auch noch zu der Anpassung der Finanzkommission, weil ich glaube, das macht jetzt dramaturgisch am meisten Sinn. Wie gesagt, zur Anpassung der Finanzkommission, und bitte entschuldigen Sie, es ist meine erste Budgetdebatte, zur Budgetanpassung der Finanzkommission, mit der der Sach- und Betriebsaufwand des Präsidialdepartements um 1800 Franken erhöht werden soll, damit Projekte im Bereich der Einsamkeitsprävention und der sozialen Teilhabe gefördert werden, hier möchten die Grünen/jgb ihre Zustimmung aussprechen. Ich habe das bereits in der Eintretensdebatte gesagt, dass wir diese Anpassung der Finanzkommission unterstützen und den Änderungsantrag der Regierung ablehnen werden. Einsamkeit stellt ein wachsendes gesellschaftliches und gesundheitliches Problem dar, das erhebliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die psychische wie physische Gesundheit der Betroffenen hat. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurden sieben freiwillige Projekte gegen Einsamkeit mit Beiträgen unterstützt und wir erachten es als sehr sinnvoll, dass mit relativ geringem Ressourceneinsatz hier weiterhin in den Quartieren eine grosse Wirkung entfaltet werden kann und beantragen deshalb, der Kommissionsmehrheit zu folgen und der Budgetanpassung zuzustimmen.

Die drei Änderungsanträge der SVP, die uns seit gestern Nacht vorliegen, lehnen wir allesamt ab. Dies schon alleine aufgrund der Kurzfristigkeit, vor allem aber auch aus inhaltlichen Gründen. Insbesondere der jedes Jahr wiederkehrende und mehr oder weniger gleichlautende Kürzungsantrag bei der Abteilung für Gleichstellung und Diversität bleibt aus unserer Sicht inhaltsleere Symbolpolitik. Schliesslich beantragen wir auch, dem Vorgezogenen Budgetpostulat von Tonja Zürcher zuzustimmen. Vielleicht äussere ich mich nochmal nach den Änderungsanträgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Möchte Herr Cramer das Wort? Generelle Debatte zum Präsidialdepartement.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich hätte nicht gedacht, dass wir jetzt in der Budgetdebatte über die Hauptpost sprechen, aber wenn das aufgegriffen wurde, dann beschäftigt es offenbar sehr. Wir haben dazu ja auch die Motion von Luca Urgese beantwortet, das ist auch im Rahmen dieser Sitzung noch später traktandiert. Ich möchte aber jetzt im Rahmen der Budgetdebatte doch anmerken, dass wir keine Budgetmittel haben für die Anmietung von privaten Flächen, um diese dann für öffentliche Rooftop-Nutzungen der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Dafür haben wir keine Budgetmittel, die müssten Sie also einfordern, vielleicht mit einem Budgetpostulat. Ich bin auch der Meinung, wir hätten gar keine gesetzliche Grundlage für so etwas, also hier müsste man dann wahrscheinlich auch mit einer Motion vorgehen. Wenn Sie das wünschen, dass der Kanton mehr staatliche Rooftops betreibt, dann wäre das wohl der richtige Weg, das so einzubringen. Und sonst danke ich für die stillschweigende und entsprechend gute Aufnahme des Budgets.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das Thema Hauptpost kommt natürlich nicht von ungefähr, Herr Regierungspräsident, wir haben uns dazu im Budgetbericht verlautbaren lassen. Die Finanzkommission beurteilt allerdings nicht, ob eine Terrasse öffentlich genutzt werden soll oder nicht. Was die Finanzkommission auch jetzt dann in Kenntnisnahme der Beantwortung der Interpellation Urgese, aber sicherlich, das haben wir auch angekündigt im Budgetbericht oder indirekt angekündigt mit unserem Budgetbericht, diskutieren und anschauen werden oder wollen, ist die Situation der Mietkosten. Da gibt es ja seitens des Regierungsrates gewisse Zusicherungen und die Finanzkommission wird darüber sicherlich noch in Austausch gelangen mit dem Präsidialdepartement.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Änderungsantrag des Regierungsrates.

Massnahmen zur Prävention von Einsamkeit (Budgetbericht FKom, Seite 24)

Erfolgsrechnung

Verbesserung um 180’000 Franken.

Herr Cramer verzichtet, Herr Thüring verzichtet, ich habe Julia Baumgartner eingetragen.

Julia Baumgartner (SP): Einsamkeit ist weit verbreitet in unserer Gesellschaft und das nicht erst seit Covid, obwohl die Pandemie die Tendenz sicherlich verstärkt hat. Sie ist über alle Generationen hinweg verbreitet und sie macht krank. Einsamkeit ist nicht laut, Einsamkeit ist leise und unscheinbar, denn Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind, ziehen sich zurück. Umso wichtiger ist es, dass wir als Kanton hinschauen, dass wir Präventionsprojekte unterstützen in den Quartieren, nahe bei den Menschen. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurden im Jahr 2024 sieben Freiwilligenprojekte gegen Einsamkeit mit Beiträgen unterstützt. Der Regierungsrat hat damals in seiner Antwort zur Motion von Pascal Pfister festgehalten, dass für Projekte ab 2026 entsprechende Mittel im Budget bereitzustellen sind. Die Finanzkommission hat für das Budget 2026 entsprechend einen Antrag zur Erhöhung des Sach- und Betriebsaufwands des Präsidialdepartements gestellt. Eine Erhöhung um 180’000 Franken, um bereits bestehende Projekte im Bereich der Einsamkeitsprävention und der sozialen Teilhabe zu fördern. Der Betrag ist eindeutig überschaubar, der Nutzen dafür hingegen sehr gross, denn Einsamkeitsprävention ist auch Gesundheitsprävention. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, der Finanzkommission zu folgen und den Änderungsantrag des Regierungsrats abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden mehr eingetragen. Herr Cramer wünscht das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für diesen Antrag. Der Regierungsrat bittet Sie, ihn abzulehnen. Einerseits einfach deshalb, weil wir Ihnen ein Budget vorlegen und dieses Budget als allumfassend genügend betrachten und im konkreten Fall jetzt hier, wenn es um diese zusätzlich 180’000 Franken für Projekte im Bereich der Einsamkeitsprävention geht, aus zwei besonderen Gründen. Der erste Grund ist, dass der Grosse Rat im Mai diesen Jahres Gelder für das gemeinsam mit der Gesundheitsförderung Schweiz finanzierte Pilotprojekt bewilligt hat. Das Pilotprojekt nennt sich kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 bis 2028. Im Rahmen dieses Pilotprojekts sollen Prävention und Intervention bei von Einsamkeitsgefühlen betroffenen jungen Erwachsenen gestärkt werden. Das Pilotprojekt ist eine gute Sache, aber es ist eben erst angelaufen und ein Pilotprojekt macht man ja deshalb, um

eben dann Erkenntnisse und Erfahrungen daraus zu gewinnen, die dann in die Konzeption neuer Projekte einfliessen können.

Und zweitens, das ist der zweite Grund für den Ablehnungsantrag des Regierungsrats, zweitens arbeiten wir seitens Regierungsrats, konkret bei mir im Präsidialdepartement, gemäss Ihrem Auftrag derzeit daran, eine kantonale Strategie zur Reduktion von Einsamkeit vorzulegen und diese Strategie wird im nächsten Jahr vorliegen. Im Anschluss an die Verabschiedung dieser Strategie ist dann vorgesehen, dass allenfalls bestehende Angebotslücken durch einen Aktionsplan geschlossen werden können und wenn dieser Aktionsplan vorliegt, dann werden wir auch abschätzen können, ob allenfalls finanzielle Mittel notwendig sind und wo finanzielle Mittel ihre grösstmögliche Wirkung entfalten können. Also wie gesagt, zuerst müssen Strategie und Aktionsplan erarbeitet werden, erst dann wissen wir, wo allenfalls finanzielle Mittel sinnvoll eingesetzt werden können und deshalb bitte ich Sie, diesen Budgeterhöhungsantrag für das Jahr 2026 abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum, weshalb wir nun direkt zur Abstimmung über diesen Antrag kommen.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

20 Ja, 75 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007881, 17.12.25 11:24:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: 75 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen sind für die Ablehnung des Antrags.

Es liegen nun drei Anträge der Fraktion SVP vor.

Dienststelle Gleichstellung und Diversität (Budgetbericht, Kapitel 3.2.2, Seite 57)

Erfolgsrechnung

Verbesserung des Personalaufwandes um 458’365 Franken, Verbesserung Sach- und Betriebsaufwand um 185’693 Franken.

Das Wort hat die Antragstellerin Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Wir von der SVP beantragen eine Kürzung von 20% bei der Abteilung Gleichstellung und Diversität. Weshalb? Lassen wir die Fakten für sich sprechen. Ich stelle Ihnen die Abteilung Gleichstellung und Diversität bezüglich Personal einmal vor. Fachstelle Gleichstellung, sieben Frauen, eine non-binäre Person, kein Mann. Fachstelle Integration und Antirassismus, sechs Frauen, ein Mann. Fachstelle für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, zwei Frauen, kein Mann. Administration, zwei Frauen, kein Mann. Total also wegen einer Doppelbesetzung, 16 Frauen, ein Mann, eine non-binäre Person. Ich denke, das spricht schon für sich selbst. Insbesondere bezüglich der Fachstelle Gleichstellung ist das doch erschütternd. Eine Fachstelle, die sich für Gleichstellung einsetzt, ist nicht ausgeglichen und das seit Jahren. Die Abteilung setzt sich also für Gleichstellung ein und selbst sind sie nicht mal im Personal ausgeglichen. Und es ist nicht so, als wäre Ihnen das nicht bewusst, denn wir von der SVP weisen darauf auch immer mit unseren Kürzungsanträgen auf diesen Missstand seit Jahren hin. Passiert ist nichts.

Schaut man noch etwas weiter zurück, kann man feststellen, dass in den letzten Jahren in dieser Abteilung ein massiver Stellenausbau stattgefunden hat. So wurden im Jahr 2020 noch rund vier Vollzeitstellen ausgewiesen, im Jahr 2025 sind wir bei 12. Das ist eine Verdreifachung. Wo diese gerechtfertigt sein soll, aufgrund von neuen und mehr Aufgaben, aufgrund von notwendigen Aktivitäten, erschliesst sich mir nicht, eine Verdreifachung. Eine Erhöhung, ja, mag vielleicht sein, aber sicherlich nicht ein derartiger Stellenaufbau. Man kann also nicht behaupten, dass der Mehrwert sich verdreifacht hat, dass

die Notwendigkeit verdreifacht wurde in den letzten Jahren. Wir haben hier derart viel mehr Stellen und man muss sagen, eigentlich ist es das Gegenteil, die Aufgaben haben sich reduziert. Auch dank der linken Ratsseite, die Lohngleichheitsanalysen gewünscht hat, haben wir heute schwarz auf weiss den Beweis, dass es keine Lohnungleichheit gibt oder nur in einzelnen Fällen und schon gar keine Lohndiskriminierung. Die Aufgaben werden also weniger, nicht mehr.

Und dann hier noch ein kleiner Hinweis auf den Sachaufwand. Solche Pins beispielsweise werden verteilt mit dem Hinweis, man soll diese auch tragen oder in Mails auch entsprechende Hinweise machen, um damit seine Aufgeklärtheit zu zeigen. Auf solchen Sachaufwand können wir verzichten. Das ist nun wirklich nicht nötig. Das sind Ausgaben, die wir sparen können.

Meine Damen und Herren, wir sprechen hier über Steuergeld. Geld, das von den Leuten und den Unternehmen zuerst weggenommen werden muss, das zuerst erarbeitet werden muss, und dieser Stellenaufbau von vier auf zwölf FTEs, diese Kostensteigerung, die ist unverhältnismässig und die spricht von einem unverantwortlichen Umgang mit Steuergeldern. Also es ist Zeit, dass wir uns hier mässigen, dass wir sorgfältig umgehen mit den Steuergeldern, dass wir hier Zurückhaltung walten lassen. Und vielleicht noch dieser Hinweis, wir haben jetzt hier eine Kürzung von 20% gefordert, also wirklich nicht eine radikale Kürzung, das ist wirklich äusserst moderat, im Vergleich zu dieser Verdreifachung ist das wirklich fast nichts. Also ich bitte Sie deshalb, dieser 20%-Kürzung, diesem moderaten Antrag hier zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Frau Nussbaumer und Frau Weibel. Sie werden entgegengenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Mich würde wundernehmen zu Ihrem ersten Argument, inwiefern eine Reduktion um 20%, wie dies zu mehr männlichen Angestellten führen kann.

Laetitia Block (SVP): Ich möchte auf keinen Fall mehr Angestellte, sondern man muss schauen, dass man sich als Abteilung ausgeglichen ausgestaltet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Auch von mir eine Frage zu dem Thema, werden Sie auch einen Kürzungsantrag von 20% bei den Volksschulen machen, wo viel zu viele Primarlehrerinnen arbeiten und bei der Finanzkontrolle, wo es, glaube ich, praktisch nur Männer sind oder machen Sie das systematisch einfach nur bei der Abteilung für Gleichstellung?

Laetitia Block (SVP): Bei dieser Abteilung ist es natürlich besonders wichtig, weil ihre Arbeit Gleichstellung ist, aber grundsätzlich spreche ich mich immer dafür aus, dass überall ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis besteht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Fraktionssprecherin für die SP ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Wir waren wieder sowas von überrascht heute Morgen über diesen Kürzungsantrag, das hätten wir so überhaupt nicht erwartet. Nein, natürlich waren wir überhaupt nicht überrascht über den erneuten Angriff auf diese Arbeit. Und immer und immer wieder und alle Jahre wieder die gleichen Argumente. Gut, jetzt der Fokus auf diese Zusammensetzung, das war jetzt relativ neu in dieser Vehemenz, aber es sind schlussendlich die gleichen Argumente und die gleiche Leier. Und liebe SVP, dieser Antrag ist so was von Copy-Paste, dass Sie dieses Mal nicht mal das Jahr geändert haben im Antrag. Es steht immer noch 2024 drauf. Es ist nicht so sorgfältig, weil das Thema ist nämlich extrem wichtig.

In der SVP-Realität ist natürlich in Sachen Gleichstellung und Zusammenhalt hier in unserem Kanton und auch schweizweit längst alles erreicht. Wahrscheinlich ist für Ihr Verständnis eher zu viel gegangen in dieser Hinsicht. Deshalb reden Sie die Arbeit der Fachstelle erneut schlecht und lancieren auch dieses Jahr wieder einen Versuch, in diesem Bereich das Budget, ich würde sagen, massiv zu kürzen. 20%, das ist massive Kürzung. In der Realität, in der ich lebe, gibt es auch in unserem wunderbaren Kanton nach wie vor ein grosses Missverhältnis in der unbezahlten Betreuungsarbeit zu deutlichen Ungunsten der Frauen oder der betreuenden Person. Sie leisten nämlich, Frauen im spezifischen, immer noch 60% davon, was sich auch immer noch negativ auf ihre Karriere und ihre wirtschaftliche Situation bis auf über ein Drittel kürzere Renten im Rentenalter auswirkt. Und auch wenn das entgegen allen Fakten und jetzt ein bisschen abenteuerlich behauptet wurde, es gibt immer noch einen massiven und grossen Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern.

Was auch sehr besorgniserregend ist, jedes Jahr werden immer mehr Frauen, queere Personen und auch Männer Opfer von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt. Zudem zeigt sich immer deutlicher, dass Männer, besonders auch junge Männer, offensichtlich mehr und mehr unter dem Druck der traditionellen Männlichkeitsforderungen unter Druck stehen und gleichzeitig wächst bei ihnen das Bewusstsein, welche problematischen Folgen diese Verhaltensweisen haben. Es ist fatal, sie in diesem Orientierungsvakuum nur sich selbst zu überlassen. Denn mangels Unterstützung und Alternativen suchen sie im Internet, wo sie aber sehr rasch auf sehr radikale, frauenhassende Protagonisten und Inhalte treffen.

2024 haben wir das erweiterte Gleichstellungsgesetz verabschiedet, worauf ich und ich weiss, auch viele hier drin sehr stolz sind. Wir von der SP wollen eine konsequente Umsetzung dieses Gesetzes in allen Bereichen. Im LGBTIQ-Bereich sind wir aktuell noch im Aufbau und in einer zweijährigen Projektphase. Dies ist sehr wichtig und wie Expert*innen berichten, ist die Nachfrage nach Unterstützung und Community-Building sehr gross. Diese Arbeit soll und muss weitergeführt werden.

Und zu den Themen der Diversität. Leider nehmen erwiesenermassen auch in unserem Kanton Fremdenfeindlichkeit, ja sogar Rassismus zu. Die Teilnahme am öffentlichen Leben und unserem Zusammenleben für Menschen mit Behinderung ist noch lange nicht barrierefrei, weder kommunikativ noch in der Fortbewegung in der Stadt noch in der Partizipation und Integration im Arbeitsleben. Für die Abteilung Gleichstellung und Diversität gibt es also in allen Bereichen sehr viel und wichtige Arbeit zu tun.

Zusammenfassend, wir brauchen dringend im Minimum die vollen budgetierten finanziellen Mittel für diese Bereiche und damit von uns, von der SP, ein ganz klares Nein an diesen erneuten unsäglichen Versuch, dieses Budget in diesem Bereich zu kürzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Frau Amacher, Sie haben jetzt tiefere Löhne und tiefere Renten angesprochen. Können Sie mir die Kausalität erklären zwischen Sach- und Betriebsaufwand in der Abteilung Gleichstellung und der Rentenhöhe der Frauen, inwiefern das miteinander zusammenhängen soll?

Nicole Amacher (SP): Ich habe das auch nicht in diesem Zusammenhang gesagt, ich habe Themen erwähnt, die wichtig sind, dass darin noch weitergearbeitet wird. Zum Beispiel wegen des Lohnunterschieds oder weil die Frauen meistens mehr Betreuungsarbeit leisten und sie weniger Erwerbslohn haben und damit auch die Renten kürzer sind. Ich hoffe, das begreifen Sie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich spreche zu diesem Antrag und auch zu den folgenden Verbesserungsanträgen der SVP. Wir haben als Fraktion diese nicht detailliert besprochen, weil sie gewohnt sehr kurzfristig kommen. Das darf man natürlich auch gerne so machen, aber für uns als GLP ist es dann schwierig, hier einheitliche Zustimmung hinzubekommen für derartige Verbesserungsanträge. Auch wenn vielleicht einzelne Anträge von einzelnen von uns möglicherweise unterstützt werden, sind wir hier quasi formal offen. Ich gehe aber davon aus, dass die meisten keine Zustimmung finden werden. Ich appelliere hier einmal mehr an meine Kollegen der SVP, das habe ich in anderen Jahren auch schon gesagt, wir sind als GLP sehr bereit, auch punktuell, anders als jetzt beim Antrag von Daniel Seiler, den wir ja nochmal besprechen werden, hinzuschauen, bei einzelnen Dienststellen Aufwandkürzungen vorzunehmen. Wir sind auch der Meinung, dass es durchaus Potenzial gibt, aber das bedarf einer eingehenden Analyse. Deshalb, solche Diskussionen würde ich viel lieber in der Finanzkommission schon führen und dann wären wir anständig darauf vorbereitet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir haben es gehört, wie jedes Jahr beantragt die SVP eine Kürzung des Budgets für Gleichstellung und Diversität und wie jedes Jahr wird so getan, als handle es sich dabei um eine harmlose Sparmassnahme, obwohl es in Wahrheit eine politische Entscheidung gegen Prävention ist. Möglicherweise auch ein wenig ideologisch gefärbt und, wie wir im Votum gehört haben, auch geprägt von tiefer Unkenntnis über die Wirkungsweise von Diskriminierung.

Meine Vorrednerin, Nicole Amacher, hat ausgeführt, dass wir 2024 ein neues Gleichstellungsgesetz verabschiedet haben. Damit wurde der kantonale Auftrag zur Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit deutlich ausgeweitet. Dieser Entscheid war richtig. Er kann jedoch nur umgesetzt werden, wenn die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen. Symbolpolitik reicht hier nicht.

Im Grossen Rat herrschte letzte Woche Einigkeit darüber, dass geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt bekämpft werden müssen. Uneinigkeit, das zeigt sich heute, besteht offenbar bei den Ursachen dieser Gewalt. Eine repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2023 unter jungen Männern in Deutschland zeigte Erschreckendes. 34% gaben an, gegenüber Frauen schon einmal handgreiflich geworden zu sein, um ihnen Respekt einzuflössen. 33% finden es akzeptabel, wenn ihnen bei einem Streit mit der Partnerin gelegentlich die Hand ausrutscht. 33%. 47% sind der Meinung, dass Frauen durch aufreizendes Verhalten selbst Verantwortung tragen, wenn Männer dies als Aufforderung verstehen. Fast die Hälfte. Diese Zahlen stammen nicht aus irgendwelchen Internetforen, sondern aus einer repräsentativen Befragung. Sie zeigen, Gewalt beginnt nicht mit dem Schlag, sondern mit Haltungen, die Gewalt legitimieren. Wir sprechen hier nicht von einem Randphänomen, sondern von einer tief verankerten gesellschaftlichen Problematik.

Femizide, 28 allein in diesem Jahr, sind nicht Tragödien aus dem Nichts, sie sind die Spitze einer geschlechtsspezifischen Gewaltpyramide. Ihr Fundament bilden misogyne, sexistische und queerfeindliche Haltungen, die sich im Alltag zeigen, in abwertenden Sprüchen am Stammtisch oder eben in der Chefetage, in der Normalisierung von Lohnungleichheit und in der Geringschätzung jener Arbeit, die für unsere Gesellschaft zentral ist. Darauf folgen verbale und nonverbale Grenzüberschreitungen, Catcalling, sexualisierte Kommentare, alltägliche Einschüchterungen. Viele Frauen in diesem Raum wissen genau, wovon ich spreche. An der Spitze dieser Pyramide stehen schliesslich körperliche Übergriffe bis hin zu Femiziden.

Wenn wir diese Gewalt wirklich wirksam bekämpfen wollen, müssen wir auf allen Ebenen ansetzen, präventiv und schützend. Genau hier leistet die Fachstelle Gleichstellung und Diversität ihre Arbeit. Ihre Tätigkeit ist für den Schutz unserer Leben genauso zentral wie jene der Kantonspolizei oder der Staatsanwaltschaft. Bei der Fachstelle zu kürzen heisst, weniger Prävention und weniger Prävention heisst, mehr Gewalt. Der Antrag der SVP ist deshalb kein Sparantrag, er will einen Angriff auf Prävention und Schutz und letztlich auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben. Die Fraktion BastA bittet Sie darum, diesen Kürzungsantrag klar abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsratspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich glaube, es wurde alles gesagt. Es ist ja, wie auch mehrfach betont wurde, nicht ganz so neu, dieser Antrag in ähnlicher Form wurde ja in vergangenen Jahren von der gleichen Fraktion auch schon gestellt. Was vielleicht schon zu vermerken ist als neue Erkenntnis, wir haben erst in diesem Jahr ein neues kantonales Gleichstellungsgesetz in Kraft gesetzt und der Grosse Rat hat mit der Verabschiedung dieses Gesetzes selbst den bestehenden Handlungsbedarf im Bereich Gleichstellung ausdrücklich anerkannt. Er hat auch den kantonalen Gleichstellungsauftrag ausdrücklich als Querschnittsaufgabe über alle Departemente durch die ganze Kantonsverwaltung verankert und er hat den Auftrag auf LGBTIQ-Personen ausgeweitet. Für diese Auftragserweiterungen hat der Grosse Rat auch selbst zusätzliche Ressourcen bewilligt, insofern wäre es denkbar inkonsequent, jetzt diese Ressourcen wieder zu kürzen. Ich betone das aber nicht zu sehr, weil ich davon ausgehe, dass eine Mehrheit das auch so sieht.

Ich glaube, wichtig ist schon auch noch der Hinweis, den Frau Stier am Schluss gemacht hat, nämlich die direkte Linie von der Gleichstellung zur Verhinderung von Gewalt. Das ist ein Thema, wo wir im Kanton auch wieder über mehrere Departemente hinweg einen Akzent setzen zusammen mit dem Bund. Ich verweise da auf die aktuelle Bundeskampagne «Gleichstellung verhindert Gewalt». Und ich glaube, auch in diesem Zusammenhang wäre eine Kürzung des Budgets nicht angezeigt in den Bemühungen, die der Kanton hier zusammen mit dem Bund angeht, und ich bitte Sie daher namens des Regierungsrats, den Änderungsantrag nicht zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der Finanzkommission beantrage ich Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Das Wesentliche dazu hat jetzt bereits Regierungspräsident Conradin Cramer auch ausgeführt. Es ist auch nicht Aufgabe der Finanzkommission zu prüfen, wo in welchem Departement oder in welcher Dienststelle das Geschlechterverhältnis wie ist. Das ist nicht das, was wir als Finanzkommission machen. Wir haben es auch von Regierungspräsident Conradin Cramer gehört, es gab in den vergangenen Jahren nicht nur eine Aufgabenausweitung, sondern es gab auch neue Funktionen, die innerhalb dieser Dienststelle Gleichstellung und Diversität dazugekommen sind, was sicherlich auch ein Teil der Begründung

für einen gesteigerten Personal- und Betriebs- respektive Sachaufwand war. Deshalb bittet Sie die Finanzkommission, diese Streichung nicht vorzunehmen und am Antrag der Finanzkommission beim Präsidialdepartement festzuhalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über diesen Antrag der SVP.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007883, 17.12.25 11:47:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 73 Nein-Stimmen gegen 22 Ja-Stimmen.

Dienststelle Staatskanzlei (Budgetbericht, Kapitel 3.2.3, Seite 59)

Erfolgsrechnung

Sachaufwandverbesserung um 57’000 Franken.

Das Wort hat der Antragsteller Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wir diskutieren sehr häufig über die Frage, wo ist jetzt eine Mehrausgabe gerechtfertigt oder wo spricht man dann von einer Abbaupolitik. Hier in diesem Bereich haben wir jetzt wirklich gar keine Abbaupolitik, das kann man jetzt wirklich nicht rechtfertigen. Und hier ersuche ich wirklich auch die bürgerlichen Fraktionen, welche jetzt insbesondere auch dafür sind, diese 19 Millionen einzusparen, dass wir hier zustimmen. Wenn wir nicht einmal die eigenen politischen Feierlichkeiten hinterfragen können, wie wollen Sie dann bitte glaubwürdig Mehrausgaben in anderen Bereichen bekämpfen und rechtfertigen, wenn wir das nicht einmal hier bei einer Feierlichkeit machen können. Wir hatten bereits im 2023 diese Feierlichkeiten rund um die Bundesratsfeier und um die Ständeratspräsidiumsfeier und jetzt haben wir Winter 2026 eine nächste Feier einer designierten Nationalratspräsidentin. Ich denke, hier ist es wirklich auch in einem verhältnismässigen Mass, wenn wir das kürzen. Andere Kantone zeigen, dass es auch mit weniger Aufwand geht. Es gibt sogar auch den Ständeratspräsidenten aus Graubünden, der ganz auf solche Feierlichkeiten verzichtet.

Und es wird immer wieder das Argument genommen, wir müssen uns doch in Bern als Kanton Basel und als Region repräsentieren und dürfen doch hier nicht sparen. Da möchte ich gerne noch eine Anekdote erzählen. Ich kann mich noch gut erinnern, als wir vor ein paar Jahren diese Diskussion hatten rund um die Bundesrats- und Ständeratspräsidiumsfeier von Herrn Jans und Frau Herzog. Dort gab es ein Telebasel-Talk, meine Grossratskollegin Frau Block war dort mit Altregierungsrat Hans-Peter Wessels und er hat dann gesagt, ja, wir konnten jetzt Herrn Bundesrat Rösti genau zeigen, wo der Rheintunnel aufhört und wo der Rheintunnel beginnt. Das Resultat später war dann, dass die ganzen Fraktionen, welche in Bundesbern einen Nationalrat stellen, bis auf eine Fraktion dann diesen Rheintunnel abgelehnt haben und der Rheintunnel dann auch bei der Bevölkerung keine Mehrheit gefunden hat. Und wenn das am Ende des Tages das Resultat sein soll, dass wir hohe Feste feiern, damit wir uns besser repräsentieren können in Bundesbern und dann die eigenen Projekte noch selbst versenken, dann ist wirklich dieser Output relativ gering.

Und wenn wir jetzt irgendwie noch argumentieren, wir haben noch das Herzstück und wir müssen uns doch jetzt bei dieser Nationalratspräsidiumsfeier für das Herzstück zusammenreissen und dort lobbyieren und dann die Antwort aus Bundesbern kommt, dass das Herzstück dann 2090 statt 2095 kommt, dann können wir doch auch hier ganz klar sagen, dass ein solches Fest in dieser Höhe nun wirklich keinen Mehrwert hat für die Bevölkerung, für den Kanton Basel und für die Region. Und entsprechend, wir sagen ja nicht, dass wir gar keine Feier wollen, wie das jetzt im Kanton Graubünden der Fall ist, wir möchten einfach moderat kürzen und wenn man hier nicht kürzen kann, dann frage ich mich dann schon auch, wenn man

dann diese 19 Millionen an den Regierungsrat delegieren möchte, wo möchte man dann bitte kürzen, wenn wir nicht einmal die eigenen Feierlichkeiten in Frage stellen und auch reflektieren können.

Entsprechend bitte ich Sie, dieser moderaten Kürzung um 75’000 Franken zuzustimmen, damit wir auch ein Signal geben. Wir leben in schwierigen Zeiten, die Bevölkerung hat es nicht einfach und entsprechend ist es auch nicht immer super, wenn wir dann hier als Kanton oder auch als Grossratsmitglieder oder als Nationalratsmitglieder Feste feiern, die dann in dieser Dimension sind. Hier sind vielleicht auch 125’000 aus unserer Sicht, aus Sicht der SVP genug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring verzichtet, Herr Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Seit 1848 stellte unser Kanton sieben Mal den Nationalratspräsidenten und der letzte Präsident, das war Alfred Schaller, das ist schon etwas her, 1967 war das, und 60 Jahre später wird aller Voraussicht nach Nationalrätin Katja Christ den Nationalrat präsidieren können. Das ist eine grosse Ehre für unseren Kanton und auch für ihre Wohngemeinde Riehen. Und es ist, glaube ich, unbestritten, dass wir dieses Präsidium dann am 2. Dezember 2026 angemessen feiern werden, zusammen mit der Bevölkerung, zusammen mit der kantonalen und kommunalen Politik sowie mit den Mitgliedern der eidgenössischen Räte. Der Regierungsrat beantragt Ihnen dafür, 200’000 Franken ins Budget einzustellen. Diese Zahl basiert auf unseren Erfahrungswerten. Das Fest für Ständeratspräsidentin Herzog im Dezember 2023 hat Basel-Stadt 240’000 Franken gekostet, das Bundesratsfest für Beat Jans, das war ebenfalls im Dezember 2023, hat 225’000 Franken gekostet.

Tatsächlich ist natürlich diese Häufung eidgenössischer Grossfeiern ungewöhnlich, aber, das darf man auch vermerken, sie ist positiv für unseren Kanton. Wir profitieren von den Eindrücken und den Beziehungen, die diese Präsidialjahre mit sich bringen und die eben auch an diesen Feiern vermittelt und gepflegt werden. Wir möchten seitens Regierungsrats die eidgenössische Tradition der Präsidiumsfeiern nicht in Frage stellen und möchten auch unserem Ruf gerecht werden, dass, wenn Basel einlädt, es dies in würdigem und grosszügigem Rahmen tut.

Entsprechend beantragen wir Ihnen, den Kürzungsantrag abzulehnen in der Meinung, dass die erste Nationalratspräsidentin unseres Kantons und das erste Präsidium nach 60 Jahren eben eine angemessene Feier verdient, genauso wie das die Ständeratspräsidentin und der Bundesrat vor zwei Jahren verdient haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Die Finanzkommission hält an ihrem Budget für das Präsidialdepartement anhaltend fest. Wir haben uns auch nicht intensiv mit der Frage beschäftigt, was jetzt angemessen erscheint oder nicht. Aus unserer Sicht ist dieser im Budget eingestellte Betrag entsprechend angemessen für diese Feierlichkeiten. Wir bitten Sie also, den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

18 Ja, 71 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007885, 17.12.25 11:55:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 71 Nein-Stimmen gegen 18 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Dienststelle Statistisches Amt (Budgetbericht, Kapitel 3.2.6, Seite 68)

Erfolgsrechnung

Personalaufwand, Verbesserung um 179’000 Franken

Sach- und Betriebsaufwand, Verbesserung um 30’000 Franken

Das Wort hat der Antragsteller Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Der Regierungsrat beantragt, die Schaffung von insgesamt drei zusätzlichen Stellen im Statistischen Amt primär mit dem Ziel, interne KI-Beratungen für Dienststellen anzubieten, KI-gestützte Anwendungen zu entwickeln und ein kantonales KI-Register zu bewirtschaften. Die SVP-Fraktion anerkennt die Notwendigkeit, sich als Kanton mit den Möglichkeiten und Herausforderungen der künstlichen Intelligenz auseinanderzusetzen. Insbesondere verstehen wir, dass die Einführung und Führung eines neuen kantonalen KI-Registers einen gewissen administrativen Mehraufwand generiert, weshalb wir die dafür vorgesehene eine Stelle grundsätzlich mittragen. Hinsichtlich der beantragten zusätzlichen zwei Stellen für die Entwicklung KI-unterstützter Anwendungen und die Etablierung einer internen KI-Beratungsposition sind wir jedoch der Ansicht, dass dieser Ausbau zum jetzigen Zeitpunkt zu weit geht. Die Digitalisierung und die Nutzung neuer Technologien sind zentrale Aufgaben, die jedoch primär durch Effizienzsteigerungen innerhalb der bestehenden Strukturen aufgefangen werden müssen, anstatt reflexartig neue Planstellen zu schaffen.

Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass die Aufgaben im Bereich der KI-Beratung und der initialen Toolentwicklung vorerst durch folgende bestehende Ressourcen abgedeckt werden könnten. Erstens, die notwendige Expertise und die Beratungsfunktionen können in einer ersten Phase durch die bestehenden zentralisierten IT-Dienststellen des Kantons, IT Basel-Stadt, bereitgestellt werden. Eine Zersplitterung der IT-Kompetenzen durch den Aufbau paralleler spezialisierter Einheiten in einzelnen Ämtern erachten wir als nicht zweckmässig. Zweitens, für spezifische hochkomplexe Projekte oder initiale Machbarkeitsstudien kann bei Bedarf auf externe private Expertise zurückgegriffen werden. Dies ermöglicht einen flexiblen Zugang zu Spitzen-Knowhow ohne die Fixkosten dauerhaften Personalaufstockungen.

Es ist unser politisches Ziel, die Verwaltung schlank und effizient zu halten. Die beantragten zwei Stellen für die internen Anwendungsentwicklungen stellen eine unnötige Vorinvestition in interne Kapazitäten dar, deren Auslastung und Effizienzgewinn noch nicht hinreichend belegt sind. Daher beantragt die SVP-Fraktion die Streichung des beantragten Stellenzuwachses von zwei Stellen für die Entwicklung KI-unterstützten Anwendungen. und eine entsprechende Reduktion von Personal- und Sachaufwand im Budget des Statistischen Amtes.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Dieser Antrag macht für uns gar keinen Sinn. Sie wollen immer Effizienz, sie wollen innovativ sein und jetzt gibt es hier einen Antrag, um mit den modernen Technologien weiterzugehen, damit wir Leute haben, die sich damit auskennen, damit wir auch über die Sicherheitsrisiken, die diese Technologien vielleicht mitbringen können, damit wir das fundiert haben in diesem Kanton, und das wollen Sie jetzt streichen? Es ist eine Investition, das bedeutet, sobald diese Leute angefangen haben zu arbeiten, sobald man weiss, wie es funktioniert, dann kann Effizienz gewonnen werden. Und wenn Sie jetzt hier streichen, dann werden wir halt nicht effizienter. Darum lehnen wir diesen Antrag ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich bitte Sie auch, diesen Antrag abzulehnen. KI ist ein wichtiger Bereich und dort liegt, glaube ich, auch ein grosser Schlüssel für den Effizienzgewinn. KI muss aber auch richtig eingesetzt werden und ich freue mich sehr, dass der Kanton hier vorangehen will, dass er auch nicht zu lange warten will, sondern jetzt sogleich einsteigen will. Wir müssen diese Thematik angehen und ich bin auch überzeugt, dass die Angliederung ans Statistische Amt ein spannender Gedanke ist, weil KI natürlich mit IT zu tun hat, aber KI hat vor allem mit viel Daten zu tun und die liegen im Statistischen Amt und ich erwarte spannende Projekte und bitte Sie darum, den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich unterbreche die Sitzung hiermit.

Schluss der 41. Sitzung

12:00 Uhr

Protokoll

der 42. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 17. Dezember 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Lukas Faesch (LDP), Salome Bessenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK 2
56.1. Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton) 26
57. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026–2029..... 26
58. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029 32

Beginn der 42. Sitzung

Mittwoch, 17. Dezember 2025, 15:00 Uhr

56. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

[17.12.25 15:00:58, 25.5499.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit dem Änderungsantrag. Regierungsrat Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Am Vormittag sah es noch so aus, als gäbe es noch einige Sprecher zu diesem Änderungsantrag. Das ist jetzt aber nicht mehr der Fall, das heisst, ich kann die Sache beschleunigen.

Nochmals vielleicht für uns alle zur Erinnerung, heute Vormittag hat die SVP den Antrag gestellt, den vom Regierungsrat beantragten Stellenzuwachs beim Statistischen Amt für KI-Fachexperten zu kürzen, dies mit dem Argument, dass der Ausbau zu weit gehe und insbesondere auf die Stellen für die KI-Beratung und die Tool-Entwicklung teilweise verzichtet werden soll. Diese Aufgabe solle von IT BS oder punktuell über externe Expertise abgedeckt werden können.

Dazu möchte ich schon gerne im Namen des Regierungsrats Stellung nehmen. Bereits jetzt ist eine Aufgabenteilung zwischen dem Statistischen Amt und der IT BS beim Thema KI vorgesehen. IT BS ist dank ihres Fachwissens bezüglich Infrastruktur zuständig für Aufbau, für Betrieb und für die Skalierung der sogenannten Daten- und KI-Plattform. Auf dieser technischen Basisinfrastruktur kann KI datensouverän und auch datenschutzkonform verwendet werden. Und deswegen hat der Regierungsrat auch bei der IT BS entsprechende Stellen beantragt. Demgegenüber verfügt das Statistische Amt über exzellente Kenntnisse in der Datenbewirtschaftung und der Datenanalyse. Und der Einsatz von KI ist ja letztlich nichts anderes als eine Art von Datenbearbeitung, eine fortgeschrittene Datenbearbeitung. Der Regierungsrat ist deswegen überzeugt, dass wir mit der vorgeschlagenen Aufgabenteilung das Potenzial von KI für die Verwaltung und damit natürlich auch für einen modernen Service Public bestmöglich realisieren können.

Wenn wir diese Stellen nun kürzen, dann können wir die Vorzüge der KI für die Verwaltungsarbeit nicht angemessen nützen. Wir arbeiten im Kanton unter anderem mit sehr heiklen Daten, denken Sie etwa an die Daten beim Amt für Sozialbeiträge oder bei der Steuerverwaltung. Die Verarbeitung dieser Daten kann mit KI-Hilfsmitteln deutlich beschleunigt werden, deutlich verbessert werden. Mit den beantragten Stellen beim Statistischen Amt können KI-Modelle und Anwendungen für diese speziell schutzbedürftigen Bedürfnisse der Verwaltung entwickelt und danach eben auch komplett datenschutzkonform eingesetzt werden. Und gleichzeitig können wir mit den beantragten Stellen sicherstellen, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung geschult sind und die Veränderungen, die KI für die Arbeitsabläufe zweifelsohne bringen wird, auch mittragen können.

Es ist ja auch so, dass die KI, wie wir sie heute besitzen, immer noch die schlechteste ist, die es jemals geben wird. Die Technologie und damit ihre Einsatzmöglichkeiten werden sich in den kommenden Jahren weiter rasant verändern und darum ist es erst recht von zentraler Bedeutung, dass wir in der Verwaltung internes Fachwissen aufbauen und unseren Mitarbeitenden zur Verfügung stellen. Und genau dafür sollen eben diese KI-Experten beim Statistischen Amt auch zuständig sein. Die Nachteile des Beizugs von externen Fachpersonen sind demgegenüber beachtlich. Wenn nämlich jedes Departement andere Firmen für eigene Projekte engagiert, dann sind nicht nur die Kosten für den Kanton hoch und wohl höher, es entstehen dann auch in jedem Departement oder sogar auf Ebene Dienststelle Abhängigkeiten, der Einsatz von KI würde Gefahr laufen, unkoordiniert zu verlaufen und genau das wollen wir eben vermeiden.

Und dazu kommt, und das ist vielleicht sogar formell fast das wichtigste Argument, dass all diese Gedanken und Vorschläge nun ja in einem Ratschlag gebündelt sind und dieser Ratschlag der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen wurde. Dort wird materiell über die Verwendung der Budgetmittel entschieden. Das heisst, der Grosse Rat wird nach einer einlässlichen Vorberatung durch die Finanzkommission Gelegenheit haben, über eben genau diese Stellen noch zu reden. Insofern wäre es jetzt, wo das Geschäft beim Grossen Rat liegt, etwas sonderbar, jetzt schon in der Budgetdebatte dem Grossen Rat selbst die Möglichkeit zu nehmen, dann fundiert über diesen Ratschlag beraten zu können. Auch aus diesem Grund bitte ich Sie namens des Regierungsrats, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Auch die Finanzkommission beantragt Ihnen wie der Regierungsrat, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Wir haben uns in der Finanzkommission mit dem Thema KI auseinandergesetzt, auch mit dieser Schnittstelle zwischen statistischem Amt, im Präsidialdepartement angesiedelt, und dann den zusätzlichen Stellen, die es auch bei IT BS geben wird und wir sind nicht zum Entschluss gekommen, dass es hier eine Kürzung benötigt. Wir werden, das hat auch jetzt Regierungspräsident Conradin Cramer ausgeführt, zu dieser Thematik KI und dem entsprechenden Ratschlag, mit dem auch verbunden ein Nachtragskredit ist für das Budget 2026 uns noch einmal dann auch intensiver mit der gesamten Konstellation und Thematik KI befassen, die ja nicht morgen schon ablaufen wird, sondern diese Diskussion, das hat Regierungspräsident Conradin Cramer gesagt, hat ja letztlich auch beim Kanton erst begonnen. Ich bitte Sie also, diesem Antrag der Fraktion der SVP nicht stattzugeben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung über diesen Antrag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

13 Ja, 82 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007888, 17.12.25 15:07:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 82 gegen 13 Stimmen.

Wir kommen zum vorgezogenen Budgetpostulat Tonja Zürcher, Präsidialdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung Plankton. 65’000 Franken. Der Regierungsrat hat das vorgezogene Budgetpostulat erfüllt mit einer Budgeterhöhung von 65’000 Franken, Budgetbuch, Seite 323. Gibt es dazu Anträge?

Es gibt keinen Antrag. Damit hat Joël Thüring das Wort. Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet. Ich habe keinen Sprechenden eingetragen. Das vorgezogene Budgetpostulat ist erledigt.

Damit verlassen wir das Präsidialdepartement und gehen zum Bau- und Verkehrsdepartement über. Kommissionsbericht, Seite 27. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Mitte-EVP vor.

Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten anschliessend den Änderungsantrag. Das Wort zum Departement hat zuerst Joël Thüring. Er verzichtet. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls. Raffaela Hanauer hat sich als Einzelsprecherin eingetragen.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Kommt das Globalbudget erst später?

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Globalbudget behandeln wir erst etwas später.

Somit haben wir keine Sprechenden eingetragen. Es liegt auch hier ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Stadtgärtnerei Budgetbericht Kapitel 3.3.3 Seite 116. Erfolgsrechnung, Personalaufwandverbesserung um 256’000 Franken. Das Wort hat der Antragsteller Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Im Rahmen des Stadtklimakonzepts will der Regierungsrat mit einem neuen Förderprogramm Kleinprojekte unterstützen und ein entsprechender Ratschlag wurde im Oktober 2025 an die UVEK überwiesen. Der Entscheid des Grossen Rates steht noch aus.

Diese Projekte sollen durch den Mehrwertabgabefonds finanziert werden und natürlich, wie es leider nicht anders zu erwarten war, sollen Personalressourcen von weiteren 1,6 Full-Time-Employees Equivalents eingerichtet werden. Im Ratschlag beantragt der Regierungsrat eine auf vier Jahre befristete Stelle für die Gesamtprojektleitung und eine gleich befristete Stelle für die Bauberatung. Wir sprechen also insgesamt nicht über eine Ausgabe für 160 Stellenprozente im 2026, sondern über vier Jahre gesehen über eine Ausgabe von 1,025 Mio. Franken, schön verdaulich verpackt in kleine Tranchen.

Wir sehen wieder einmal den bedauerlichen Reflex von Regierung und Verwaltung, bei einer neuen Aufgabe sofort nach neuen Stellen zu rufen und die SVP stellt sich dezidiert gegen diesen ungesunden Automatismus. Es zeigt sich an diesem Beispiel schön, wie Regierungsrat und Verwaltung gefangen sind in einer Gedankenwelt, welche offensichtlich andere Lösungen als neue Stellen nicht kennt. Richtig wäre aber, dass statt neue Stellen zu schaffen, prioritär bestehende Ressourcen durch Weiterbildung, Prozessoptimierung und ähnliches genutzt werden oder die Überlegung, kann eine Aufgabe durch Umschichtung von Ressourcen erledigt werden. Und diese Überlegungen vermissen wir ein ums andere Mal, wenn es um neue Aufgaben in der Verwaltung geht.

Und noch einmal, der Regierungsrat redet von 160 Stellenprozenten auf vier Jahre befristet. Wer es glaubt, wird selig. Für Staatsstellen gilt mit starker Tendenz die Gleichung, eingerichtet gleich permanent. Ja, geschätzte Damen und Herren, in diesem Grossen Rat reden wir ja so gerne über Anreize. Die SVP nimmt Sie beim Wort, bitte, geben wir dem Regierungsrat einen Anreiz, motivieren wir ihn dazu, aus diesem Gedankengefängnis auszubrechen, dass es immer neue Stellen braucht, statt dass er die Überlegung anstellt, wie er mit den bestehenden Arbeitskräften, Wissen und Erfahrung die neue Aufgabe erledigen kann.

Die SVP beantragt deshalb, auf diese 1,6 neu vorgesehenen Stellen zu verzichten und die weitere Umsetzung der Förderprogramme im Rahmen der bestehenden Ressourcen sicherzustellen. Entsprechend sind die Personal- und Sachaufwände zu kürzen.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Änderungsantrag zu unterstützen und danken Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Sie können sich vorstellen, dass ich hier sofort auf die Bühne springen muss, wenn ich Beat K. Schaller zuhöre. Das ist wahrscheinlich der gleiche Reflex, den er hat, wenn es um Themen geht, die etwas mit Klima oder Biodiversität zu tun haben könnten. Wenn es jetzt einmal einen Grund hat, wirklich hier auch klar, auch nachvollziehbar zu sehen, dass es wirklich auch mehr Ressourcen braucht, dann ist es hier. Im Moment ist es so, dass die Stadtgärtnerei auch heute schon viele neue Aufgaben übernehmen muss im Zuge des Stadtklimakonzeptes natürlich. Und wir haben auch sehr schön vorher gehört, dass es bei diesen ganzen Massnahmen, die wir ergreifen, ja wirklich um eine Investition in die Zukunft unserer Stadt geht und dass wir hier auch Massnahmen umsetzen, die ganz und gar im Sinne der Stadtbevölkerung sein sollten, weil sie für das weitere Überleben in dieser Stadt sehr förderlich sind.

Wir haben heute eine Fläche, die die Stadtgärtnerei bearbeitet, von etwa über 360 Hektaren. In diesem neuen Auftrag, den wir der Stadtgärtnerei geben,geht es wirklich auch um die Erhöhung der Flächen, die die Stadtgärtnerei bearbeiten muss. Wir gehen davon aus, dass wir es mit einem erhöhten Flächenbedarf zu tun haben, wenn wir in Privatgärten gehen und dort auch Massnahmen ergreifen wollen, die für die Biodiversität und auch für das Klima positive Effekte erzeugen sollen. Deshalb ist es auch ganz klar sehr einfach nachvollziehbar, dass man mehr Arbeitskräfte braucht, wenn man grössere Flächen bearbeiten muss.

Es geht ja hier vor allem auch um die Qualitätsförderung der Beratung von Privatleuten, damit sie ihre Massnahmen auch zielgerecht machen können und auch wirklich im Sinne des Gesamtkonzeptes, das wir mit dem Stadtklimakonzept ja haben, dass sie die Qualität in ihren Gärten eben verbessern. Und da braucht es halt nun mal einfach Fachleute, die da hingehen und die Leute beraten und ihnen zeigen, welche Möglichkeiten bestehen. Wenn dann Ansprüche an die Stadtgärtnerei kommen, indem man Projekte eingibt, dann muss es jemanden auf der anderen Seite geben, der diese Projekte bewertet und beurteilt. Das bedeutet auch wieder mehr Arbeit und es ist ein grösserer Aufwand. Aber es ist nicht etwas, das wir einfach jetzt einmal machen und das nachher keine Wirkung hat, sondern wir, die ganze Bevölkerung in der Stadt, werden davon profitieren.

Es ist sehr erfreulich, dass man sieht, dass mehr Arbeit zu leisten ist und dass man das auch will und dass man auch bereit ist, die Qualität zu erhöhen. Es ist auch ganz klar, dass wir, wenn wir gewisse Massnahmen wie zum Beispiel bezüglich meiner Motion zum Abbau von Barrieren halt auch Massnahmen ergreifen müssen, um die Qualität dieser Korridore zu

erhöhen, und das können wir nicht auf diesen Flächen machen, die die Stadtgärtnerei öffentlich schon hat, sondern wir brauchen da wirklich die privaten Flächen. Dieses Zusammenspiel soll besser funktionieren und dafür braucht es Qualität und es braucht gute Leute, damit wir das umsetzen können.

Deshalb beantragen wir natürlich, diesen Antrag der SVP in Bausch und Bogen abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Leonie Bolz.

Leoni Bolz (SP): Der Kürzungsantrag der SVP wurde sehr kurzfristig eingereicht, noch dazu zu einem Geschäft, das in der UVEK noch nicht behandelt wurde. Abgesehen vom Vorgehen ist der Antrag aus Sicht der SP auch inhaltlich nicht sinnvoll. Eine Kürzung der 1,6 zusätzlich geforderten Stellen in der Stadtgärtnerei bezüglich dem Anreizsystem im Förderprogramm Grünes Basel ist nicht nachhaltig. Denn mit diesem Förderprogramm unterstützt der Kanton kleine Begrünungsmassnahmen von Privaten, die in ihrer Gesamtheit eine grosse Wirkung entfalten können. Hauseigentümer:innen werden dabei gezielt in ihren Begrünungsbestrebungen unterstützt.

Es erstaunt mich nicht besonders, dass die SVP gegen Begrünungsmassnahmen ist. Dass sie Investitionen von Hauseigentümer:innen, die sie sonst gerne fördert, nicht mit den nötigen personellen Ressourcen unterstützen will, erstaunt mich hingegen schon etwas. Denn ohne gute Beratung und ohne Prüfung der einzelnen Projekte und deren Koordination ist eine solche Förderung kaum zufriedenstellend umsetzbar. Würde die finanzielle Unterstützung beispielsweise erst zwei Jahre später gesprochen, wären vermutlich genau die Antragstellenden die ersten, die lautstark protestieren würden.

Darüber hinaus haben wir in der UVEK viele Geschäfte, Béla Bartha hat es ausgeführt, die bei der Stadtgärtnerei bereits einen höheren Aufwand erfordern. Die SP spricht sich für mehr Begrünung und die dazu notwendigen Ressourcen aus und lehnt diesen Antrag entsprechend ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Debatte zu diesem Kürzungsantrag. Der Regierungsrat stellt fest, dass der entsprechende Ratschlag, der die Grundlage und natürlich auch wegweisend ist für die Frage, ob diese Stellen geschaffen werden sollen, sich aktuell in der Kommissionsberatung befindet. Ich möchte jetzt nicht nochmal inhaltlich argumentieren, da haben wir etwas dazu gehört, aber nochmals zum Formellen. Ich denke, dass es durchaus im Interesse des Parlaments ist, dass die Frage, ob diese Stellen und in welchem Umfang sie geschaffen werden, im Kontext des konkreten Ratschlags Grünes Basel diskutiert wird. Sie würden sonst ja einfach ohne Not Ihren eigenen Spielraum einschränken.

Und vielleicht noch diese Bemerkung: Es ist auch klar, dass wir diese Stellen erst dann ausschreiben und auch besetzen, wenn dieser Ratschlag entschieden ist. Das bedeutet, wenn das nicht nächstes Jahr erfolgt oder nicht frühzeitig, werden wir die Stellen im 2026 natürlich nicht besetzen, und dann werden wir das Geld dafür auch nicht ausgeben.

Und ich darf auch noch darauf hinweisen, dass wir nicht nur beim BVD, sondern beim gesamten Kanton viele neue Aufgaben mit bestehenden Ressourcen lösen. Das ist etwas, was Sie etwas weniger mitbekommen als Anträge auf neue Headcounts, weil wir natürlich keine Liste führen über all die Anträge, die es nicht bis zu Ihnen geschafft haben und von denen wir selber gesagt haben, dass wir das anders lösen können. Also dürfen Sie sicher sein, dass wir sehr viele Aufgaben über diesen Weg auch übernehmen.

Zurück zu diesem konkreten Kürzungsantrag: Der Regierungsrat bittet Sie, diesen abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der Finanzkommission, Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Änderungsantrag der SVP-Fraktion abzulehnen. Inhaltlich hat Regierungsrätin Esther Keller einige Dinge ausgeführt. Es ist selbstverständlich trotzdem so, dass die Finanzkommission, ich sage das wertneutral, über den Prozess des Budgets auch Stellen wieder streichen kann. Dafür führen wir auch eine Budgetdebatte. Ich möchte das jetzt einfach noch einmal erwähnt haben, ansonsten müssten wir diese Budgetdebatte nicht so ausführlich führen, wenn wir das nicht bei einzelnen Geschäften dann auch trotzdem hier bei der Budgetdebatte machen könnten.

Inhaltlich ist es so, wie es Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, wir haben uns über dieses Umsetzungskonzept im Rahmen des Hearings informieren lassen können. Es gab aus Sicht der Finanzkommission keinen Grund, auf diese dann vorgesehenen neuen 1,6 Vollzeitstellen zu verzichten. Deshalb beantragen wir Ihnen als Finanzkommission, diesen Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007890, 17.12.25 15:23:33]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen,.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 80 gegen 16 Stimmen.

Wir fahren fort. Es liegt ein Änderungsantrag der Mitte-EVP vor, Dienststelle Generalsekretariat, Budgetbericht 3.3.3, Seite 111, Erfolgsrechnung Sach- und Betriebsaufwand sowie Sachanlagen Investitionsplafond ÖV, Verbesserung um 295’000 Schweizer Franken. Das Wort hat der Antragsteller Remo Gallacchi.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Bitte jetzt nicht auch reflexartig alles ablehnen, was eine Kürzung beinhaltet. Bei dieser Kürzung geht es nicht darum, eine Stelle zu streichen. Es geht nicht darum, eine beantragte Stelle nicht zu bewilligen. Das heisst, es betrifft niemanden. Es hat niemand irgendeinen Nachteil in der Verwaltung. Es wird einfach kein Geld für ein Projekt gesprochen, das zum Scheitern verurteilt ist. Warum ist es zum Scheitern verurteilt? Weil seit 2021 wird getüftelt, getestet, geprüft, geprobt mit dem Ergebnis, dass seit fünf Jahren nichts funktioniert. Es gibt kein System, das funktioniert. Zürich hat es beerdigt, weil sie auf keinen grünen Zweig kommen. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu, nicht noch weiter ein Jahr 295’000 Franken in den Sand zu setzen. Sie haben heute spontan eine E-Mail von Pro Velo bekommen, dass es jetzt doch wieder ein neues, viel versprechendes neues Gummisystem gibt. Das bedeutet ein weiteres Jahr «pröbeln», und am Schluss funktioniert es nicht. Der Kanton soll nicht ein Versuchs- oder Testlabor sein, und die 395’000 Franken für zwei Mal sechs Meter Gummi in den Schienen bedeuten pro Meter 24’000 Franken. Das ist ein bisschen übertrieben.

Weiter könnte man jemanden anstellen, der 19 Stunden lang von 5 Uhr morgens bis 24 Uhr abends an der Haltestelle Bruderholzstrasse steht, und wenn ein Fahrradfahrer kommt, nimmt er ein Brett und setzt es aufs Gleis. Das kann er ein ganzes Jahr tun, dazu braucht es ungefähr 3,5 Vollzeitstellen. Wenn man 395’000 Franken durch 3,5 dividiert, ergibt das 84’000 Franken Lohn, um ein Brett hinzulegen und wieder wegzunehmen. Das ist ein überspitztes Beispiel Hier tun Sie niemandem weh, wenn Sie dieses Geld sparen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es ist ja eine tolle Geschichte, aber ich frage mich jetzt, ist das Ihr Verständnis, wie wir in Zukunft eine Budgetdebatte führen sollen, dass jeder irgendeine lustige Geschichte herausnimmt und wir dann über diese diskutieren und am Schluss wird sie dann von der Mehrheit abgelehnt? Also das ist jetzt auch nicht ganz mein Verständnis vom Tag.

Remo Gallacchi: Ja, genau, das ist unsere Aufgabe, einzelne Projekte zu überprüfen, ob sie Sinn machen oder nicht. Und dann wird das in der Debatte ausgemehrt. Vermutlich wird es auch hier abgelehnt.

Balz Herter, Grossratspräsident: JoëlThüring verzichtet in einer ersten Runde, Regierungsrätin Esther Keller verzichtet ebenfalls in einer ersten Runde. Raffaela Hanauer hat das Wort.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Wir alle kennen es, wenn wir durch eine Kaphaltestelle fahren, es ist unangenehm, sie sind auch gefährlich, diese nicht velofreundlichen Geleise, und ich denke, wir haben alle auch Einigkeit darin, dass wir grundsätzlich Besserungen möchten für diese gefährlichen Situationen. Wir haben schon mehrfach darüber debattiert, welche Möglichkeiten da eine Verbesserung bringen könnten. Wir haben uns hier im Saal auch schon für das velofreundliche Gleis ausgesprochen. Wir haben auch schon einen Vorstoss abgelehnt, der das beerdigen wollte.

Nun, das velofreundliche Gleis wäre eine Lösung, wenn es denn funktionieren würde. Wir von der Fraktion GRÜNE/jgb möchten das Projekt nicht einfach so kurzfristig beenden. Ja, es gab Startschwierigkeiten, das wissen wir alle, das Gleis musste im Winter wieder entfernt werden, weil es nicht wintertauglich war, der Gummi hält nicht lange genug. Es werden nun aber weitere Schritte gemacht. Wir sind schon viel weiter, die Wintertauglichkeit ist unterdessen gegeben und die kurzen Stücke bringen auch schon eine Verbesserung, diese 6 Meter-Gummi.

Man kann manchmal auch mit einem Projekt scheitern, da stimme ich sehr meinem Vorredner zu. Wir haben schon lange getüftelt und lange getestet und ja, ich denke auch, es ist die Aufgabe des Parlamentes, Dinge zu hinterfragen, wenn sie denn nicht funktionieren. Ich denke jedoch auch, es ist sehr wichtig, dass wir das sinnvoll machen, dass wir das mit Entscheidungsgrundlagen tun und nicht einfach ins Leere hinaus. Ich möchte gerne, dass wir den Bericht abwarten, dass wir die Auswertung abwarten, was die Wintertauglichkeit anbelangt, was die kurzen Stücke anbelangt, auch die Perspektive, ob die irgendwann dann doch länger über die ganze Haltestelle eingebaut werden können. Ich möchte die Kosten wissen, ich möchte den Nutzen wissen und ich möchte dann entscheiden.

In diesem Sinne ist es auch für meine Fraktion äusserst wichtig, dass wir hier nicht die Reissleine ziehen. Zusätzlich noch, wir sprechen nicht nur über zweimal 6 Meter Gummi, wir sprechen über eine Lösung, die schweizweit von Interesse ist, die international von Interesse ist, weil das Problem, das wir hier in Basel haben, das haben nicht nur wir. Deshalb bitte ich Sie, diesem Kürzungsantrag nicht zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich stosse ins selbe Horn wie Raffaela Hanauer. Auch wir haben den Versuch schon mehrfach und durchaus auch kritisch diskutiert, auch in der UVEK, und wir sind alle immer wieder zum selben Schluss gekommen, der Versuch soll weitergeführt und auch abgeschlossen werden. Es sind viele Leute am Arbeiten, und dann sollte man jetzt nicht einfach diesem Projekt den Stecker ziehen mit einem schnell allen verteilten Antrag.

Wir sehen auch den Versuch, nicht isoliert, sondern in einem grösseren Zusammenhang zahlreiche Haltestellen BehiG-konform umzubauen, und diese Umbauten wiederum haben Auswirkungen auf den Veloverkehr, und das velofreundliche Gleis könnte dabei ein möglicher Baustein sein, um diesem Zielkonflikt zu begegnen.

Ja, ich kann es gerne zugeben, auch wir haben Zweifel, ob dieser Versuch am Ende erfolgreich sein wird, aber gerade deshalb ist es wohl wichtig, ihn sauber zu Ende zu bringen, denn ohne abschliessendes Resultat und ohne fundierten Bericht sind wir nachher auch nicht schlauer als jetzt.

Die SP wird diesen Antrag also nicht unterstützen, nicht reflexartig, sondern aus Überzeugung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielleicht nochmal kurz ein Zwischenstand, wo wir stehen. Sie wissen, dass wir Ende letzten Jahres kommuniziert haben, dass die langen Stücke, womit wir die ganze Kap-Haltestelle absichern wollten, einfach zu aufwendig sind im Betrieb, zu teuer, um sie wieder auszuwechseln und so weiter. Deshalb haben wir den Versuch gestartet mit den kurzen Stücken, die eben dazu dienen, dass Sie an einer gewissen Stelle die Kap-Haltestelle sicher queren können, also über die Gleise und wieder zurück. Wir haben entschieden, das zu machen, wir haben es aber noch nicht umgesetzt. Im März diesen Jahres kam dann eine Motion, die den Stopp des Versuchs gefordert hat. Diese haben Sie mit 57 zu 36 Stimmen nicht überwiesen.

In den letzten Monaten ist diesbezüglich jetzt auf unserer Seite aufwandsmässig nicht viel gelaufen. Weshalb? Weil die Entwicklungskosten eben zu einem grossen Teil von den Entwicklern selbst getragen werden und wir haben eine grosse Bedingung gestellt und die lautet, dass diese kurzen Stücke wintertauglich sein müssen. Gerade erst letzte Woche ist der Nachweis eingetroffen, dass das so ist. Nun müssen wir beim Bundesamt für Verkehr die Bewilligung einholen, dass wir sie einbauen dürfen, und dann möchten wir ab Sommer 2026 das ein volles Jahr bei allen Witterungen testen. Danach haben wir die Ergebnisse zusammen und dann wird zuerst die Regierung entscheiden und dann Ihnen je nach Erfolg einen Ratschlag unterbreiten, in dem Sie sehen, was der Nutzen ist, welche Kosten wir im Unterhalt erwarten und wo solche velofreundlichen Gleisstücke wirklich sinnvoll wären.

Jetzt den Versuch abzubrechen, würde bedeuten, dass wir ohnehin Kosten hätten, wir müssten nämlich die Haltestelle Bruderholz zurückbauen, wir hätten aber nicht die abschliessenden Ergebnisse, und das fände ich jetzt ehrlich gesagt wirklich auch schade ums Geld, wenn wir jetzt in so einem späten Stadium, also vor dem letzten Jahr, in dem wir die letzten Stücke testen möchten, jetzt abbrechen würden. Deshalb die Bitte, diesen Budgetantrag nicht zu unterstützen und dann dies ein Jahr laufen zu lassen. Danach werden wir berichten, wie es steht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, der Finanzkommission zu folgen und den Antrag der Mitte abzulehnen. Die Finanzkommission kann hier auf Regierungsrätin Esther Keller verweisen, sie hat das jetzt gerade in ihrem Votum gesagt. Sie haben erst vor kurzem in diesem hohen Haus in Ihrer Weisheit entschieden, dass dieses Projekt weitergeführt werden soll, und zwar im März 2025 mit 57 zu 36 Stimmen. Deshalb würde es sich die Finanzkommission natürlich nicht erdreisten, jetzt hier eine andere Haltung zu haben. Wir haben auch in der Diskussion mit dem Departement nicht gefunden, dass wir zurzeit in diesem Bereich Mittel streichen oder kürzen sollen. Deshalb bitten wir Sie, dem Antrag der Finanzkommission respektive des Regierungsrates zu folgen und den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag der Mitte-EVP.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 62 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007892, 17.12.25 15:37:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 62 gegen 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Wir kommen damit zum Globalbudget öffentlicher Verkehr, mündlicher Mitbericht der UVEK. Als erstes hätte Joël Thüring das Wort. Er verzichtet. Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK, Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Es ist das erste Mal, dass ich anlässlich der Budgetdebatte über das Globalbudget als UVEK-Präsidentin sprechen darf, deshalb wusste ich nicht, dass ich sowohl beim Eintreten wie auch bei der Schlussdebatte beim Eintreten ein Votum hätte. Aber ich weiss es nun und werde es mir für die nächsten Jahre merken.

Die UVEK hat das ÖV-Globalbudget an einer ihrer Sitzungen im Oktorber beraten. Sie hat dazu den Regierungsrat und auch die Zuständigen des BVD von Seiten Amt für Mobilität sowie vom Generalsekretariat angehört. Das ÖV-Globalbudget basiert auf dem ÖV-Programm, das die UVEK bereits diesen Frühling behandelt hat und auch der Grosse Rat. Wir haben uns deshalb nicht noch einmal mit den durch das Budget finanzierten Leistungen auseinandergesetzt. Wir haben uns jedoch die

vier Produktegruppen einzeln genauer angeschaut und dabei auch die Entwicklung des Budgets über die letzten Jahre seit Beginn der Pandemie betrachtet. Dies haben wir auch bereits beim ÖV-Programm oder auch beim Tramnetzbericht so in Aussicht gestellt, dass wir das anlässlich des ÖV-Globalbudgets tun werden. Wir verzichteten auf Anträge an die Finanzkommission sowie Anträge zum Globalbudget im Grossen Rat und ich darf mündlich zu unseren Abklärungen berichten.

Bei der Produktegruppe Tarife und Verbünde hat sich die UVEK über die Wirkung des 365 Franken U-Abos erkundigt. Die Erhöhung des Budgets um 2,3 Mio. ist nämlich auch stark auf dieses Angebot zurückzuführen. Damals hat man geschätzt, dass mit der Einführung dieses U-Abos Mehrkosten von 2,4 Mio. Franken entstehen, inzwischen liegen erste Auswertungen vor, der Mehrbedarf ist eine halbe Million höher als erwartet. Unterschätzt worden ist die Zahl der Neuabonnentinnen und -abonnenten, es werden nämlich drei Mal so viele Jahresabos verkauft wie vor der Einführung. Die Zahl der Monatsabos von Kindern und Jungendlichen hat sich dafür nur halbiert. Die UVEK hat sich auch erkundigt, ob das Abo oder andere Angebote wie das Jobticket zu mehr Passagierzahlen führte. Die Frage konnte jedoch nicht beantwortet werden, da sie auch abhängig von der nächsten Bevölkerungsbefragung ist.

Zur Produktegruppe Traminfrastruktur hat sich die UVEK angeschaut, wie es zu den seit Jahren ansteigenden Kosten in diesem Bereich kommt. Im Jahr 2026 soll sich das Budget um 0,3 Mio. Franken zwar reduzieren, in den letzten fünf Jahren ist das Budget aber um rund 10 Mio. Franken gestiegen auf heute rund 20 Mio. Franken. Die Abklärungen der UVEK haben Folgendes ergeben: Die Kostensteigerung entspricht nicht der Entwicklung der tatsächlich benötigten Mittel für die Traminfrastruktur, die Steigerung liegt daran, dass sich das Finanzierungsmodell zwischen dem Kanton und der BVB geändert hat. Seit einigen Jahren läuft die Finanzierung der Traminfrastruktur über Darlehen und nicht mehr über die Investitionsrechnung des Kantons. Die Darlehen werden bei dieser Produktegruppe über die Abschreibungsdauer abgegolten. Früher gab es diese Produktegruppe gar nicht erst und dies führt wiederum dazu, dass der Budgetposten so lange jährlich steigt, bis die ganze Infrastruktur einmal nach dem neuen System abgerechnet wurde.

Zu den Produktegruppen Tram und Bus sowie S-Bahn hat die UVEK keine spezifischen Themen diskutiert. Abklärungen hat die UVEK jedoch über die insgesamt seit 2020 angestiegene Budgetsumme des gesamten Globalbudgets auch getroffen. Auch diese Steigerungen betreffen die Produktegruppe Tram und Bus sowie S-Bahn.

Es gibt gemäss den Abklärungen der UVEK verschiedene Faktoren, die zu der doch recht steigenden Budgetsumme beim ÖV-Globalbudget führen. Rund 10 Mio. der Steigerungen seit 2020 sind auf die eben erläuterte Form der Finanzierungsmodelle der Traminfrastruktur zurückzuführen. Dann ist der Einnahmeeinbruch seit Corona ein immer noch wirkender Faktor, auch heute noch, in früheren Budgets noch stärker. Der grösste Faktor ist jedoch der Energiepreis, im 2023 machten dies 23 Mio. der Kostensteigerung aus, vor allem der Strompreis ist gestiegen. Dieselbusse fahren zwar immer noch auf dem Netz, aber dennoch ist der Strompreis der deutlich grössere Einflussfaktor. Dieser starke Sprung ist auch damit zu begründen, dass der Strompreisvertrag, den die BVB hatte und der eigentlich stabile Preise sicherte, genau dann ausgelaufen ist, als die Energiepreise massiv in die Höhe gestiegen sind. Ein zweistelliger Millionenbereich ist auch auf die Umstellung der E-Busse zurückzuführen. Diese haben höhere Betriebskosten und höhere Abschreibungen und weitere Faktoren sind die Teuerung und der Angebotsausbau.

Die UVEK kam nach diesen Auskünften wie bereits gesagt zum Schluss, dass sie keine Änderungsanträge stellt, dass diese Abklärungen reichen mit mündlichem Bericht. Entsprechend habe ich das nun Ihnen zur Kenntnis gebracht und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Ich nehme an, in einer zweiten Runde verzichten ebenfalls alle. Somit ist das BVD abgeschlossen.

Erziehungsdepartement, Kommissionsbericht, Seite 30. Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach den Änderungsantrag. Wünscht Joël Thüring das Wort? Er verzichtet. Regierungsrat Mustafa Atici wünscht das Wort ebenfalls nicht. Fleur Weibel hat sich gemeldet.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Auch zum Erziehungsdepartement zuerst ein paar allgemeine Bemerkungen, bevor ich mich zum Antrag respektive der Anpassung der Finanzkommission und dem Änderungsantrag der Regierung äussere.

Ein Wort zum Leistungsauftrag der Universität Basel, für welche für die Jahre 2026 bis 2029 eine Erhöhung des Globalbeitrags um 12,2 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen ist. Was auf den ersten Blick vielleicht positiv aussieht, ist letztlich nicht übermässig viel Geld, insbesondere nicht vor dem Hintergrund der seitens Bund drohenden Sparmassnahmen ab 2025. Die aktuelle Sparpolitik des Bundes im Bereich Bildung und Forschung ist alarmierend, handelt es sich dabei doch um die mitunter kostbarsten Güter der Schweiz. In diesem Sinne bitten wir die Regierung, weiterhin viel Sorge zu unserer Universität zu tragen, und das tut die Regierung auch, darüber sind wir dankbar. Es ist mehr auch so ein Blick jetzt wirklich auf die Entlastungsmassnahmen, die seitens Bund geplant sind. Ich bin auch froh, dass wir uns hier im Grossen Rat alle

eigentlich einig sind, dass die Universität für die gesamte Region von sehr grossem Wert ist. In diesem Sinne auch noch mit Blick auf unseren Nachbarkanton möchten wir festhalten, dass wir uns eine langfristige, nachhaltige und gerechte, das heisst paritätische Trägerfinanzierung der Universität wünschen.

Dann mit Blick auf die Volksschulen nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass die Umsetzung des Massnahmenpakets zur integrativen Schule offenbar gut gestartet ist, und ebenfalls sehr erfreulich ist, dass das Erziehungsdepartement nun daran ist, die Präventionsangebote zu sexualisierter und häuslicher Gewalt sowie zur psychischen Gesundheit umzusetzen. Eine konkrete Umsetzung gibt es 2026 bereits im Bereich der sexualisierten Gewalt, wo neben dem bereits bestehenden Programm «Mein Körper gehört mir» nun zwei neue Pflichtprogramme auf Stufe Kindergarten und Sekundarstufe 1 eingeführt werden, was wir sehr begrüssen.

Während die Arbeit an den Präventionsprogrammen sehr erfreulich ist, sehen wir es zugleich kritisch, dass die Regierung darauf verzichtet hat, eine tatsächliche Erhöhung der Personalressourcen in der Schulsozialarbeit vorzunehmen. Zwar wurden im Budget 2026 1,7 Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit aufgestockt, allerdings entfallen davon 1,2 Stellen auf die Umsetzung der neuen Präventionsangebote, die ich soeben erwähnt habe. Und die weiteren 0,5% entfallen auf einen neuen Schulstandort. Kurzum, die 1,7 zusätzlichen Vollzeitstellen werden für neue Aufgaben gesprochen, was auch richtig ist, was gleichzeitig aber bedeutet, dass sich an der seit Jahren angespannten Personalsituation in der Schulsozialarbeit auch 2026 gar nichts ändert. Zumindest wenn es nach der Regierung geht, denn auch hier hat die Finanzkommission eine Budgetanpassung vorgenommen und reagiert damit darauf, dass die vorhandenen Ressourcen der Schulsozialarbeit nicht mehr ausreichen, um den seit Jahren steigenden Bedarf der Schülerinnen zu decken. Bereits im Bericht der Rechnung 2024 hat die Finanzkommission festgestellt, dass eine Stellenaufstockung um mindestens drei Vollzeitpensen angezeigt ist. Da die Regierung diesem Bedarf nun erneut nicht nachkommt, hat die Finanzkommission nun diese Stellenaufstockungen selbst vorgenommen, und ich bitte Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dieser Anpassung der Finanzkommission zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Mustafa Atici wünscht das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit ihrem Bericht zum Budget 2026 beantragt die Finanzkommission eine Erhöhung des Personalaufwands des Erziehungsdepartements für die Schulsozialarbeit um drei zusätzliche Vollzeitstellen. Die Kommission begründet diesen Antrag mit dem ausgewiesenen hohen Bedarf.

Inhaltlich ist festzuhalten, dass der Regierungsrat die Bedeutung und den hohen Stellenwert der Schulsozialarbeit ausdrücklich anerkennt. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Herausforderungen ist der psychosoziale Unterstützungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen spürbar gestiegen. Das Erziehungsdepartement hat diesem Umstand in der Vergangenheit Rechnung getragen und in diesem Bereich wiederholt gezielte Investitionen vorgenommen.

Der Grosse Rat hat dem Erziehungsdepartement im vergangenen Jahr bereits zusätzliche Ressourcen für ein Pilotprojekt an der Fachmaturitätsschule zugesprochen. Dieses Projekt ist erfolgreich gestartet. Wir sind derzeit daran, die Voraussetzungen für eine mögliche Verstetigung zu prüfen. Ziel ist es, das Projekt sorgfältig zu evaluieren und im Rahmen der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten weiterzuentwickeln.

Meine Damen und Herren, heute Morgen hat es Finanzdirektorin Tanja Soland ausführlich erwähnt: Für die kommenden Jahre rechnet der Regierungsrat mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Der Regierungsrat ist nicht zuletzt angesichts des starken Ausgabenwachstums gezwungen, Schwerpunkte und Prioritäten zu setzen. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass wir eine konsequente Budgetdisziplin wahren.

Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat den Antrag auf Erhöhung des Personalaufwands des Erziehungsdepartements ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Kommissionssprecher Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir sind bei der allgemeinen Debatte zum Departement und nicht beim Änderungsantrag. Deshalb werde ich die Erwägungen der Finanzkommission dann vorbringen, wenn wir beim Änderungsantrag sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegt also dieser Änderungsantrag des Regierungsrates vor, Dienststelle Schulsozialarbeit, Budgetbericht, Seite 33, Erfolgsrechnung, Personalaufwandverbesserung um 512’000 Franken.

Regierungsrat Mustafa Atici hat bereits ausgeführt, Joël Thüring kommt nachher noch dazu, Jessica Brandenburger hat sich als Fraktionssprecherin für die SP gemeldet.

Jessica Brandenburger (SP): Ja, wir sind für diesen Antrag, wir wollen, dass er im Budget bleibt. Denn er hat gute Gründe. Wir haben letztes Jahr schon gesehen, dass die Ressourcen bei der Schulsozialarbeit sehr knapp sind, wir haben es im Bericht zur Rechnung erwähnt. Und jetzt kam das Budget und diese Stellen waren nicht drin, und darum haben wir uns als Finanzkommission entschieden, diese Stellen zu integrieren. Es ist darum wichtig, weil die Schulsozialarbeit ein niederschwelliger Dienst ist, der ganz viele Dinge auffängt. Es geht dabei um die psychische Gesundheit, ein Thema, das wir hier drin schon lang und breit diskutiert haben und bei dem auch ein Konsens vorherrscht, dass es ein Problem ist. Die Schulsozialarbeiter sind genau da, wo auch die Kinder sind, in den Schulhäusern.

Der Kinderschutz Schweiz sagt, dass es für eine gute Arbeit auf 600 Kinder eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter braucht, und in Basel-Stadt sind wir da deutlich darunter. Wir sind da auch noch darunter, wenn wir diese drei Stellen sprechen. Es ist also nicht so, dass wir jetzt hier eine Luxussituation schaffen. Sowieso finde ich es übertrieben, von Luxus zu reden, wenn wir über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen reden. Ich glaube, es ist einfach das Minimum, dass wir schauen, dass alle Kinder zur Schule gehen können und dass sie betreut werden.

Was die Schulsozialarbeit übrigens auch macht, ist Lehrpersonen entlasten, und das ist ja etwas, was wir auch alle wollen, dass Lehrpersonen sich auf ihren Kernauftrag konzentrieren können. Wenn es jetzt aber ganz viele Kinder hat, und die hat es, die mit Problemen in die Schule kommen und gar nicht lernfähig sind, dann braucht es jemanden, der das auffängt. Und das ist eben diese Schulsozialarbeit.

Darum bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrates nicht zu folgen und diese drei Stellen im Budget zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Regierungsrat Mustafa Atici verzichtet auf eine weiteres Votum. Joël Thüring hat das Wort.

Joël Thüring (SVP): Wir haben diesen Antrag in der Finanzkommission behandelt, er wurde ja letztlich auch von der Finanzkommission beschlossen und deshalb diskutieren wir auch heute darüber. Jessica Brandenburger hat nun bereits auch ausgeführt, was die Überlegungen für diesen Antrag waren. Es ist tatsächlich so, dass die Finanzkommission bereits in ihrem Bericht zur Rechnung 2024 auf diese angespannte Personalsituation in der Schulsozialarbeit aufmerksam gemacht hat, und mit dem jetzt vom Regierungsrat vorgelegten Budget 2026 wäre zwar dieser Personalplafond leicht erhöht worden, das hat auch bereits Fleur Weibel ausgeführt, aber aus Sicht der Finanzkommission nicht so ausreichend, wie wir es uns vorgestellt haben, wie es auch letztlich die Empfehlung von Kinderschutz Schweiz ist. Deshalb haben wir als Finanzkommission Ihnen hier einen anderslautenden Antrag gestellt und wir bitten Sie, diesem Antrag zu folgen und den Antrag des Regierungsrates abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 64 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007895, 17.12.25 15:55:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie folgen der Finanzkommission mit 64 gegen 33 Stimmen bei einer Enthaltung.

Finanzdepartement, Kommissionsbericht, Seite 34. Hier liegt ein Änderungsantrag der SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach in einer zweiten Runde den Änderungsantrag. Das Wort zum Departement haben zuerst Joël Thüring, er verzichtet, Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen.

Somit kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion SVP. Dienststelle IT BS, Budgetbericht Kapitel 355, Seite 183 Erfolgsrechnung, Verbesserung um 360'000 Franken. Lorenz Amiet hat als Antragsteller das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Unser Antrag, ich gebe es zu, ist eher symbolischen Charakters. 360'000 Franken im Verhältnis zum Gesamtbudget unseres Kantons, das geht im Rauschen unter. Selbst wenn Sie die Budgetposition anschauen, wir sprechen von einem Prozent, nicht von 20, 30 oder sonst irgendetwas, ist es ein kleiner Klacks. Es ist Symbolik, ich gebe das gerne zu, aber es ist wichtige Symbolik, weil es ist Symbolik wider das Ausgabenwachstum dort, wo es der Regierungsrat selbst in der Hand hat.

In der Debatte am Vormittag hat unsere Finanzministerin sich ein bisschen beklagt, dass das Parlament vieles beschliesst, was am Schluss Geld kostet. Das hier ist nicht auf unserem Mist gewachsen. Es geht hier um zwei zusätzliche Stellen für IT-Spezialisten, welche IT-Spezialisten in den Departementen beraten und begleiten sollen. Wir haben nicht wahnsinnig viele IT-Spezialisten in diesem Raum, aber wir haben viele Juristen und Sie kennen das alle, zwei Juristen, drei Meinungen. Das ist bei den IT-Leuten auch so, wenn die Spezialisten untereinander sind. Wenn man hier IT-Spezialisten anstellen würde, welche normale Verwaltungsangestellte beraten, könnte man das ja vielleicht noch nötig finden, aber IT-Spezialisten in IT BS, welche IT-Spezialisten für IT-Projekte in den Departementen begleiten und unterstützen, das ist Doppelmoppelei, und dafür möchten wir kein Geld ausgeben. Wir bitten Sie also, diesen Kürzungsantrag zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Mich würde es schon interessieren, wie Sie zu einer Zentralisierung der IT und einer Stärkung von IT BS stehen.

Lorenz Amiet (SVP): Ich kann Ihnen sagen, wie ich dazu stehe, wie die Fraktion dazu steht, weiss ich nicht, weil das dort nicht diskutiert wurde. Ich selbst wäre für einen kompletten Konzeptwechsel zu haben, aber das hier ist kein Konzeptwechsel.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hätte das Wort, er verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich weiss, dass diese Stellen zu einem Teil der Verwaltung gehören, die nicht so attraktiv ist, weil man findet, wir wollen ja nur die tollen Digitalisierungsprojekte, aber die, die im Hintergrund arbeiten, die brauchen wir ja nicht. Und das ist eine Schwierigkeit, die wir haben, daher haben wir auch ein Projekt im Kanton, der Regierungsrat ist der Ansicht, wir müssen die Basisdienste zentralisieren, da sind wir auch dabei, weil das irgendwann auch effizienter und günstiger wird. Und ja, wenn ein Departement ein neues Digitalisierungsprojekt in Angriff genommen hat, hat man es wahrscheinlich manchmal verpasst, auch noch die notwendigen Stellen dazu zu fordern, die es im Hintergrund braucht. Das, was wir jetzt bei der KI vorbildlich machen, haben wir wahrscheinlich früher immer wieder verpasst.

Bei der KI machen wir das, das wird die Finanzkommission sehen, wir haben die Fachleute im Vordergrund, dann haben wir die IT-Mitarbeitenden, die es dann braucht, um die Software zu machen. Und hier ist das ähnlich. Wir haben viele Projekte. Das wird dann mal befristet gemacht, es kommt ein Projektleiter, das ist in einem Departement, aber irgendjemand muss auch im Hintergrund schauen, dass die Basis läuft, dass das funktioniert. Das ist nicht so attraktiv. Und ich kann Ihnen auch nicht genau sagen, was diese einzelnen Leute machen, aber wir brauchen sie, wir können und wollen auch nicht mehr alles extern einkaufen. Wir haben das Problem, dass wir bereits angefangen haben, uns zu stark auf externe Experten zu verlassen.

Wir brauchen einen Teil intern, und wir brauchen ihn in der IT für den Wunsch der zunehmenden Digitalisierung. Diesen Wunsch höre ich auch aus der Bevölkerung und aus dem Parlament. Und da braucht es halt auch diejenigen, die im Hintergrund arbeiten, sonst funktioniert das nicht. Wir können kein E-Portal aufrechterhalten, Online-Steuererklärung für alle schaffen, wenn wir nicht im Hintergrund auch Menschen haben, die quasi das technisch aufrechterhalten.

Das ist der Hintergrund auch für diese Stellen. Ich gebe Ihnen recht, Sie haben wahrscheinlich aus dem Bericht zitiert, ich muss das nachher noch nachlesen, das klingt vielleicht etwas seltsam, wenn es heisst, man würde andere beraten. Aber am Schluss geht es einfach darum: Die IT BS soll die Basisdienste und die Grundlage für unseren Kanton im Griff haben, die Dinge müssen einfach funktionieren und die interessanten Fachapplikationen sind ja meistens in den Departementen, die werden dort betreut. Wir haben beschlossen, dass wir das weiter so handhaben möchten. Daher bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Änderungsantrag abzulehnen. Regierungsrätin Tanja Soland hat es erwähnt, wir haben uns in der Finanzkommission nicht nur jetzt im Rahmen des Budgets 2026, sondern auch in der Vergangenheit sehr intensiv mit dem Projekt Pharos auseinandergesetzt. Das ist dieses Projekt der Zentralisierung der Basisdienste. Regierungsrätin Tanja Soland hat dieses Projekt erwähnt. Wir sind in diesem Projekt als Finanzkommission – das darf ich sagen, ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen – kritisch. Wir haben deshalb auch regelmässige Hearings mit den verantwortlichen Projektleitern der IT BS, aber auch der externen Begleitung dieses Projektes und mit Regierungsrätin Tanja Soland durchgeführt.

Wir haben auch in unserem Bericht zu diesem Projekt Pharos entsprechend Stellung genommen. Wir monieren dort auch oder halten fest, dass die Akzeptanz in den Departementen, was auch diese Zentralisierung der Basisdienste anbelangt noch nicht überall so gegeben ist und wir müssen leider auch feststellen, dass das Programm Pharos, das ja erst in der Anfangsphase steht, bereits in einzelnen Teilbereichen Verzögerungen aufzeigt von bis zu sechs Monaten. Wir als Finanzkommission erachten diesen Umstand als besorgniserregend. Wir haben auch angeregt, dass es eine proaktive Kommunikation gegenüber den Mitarbeitenden gibt, die in den beteiligten Abteilungen dann ja allenfalls auch Widerstände signalisieren, um eben diese Widerstände, die menschlich sind, auch zu minimieren und auch dann einer erfolgreichen Kulturwandel zu implementieren. Deshalb werden wir dieses Projekt Pharos als Finanzkommission, diese Zentralisierung der Basisdienste weiterhin kritisch begleiten.

Wir bitten Sie, den Antrag nun aber auf diese Streichung dieser zwei vorgesehenen Vollzeitstellen für die fachliche Unterstützung der departementalen Digitalisierungsprojekte nicht zu unterstützen, also diesen Antrag nicht zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 77 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007897, 17.12.25 16:05:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 77 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen somit zum Gesundheitsdepartement, Kommissionsbericht, Seite 37. Joël Thüring hätte das Wort, er verzichtet. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Somit ist dieses Departement ebenfalls erledigt.

Justiz- und Sicherheitsdepartement, Kommissionsbericht, Seite 41. Hier liegt ebenfalls ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Joël

Thüring hätte das Wort, er verzichtet, Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet ebenfalls. Jessica Brandenburger hat sich als Fraktionssprecherin eingetragen.

Jessica Brandenburger (SP): Beim Budget des Justiz- und Sicherheitsdepartements möchte ich insbesondere auf die Situation der Staatsanwaltschaft eingehen. Sie haben es gesehen, bei der Stawa wird auch dieses Jahr wieder aufgestockt. Es sind sechs Vollzeitstellen mehr im Budget vorgesehen. Wir bekämpfen diese Aufstockung nicht, wir erwarten aber von der Staatsanwaltschaft, dass sie die immer noch ungeklärten organisatorischen Fragestellungen ernsthaft angeht, die von der Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft in ihrem Bericht von 2024 aufgezeigt wurden. Die Aufsichtskommission hält dort ausdrücklich fest, dass die Geschäftsleitung so ausgestaltet und gelebt werden muss, dass sie in optimaler, transparenter und am Gesamtinteresse der Staatsanwaltschaft orientierter Art und Weise zusammenwirkt. Wir erwarten, dass die Staatsanwaltschaft diese Empfehlungen aufnimmt und umsetzt. Das Parlament bewilligt Mittel in der Erwartung, dass die Organisationen funktionieren, Führungsstrukturen klar sind und Verantwortlichkeiten transparent wahrgenommen werden.

Ausserdem ist es aus finanzpolitischer Sicht zwingend notwendig, dass die Staatsanwaltschaft aussagekräftige und interkantonal vergleichbare Kennzahlen zur Verfügung stellt. Dazu gehören insbesondere Zahlen zur Fallbelastung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Ohne solche Vergleichsdaten ist es für uns als Parlament kaum möglich, fundierte Entscheide über Ressourcen, Stellenausbau oder Prioritätensetzungen zu treffen. Wer zusätzliche Mittel beantragt oder bestehende Mittel verteidigen will, muss auch bereit sein, die dafür notwendige Grundlage transparent offenzulegen und sich mit anderen Kantonen vergleichen zu lassen. Das empfiehlt auch die Aufsichtskommission in ihrem Bericht.

Ein weiterer Punkt betrifft die auf Seite 45 des Budgetberichts erwähnten Massnahmen gegen sexualisierte Gewalt. Vorgesehen sind die Erarbeitung eines Massnahmenpakets in den Bereichen Strafverfolgung, Unterstützung und Prävention sowie ein Lernprogramm für Täter:innen ab Herbst 2025. Diese inhaltliche Stossrichtung begrüssen wir und wird auch so von der Finanzkommission unterstützt. Kritisch beurteilen wir, dass diese zusätzlichen Aufgaben ohne zusätzliche Ressourcen umgesetzt werden sollen. Gerade im Bereich der sexualisierten Gewalt sind die Anforderungen an die Strafverfolgung hoch, sowohl fachlich als auch zeitlich. Wenn neue Programme und Massnahmen eingeführt werden, muss auch transparent dargelegt werden, wie diese realistisch bewältigt werden können und ob die bestehenden Ressourcen dafür tatsächlich ausreichen. Wir lehnen alle Kürzungsanträge im JSD ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Julia Baumgartner gemeldet.

Julia Baumgartner (SP): Es ist abgesprochen mit meiner Vorrednerin, ich erlaube mir an dieser Stelle noch kurz auf das Lohnmassnahmenpaket einzugehen, da mit diesen die Lohnsituation insbesondere auch bei den Blaulichtorganisationen konkret verbessert wird.

Im Namen der SP-Fraktion möchte ich ausdrücklich betonen, dass das vorliegende Lohnmassnahmenpaket finanziell nachhaltig und ausgewogen ist. Es ist der SP ein grosses Anliegen, dass die Arbeitgeberattraktivität des Kantons deutlich verbessert wird, und dafür braucht es aus unserer Sicht jetzt schnelle und konkrete Schritte. Es gibt in vielen Bereichen des Kantons einen dringenden Bedarf an Arbeits- und Fachkräften, von der Polizei über die IT bis hin zu den Tagesstrukturen. Wir brauchen gutes und motiviertes Personal, welches sich um unsere Kinder kümmert, sich um Betroffene von häuslicher Gewalt kümmert, die digitale Infrastruktur sichert und uns sicher von A nach B bringt.

Wir haben gesehen, dass der Kanton Basel-Stadt im Bereich der Einstiegslöhne auch im Vergleich mit der Privatwirtschaft Nachholbedarf hat. Sie alle konnten dies auch im Bericht der Finanzkommission lesen. Ausserdem begrüssen wir die Erhöhung der Schichtzulagen, welche genau auch denen Personen hilft, die ihr Leben mit einem Arbeitstag verknüpfen müssen, der alles andere als alltäglich ist. Wir hoffen darum, dass die zuständige Sachkommission bald und wirklich konkret liefert. Dieser Rat hat mehrere Vorstösse zur Lösung dieser Problematik überwiesen und die betroffenen Personen warten darauf, auf finanzieller Ebene, aber eben auch auf einer konkreteren symbolischen Ebene bezüglich der Wertschätzung. Und es ist übrigens auch kein *nice to have*, wir brauchen dieses Personal und wir brauchen es bald, nein, eigentlich bräuchten wir es sogar bereits jetzt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Nur kurz zu den beiden Voten. Jessica Brandenburger, Sie haben berechtigterweise darauf hingewiesen, dass dieser Ratschlag zur sexualisierten Gewalt ja noch kommt und ich möchte hier nur einordnen. Ich kann natürlich nicht per Budget jetzt Dinge beantragen, die noch gar nicht verarbeitet sind. Das wird jetzt

erstellt für das nächste Jahr. Breite und Tiefe der Massnahmen sind dann eher das Thema für die nächste Budgetrunde. Also das schliesse ich jetzt nicht aus, aber ich denke, es wäre jetzt nicht schon der Zeitpunkt gewesen.

Dann vielleicht noch ein Wort zum Lohnmassnahmenpaket, das zwar, soweit ich richtig verstanden habe, jetzt nicht an mich adressiert war und es auch nicht Gegenstand der Abstimmung ist. Aber wenn es jetzt schon angesprochen wurde, möchte ich diese Dringlichkeit betonen. Ich bin doch die Departementsvorsteherin mit den vielen Leuten, die darauf warten, die wir jetzt seit doch langer Zeit auch darauf hinweisen, dass etwas geht, dass endlich eine Lösung kommt, eine tragfähige, endgültige Lösung, die nicht eben durch eine Befristung praktisch doch unsicher ist. Ich denke schon, dass wir da hohen Handlungsbedarf haben. Wir machen unsere Hausaufgaben in allen anderen Bereichen, die auch ebenfalls adressiert sind, seit wir den Bericht Schefer kennen. Aber dieser Teil ist enorm wichtig und ich denke, für die Wertschätzung und das Vertrauen auch in die Politik ist es wirklich höchste Zeit, dass wir dieses Zeichen jetzt setzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben das Departement soweit durchberaten.

Jetzt kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion SVP, Dienststelle Kantonspolizei, Budgetbericht, Kapitel 3.7.3, Seite 225 bis 228, Erfolgsrechnung Personalaufwandverbesserung um 161’500 Franken. Das Wort hat der Antragsteller Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Der Regierungsrat beantragt eine zusätzliche Stelle in der Einsatzplanung der Kantonspolizei. Begründet wird dies mit der vom Regierungsrat beschlossenen Verkürzung der Eingabefrist für Demonstrationen von drei auf zwei Wochen, ausgelöst durch einen Vorstoss von Ratskollegin Heidi Mück, sowie durch einen generellen Anstieg von Demonstrationsgesuchen.

Die SVP-Fraktion hat diese Verkürzungsfrist grundsätzlich bereits abgelehnt, auch bei der Überweisung. Es ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, dass nun genau auf diese unnötige Änderung neue Personalkosten entstehen. Wenn Fristenverkürzungen beschlossen werden, dann kann dies nicht auf Kosten der Steuerzahler überwälzt werden. Und es wird uns ja immer etwas vorgeworfen, dass unsere Änderungsanträge, Stichwort Abteilung Gleichstellung, immer die gleichen sind Jahr für Jahr.

Es wurde uns auch in der Vergangenheit ja auch immer vorgeworfen, dass wir beim JSD nie sparen wollen. Es stimmt auch, dass wir bei der Sicherheit nicht sparen wollen, aber wir wollen halt dort eingreifen, wo wir der Meinung sind, dass es in die falsche Richtung geht und hier in diesem Bereich sind wir der Meinung, dass es in die falsche Richtung geht. Man möchte einerseits bei den Demonstrationen auflockern und andererseits werden völlig legitime Anforderungen und Forderungen der Anti-Chaoten-Initiative komplett ignoriert und aussen vor gelassen. Man hat auch den Bericht der Regierung zur Initiative gelesen, hier ist man in keiner Art und Weise gewillt, etwas umzusetzen oder einen Gegenvorschlag zu erarbeiten. Hier haben wir überhaupt kein positives Signal bekommen.

Und deshalb ist die SVP der Meinung, dass man hier halt einfach eine Schwerpunktsetzung machen muss. Wir sind nicht der Meinung, dass diese Schwerpunktsetzung jetzt darauf gelegt werden soll, dass man nicht mehr 21 Tage vor einer Demo diese Frist einreichen muss, sondern nur in 14 Tagen, das sehen wir gar nicht als grosses Problem. Das kann man auch in Zukunft problemlos in 21 Tagen einreichen, wie es beispielsweise auch die Anhänger der jüdischen Glaubensgemeinschaft in diesem Jahr schon häufig gemacht haben. Das Problem sind diese Demonstrationen, welche eben nicht bewilligt werden und die Personen, welche eben keine Bewilligung einholen. Die holen das auch nicht zwei Wochen vor der Demonstration ein. Es sind diese Personen, welche der Behörde Woche für Woche auf der Nase herumtanzen, welche andere Veranstaltungen stören und in keiner Art und Weise gewillt sind, hier mit den Behörden zu kooperieren. Darauf müsste man mal einen Schwerpunkt setzen und da würde die SVP-Fraktion dem JSD sogar zehn neue Stellen bewilligen, damit wir hier ein Konzept zur Bekämpfung von illegalen Demonstrationen machen können. Entsprechend bitte ich Sie, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Kommission hat Joël Thüring das Wort, er verzichtet. Regierungsrat Stephanie Eymann verzichtet im Moment auch. Das Wort hat Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Mitte-EVP-Fraktion lehnt den Änderungsantrag zum Budget bezüglich Einsatzplanung der Kantonspolizei entschieden ab. Ich votierte im Jahr 2022 im Grossen Rat gegen die Verkürzung der Antragsfrist für Kundgebungen und Demonstrationen, unter anderem, weil dies die Einsatzplanung der Kantonspolizei zusätzlich belasten würde. Die Verkürzung der Antragsfrist von drei auf zwei Wochen wurde durch den Grossen Rat aber trotzdem gutgeheissen und diese verkürzte Antragsfrist gilt seither.

Die Einsatzplanung ist aber auch sonst seit einigen Jahren überlastet. Ich denke, die Verkürzung der Antragsfrist für Demos ist nur ein kleiner Teil des Mehraufwands. Der grosse Mehraufwand bei der Einsatzplanung entsteht vor allem wegen den sehr vielen Aufgeboten anlässlich der zahlreichen Demonstrationen, Standkundgebungen, Fussballspielen, am WEF in Davos, der Fasnacht, der Herbstmesse, dem Weihnachtsmarkt, der Art Basel und diversen anderen Anlässen. Dieses Jahr kamen noch der ESC und die Frauenfussball-EM dazu. Die Planung dieser Einsätze ist sehr aufwendig und benötigt viel Zeit, insbesondere auch die Koordination mit anderen Behörden und Polizeikorps, der BVB und BLT, etc. Und es ist wichtig, dass diese Einsätze gut geplant werden. Dazu kommen die zahlreichen unbewilligten Demos, die auch geplant werden müssen, wenn man davon Kenntnis hat im Voraus.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, diesen Änderungsantrag nicht anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich habe jetzt die zweifelhafte Ehre, dass ich namentlich erwähnt werde in diesem Budgetkürzungsantrag und ich werde auch in eine etwas ungewohnte Rolle gedrängt, nämlich dass ich hier stehen muss und Ressourcen für die Polizei verteidigen muss. Aber ich mache das jetzt trotzdem.

Ich kann mich gut erinnern, die SVP hat es damals abgelehnt, die Frist für die Einreichung von Demonstrationen zu verkürzen, obwohl ein Vertreter der SVP die Motion sogar unterzeichnet hatte. Die Motion wurde dann in einen Anzug umgewandelt und überwiesen. Das Anliegen wurde zum Teil erfüllt und die Frist für die Anmeldung von Demonstrationen wurde wirklich moderat verkürzt.

Der vorliegende Kürzungsantrag ist nun aber aus meiner Sicht völlig widersinnig, denn das Ganze wird ja nicht rückgängig gemacht damit. Sie können die Erfüllung eines Auftrags, der durch den Grossen Rat erteilt wurde, damit nicht verhindern. Selbstverständlich dürfen Anträge, Aufträge aus dem Grossen Rat, und das betrifft auch überwiesene Vorstösse, Kosten nach sich ziehen und sie müssen nicht zwingend durch Umschichtungen geleistet werden. Das wäre ja auch ein wenig ein fragwürdiges Demokratieverständnis.

Sie wollen nicht an der Sicherheit sparen, haben Sie gesagt, Pascal Messerli, aber was machen Sie konkret mit diesem Kürzungsantrag? Sie wollen eine zusätzliche, offenbar benötigte Stelle verweigern und das bewirkt einzig und allein, dass die Polizei, die ja sowieso schon unter Personalmangel leidet, zusätzlich unter Druck kommt. Das kann ja wohl nicht im Sinn der SVP sein. Gerade eine funktionierende Einsatzplanung ist doch einer der wichtigen Faktoren, um Personalmangel zu managen, um damit umzugehen. Dieser Kürzungsantrag ist deshalb abzulehnen. Das ist völlig widersinnig.

Und dann noch eine weitere Widersinnigkeit, die mir einfach auffällt: Immer wenn wir über Demonstrationen reden, beklagt sich SVP lautstark über die unbewilligten Demonstrationen, gleichzeitig wehrt sie sich aber mit Händen und Füssen gegen jede kleinste, also es ist wirklich nur eine kleine Verbesserung, die die Hürden ein wenig niedriger setzen soll. Das geht für mich einfach nicht auf. Ich frage mich, Pascal Messerli, sollen wir in Zukunft einfach mehr Fanmärsche anstatt Demonstrationen organisieren, um die politischen Inhalte auf die Strasse zu bringen? Aber lassen wir das. Ich bitte Sie, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli hat eine Zwischenfrage. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt mit der Belastung der Polizeikräfte argumentiert. Wird die Polizei nicht zunehmend belastet, weil es immer wieder illegale Demonstrationen gibt?

Heidi Mück (BastA): Es ist sicher eine zusätzliche Belastung, dass es mehr Demonstrationen gibt, aber die Anlässe, die Christoph Hochuli vorher erwähnt hat, für die können wir aber tatsächlich nichts. Also den ESC und die Euro und all diese Sachen haben nicht die Demonstrantinnen und Demonstranten zu verantworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich komme mir ein bisschen vor wie in der verkehrten Welt. Heidi Mück verteidigt die Polizei, Pascal Messerli möchte streichen. Aber vielleicht geht es Richtung Endjahresstimmung zu.

Vielleicht ein paar kurze Worte noch dazu. Wir haben diesen Vorstoss zur Erfüllung bekommen, wir haben diese zwei Wochen Antragsfrist jetzt. Und es ist auch seitens Regierung ein Entgegenkommen, weil ich denke, wir müssen hier ein gemeinsames Interesse haben, möglichst viele Demonstrationen, die geordnet und bewilligt und mit Ansprechpartnern, das ist ganz wichtig, über die Bühne gehen. Das ermöglicht der Polizei, besser zu planen, mit anderen Parallelveranstaltungen zu koordinieren. Ich denke, jede Demonstration, die wir durch diesen Schritt in dieses geordnete Setting bekommen, das lohnt sich per se schon. Aber dies, und das habe ich auch damals bereits im Namen des Regierungsrates gesagt, geht nicht einfach auch noch bei allem, was die Einsatzplanung bereits zu tun hat. Denn es muss immer noch sauber geprüft werden, die Leute in der Einsatzplanung, aber generell bei der Polizei sind belastet. Es ist, denke ich, jetzt nicht vermessen zu sagen, dass wir hier zusätzliche Ressourcen brauchen, und ich denke, der Antrag ist auch sehr moderat gestellt mit einem FTE in der ganzen Sache.

Und Pascal Messerli, ja, Sie kommen immer mit Ihrer Anti-Chaoten-Initiative, da habe ich Sie offenbar irgendwie sauer gemacht, das müssen wir vielleicht mal besprechen, unabhängig von diesem Rat. Aber wir kommen hier mit einem konkreten Vorschlag, wie wir geordneter aneinander vorbeikommen in verschiedenen Interessen in dieser Stadt. Das ist ein sehr konkreter Handlungsauftrag, den wir annehmen und das ist nicht recht. Sie wollen lieber, dass wir noch mehr Polizisten brauchen, wo wir dann jeden einzelnen noch einem Strafverfahren zuführen. Das besprechen wir dann, wenn es so weit ist, aber hier denke ich, mit diesem Streichungsantrag verhindern Sie einen Schritt in eine wichtige Richtung eines doch friedlicheren Miteinanders. Deshalb beantrage ich, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Schlusswort.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Änderungsantrag der SVP abzulehnen. Aber ich muss jetzt trotzdem Christoph Hochuli ein wenig korrigieren. Der Regierungsrat begründet diese Stellenaufstockung ausschliesslich wegen der Verkürzung der Eingabefrist für Demonstrationen. Es gibt also keinen Zusammenhang mit allem anderen, was bei der Einsatzplanung allenfalls an zusätzlichem Mehraufwand entsteht, sei es durch Grossanlässe oder durch andere Dinge. Die Finanzkommission lehnt den Antrag ab, aber das muss man trotz alledem auseinanderhalten.

Und es wurde bereits erwähnt, auch von Heidi Mück selber als Verursacherin mit ihrem Vorstoss damals, es ist tatsächlich so, dass der Regierungsrat hier in diesem Bereich einen Auftrag des Parlamentes umgesetzt hat und der Ansicht ist, dass es für die Umsetzung dieses konkreten Vorstosses – den kann man gut oder schlecht finden, das muss die Finanzkommission nicht bewerten – eine entsprechende Stellenaufstockung beantragt hat, um diesem Anliegen gerecht zu werden respektive dieses Anliegen umzusetzen. Das hat der Regierungsrat nun gemacht und deshalb beantragen wir Ihnen, ganz konkret, weil es um die Umsetzung dieses Willens des Parlamentes geht, eine zusätzliche Vollzeitstelle zu schaffen. Die Finanzkommission bittet Sie deshalb, hier auch an ihrem Vorgehen festzuhalten und diesen Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 85 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007899, 17.12.25 16:27:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 85 gegen 10 Stimmen bei einer Enthaltung. Das Departement JSD ist durchberaten.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Kommissionsbericht, Seite 48. JoëlThüring hätte das Wort, er verzichtet. Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet ebenfalls. Auch sonst habe ich keine Sprechenden eingetragen. Wir haben dieses Departement ebenfalls durchberaten.

Gerichte, Kommissionsbericht, Seite 53. Das Wort zu den Gerichten hätte Joël Thüring, er verzichtet. Stephan Wullschleger verzichtet ebenfalls. Auch hier habe ich keine Sprechenden eingetragen. Die Gerichte sind erledigt.

Behörden und Parlament, Kommissionsbericht, Seite 57. Joël Thüring hätte das Wort, er verzichtet. Auch hier habe ich keine Sprechenden.

Somit kommen wir zum Regierungsrat. Kommissionsbericht, Seite 57. Hier liegen zwei Änderungsanträge vor, einer von der Finanzkommission und ein zweiter von Daniel Seiler. Wir kommen zur allgemeinen Debatte zu diesem Departement. Sobald diese abgeschlossen ist, erhalten die Antragsteller das Wort und wir führen eine Debatte zu den einzelnen Anträgen. Joël Thüring verzichtet, Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprecherinnen und Sprecher eingetragen.

Die Finanzkommission beantragt, den Personalaufwand um 5’451’641 Franken zu reduzieren, da die Teuerung nicht wie prognostiziert 0,4, sondern 0,1% beträgt. Joël Thüring hat das Wort.

Joël Thüring (SVP): Hier bitte ich Sie nun, dem Änderungsantrag zuzustimmen. Das ist der normale Mecano. Wenn wir das Budget beraten, ist diese definitive Teuerung, die relevant ist für das Budget 2026, noch nicht bekannt. Ich habe es erwähnt heute Vormittag. Der Regierungsrat ging damals, als er das Budget erstellt hat, von einer geschätzten Teuerung von 0,4% aus. Entsprechend sind auch diese Zahlen so ins Budget geflossen. Und nun hat sich die tatsächliche Teuerung per Ende November 2025 reduziert, respektive diese beträgt nur 0,1% und aus diesem Grund ergibt sich nun eine Budgetverbesserung von 5’451 Mio. Franken. Das ist der normale Vorgang, wenn es um die Teuerung geht und deshalb bitten wir Sie, diesen auf dem Tisch des Hauses vorliegenden Antrag der Finanzkommission in Übereinstimmung mit dem Antrag des Regierungsrates heute anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland hätte das Wort, sie verzichtet. Somit kommen wir auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007901, 17.12.25 16:30:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Änderungsantrag einstimmig mit 94 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Es liegt ein Änderungsantrag von Daniel Seiler vor. Er beantragt, im Budget 19 Mio. Franken zu sparen. Budgetbericht Kapitel 3.11.2, Seite 296 Erfolgsrechnung, Sach- und Betriebsaufwand, Verbesserung um 19 Mio. Schweizer Franken. Der Antragsteller Daniel Seiler hat das Wort.

Daniel Seiler (FDP): Ja, das war doch eine ganz interessante Diskussion, die wir heute geführt haben. Die Regierung bezeichnet das Budget und die Finanzlage als solid. Man ist zufrieden, hat aber kein Geld mehr, um die Investitionen zu stemmen. Wahrscheinlich muss ich nochmal auf den Selbstfinanzierungsgrad eingehen. In drei bis vier Jahren sinkt der oder stürzt ab, je nach Definition, von 100% auf dann irgendwann noch einen Drittel. Die Schulden nehmen stark zu. Basel-Stadt läutet also offiziell ein neues Zeitalter der Schuldenmacherei ein. Das alles scheint hier, wenn ich die Voten von heute Morgen so mitnehme, eine Mehrheit am Rande zu interessieren und sie sehen darin vor allem kein Problem. Man zuckt etwas mit den Schultern. Damit sollten wir doch alle wissen, wie schwierig es ist, wenn einmal geäufnete Schulden wieder abgebaut werden müssen. Ich erinnere an die Diskussion zum direkten Steuerabzug wegen der Überschuldung.

Unser Kürzungsantrag, den die Regierung als Kosmetik bezeichnet, erfolgt also sicher nicht ohne Not. Viele von Ihnen hier im Saal sind tätig in einer Geschäftsleitung oder im Vorstand von einem Verein oder von einer Organisation und damit auch verantwortlich für ein Budget. Wenn Sie also in Ihrer Organisation merken, dass in Zukunft die Investitionen nicht mehr wie gewünscht finanziert werden können, was machen Sie dann? Die Aufgaben überprüfen oder einfach weitermachen wie in der Vergangenheit? Der Antrag erfolgt also nicht ohne Not. Er ist nicht einmal mehr ein weitsichtiger, von der Weitsicht haben wir von vergangenen Jahren gesprochen, sondern das Handeln ist wirklich dringend notwendig, denn der Trend ins Negative ist klar. Daher möchten wir heute schon dafür sorgen, dass wir eben für das Jahr 2027 dann nicht ein negatives Ergebnis haben. Und diese 19 Millionen, die jetzt im Finanzplan als negativ dastehen, wollen wir jetzt schon einsparen mit in dem Budget 2026.

Also keine Kosmetik, aber ein Signal an alle, jetzt mal einmal wirklich zu überlegen, ob wir all diese Investitionen wirklich tätigen müssen. Die FDP bittet nochmals um die entsprechende Unterstützung. Die FDP wird auf jeden Fall im kommenden Jahr kein negatives Budget akzeptieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hätte Joël Thüring das Wort, er verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Einfach kurz zwei Dinge zum Votum von Daniel Seiler. Die Investitionen haben Sie bereits beschlossen. Wir reden von einem Betrag nächstes Jahr von 546 Mio. Franken. Wenn Sie daran etwas ändern wollen, dann müssen Sie dann, wenn wir die Investitionen beschliessen, Nein sagen. Also mit diesen 19 Millionen, die dann einmalig über die Dienststellen verteilt werden, werden Sie dort nichts ausrichten. Und ja, der Selbstfinanzierungsgrad sinkt, aber Schulden macht hier Sinn, weil diese Investitionen ja nicht nur für das Budgetjahr 2026 gemacht werden, diese Investitionen werden für die nächsten 20, 30, 40 Jahre gemacht. Das ist sinnvoll, das ist auch für unsere Nachkommen.

Investitionen werden sehr häufig über Fremdkapital finanziert, das wissen vielleicht die Vereine weniger, die nehmen nicht Fremdkapital auf, ich finde das aber auch keinen guten Vergleich, aber wenn jemand ein Unternehmen hat, dann weiss er oder sie, dass das Sinn macht. Geld aufzunehmen, um Investitionen zu tätigen, das ist sinnvoll. Aber wenn wir es jetzt bräuchten, um unseren normalen Betriebsbeitrag zu finanzieren, dann wird es etwas schwieriger. Wir sind noch nicht in dieser Notsituation.

Und was mir auch wichtig ist, wenn Sie nachher diskutieren: Ich habe es Ihnen gesagt, ich möchte es aber nochmal in Erinnerung rufen. Wenn Sie heute zu dem Ja sagen, können Sie nicht delegieren. Der Regierungsrat hat keine Kompetenz, das Budget jetzt noch einmal zu verändern. Es wird linear gekürzt werden, zu allem anderen sehen wir uns rechtlich nicht in der Lage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden Pascal Messerli hat das Wort für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben nun sämtliche Änderungsanträge der SVP abgelehnt, was wir natürlich bedauern. Nun ist aber im Umkehrschluss die SVP-Fraktion selbstverständlich frei, der pauschalen Kürzung von 19 Millionen zuzustimmen. Ich habe es heute Morgen schon gesagt, grundsätzlich bevorzugt die SVP-Fraktion den Weg, situativ zu sagen, wo man kürzen möchte oder wo man nicht mehr Geld ausgeben möchte. Damit machen wir uns zwar, wie man es am heutigen Tag gesehen hat, nicht immer nur überall beliebt, aber es ist zumindest der ehrliche und der transparente und der kommunikativ transparente Weg. Wir werden jetzt einfach dem Regierungsrat sagen, streiche mal.

In der Debatte Gallacchi-Seiler sind wir in formeller Hinsicht eher auf der Seite von Remo Gallacchi, inhaltlich sind wir aber auf der Seite von Daniel Seiler, weil auch wir der Meinung sind, dass das Wachstum des Kantons, wie wir es in den letzten Jahren immer wieder kritisiert haben, problematisch ist. Wir sind der Meinung, dass der Staat uferlos wächst und wir sind auch der Meinung, dass man hier etwas tun muss, und sämtliche Bestrebungen in diesem Bereich finden auch bei uns selbstverständlich Unterstützung. Es sieht auch so aus, dass es ein gemeinsamer Nenner unter den Bürgerlichen sein kann, und da wollen wir uns nicht verschliessen. Und deshalb möchte ich hier schon noch einmal die Mitte-Fraktion fragen, wollen Sie diesen Antrag wirklich gemeinsam mit Rot-Grün abschiessen? Sie, deren Fraktionssprecher in den letzten Jahren immer mit nachhaltigen und mit soliden Finanzen argumentiert haben bei den Rechnungen, bei den Budgetdebatten? Das macht doch jetzt wirklich keinen Sinn.

Also ich bitte Sie wirklich, das hier noch einmal zu überlegen. Es geht lediglich um 19 Millionen, das ist ein Betrag von 0,3% im Verhältnis zum gesamten Betriebsaufwand, das ist wirklich nicht die Menge. Es ist auch kein radikaler Abbau, wie es von Rot-Grün teilweise propagiert wird. Es ist moderat und es ist zukunftsgerichtet, weil wir in Zukunft keine roten Zahlen haben

wollen. Entsprechend würde das wirklich aus bürgerlicher Sicht Sinn machen, diesem Antrag zuzustimmen, und aus diesem Grund wird auch die SVP-Fraktion dem so zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Tobias Christ das Wort.

Tobias Christ (GLP): Die Fraktion der GLP ist der Ansicht, dass es diesen Spielraum, diese Luft im Budget gibt, um bei den Ausgaben 19 Millionen einzusparen. Ich habe es gesagt, einsparen, wir haben immer noch kein Problem mit diesem Wort. Ich danke auch, dass noch konkretisiert worden ist von der Regierung und der Finanzverwaltung, wie das genau aussehen würde mit dieser linearen Verteilung, mit welcher wir ebenso kein Problem hätten. Wir finden, das ist für uns eine sinnvolle Auslegung des Antrags. Über den rechtlichen Spielraum der Regierung lasse ich mich nicht auf eine juristische Debatte ein, ich denke aber, was ich schon in der Eintretensdebatte gesagt habe, es wäre sachlich richtig gewesen, das nicht proportional über den ganzen Betriebsaufwand auf die Dienststellen zu verteilen, sondern den Transferauswand auszunehmen. Wenn man das jetzt im Detail anschaut, zum Beispiel bei der Gesundheitsvorsorge, da kommt ein sehr grosser Betrag. Das ist schon vorprogrammiert, dass das so nicht funktionieren würde. Bei diesem Betrag der Gesundheitsversorgung geht es vor allem um die Beiträge im stationären Bereich, das ist gesetzlich festgelegt, sogar auf Bundesebene. Natürlich würde das im Nachtragskredit resultieren, je nachdem, wie das Jahr läuft.

Es schwächt leider ein bisschen die Wirkung des Antrags, er ist so ein wenig abgeschwächt. Ich bin immer noch der Ansicht, dass die Regierung das auch noch anpassen könnte und den Transferaufwand ausnehmen könnte. Aber sogar in der vorliegenden Form, wie das jetzt auf dem Tisch ist, würde das die GLP unterstützen. Es hilft immer noch und ist ein wichtiges Zeichen, um auf das Aufgabenwachstum ein wenig einzuwirken. Und jetzt kommt der Unterschied zu meinen Vorrednern Daniel Seiler und Pascal Messerli. Wir haben hier einen etwas anderen Blick darauf. Einerseits haben wir nicht wirklich ein Problem grundsätzlich mit Staatsausgaben. Wenn die politisch gewollt sind und sinnvoll sind, darf der Staat schon viele Ausgaben machen. Wir sehen auch die Finanzlage des Kantons eher positiv und können uns eigentlich Finanzdirektorin Tanja Soland anschliessen. Natürlich sehen wir auch diese Verschlechterungen, die sich abzeichnen im Finanzplan, aber wir haben auch verstanden, dass es auch technische Gründe hat, weil da einfach fortgeschrieben wird. «ir hoffen natürlich auch sehr, dass es nicht so schlecht kommt.

Also das ist für uns nicht der Hauptgrund, sondern wir sind eher der Ansicht, «spare in der Zeit, dann hast du in der Not». Das ist unser Credo. Wir glauben, dass es in dieser Phase, in der sich Basel-Stadt glücklicherweise schon lange befindet und die Einnahmen sehr gut sprudeln, dazu führt, dass man beim Ausgeben des Geldes weniger genau hinschaut.

Und jetzt komme ich zum letzten Punkt in diesen Ausführungen: Wir sind auch der Ansicht, dass die Regierung grundsätzlich einen guten Job macht im Budgetprozess, und was ich so mitbekomme auch konkret in der Finanzkommission. Sie schauen sehr genau hin, wenn es irgendwo um zusätzliche Ausgaben geht. Es wird alles sehr sorgfältig gemacht und das finden wir auch gut und richtig so. Also unsere Kritik zielt nicht in diese Richtung. Es geht eher um die Bereiche, wo es einfach so ein bisschen weiterläuft, wo man gar keine Erhöhung beantragt im Budgetprozess, wo man auch das gleiche Geld bekommt wie letztes Jahr. Wir sind der Ansicht, da fallen Effizienzgewinne an und die werden realisiert und im Idealfall vielleicht für etwas anderes Gutes verwendet. Aber da haben wir das Gefühl, dass es Spielraum gibt.

Natürlich gibt es die GAP, darüber werden wir nächstes Jahr sprechen. Wir begrüssen sehr die vorgeschlagenen Änderungen, aber diese GAP wird das Problem nicht lösen, sondern wir müssen konstant hier einen gewissen Druck auf der Ausgabenseite aufrechterhalten. Und daher unterstützt die GLP diesen Antrag.

Dann noch etwas an die Adresse der Mitte. Die Ausführungen von Remo Gallacchi haben wir zur Kenntnis genommen, aber sie lassen wenigstens mich ein wenig ratlos zurück. Mit der Fraktion habe ich es noch nicht besprechen können. Mir ist nicht ganz klar, was jetzt hier die finanzpolitische Haltung ist. Mir ist nicht ganz klar, was das soll und wie wir mit der Mitte in Zukunft, um das ein bisschen ins Positive zu wenden, eine sinnvolle nachhaltige Finanzpolitik gestalten werden, wir von der GLP und andere bürgerliche Parteien. Aber wir werden natürlich daran arbeiten und das versuchen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Fleur Weibel. Diese wird entgegengenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Tobias Christ, Sie lassen mich jetzt tatsächlich auch etwas ratlos zurück. Stimmen Sie mir zu, dass Sie jetzt gerade gesagt haben, dass die Budgetkürzungen zum Teil verheerende Folgen zum Beispiel im Gesundheitsdepartement hätten, die dann mit Nachtragskredit noch einmal ausgebessert werden müssen, aber dass Sie trotzdem jetzt dieser Budgetkürzung zustimmen?

Tobias Christ (GLP): Danke für diese Frage, das kann ich gerne noch einmal ein bisschen weiter ausführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Aber bitte kurz.

Tobias Christ (GLP): Nein, es hätte keine verheerenden Folgen, es hätte einfach schlicht und einfach keine Wirkung, weil es sofort einen Nachtragskredit nach sich ziehen würde. Es besteht kein Spielraum. Deshalb nein, es hätte keine verheerenden Auswirkungen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jessica Brandenburger hat das Wort für die SP.

Jessica Brandenburger (SP): Wir haben es jetzt gehört, es wird linear gekürzt, also überall in den Schulen, im Gesundheitsbereich, auch bei der Polizei, einfach überall und das finde ich unverhältnismässig und auch unverantwortungsvoll. Das will ich auf keinen Fall unterstützen.

Wir finden auch, dass es nicht wirksam ist. Tobias Christ, Sie haben es gesagt, da muss man Nachtragskredite einfordern, weil es gewisse Bereiche gibt, wo wir einfach Geld ausgeben müssen. Das ist vorgegeben vom Bundesgesetz. Was ist das für eine Finanzpolitik, wenn wir heute sagen, jetzt kürzen wir, ja aber im Januar, da hauen wir wieder Geld drauf. Das macht absolut keinen Sinn. Es ist einfach planlos, es wird mit der Giesskanne gekürzt, das ist keine vertrauensvolle Finanzpolitik. Wieso tun Sie das?

Es wird auch kein neues Zeitalter eingeläutet, wie das Daniel Seiler gesagt hat. Welches Zeitalter soll das denn sein? Das, in dem die FDP merkt, dass man eine Budgetdebatte hat? Ich verstehe es wirklich nicht. Remo Gallacchi hat es heute Morgen schön aufgezeigt, wie sich die Finanzen entwickelt haben. Und ja, es muss nicht immer so bleiben, da gebe ich Luca Urgese recht, ich habe das gehört. Aber ein Finanzplan ist eine Trendprojektion und Trends können sich ändern, weil es eben viele Einflüsse gibt von aussen, die wir nicht alle kontrollieren können. Und darum, wir haben es heute schon oft gesagt, lehnen wir diesen 19-Millionen-Kürzungsantrag ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Remo Gallacchi hat das Wort für die Mitte-EVP.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich und die Mitte sind jetzt herausgefordert worden von der bürgerlichen Seite, zu der wir uns grundsätzlich auch zählen. Es macht so ein bisschen den Anschein, als wenn wir aus einem Pakt ausgestiegen wären. Das sind wir nicht. Wir sind informiert worden, dass dieser Antrag gestellt wurde, wir haben den nicht zusammen aufgestellt.

Dann muss ich noch Folgendes sagen. Es wird hier suggeriert, dass im 2026 ein Minus von 19 Millionen entsteht. Entschuldigung, das ist nicht mal ein Budget im 2027, das hier veröffentlicht wurde, sondern eine Finanzentwicklung. Am Budget kann noch hundertmal dran geschraubt werden. Regierungsrätin Tanja Soland hätte für dieses Budget locker 20 Millionen mehr Einnahmen schreiben können, auch das ist im Rauschen der Unsicherheit völlig untergegangen. Sie hätte das machen können, dann hätten wir eine Million plus, und so weiter und so fort.

Also von dem her verwahre ich mich quasi jetzt, dass wir einen Pakt mit Links geschlossen hätten. Wir sind bürgerlich, wir rutschen halt manchmal nur bis zur Mitte. Die Einnahmen sprudeln, und wenn Sie die Regierung zwingen wollen, nicht mehr auszugeben, dann machen Sie einen Vorstoss, dass Einnahmen wegfallen, indem Sie die Steuern senken. Jetzt haben wir wieder einen Graben zu links. Das unterstützen wir. Und was hier auch nicht vergessen werden darf: In der ersten Hälfte dieses Jahres, als es um die Steuersenkung ging, haben Teile der Fraktion SVP, LDP und FDP, und zwar die Teile, die von Riehen kommen, aus purem Gemeindeeigeninteresse das Paket abgesägt. Bitte wischen Sie zuerst vor der eigenen Tür, bevor Sie uns in eine Ecke stellen wollen.

Und was wollen wir? Sie wissen nicht, welche Finanzvisionen wir haben. Das Budget ist praktisch ausgeglichen, die 100 Millionen plus sind quasi eine schwarze Null. Also sind die prognostizierten 19 Millionen Verlust eine rote Null. Aber es ist immer noch eine Null. Die Nettoschuldenquote ist im 2029 1,3 Promille, meilenweit entfernt von den 6,5 Promille. Sie fangen wirklich an, zu hyperventilieren.

2018 wurde das Budget zurückgewiesen. Ich sass hier oben und hatte gehofft, keinen Stichentscheid machen zu müssen. Was ist passiert und was wird hier auch passieren? Die Regierung kürzt, und weh tut es den Indianern, es wird kein Häuptling irgend etwas spüren. Es wird den Sport betreffen, die Kultur, und zwar die, bei denen es die Linken stört und auch die, bei denen es die Bürgerlichen stört. Es wird im Sozialen gekürzt, was wieder die Linken stört, es wird bei der Sicherheit

gespart, was wieder die Bürgerlichen stört. Es werden Anträge gestellt, um das Budget wieder zu verschlechtern, und somit verpufft es. Sie können garantiert sein, dass es keine Häuptlingsstelle betreffen wird. 2018 wurde beispielsweise bei den Strassenwischern gespart, was dann wieder rückgängig gemacht wurde. Daher, die Hoheit des Budgets ist bei uns, und wir sagen, wo gespart wird. Und oftmals werden die Kürzungen nicht durchkommen. So ist die Situation.

Wir lassen uns nicht in irgendeine Ecke drängen, weder von links noch von rechts, wir sind in der Mitte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt die bürgerlichen Gemeinderäte aus Riehen angegriffen. Ist Ihnen aber bewusst, dass Steuersenkungen in Zukunft immer schwieriger werden, wenn wir immer mehr Ausgaben haben?

Remo Gallacchi: Wenn Sie die Steuersenkung machen, entziehen Sie der Regierung das Geld zu den Ausgeben. Dann macht die Regierung automatisch andere Budgets.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Fleur Weibel für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich möchte es kurz machen, weil ich habe mich heute Morgen schon ausführlich zu dem Sparvorschlag mit der Brechstange geäussert. Wir sehen dann auch in dieser Aufstellung, die die Regierung präsentiert hat, was wo gespart wurde und Tobias Christ hat es vorhin eigentlich auch nochmal aufgeführt, wie absurd es wäre jetzt hier bei einem gemachten Budget überall ein bisschen wegzukürzen, gerade eben zum Beispiel in der Kultur wären das grosse Beträge, die da wegfallen, und das wirkt sich dann ja überall irgendwo aus, ohne dass wir jetzt wissen, wie es sich auswirken würde. Es würde einfach irgendwie passieren.

Da würde mich jetzt schon auch noch interessieren, wie Sie sich den Personalaufwand vorstellen in der Verwaltung, wenn es jetzt darum geht, diese Budgetanpassungen zu machen? Das kostet ja dann auch wieder viele Stunden, die da investiert werden müssten, um irgendwie zu klären, wie man jetzt kurz vor Schluss, kurz vor Start 2026 diese lineare Kürzung durch das gesamte Budget umsetzen wollen würde. Bürgerliche Ratskolleg:innen haben heute Morgen davon gesprochen, dass das intelligente Finanzpolitik wäre, wenn man hier jetzt in vorauseilender Manier irgendwie potenzielle Defizite von 2027 ausgleichen würde. Ich würde sehr fest davon ausgehen, dass unsere Finanzvorsteherin bereits jetzt eine intelligente Finanzpolitik macht und dass es deshalb keine solchen Übungen braucht, sondern dass wir einfach ein bisschen Vertrauen darin haben können, dass die Finanzlage weiterhin in guter Hand ist bei uns im Kanton, wenn die Finanzvorsteherin uns das so sagt.

Wir haben dann im 2028 diese 64 Millionen potenzielles Defizit. Theoretisch könnte man auch kommen und sagen, wir streichen doch jetzt gleich mal 65 Millionen, dann sorgen wir für zwei Jahre vor anstatt nur für eines mit diesem kleinen Betrag von 19 Millionen. Ich bleibe dabei, das ist keine konstruktive Finanzpolitik, die Sie hier betreiben. Wir haben Hand geboten für das Entlastungsziel bei der generellen Aufgabenprüfung und wir sind auch interessiert, uns einzelne. Stellen und Aufgaben anzuschauen, ob die wirkungsvoll und effizient so ausgestaltet sind. Aber jetzt hier mit der Brechstange zu agieren, finden wir überhaupt nicht sinnvoll und deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag von Daniel Seiler abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Es ist schon sehr viel gesagt worden, deshalb ganz kurz: Die LDP stimmt diesem Kürzungsantrag selbstverständlich zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny hat das Wort für die FDP.

David Jenny (FDP): Da stehe ich nun, ich armer Tor, bin so nicht klug, sondern verwirrt als wie zuvor, und die Verwirrung ist nicht nur wegen den mittigen Irrungen und Wirrungen in der Finanzpolitik. Die Finanzdirektorin hat vorher erklärt, dieser Antrag lasse sich nur mit einer linearen Kürzung durchsetzen. Und dann kann man natürlich zu Recht sagen, das ist jetzt die

Brechstange und was auch immer, das geht ja nicht, und dann hat Tobias Christ noch gesagt, es braucht vielleicht auch noch Nachtragskredite, er stimmt aber trotzdem zu.

Ich meine, da redet sich die Regierung in ihren Kompetenzen doch ziemlich klein. Was ist die Rechtskultur des Budgets? Ich wollte das genauer schauen in der letzten Auflage des Handbuchs zu unserem Staats- und Verwaltungsrecht. Zu diesem Punkt ist aber Herr Ullmann relativ schweigsam. Dann bin ich zurückgegangen auf 1984. Dort hat der damalige Departementssekretär – jetzt wäre es Generalsekretär – des Finanzdepartementes den Beitrag zum Finanzrecht geschrieben. Und er hat dort geschrieben über die Verbindlichkeit: Wohl muss das Budget für die Exekutive eine gewisse Verbindlichkeit aufweisen, dies kann jedoch nicht heissen, dass sie durch die Bewilligung zur Vornahme jeder Ausgabe verpflichtet ist. Die Verpflichtung beschränkt sich in der Regel darauf, dass die Exekutive ohne ausdrückliche Genehmigung des Parlamentes den Budgetbetrag nicht überschreiten darf. Und der Vollzug der Ausgaben steht im Ermessen der betrauten Behörde.

Wir haben natürlich sehr viele gebundene Ausgaben, da bin ich mit Ihnen einverstanden, aber ich meine, mit den 19 Millionen sind wir im homöopathischen Bereich und ich glaube, da wäre es nicht übertrieben zu sagen, dass die Kompetenz des Regierungsrates weiter wäre, als nur einfach zu sagen, das ist eine lineare Kürzung. Dank der Mitte wird das ja nicht überwiesen werden, Sie kommen darum herum, aber ich glaube, die Begründung ist jetzt finanzrechtlich nicht absolut stichhaltig.

Die Rückweisung haben wir ja auch diskutiert. Dann haben wir diesen Mini-Shutdown, der ist nicht ganz so dramatisch wie in den USA. Das hat man jetzt hier nicht gemacht und das letzte Mal hat die Regierung, nicht in der grössten Ausübung von Treu und Glauben, bewusst all das vorgeschlagen, wovon sie wusste, dass es scheitern wird. Und das ist die Problematik unserer finanzrechtlichen Instrumente und wie wir sie handhaben. Unsere Finanzkommission hat immer die Philosophie und Auffassung vertreten, sie habe eine sehr hohe Flughöhe, sie kommentiere, hat sich aber nicht als generelle Reparaturwerkstatt gegen zu hohe Ausgaben verstanden, im Gegenteil, sie hat immer einige ausgewählte Verschlechterungen des Budgets vorgeschlagen. Ich glaube, das ist in anderen Parlamenten ein anderes Verständnis, und weil unsere Finanzkommission sagt, dass das nicht ihre Aufgabe sei, bleiben am Schluss in Velogummiprobleme übrig, und über die können wir uns ereifern und schlussendlich ist es ein bisschen im Bereich des Lächerlichen, über welche Beträge wir dann streiten. Und dann sind gewisse Fehler dann in der Antragstellung, ob das richtige Jahr erwischt wird und ob man wirklich weiss, dass nachher ja endgültig beschlossen werden wird, wenn dann eine Vorlage ins Parlament kommt. Und mit dem haben wir eigentlich schlussendlich überhaupt keine sinnvollen Steuerungsmöglichkeiten mehr.

Und darum muss es auch manchmal erlaubt sein zu sagen, der Pfad, der jetzt beschritten wird von der Regierung mit dem Ausgabenwachstum von diesen 19 Millionen, sei falsch. Und man kann das kleinreden und von einer hellroten Null sprechen und sagen, der Finanzplan hat überhaupt keine Bedeutung, aber der Finanzplan ist immerhin das erste Planjahr, es ist die Grundlage für das nächste Budget. Es sollte erlaubt sein zu sagen, bitte bremst das Ausgabenwachstum ein bisschen.

Wir sind ja immer für Steuersenkungen, aber die Idee, dass das automatisch zu einer Ausgabenreduktion ist ja doch ein bisschen vermessen. Solange Spielraum ist, Schulden aufzunehmen, gehe ich davon aus, dass relativ viele dann einfach für Schulden plädieren, und das wollen wir ja auch nicht.

Stimmen Sie diesem Antrag zu und ich bitte die Regierung, doch noch einmal ein bisschen mehr Phantasie walten zu lassen, als einfach zu sagen, was ihr wollt, hat Konsequenzen, die ihr nicht wollt. Ich glaube, Sie haben ein bisschen mehr Spielraum, wenn Sie das wirklich nach Treu und Glauben behandeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Nachdem ich vorhin fantasielos war und Ihnen etwas ins Gewissen geredet habe, nun nochmals anders. Lineare Kürzungen sind an sich nicht ein völlig untauglicher Weg und der Betrag auch nicht. Wir haben es diskutiert und ja, ich gebe zu, ob es jetzt absolut stichhaltig ist, kann ich heute nicht sagen, wir hatten nicht so viel Zeit. Wir hatten immerhin Zeit, da sind wir auch dankbar, dass die Finanzkommission dies bereits transparent gemacht hat im Bericht. Der Antragsteller war auch so entgegengekommen, dass er uns vorinformiert hat. Da bin ich ja auch sehr dankbar, er hätte das ja heute Morgen um 9 Uhr wohl noch machen können.

Wir haben es angeschaut und unsere Meinung, die wir in dieser kurzen Zeit bilden konnten, war, dass wir nicht frei entscheiden können, ob wir dies nun nur bei einem Departement oder bei zwei so durchführen würden. Wir werden das sicher nochmal anschauen und irgendeinen Finanzrechtler finden, der vielleicht ein kleines Gutachten macht, denn ich glaube, dies kann ja in Zukunft wieder vorkommen.

Und wir haben es dann auch in der Regierung diskutiert. Die Situation ist auch nicht so einfach, also wie stellt man das vor, bis wann entscheiden wir und wie entscheiden wir. Wir haben dann nochmals eine Budgetdiskussion und ich kann Ihnen

sagen, das geht auch immer etwas länger. Wir haben verschiedene Sitzungen dazu, das ist auch sinnvoll. Vor unserer kurzfristigen rechtlichen Einschätzung erachteten wir es als sinnvoll, dass man es linear über alle verteilt. Der Betrag ist sofern realistisch.

Wir haben auch nach Zürich geschaut. Zürich macht es anders, in Zürich werden immer wieder solche Kürzungsanträge gestellt und dann wird es im Allgemeinen eingestellt und man schaut dann, dass die Departemente einfach ihr Budget nicht ausschöpfen. Wir fanden das jetzt den schwierigeren Weg oder weiter weg auch vom Antrag. Daher fanden wir, es ist auch fair, heute zu sagen, wie wir das umsetzen würden. Und das mit dem Transferaufwand steht einfach nicht im Antrag. Das hätte man natürlich machen können, dass man das ausnimmt, man hätte auch Dienststellen ausnehmen können. Das kann man machen. Der Betrag ist aber machbar.

In gewissen Bereichen wüsste ich jetzt nicht, bei der Gesundheit haben wir nicht nachgeschaut, wo wir schon Verträge haben, aber es ist eigentlich nicht unfair, wie wir es vorgeschlagen haben. Das war nicht die Idee, es sollte Transparenz aufzeigen. Und wenn Sie zum Beispiel so etwas in einem vorgezogenen Budgetpostulat machen, haben wir auch etwas mehr Zeit, uns damit auseinanderzusetzen. Diese Möglichkeit gibt es ja auch auf das Budget 2027. Wenn Sie finden, dort darf es nicht dieses Defizit geben, dann machen Sie ein vorgezogenes Budgetpostulat und wir werden uns ernsthaft damit auseinandersetzen.

Ich bitte Sie trotzdem, den Antrag abzulehnen und möchte Ihnen hiermit nur noch zusagen, dass wir das sicher rechtlich noch weiter abklären werden, dass auch wenn der Antrag abgelehnt wird, wir für zukünftige Fälle da etwas besser gerüstet sind. Und Sie haben gefragt, wer das ausgerechnet hat. Das war meine Finanzverwaltung. Aber ich habe den Bescheid bekommen, dass sie das richtig gemacht haben, weil sie gemäss Antrag unsere Steuerungsgrösse der ZBE ist. Hätte dem Antrag gestanden, ohne Transferertrag, hätte man das so ausgerechnet und dann wäre der Prozentsatz etwas höher. Der Finanzverwalter sitzt auf der Tribüne und schaut immer dafür, dass ich gleich korrigiert oder noch mit Finanzwissen etwas beholfen werde. Daher bitte ich Sie jetzt trotzdem, den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Joël Thüring für die Finanzkommission.

Joël Thüring (SVP): Diese Diskussion war sehr spannend, wir haben sie ähnlich auch in der Finanzkommission geführt. Regierungsrätin Tanja Soland ist fantasielos und ich bin Metzgermeister mit der Finanzkommission. Das nehme ich mit aus der heutigen Budgetdebatte.

Wir als Finanzkommission haben tatsächlich diese Flughöhe, die David Jenny jetzt angesprochen hat, in gewissen Bereichen verändert. Ich möchte aber auch sagen, die Finanzkommission hat in der Vergangenheit in der Budgetdebatte auch schon Sachen gestrichen, der Grosse Rat hat danach teilweise diesen Streichungen zugestimmt, teilweise diesen Streichungen nicht zugestimmt, teilweise hat sich der Regierungsrat hinter diese Streichungen gestellt, teilweise hat er diese Streichungen bestritten. Es ist schon so, dass die Finanzkommission nicht nur immer etwas hinzuschlägt, sondern tatsächlich von Fall zu Fall in eine andere Richtung tendiert.

Aber Sie haben diese Diskussion nun betreffend diesem allgemeinen 19-Millionen-Betrag gehört und wir haben diese Frage in der Kommission diskutiert. Ich möchte einfach als Finanzkommission jetzt trotzdem noch etwas zu diesem Finanzplan sagen, Remo Gallacchi. Natürlich gehen wir als Finanzkommission davon aus, dass dieser Finanzplan auf einer soliden Basis erstellt wird. Es sind also nicht einfach willkürlich eingesetzte Zahlen. Wir vertrauen Regierungsrätin Tanja Soland und dem Finanzdepartement, dass diese Zahlen selbstverständlich korrekt sind und sie nicht politisch geschoben werden, wie es dann der Finanzdirektorin oder dem Regierungsrat gerade passt. Wir können diese Finanzplanungszahlen natürlich für jede Argumentation verwenden. Sie können heute sagen – und das ist der Antrag letztlich von Daniel Seiler -, weil der Finanzplan in den nächsten Jahren ein Defizit vorsieht, müssen wir heute im Budget etwas streichen. Im umgekehrten Fall gibt es aber auch Menschen, Personen, die haben in der Vergangenheit aufgrund dieses Finanzplanes argumentiert, dass wir uns keine Steuersenkungen leisten können, weil der Finanzplan in Zukunft düsterer ausschaut.

Also Sie können sich natürlich diesen Finanzplan, das gehört zur Wahrheit dazu, egal auf welcher Seite Sie heute oder auch ganz generell bei der Frage des Budgets stehen immer gerade so auslegen, wie es für Sie passend ist. Aber wir als Finanzkommission haben schon die Erwartung – und wir haben auch keinen Zweifel, dass das so getan wird -, dass dieser Finanzplan auf den realen Gegebenheiten fusst und so erstellt wird, wie er zu diesem Zeitpunkt, wenn er eben erstellt oder angepasst wird, auch der Realität entspricht.

Dass ein Finanzplan und ein Kanton auch verschiedentlich neue Herausforderungen erhält und sich dadurch auch ein Budget wieder verändern kann, das liegt auf der Hand. Wir haben es in diesem Jahr gesehen, Regierungsrätin Tanja Soland hat es heute Morgen erwähnt, wir haben diese Unsicherheit beispielsweise auch bei dieser OECD-Mindestbesteuerung. Hier geht jetzt der Regierungsrat einmal von diesen 400 Millionen aus und hat diesen Topf entsprechend für 2026 vorgesehen mit einer Äufnung für 400 Millionen. Das ist eine gewisse Unsicherheit. Das hat uns auch die Finanzdirektorin in der

Finanzkommission im Hearing sehr ehrlich und sehr transparent auch dargelegt, wir wissen es einfach schlicht und ergreifend nicht genau und es ist auch schwierig, weil Firmenabschlüsse eben auch sehr verzögert daherkommen. Das heisst, es kann durchaus sein, dass wir auch erst in zwei Jahren konkret wissen, wie der Firmenabschluss einer Unternehmung 2026 gewesen ist.

Das ist ein relevanter Aspekt. Ein zweiter relevanter Aspekt ist die geopolitische Situation. Sie haben es mitbekommen, diese Frage der Zölle, die Frage der Zolltarife auf Pharmaprodukte, auch das hat selbstverständlich auf den Kanton einen gewissen Einfluss und das kann einen Finanzplan auch über den Haufen werfen.

Die Finanzkommission hat diesen Antrag Seiler besprochen. Sie lesen die Kritik der Finanzkommission zu diesem Antrag Seiler sehr deutlich. Sie widerspiegelt jetzt auch einzelne Voten, die wir hier gehört haben. Wir sind in der Mehrheit der Ansicht, dass es zurzeit keinen Handlungsbedarf gibt für Budgetkürzungen. Wir sind auch der Meinung, dass mit dem Finanzplan, so wie er heute dasteht, und auch gemäss den Aussagen des Regierungsrates auch künftig ein uns ausgeglichenes Budget vorliegt, sodass hier niemand hyperventilieren muss. Und wir sind auch in der Mehrheit der Ansicht, dass eine so unspezifische Kürzung, wie sie jetzt auch heute diskutiert wurde, eben wenig zielführend ist und, und natürlich zu diesem Zeitpunkt des Prozesses tatsächlich auch zu einem übermässig grossen Aufwand führen würde, wenn wir jetzt einfach das so machen würden, wie es der Antrag Seiler vorgesehen hat.

Der Regierungsrat hat es probiert. Ich sage das jetzt im Namen der Finanzkommission, die Finanzkommission kann mich danach rügen, wenn sie das möchte. Ich finde es sehr gut, dass die Finanzverwaltung, das Finanzdepartement uns heute quasi als Anhang zum Antrag Seiler aufgezeigt hat, was eine solche lineare Kürzung tatsächlich dann auch bedeuten würde. Das ist etwas, was in dieser kurzen Zeit auch tatsächlich etwas schwierig ist. Wir als Finanzkommission haben deshalb entschieden, dass wir diesen Antrag Seiler nicht unterstützen und wir bitten Sie, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen, auch dem Antrag des Regierungsrates und diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007903, 17.12.25 17:15:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 56 gegen 38 Stimmen.

Wir kommen nun zur Detailberatung der Investitionsrechnung Investitionen ab Seite 327 des Budgetberichts, unter Berücksichtigung der Änderungen im Anhang 2 des Berichts der Finanzkommission ab Seite 59. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit ist die Beratung des Budgets abgeschlossen.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 63 im Bericht der Finanzkommission und zur Schlussabstimmung über das Budget 2026.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007905, 17.12.25 17:19:15]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Das gesamtkantonale Budget 2026 wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung

Betriebsergebnis Fr. -273'038’592

Finanzergebnis Fr. 281'089’616

Gesamtergebnis Fr. 8’051’024

Investitionsrechnung

Ausgaben Fr. -579'662’232

Einnahmen Fr. 34'053’889

Saldo Investitionsrechnung Fr. -545'608’343

2. Der Globalkredit 2026 von 23’817’000 Franken und die Leistungsziele des Kunstmuseums werden genehmigt.

3. Der Globalkredit 2026 von 9’307’000 Franken und die Leistungsziele des Museums der Kulturen werden genehmigt.

4. Der Globalkredit 2026–2029 von 24’788’000 Franken und die Leistungsziele des Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig werden genehmigt.

5. Der Globalkredit 2026–2029 von 45’690’000 Franken und die Leistungsziele des Historischen Museums werden genehmigt.

6. Der Globalkredit 2026–2029 von 50’639’000 Franken und die Leistungsziele des Naturhistorischen Museums werden genehmigt.

7. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr wird genehmigt.

8. Von den Änderungen der Investitionsübersichtsliste (IÜL) wird Kenntnis genommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Budget zugestimmt mit 91 gegen 3 Stimmen bei einer Enthaltung. Das Budget und das Geschäft sind erledigt.

56.1. Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)

[, 24.5536.02]

57. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026–2029

[17.12.25 17:19:29, 25.1219.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der GSK zum Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten GWL der basel-städtischen Spitäler für die Jahre 2026 bis 2029. Mit dem Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Rahmenausgabenbewilligung für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten der basel-städtischen Spitäler für die Periode 2026 bis 2029 in der Höhe von 255 Mio. Franken.

Der Kanton Basel-Stadt ist verpflichtet, eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sicherzustellen und finanziert dazu auch gemeinwirtschaftliche Leistungen, sogenannte GWL, die im öffentlichen Interesse erbracht werden und nicht über die obligatorische Krankenpflegeversicherung abgegolten werden dürfen. Dazu zählen insbesondere die Sicherstellung von Spitalkapazitäten, universitäre Lehre und Forschung sowie die Abdeckung ungedeckter Kosten bei nicht kostendeckenden oder fehlenden Tarifen. Art, Umfang und Finanzierung dieser Leistungen variieren kantonal, da das öffentliche Interesse unterschiedlich definiert wird.

Die vorliegenden Rahmenausgabebewilligungen für die Jahre 2026 bis 2029 knüpfen an die bisherigen fünf Finanzierungsperioden seit 2012 an und setzen diese systematisch fort. Neu gegenüber früheren Perioden ist vor allem die stärkere Akzentuierung einzelner Schwerpunkte innerhalb der bestehenden GWL, während der grundsätzliche GWL-Begriff und der Kreis der berücksichtigten Institutionen weitgehend unverändert bleiben. Behandelt werden weiterhin sowohl die kantonalen öffentlichen Spitäler als auch ausgewählte private Spitäler und spitalähnliche Institutionen. Nicht Teil der Vorlage sind wie bisher das UKBB aufgrund der bikantonalen Trägerschaft sowie das UZB, das separat geregelt wird.

Finanziell für die Periode 2026 bis 2029 ist eine moderate, aber strukturell bedeutsame Erhöhung der GWL vorgesehen. Die jährlichen Beiträge steigen gegenüber 2025 um rund 3 Mio. Franken und liegen über die gesamte Laufzeit um knapp 12 Millionen höher als in der Leistungsperiode 2021 bis 2025.

Ich bin gerade darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir beim UZB sind und noch nicht bei den Basel-städter Spitälern, wir sind aber bei den GWL. Die GWL betreffen auch das UZB. Wunderbar, dann wechseln wir jetzt zum Traktandum UZB, aber trotzdem zu den GWL. Gerne berichte ich Ihnen namens der GSK zum Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligungen zur Finanzierung der gemeinschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitären Zentrums für Zahnmedizin für die Jahre 2026 und 2029. Mit dem vorliegenden Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Rahmenausgabebewilligung für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitären Zentrums für Zahnmedizin für die Jahre 2026 bis 2029 von gesamthaft 13,6 Mio. Franken. Die Bewilligungskompetenz des Grossen Rates von insgesamt 29 Mio. Franken.

Zum Allgemeinen: Das UZB erfüllt von Gesetzes wegen mehrere Aufträge. Es dient der zahnmedizinischen Versorgung, erfüllt Aufgaben der sozialen Zahnpflege im Interesse der öffentlichen Gesundheit, gewährleistet die Behandlung wirtschaftlich schwächer gestellten Personen mit Wohnsitz im Kanton, erbringt bedarfsgerecht gemeinwirtschaftliche Leistungen und sorgt für Lehre, Forschung sowie Weiterbildung und Fortbildung im Bereich der Zahnmedizin. Die Finanzierungslücke entsteht in verschiedenen Bereichen wie unentgeltliche Leistungen der Schulzahnpflege, Sozialkosten aufgrund von Einkommens- und Vermögensverhältnissen, Vorhalteleistungen in der sozialen Zahnmedizin und Polyklinik, dem nicht kostendeckenden Sozialtarif sowie der Weiterbildung von Assistenzärzten. Hinzugekommen sind universitäre Lehre und Forschung, Special Needs Dentistry für Zielgruppen mit Beeinträchtigungen und Schulzahnpflege vor Ort. Entfallen sind die Anschubfinanzierung der Altersmedizin und Vorhalteleistungen für Absenzkosten.

Die Finanzierung der GWL und ungedeckten Kosten für 2026 bis 2029 teilt sich auf die Kompetenz des Regierungsrates mit 15,5 Mio. Franken für vier Jahre sowie die des Grossen Rates mit 13,6 Mio. Franken auf. Zur Kompetenz der Regierung gehören gemäss Finanzhaushaltsgesetz die unentgeltlichen Leistungen und Sozialkosten als wiederkehrend gebundene Ausgaben, während alle weiteren in die Kompetenz des Parlaments fallen. Der Totalbetrag beläuft sich, wie bereits erwähnt, auf 29 Mio. Franken.

Im Budget des Gesundheitsdepartementes für 2026 sind 7,1 Mio. Franken eingestellt, im Budget des Erziehungsdepartementes 0,125 Mio. Franken für Schulzahnpflege vor Ort. Die GWL für 2025 bis 2029 fallen um 1,1 Mio. Franken insgesamt höher aus als in der laufenden Leistungsperiode, wobei die Erhöhung in der Kompetenz des Grossen Rates 0,9 Mio. Franken beträgt.

Vorgehen der Kommission: Die Gesundheits- und Sozialkommission hat die Vorlage in insgesamt drei Sitzungen behandelt. An der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des Gesundheitsdepartements, der Leiter Abteilung Spitalversorgung und ein akademischer Mitarbeiter der Abteilung Spitalversorgung. Grundsätzlich unterstützt die GSK die Vorlage. Sie befasst sich aber vertieft mit den Kürzungen in der sozialen Zahnmedizin, insbesondere den Absenzkosten und der erschwerten

Kooperation. Zur besseren Beurteilung wurde das UZB eingeladen, die Kürzungen und deren Folgen aus seiner Sicht darzustellen und dem GD wurde die Gelegenheit gegeben, die schriftliche Auskunft des UZB mündlich zu kommentieren.

Die GSK bat das UZB um schriftliche Stellungnahme zur Finanzierung. Das UZB erklärte, dass bei ihm als rein ambulante Einrichtung die Absenzenproblematik stärker wirke als in Spitälern mit stationärem Anteil. 70% der unentschuldigten Absenzen entfallen auf Patienten der sozialen Zahnmedizin. Der Umsatzausfall 2024 betrug knapp eine Million Franken. Eine Weiterverrechnung sei nicht umsetzbar, das UZB warnte, die Kürzungen würden ein strukturelles Defizit verursachen und die Versorgung vulnerabler Bevölkerungsgruppen gefährden.

Das GD nahm zum Schreiben des UZB, das es zur Kenntnis erhalten hatte, mündlich Stellung. Es erklärte, dass die Zahlen des UZB-Schreibens nicht mit denen des Antrags des UZB bzw. des Ratschlags entsprächen. Das GD weist auch auf die höheren Beiträge an die universitäre Lehre und Forschung und auf die Vergütung der Weiterbildung von Assistenzärzten oder Oberärztinnen hin. Dieses Personal werde ebenfalls in der sozialen Zahnmedizin eingesetzt, was deren Finanzierung wiederum zugutekommt. Die völlige Streichung der Kompensation für die Absenzkosten erklärt sich laut GD mit der allgemeinen Gleichbehandlung der Spitäler. Die anderen Spitäler erhielten dafür ebenfalls keine GWL-Zahlungen. Aufgrund der Gleichbehandlung werde das UZB ab 2026 394’000 Franken jährlich für universitäre Lehre und Forschung erhalten, wo es bisher im Rahmen der GWL nicht berücksichtigt worden sei.

Zu den Erwägungen der Kommission: Ein Teil der Kommission zeigte sich mit den Kürzungen bei Absenzkosten und erschwerten Kooperationen unzufrieden. Die Mitglieder verwiesen auf den gesetzlichen Auftrag in der sozialen Zahnmedizin, die bereits erfolgte Optimierung und die Menge an Personen mit Einschränkungen, die nur vom UZB behandelt werden können. Die Kürzung der GWL für die soziale Zahnmedizin sei zu massiv und bei der erschwerten Kooperation fehle jegliche Begründung. Es wurde beantragt, den Betrag für erschwerte Kooperation um 20’000 Franken zu erhöhen.

Der andere Kommissionsteil unterstützte die Position des GD. Die Streichung bei den Absenzkosten sei folgerichtig, da alle Spitäler und Unternehmen mit diesem Problem umgehen müssten. Die geringe Kürzung bei den erschwerten Kooperationen sei organisatorisch verkraftbar. Die Kommission lehnte jedoch den Erhöhungsantrag mit Stichentscheid des Präsidenten bei fünf gegen fünf Stimmen ab, stimmte aber der Beschlussvorlage als Ganzes einstimmig zu. Wie Sie bereits gesehen haben, besteht ein entsprechender Antrag, um einen Teil der vorgenommenen Kürzungen wieder rückgängig zu machen beziehungsweise zu kompensieren. Wir werden wahrscheinlich nachher im Rahmen der Debatte darüber diskutieren.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen mit diesem Ratschlag die Rahmenausgabenbewilligung für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen für das UZB für die nächsten vier Jahre vorgelegt. Ich finde es wichtig, vorweg zu sagen, dass das UZB eine sehr wichtige Institution ist im basel-städtischen Gesundheitswesen und darüber hinaus auch eine regionale oder schweizweite Bedeutung hat als ein Ort, wo Zahnmedizin auf allen Ebenen und Stufen angeboten wird, und wo auch Zahnärztinnen und Zahnärzte ausgebildet werden. Und es ist gesagt worden schon vom Sprecher der Kommission, dass natürlich insbesondere auch der Auftrag der sozialen Zahnmedizin am UZB einen hohen Stellenwert hat und auch weiterhin haben soll.

Wir haben Ihnen einen Betrag von insgesamt 29,76 Mio. Franken vorgelegt. Die bisherige Rahmenausgabenbewilligung sah einen jährlichen Finanzierungsbetrag von rund 7 Mio. Franken vor. Der soll sich nun in der neuen Finanzierungsperiode moderat auf jährlich zwischen 7,225 Mio. Franken und dann aufsteigen bis ins 2029 auf 7’347 Mio. Franken erhöhen. Ein Teil davon liegt in der Genehmigungskompetenz des Regierungsrats und wird deshalb im Ratschlag Ihnen nicht zum Beschluss vorgelegt, sondern nur dargestellt.

Wir reden also insgesamt über eine sehr moderate, aber doch über eine Erhöhung. Sie ergibt sich insbesondere durch die Aufnahme neuer Leistungen in den GWL-Katalog. Erstmals werden die ungedeckten Kosten der universitären Lehre und Forschung berücksichtigt, so wie bei den Spitälern auch. Dafür sind jährlich 394’000 Franken neu vorgesehen. Neu aufgenommen werden sollen zudem die Spezialsprechstunde für Kleinkinderkaries sowie die Schulzahnpflege und die Schuluntersuchungen vor Ort, die bisher auch schon gemacht wurden, aber nicht Teil waren des GWL-Pakets.

Ebenfalls neu ist diese Position Special Needs Dentistry, mit der ein neues und innovatives Angebot für Menschen mit besonderen zahnmedizinischen Bedürfnissen aufgebaut werden kann. Es sind dies beispielsweise Patientinnen und Patienten mit kognitiven oder körperlichen Beeinträchtigungen oder auch Menschen mit einem stark erhöhten Zeitbedürfnis für Tätigkeiten des täglichen Lebens, die eben schon besondere Behandlungskompetenzen auch in der Zahnmedizin erforderlich machen. Und für diese Leistungen schlagen wir Ihnen den neuen jährlichen Beitrag von 200’000 Franken vor.

Demgegenüber ist es so, dass wir im Bereich der Absenzkosten Ihnen eine Reduktion vorschlagen. Das fliesst in diese Position der Vorhalteleistungen. Praktisch gesprochen sprechen wir über die sogenannten No-Shows, Patientinnen und Patienten, die einen Termin haben, diesen aber nicht wahrnehmen. Das ist ein Phänomen in allen medizinischen und sozialmedizinischen Einrichtungen. Private Praxen können das teilweise in Rechnung stellen, das ist so. Ich glaube auch nicht, dass sie das flächendeckend tun und nicht immer, aber es gibt dort die Möglichkeit, und bei den Patientinnen und Patienten der sozialen Zahnmedizin gäbe es die auch, aber die Chance ist gering, dass die Rechnungen bezahlt würden. Und deshalb hat man hier mit Zahlungsausfällen realistischerweise zu kämpfen, das ist so. Wir erwarten hier aber einerseits auch eine gewisse Disziplin auf Seiten der Patientinnen und Patienten und ihres Umfelds, und wir erwarten von der Klinik, dass sie im Rahmen ihrer Vorhalteleistungen sich auch so organisieren kann, dass diese Termine, wenn sie ausfallen, dann eben kompensiert werden können durch andere Patientinnen und Patienten. Man muss halt ein bisschen parallel einschreiben. Das kann anspruchsvoll sein, aber wir sind nicht der Auffassung, dass wir das Nichterscheinen spezifisch beim UZB noch in diesem Umfang finanzieren sollten.

Selbstverständlich ist aber die soziale Zahnmedizin weiter ein Element der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die wir abgelten. Das ist im Ratschlag auch dargelegt, einerseits mit diesen besonderen Tarifen oder den Sozialkosten oder dann eben den Vorhalteleistungen, die auch weiterhin abgegolten werden.

Daneben gibt es einen Rest von Leistungen, die unverändert weiter abgegolten werden sollen und das haben wir zu diesem Paket hier geschnürt, das insgesamt stark im Zeichen der Kontinuität steht dessen, was wir aktuell haben. Da ist in diesem Zusammenhang vielleicht auch wichtig wahrzunehmen, dass sich das UZB betrieblich gut entwickelt hat, dass es den Weg geschafft hat zu einer ausgeglichenen Rechnung, dass es also im Rahmen der finanziellen Konstellation, so wie sie heute besteht, auch ohne Fehlbetrag auskommen kann. Das ist eine grosse Leistung und bleibt es auch in Zukunft und wir möchten dazu auch beitragen mit diesem GWL-Ratschlag und sind dankbar, wenn Sie diesem Ihre Zustimmung erteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Für die SP spricht Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel erfüllt einen zentralen öffentlichen Auftrag. Es stellt die zahnmedizinische Versorgung sicher, übernimmt Lehre und Forschung und erbringt Leistungen, die weder kostendeckend noch marktgerecht organisiert werden können. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sind deshalb notwendig und richtig. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die GWL für das UZB grundsätzlich.

Gleichzeitig müssen wir klar festhalten, der Regierungsrat kürzt im Bereich der sozialen Zahnmedizin massiv. Gerade bei den Patientinnen und Patienten mit erschwerter Kooperation, häufig wohnungslose Menschen sowie stark psychisch und suchterkrankte Personen, werden die Vorhalteleistungen deutlich reduziert, obwohl der Regierungsrat im Ratschlag selbst anerkennt, dass diese Behandlungen einen erheblich höheren Zeitaufwand erfordern und nicht tarifgedeckt sind.

Die ungedeckten Kosten lagen in den letzten Jahren auch bei rund 1,1 Mio. Franken pro Jahr. Die zusätzliche Kürzung um 20’000 Franken pro Jahr bei der erschwerten Kooperation ist fachlich nicht begründet und setzt auch ein sehr kritisches Signal. Sie suggeriert, dass ausgerechnet bei den verletzlichsten Patient:innen gespart werden kann. Das ist aus sozialpolitischer Sicht nicht akzeptabel.

Mit unserem Erhöhungsantrag korrigieren wir diese Kürzung zwar nur ganz leicht und wir sind uns bewusst, dass der verbleibende Fehlbetrag für das UZB weiterhin erheblich ist. Aber es geht uns auch um die politische Aussage. Die soziale Zahnmedizin ist uns nicht egal. Wir erwarten und wollen, dass diese Patient:innen weiterhin gut, würdig und fachgerecht behandelt werden können. Deshalb beantragen wir, die Minderheit in der Kommission, die Vorhalteleistung für die erschwerte Kooperation um 20’000 Franken pro Jahr zu erhöhen. Dieser Antrag federt die Kürzung des Regierungsrats zumindest teilweise ab und setzt ein wichtiges Zeichen für eine solidarische Gesundheitsversorgung und verschlechtert das soeben verabschiedete Budget nur ganz minimal.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion und der Minderheit der Kommission, dem vorliegenden Erhöhungsantrag und den GWL grundsätzlich zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Tobias Christ für die GLP.

Tobias Christ (GLP): Ich zitiere mich sehr gerne selber, es sind ja auch nicht so viele da, da muss ich mir nicht so viel Mühe geben. In der letzten Sitzung dieser Session habe ich gefragt in die Runde, wann der Moment gekommen ist für eine Kommission und dann letztlich für das Parlament, bei einem Staatsbeitrag der Regierung herumzuflicken. Jetzt hier ist es formal kein Staatsbeitrag, aber eine ähnliche Situation, und meine Antwort damals war, dass da grundsätzlich einiges nicht

stimmen muss, dass das gegeben ist, dass man das machen soll, nämlich es müsste erkennbar sein, dass die Regierung grundsätzlich den politischen Willen verkennt oder die Gesetze falsch interpretiert. Ich führe das jetzt nicht nochmal aus.

Hier ist das, meine ich, nicht der Fall. Wir von der GLP finden das grundsätzlich in Ordnung, dass hier die Regierung einen Spielraum hat. Wir anerkennen, dass sie haushälterisch mit den Mitteln umgehen muss und das auch hier einmal mehr aus unserer Meinung ordentlich gemacht hat. Im Detail wollen wir uns ganz klar dagegen verwehren, dass das als Symbol verstanden wird, diese Kürzung jetzt spezifisch bei der sozialen Zahnmedizin, dass das weniger wichtig sein sollte, nur weil die Regierung hier einen Betrag ein bisschen kürzt. Das verstehen wir nicht so, es ist aus unserer Sicht ganz klar, dass hier sehr gute Arbeit gemacht wird, dass die wichtig ist, dass die politisch gewollt ist, und es ist angesichts des kleinen Betrags ist es absolut plausibel, dass das UZB diese Arbeit auch weiterhin ordentlich machen kann, würdig machen kann und sie gewährleisten wird. Ich sehe wirklich keinen Grund zur Annahme, dass sie das ändern würde in Zukunft.

Deshalb vertrauen wir hier der Regierung, bleiben bei diesem Vorschlag und nehmen ihn so an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die LDP stimmt dieser GWL für das UZB natürlich selbstverständlich zu. Wie es schon von meiner Kollegin von der SP gesagt worden ist, sind die GWL ganz wichtige Beiträge, die wir hier sprechen und alle, die im Medizinwesen tätig sind, wissen, dass es unerlässlich ist, dass man die spricht.

Den Änderungsantrag nehmen wir nicht an. Wir LDP-ler, die in der GSK waren, waren bei der Mehrheit mit dem Stichentscheid Präsident und darum lehnen wir den Änderungsantrag der SP ab und bitten Sie, dasselbe zu tun. Ich rede gerade noch für die nächsten zwei Traktanden. Unser Kommissionspräsident wird ja diesen Bericht wieder vorlesen und darum halte ich mich kurz. Den GWL der öffentlichen Spitäler stimmt die LDP auch ganz klar zu. Bitte sprechen Sie das auch. Alle, die dort tätig sind, sind auf die GWL angewiesen. Und schliesslich auch noch für die Stiftung Rheinleben. Diese Staatsbeiträge bitte ich auch zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lea Wirz spricht für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Die beantragte Rahmenausgabenbewilligung für das UZB ist hier drin ja zum Glück unbestritten und es zeigt sich auch, dass diese zwingend notwendig ist, um auch den gesetzlichen Auftrag der sozialen Zahnmedizin weiterhin erfüllen zu können. Die Diskussion um die Kürzungen bei den Vorhalteleistungen zeigt, wie dringend diese Gelder gebraucht werden.

Die nun vorgesehene Kürzung bei der erschwerten Kooperation betrifft die Behandlung von Personen, für die die soziale Zahnmedizin besonders wichtig ist. Wir haben es gehört, Behandlungen von Kindern, von Menschen mit Sprachbarrieren oder kognitiven Einschränkungen oder auch bei einer Substanzabhängigkeit dauern häufig bis zu doppelt so lange wie reguläre Eingriffe. Diese Realität lässt sich weder organisatorisch noch tariflich einfach kompensieren. Kürzungen in diesem Bereich gefährden unmittelbar die Versorgungsqualität jener Menschen, die ohnehin am stärksten auf öffentliche Angebote angewiesen sind. Das ist nicht im Sinne der Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA, für die ich hier auch sprechen darf.

Durch weitere Kürzungen besteht die Gefahr, dass das UZB sein Leistungsangebot in der sozialen Zahnmedizin einschränken muss in Zukunft. Das würde den Zugang zur zahnmedizinischen Versorgung für wirtschaftlich schwächer gestellte Personen verschlechtern und damit dem gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag des Kantons widersprechen.Aus diesen Gründen unterstützen die Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA sowohl die Rahmenausgabenbewilligung sowie den vorliegenden Erhöhungsantrag von jährlich 20’000 Franken für die Jahre 2026 bis 2029 und bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: In einer zweiten Runde möchte Regierungsrat Lukas Engelberger noch einmal das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die wohlwollende und wertschätzende Aufnahme dieses Ratschlags. Sie haben viel Unterstützung für das UZB und insbesondere für die soziale Zahnmedizin zum Ausdruck gebracht und diese liegt auch uns im Regierungsrat am Herzen. Ich kann Ihnen versichern, wir werden das Angebot der sozialen Zahnmedizin aufrechterhalten und weiterentwickeln und es ist nicht gefährdet durch unseren Ratschlag.

Ich kann Ihnen aber auch ganz ehrlich sagen, dass ich ein gewisses Verständnis habe für den Erhöhungsantrag. Man könnte, wenn wir schon bei der Ehrlichkeit sind, mit sehr guten Gründen auf all diesen Positionen höhere Anträge vertreten mit legitimen Argumenten, selbstverständlich, auch bei den Spitälern, über deren noch höhere Zahlen wir nachher noch sprechen, könnte man das. Aber wir haben einen Gesamtbudgetrahmen und wir haben eine Gesamtfinanzverantwortung für den Kanton. Wir müssen, wir wollen und wir können mit unseren finanziellen Mitteln verantwortungsvoll umgehen und müssen uns deshalb da auch für diese wichtigen Positionen einen gewissen Rahmen abstecken. Das haben wir versucht in unserem Ratschlag und sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns dabei folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 8 des Berichts. Titel und Ingress, einziger Absatz. Hier liegt ein Änderungsantrag von Melanie Nussbaumer vor. Sie beantragt eine Erhöhung von 20’000 Franken pro Jahr. Wir würden hierzu die Debatte eröffnen. Es scheint keinen Redebedarf zu geben, deshalb schreiten wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungstrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007908, 17.12.25 17:50:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Änderungsantrag zugestimmt mit 49 gegen 39 Stimmen.

Wir führen die Detailberatung weiter. Publikations- und Referendumsklausel, Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007910, 17.12.25 17:51:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel werden für das Jahr 2026 Ausgaben von Fr. 3'405'000 und für die Jahre 2027–2029 Ausgaben von Fr. 3'437'000 pro Jahr (insgesamt Fr. 13'716’000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen.

58. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029

[17.12.25 17:51:14, 25.1260.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich habe vorher schon irrtümlicherweise bereits angefangen, zu diesem Geschäft zu sprechen, ich setze gerne da weiter, wo ich vorher aufgehört habe.

Wie gesagt, finanziell ist für die Periode 2026 bis 2029 eine moderate, aber strukturell bedeutsame Erhöhung der GWL für die basel-städtischen Spitäler vorgesehen. Die jährlichen Beiträge steigen gegenüber 2025 um rund 3 Mio. Franken und liegen über die gesamte Laufzeit um knapp 12 Millionen höher als in der Leistungsperiode 2021 bis 2025. Wenn die Gesamtsumme zunimmt, kommt es innerhalb der GWL zu markanten Verschiebungen gegenüber den frühen Perioden. Besonders signifikant ist die Umschichtung zwischen Forschung und universitärer Lehre einerseits und der ärztlichen Weiterbildung andererseits.

Die Beiträge für Lehre und Forschung werden deutlich reduziert, während die Weiterbildung zum eidgenössischen Facharzttitel substanziell aufgestockt wird. Diese Verschiebung erfolgt durch höhere jährliche Weiterbildungsbeiträge und führt dazu, dass der Ausfinanzierungsgrad der Deckungslücke in Lehre und Forschung von bisher 58% auf neu 37% sinkt, obwohl die Gesamtausgaben in diesem Bereich insgesamt stabil bleiben. Ebenfalls deutlich erhöht werden die Ambulantisierungsbeiträge. Insbesondere für Tageskliniken war es ein gesundheitspolitischer Schwerpunkt, auf die Verlagerung von stationär zu ambulanten Behandlungen, und gegenüber früheren Perioden eine klare finanzielle Priorisierung darstellt. Die Erhöhung der GWL resultiert primär aus bestehenden Leistungen. Neue und wegfallende GWL halten sich betragsmässig weitgehend Waage.

Neu aufgenommen werden unter anderem Leistungen im Bereich Home Treatment, spezialisierte Versorgung für seltene Krankheiten sowie die Gesundheitsversorgung von Patientinnen und Patienten mit Abhängigkeitserkrankungen, während bisherige GWL wie Spitalseelsorge oder Unterstützungsleistungen an Rettungsdienste aus dem GWL-Rahmen herausgelöst und künftig anderweitig finanziert werden. Insgesamt zeigt sich damit gegenüber früheren Perioden weniger eine Ausweitung des Leistungskatalogs als vielmehr eine gezielte finanzielle Neugewichtung innerhalb der GWL.

Der Grosse Rat hat den Ratschlag der Gesundheits- und Sozialkommission zur Berichterstattung überwiesen. Die Kommission hat die Vorlage an drei Sitzungen behandelt. An der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des GD, der Leiter Abteilung Spitalversorgung und eine akademische Mitarbeiterin der Spitalversorgung. Die GSK unterstützt grundsätzlich die Vorlage. An ihrer ersten Beratung mit dem Gesundheitsdepartement stellt sie jedoch erhöhten Informations- und Diskussionsbedarf bezüglich der von den Spitälern beantragten, nun aber nicht berücksichtigten GWL-Kosten fest. Wir haben darauf einen umfassenden Fragekatalog formuliert, den das Gesundheitsdepartement beantwortet hat. Die einzelnen Fragen und Antworten sind im Bericht der GSK ausführlich wiedergegeben worden. Allerdings vermisst die Gesundheits- und Sozialkommission bei verschiedenen Fragen noch etwas mehr Klarheit beziehungsweise waren gewisse Antworten für die Kommission nicht vorhanden oder für die Kommission nur teilweise befriedigend ausgefallen. Dies führte zu einem weiteren Treffen mit den Vertretern des GD, um die noch offenen Punkte in einem mündlichen Austausch zu erläutern. Die Kommission hat diese verschiedenen Fragen ebenfalls in den schriftlichen Kommissionsbericht aufgenommen. Ich verzichte daher an dieser Stelle auf diese einzugehen.

Die GSK unterstützt die Vorlage, sieht jedoch mit Blick auf die nächsten GWL-Vorlagen klaren Handlungsbedarf. Die Beratungen haben zahlreiche offene Fragen aufgezeigt und deutlich gemacht, dass im Bereich der GWL ein Mangel an Transparenz besteht. Wegen des hohen Zeitdrucks und des aufwendigen Beratungsverlaufs verzichtet die GSK jedoch auf eine Rückweisung, insbesondere auch um Verzögerungen bei den Auszahlungen an die begünstigten Organisationen zu vermeiden. Sie erwartet jedoch mit Nachdruck, dass die nächste Vorlage in Bezug auf Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Vergleichbarkeit der GWL sowie der damit verbundene Prozess substanziell verbessert wird.

Positiv würdigt die GSK das transparente Vorgehen bei der Finanzierung der Weiterbildung und unterstreicht die grosse Bedeutung der GWL für Ausbildung und Forschung und den Wissenschaftsstandort Basel. Kürzungen im Bereich Forschung erachtet sie aber nur dann als vertretbar, wenn eine anderweitige Finanzierung sichergestellt ist. Gleichzeitig stellt sie weiterhin erhebliche Unklarheiten fest, insbesondere bei Sicherheits-, Dolmetsch- und Sozialleistungen beziehungsweise

Sozialdienstleistungen. Namentlich fehlt nach wie vor eine klare Auskunft zum Eigenanteil der Spitäler an den Sozialdienstkosten. Auch bei den Ambulatisierungsbeiträgen kritisiert die GSK fehlende verordnungsrechtliche Grundlagen und eine ungenügende Bedarfsplanung, die den Spitälern mögliche Spielräume bei der Mengenausweitung lässt.

Insgesamt hält die GSK fest, dass mehr Transparenz sowohl bei der Beantragung als auch bei der Vergabe der GWL dringlich erfordert wird und erwartet verbindliche allgemeine gültige Kriterien, gegebenenfalls auf Verordnungsebene. Sie begrüsst die Ankündigung des Gesundheitsdepartements, entsprechende Arbeiten aufzunehmen und erwartet bis spätestens Mitte der Legislaturperiode eine klare Information über die vorgesehenen Massnahmen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Lukas Engelberger hat ein Votum angekündigt, das länger dauert als unsere Sitzungszeit. Ich habe mir die Reihenfolge notiert für morgen früh. Wir starten morgen um 9 Uhr mit Regierungsrat Lukas Engelberger und dann in der Reihenfolge, die mir gemeldet wurde.

Schluss der 42. Sitzung

17:57 Uhr

Protokoll

der 43. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 18. Dezember 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Claudio Miozzari (SP), Seyit Erdogan (SP), Roger Stalder (SVP), Lukas Faesch (LDP), Philip Karger (LDP), Johannes Barth (FDP), Brigitte Kühne (die Mitte/EVP), Brigitte Gysin (GLP), Adrian Iselin (LDP), Bülent Pekerman (GLP), Daniel Hettich (LDP), Nicole Strahm-Lavenchy (LDP), Olivier Battaglia (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

58. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029 2
59. Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029 7
60. Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029 9
14. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK 18
15. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Madrigalisten für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR 22
16. Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Bericht der BKK 23
17. Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität, Ratschlag des RR 25
18. Darlehensgewährung an die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Beschaffung von 11 E-Gelenkbussen im Zuge von Angebotserweiterungen aus dem ÖV-Programm 2026-2028, Ratschlag des RR 29
19. Petition P476 "Nein zum Rheintunnel", Bericht der PetKo 31
20. Petition P491 "Für eine öffentliche Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck", Bericht der PetKo 32
21. Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo 33

Beginn der 43. Sitzung

Donnerstag, 18. Dezember 2025, 09:00 Uhr

58. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029

[18.12.25 09:00:12, 25.1260.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen. Neues Mitglied im Grossen Rat: Ich freue mich, ein neues Mitglied begrüssen zu dürfen. Es ist Helena Meyer, welche die zurückgetretene Alexandra Dill ersetzt. Darf ich Helena Meyer bitten, sich kurz zu erheben. Liebe Helena, herzlich willkommen bei uns im Grossen Rat und viel Freude im Amt (*Applaus)*.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir gehen zurück zu Traktandum 58, Rahmenausgabenbewilligungen zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen für ungedeckte Kosten der basel-städtischen Spitäler für die Jahre 2026, 2029. Christian Moesch hat gestern bereits gesprochen, jetzt wäre Regierungsrat Lukas Engelberger an der Reihe und als nächstes habe ich eingetragen Amina Trevisan, Oliver Bolliger, Tobias Christ, Anina Ineichen und Oliver Thommen. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen mit dem vorliegenden Ratschlag die Erteilung einer Rahmenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten, kurz GWL, der basel-städtischen Spitäler für die Jahre 2026 bis 2029, dies im Gesamtbetrag von 256 Mio. Franken. Die Rahmenausgabenbewilligung sieht also pro Jahr Ausgaben von je rund 64 Mio. Franken vor und liegt damit mit knapp 3 Mio. Franken über dem bisherigen Finanzrahmen. Ich glaube, wir können sagen, die GWL entwickeln sich moderat und im Zeichen der Kontinuität.

Die eher geringfügige Zunahme der Summe ist schwergewichtig auf zwei Positionen zurückzuführen. Zum einen wird der Beitrag für die ärztliche Weiterbildung zum eidgenössischen Facharzttitel erhöht, insgesamt auf 20,7 Mio. Franken pro Jahr. Dies entspricht einem langjährigen Anliegen. Es ist bekannt, dass wir einen Ärztinnen- und Ärztemangel haben werden, wenn wir nicht vermehrt in die Aus- und Weiterbildung investieren, und dazu möchten wir hier einen Beitrag leisten. Zudem steigen die Beiträge zur Förderung ambulanter oder intermediärer Versorgungsformen, dies um knapp 3 Mio. Franken auf neu 6,8 Mio. Franken pro Jahr. Dazu gehört allerdings auch das früher separat finanzierte Home Treatment der universitären psychiatrischen Kliniken.

Der grösste Einzelausgabeposten bleibt wie in den Vorjahren die Finanzierung der ungedeckten Kosten der Forschung und universitären Lehre. Für die Jahre 2026 bis 2029 sind dafür jährlich knapp 24 Mio. Franken vorgesehen. Das funktioniert nach einer etwas komplizierten Formel, die wir Ihnen aber im Ratschlag, glaube ich, transparent dargelegt haben. Wir finanzieren einen Teil der Lücke, die verbleibt nach Abzug der Mittel, welche die Spitäler von der Universität bekommen von allfälligen dritten Geldgebern sowie unserer Weiterbildungsbeiträge, und was dann noch verbleibt, dieses Residualdefizit, tragen wir zu einem guten Drittel, jetzt noch etwas mehr. Wir leisten so weiterhin einen substanziellen Beitrag zur Sicherung der universitären Leistungsfähigkeit und der Forschungsaktivitäten unserer Spitäler, die auch im Kontext des Life Science-Ökosystems von grosser Bedeutung sind.

Es sind einzelne Leistungspositionen neu aufgenommen worden, ich habe das Home Treatment bereits erwähnt. Auch zu erwähnen sind die Beiträge für die praktische Hebammenausbildung, die damals über einen Budgetantrag hier ins Programm gelangt sind. Die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Abhängigkeitserkrankungen durch spezialisierte Koordination und Pflege ist neu, die Finanzierung der Weiterbildung von Assistenzpsychologinnen und -psychologen ist hinzugekommen sowie ebenfalls dann die Unterstützung des Zentrums für Rare Diseases am Universitätsspital Basel.

Und dann ist auch in methodischer Hinsicht noch zu sagen, dass einzelne Positionen, die bisher unter diesem Mantel auch finanziert wurden, neu separat abgegolten werden sollen, in separaten Geschäften auch dann Ihnen vorgelegt werden. Das betrifft die Spitalseelsorge oder die Unterstützung der Rettungsdienste.

Der Präsident der GSK hat Sie gestern über die Kommissionsdiskussion und Beratung des Geschäfts schon informiert. Ich bin der Kommission dankbar für die speditive Behandlung des Geschäfts, die uns ermöglicht, jetzt eben noch im alten Jahr die entsprechenden Finanzierungsbeschlüsse zu fassen, so dass es nicht zu Lücken kommt. Ich habe aber auch sehr deutlich die Kritik gehört, die geäussert wurde. Es werden mehr Details gewünscht. Es besteht ein zusätzlicher Informations- und Transparenzbedarf, das nehme ich so entgegen. Und es ist auch das Anliegen ausgesprochen worden, dass wir die Systematik und die Steuerung in diesen ganzen Themen besser aufstellen oder transparenter aufstellen, allenfalls in einer Verordnungsbestimmung, die wir auszuarbeiten hätten. Das nehme ich mit. Ich sehe auch, dass wir das etwas besser machen können und einen Schritt nach vorne tun können, insbesondere mit Blick auf Transparenz und auch auf Steuerbarkeit dieser Finanzierungspositionen. Wir reden über hohe Beiträge. Wir haben aktuell hier einen gewissen Spielraum, den wir auch nutzen aus versorgungspolitischen Überlegungen oder forschungspolitischen Überlegungen etwa, aber ich verstehe durchaus, dass man das in methodischer Hinsicht kritisch sehen kann und wir werden das auch intensiv thematisieren und Ihnen dann, wenn wir in diesen Arbeiten einen Schritt weiter sind, entsprechend dazu berichten.

Ich danke Ihnen für die Bereitschaft, das noch jetzt im laufenden Jahr anzugehen und bitte um Ihre Zustimmung zu unseren Anträgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir zu den Fraktionssprechenden kommen, möchte ich Besuch auf der Tribüne begrüssen. Dort sitzen Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Basel mit ihrer Lehrperson Anna Umiker. Die Gruppe belegt den Pflichtwahlfachkurs Debattieren und hat vorher schon mit Beat K. Schaller und Daniel Gmür über das Thema Integration diskutiert. Schön, seid ihr hier.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erste Fraktionssprecherin habe ich Amina Trevisan für die SP eingetragen.

Amina Trevisan (SP): Beginnen möchte ich mein Votum mit drei Aussagen und dann gehe ich zu einem Dank über, und dann werde ich diese Stichworte auch ein bisschen mehr ausführen. Erstens, die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sind extrem wichtig. Zweitens, es braucht mehr Transparenz. Drittens, es braucht eine bessere Kommunikation zwischen Antragstellenden, also Spitäler, und dem Gesundheitsdepartement.

Und jetzt möchte ich zuerst mit einem Dank beginnen. Im Namen der SP-Fraktion danken wir allen Mitarbeitenden der Basler Spitäler. Ihr existenziell wichtiger Einsatz im Dienste der Bevölkerung ist enorm. Sie halten das System unter oft schwierigen Bedingungen am Laufen mit grossem Engagement und viel Herzblut. Dafür gebührt Ihnen unser ausdrücklicher Dank.

Die SP-Fraktion wird dieser Vorlage einstimmig zustimmen. Die Beitragsgewährung für die basel-städtischen Spitäler ist essenziell und existenziell, um eine qualitativ hochstehende und verlässliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Gleichzeitig ist es uns wichtig festzuhalten, der heutige Zustand dieser Vorlage ist nicht zufriedenstellend und die nächste Vorlage muss deutlich besser werden. Der Beratungsverlauf in der GSK war geprägt von hohem Termindruck und erheblichen Transparenzdefiziten. Die Kommission musste wiederholt nachfragen, dennoch blieben zentrale Fragen unbeantwortet. Ein Rückweisungsantrag wäre inhaltlich durchaus nachvollziehbar gewesen, hätte jedoch die rechtzeitige Auszahlung der GWL gefährdet. Das zeigt ein strukturelles Problem. Das Parlament darf nicht zwischen ungenügender Information und finanziellen Risiken für die Spitäler wählen müssen.

Besonders wichtig sind für die SP die Bereiche Lehre, Weiterbildung und Forschung. Sie sind für Basel von herausragender Bedeutung. Die GWL sichern die Qualität der Ausbildung und die wissenschaftliche Arbeit an unseren Spitälern. Kürzungen in diesem Bereich sind nur dann akzeptabel, wenn eine vollständige Finanzierung aus anderen Quellen sichergestellt ist. Alles andere schwächt langfristig den Gesundheits- und Forschungsstandort Basel.

Gleichzeitig zeigt sich klar, wo der Handlungsbedarf liegt, bei der Nachvollziehbarkeit und Vergleichbarkeit der GWL. Das betrifft insbesondere im Bereich Dolmetschdienste, Sozialdienste, Sicherheitsleistungen sowie die Tageskliniken und die Ambulantisierungsbeiträge. Besonders problematisch ist, dass selbst nach zweimaligem Nachfragen keine überzeugenden Antworten zur Finanzierung der Sozialdienste vorliegen, insbesondere zur Frage des Eigenanteils der Spitäler. Gerade bei Leistungen für besonders vulnerable Patientinnen und Patienten ist diese Unklarheit politisch nicht akzeptabel. Auch die Antworten zur Finanzierung der Dolmetschdienste sind unbefriedigend. Der Verweis auf meine Motion zu den Dolmetschkosten im Gesundheitswesen, die erst kürzlich im September 2025 überwiesen wurde, überzeugt nicht. Die grundlegende Entscheidung über eine Finanzierung oder Nichtfinanzierung der Dolmetschdienste wurde deutlich früher getroffen. Kritisch ist zudem, dass wir derzeit zur Kenntnis nehmen müssen, dass keine Dolmetschkosten im ambulanten Bereich ausgerichtet und keine Sicherheitskosten vergütet werden. Das steht im Widerspruch zu den politischen Zielen der Ambulantisierung und wirft Fragen der Gleichbehandlung auf.

Ebenso kritisch ist, dass zwar eine allgemeine Bestellung von Leistungen vorliegt, jedoch keine ausreichende Bedarfsplanung. Die SP fordert deshalb ausdrücklich mehr Transparenz bei der Beantragung, der Vergabe und der Steuerung der GWL. Es braucht strukturierte, allgemeingültige Kriterien sowie eine Regelung auf Verordnungsebene, damit Vergleichbarkeit und parlamentarische Kontrolle gewährleistet sind. Positiv nehmen wir zur Kenntnis, wir haben es gehört, dass das Gesundheitsdepartement signalisiert hat, diese Punkte anzugehen. Wir erwarten, bis Mitte der Legislaturperiode über konkrete Massnahmen informiert zu werden. An diesem Punkt werden wir genau hinschauen.

Zum Schluss, diese Vorlage ist richtig, aber es ist auch ein klarer Auftrag, ein Auftrag, das GWL-System transparenter, nachvollziehbarer und politisch sauber gesteuert auszugestalten. Die SP stimmt der Rahmenausgabenbewilligung zu, verbindet diese Zustimmung jedoch mit klaren Erwartungen an die nächste Vorlage, im Interesse der Gesundheitsversorgung und im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Auch die BastA-Fraktion spricht sich für die Ausgaben zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, kurz GWL, für die Basler Spitäler in der Gesamthöhe von etwas mehr als 255 Mio. Franken für die kommenden vier Jahre aus. Seit die Spitäler im Jahr 2012 ausgelagert wurden, finanziert der Kanton die GWL und das ist für uns als BastA grundsätzlich kein Problem und wir haben dies bis anhin immer unterstützt, auch wenn wir damals die Auslagerung der Spitäler abgelehnt haben. Dass unsere Spitäler auf die Finanzierung von GWL-Leistungen angewiesen sind, ist offensichtlich und auch unbestritten. Kein Spital kann ohne GWL überleben, da bereits der alltägliche Spitalbetrieb schon so unterfinanziert ist und seit Jahren werden auch die angestrebten EBITDAR-Margen nicht erreicht und die Tarife bilden die Ausgaben einfach nicht ab.

All dies verwundert uns nicht wirklich, Spitäler und generell das Gesundheitswesen waren schon immer Service Public und sollten es auch bleiben. Die liberale Idee, dass Spitäler sich doch bitte selbst tragen und über Wasser halten sollen, glauben die Bürgerlichen eh auch selber nicht mehr. Für die Zukunft braucht es mehr politische Steuerung und gezielte finanzielle Unterstützung.

Wie schon gesagt, die BastA stört sich nicht an der Finanzierung der GWL, aber wir stören uns wirklich sehr an der grundsätzlichen Schieflage der Finanzierung von Spitälern und dass ganz allgemein im Gesundheitswesen an dieser Mangelfinanzierung seit Jahren nichts geändert wird. Das betrifft nicht nur den Kanton Basel-Stadt, das ist natürlich auch auf nationaler Ebene der Fall. Von Jahr zu Jahr flicken wir an gewissen Löchern und versuchen an Stellschrauben so zu drehen, dass entweder eingespart werden kann oder Leistungserbringungen eingeschränkt werden. Die Gesundheitskosten dominieren weiterhin das Sorgenprofil der Bevölkerung in der Schweiz, dies mit Abstand und dies seit Jahren.

Bei der Finanzierung der GWL stellt sich vermehrt die Frage, das haben wir auch jetzt schon gehört, was alles mittels GWL finanziert wird bzw. was eigentlich der Bedarf der Spitäler wäre bzw. was eigentlich alles bestellt wird. Auf Nachfrage der GSK wurde deutlich, dass 35% der Gesamtsumme aller beantragten Anträge es in den RAB dann geschafft haben. Nun stellt sich die Frage, wird zu viel verlangt oder müssten deutlich mehr GWL geleistet werden? All das ist offen.

Im Vergleich zu den vorherigen Leistungsperioden war die diesjährige Diskussion in der Kommission über die GWL intensiver und stand auch unter hohem Zeitdruck, das haben wir auch schon gehört. Es ist offensichtlich, für die kommende Leistungsperiode ab 2030 muss dieses Geschäft neu aufgegleist werden, die Kommission muss besser nachvollziehen können, was für einen Bedarf die Spitäler wirklich haben und für welche Leistungen GWL zukünftig überhaupt möglich sein sollte. Der Regierungsrat hat dies auch bestätigt, dass das auch aufgenommen wird, dafür bin ich ihm sehr dankbar.

Nun fokussiere ich mein Votum noch auf zwei explizite Punkte des Ratschlags, einerseits auf die Ambulantisierung und der andere Punkt sind die Sozialdienste, die mir auch am Herzen liegen. Es ist wichtig, dass die Ambulantisierung vorangetrieben und weiter ausgebaut wird, also just in einem Bereich, der tariflich bis anhin sehr unterfinanziert war. Vielleicht wird dies in Zukunft ein wenig besser sein, aber diese Ambulantisierung kostet Geld. Und es ist nachvollziehbar, dass wir auch in Zukunft mehr GWL leisten müssen. Auf der anderen Seite muss die Ambulantisierung klar vom Gesundheitsdepartement geregelt werden. Ohne klare Vorgaben vom Leistungsbesteller werden die Spitäler die Ambulantisierung unkoordiniert selbstständig aufbauen, ohne auf das Gesamtangebot Rücksicht zu nehmen. Es drohen gar unnötige und vielleicht sogar manchmal auch unproduktive Konkurrenzsituationen.

Auch die Finanzierung der klinischen sozialen Arbeit bleibt nach der Beratung in der Kommission unklar. Die Sozialdienste der Spitäler sind für die Behandlung und für die Nachsorge von grosser Bedeutung. Die Finanzierung ist jedoch unzureichend und nicht wirklich nachvollziehbar. Je nach Spital und Klinik sind diese unterschiedlich ausfinanziert. Da die Oberaufsicht des Spitalsozialdienstes bei der KESB, also beim WSU liegt, stellt sich auch die Frage, wer hier eigentlich was bestellt und wie finanziert. Die erhaltenen Antworten waren nicht wirklich zufriedenstellend und grundsätzlich sollte gesamthaft die Art und Weise der Finanzierung, auch der Organisation der klinischen Sozialarbeit im Kanton sowie die

Oberaufsicht der Spitalsozialdienste, überprüft und aus meiner Sicht für die Zukunft verbessert werden. Denn je grösser der Kostendruck auf den Spitalsozialdiensten besteht, desto grösser die Gefahr, dass die legitimen Finanzinteressen der Spitäler über dem Patientenwohl liegen bei der Nachsorge.

Kurz gesagt, für die Zukunft wünschen wir mehr Transparenz und klare Bestimmungen sowie Verordnungen vom Gesundheitsdepartement, was zukünftig unter Finanzierung von GWL verstanden werden soll, was damit alles finanziert werden kann und wie die Bestimmungen sind. Damit wird für die einzelnen Spitäler und alle Beteiligten klar, was als GWL bestellt werden kann und was nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der Fraktion GLP können uns weitgehend unseren Vorrednern anschliessen, was die Würdigung dieser gemeinwirtschaftlichen Leistungen betrifft, die Arbeit, die die Spitäler machen. Wir haben auch eine weitere Gemeinsamkeit, was den Wunsch nach mehr Transparenz betrifft in diesem Geschäft. Da können wir uns ebenso allen anschliessen und es wurde ja auch schon von der Regierung in Aussicht gestellt, dass man in die Richtung etwas machen will. Klar abgrenzen wollen wir uns von dem, was wir jetzt von meinen beiden Vorrednern von der Fraktion der SP und der BastA gehört haben. Wir halten es für illusorisch, dass man diese gemeinwirtschaftlichen Leistungen voll ausfinanzieren könnte. Dazu haben wir einfach die Mittel nicht.

Einmal mehr, ich wiederhole mich jetzt in dieser Session, die Mittel des Kantons sind begrenzt und wir anerkennen und wir begrüssen auch, dass hier die Regierung aus unserer Sicht ordentlich mit diesen Mitteln umgeht und entsprechend auch gewisse Entscheidungen treffen muss. Ebenso sehen wir es nicht unbedingt a priori als problematisch, dass hier die Regierung einen grossen Spielraum hat, aber wir sind bereit, wie gesagt, mehr Transparenz auf jeden Fall und auch da mehr Klarheit zu schaffen, vielleicht mit einer Verordnung oder wie auch immer, wie das geschieht. Aber das heisst für uns überhaupt nicht, dass der Ermessensspielraum der Regierung unbedingt eingeschränkt werden muss, aber wir sind offen für eine Debatte in diese Richtung.

Und noch eine Bemerkung zu Oliver Bolliger, zum Redner der BastA, der gesagt hat, nicht einmal mehr die Bürgerlichen glauben an dieses System der Spitäler, die sich frei auf dem Markt bewegen. Es ist immer die Frage, ob ich jetzt zu den Bürgerlichen gehöre oder nicht, aber ich will hier einfach klarstellen, ich bin der Ansicht, dass die Spitäler sich weitgehend recht gut eigentlich machen im aktuellen System. Ob das ein freier Markt ist, da habe ich meine Zweifel, sprechen wir einfach vom aktuellen System. Ich habe auch das Gefühl, sie machen das nicht schlechter, als sie es früher gemacht haben. Im Gegenteil, ich würde sogar sagen, ein bisschen besser. Mit all den Problemen, die wir auch jetzt haben. Wir haben klar eine andere Sicht, was das betrifft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Amina Trevisan. Diese wird entgegengenommen.

Amina Trevisan (SP): Mich würde interessieren, auf was Sie sich mit illusorisch beziehen? Ich habe ja nur gesagt, dass ich mehr Transparenz erwarte und nicht, dass alle GWL-Leistungen, wie von den Spitälern gewünscht, auch ausbezahlt werden müssen.

Tobias Christ (GLP): Ich meine gehört zu haben, dass Sie gesagt haben, die Aufwendungen, die Sie im Bereich der Forschung haben, sollen vollständig bezahlt werden. Da ist schon nicht klar, wie man diese Aufwendungen überhaupt messen soll im Moment.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb bittetSie, die Vorlage zu überweisen. GWL sind essenziell für die Spitäler und ich glaube, auch das kann man bereits als Hinweis nehmen, dass wir uns hier nicht in einem ganz freien Markt bewegen. Ohne diese GWL würde es die Spitäler wohl in dieser Form nicht geben.

Ich möchte die Begriffe Transparenz nicht überstrapazieren, aber ich bringe es trotzdem auch nochmal. Es ist absolut wichtig, dass wir in diesem Geschäft mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit erreichen. Die Spitäler brauchen diese, um planen zu können, auch langfristig. Wir sprechen hier von vier Jahresperioden bei Spitälern. Wenn sie einen Schwerpunkt

ändern oder einen Schwerpunkt setzen, brauchen sie sicher längere Planbarkeit. Aber auch wir in der Politik brauchen diese Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Wir müssen verstehen, wie diese Gelder gesprochen werden, damit wir sie steuern können. Und diesen Punkt haben wir im Moment aus meiner Sicht als Grossratsmitglieder nicht erreicht.

Grundsätzlich wären GWL wahrscheinlich national zu regeln wie die gesamte Spitalplanung und Versorgungsplanung, aber das steht noch in den Sternen, auch wenn dort einiges geschieht und wir dürfen nicht warten, bis wir hier handeln. Darum erwarte ich schon, dass wir in vier Jahren eine Grundlage haben, auf der wir dann die GWL sprechen werden.

Ich nehme zur Kenntnis, dass die speditive Bearbeitung des Geschäfts gelobt wird. Das war nicht ganz freiwillig aus meiner Sicht. Wir wurden wirklich unter Zeitdruck gestellt. Es war wichtig, dass wir dieses Geschäft noch dieses Jahr abschliessen. Wir sind nun in der letzten Sitzung des Jahres. Wir mussten speditiv sein und ich denke, es war nicht nur im Sinne des Geschäftes. Es wäre schön gewesen, hätten wir mehr Zeit gehabt, um uns bei diesem gewichtigen und doch auch recht finanzkräftigen Geschäft mit der Sache und der Materie auseinanderzusetzen.

Dann möchte ich noch auf eine Aussage von gestern zurückkommen. Es hat sich zwar auf das UZB bezogen, aber es wurde immer wieder von einem Kostenrahmen gesprochen, den wir einzuhalten haben und darum bei den GWL doch auch ein bisschen auf den Kostenrahmen achten müssen. Da habe ich mich doch dann gefragt, wer hat diesen Kostenrahmen gesetzt, die GSK? Das wäre mir nicht bewusst, wir als Grossräte? Ich glaube auch nicht. Und ist der Kostenrahmen essentiell oder ist es nicht eigentlich die Planung und die Festlegung von Schwerpunkten, die wir berücksichtigen müssen? Wir wollen eine gute, optimale Gesundheitsplanung und wenn ich optimal sage, dann muss sie optimal sein aus Patientensicht, aus Spitalsicht, aber auch aus Kostensicht, das ist selbstverständlich, aber sie muss optimal sein. Wir planen, wir legen Schwerpunkte fest und dann müssen wir diese ausfinanzieren mit GWL, weil es eben kein freier Markt ist. Ich denke, das wäre das wünschenswerte Vorgehen und nicht ein Kostenrahmen, den es einzuhalten gibt und dann Kürzungen vorzunehmen, auch wenn die Spitäler unterfinanziert sind in gewissen Bereichen. Es wurde bereits angesprochen, im ambulanten Bereich war das ja in den letzten Jahren der Fall.

Dann vielleicht nochmal ein Wort zur GLP. Ich glaube, es ist nicht so, dass wir die Mittel nicht haben, wir haben die Mittel, aber wir wollen sie vielleicht nicht haben. Wir sehen zum Beispiel den Kanton Zug, der bei der Spitalfinanzierung einen ganz anderen Weg gegangen ist als wir. Diese Sondersteuer, die OECD-Steuer, die neu hereinkommen, werden voraussichtlich nicht in einem Fonds versorgt, wie ich gestern gelernt habe, sondern sie werden in die Gesundheitsfinanzierung investiert. und das entlastet die Einwohner:innen enorm. Wir können aber uns auch an der Westschweiz orientieren. In der Westschweiz werden die Spitäler massiv mehr ausfinanziert mit GWL als in der Deutschschweiz. Auch dort scheinen die Mittel vorhanden zu sein. Im Kanton Waadt sind im Moment immer noch die Prioritäten einfach auf diese GWL gelegt und sie erhalten auch die entsprechenden Mittel. Ich denke, das sollte man sich zu Herzen nehmen. Es ist immer auch eine Frage des Willens, ob man es sich nehmen will oder nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft, das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die kritische, aber letztlich doch wohlwollende Aufnahme des Geschäfts und möchte ein paar Äusserungen noch kurz kommentieren. Sie haben unisono mehr Transparenz gewünscht, das können wir mitnehmen, das haben wir zugesagt und das nehme ich so entgegen. Aber ich nehme nicht entgegen, dass zentrale Fragen unbeantwortet geblieben seien. Das nehme ich nicht entgegen, das halte ich für nicht zutreffend. Die zentralen Aussagen haben wir gemacht, die wichtigsten Zahlen haben wir Ihnen genannt, die Kriterien sind auch dargelegt. Sie hätten es gerne genauer gehabt, aber die Aussage, zentrale Fragen seien unbeantwortet geblieben, die würde ich doch so nicht stehen lassen wollen. Aus Sicht des Regierungsrats trifft das nicht zu.

Dann ist einiges gesagt worden, das man unter der Rubrik Grundsatzkritik am System des Gesundheitswesens und seiner Finanzierung entgegennehmen kann oder auch sehr lange und einlässlich diskutieren könnte und wahrscheinlich müsste. Wir sind ein Kanton unter vielen und mit diesen Spitälern auch nur Teil des Gesundheitswesens hier bei uns. Die Verantwortung, die wir für diesen Systemteil haben tragen wir, und ich glaube, insgesamt werden wir ihr gerecht. Wenn wir den interkantonalen Vergleich bemühen, der auch erwähnt wurde, dann gehören wir zu den Kantonen, die proportional eher viel aufwenden für die GWL. Es gibt Kantone in der Romandie, die uns da deutlich übertreffen, das ist zutreffend, aber ansonsten sind wir bei denen, die eher ein bisschen mehr öffentliche Mittel in die Spitäler investieren, unter anderem eben auch auf dem Weg der Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Ich bin dankbar für den Hinweis von Tobias Christ, dass die Spitäler sich gut entwickeln, alles in allem. Ich glaube auch, dass wir das so sagen können. Ich glaube, das Leistungsniveau ist sehr hoch, die medizinische Versorgung ist ausgezeichnet, das wird auch immer wieder bescheinigt. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch dem Dank anschliessen, der geäussert wurde für die Arbeit der Mitarbeitenden in unseren Spitälern.

In diesem Sinn bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie den Anträgen jetzt zustimmen und wenn Sie uns weitere Hinweise geben, wie wir unsere Methodik verbessern können in diesem wichtigen Bereich. Das werden wir an die Hand nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der GSK verzichtet auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Berichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung… .

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007914, 18.12.25 09:31:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten der baselstädtischen Spitäler (ohne Universitäts-Kinderspital beider Basel und Universitäres Zentrum für Zahnmedizin Basel) werden für die Jahre 2026–2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 255’806’000 (2026: Fr. 63’816'000; 2027: Fr. 63’880'000; 2028: Fr. 64’055'000; 2029: Fr. 64’055’000) bewilligt.

Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen

a. Ausgaben von Fr. 177’696’000 für die Forschung und universitäre Lehre in den Jahren 2026–2029 (2026: Fr. 44’424'000; 2027: Fr. 44’424’000, 2028: Fr. 44’424'000; 2029: Fr. 44’424’000);

b. Ausgaben von Fr. 27’084’000 für Ambulantisierungsbeiträge in den Jahren 2026–2029 (2026: Fr. 6’771'000; 2027: Fr. 6’771'000; 2028: Fr. 6’771'000; 2029: Fr. 6’771’000);

c. Ausgaben von Fr. 11’636’000 für die Defizitdeckung von unterfinanzierten Versorgungsleistungen in den Jahren 2026–2029 (2026: Fr. 2’909'000; 2027: Fr. 2’909'000; 2028: Fr. 2’909'000; 2029: Fr. 2’909’000);

d. Ausgaben von Fr. 39’390’000 für weitere klassische gemeinwirtschaftliche Leistungen in den Jahren 2026–2029 (2026: Fr. 9’712'000; 2027: Fr. 9’776'000; 2028: Fr. 9’951'000; 2029: Fr. 9’951’000).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 92 gegen eine Stimme zugestimmt. Das Geschäft ist erledigt.

59. Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029

[18.12.25 09:32:08, 25.0827.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der GSK zum Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029, und zwar die Beratungsstelle für psychisch erkrankte Menschen. Mit dem Ausgabenbericht beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, die Weiterführung der Finanzhilfe über insgesamt 1’080’000 Franken beziehungsweise 270’000 Franken pro Jahr zu genehmigen.

Die Beratungsstellung der Stiftung Rheinleben ist seit Jahren etabliert und anerkannter Bestandteil der Behindertenhilfe im Kanton Basel-Stadt. Sie richtet sich an erwachsene Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und ergänzt bestehende Angebote durch eine niederschwellige Beratung, die Selbstbestimmung und soziale Teilhabe fördert und gleichzeitig präventiv wirkt. Durch die frühe Unterstützung können stationäre Aufenthalte oder Massnahmen im Erwachsenenschutz oft vermieden werden, was auch zu einer Entlastung des Systems führt. Angesichts der steigenden Zahl psychischer Erkrankungen besteht ein hohes öffentliches Interesse an diesem Angebot. Die Beratungsstelle übernimmt eine wichtige Triagefunktion, verhindert Doppelspurigkeiten und erleichtert den Übergang zwischen verschiedenen Unterstützungsleistungen.

Der Kanton beteiligt sich seit vielen Jahren an der Finanzierung, insbesondere auch für Leistungen, die nicht durch Bundesmittel gedeckt sind. Der bestehende Vertrag läuft 2025 aus und soll für die Jahre 2026 bis 2029 mit einem im Wesentlichen unveränderten Kantonsbeitrag erneuert werden. Die Finanzierung stützt sich auf das Behindertenhilfegesetz sowie auf das Gesundheitsgesetz. Beide Rechtsgrundlagen ermöglichen Beratungs- und Präventionsleistungen mit dem Ziel, die soziale Teilhabe zu stärken, Gesundheitsprobleme frühzeitig zu erkennen und Selbsthilfe zu fördern. Inhaltlich richtet sich das Angebot vor allem an Personen mit IV-Rente, in geringem Umfang auch an Menschen ohne IV-Anspruch. Die Beratung betreffen unter anderem Lebens- und Alltagsfragen, Finanzen, Wohnen, Arbeit, soziale Teilhabe sowie rechtliche Themen. Die Nachfrage ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Finanziert wird die Beratungsstelle überwiegend durch Bundesmittel, ergänzt durch den Kantonsbeitrag und kleinere Eigenleistungen. Die Stiftung Rheinleben ist gut vernetzt und klar von anderen Beratungsangeboten abgegrenzt, da sie sich spezifisch auf Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen konzentriert.

Zum Vorgehen der Kommission: Die Kommission hat die Vorlage an zwei Sitzungen behandelt, an der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sowie der Leiter der Abteilung Behindertenhilfe des Amts für Sozialbeiträge. Die GSK unterstützt die Vorlage und begrüsst die Fortführung der Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben. Diese wird vor allem von Personen genutzt, die nach einer akuten psychischen Erkrankung aus stationärer Behandlung entlassen werden und auf lebens- und alltagspraktische Unterstützung angewiesen sind. Das Spektrum der Erkrankung ist breit. Eine niederschwellige ambulante Beratung ist insbesondere vor dem Hintergrund des Ausbaus ambulanter Angebote und der oft langen Wartezeiten bis zu einem IV-Entscheid von grosser Bedeutung, da die Betroffenen in der Überbrückungsphase stabilisiert werden.

Vergleichbare Beratungsangebote haben sich erst in den letzten Jahren entwickelt, weshalb dem Zusammenspiel der verschiedenen Angebote grosse Bedeutung zukommt. Der GSK ist dabei wichtig, dass Zuständigkeiten klar und die Zuweisungen korrekt erfolgen. Obwohl die gesetzliche Grundlage teilweise im Gesundheitsgesetz liegt, liegt die Zuständigkeit für die Beratungsstelle beim WSU, da der Schwerpunkt der Leistungen im Bereich der Behindertenhilfe liegt. Die Beratungsstelle wird auch von ausserkantonalen Personen genutzt, vor allem von Erwerbstätigen aus Baselland. Die dafür geltenden Tarife bewegen sich im Rahmen vergleichbarer Angebote. Die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen ist im Bereich der Behindertenhilfe gut abgestimmt und ermöglicht die gegenseitige Nutzung spezialisierter Angebote.

Finanziell besteht keine Abweichung zur laufenden Periode. Unsicherheiten ergeben sich jedoch auf Bundesebene hinsichtlich der künftigen Beteiligung des Bundes. Für den Fall eines Rückzugs wurde eine mögliche Überbrückung durch den Kanton in Aussicht gestellt. Die Beratungsstelle rechnet in den Jahren 2026 bis 2029 mit strukturellen Defiziten, die durch den Abbau von Rücklagen und zusätzlichen Spenden getragen werden müssen. Die GSK äussert die Sorge, dass die Rücklagen bei steigender Nachfrage rasch aufgebraucht sein können. Gleichzeitig werden die bestehenden Wartezeiten als zu lang beurteilt, was grundsätzlich auf einen zusätzlichen Personalbedarf hindeuten würde, der das Defizit jedoch weiter vergrössern könnte.

Eine Erhöhung der Kantonsbeiträge wurde von der Stiftung Rheinleben nicht beantragt. Das GD erachtet die Rücklagen im Verhältnis zum Umsatz und Kantonsbeitrag derzeit noch als ausreichend, hält jedoch eine erneute Prüfung gegen Ende der Finanzierungsperiode für notwendig. Der Abbau der Wartezeiten soll gemäss WSU primär durch organisatorische Anpassungen erfolgen. Die Kommission steht diesen Ansätzen kritisch gegenüber, da sie tendenziell zu einer steigenden Nachfrage und damit zu einem zusätzlichen Aufwand führen könnte. Das WSU steht hierzu weiter im Austausch mit der Stiftung Rheinleben.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat einstimmig Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wünscht ein Regierungsmitglied das Wort? Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007917, 18.12.25 09:39:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Stiftung Rheinleben werden betreffend Beratungsleistungen zugunsten von psychisch beeinträchtigten Personen für die Jahre 2026 bis 2029 Finanzhilfen von insgesamt Fr. 1'080'000 (Fr. 270'000 pro Jahr) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 gegen eine Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

60. Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029

[18.12.25 09:39:14, 25.1325.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Gare du Nord ist ein kuratierter Produktions- und Aufführungsort für zeitgenössische Musik im ehemaligen Erstklassbuffet des Badischen Bahnhofs. In dieser Art ist die Institution einmalig in der Schweiz. Gare du Nord ist per Leistungsvereinbarung dazu verpflichtet, dem baselstädtischen Kulturschaffen im Bereich der zeitgenössischen Musik eine öffentliche Plattform zu bieten. Er ist eine wichtige Spielstätte für aus dem Fachausschuss Musik unterstützte Musikschaffende. Etwa 85% der Projekte stammen von Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szene. Der Schwerpunkt liegt auf der regionalen Publikumsgewinnung, während die Institution zugleich national und international als bedeutende Plattform für zeitgenössische Musik gilt.

Die Trägerschaft hat eine Erhöhung des Staatsbeitrags um 300’000 Franken pro Jahr beantragt. Damit sollen unter anderem eine Fokussierung und eine qualitative Steigerung im kuratierten Programm sowie bessere Konditionen für kleinere Ensembles und freischaffende Musikerinnen und Musiker ermöglicht werden. Zudem sollen den eingeladenen Musikschaffenden die Mietkosten erlassen werden, so dass diese nur noch einen geringeren Anteil der Mittel für die Auftritte selbst einwerben müssen. Dies ermöglicht insbesondere fairere Gagen. Und nicht zuletzt kann Gare du Nord eine wichtige Plattform für die Freie Szene bleiben.

Der Regierungsrat empfiehlt vollumfänglich, auf den Erhöhungsantrag einzutreten und legt im Leistungsauftrag klare Bedingungen fest, die sowohl im Ratschlag wie auch im schriftlichen Bericht der BKK aufgezählt sind. Zudem schlägt er vor, den Staatsbeitrag an Gare du Nord ab 2026 teilweise, also zu 33,3%, der Trinkgeldinitiative oder anders gesagt gemäss Artikel 11 Kulturfördergesetz zuzuordnen und ihn damit dem Bereich der Alternativkultur anzurechnen. Gare du Nord passt laut Regierungsrat in diesen Bereich, der wie die Kulturwerkstatt Kaserne und der Birdseye Jazz Club zur Sichtbarkeit und Anerkennung alternativer Kultur beiträgt.

Eine Kommissionsminderheit kritisiert das unausgewogene Verhältnis zwischen Staats- und Drittmitteln bei Gare du Nord. Die Erhöhung der Staatsbeiträge sende falsche Signale, da wegbrechende Mäzenatengelder nicht automatisch durch den Kanton ersetzt werden sollten. Gare du Nord hätte diese wegfallenden Mittel durch intensivere Drittmittelbeschaffungen kompensieren müssen, da bekannt war, dass diese Zuwendungen ab 2026 wegfallen werden. Zudem beabsichtige der Kanton gemäss dem neuen Kulturleitbild, das allerdings noch nicht in Kraft ist, stärker zu fokussieren. Das werde mit diesem Ratschlag nicht gemacht. Ein Antrag, den Staatsbeitrag lediglich um 100’000 Franken pro Jahr zu erhöhen, fand in der Kommission aber keine Mehrheit.

Die Mehrheit der BKK anerkennt den künstlerischen und kulturpolitischen Wert von Gare du Nord und unterstützt den Regierungsantrag grundsätzlich. Vor allem, dass für regionale Musikschaffende die bisherige Miete vollumfänglich erlassen und auf die Veranstaltungspauschale verzichtet wird, heisst die Mehrheit der BKK gut. Dies hilft den Musikschaffenden, faire Gagen und Löhne einzusetzen. Aus dem Kulturfördergesetz wie auch aus dem neuen Kulturleitbild geht deutlich hervor, dass der Kanton Basel-Stadt ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Kulturschaffen und Kulturangebot fördert und dass eine vielfältige Jugend- und Alternativkultur zur lebendigen Kulturstadt beiträgt. Darum ist die Kommissionsmehrheit klar der Meinung, dass Nischenstrukturen, wie sie Gare du Nord bietet, erhalten werden müssen, um die Vielfalt zu sichern.

Mit dieser beantragten Erhöhung ist es Gare du Nord weiterhin möglich, als kuratierter Veranstaltungsort zu wirken und nicht ein reiner Vermietungsbetrieb zu werden. Dennoch muss die Höhe des Staatsbeitrages in Relation zum Publikum gesetzt werden. In den letzten Jahren ist die Förderquote kontinuierlich gestiegen, die Zuschauerzahlen sind aber gesunken. Zum Thema Zuschauerzahlen halten die Betreiber von Gare du Nord fest, dass während und direkt nach Corona ein markanter Publikumseinbruch erfolgt ist, man aber trotz schwierigen Umständen, wie die Renovation des Badischen Bahnhofs und dem Konkurs des Gastropächters, kontinuierlich daran ist, das Publikum zurückzugewinnen. Im schweizweiten Vergleich stehe gar du Nord gut da.

Damit dieser Turnaround geschafft und die partielle Neuausrichtung etabliert werden können, müssen Gare du Nord die notwendigen Mittel dennoch bereitgestellt werden. Davon ist die BKK-Mehrheit überzeugt. Sollte das Konzept in vier Jahren aber nicht zum betrieblichen Durchbruch verholfen haben, darf auch die Streichung von Mitteln kein Tabu sein. Zwar anerkennt eine Kommissionsmehrheit die Zurechnung eines Teils des Staatsbeitrages ab 2026 zugunsten der Jugend- und Alternativkultur gemäss Artikel 11 Kulturfördergesetz. Gare du Nord sei ein Veranstaltungsort, welcher zu Teilen der alternativen Szene hinzugerechnet werden könne. Der Einsatz von 264’735 Franken pro Jahr aus dem TGI-Topf sei in dieser Grössenordnung dennoch fraglich.

Trotzdem stimmt die BKK dem Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029 mit 5 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gare du Nord ist der einzige kuratierte Aufführungsort und auch Produktionsort für die Schweizer und internationale Musikszene in der neuen Musik. Der Betrieb bietet eine Plattform für experimentelle Genres, und das ist ein Schwerpunkt, das ist vor allem auch eine explizite Stärke Basels seit der Tätigkeit von Paul Sacher. Gare du Nord wurde 2002 gegründet, hat den Sitz, wie Sie wissen, im Badischen Bahnhof im ehemaligen Bahnhofsbuffet. Als Plattform für die Freie Szene beträgt der Anteil freischaffender Musikerinnen und Musiker, welche dort Projekte realisieren, rund 85%. Im Gare du Nord wurden in den letzten Jahren bis zu 100 Veranstaltungen pro Saison realisiert. Das geht von zeitgenössischer Kammermusik zu elektronischer Musik, zu Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen und auch mindestens einer grösseren Musiktheaterproduktion pro Spielzeit. Gare du Nord ist ein wichtiger Ort für erste Auftritte des Nachwuchs aus unserer Musikakademie, aus unserer Hochschule für Musik. Der Ort ist national und international hervorragend vernetzt. Ich möchte diese kulturpolitische Bedeutung meinem Votum vorausschicken, weil natürlich ich auch zur Kenntnis genommen, dass in der BKK einzelne kritische Stimmen laut wurden bezüglich auch des nun beantragten vergrösserten Engagements des Kantons.

Zur finanziellen Situation ist Folgendes zu sagen: Sie ist historisch eine spezielle, denn Gare du Nord war bis 2021 vollumfänglich durch den Kanton Basel-Landschaft unterstützt und hatte mit BL auch eine Leistungsvereinbarung. Das war der alte Kulturvertrag, und mit dem neuen Kulturvertrag per 2022 kam Gare du Nord dann in die Verantwortung von Basel-Stadt. Der Verein Gare du Nord ist seit Jahren von einem strukturellen Defizit betroffen, das über Projektbeiträge, über Abbau von Eigenkapital durch Zuwendungen via den Förderverein Les Copains du Nord aufgefangen wurde, vor allem dann auch ab 2020 mit einem mäzenatischen Engagement von 250’000 Franken pro Jahr, das aber immer klar bis und mit 2025 befristet war.

Im Vorfeld der Übergabe von Basel-Landschaft an Basel-Stadt haben wir dann ab 2021 eine Betriebsanalyse durch eine externe Firma durchführen lassen mit dem Ziel, auch mögliche Lösungsansätze zu entwickeln für die Anpassung des Geschäftsmodells. Die Betriebsanalyse übrigens wurde aus Mitteln der Kulturvertragspauschale Basel-Landschaft finanziert.

Die Ergebnisse schildern wir im Ratschlag sehr ausführlich, deshalb möchte ich sie jetzt nicht nochmal aufführen. Das Fazit ist auch klar, die Betriebsanalyse sieht ausdrücklich keine sinnvollen Kosteneinsparungspotenziale im Betrieb. Sie empfiehlt, den Betriebsbeitrag durch den Kanton um mindestens 250’000 Franken zu erhöhen mit eben dem Ziel, das Leistungsspektrum beibehalten zu können, weiter profilieren zu können. Selbstverständlich sind in der Betriebsanalyse auch diverse Empfehlungen für betriebliche Optimierungen und die Steigerung der Einnahmen, welche die Institution auch umgesetzt hat.

Wir haben weitere Herausforderungen für den Standort, grosse Umbau- und Renovierungsarbeitungen durch die Vermieterin, das ist die Deutsche Bahn. Sie sind nun fast abgeschlossen, aber es waren, das darf man sagen, auch nach der Pandemie eben sehr anspruchsvolle Jahre. Nun ist klar, dass auch mit dem Erhöhungsantrag, den wir Ihnen vorlegen, weiterhin ein Eigenfinanzierungsanteil von rund einem Drittel über Privatvermietungen und Mietbeiträge von Festivals sowie über subventionierte Orchester erwirtschaftet werden soll. Auch vorgesehen ist eine Reduktion der Anzahl Konzerte auf 80 pro Spielzeit. Damit ermöglichen wir, dass die Musikschaffenden professionelle Bedingungen antreffen, das geht von Infrastruktur, Werbung und Betreuung zu angemessenen Konditionen. Also in diesem Fall ist etwas weniger eben mehr für die Qualität der dort auftretenden Musikschaffenden.

Der Regierungsrat sieht Gare du Nord klar als das Zentrum für zeitgenössische Musik in der Region mit einer internationalen Ausstrahlung. In Würdigung der positiven Entwicklungen mit einem erfolgreichen künstlerischen Leitungswechsel, mit dem Bestehen in herausfordernden Umständen und auch mit der Erkenntnis, dass die Institution die Erkenntnisse aus der Betriebsanalyse ernst genommen und wo immer möglich umgesetzt hat, in Würdigung all dieser Elemente ist der Regierungsrat zum Schluss gekommen, Ihnen diesen Erhöhungsantrag zu unterbreiten. Ein wichtiger Punkt dabei ist auch, dass damit nachweislich die Bedingungen für die eingeladenen Musikerinnen und Musiker verbessert werden und das wiederum ist in Einklang mit dem kulturpolitischen Ziel des Regierungsrats und meinem persönlichen Ziel, eine Verbesserung zu erreichen, eine faire Zahlung für professionelle Kulturschaffende. Das ist auch im Entwurf des künftigen Kulturleitbilds prominent so verankert.

Ein wichtiges Element der nun erhöhten Finanzierung soll auch sein, dass die Institution zu einem Drittel aus den Mitteln der sogenannten Trinkgeldinitiative gespiesen werden soll. Auch dazu berichten wir im Ratschlag ausführlich. Wir würden den Gare du Nord also ähnlich oder gleich behandeln wie die Kaserne, das ist im Einklang, da eben vor allem auch Musikerinnen und Musiker aus unseren Fördergefässen im Gare du Nord eine Auftrittsstätte haben. Insofern können wir hier das in Einklang setzen. Wie Sie auch im Ratschlag lesen können, sind ja auch die entsprechenden Mittel noch vorhanden zugunsten der Jugend- und Alternativkultur und es ist mir wichtig, dass wir da nicht zuwarten bis zum Bericht, der dann 2026 zu erwarten ist, sondern möglichst schnell schon im Jahr 2026, wie wir das auch angekündigt haben, diese Mittel auch nutzen für Jugend- und Alternativkultur, und da ist Gare du Nord jedenfalls ein sehr passender Ort.

Nun, die Präsidentin der BKK hat es auch schon angedeutet und ich möchte es vielleicht sogar nochmals deutlicher sagen, es geht nun mit diesem Erhöhungsantrag schon auch um einen Richtungsentscheid. Entweder wir stärken diese Institution in ihrem Profil als kuratiertes nationales Kompetenzzentrum für zeitgenössische Musik, oder, und das wäre mit gleichbleibenden Mitteln nach Wegfall des mäzenatischen Beitrags der Fall, sie wird eben ein reiner Vermietbetrieb, der dann kein künstlerisch eigenständiges Profil hat. Dann allerdings würde sich die Frage stellen, ob überhaupt die Staatsbeiträge im bisherigen Umfang gerechtfertigt wären. Es ist also tatsächlich ein Entweder-oder-Entscheid und wie die Präsidentin auch gesagt hat, ist der Regierungsrat und eben auch die Mehrheit der BKK zum Schluss gekommen, dass wir uns sozusagen für das Entweder entscheiden, der Institution diese vier Jahre geben, die Entwicklung natürlich dann anschauen und uns dann in vier Jahren auch überlegen können, ob das so weiter erfolgreich durchgeführt werden kann.

Der Antrag ist eine Erhöhung von 300’000 Franken per annum für die Jahre 2026 und 2029 mit eben neu diesem Drittel des gesamten Subventionsbetrags aus Mitteln der Trinkgeldinitiative. Ich danke der BKK, dass sie sich so intensiv und sorgfältig mit dem doch recht komplexen Geschäft und Ratschlag auseinandergesetzt hat und auch die Debatte geführt hat und dann ein klares Plädoyer für die kulturpolitische Bedeutung dieses kuratierten Veranstaltungsorts geäussert hat. Sie kommt damit zum gleichen Schluss wie der Regierungsrat, was mich sehr freut. Ich hoffe, dass auch hier im Plenum Sie zu diesem Schluss kommen und bitte Sie, dem Antrag der BKK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden, Catherine Alioth hat für die LDP das Wort.

Catherine Alioth (LDP): Wir haben es gehört, Gare du Nord ist ein Ort, der ein breites Spektrum an Musikgenres sowie alternative Kulturformen fördert und für zahlreiche vom Fachausschuss Basel-Stadt und Basel-Lanschaft unterstützte Projekte eine zentrale Plattform darstellt. Die LDP-Fraktion anerkennt diese Bedeutung.

Umso kritischer beurteilen wir den vorliegenden Antrag des Regierungsrates. Beantragt wird eine jährliche Erhöhung des Staatsbeitrags um 300’000 Franken auf insgesamt 795’000 Franken, während gleichzeitig der Leistungsauftrag für die Jahre 2026 bis 2029 eine Reduktion der Veranstaltungen von bisher rund 100 auf etwa 80 pro Jahr vorsieht, begründet mit dem

Fokus auf Qualität und Profilschärfung. Man ist versucht, daraus zu schliessen, dass mit weniger Veranstaltungen auch weniger Aufwand verbunden ist. Das darf und kann selbstverständlich nicht die Logik sein. Qualitätssicherung und Profilbildung sind zentrale Aufgaben. Sie rechtfertigen jedoch nicht automatisch eine markante Erhöhung der öffentlichen Mittel bei gleichzeitig reduziertem Output.

Besonders schwer nachvollziehbar ist die Begründung, wonach wegfallende Mäzenatengelder durch höhere Staatsbeiträge kompensiert werden sollen. Diese Argumentation sendet problematische Signale. Mäzenatengelder sind für Kulturbetriebe überlebenswichtig, ihre Beschaffung ist aufwendig und der Wettbewerb um private Mittel hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Wenn der Kanton wegbrechende private Gelder systematisch auffängt, stellt sich die Frage nach der Gleichbehandlung. Wie wird mit anderen Kulturinstitutionen umgegangen, die mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert sind?

Die LDP-Fraktion erkennt die Bedeutung und das Potenzial von Gare du Nord für die kulturelle Vielfalt. Gleichwohl bleibt ein ungutes Gefühl hinsichtlich der Signalwirkung dieses Entscheids. Trotz Vorbehalten stimmt sie dem Antrag des Regierungsrates zu, lehnt den Kürzungsantrag der SVP ab und wünscht Gare du Nord viel Erfolg.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Laurin Hoppler das Wort.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Das Gare du Nord ist für Basel ein spezieller Ort, ein Ort, wo Neues ausprobiert wird, wo Musik Platz hat, die man nicht überall hört und wo auch viele aus der Freien Szene auftreten können. Solche Orte braucht unsere Stadt. Darum unterstützen wir als Fraktion GRÜNE/jgb, dass das Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029 stabil gefördert wird. Es geht um einen hohen Beitrag und auch um eine deutliche Erhöhung des Staatsbeitrags. Gleichzeitig soll neu rund ein Drittel davon zu Lasten der Mittel der Trinkgeldinitiative angerechnet werden.

Und genau dort liegt mein Kritikpunkt. Die Grundlogik ist nachvollziehbar und ich bestreite auch nicht, dass an diesem Ort keine Alternativ- oder Jugendkultur stattfindet, aber das Verhältnis der angerechneten Gelder im Verhältnis zu anderen Orten finde ich nicht ganz richtig. Wenn hier so viel Geld investiert wird aus dem Trinkgeld-Initiativen-Topf, dann muss der Regierungsrat auch dafür sorgen, dass andere Orten, wo alternative und Jugendkultur stattfindet, die klarer so definiert werden kann, spürbar mehr auch abgesichert werden. Sonst entsteht der Eindruck, dass man hier einfach verteilt, statt die Alternativkultur wirklich breit zu fördern, so wie es das Ziel der Trinkgeldinitiative war.

Damit verbunden ist eben diese Frage der Verhältnismässigkeit. Der Betrag an das Gare du Nord ist sehr hoch und in den anderen Bereichen der freien Kultur ist das Potenzial noch da, um diese Beiträge deutlich höher zu gestalten, weil es dort an vielen Orten auch schwieriger ist, an andere Fördertöpfe zu kommen. Das ist eine kulturpolitische Situation, die wir nicht unkommentiert stehen lassen wollen.

Das Ausmass stimmt mich aber auch positiv, denn ich muss klar davon ausgehen, dass wir zukünftig mehr Fördermittel an anderen Orten, wo diese wirklich noch mehr begründet sind, einsetzen. Wichtig ist mir, dass man mich am Ende nicht falsch versteht, es ist keine Kritik am Gare du Nord, im Gegenteil, der Ort ist wichtig und soll weiterhin bestehen. Wir unterstützen den Ratschlag, so wie er von der BKK und dem Regierungsrat empfohlen wird, aber mit dieser klaren Erwartung an die Regierung, dass diese 33% kein Rechentrick sein dürfen, sondern ein Startpunkt für eine faire Förderung der Jugend- und Alternativkultur insgesamt. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, dem Ratschlag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Sasha Mozzotti das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Mein Votum fängt an mit «Wussten Sie, dass das Gare du Nord nicht einfach ein weiterer Konzertsaal ist?» Seit Regierungspräsident Conradin Cramer das erwähnt hat, wissen Sie es also schon. Es ist nicht nur ein weiterer Konzertsaal in einem 120-jährigen alten Bahnhof, sondern schweizweit ein Kompetenzzentrum für zeitgenössische Musik mit einer internationalen Ausstrahlung, einem Renommee. Da taucht doch bei der einen oder anderen Person hier drin natürlich die Frage auf, zeitgenössische Musik, na und, das ist doch eine Nische? Im Gare du Nord geht es aber um mehr, um einiges mehr. Es geht um experimentelle Elektronik, oft mit Wurzeln in der Jazz-, Pop- oder Clubkultur. Es geht um Formate, die Performance, Kleinkunst und musikalische Ansätze verbinden. Das nennt man heutzutage inter- oder transdisziplinär. Der Regierungsrat hat auch da noch weiteres erzählt. Ich kürze etwas ab.

Das Interesse daran wird in diesem Rat sicherlich unterschiedlich sein, aber wir sprechen ja nicht einfach nur Gelder für Dinge, die uns persönlich gefallen oder die wir persönlich wichtig finden. In der Politik, da wägen wir ab, fragen nach, wollen beispielsweise wissen, wie sehr sich der Betrieb selber um Mittel kümmert und nicht einfach die hohle Hand hinhält, arbeitet der Betrieb effizient, bringen die bewilligten Staatsbeiträge tatsächlich einen kulturellen Mehrwert. 2021 gab es dafür eine

Betriebsanalyse. Ich finde, das ist ein sehr sinnvolles Werkzeug, um wegzukommen von Mutmassungen und subjektiven Gefühlen oder einfach nackten Zahlen. Ein Budget machen und einhalten sagt eben noch nichts aus über die Qualität, die Sinnhaftigkeit oder beispielsweise Innovation. Ob eine Vorstellung die Seele nährt, inspiriert und unterhält, gerade im Kulturellen, ist auch das ein wichtiger Punkt, den man nicht vernachlässigen darf.

Aufgrund der Betriebsanalyse wurden die Problemfelder des Gare du Nord erkannt und die Empfehlungen für eine Optimierung wurden und werden umgesetzt. Die Betriebsanalyse hat festgestellt, dass der Kulturbetrieb trotz der Optimierung unterfinanziert ist, und das ist ein strukturelles Thema. Da das mäzenatische Engagement wegfällt, fehlt nun ein substanzieller Teil, den der Kanton bereit ist zu leisten, wofür ich mich bedanke und ich sehr schätze, was der Kanton da ausgearbeitet hat. Übrigens, das Mäzenentum war einmalig und zweckgebunden und hat nichts mit der Qualität oder dem Leitungswechsel oder sonst etwas zu tun. Diese Gelder sind also nicht in dem Sinne weggebrochen, wie eine Minderheit im Bericht festgehalten hat. Sie waren zeitlich begrenzt. Ich sehe da im Gegensatz zu Catherine Alioth allerdings kein Problem, da das eine spezielle Ausgangslage war und ich auch nicht erwartet habe, dass dieses Mäzenentum weitergeführt wird.

Für die Erhöhung des Staatsbeitrags spricht einiges, drundsätzlich natürlich der Erhalt des Kompetenzzentrums für zeitgenössische Musik. Nun fragen sich natürlich einige hier drin – und daher kommt wahrscheinlich auch der nicht so sehr Erhöhungs- respektive Kürzungsantrag -, warum soll der Kanton etwas finanzieren, was eine Nische bedient und auch nicht kommerziell erfolgreich ist. Ja, kommerziell erfolgreich heisst auch, dass man auf Bewährtes setzt, sich an den Vorlieben des Publikums orientiert und dadurch, meine Damen und Herren, Innovation und Weiterentwicklung zu einem grossen Teil verhindert. Und das ist ein wichtiger Aspekt bei einem Kompetenzzentrum für zeitgenössische Musik: Innovation und Weiterentwicklung. Das Gare du Nord hat eine andere kulturelle Aufgabe als beispielsweise ein Musical-Theater und es ist sogar günstiger. Mit einem Pay-as-you-can-Bezahlsystem von den Preisen zwischen 15 bis 35 Franken haben sie ein zahlreicheres und jüngeres Publikum anziehen können.

Interessant ist ja, dass die Erhöhung des Staatsbeitrags auch die Bürokratie verschlankt. Wie das? Bis anhin mussten die Kulturschaffenden, die im Gare du Nord aufgetreten sind, auch für die Mietkosten aufkommen, sprich dies über Drittmittel organisieren, beispielsweise bei der Eingabe beim Fachausschuss. In Zukunft, dank der Erhöhung, fällt dieser Posten weg. Die Miete wird mit dem Staatsbeitrag ans Gare du Nord abgedeckt. Zum Argument, dass trotz der Erhöhung bei hauseigenen Produktionen keine fairen Löhne bezahlt werden, muss man sagen, dass auch für diese Produktionen natürlich Drittmittel akquiriert werden müssen. Das Gare du Nord funktioniert eben nicht wie ein Stadttheater, sondern ist ein kuratierter Aufführungsort.

Das Gare du Nord ist ja tatsächlich in einem wunderbaren Bahnhofsbau von 1913. Und ist, soweit ich das verstanden habe, fertig oder bald fertig renoviert. Das ist ein Glück, denn dieser Ort bietet weitere wichtige Einnahmequellen, die Vermietung der Räumlichkeiten, ein Café, eine Bar und ein Bahnhofskiosk. Das sind auch wichtige Standbeine.

Vielleicht habe ich es ein bisschen falsch verstanden in den vorhergehenden Diskussionen in der Kommission, aber ich möchte an die Ratsseite, die findet, es sei problematisch, dass ein Drittel aus dem Topf der Trinkgeldinitiative kommt, der sei doch für Alternativ- und Jugendkultur gedacht, da möchte ich stellvertretend etwas aus dem Programm, das ich rausgepickt habe, vorlesen. Plankton, ein lust- und humorvolles musiktheatrales Gedankenexperiment über digitales Leben, Liebe, soziale Systeme sowie unsere fragile Beziehung zu uns und die uns umgebende Natur. Sie sehen, ein grosser Teil der Künstler:innen kommt aus der Freien Szene und das zähle ich zur Alternativkultur. Alternativ ist nicht gleich jugendlich. Das Gare du Nord bietet für Musikerinnen und Musiker, Kulturschaffende einen passenden Auftrittsort und trägt damit auch wesentlich zur Vielfalt, Innovation und Durchlässigkeit der Kultur in Basel-Stadt bei. Die Projekte, Konzerte, die im Programm des Gare du Nord sind, passen eben nicht in die klassische Hochkultur, aber eben auch nicht in die Pop- und Club-Szene. Sie sind ein Teil einer grossen, sehr unterschiedlichen Alternativkulturszene und daher auch berechtigt, einen Teil aus dem Topf der Trinkgeldinitiative zu bekommen.

Daher bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, der Mehrheit der BKK zu folgen und der Erhöhung zuzustimmen und den Antrag der SVP, der vermutlich noch kommt, abzulehnen. Der Regierungsrat hat es auch wieder betont, wir wollen das Gare du Nord nicht zu einem reinen Mietbetrieb verkommen lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP hat David Jenny das Wort.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion wird diesem Antrag so zustimmen, aber es bedarf doch noch einer Erläuterung. Ich kann in einigen Ausführungen Sasha Mazzotti folgen. Also für mich ist Gare du Nord klar der Alternativkultur zuzuordnen, wie auch der Regierungsrat im Ratschlag Ende 2023 dargelegt hat. Dort wird gesagt, unter Alternativkultur werden Kulturformen verstanden, welche alternativ, experimentell und innovativ sind (das ist teilweise, Sasha Mazzotti hat es bewiesen, der Fall) oder institutionell nicht oder zu wenig etabliert sind (da kann man sich vielleicht streiten), oder die bisher nicht oder zu wenig im Fokus der Förderung oder der Öffentlichkeit stehen. Ich glaube, das kann man auch mindestens teilweise bejahen. Ich könnte mir auch eine Zweidrittelzuordnung zum Topf der Trinkgeldinitiative vorstellen.

Und da sehen Sie, wir sind eigentlich schon wieder in der nächsten Geländekammer ab 2029 und die Verteilkämpfe beginnen schon jetzt. Auf der einen Seite die Grünen, Laurin Hoppler, die Trinkgeldinitiative, die den Fokus auf Jugend legen, und dann ein genereller Vorbehalt gegen Institutionen, die doch pro Billett eine sehr hohe Förderung geniessen und deren Erfolg nur der Erfolg von guten Besprechungen in relativ kleinen Fachorganen ist. Das ist dann vielleicht in ein paar Jahren auch nicht mehr die einzige Erfolgsgrösse. Und ich glaube, auch die neu entdeckte Defizitfreudigkeit der Mitte wird dann in ein paar Jahren auch nicht mehr ein Allheilmittel sein. Also insofern muss Gare du Nord jetzt diese Zeit nutzen. Ich habe auch gewisse Skepsis, ob dieses Gastrokonzept dann wirklich zu Einnahmen beitragen wird.

Ich glaube auch, wir müssen dem Mäzenatentum hier sehr dankbar sein, es ist wirklich eingesprungen und wir können jetzt nicht diese Vorwürfe machen. Aber gesamthaft gesehen, es gibt jetzt ein paar Jahre, in denen Gare du Nord vielleicht auch versuchen sollte, eben auch ein bisschen ein breiteres Publikum anzuziehen und wir müssen schauen, dass dieses Konzept jetzt wirklich fliegt. Ich glaube, das ist eine gewisse Vorwarnung, dass es dann schwieriger werden könnte in drei oder vier Jahren, dass das entsprechend auch aufgenommen wird. Aber ich meine, es ist ein Teil unserer Musikstadt. Es ist auch neu jetzt unter der Schirmherrschtaft unseres Kantons und nicht mehr des Kanton Basel-Landschaft. Ich glaube auch, dass dieser Unterstützungsverein Copains du Nord bis jetzt relativ zurückhaltend war. Da muss noch einiges getan werden. Wir von der FDP wünschen sehr viel Erfolg, dass diese Jahre jetzt wirklich genutzt werden. In diesem Sinne stimmen wir jetzt so zu, wie von der Regierung beantragt und lassen in diesen Punkten jetzt die SVP im Regen stehen, mindestens ich persönlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielleicht noch einmal zur Vergegenwärtigung. Diesem Ratschlag haben in der Bildungs- und Kulturkommission genau fünf Mitglieder zugestimmt. Fünf Mitglieder waren für diese Bewilligung von Staatsbeiträgen. Alle anderen Mitglieder haben nicht Ja gestimmt. Es ist also eine Minderheit eigentlich, die Ja gestimmt hat. Und nun habe ich die Voten von Catherine Alioth gehört, das Votum von David Jenny, und ich muss sagen, ich bin ein wenig ratlos. Catherine Alioth hat eigentlich nur in ihrem Votum uns Recht gegeben, um dann aber am Schluss trotzdem dieser massiven Erhöhung – wir sprechen hier von einer Erhöhung von 300’000 Franken – zuzustimmen. David Jenny hat es auch nicht viel besser gemacht. Vielleicht müsste er mit Daniel Seiler noch einmal ein bisschen über den gestrigen Tag sprechen. Jetzt habe ich gemeint, die FDP sei doch dafür, dass der Finanzplan, die finanzpolitische Aussicht des Kantons etwas stabiler wird und dann kann David Jenny offenbar einfach so kurz einmal einen Staatsbeitrag fast um die Hälfte erhöhen und die FDP macht da ebenfalls offenbar gemäss Kreuztabelle mit. Ich finde das schon sehr beachtlich. Ich möchte das vielleicht auch einmal hier wieder zu Protokoll geben, da lobe ich mir doch die linke Sprecherin, Sasha Mazzotti, die steht dazu, dass es nie genug sein kann und überall noch ein bisschen sehr viel mehr sein darf.

Selbstverständlich und das geht auch mit dieser doch sehr kritischen Stimme jetzt vielleicht ein bisschen deutlich noch hervor, selbstverständlich ist es natürlich so, dass dieses Gare du Nord in dieser Art und Weise diesen sehr viel höheren Staatsbeitrag nicht gerechtfertigt erhalten kann. Sie haben es gehört in den Ausführungen auch der Kommissionssprecherin, diese doch sehr grosszügige Unterstützung privater Dritter über viele Jahre hinweg hat dem Gare du Nord geholfen, aber es war klar, dass diese Drittmittel per 2025 wegfallen. Und was hat das Gare du Nord über Jahre gemacht, um diese Drittmittel quasi anderweitig zu generieren? Gar nichts. Es ist nichts passiert. Es ist nichts passiert und nun soll der Kanton Basel-Stadt, der Steuerzahler, die Steuerzahlerin, diesen Wegfall der Drittmittel kompensieren, 1 zu 1, und das Präsidialdepartement von Regierungspräsident Conradin Cramer gibt dann noch 50’000 Franken mehr dazu, 300’000 Franken mehr für einen Betrieb.

Ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, die qualitative Ausrichtung dieser Institution, das ist mir als jemand, der hier in diesem hohen Hause nun diese Staatsbeiträge bezahlen muss, eigentlich nicht so wichtig. Ich gehe davon aus, dass diese Institutionen selbstverständlich qualitativ hochwertige Arbeit leisten oder produzieren, dass diese Veranstaltungen selbstverständlich qualitativ gut sind. Daran habe ich auch beim Gare du Nord keinen Zweifel. Aber wir entscheiden hier wie bei allen anderen Institutionen über den Staatsbeitrag und hier stellen wir fest, dass das Gare du Nord eine massive Erhöhung seines Staatsbeitrages in der neuen Leistungsperiode erhält und hier müssen wir feststellen, dass dieser Wegfall der Drittmittel über Jahre hinweg bekannt war und das Gare du Nord offensichtlich nicht in der Lage war, adäquat einen Ersatz zu finden.

Deshalb haben wir keinen Kürzungsantrag gestellt, sondern wir unterstützen das Gare du Nord selbstverständlich weiterhin. Wir erhöhen mit unserem Antrag den Staatsbeitrag dennoch um 100’000 Franken. Wir gehen also über 100’000 Franken höher als das, was das Gare du Nord bisher hatte. Aber wir sind der Meinung, es kann nicht sein, dass der Kanton einer Institution einen Staatsbeitrag quasi in dieser Höhe erhöht, in welcher eine Drittmittelakquise weggefallen ist. Das ist ein fatales Signal, auch an andere Institutionen in diesem Kanton, die es vielleicht sogar noch etwas schwerer haben, zu entsprechenden Drittmitteln zu gelangen, wenn wir hier einfach in dieser Art und Weise einen Staatsbeitrag erhöhen.

Und deshalb geht es mir hier, deshalb geht es der SVP-Fraktion gar nicht so sehr darum, ob das Gare du Nord nun als Institution qualitativ gut oder qualitativ schlecht gearbeitet hat. Es geht uns auch nicht darum, dass die Zuschauerzahlen nun wirklich nicht gerade berauschend sind, sondern es geht uns hier darum, etwas auszusenden, was fatal wäre, nämlich dass ein Staatsbeitrag einfach so erhöht wird, wie Drittmittel weggefallen sind, obschon die Institution das über Jahre hinweg gewusst hat, dass dies der Fall sein wird.

Ein privates Unternehmen, das in diese Situation kommt und weiss, in vier Jahren verliere ich einen Auftrag in dieser Grössenordnung, muss in diesen vier Jahren gewährleisten können, dass es diese Mittel anderweitig wieder generieren kann. Ansonsten geht diese private Unternehmung wahrscheinlich Konkurs. Das ist Marktwirtschaft. Wir verlangen diese Marktwirtschaft von dieser Kulturinstitution nicht, wir verlangen aber, dass eine Kulturinstitution in diesem Bereich, wenn sie dieses lange Vorwissen hat, selbstverständlich in der Lage ist, Drittmittel auf andere Art und Weise zu generieren. Schafft sie das nicht, dann muss sich auch eine Institution hinterfragen und dann vielleicht auch über die Sinnhaftigkeit und über die Gestaltung ihres Programms, über die Gestaltung ihrer Möglichkeiten, was die Auftritte anbelangt, was das Programm anbelangt, diskutieren. Aber es kann nicht sein, dass wir als Kanton dann derart in die Bresche springen, wie es nun das Präsidialdepartement gemacht hat und wie es nun offensichtlich auch eine Mehrheit dieses Hauses machen möchte.

Und das ist auch unser Antrag. Noch einmal, wir stellen keinen Kürzungsantrag. Auch mit unserem Antrag wird der Staatsbeitrag an das Gare du Nord substanziell erhöht. Wir sprechen hier von einer Erhöhung von 100’000 Franken pro Jahr, das ist für Institutionen im Kulturbereich eine substanzielle Erhöhung von 100’000 Franken, das gibt es nicht sehr häufig, auch nicht vom Präsidialdepartement für eine Einzelinstitution, und das ist unsere Grenze. Wir wollen nicht darüber hinausgehen und wir laden Sie alle ein, unserem Antrag hier heute Folge zu leisten, diesen Antrag zu unterstützen. Das Gare du Nord wird dadurch 100’000 Franken mehr erhalten und diese Institution muss dann in Gottesnamen das, was sie in den letzten vier Jahren nicht getan hat, nämlich diese nicht gewährten weiteren Mittel, sofern Sie uns heute hier folgen, auf anderem Wege generieren, so wie es ganz viele Institutionen in diesem Kanton machen müssen.

Stellen Sie sich einmal vor, was anderen Institutionen geschehen würde, wenn Sie eine derart grosse Summe an Drittmittel nicht mehr erhalten würden, wenn sie sich an den Kanton wenden würden, ich bin überzeugt, der Kanton wäre nicht so grosszügig und es gibt in unserem Kanton auch Kulturinstitutionen, die überhaupt keine Staatsbeiträge bekommen, die aber seit Jahren sehr erfolgreich sind. Denken Sie an ein Theater Fauteuil, denken Sie an das Häbse Theater, denken Sie an Institutionen in anderen Bereichen. Ich finde es auch diesen Institutionen gegenüber ein wenig unverschämt, wenn wir hier einfach in dieser Art und Weise Staatsbeiträge erhöhen im Wissen, dass diese Institution Jahre im Voraus wusste, dass dieser Beitrag wegfällt.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion zu unterstützen und die Staatsbeiträge für das Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029 entsprechend «nur» um jeweils 100’000 Franken zu erhöhen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen.

Sasha Mazzotti (SP): Sie sind ja auch Kulturpolitiker und sprechen ja auch für andere Sachen Gelder. Sie kennen das Prinzip. Sie haben jetzt etwa fünf Mal erwähnt, Drittelmittel müssten akquiriert werden. Das ist auch in diesem Bereich nicht einfach. Die Leute sitzen oben, könntet Sie Ihnen ein paar Tipps geben, wo sie suchen sollen?

Balz Herter, Grossratspräsident: Eine kurze Frage bitte.

Sasha Mazzotti (SP): Und das zweite ist der Zoo, der hat ja Gelder, der kann Drittmittel akquirieren. Warum sollte der damals so eine substanzielle Subvention erhalten?

Joël Thüring (SVP): Ich kann dem Gare du Nord gerne Tipps geben, aber das würde jetzt die Redezeit dieser Beantwortung meiner Frage überschreiten. Ich kann Ihnen nur so viel sagen, ich selber muss für meine Vereine auch Drittmittel generieren. Das ist anspruchsvoll, das ist tatsächlich harzig teilweise, aber das ist die Aufgabe einer Institution, eines Vereins, einer Vereinsführung, nicht der operativen Leitung, die muss das gewährleisten, kann sie das nicht, muss sie sich fragen, ob sie am richtigen Platz ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Habe ich das richtig verstanden? Die SVP ist tatsächlich bereit, 100’000 Franken mehr pro Jahr zu sprechen, obwohl sie offenbar weder eine Ahnung noch ein Interesse hat, dass damit Kultur in einem qualitativ hochstehenden Masse produziert wird?

Joël Thüring (SVP): Ich habe zur Qualität dieser Institution nichts gesagt, wir sind bereit, dieser Institution 100’000 Franken mehr zu geben. Wir sind aber nicht bereit, einer Institution den vollständig wegfallenden Beitrag von Dritten zu gewähren oder zu kompensieren. Das ist unsere oder meine Aussage gewesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer stellt die dritte Zwischenfrage.

Melanie Nussbaumer (SP): Da Sie die zweite Frage von Sasha Mazzotti nicht beantwortet haben, stelle ich sie nochmals. Dienten zur Begründung für die Erhöhung des Staatsbeitrags für den Zoo Basel nicht auch die fehlen Drittmittel und war die SVP nicht Feuer und Flamme für diese Erhöhung?

Joël Thüring (SVP): Es geht uns darum, wenn Sie meinem Votum zugehört haben, dass wir gesagt haben, wir sind nicht bereit, wegfallende Drittmittel komplett zu kompensieren. Wir erhöhen ja den Staatsbeitrag mit unserem Antrag dennoch um 100’000 Franken. Das ist doch der wesentliche Unterschied der Diskussion. Die hat mit dem Zolli relativ wenig zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für die intensive Debatte. Ich finde schon auch, dass man sich durchaus etwas schwer tun darf mit diesem Entscheid. Es ist nicht der einfachste Entscheid und das kam ja in einigen Positionsbezügen, die differenziert ausfielen, auch gut zum Ausdruck. Natürlich kann man auf den ersten Blick den Eindruck erhalten, dass man jetzt hier wegfallende Drittmittel kompensieren würde. Dazu ist aber nochmals zu betonen, dass die Mäzenin immer klar diese Mittel von insgesamt 1,5 Mio. Franken, also während fünf Jahren 300’000 Franken zugesichert hat. Und das war von Anfang an so klar und ich bin froh, auch von verschiedenen Votantinnen und Votanten gehört zu haben, dass man jetzt nicht einer grosszügigen Gabe an den Kanton Vorwürfe machen soll im Nachhinein, dass die jetzt nicht für immer und ewig so ist. Das war immer klar deklariert und insofern ist es eigentlich der Moment, einfach nochmal zu danken für dieses mäzenatische Engagement von 250’000 jährlich 2020 bis 2025, total 1,5 Millionen, jetzt habe ich es korrekt gesagt.

Nun ist die Frage, wie es weitergeht. Es ist, glaube ich, eindeutig, dass Drittmittelakquise in diesem Feld ausserordentlich anspruchsvoll ist. Wir reden hier von der freien Szene, wir reden von neuer Musik, die auf hohem qualitativen Niveau mit internationaler Ausstrahlung im Gare du Nord gespielt, performt, gegeben wird, aber das ist nach aller Erfahrung nicht diese Art von Kunst, die Drittmittel in hohem Umfang generieren kann, die eventuell gar Sponsoring in hohem Umfang generieren kann. Das sind Realitäten und ich glaube, die Realitäten sind anzuerkennen. Das entbindet uns aber natürlich nicht von der Frage, wie weit denn der Kanton diese Realitäten sozusagen ausgleichen soll.

Ich bin nun hier schon klar der Meinung mit dem Regierungsrat, dass wenn wir so einen Schwerpunkt haben im Kanton, wenn wir so etwas qualitativ Hochwertiges haben, das ja auch nicht einfach aus dem Nichts entstanden ist, sondern in einer langen, jahrzehntelangen Tradition des Umgangs mit neuer Musik in diesem Kanton gehört, wenn wir so etwas haben, dann sollen wir es hegen und pflegen und sicher nicht leichthin absterben lassen. Und dazu kommt, dass eben durch diese Möglichkeiten der Freien Szene wir hier auch einen Ort der Jugend- und der Alternativkultur haben. Und wir haben, meine Damen und Herren, qua Volksabstimmung bestimmt, 5% unseres ganzen Kulturbudgets eben genau für diese Art von Jugend- und Alternativkultur zu reservieren. Diese Beträge nutzen wir noch nicht vollständig aus. Wir würden sie jetzt ab 2026 stärker ausnutzen mit eben diesem Drittel – es geht ja nie um den ganzen Betrag –, den wir über den Anteil Jugend- und Alternativkultur laufen lassen können.

Das passt alles sehr gut zusammen. Das passt alles zur Exzellenzförderung, die wir wollen, das passt alles zur weiteren Stärkung unserer Stärken in diesem Kanton kulturpolitisch und es passt zum klaren Volksauftrag und Parlamentsauftrag, dass wir eben auch Jugend- und Alternativkultur stärken. Und ich finde, diese Kombination der Elemente gibt ein gut funktionierendes Ganzes und rechtfertigt es, dass wir diesen tatsächlich proportional und auch absolut sehr hohen Erhöhungsantrag heute sprechen können. Wir tun das nicht leichthin, wir tun das nach äusserst sorgfältiger Prüfung, nach intensiver Debatte auch in der BKK und wir tun es für eine Institution, die seit vielen Jahren beweist, was für eine Ausstrahlung sie regional, national, international hat, was für eine Möglichkeit sie bietet, jungen Musikerinnen und Musikern,

dass sie eben nicht nur in unserer Stadt lernen können, sondern dass sie auch Orte finden, wo ihre Musik Platz findet, wo sie kuratiert auftreten können, wo sie eine Öffentlichkeit finden. Das gehört dazu, wenn wir uns auch Musikstadt nennen wollen. Und deshalb, mit all diesen Argumenten, die ich jetzt versucht habe, nochmals zusammenzufassen, bitte ich Sie, dem Erhöhungsantrag des Regierungsrats und der BKK zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor wir hier weiterfahren, möchte ich erneut Besuch auf der Tribüne begrüssen. Wir haben die Absolventinnen und Absolventen der Link zum Beruf der allgemeinen Gewerbeschule mit ihrer Lehrperson Dominik Federer zu Gast. Schön seid ihr da und befasst euch mit Basler Politik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit wieder zurück zum Geschäft. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 des Berichts.

Titel und Ingress einziger Absatz. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Sie beantragt Kosten von 2’380’000 Franken statt 3’180’000 Franken. Wir würden hierzu die Debatte eröffnen. Das wurde eigentlich vorhin schon abgehandelt, deshalb kommen wir direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

25 Ja, 68 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007919, 18.12.25 10:31:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 68 gegen 25 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter, Publikations- und Referendumsklausel und kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung .

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 12 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007920, 18.12.25 10:31:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Gare du Nord werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 3'180'000 (Fr. 795’000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 76 gegen 12 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Dieses Geschäft ist erledigt. Somit gehen wir zurück zu Traktandum 14.

14. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

[18.12.25 10:31:53, 25.1368.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): In der laufenden Staatsbeitragsperiode hat die GGG Stadtbibliothek unter anderem mit dem Umbau und der Erweiterung der Bibliothek Bläsi begonnen. Der Grosse Rat hat dafür einen Investitionsbeitrag gesprochen. Das Vorhaben verfolgt zwei strategische Ziele, eine Stärkung des Bibliotheksangebots im Kleinbasel sowie eine Stärkung der Bibliothek als dritter Ort für die dichtbesiedelten Kleinbasler Quartiere. Die Erweiterung soll im Frühling 2026 abgeschlossen werden. Zudem wurden sechs Standorte zu Open Libraries ausgebaut. Damit stehen Personen ab 16 Jahren im Bibliotheksnetz über 400 Stunden an zusätzlichen Öffnungszeiten zur Verfügung. Das neue Angebot stösst beim Publikum auf grossen Anklang und generiert neben erhöhten Besucherzahlen auch mehr Ausleihen.

Für die neue Staatsbeitragsperiode hat die GGG Stadtbibliothek einen Erhöhungsantrag mit vier Anträgen gestellt. Für die höheren Betriebskosten aufgrund der Erweiterung der Bibliothek Bläsi beantragt die Institution 179’960 Franken pro Jahr. Seit 2025 fallen die Einsätze von Zivildienstleistenden weg, die wegen eines Bundesentscheids nicht mehr in öffentlichen Bibliotheken eingesetzt werden dürfen. Der Entscheid führt dazu, dass die Arbeit der Zivildienstleistenden durch mindestens drei Vollzeitstellen abgedeckt werden muss. Dies generiert Mehrkosten von 171’000 Franken pro Jahr. Im Jahr 2024 hat die GGG Basel der GGG Stadtbibliothek die Miete für die Nutzung des Schmiedenhofs erhöht. Diese Erhöhung beträgt 117’000 Franken pro Jahr und die Stadtbibliothek ersucht um Übernahme dieser Mieterhöhung. Und zuletzt beantragt die Stadtbibliothek die Erhöhung um 332’595 Franken pro Jahr für allgemeine Mehrkosten, Personal, Raum und IT.

Die BKK unterstützt grundsätzlich den Antrag des Regierungsrats, dem Erhöhungsantrag in Bezug auf die Erweiterung der Bibliothek Bläsi, den Wegfall der Zivildienstleistenden und einen Teil der Mehrkosten, welche den Teuerungsausgleich für das Personal betreffen, stattzugeben. Um die neuen Verantwortlichen der GGG Basel für die Stadtbibliothek und den neuen Direktor der Bibliotheken kennenzulernen und mit ihnen über den beantragten Staatsbeitrag auszutauschen, hat die BKK ein Hearing abgehalten.

Die Delegation der GGG Basel berichtet über eine gute und wertschätzende Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat und dem Präsidialdepartement. Zudem sieht sich die GGG durch die substanzielle Erhöhung, die der Regierungsrat nun dem Grossen Rat beantragt, in ihrer Arbeit bestätigt. Auch wenn nicht der gesamte Erhöhungsantrag, den die GGG Stadtbibliothek gestellt hat, gesprochen wird, gefährdet das die Institution nicht. Die Verantwortlichen der GGG haben geschaut, wo gewisse Einsparungen vorgenommen werden und was der Verein beitragen könne.

Da die Stadtbibliothek auch etwas höhere Einnahmen generiert, müssen nur kleinere Anpassungen am Budget vorgenommen werden. Eine der Anpassungen, die die GGG Stadtbibliothek vornehmen muss, wird von einem Teil der BKK eher kritisch beurteilt. Es geht um die Einsparung bei der Leseförderung. Da die Lesekompetenz der Basler Schülerinnen und Schüler seit Jahren abnimmt, wirft das die Frage auf, ob es richtig ist, an diesem Ort Einsparungen zu tätigen. Die Verantwortlichen der Bibliothek haben am Hearing aber dargelegt, dass die Leseförderanlässe vielfältig seien und es verschiedene Gefässe und Töpfe gäbe, über welche die Veranstaltungen stattfinden würden. Durch die geplanten Einsparungen seien hauptsächlich Filial-Leseförderungen betroffen, bei denen die Angebote lediglich redimensioniert würden. Zudem seien nicht allein die Quantität von Angeboten für den Erfolg von Leseförderungen entscheidend, sondern auch die richtige Adressierung des Angebots.

Die BKK heisst die Arbeit der GGG Stadtbibliothek ausdrücklich gut und würdigt zudem die verbesserte Kommunikation und Zusammenarbeit des PD mit der GGG Stadtbibliothek. Entsprechend stimmt die BKK dem Ratschlag, so wie ihn der Regierungsrat dem Grossen Rat vorlegt, einstimmig zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Es ist ein grosses Geschäft, über das wir jetzt beraten. Der Staatsbeitrag an die GGG Stadtbibliothek für die nächsten vier Jahre beträgt nahezu 30 Mio. Franken, eines der grössten Geschäfte auch aus der Abteilung Kultur und der Präsidialdepartement. Es ist grundsätzlich eine grosse Freude, dass wir das so beraten können. Sie wissen sicher, dass die Führung öffentlicher Bibliotheken eben vielerorts eine direkte staatliche Aufgabe ist, direkt von der öffentlichen Hand. betrieben wird, oft auf kommunaler, also auf städtischer Ebene. In Basel ist das anders, traditionell anders. Die GGG als privater Verein leistet die Bibliotheksarbeit, sie sichert als moderne öffentliche Bibliothek der Stadt Basel und der Region den freien Zugang der Bevölkerung zu Wissen und Information. Ich glaube, man darf das durchaus mit etwas Pathos auch ausdrücken – die GGG ist die Wissens- und Informationsvermittlerin, modern, öffentlich und eben auch weitgehend kostenlos oder zu sehr günstigen Konditionen.

Sie kennen das Netz der GGG mit der Hauptstelle im Schmiedenhof, den sieben Quartierfilialen, dazu die. Projekte wie die Leseförderung Kleinhüningen, die Leseanimation, die Bibliothekspädagogik für Kinder und Jugendliche, etc. Die GGG Stadtbibliothek ist damit nahe beim Publikum und sie macht ihre Angebote für viele zugänglich. Wichtig ist natürlich auch die Zusammenarbeit mit den Schulen. Das Führen auch von vier Sekundarschulbibliotheken ist allerdings nicht Gegenstand jetzt dieses Ratschlags. Und natürlich, es wurde auch erwähnt von der Präsidentin der BKK, das reiche Angebot an ausserschulischer Leseförderung, dazu kommen auch noch die laufende Anpassung der Dienstleistungen, ein Heimlieferdienst, den Bestseller-Service, die Rückgabekästen, die Online-Ausleihe, also die GGG Stadtbibliothek bewegt sich auch am Puls der Zeit.

Das sieht man auch darin, dass in den letzten Jahren schrittweise Open Libraries eingeführt wurden, das sind Bibliotheken mit Abokarte, die rund um die Uhr zugänglich sind in einem unbedienten Service. Das hat sich einiger Zweifel zum Trotz als grosser Erfolg erwiesen und hat dazu beigetragen, dass die Ausleihe- und Besuchszahlen nochmals markant gesteigert werden konnten.

Der Erfolg zeigt sich in den Zahlen. Im Jahr 2024 wurde ein neuer Ausleihrekord von über 2 Millionen Medien erreicht. Das ist ein Anstieg von fast 14% gegenüber dem Vorjahr. Manches Unternehmen würde von solchen Steigerungen träumen. Klar ist, dass ein Grossteil dieses Wachstums auf digitale Ausleihen entfällt, aber, und das ist auch bemerkenswert, auch die Nachfrage nach physischen Büchern, nach richtigen Büchern, die man in der Hand hält, ist nochmals gestiegen. Die Zahl der Bibliotheksbesucher und -besucherinnen ist auf über 860’000 gestiegen, auch das beeindruckende Zahlen, und der Vergleich sei erlaubt, die GGG zählt damit zu den meistbesuchten Institutionen in Basel, nach dem diesen Morgen auch schon vielfach erwähnten Zolli Basel.

Sie hören jetzt meine Ausführungen an und Sie haben also auch den Ausführungen der Präsidentin der BKK angehört, die Weiterführung dieses Staatsbeitrags im Rahmen der ordentlichen Verlängerung ist komplett unbestritten und ist eben ein freudiges Ereignis, dass wir diese Möglichkeit in Basel haben mit dieser hoch etablierten privaten Trägerschaft. Dazu dürfen wir auch feststellen, dass die finanzielle Situation der GGG Stadtbibliothek grundsätzlich stabil ist. Wir haben dieses Gesamtbudget von rund 11 Mio. Franken mit Erträgen von knapp zwei Dritteln, 65%, des Kantons, 17% von der GGG selbst und 12% aus den Aboerträgen. Dazu kommen noch Beiträge in kleinem Umfang von Gemeinden in der Region und wenig auch noch sonst von Privaten. Die Eigenwirtschaftlichkeit, wenn man die GGG-Beiträge dazuzählt, beträgt also ein gutes Drittel, rund 35%.

Wir haben den Staatsbeitrag, der pro Jahr bis jetzt rund 6,85 Millionen Franken beträgt, erhöht im Jahr 2022 um 370’000 Franken für die laufende Periode. Da ging es auch um die kostenneutrale Integration eines ehemals separaten Staatsbeitrags, die Zweigstelle St. Johann Jukibu war das, die Erhöhung war auch begründet damals mit Pro-Litteris-Gebühren und zusätzlichen Personalressourcen. Alle Ziele, die wir damals gesetzt haben, auch das ist zu erwähnen, wurden von der GGG Stadtbibliothek umgesetzt. Auch das war eine berechtigte Forderung des Grossen Rates, wir sind mittlerweile in einem ständigen Austausch mit der GGG Stadtbibliothek im Laufe der Staatsbeitragsperiode, damit wir eben zusätzlichen Bedarf, zusätzliche Ideen regelmässig abstimmen und gemeinsam prüfen können.

Und dazu gehört namentlich auch die Realisierung neuer Standorte. Hier ist es entscheidend, dass diese eben passen zu den Konzepten und Strategien der GGG, dass sie sorgfältig abgewogen sind und dass man sie auch mit Vorlauf mittel-langfristig planen kann. Hauruckübungen sind hier. Nicht sinnvoll. Eine solche langfristige und eben erfolgreiche Planung hatten wir mit der Erweiterung der Bibliothek Bläsi. Hier haben Sie separat im September 2024 im Grossen Rat einstimmig zugestimmt, dass wir zusätzlich einen Investitionsbetrag leisten können. Das Projekt ist nun in Arbeit, im Frühling 2026 soll es abgeschlossen sein.

Und wieso erwähne ich das mit den neuen Standorten so ausdrücklich? Es ist Ihnen und uns ja allen bekannt, dass wir verschiedene Vorstösse haben, die einen zusätzlichen Standort in Kleinhüningen-Klybeck fordern, einerseits einen Anzug und andererseits eine Petition. Wir sind uns sehr bewusst, dass in den Entwicklungen auf dem Areal Klybeck plus zusätzlich Wohnraum kommen wird, dass die Bevölkerungszahl und die Dichte im Kleinbasel wächst, und wir sind deshalb auch grundsätzlich sehr bereit im Dialog mit der GGG Stadtbibliothek und im Zusammenhang mit der Entwicklung des Klybecksquartiers den Bedarf für einen solchen zusätzlichen Standort zu prüfen. Dazu wird der Regierungsrat, wie

angekündigt, bis 2027 in Abstimmung mit der GGG Stellung nehmen. Hier jetzt im aktuellen Ratschlag, im aktuellen Bericht ist kein Antrag für die Eröffnung eines zusätzlichen Standorts enthalten. Die GGG hat ja auch keinen solchen Antrag gestellt.

Den Erhöhungsantrag hat die Präsidentin der BKK schon geschildert, Sie können ihn selbstverständlich auch nachlesen. Ich möchte deshalb hier nicht nochmals im Detail mündlich darauf eingehen, sofern nicht in der Debatte wir im Detail noch einzelne Punkte anschauen wollen. Ich darf festhalten, das haben Sie auch gesehen, dass der Regierungsrat nicht vollumfänglich alle Anträge der GGG übernommen hat, auch die BKK hat das nicht. Man darf aber auch feststellen, dass die Trägerschaft den Vorschlag des Regierungsrats, das sogenannte Verhandlungsergebnis, positiv zur Kenntnis genommen hat, da eben der Erhöhungsbetrag auch grundsätzlich anerkannt wurde und die nicht genehmigten Erhöhungswünsche tragbar sind für die Institution.

Ich freue mich besonders, dass die BKK nach kritischer Prüfung und Beurteilung des Antrags auch den Argumenten des Regierungsrats folgt, dass wir eine einstimmige Unterstützung haben. Ich bin zusammen mit dem Regierungsrat überzeugt, dass wir die produktive und sehr erfreuliche Entwicklung der GGG Stadtbibliothek mit diesem Vorschlag weiterhin angemessen fördern und bin Ihnen dankbar, wenn Sie dem Antrag der BKK Folge leisten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Heidi Mück hat das Wort für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Die Fraktion BastA stimmt dem vorliegenden Ratschlag selbstverständlich zu. Das Ganze scheint ja ziemlich unbestritten und könnte auch diskussionslos über die Bühne gehen. Aber angesichts der Bedeutung der GGG Stadtbibliothek und auch des Beitrags von fast 30 Mio. Franken für die nächsten vier Jahre sollten schon noch ein paar Worte der Würdigung verloren werden.

Mit ihrer Hauptstelle und den Quartierfilialen sowie dem Angebot der Online-Ausleihe und den zahlreichen Veranstaltungen, Lesungen und Leseförderungsangeboten leistet die GGG Stadtbibliothek nicht nur Wissens- und Informationsvermittlung, sie leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag an die Lebensqualität für die Bevölkerung von Basel-Stadt. Kinder, Familien, Studierende, Erwachsene, Senior:innen, die Stadtbibliothek schafft es tatsächlich, die ganze Bevölkerung zu erreichen und abzuholen. Das sehen wir an den ständig steigenden Medienausleihen.

In der Kommission konnten wir zum Teil nachvollziehen, warum der Regierungsrat nicht auf sämtliche Wünsche der GGG Stadtbibliothek eingehen wollte. Insbesondere der Versuch, die höhere Miete, die die GGG für die Räumlichkeiten des Schmiedenhofs verlangt, aufzufangen, konnte auch die BKK nicht wirklich nachvollziehen. Ein Wermutstropfen ist jedoch, dass die GGG Stadtbibliothek Einsparungen im Bereich Leseförderung vornehmen möchte. Klar, es sind immer noch sehr viele Leseförderungsveranstaltungen, die in den kommenden Jahren stattfinden werden, und das erkennen wir auch grundsätzlich an. Aber da kommt meine Optik als Quartierbewohnerin von Kleinhüningen-Klybeck hinzu. Hier wurde vor 20 Jahren eine Bibliotheksfiliale geschlossen, aus Spargründen. Wir haben jetzt gehört, es gibt keine Hauruckübungen, wir können nicht übermorgen eine neue Filiale eröffnen, aber um den Verlust der Bibliothek aufzufangen, wurden ja diese Leseförderungsangebote wie zum Beispiel Bücherbande, Theater und Spaghetti, Gschichtezmorge und so weiter geschaffen und das ist ein tolles und wertvolles Angebot. Für mich ist die Leseförderung der GGG, insbesondere in Kleinhüningen, ein wenig eine heilige Kuh und es tut weh, wenn daran herumgesäbelt wird.

Aber nun ist mir auch klar, jetzt soll zuerst einmal die Finanzierung für die nächsten vier Jahre über die Bühne gehen. Ich kann einfach jetzt schon ankündigen, dass das Thema Leseförderung Kleinhüningen noch nicht abgeschlossen ist und ich mir dazu auch einen Vorstoss überlegt habe, insbesondere da die Löhne seit Beginn, also seit 20 Jahren hier nie angetastet wurden. Ich denke, da ist wirklich Handlungsbedarf. Aber jetzt lassen wir das mal und ich bitte Sie, dem zuzustimmen und wir sehen dann, was da noch kommt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Wer in Basel aufwächst, der soll auch mit einem Bibliotheksausweis in der Tasche gross werden, unabhängig davon, wie viel Geld die Eltern haben, welche Sprache zu Hause gesprochen wird oder in welchem Quartier die Person wohnt. Genau dafür steht die Stadtbibliothek GGG.

Die Zahlen zeigen klar, dieses Angebot wird nicht weniger gebraucht, sondern immer mehr. Die Medienausleihe hat in den letzten Jahren stetig zugenommen und neue Höchstwerte erreicht. Die GGG Stadtbibliothek hat den Sprung ins digitale Zeitalter auch eindeutig geschafft. Mit den Angeboten der Open Library und anderen digitalen Mitteln ist es klar, dass sie diesen Sprung geschafft haben, und das ist auch nicht selbstverständlich, andere Orte haben damit auch grössere Schwierigkeiten. Und das ist genau diese öffentliche Struktur, die wir als Stadt auch stärken und erhalten müssen.

Die Fraktion GRÜNE/jgb und auch die SP-Fraktion schaut die Einsparungen bei der Leseförderung, so wie es Heidi Mück auch erwähnt hat, ein bisschen mit Bauchweh an. Wenn wir wissen, dass die Lesekompetenzen bei Schülerinnen und Schülern in Basel-Stadt seit Jahren sinkt, ist jeder Franken in diese Förderung gut gemacht und goldrichtig investiert. Aber die GGG hat uns auch nachvollziehbar dargelegt, dass keine Angebote komplett gestrichen werden, sondern dass es dabei eher um eine Neudimensionierung gehe und dass auch andere, die Leseförderung anbieten, diese Teile mitstützen können. Wir sind der Meinung, dass es auch zur Autonomie der GGG Stadtbibliothek gehört, innerhalb des finanziellen Rahmens, den wir hier heute hoffentlich schaffen, ihre Angebote weiterzuentwickeln und Schwerpunkte zu setzen.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen. Der Wunsch nach einer Bibliothekszweigstelle in Kleinhüningen kommt aus der Bevölkerung. Die GGG wäre bereit, hier Partnerin zu sein, macht aber klar, dass sie das nicht alleine stemmen kann. Und das zeigt, dass dieses Thema erstens in den Quartieren gefragt ist und ein politischer Auftrag ist und dort sind wir ja, wie Regierungspräsident Conradin Cramer bereits erwähnt hat, mit politischen Prozessen am Laufen. Und für uns ist zentral, dass die GGG Stadtbibliothek ein wichtiger Ort ist, wo das Geld gut investiert ist, in Bildung, in den Quartieren und auch in den Zusammenhalt in unserer Stadt. Wir möchten solche Orte weiterhin stärken, denn das zahlt sich einfach auch später aus in der Schule, in der Sozialarbeit und in der Integration in unserer Stadt.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Fraktion Grüne/jgb und auch der SP-Fraktion, diesen Staatsbeitrag so zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächste Fraktionssprecherin für die LDP habe ich Catherine Alioth eingetragen

Catherine Alioth (LDP): Ich habe eigentlich gar nicht mehr so viel anzufügen. Ich schliesse mich dem Gesagten an. Ich möchte hier einfach noch ein paar allgemeine Punkte nennen.

Wie gesagt, die GGG Stadtbibliotheken leisten eine hervorragende Arbeit. Diese stösst in der Bevölkerung auf grosse Resonanz. Sie nutzen ihren Handelungsspielraum geschickt, etwa mit den innovativen Angeboten, die vorher genannt wurden, wie die Open Libraries, die unbedienten und rund um die Uhr geöffneten Bibliotheken, die erfreulich hohen Besucherzahlen sowie die kontinuierlich steigenden Abonnenten und Abonnentinnen wie auch die Höchstwerte bei den Medienausleihen. Aber ganz besonders würdigen wir, dass das Präsidialdepartement auf die Anregungen der BKK eingegangen ist und den Austausch über die Strategie und die Diskussionen zum Leistungsauftrag der GGG Stadtbibliothek intensiviert hat. Diese konstruktive Zusammenarbeit hat unter anderem zur Erweiterung der Zweigstelle Bläsi geführt, welche ein klares Bedürfnis im Quartier abdeckt und eine wertvolle Bereicherung darstellt. Zudem sind für das Jahr 2026 weitere Gespräche zur Weiterentwicklung des Zweigstellennetzes vorgesehen.

Wie auch schon gesagt wurde, befindet sich unser Kanton im Wandel, neue Quartiere entstehen, deren Bedürfnisse sorgfältig erhoben, abgewogen und im Interesse der Allgemeinheit berücksichtigt werden müssen. Die GGG Stadtbibliotheken sollen auch künftig offen für Innovationen bleiben und neue Technologien sinnvoll integrieren, um den Zugang zu Wissen noch niederschwelliger und inklusiver zu gestalten. Ebenso wichtig ist der kontinuierliche Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere mit Jugendlichen und älteren Menschen, um deren Anliegen gezielt aufnehmen zu können.

Wir sind sehr zuversichtlich, dass die GGG Stadtbibliotheken auch in der kommenden Leistungsauftragsperiode qualitativ hochwertige Arbeit leisten werden, selbst wenn einzelne Angebote redimensioniert werden müssen. Die LDP-Fraktion stimmt der vorgeschlagenen Erhöhung zu. Wir sehen das als eine sehr sinnvolle Investition in unsere Gesellschaft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsratspräsident verzichtet, Franziska Roth verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 des Berichts. und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007922, 18.12.25 10:56:46]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die GGG Stadtbibliothek Basel werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 29'468’140 (Fr. 7'367’035 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 92 gegen eine Stimme zugestimmt.

15. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Madrigalisten für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR

[18.12.25 10:57:00, 25.1406.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die BKK hat Franziska Roth das Wort.

Franziska Roth (SP): Die Basler Madrigalisten sind ein professionelles Vokalensemble und widmen sich primär anspruchsvollen Repertoires der Renaissance bis zur zeitgenössischen Musik. Als Spezialisten in der Interpretation neuer Musik vergeben sie regelmässig Kompositionsaufträge, welche in Ur- und Erstaufführungen münden. In der Region sind die Basler Madrigalisten das einzige professionelle Vokalensemble in Grösse eines Kammerchors. Für das vielseitige Repertoire wurde das Ensemble unter anderem mit dem Förderpreis für Musik der Fördergemeinschaft der europäischen Wirtschaft und mehrmals mit dem Förderpreis der Ernst von Siemens Musikstiftung für die Interpretation zeitgenössischer Musik ausgezeichnet.

Die Basler Madrigalisten verfügen neben ihrer Auftrittstätigkeit über ein Musikarchiv, in dem sie ihre über die Jahrzehnte angeschafften Noten aufbewahren. Dieses Konvolut wurde in den letzten Jahren digital in einer Datenbank erfasst, um optimal genutzt und bei Bedarf auch anderen Akteuren zur Verfügung gestellt zu werden. Allerdings ist das Archiv nicht Teil des Leistungsauftrages.

Die finanzielle Situation der Institution ist stabil, auch dank der Erhöhung der Staatsbeiträge in der laufenden Periode, für welche für die Anpassung der Honorare nach Branchenrichtlinien verwendet werden konnten. In der Drittmittelakquise ist die Institution recht erfolgreich. Der ausgewiesene Personalaufwand liegt bei 78,8%. Entsprechend kann die Institution einen Teuerungsausgleich für die Dauer der Staatsbeitragsperiode beantragen.

Die Trägerschaft hat die Weiterführung der Staatsbeiträge auf bisheriger Höhe beantragt. Damit möchten die Basler Madrigalisten ihre erfolgreiche Arbeit weiterführen. So sollen nebst einer nachhaltigen Programmgestaltung die Vermittlung und die vielseitigen Kooperationen mit anderen Akteuren im Musikbereich in der Stadt Basel nicht zu kurz kommen. Die BKK unterstützt einstimmig den Antrag des Regierungsrats, die Staatsbeiträge für die Basler Madrigalisten auf bisheriger Höhe weiterzuführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Sie hören, dieser Antrag auf Fortsetzung des Staatsbeitrags ist wohl unbestritten, war es auch in der BKK. Ich möchte dennoch die Gelegenheit nutzen, auch hier einmal in vier Jahren die unglaubliche Arbeit dieses Vokalensembles zu würdigen. Die Basler Madrigalisten sind auch wieder etwas Einzigartiges mit ihrem anspruchsvollen Repertoire, das von der Renaissance bis zur zeitgenössischen Musik geht. Sie haben auch eine grosse Tradition. Gegründet wurde das Ensemble 1978 an der Scola Cantorum.

Wie die Präsidentin der BKK erwähnt hat, haben die Madrigalisten nationale und internationale Ausstrahlungen mit Auftritten bei ganz renommierten Festivals, zum Beispiel dem Lucerne Festival, den Berliner Festspielen oder auch im Opernhaus Zürich. Sie tragen damit Basels Ruf als Kulturmusikstadt in die Welt hinaus.

Die Basler Madrigalisten haben keinen fixen Ort, an dem sie auftreten, sondern sie arbeiten in der Region mit verschiedenen Ensembles, mit verschiedenen Orchestern zusammen und sind institutionell regelmässig mit der Kulturkirche Paulus in Zusammenarbeit, aber auch mit dem Theater Basel, mit Gare du Nord oder dem Stadtcasino. Sie führen auch regelmässig Vermittlungsprojekte mit Jugendlichen und mit Laienchören aus der Region durch.

Wie die Präsidentin gesagt hat, ist die finanzielle Situation stabil, auch dank der Erhöhung des Staatsbeitrages vor vier Jahren. Der Staatsbeitrag, das ist sicher auch noch wichtig zu erwähnen, deckt rund 38% der Kosten, der Rest wird durch Konzerteinnahmen, Beiträge von Privaten und auch durch den Verkauf von Tonträgern eingebracht. Die Madrigalisten haben keinen Antrag um Erhöhung gestellt, sie profitieren vom Teuerungsausgleich gemäss Artikel 12 des Staatsbeitragsgesetzes.

Der Regierungsrat ist sich da einig und klar, dass die Basler Madrigalisten das einzige professionelle Vokalensemble in der Grösse eines Kammerchors in unserer Region sind. Ihre Qualität ist ganz exzellent, wird entsprechend auch national und international anerkannt. Das Ensemble plant auch für die kommende Staatsbeitragsperiode vielseitige Kooperationen mit Basler Akteuren der Musikstadt. Es setzt Impulse mit der Vergabe von Auftragskompositionen und positioniert sich so äusserst erfolgreich zwischen Tradition und Innovation. Und auch noch zu erwähnen ist, 2028 wird das Ensemble sein 50-jähriges Jubiläum feiern können.

Ich bitte Sie also, dem Antrag der BKK Folge zu leisten und danke Ihnen bestens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung, Seite 10 des Ausgabenberichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007925, 18.12.25 11:03:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Basler Madrigalisten werden für die Jahre 2026 bis 2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'015’388 (Fr. 253’847 p. a.) (zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes) bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss den Bestimmungen in § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 88 gegen eine Stimme zugestimmt.

16. Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Bericht der BKK

[18.12.25 11:03:45, 25.0920.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die BBK beantragt, der Schlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Der Vertrag zwischen der Musik-Akademie Basel und dem Erziehungsdepartement betreffend einer Finanzhilfe in Form eines Betriebsbeitrags für die Jahre 2025 bis 2028 wurde per 1. Januar 2025 erneuert. Im November 2024 hat der Grosse Rat den Staatsbeitrag genehmigt. Im Ratschlag dazu steht, dass der Regierungsrat das Erziehungsdepartement und das Finanzdepartement beauftragt hat, im Hinblick auf die neue Staatsbeitragsperiode 2025 bis 2028 das Mietmodell der vom Kanton an die MAB vermieteten Liegenschaften zu überprüfen und den Ergebnissen entsprechend anzupassen. Diese Prüfung hat nun zum Vorschlag der Änderung des angewendeten Mietmodells geführt.

In ihrem Bericht zum erwähnten Ratschlag hat sich die BKK bereits positiv zur Absicht geäussert, das Mietmodell zu überprüfen, welches für die von der IBS gemieteten Räumlichkeiten angewendet wird. Die Kommission erhofft sich dadurch eine finanzielle Entlastung der Musikakademie. Zudem unterstützt es die BKK, dass die frei werdenden Mittel den Infrastrukturrückstellungen zugeführt werden sollen.

In dem nun vorliegenden Ausgabenbericht wird ersichtlich, dass durch die Änderung des Mietmodells eine jährliche Mietzinsreduktion der MAB zu Lasten der IBS in Höhe von 246’000 Franken pro Jahr entsteht. Damit sichergestellt werden kann, dass die Mieteinsparung primär dem Unterhalt zugutekommt, bevor der Restbetrag in die Reserven fliesst, wird die MAB eine Infrastrukturplanung vornehmen müssen. Das ED muss nachvollziehen können, wohin die Mittel fliessen. Zudem wird neu ein Reporting ans ED institutionalisiert.

Die BKK hat sich in ihrer Beratung auch mit der Herleitung der Mietzinsreduktion beschäftigt. So stellte die Kommission Fragen zu Konditionen der Marktmiete, aber auch zur herangezogenen Basis für die Berechnung der Kostenmiete. Ebenfalls wollte die Kommission wissen, ob es vergleichbare Fälle gäbe und warum im Fall der Musik-Akademie die Voraussetzungen für die Anwendung der Kostenmiete gegeben waren. Gemäss Auskunft IBS gäbe es keine vergleichbaren Fälle und es gäbe auch keine anderen Institutionen, welche um eine Umstellung von Markt- auf Kostenmiete ersuchen könnten. Die Situation der Musik-Akademie sei sehr speziell. So sei ein grosser Teil der durch die MAB betriebenen Fläche an die Hochschule für Musik vermietet, die ja zu 24% durch den Kanton Basel-Stadt finanziert würde. Die restlichen Flächen würden durch die allgemeine Musikschule der Stadt Basel genutzt. Da die Gebäude in den letzten Jahren immer wieder an die spezifischen Bedürfnisse der MAB angepasst worden seien und diese auch langfristig von ihr genutzt werden, hätte die Bewirtschaftung operativ klar als verwaltungslastig angesehen werden können. Somit wäre die Voraussetzung da gewesen, die Räumlichkeiten vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen umzuwidmen und auf die Erzielung einer Rendite zu verzichten.

Auch wenn ein Teil der Antworten für die BKK nachvollziehbar waren, waren es andere Teile nicht, gerade was die Parameter bei der Vermietung von Räumen an Kultur- und Bildungseinrichtungen angeht oder welche Strategien den Berechnungen zugrunde liegen. Da hat die Kommission immer noch Fragen. Diese möchte die BKK aber gesondert mit der Verwaltung diskutieren können.

Entsprechend heisst die BKK demnach den Einnahmenverzicht von 984’000 Franken für die Jahre 2025 bis 2028 zulasten der IBS gut. Die Kommission erwartet aber klar, dass die Mietzinsreduktion der Infrastrukturrückstellung der MAB zugeführt wird und dass dies vom ED überprüft wird. Die BKK stimmt dem Ausgabenbericht einstimmig mit 13 Stimmen zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsart Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Kommissionspräsidentin hat das Geschäft sehr gut dargelegt. Ich möchte aus der Sicht des Regierungsrates noch einmal erwähnen, welches Gründe für diese Kostenmiete sind.

Der Regierungsrat hat bei den Verhandlungen zur aktuellen Staatsbeitrags- Periode 2025 bis 2028 einen Fokus auf die betriebsnotwendigen Aufwände der Musik-Akademie gelegt. Er musste feststellen, dass die MAB finanziell nicht in der Lage ist, ihre Infrastruktur im Eigenbesitz bedarfsgemäss zu unterhalten. Aus diesem Grund wurden im Staatsbeitrag neu die Betriebswirtschaftskosten eingerichtet. Zudem hat er im Ratschlag angekündigt, das Mietmodell zu überprüfen. Die MAB soll durch eine allfällige Mietzinsminderung befähigt werden, für den Erhalt ihrer Liegenschaften Rückstellungen anzulegen und dadurch risikofähiger zu werden. Mit den jährlichen Einsparungen von 246’000 Franken durch die Einführung einer Kostenmiete kann die MAB nun der Auflage in der Leistungsvereinbarung nachkommen, ihre Infrastruktur und nötige Pflege zukommen zu lassen.

Die BKK schliesst ihren Bericht gleichwohl mit offenen Fragen ab. Dies kann ich gut nachvollziehen. Man kann sich tatsächlich daran stören, dass die MAB bislang eine Marktmiete bezahlt hat, obwohl es für Musikräume keinen eigentlichen

Markt gibt. Genau dies will der Regierungsrat mit der Umstellung auf die Kostenmiete nun ändern. Auf der anderen Seite kann man sich daran stören, dass IBS mit der Umstellung auf die Kostenmiete keine Rendite mehr erzielt. Auch dies ist nachvollziehbar.

Unbestritten scheint mir jedoch zu sein, dass die MAB befähigt werden muss, ihre Bausubstanz nachhaltig zu bewirtschaften. Als nicht gewinnorientierte, hoch subventionierte Bildungsinstitution kann sie dies nur mit Hilfe des Kantons, entweder durch die Erhöhung des Staatsbeitrags oder durch Senkung des Mietzinses via Kostenmiete. Die Regierung hat sich für die Kostenmiete und damit für eine für beide Seiten verlässliche und transparente Lösung ausgesprochen. Ich danke der BKK, dass sie sich trotz offener Fragen einstimmig für das Begehren ausgesprochen hat und der vorgelegten Lösung Vertrauen schenkt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung, Seite 7 des Ausgabenberichts und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007927, 18.12.25 11:12:00]*

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Einnahmenverzicht in Folge der Anwendung der Kostenmiete bei der MAB in der Höhe von Fr. 984'000 für die Jahre 2025-2028 (Fr. 246'000 p.a.) wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 91 Stimmen zugestimmt.

17. Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität, Ratschlag des RR

[18.12.25 11:12:13, 25.0854.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Das erwähnte Geschäft wurde der UVEK im Oktober zur Vorberatung überwiesen. Die UVEK hat den Ratschlag an einer Sitzung im November behandelt.

Der Regierungsrat beantragt rund 2,3 Mio. Franken für die Jahresperiode 2025 bis 2028 zur Umsetzung von zwei Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz und Landschaft. Zusätzlich bringt er gebundene jährlich wiederkehrende Ausgaben von 1’144 Mio. Franken zur Kenntnis. Der Bund beteiligt sich voraussichtlich mit 3,8 Mio. Franken und übernimmt damit also ca. 45% der Kosten. Für die Details verweise ich auf den Ratschlag sowie die zwei angehängten öffentlich-

rechtlichen Verträge zu den Programmvereinbarungen und die angehängte Liste der einzelnen Projekte und Massnahmen dieser Programmperiode.

Die UVEK beantragt Ihnen einstimmig, die 7’276 Mio. Franken zu genehmigen. Ich berichte Ihnen mündlich über unsere Beratung. Die UVEK hat eine Vertretung der Stadtgärtnerei eingeladen und angehört. Die Vertretung der Verwaltung hat der UVEK erläutert, wie die bisherigen Programmperioden grob aussahen und was in der nächsten etwa angedacht ist. Vor 2020 wurden die Umsetzung der Vereinbarungen über das Budget der Stadtgärtnerei finanziert. Damals war es noch recht wenig Geld, 2020 bis 2024 hat der Bund deutlich mehr Massnahmen verlangt und auch deutlich mehr Geld gesprochen. Auch damals wurden die Gelder von Seiten des Kantons aus dem Mehrwertabgabefonds finanziert. Die jetzige Periode ist nicht mehr so hoch wie damals, es fliessen deshalb auch rund 3 Millionen weniger Bundesbeiträge.

Der UVEK wurden einige Beispiele aus dem Programm aufgeführt. In der letzten Periode konnte zum Beispiel der Eisweiher und Entenweiher aufgewertet werden oder Einflugöffnungen bei Kirchendachstöcken für Fledermäuse gemacht werden. Die Programme beinhalten auch trinationale Projekte und auch im Bereich Wissen sind mit der nächsten Periode wiederum Massnahmen angedacht. Dabei handelt es sich um Merkblätter für Architekt:innen, Infotafeln beispielsweise in den Langen Erlen, vor allem aber auch um Erhebungen zu Arten wie beispielsweise durch das Projekt Flora beider Basel.

In Anbetracht des in die UVEK und WAK zurückgewiesenen Finanzantrags für die Globusdachbegrünung aus dem Mehrwertabgabefonds hat die Kommission sich kurz über den Zusammenhang ausgetauscht. Bereits in der letzten Programmperiode 2020 bis 2024 wurden die Gelder für die Programmvereinbarungen Naturschutz und Landschaft aus dem Fonds gesprochen. Gemäss Verwaltung sind die meisten Flächen zum Naturschutz und zur Biodiversitätsförderung, die in dieser Programmvereinbarung behandelt werden, öffentlich zugänglich, der Eisweiher hingegen ist geschützt, Dachstöcke in Kirchen, die man für Fledermäuse öffnet, sind nicht öffentlich zugänglich, auch Artenzählungen sind das per se nicht. Der Antrag käme zudem, anders als beim Globus, nicht von Privaten, sondern vom Kanton selbst.

Die Kommission sah nach diesem Austausch bei diesem Geschäft keinen Bedarf für eine andere Handhabung als bis anhin in der letzten Programmvereinbarung. Die UVEK hat festgestellt, dass das erste Jahr der Programmperiode, für die die Gelder beantragt sind, bereits zu Ende ist beziehungsweise in zwei Wochen zu Ende sein wird. Der UVEK wurde dazu erklärt, dass der Kanton beim Bund einen Antrag gestellt hat, die vorherige Vereinbarung bis 2024 um ein Jahr, also auch auf das Jahr 2025, zu verlängern. Zurzeit werden demnach noch Massnahmen aus der alten Vereinbarung umgesetzt. Nachgefragt hat die UVEK, ob die Gelder, die nun ins neue Jahr mitgenommen wurden, nochmals beantragt und daher doppelt enthalten seien. Dies ist nicht der Fall. Es handelt sich dabei um Massnahmen aus der letzten Periode, die noch nicht fertig sind, für die aber noch Geld bereitsteht.

Auch nachgefragt hat die UVEK, ob bereits Gelder ausgegeben wurden für das Jahr 2025 und vom Bund für das Jahr 2025 gezahlt wurden, also Gelder, die nun beantragt wurden. Gelder wurden ausgegeben, jedoch betrafen diese die Kosten, welche nicht hier beantragt werden, sondern den Grundauftrag zum Unterhalt beinhalten. Das sind Kosten, die über die Erfolgsrechnung finanziert sind.

Der UVEK wurde zu einem besseren Verständnis die Kostenaufteilung noch detaillierter erklärt. Insgesamt ist die Höhe der Vereinbarung brutto 8,43 Mio. Franken, darin sind auch Personalkosten beim Kanton enthalten. Darin auch enthalten sind die wiederkehrenden Kosten von diesen 1,144 Millionen. Insgesamt werden 3'800’000 Bundessubventionen in Abzug gebracht. Diese teilen sich auf auf die Gelder, die über die Erfolgsrechnung laufen und diejenigen, die als Ausgabe aus dem Mehrwertabgabefonds beantragt werden. Bei den Geldern, die über das Budget laufen und nicht hier beantragt sind, subventioniert der Bund mit 0,419 Mio. Franken. Die beantragten 7,276 Mio. Franken werden voraussichtlich mit 3,381 Mio. Franken Bundesbeitrag dann wiederum reduziert. Netto sind daher die beantragten Kosten für den Kanton 3,895 Mio. Franken, brutto aber 7,276 und die Bundessubventionen werden dann entsprechend von diesem Bruttoertrag, wenn sie dann fliessen, in Abzug gebracht.

Zu den 180 Stellenprozenten hat die UVEK abgeklärt, dass die Stellen bereits bestehen und weitergeführt werden sollen und dass die Stellen mit den Geldern hier nicht direkt beantragt werden. Die Stellen werden vollumfänglich vom Bund nach Aufwand subventioniert und sind im Betrag enthalten, der dem Grossen Rat lediglich zur Kenntnis aufgeführt wird.

Weiter zu den Finanzen hat sich die UVEK erkundigt, wie die Subventionen im Rahmen des Finanzausgleichs in einem schweizweiten Verhältnis stehen. Sie erhielt von Seiten Verwaltung die Einschätzung, dass der Kanton pro Fläche sehr viel Geld erhält im Vergleich zu anderen Kantonen, dies, weil es keine doppelte Förderung geben darf und viele ländliche Kantone bereits viel Landwirtschaftssubventionen erhalten. Man merke zudem über die Jahre hinweg, dass der Bund die Biodiversitätsförderung im Siedlungsgebiet höher gewichtet als noch in der Periode bis 2019. Die Bundesbeiträge gehen jedoch in der aktuellen Periode wieder zurück, und ob bei diesem Thema der Kanton Basel-Stadt, der sonst eher als Geberkanton bekannt ist, übermässig profitiert im Vergleich zu anderen Kantonen, konnte die UVEK nicht abschliessend klären.

Die UVEK hat sich nebst den Finanzthemen auch erkundigt, ob genügend in Vernetzungsplanungen investiert werde. Allein für die Planung der Vernetzung fliessen 240’000 Franken. Für konkrete Massnahmen an Biodiversitätsbarrieren oder für

bessere Vernetzung der Arten sind 360’000 Franken vorgesehen. Aber auch beispielsweise im Rahmen des Biotopverbundskonzepts werden im Rahmen von Baugesuchen Dinge gemacht, auch in Strassenprojekten. Diese Massnahmen sind jedoch ausserhalb der Programmvereinbarung.

Gestützt auf diese Abklärungen beantragt die UVEK einstimmig ohne Enthaltungen, den Ausgaben zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Ausführungen der Kommissionspräsidentin. Ich denke, ich darf auch mit Blick auf die doch relativ lange Traktandenliste hier auf inhaltliche Ausführungen verzichten und vor allem einfach der Kommission danken für die rasche Beratung und der Kommissionspräsidentin hier für den mündlichen Bericht, der sehr umfassend und gut ist.

Ich glaube, es macht auch Sinn, diesen Ausgabenbericht hier zu unterstützen, da Sie auch in verschiedenen Vorstössen immer wieder konkrete Massnahmen zugunsten der Biodiversität fordern. Hier können wir wirklich nochmals viele solche Massnahmen ergreifen und dies unter Beteiligung des Bundes. Deshalb vielen Dank, wenn Sie diesem Ausgabenbericht zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Luca Urgese hat für die FDP das Wort.

Luca Urgese (FDP): Die FDP unterstützt die Programmvereinbarung Biodiversität. Was uns aber stört, ist die Finanzierung, die grösstenteils über den Mehrwertabgabefonds erfolgen soll. Ja, das hätte man bereits das letzte Mal kritisieren können, anmerken können, aber nun nach der Diskussion, die entstanden ist um die ganze Finanzierung der Dachbegrünung des Globus ist nun mal die Sensibilität bei diesem Thema eine andere.

Was ist die Rechtsgrundlage? Die Rechtsgrundlage ist § 120 des Bau- und Planungsgesetzes. In Abs. 2 lit. d steht tatsächlich drin, dass die Förderung der Biodiversität möglich ist, gemeint ist im öffentlich zugänglichen Raum. Ich komme gleich darauf zurück. Nun, was soll jetzt mit diesen Programmvereinbarungen alles finanziert werden? Auf der einen Seite ein kantonales Gesamtkonzept, die Kartierung von Geotopen, Aktionspläne für verschiedene Tiere, Beratung bei Bauprojekten, unter anderem für die Gemeinden, diverse Monitorings, Broschüren und Marketing, Ausbildung, Weiterbildungen und Exkursionen, also Tätigkeiten des Kantons, das hat mit öffentlicher Zugänglichkeit nichts zu tun. Auf der anderen Seite Biodiversität bei SBB-Böschungen, Ergänzungen von Naturschutzzonen, beispielsweise Böschung Milchsuppe oder Unterschutzstellungen, auch das nicht öffentlich zugängliche Gebiete. All das hat also mit der konkreten Förderung von Biodiversität im öffentlich zugänglichen Raum nichts zu tun.

Als die Wirtschafts- und Abgabekommission im Jahr 2020 dieses Gesetz geschrieben hat, dachte sie daran, und so kann man das im Kommissionsbericht nachlesen, dass bei Neu- und Ersatzpflanzungen im öffentlichen Raum auch der Biodiversität Rechnung getragen werden soll. Es steht explizit drin, dass es verhindert werden sollte, dass nur Rasenflächen entstehen. Darum geht es. Die aktuelle Praxis des Bau- und Verkehrsdepartementes hat sich davon sehr weit entfernt, wir finden zu weit.

Nun ist uns klar, dass das jetzt das falsche Geschäft ist, um diese Auseinandersetzung und auch. Die Klärung herbeizuführen, dafür diskutieren wir schon ziemlich lange in der von WA und UVEK geimeinsamen Subkommission Globus, das ist der Ort, wo wir das dann klären können. Wir meinen aber, und das möchte ich einfach hier protokollarisch festgehalten haben, dass das nicht im Einklang mit dem Gesetz ist und die FDP-Fraktion wird sich bei diesem Geschäft deshalb enthalten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Béla Bartha spricht für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ja, Luca Urgese, das ist wirklich das falsche Geschäft, um dieses Fass aufzumachen. Ich habe sehr wohl Notiz davon genommen, dass es von bürgerlicher Seite Gegenwind gibt, dass der Mehrwertabgabefonds sehr stark auch unsere Umweltarbeiten finanzieren soll. Das finde ich sehr schade, denn diese Gelder können absolut im öffentlichen Interesse auch eingesetzt werden, weil die Biodiversität zu erhalten und auch Klimamassnahmen zu ergreifen über eine bessere und qualitative Erhöhung der Biodiversität in unserem Siedlungsraum ist allemal im Interesse der Öffentlichkeit. Ich weiss, dass Sie das sehr eng mit der Zugänglichkeit zusammenhängen sehen wollen, das ist wirklich auch die Grundlage der zukünftigen Diskussionen. Aber hier hat Raffaela Hanauer ganz klar gesagt, dass es sich hier bis auf ein

einziges Biotop um öffentlich zugängliche Biotope und Flächen handelt. Also daher sehe ich das hier jetzt als absolut falschen Ansatz.

Aber nun zu diesem Ratschlag. Man könnte sagen, wir dürfen uns über den Spatz in der Hand freuen. Das BAFU hat jedoch, wie unter Bundesrat Rösti nicht anders zu erwarten, seinen Beitrag zuerst einmal von 6,7 auf 3,8 Millionen in der Programmvereinbarung für Landschaft und Naturschutz deutlich gekürzt und gleich weitere Kürzungen in der Zukunft angedroht. Wollen wir aber das Glas halbvoll sehen, dann können wir den Vergleich mit den Geldern, die noch vor der Periode 2020 bis 2024 geflossen sind, anstellen und erst dann können wir uns in Basel-Stadt immer noch über einen namhaften Betrag aus dem BAFU für die Biodiversität freuen.

Weiterhin liegen die Prioritäten des Massnahmenpakets stark auf den klassischen Arten- und Biotopschutz. Die Förderung der Biodiversität in einem umfassenderen Sinne ist in dieser Zusammenarbeit mit dem BAFU noch nicht zu erkennen, und so muss ich auch annehmen, dass dies nicht oder noch nicht das Ziel dieser Vereinbarung ist. So bleiben die Massnahmen alle sehr flächen- und sektorengebunden, Massnahmen, die das Thema Biodiversitätsförderung zu einem bereichsübergreifenden Thema machen, wie Energiegewinnung und Biodiversität, Bodenschutz und Biodiversität sowie Ernährung und Biodiversität etc. sind hier nicht zu finden.

Undeutlich wird das Massnahmenkatalog dann auch, wenn es um die Vernetzung ökologisch wertvoller Flächen geht. Der hierfür eingesetzte Betrag, wir haben es gehört, von etwa 100’000 Franken pro Jahr, ist recht bescheiden, wenn wir bedenken, dass es sich hierbei häufig um bauliche Massnahmen handelt, die viel grössere Summen erfordern. Daher ist es für diesen und alle weiteren Bereiche, die auf die Biodiversität in der Stadt einwirken oder von ihr betroffen sind und im BVD oder anderen Departementen behandelt werden, sehr zu hoffen, dass es noch andere Quellen gibt, die für die wichtige Aufgabe der Biodiversitätsförderung zur Verfügung stehen, eben zum Beispiel der Mehrwertabgabefonds.

Glücklicherweise tut sich mit der kantonalen Biodiversitätsinitiative, die die GRÜNEN/jgb diesen Herbst eingereicht haben, nun ein Licht am Horizont auf. In ihr sollen Massnahmen gefördert werden, die einem umfassenderen, moderneren Verständnis von Biodiversitätsschutz über die Bereichsgrenzen hinaus gerecht werden und sie sollten dabei helfen, auch die hier vorgestellten Biodiversitätsmassnahmen langfristig zu finanzieren und abzusichern. Damit kann sich Basel-Stadt der Biodiversitätsförderung weiter vom stetig abnehmenden Engagement des Bundes unabhängig machen und den Qualitätsansprüchen trotzdem gerecht werden.

Aber eben, seien wir jetzt einmal dankbar, denn es geht hier ja nur um den Spatz in der Hand, und den nehmen wir sehr gerne und deshalb möchten wir diesen Ratschlag der Regierung gerne unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet, Raffaela Hanauer verzichtet ebenfalls.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Ratschlages und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007929, 18.12.25 11:29:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Umsetzung von Programmzielen im Bereich Naturschutz mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs für die Programmperiode 2025–2028 werden die einmaligen Ausgaben von insgesamt Fr. 7'276’000 (brutto) bewilligt. Ein allfälliger Beitrag des Bundes von schätzungsweise Fr. 3'381’000 wird vom Gesamtbetrag in Abzug gebracht. Die Ausgaben (brutto) teilen sich wie folgt auf:

Fr. 7'276’000 neue Ausgaben für die Umsetzung von Programmzielen im Bereich Naturschutz mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs für die Programmperiode 2025–2028 zu Lasten des Mehrwertabgabefonds

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Stimmen gegen eine Stimme mit 7 Enthaltung.

18. Darlehensgewährung an die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Beschaffung von 11 E-Gelenkbussen im Zuge von Angebotserweiterungen aus dem ÖV-Programm 2026-2028, Ratschlag des RR

[18.12.25 11:30:02, 25.1423.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Der Ratschlag betreffend Darlehensgewährung für die BVB zur Beschaffung von elf E-Gelenkbussen wurde der UVEK im Oktober zur Vorberatung überwiesen. Die UVEK hat sich an einer Sitzung im Oktober mit dem Geschäft befasst. Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, den Ausgaben zuzustimmen.

Die Regierung beantragt der BVB für die Beschaffung von diesen Bussen des Typs eCitaro G die Gewährung eines rückzahlbaren und verzinslichen Darlehens in Höhe von 13’960’000 Franken zu bewilligen. Die BVB hat aktuell um diese Vorfinanzierung ersucht und der Kanton bittet daher nun um dieses Darlehen. Der UVEK wurde von Seiten Verwaltung und BVB Folgendes erläutert, für mehr Infos verweise ich auf den Ratschlag.

Die Leistungserweiterungen, die bereits mit dem ÖV-Programm beschlossen wurden, benötigen elf zusätzliche Elektrobusse. Bei den Angebotserweiterungen im ÖV-Programm, auf denen die elf Busse eingesetzt werden sollen, handelt es sich unter anderem um die Ausweitung des Busangebots Bachgraben, den Anschluss von Otterbach Grenze und Dreiländereck auf der Linie 46, Taktverdichtungen auf der Linie 42 oder Zusatzkurse auf den Linien 33 und 34. Bereits im Jahr 2020 haben wir im Grossen Rat über das Bussystem 2027 beraten. Daraufhin hat die BVB schon 2023 38 E-Busse beschafft. Es besteht von damals noch ein Optionslos, welches nun auch für die zusätzlichen elf Busse gezogen werden kann. Die Fahrzeuge sollen im Herbst 2027 eintreffen und auf Fahrplanwechsel 2027-2028 eingesetzt werden. Sie sollen in der Garage Rank abgestellt und geladen werden. Diese hat genügend Kapazitäten und braucht dazu keine zusätzlichen Investitionen.

Für diese Beschaffung hat der Kanton im Agglomerationsprogramm der 5. Generation Gelder beantragt. Dass wir diese bekommen, ist relativ wahrscheinlich. Ferner ist auch möglich, dass der Kanton Fördergelder im Rahmen der aus dem CO_2-Gesetz resultierten Förderprogramme erhält. Diese hängen jedoch auch von den Beschlüssen in Bern zum Entlastungspaket 2027 ab. Bundesgelder werden dem Darlehen, wie schon beim letzten Geschäft, in Abzug gebracht, sofern sie denn fliessen. Dies sind bis zu 1,92 Mio. Franken Agglomerationsbeitrag und 0,88 Mio. Franken Fördergelder.

In der UVEK wurde nachgefragt, wie stabil die im Ratschlag gemachten Preisangaben pro Bus seien. Sie erhielt die Auskunft, dass die Teuerung von Seiten BVB zur Sicherheit relativ hoch angesetzt wurde. Ist die Teuerung tiefer, wäre auch das Darlehen tiefer. Die UVEK liess sich dabei versichern, dass auch wenn die Kosten sinken, mit dem gesprochenen Geld nicht mehr Busse beschafft werden würden, als wir heute im Grossen Rat beschliessen, zumal im Grossratsbeschluss auch von elf Bussen gesprochen wird.

Auch interessiert hat sich die UVEK dafür, wie mit der Unsicherheit hinsichtlich der Bundesbeiträge umgegangen wird und wann Klarheit darüber herrscht, insbesondere über jene aus dem Agglomerationsprogramm. Klarheit für die Beiträge des Agglomerationsprogramms sollte spätestens im ersten Quartal nächsten Jahres vom Bund geschaffen sein. Die UVEK hat sich auch darüber ausgetauscht, ob nach ihrer Sicht der hier vorliegende Mehrbedarf im Ratschlag zum ÖV-Programm, anhand dessen man über die entsprechenden Leistungen schon beschlossen hat, genügend ausgewiesen wurde. Die UVEK hat festgestellt, dass im ÖV-Programm bei den Angebotserweiterungen und Optimierungen der zusätzliche Finanzbedarf ausgewiesen wurde, was jedoch nicht gemacht wurde, ist die Anzahl Busse zu benennen. Die Finanzausgaben beinhalteten im ÖV-Programm die jährlichen Folgekosten sowie auch die Kosten des zusätzlichen Busbedarfs, jedoch in Jahresangaben und unter Berücksichtigung der Abschreibungen und Folgekosten etc., nicht die Anzahl Busse. Sie sind dennoch korrekt.

Rückgefragt wurde in der UVEK, ob der Ersatz der für die Linie 30 vorgesehenen Gelenkbusse mit Doppelgelenkbussen mit diesem Ratschlag einen Zusammenhang habe. Der UVEK wurde erläutert, dass diese Änderung der Bestellung im Rahmen

des Finanzbeschlusses zum Bussystem 2027 abgewickelt wurde und die Änderung der Bestellung im Rahmen des Grossratsbeschlusses von damals in der Finanzkommission thematisiert wurde, womit sich auch die Rückfrage in der UVEK begründen und erklären lässt.

In Bezug auf den Tramnetzausbau hat sich die UVEK über die Nachhaltigkeit der Beschaffung erkundigt. Die Vertretungen von BVB und Verwaltung erwarten nicht, dass man plötzlich zu viele Busse hat, wenn die in der Tramnetzentwicklung vorgesehenen Ausbauten von Tramlinien dort, wo heute Buslinien sind, realisiert werden, dies auch aufgrund der Abschreibungsdauer der Busse von ca. 14 Jahren. Die ersten Busse seien schon vor ein paar Jahren beschafft worden und sind bereits in rund zehn Jahren abgeschrieben.

Die UVEK hat sich auch erklären lassen, wie genau das Optionslos ausgestaltet sei und welches nun genau gezogen wird. Es wurde erläutert, dass man im Jahr 2021 65 Fahrzeuge im Optionslos ausgehandelt habe, weil man noch nicht exakt wusste, wie viele man braucht. Die Bedingung zum Ziehen des Optionsloses ist jedoch, dass die Fahrzeuge bis Mitte 2026 bestellt werden. Es müssen selbstverständlich nicht alle Fahrzeuge aus dem Los gezogen werden.

Der UVEK wurde zudem auf Rückfrage erläutert, dass die zusätzlichen Gelenkbusse nicht neue Infrastrukturmassnahmen im Haltebereich auslösen. Nachgefragt hat die UVEK auch, wie genau die Batterien abgeschrieben werden. Konkret geht es darum, dass Batterien schneller abgeschrieben werden als Fahrzeuge und dann die Batterien frühzeitig ersetzt werden müssen. Aktuell werden Batterien auf sieben Jahre abgeschrieben, Fahrzeuge aber auf 14 Jahre. Aufgrund der Brandschutzmassnahmen werden die Batterien jedoch sehr genau geprüft und daher weiss man jetzt schon, dass allenfalls die Batterien länger leben. Es stellen sich dann daher auch Fragen, wie man mit den Batteriewechseln, die auch wieder kosten, wenige Jahre vor fertiger Abschreibung des Fahrzeugs umgehen soll und dazu machen sich gerade die Hersteller, aber auch die BVB Überlegungen.

Zu den Schnellladestationen hat die UVEK abgeklärt, dass es keine neuen braucht aufgrund der zusätzlichen Busse.

Gestützt auf diese Abklärungen beantragt die UVEK einstimmig, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier vielen Dank für die sehr zügige und auch positive Behandlung der Ausgabenbewilligung und den mündlichen Bericht.

Der Regierungsrat hält fest, dass die Weiterentwicklung des Busnetzes wirklich ein grosses Anliegen ist. Bus und Tram und auch die S-Bahn ergänzen sich optimal, und dieses Busangebot muss natürlich immer wieder weiterentwickelt werden im Sinne von Lückenschlüssen, im Sinne von Taktverdichtungen, so eben beispielsweise auf der Linie 30. Die Elektrobusse sind wirklich sehr beliebt. Ich bin nach wie vor sehr froh, dass die Umstellung so reibungslos geklappt hat. Es war doch eine grosse Umstellung auch bei der BVB. Die Busse sind beliebt wegen des Fahrkomforts im Innern, aber auch natürlich für die Anwohnenden, weil es doch einiges weniger an Lärm und auch an Feinstaubbelastung bedeutet, wenn diese unterwegs sind. Und dann natürlich haben sie einen grossen Einfluss auch auf die Reduktion des CO_2-Verbrauchs beim Verkehr.

Insgesamt also eine sehr erfreuliche und sinnvolle Sache. Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, diesen zusätzlichen elf elektrischen Bussen zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden getragen, Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses auf Seite 7 des Ratschlags und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007931, 18.12.25 11:39:47]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Beschaffung von elf E-Gelenkbussen des Typs eCitaro G werden Ausgaben in Höhe von Fr. 13'960'000 (inkl. VStK) zu Lasten des Investitionsbereichs «Darlehen und Beteiligungen» bewilligt.

2. Von den erwarteten Bundessubventionen in Höhe von Fr. 1,44 Mio. bis Fr. 1,92 Mio. wird Kenntnis genommen. Diese werden den bewilligten Ausgaben in Abzug gebracht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 87 gegen eine Stimme zugestimmt.

19. Petition P476 "Nein zum Rheintunnel", Bericht der PetKo

[18.12.25 11:39:50, 24.5222.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die vorliegende Petition verlangt, dass die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sich gegen den Rheintunnel einsetzen. Sie wurde schon Anfang Juni 2024 der Petitionskommission überwiesen und das Hearing mit der Petentschaft und Vertretungen der Verwaltungen und des ASTRA fand kurz danach statt. Im Oktober 2024 wurde die Petition dann dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres überwiesen.

Im November 2024 wurde der Rheintunnel in einer nationalen Volksabstimmung abgelehnt. Auch die Bevölkerung von Basel-Stadt sagte klar Nein zum Autobahnausbau und damit zum Rheintunnel. Darauf beruft sich der Regierungsrat in seinem Bericht an die PetKo vom 13. August 2025. Die Fragen der PetKo wurden nicht beantwortet, dafür stellte der Regierungsrat fest, dass das UVEK den Abbruch des Plangenehmigungsverfahrens verfügt habe und dass das Projekt archiviert wird. Vor diesem Hintergrund hat die Petition nach Meinung des Regierungsrats ihren Gegenstand verloren und das Ziel, nämlich die Verhinderung des Rheintunnels, wurde auf anderem Weg erreicht.

Die Petitionskommission schliesst sich diesen Ausführungen an. Die inzwischen bekannt gewordenen Bestrebungen des Bundesrats, den Rheintunnel trotz erst kürzlich erfolgtem Volksnein wieder aus der Schublade zu holen, wurden von der Petitionskommission nicht berücksichtigt. Vor wenigen Wochen wurde dazu eine weitere Petition eingereicht mit der Forderung, den Volkswillen zu respektieren und sich gegen den Rheintunnel einzusetzen. Diese Petition wurde dem Regierungsrat übergeben und ist nicht an den Grossen Rat gerichtet.

Die Petitionskommission beantragt, die hier vorliegende Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet hat sich als Sprecher eingetragen.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Ich bin noch gebeten worden, auch aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb noch einmal deutlich zu machen, dass wir die Erledigung dieser Petition beantragen nicht, weil wir das Anliegen dieser Petition nicht unterstützen würden, sondern weil das Projekt effektiv gestorben ist. Es wird keinen Rheintunnel geben und unser Appell geht auch noch einmal heraus an den Bundesrat, dass man nicht auf dumme Ideen kommen und das Projekt noch einmal ausgraben sollte. Und dem Regierungsrat möchten wir ganz klar sagen, dass der Bahn- und ÖV-Ausbau beschleunigt werden sollte, weil das Projekt jetzt gestorben ist, und da ist ja heute auch erfreulicherweise ein Schritt weiter gemacht worden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe umsonst geklingelt. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend,

die Petition als erledigt abzuschreiben.

20. Petition P491 "Für eine öffentliche Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck", Bericht der PetKo

[18.12.25 11:43:32, 24.5491.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat wiederum Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Wir haben heute Morgen schon ein bisschen darüber gesprochen. Diese Petition fordert die Schaffung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck und wurde vom Dorfverein Kleinhüningen eingereicht. Sie wurde im Dezember 2024 der Petitionskommission überwiesen. Am 25. August dieses Jahres wurden zwei Vertreter:innen der Petentschaft und zwei Vertreterinnen der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements von der PetKo zu dieser Sache angehört.

Die Vertreterinnen des Dorfvereins zeigten auf, dass das Bedürfnis nach einer Bibliothek bei der Bevölkerung im Klybeck und in Kleinhüningen gross ist. Seit der Schliessung der Zweigstelle Kleinhüningen aus Spargründen im Jahr 2005 gibt es zwar Angebote der Leseförderung für Kinder und Jugendliche, doch reichen diese bei weitem nicht aus. Auch die Schulen und Kitas sowie der Quartiertreffpunkt Klick unterstützen deshalb diese Petition. Gemäss den Aussagen der Petentschaft wäre eine öffentliche Bibliothek im Klybeck-Kleinhüningen nicht nur für Kinder und Jugendliche ein wertvolles Angebot, sondern für die gesamte Bevölkerung dieser stark belasteten Quartiere.

Während des Hearings wurde klar, dass die Aktivitäten der Petentschaft weit über das Lancieren und Einreichen der Petition hinausgingen. So wurden in enger Zusammenarbeit mit dem damaligen Leiter der GGG Stadtbibliothek bereits konkrete Ideen entwickelt und ein möglicher Standort für die Bibliothek gefunden. Die Petentschaft führte aus, dass im Stücki-Center geeignete Räumlichkeiten zeitnah zur Verfügung stünden und dass für die Erstinvestitionen ein Finanzierungsbeitrag der CMS in Aussicht gestellt wurde.

Die Vertreterinnen der Verwaltungen stellten klar, dass es Sache der GGG Stadtbibliothek sei, eine Strategie für das Bibliotheksnetz zu verfolgen und nach geeigneten Standorten zu suchen. Der Fokus der aktuell vorgelegten Strategie sei klar auf dem Ausbau der Zweigstelle Bläsi gelegen. Ein zusätzlicher Standort in Kleinhüningen sei weder Bestandteil des aktuellen Antrags auf Staatsbeiträge noch Gegenstand der Strategie gewesen. Ohne entsprechenden Antrag könne die Verwaltung nichts unternehmen und die GGG Stadtbibliothek könne auch nicht verpflichtet werden, einen zusätzlichen Standort zu eröffnen. Zudem verwiesen die Vertreterinnen des Präsidialdepartements auf die Motion Alioth, die die gleiche Forderung stellt wie die Petition. Die Umwandlung in einen Anzug bei der Überweisung erlaube eine sorgfältige Prüfung des Anliegens. Die Abteilung Kultur habe mit der GGG Stadtbibliothek vereinbart, dass das gesamte Standortnetz unter die Lupe genommen wird mit der Option einer Bibliothek in Kleinhüningen. Der Zeithorizont sei jedoch sicher nicht Anfang 2026, wie es die Petentschaft wünscht.

In der PetKo war das Anliegen einer Bibliothek für Klybeck-Kleinhüningen unbestritten. Das enthusiastische Vorgehen der Petentschaft wurde durchaus anerkannt und es wurde bedauert, dass es offenbar zu Missverständnissen in der Kommunikation zwischen Dorfverein Kleinhüningen und der GGG Stadtbibliothek gekommen war. Die Kommission bezog sich in ihren weiteren Überlegungen auf den Petitionstext, der die Forderung nach einer eigenen Bibliothek ohne konkreten Termin formulierte. Wie gesagt, wurde diese Forderung angesichts der Entwicklungen in den Quartieren Kleinhüningen und Klybeck als legitim beurteilt. Die in einen Anzug umgewandelte Motion Alioth betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck wird als Auftrag an den Regierungsrat angesehen, eine Erweiterung des Standortnetzes insbesondere im Raum Kleinhüningen und Klybeck konkret anzugehen.

In diesem Sinne beantragt die PetKo, auch die vorliegende Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

21. Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo

[18.12.25 11:48:33, 24.5493.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen. Das Wort geht wiederum an Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Hier werden wir wohl doch noch ein wenig diskutieren. Die Petition «Keine Gebührenwillkür in Basel-Stadt, Nein zu überhöhten Parkkartengebühren» des TCS wurde im Dezember 2024 der Petitionskommission überwiesen.

Das Hearing mit zwei Vertreter:innen des TCS und einem Projektleiter aus der Abteilung Mobilitätsstrategie des BVD fand Anfang September dieses Jahres statt. Die Petentschaft teilte mit, dass der TCS für die Mobilitätsanliegen aller Verkehrsteilnehmer einstehe und sich auch als Konsumentenschutzorganisation verstehe. Sie bezeichnete die Erhöhung der Parkkartenpreise als asozial, da vor allem Familien mit grösserem Auto und Menschen mit tiefem Einkommen, die auf ein Auto angewiesen sind, davon betroffen seien. Sie kritisierten, dass es in mehreren Quartieren mehr Parkkarten als Parkplätze gebe und dass der Parkierdruck in denjenigen Quartieren am höchsten sei, in denen viele Leute mit tiefem Einkommen wohnen. Zudem würden laufend Parkplätze im öffentlichen Raum abgebaut und mehr Parkplätze für andere Fahrzeuge wie zum Beispiel Cargovelos geschaffen. Die Differenzierung der Parkkartenpreise nach der Länge der Fahrzeuge wurde als willkürlich bezeichnet, da die meisten Parkplätze normiert seien und es keine XXL-Parkplätze für lange Autos gäbe. Zudem sei die Empfehlung des Preisüberwachers übergangen worden, der für die Anwohnerparkkarte einen Höchstpreis von 322 Franken ermittelt habe, unabhängig von der Länge eines Fahrzeugs. Die Petentschaft gab der Hoffnung Ausdruck, dass die schon erfolgte Erhöhung der Parkkartenpreise rückgängig gemacht wird und die auf Anfang 2027 angekündigte nächste Erhöhung nicht umgesetzt wird. Eine Verteuerung der ohnehin zu knappen Parkplätze betreffe primär jene Menschen, die keine eigene Garage haben und sich keinen privaten Abstellplatz leisten können und sei deshalb asozial.

Der Vertreter der Verwaltung erläuterte, dass gemäss § 16 des kantonalen Umweltschutzgesetzes die Parkplätze auf öffentlichem Grund zeitlich und monetär zu bewirtschaften seien. Die Gebühren orientieren sich an der Kostenwahrheit und am Verursacherprinzip. Bei der Parkierungspolitik orientiert sich der Regierungsrat an seiner Mobilitäts- und Klimaschutzstrategie. Um das Verkehrssystem umwelt- und klimafreundlicher zu machen, werden Massnahmen ergriffen, die zur Verlagerung vom MIV auf den ÖV, den Fuss- und Veloverkehr führen. Diese Strategie soll auch zu einer Reduktion der Nachfrage nach Parkplätzen im öffentlichen Raum führen. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Parkraumbewirtschaftung hat der Regierungsrat den Preis der Anwohner- und der Pendlerparkkarte Anfang 2025 erhöht und neu von der Fahrplatzlänge abhängig gemacht. Die Grenze zwischen den einzelnen Fahrzeugkategorien sei so definiert, dass ca. 80% aller Fahrzeuge in die mittlere Kategorie und je 10% in die beiden anderen Kategorien fallen. Um den beiden gesetzlich verankerten Prinzipien, des verursachenden Prinzips und der Kostenwahrheit, gerecht zu werden, reichte die angekündigte moderate Erhöhung der Preise nicht aus und es brauche auch die für das Jahr 2027 bereits angekündigte weitere Erhöhung. Weder der aktuelle Preis noch der auf 2027 angekündigte Preis sei kostendeckend. Da ein Strassenparkplatz gemäss einer Berechnung aus dem Jahr 2017 zwischen 1’040 und 1’845 Franken pro Jahr koste.

Die PetKo stellte einmal mehr fest, dass die Parkierungspolitik hoch emotional und umstritten ist. Auch innerhalb der Kommission sind die Meinungen dazu nicht einheitlich. Auch wenn nicht alle Kommissionsmitglieder damit glücklich sind, ist doch allen klar, dass die aktuelle Parkierungspolitik den vom Grossen Rat und der Stimmbevölkerung gesetzten Leitlinien entspricht. Dennoch wird die Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung mit der Parkierungspolitik durchaus ernst genommen, auch wenn sich ein anderer Teil der Bevölkerung gerade das Gegenteil wünscht, nämlich mehr Grün- und Freiflächen und weniger Parkplätze.

Die Argumentation der Petentschaft, dass die Preiserhöhung für die Parkkarten asozial sei, ist für einen Teil der Kommission nicht nachvollziehbar, da von den Haushalten mit kleinen Einkommen wohl viele gar kein Auto besitzen. Um diese Thematik besser abschätzen zu können, stellte die PetKo dem Regierungsrat sechs Fragen dazu. Sie finden diese Fragen im Bericht. Ausserdem stellte die PetKo noch drei vertiefende Fragen zur Medienmitteilung des BVD vom 2. Juli mit dem Titel «In Basel stehen insgesamt mehr Parkplätze zur Verfügung».

Die Petitionskommission bittet um Beantwortung dieser Fragen und beantragt Ihnen, die vorliegende Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Da mir angekündigt wurde, dass es etwas länger dauern würde, machen wir am Nachmittag mit dieser Petition weiter. Ich notiere mir die Liste und wünsche einen guten Appetit.

Schluss der 43. Sitzung

11:54 Uhr

Protokoll

der 44. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 18. Dezember 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Erich Bucher (FDP), Helena Meyer (SP), Lukas Faesch (LDP), Johannes Barth (FDP).*

Verhandlungsgegenstände:

21. Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo 3
22. Petition P493 "Für eine smartphonefreie Schulkultur", Bericht der PetKo 6
24. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz 7
25. Anzug 1 Eric Weber betreffend Kopien für Grossräte 7
26. Anzug 2 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Zugang zu Laptops für armutsbetroffene Jugendliche auf Sek II-Stufe und Hochschulen im Kanton Basel-Stadt 7
27. Anzug 3 Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Sicherstellung des Service Public der Postfilialen in Basel-Stadt 8
28. Anzug 4 Stefan Wittlin und Konsorten betreffend neue zweckdienliche Trinkbrunnen zum Auffüllen von Flaschen 8
29. Anzug 5 der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend eine bessere Vernetzung der Gesundheitsakteure 8
30. Anzug 6 Daniel Gmür und Konsorten betreffend Nachvollziehbarkeit gerichtlicher Entscheide durch öffentliche Urteilsberatung, Abstimmungsergebnisse oder Dissenting Opinions 8
31. Anzug 7 Zaira Esposito und Claudia Baumgartner betreffend Wasserspiel auf dem Tellplatz – eine sprudelnde Piazza fürs Gundeli 14
32. Anzug 8 Daniel Albietz betreffend Bereitstellung und Publikation mündlicher Interpellationsantworten 17
33. Anzug 9 Daniel Albietz betreffend Präsenzfeststellung an Grossratssitzungen 17
34. Anzug 10 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Leerstand der Messe Basel und die Suche nach Zwischenlösungen für die prekäre Sporthallen-Situation im Kanton Basel 17
35. Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Basler Kampagne gegen den Schlaganfall 19
36. Anzug 12 Joël Thüring und Konsorten betreffend faire Abstimmungsvideos des Kantons statt einseitiger Information 22
37. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle, Zwischenbericht des RR 23
37.1. Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend 50-Meter-Schwimmbecken in der Region Basel, Schreiben des RR 24
38. Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten, Schreiben des RR 25
39. Motion David Jenny und Konsorten betreffend Frühlingsputz in der Systematischen Gesetzessammlung: Aufhebung oder Totalrevision des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), Zwischenbericht des RR 27
40. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung, Schreiben des RR 28

41. Interpellation Nr. 120 Franziska Stier betreffend aktuelle Entwicklungen zu Microsoft 365, Schreiben des RR 28
42. Anzug Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix», Schreiben des RR 29
43. Interpellation Nr. 116 Andrea Strahm betreffend Sozialhilfe für Personen aus Afrika und arabischen Ländern, Schreiben des RR 29
44. Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB, Schreiben des RR 30
45. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie, Schreiben des RR 32
46. Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten, Schreiben des RR 32
47. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz als ökologischer und klimaneutraler Baustoff, Schreiben des RR 35
47.1. Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend der Reduktion von klimaschädlichem Zement und Beton im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR 38
47.2. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Vorbildfunktion für nachhaltiges Bauen, Schreiben des RR 39
47.3. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klimaziele bei Arealentwicklungen, Schreiben des RR 39
47.4. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klausel für Pilotprojekte, Schreiben des RR 39
47.5. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Experimentierzone und Experimentierstatus für klimafreundliches Bauen, Schreiben des RR 39
47.6. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten zur Sicherstellung einer Kompetenz- und Beratungsstelle für klimafreundliches Bauen, Schreiben des RR 40
47.7. Anzug Lea Wirz und Konsorten zur Sicherstellung der Möglichkeit zur Weiterverwendung bestehender Bau- Substanz während allen Planungsphasen, Schreiben des RR 40
47.8. Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Strategie Netto-Null in der Basler Bauwirtschaft, Schreiben des RR 40
47.9. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend graue Energie bei Baugesuchen berücksichtigen, Schreiben des RR 40
47.10. Anzug Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen, Schreiben des RR 41

Beginn der 44. Sitzung

Donnerstag, 18. Dezember 2025, 15:02 Uhr

21. Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo

[18.12.25 15:02:51, 24.5493.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir fangen mit der Traktandenliste an. Darf ich Nicole Strahm-Lavanchy nach vorne bitten?

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): In unserer Stadt oder zumindest in diversen Quartieren wird ein öffentlicher Parkplatz zum Luxusgut, wie Gold und Edelsteine, knapp und teuer. Und jetzt obendrauf noch eine Erhöhung der Parkplatzgebühren. Je nach Grösse eines Autos zahlt man nun neu bis fast 100% mehr im Jahr an Gebühren als noch bis anhin. Wäre dieser Aufschlag beim U-Abo, gäbe es einen kollektiven Massenaufschrei. Und was bei dieser neuen Gebührenlogik ganz absurd ist, bei einer Wechselnummer gilt für die Gebühr das grössere Auto, auch wenn dieses nie auf der Allmend parkiert wird, Thema Wohnmobil zum Beispiel. Die neuen Parkplatzgebühren mögen offiziell mit Umwelt- und Verkehrszielen begründet sein, sie sind aber ebenso eine ungerechte Mehrbelastung für viele Haushalte und fördern noch mehr eine soziale Schieflage.

In Basel haben rund 41% aller in Basel eingelösten Autos eine Parkkarte. Dies ist deutlich über vergleichbaren Städten wie Bern und Zürich. Das zeigt, wie stark man in unseren dicht bebauten Quartieren auf solche Parkplätze angewiesen ist. Quartierparkings gibt es ja leider nicht. Es gibt nämlich auch in unserer Stadt, und das sind nicht nur Berufstätige, welche dringend auf ein Auto angewiesen sind, sie alle werden bestraft, weil eine 15-Minuten-Stadt, ja, wir sind noch Lichtjahre davon entfernt. Und was ist mit den motorisierten Zweirädern, Töffs, Roller, Cargovelos? Sie alle bleiben weiterhin gratis. Der Kanton schafft ihnen sogar neue eigene Parkfelder. Mich erstaunt jedoch, von wegen Platzbedarf, warum dürfen grosse motorisierte Zweirad- und Dreirad-Cargobikes ihr Privileg behalten und für ihre privaten Platzansprüche nichts bezahlen sollen, während mein kleiner Smart zur Kasse gebeten wird. Und wie sieht es eigentlich mit den Parkierenden aus, welche zwei Parkplätze belegen, nur weil sie keinen Parkassistenten haben?

Wir von der LDP sind jedenfalls sehr gespannt auf die weiteren Entwicklungen des Parkregimes in Basel. Vielleicht werden wir ja eines Tages erhört und es gibt in Zukunft genug Parkplätze zu einem vernünftigen Preis. Deshalb unterstützen wir die Überweisung an den Regierungsrat zur weiteren Stellungnahme.

Balz Herter, Grossratspräsident: Darf ich alle bitten, kurz in den Saal zu kommen?

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bald hat André Salvisberg nach mehr als 30-jähriger Tätigkeit beim Kanton seinen letzten Arbeitstag. Er hat nach seinem Geschichtsstudium am 1. Juni 1995 eine Stelle im Staatsarchiv übernommen, bevor er in die Grossratskanzlei gewechselt hat. Dort hat er die Mitglieder des Grossen Rates bereits betreut und unterstützt, bevor es überhaupt einen Parlamentsdienst gab. In den letzten Jahren war er Sekretär der Kommission BKK und der GSK. André Salvisberg hat sich entschieden, seine Stelle im 25-Prozent-Pensum als Sekretär der GSK auf Ende Jahr zu künden und sich auf weitere Tätigkeiten zu fokussieren. Ich bedanke mich ganz herzlich für deine langjährigen Dienste für unseren Kanton. Alles Gute. [Applaus]

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller als Fraktionssprecher für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Auf dem «Chrüzlistich» sehen Sie, dass die SVP Überweisen an den Regierungsrat hat. Das ist ein redaktioneller Fehler, es muss heissen, dem Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen, denn die Petition nimmt ein Anliegen auf, welches unserer Bevölkerung unter den Nägeln brennt. Die offizielle Politik hat sich ja die Jagd auf den bösen

Autofahrer auf die Fahnen geschrieben und sie lässt ja nichts unversucht, die Autofahrer aus unserem Kanton zu vergellen und wem das Wort vergellen nicht so geläufig ist, es bedeutet verleiden, vermiesen, ungeniessbar machen, etc. Nicht nur die Fortbewegung mit dem Auto wird systematisch behindert, sondern auch das Abstellen, wenn das Fahrzeug nicht benutzt wird. Es ist der ewige Kampf der Autophoben gegen die Autorealisten.

Und gerade die Kreise, welche bei jeder Gelegenheit nach Fairness rufen, treten diese Fairness beim Auto mit Füssen. Dass Familien, welche wegen ihrer Kinderzahl auf ein grösseres Auto angewiesen sind, egal. Dass sie bestraft werden mit höheren Parkpreisen, egal. Dass andere Verkehrsteilnehmer weder für den aktiven noch für den passiven Gebrauch des Strassenraums bezahlen müssen, egal. Dass der Kanton mehr Parkkarten verkauft, als er überhaupt Parkplätze anbietet, egal. Dass der Parkdruck am höchsten ist in den Quartieren, in welche Familien mit eher tiefem Einkommen wohnen, das ist egal. Dass der Preisüberwacher einen Maximalbetrag von 322 Franken pro Jahr für richtig hält, völlig egal. Hauptsache, die bösen Autofahrer werden aus dem Kanton vertrieben.

Es ist ganz offensichtlich, die aktuellen Gebühren belasten Haushalte mit geringem Einkommen überproportional. Aber Mobilität darf kein Luxus sein und trotzdem, es werden Gebühren erhoben, welche besonders jene, die ohnehin schon mit steigenden Kosten kämpfen, belasten. Familien, ältere Menschen, Erwerbstätige mit geringem Einkommen. Mobilität ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wer sie verteuert, erschwert oder sogar verhindert, betreibt Ausgrenzung und der Regierungsrat muss sicherstellen, dass Gebühren nicht als versteckte Steuerinstrumente missbraucht werden. Eine faire Parkpolitik ist Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung für alle.

In diesem Saal hören wir ja immer wieder das Wort Gerechtigkeit, vor allem im Zusammenhang mit Klima, Klimagerechtigkeit. Ja bitte, reden wir doch auch einmal um Verkehr, Mobilität über Gerechtigkeit, führen wir eine Debatte über Mobilitätsgerechtigkeit. Ist es gerecht, dass die einen für die Infrastruktur bezahlen und beim geringsten Vergehen gnadenlos gebüsst werden, während die anderen nichts bezahlen, keine Sanktionen befürchten müssen, sich aufführen können, wie sie wollen, und diese Narrenfreiheit auch weidlich ausnützen. Führen wir eine Mobilitätsgerechtigkeitsdebatte, es nimmt mich wunder, ob Sie dazu willens und fähig sind. Das Thema ist zu wichtig, als dass wir es einfach so ad acta legen können.

Die Petitionskommission hat diverse Fragen formuliert, welche der Regierungsrat beantworten möge. Wir, die SVP, hoffen auf ergebnisoffene Antworten ohne ideologische Schlagseite. Es ist am Regierungsrat zu zeigen, dass er dazu willens und fähig ist. Aus diesem Grund beantrage ich namens der Fraktion der SVP, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP kommt Daniel Seiler ans Pult.

Daniel Seiler (FDP): Vorab, ich habe mich vor ein paar Wochen bezüglich der PetKo und der Wettsteinallee beklagt hier im Saal. Ich glaube, ich darf heute die PetKo loben, sie hat sich wirklich mit dieser Petition auseinandergesetzt. Das finde ich erfreulich, aber das hat Heidi Mück vorher auch schon gesagt. Ich habe mich hier drin auch schon zum Thema Parkgebührenerhöhung geäussert und dass das sehr wohl natürlich auch Familien betreffen kann. Wir haben das Beispiel vom Volkswagen Passat schon mal genommen. Dieser Volkswagen Passat, für die, die sich eben nicht so mit den Autos auskennen, ist, wie der Name sagt, auch heute noch ein Volkswagen, gehört aber eben in diese Kategorie der grössten und längsten Fahrzeuge, also das kostet dann den Familienvater ab 2027 740 Franken. Das war im 2018 noch 140 Franken. Wenn wir diese 740 Franken in die Diskussion von letzter Woche nehmen, als es um die Einbürgerungsgebühren gegangen ist, diese 740 Franken, die werden jährlich bezahlt und nicht nur einmalig. Also wenn wir schon von Gerechtigkeit sprechen, Kollege Schaller hat das vorhin auch erwähnt, dürfen wir durchaus diese Gerechtigkeitsfragen auch bei diesem Thema einmal annehmen. Und wie wir ja auch wissen, soll der Volkswagen Passat ja zusätzlich auch noch bei der Motorfahrzeugsteuer gleich bestraft werden, wie wir jetzt darüber diskutieren.

Also das Thema hat sehr wohl sozialpolitische Komponente und ich bin da auch der Meinung des Kollegen Schaller, dass wir die wirklich diskutieren sollen. Ich vertraue da auf die Regierung. Es werden belastbare Zahlen gefordert, das wird manchmal nicht so einfach sein. Ich kann Ihnen sagen, dass man wirklich wahrscheinlich schon davon ausgehen kann, dass eher ein Auto in einer Tiefgarage steht, da vielleicht jemand ein bisschen mehr verdient, weil da kostet es halt doch nochmal deutlich mehr und von dem her bin ich aber auch gespannt, wie die Antworten von der Regierung ausschauen. Ich schliesse mich dem Vorvotum an, der Regierungsrat soll diese Fragen beantworten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Im «Chrüzlistich» können Sie sehen, dass die Fraktion GRÜNE/jgb die Petition erledigen will. Das ist auch einigermassen schlüssig, weil die Parkkartengebührenverordnung, die Anpassung, die geht effektiv auf den

Vorstoss von Raphael Fuhrer zurück. Das war, glaube ich, 2018, da haben das auch Vertreter der FDP und LDP und Mitte und überall unterstützt. Ich glaube, es sind nur noch Raoul Furlano und Lisa Mathys da heute, die dort unterzeichnet haben. Und der Vorstoss hat eigentlich genau das gefordert, was jetzt umgesetzt worden ist, nämlich dass der Parkraum anständig bepreist wird und so auch eine gewisse Lenkungsfunktion hat, weg vom Auto zum Langsamverkehr, und der Platz in der Stadt gerecht verteilt wird. Und dieser Meinung sind wir eigentlich immer noch, dass die Parkkartengebührenerhöhung genau den Zweck erfüllt. Die Gelder gehen in einen Mobilitätsfonds, der genau wieder auch den Menschen im Kanton zugutekommt, die eher einen Langsamverkehr, eine umweltfreundliche Verkehrsmobilität bevorzugen. Und darum sind wir auch ganz klar der Meinung, dass die Petition nicht dem Regierungsrat überwiesen werden muss, dass man die als erledigt abschreiben kann.

Wir verstehen auch nicht ganz, was man mit dieser Petition erreichen will. Wenn man wirklich der Überzeugung ist, das ist eine Mehrheit der Bevölkerung, es besitzen ja übrigens nur etwa 49% der Haushalte wirklich ein Auto, aber wenn man das wirklich will, dann könnte man ja eine Volksinitiative machen. Aber ich weiss, glaube ich auch, warum man das nicht macht, weil vor drei Jahren genau das gleiche Thema schon vor dem Volk gewesen ist und es dort abgeschmettert worden ist. Die Bevölkerung wollte keine Reduktion der Parkkartenpreise und so ist auch die Petition eigentlich schon für mich beantwortet und wir würden Ihnen darum gerne ans Herz legen, die als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Die SP steht auch hinter dem Parkraumkonzept des Kantons, weil wir ja eben denken, auf unserem sehr begrenzten Stadtgebiet ist halt Frei- und Grünraum sehr rar und wir wollen sehr sorgsam mit jedem Fleckchen umgehen. Und wir haben, wie Sie gesagt haben, diesen Vorstoss unterstützt, wir unterstützen das Konzept, was eben auch die Preispolitik der Parkplätze beinhaltet. Wir nehmen aber die Einwände der Petentschaft zur Kenntnis und für uns ist es auch wichtig, jetzt die von der Kommission gestellten Fragen beantwortet zu bekommen und deshalb überweisen wir die Petition gerne der Regierung zur Stellungnahme.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich habe Sie heute Morgen vorgewarnt, die Parkierungspolitik ist ein emotionales Thema. Sie haben es gehört, der Frust bei einem Teil der Bevölkerung ist gross. Die Petition ist ja nicht das stärkste Mittel in der Demokratie, das wir haben, aber was wir tun können, ist, die Petentschaft ernst zu nehmen und das versuchen wir auch immer in der Petitionskommission. Wir haben verschiedene Fragen formuliert, die wir gerne vom Regierungsrat beantwortet haben möchten und deshalb bitte ich Sie im Namen der Mehrheit der Petitionskommission, diese Petition an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet beantragt, die Petition als erledigt abzuschreiben. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Berichterstattung an den Regierungsrat, NEIN heisst erledigt erklären.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007937, 18.12.25 15:21:37]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Petition dem Regierungsrat zur Berichterstattung überweisen. Das Geschäft ist erledigt.

22. Petition P493 "Für eine smartphonefreie Schulkultur", Bericht der PetKo

[18.12.25 15:21:42, 24.5546.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat die Präsidentin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die letzte Petition für heute verlangt, dass unter Einbezug der Schulstandorte an der Volksschule eine kantonale Richtlinie entwickelt wird, die eine smartphonefreie Schulkultur während der obligatorischen Präsenzzeit der Schüler*innen fördert und an allen Standorten flexibel umsetzbar macht. Die Petition wurde der PetKo im Januar 2025 überwiesen und das Hearing mit der Petentschaft fand im August statt. Am Hearing nahm auch der Co-Leiter Volksschulen als Vertreter des Erziehungsdepartements teil.

Die drei Vertreter*innen der Petentschaft informierten, dass die Petition von Lehrpersonen aller Schulstufen, einem Schulleiter, Mitglieder von Eltern- und Schulräten, Sozialarbeitenden, Sozialpädagog*innen sowie weiteren bildungsinteressierten Personen lanciert worden sei. Sie erläuterten, dass es ihnen mit der Petition nicht um ein generelles Verbot von Smartphones gehe, sondern darum, smartphonefreie Zonen und Zeiten zu definieren. Es brauche eine schulübergreifende gemeinsame Kultur und Haltung zum Umgang mit Smartphones. Sie kritisierten, dass die Haltung des Kantons dazu nirgends festgehalten sei und dass einzelne Schulen ihre Regeln zum Umgang mit Smartphones prominent auf ihren Webseiten kommunizieren und diese Regeln bei anderen Schulen nur schwer herauszufinden seien. Sie äusserten den Wunsch nach einer Regelung, die für alle Schulen gelte und zeigten sich überzeugt. dass sich die Konzentration und die Lernleistung der Schüler*innen mit einer smartphonefreien Schulkultur verbessern liesse. Zudem verwies die Petentschaft auf eine kürzlich durchgeführte Umfrage der Freiwilligen Schulsynode, gemäss der 51% der Lehrpersonen ein generelles Verbot von Smartphones an den Schulen befürworten. Ausserdem beriefen sie sich auf den weltweiten Trend, Smartphones an den Schulen zu verbieten.

Der Vertreter des ED hielt fest, dass er mit vielen Feststellungen der Petentschaft einig sei. Der Umgang mit Smartphones sei jedoch ein gesellschaftliches Problem und nicht nur für die Schulen relevant. Die Schulen könnten gesellschaftliche Probleme nicht allein lösen, aber sie würden mit der Förderung der Medienkompetenz im Fach Medien und Informatik ihren Beitrag leisten. Der Vertreter des ED bestritt, dass an den Schulen Basel in Bezug auf die Nutzung von Smartphones Wildwuchs herrsche und informierte, dass an keiner Schule ein Smartphoneverbot bestehe, dass es aber an jeder Schule klare Regeln im Umgang damit gebe, die oft zusammen mit den Lehrpersonen und teilweise auch mit den Schüler*innen definiert worden seien. Die Forderung der Petition sei also weitestgehend erfüllt. Die an den Schulen geltenden Regelungen reichten aus, um die Eigenverantwortung zu fördern und die Schüler*innen keinen unnötigen Gefahren auszusetzen. Ein totales Smartphoneverbot sei nicht zielführend, da es unter anderem zu einer Überkompensation in der Zeit nach der Schule führen könne. Es herrschen gemäss ED-Vertreter also durchaus Regeln an den Schulen, die auch durchgesetzt werden, jedoch müssten die Schüler*innen auch auf den Umgang mit Smartphones an den weiterführenden Schulen oder im Berufsleben vorbereitet werden. Zudem hätten viele Schüler*innen das U-Abo auf dem Smartphone und nutzen Zahlungs-Apps für die Mensa. Der Vertreter des ED räumte jedoch ein, dass die klare Haltung des ED noch besser kommuniziert werden könnte.

Die Petitionskommission tat sich etwas schwer mit den konkreten Forderungen der Petition. Die Aussagen der Petentschaft, dass es ihr nicht darum gehe, Smartphones völlig aus den Schulen zu verbannen und gleichzeitig der Verweis auf Verbote in anderen Ländern oder Kantonen wurde als widersprüchlich wahrgenommen. Die Petition fordert einerseits eine flexibel umsetzbare, smartphonefreie Schulkultur und andererseits gingen die Aussagen der Petentschaft am Hearing zum Teil sehr vehement in Richtung Smartphoneverbot. Ob ein generelles Smartphoneverbot sinnvoll ist, wurde in der Kommission sehr unterschiedlich beurteilt. Einig war sich die PetKo jedoch darin, dass die Schule nicht alle mit Social-Media-Apps verbundenen Probleme lösen kann. Es war völlig unbestritten, dass die Schulen Regeln für den Umgang mit Smartphones brauchen, gemäss Aussagen des ED-Vertreters gibt es diese Regeln jedoch schon. Ob eine Vereinheitlichung tatsächlich den gewünschten Mehrwert bringt, scheint der PetKo zweifelhaft. Die PetKo sieht Verbesserungsbedarf bei der Kommunikation der smartphonefreien Schulkultur und wünscht sich eine Auflistung der an jeder Schule geltenden Regelungen. Eine solche Übersicht könnte auch den einzelnen Schulen helfen, zu einem einheitlicheren Umgang mit Smartphones zu kommen.

In diesem Sinn beantragt die PetKo, die Petition für eine smartphonefreie Schulkultur dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition stillschweigend an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

24. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz

[18.12.25 15:27:43, 25.5459.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

25. Anzug 1 Eric Weber betreffend Kopien für Grossräte

[18.12.25 15:28:11, 25.5458.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hätte Herr Weber. Somit kommen wir gleich zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

4 Ja, 81 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007941, 18.12.25 15:29:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzug wurde nicht überwiesen mit 81 Nein-Stimmen gegen 4 Ja-Stimmen.

26. Anzug 2 Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Zugang zu Laptops für armutsbetroffene Jugendliche auf Sek II-Stufe und Hochschulen im Kanton Basel-Stadt

[18.12.25 15:29:18, 25.5460.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

27. Anzug 3 Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Sicherstellung des Service Public der Postfilialen in Basel-Stadt

[18.12.25 15:29:44, 25.5461.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 4 Stefan Wittlin und Konsorten betreffend neue zweckdienliche Trinkbrunnen zum Auffüllen von Flaschen

[18.12.25 15:30:07, 25.5462.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

29. Anzug 5 der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend eine bessere Vernetzung der Gesundheitsakteure

[18.12.25 15:30:30, 25.5463.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

30. Anzug 6 Daniel Gmür und Konsorten betreffend Nachvollziehbarkeit gerichtlicher Entscheide durch öffentliche Urteilsberatung, Abstimmungsergebnisse oder Dissenting Opinions

[18.12.25 15:30:54, 25.5464.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Bruno Lötscher hat sich als erster Einzelsprecher gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Wenn Sie sehen, wer alles diesen Anzug mal unterschrieben hat, dann erstaunt es, glaube ich, also vor allem, wenn man weiss, was das dann allenfalls für Folgen haben wird, wenn wir tatsächlich in diese Richtung intensiv weitergehen. Jetzt ist das ja nur ein Anzug, den kann man ja mal überweisen und die Regierung oder die Gerichte sollen da mal was schreiben, man kann das so überlegen. Aber ein bisschen würde ich mich auch schämen, dass wir das so machen. Weil die Fragen derart offensichtlich zu beantworten sind und eigentlich jedem, der sich ein bisschen intensiver damit befasst hat und das studiert hat, relativ schnell klar wird, was die Fragestellungen sind und wo die Probleme liegen, hätte ich wirklich ein schlechtes Gewissen, das der Regierung oder den Gerichten zu überweisen.

Was ist denn wirklich gewollt? An der ersten Instanz eine öffentliche Beratung, das ist etwas, was Sie nicht erwarten können, nicht erwarten sollten und auch nie festlegen sollten in einem Gesetz, weil dort geht es ganz häufig um Sachverhaltsthemen, wo man stundenlang je nachdem mal einen Fall auseinander beineln muss. Das ist nicht einfach Beratung im hohen Niveau, wie das am Bundesgericht ist, dort ist das sicher richtig, dass man dort eine öffentliche Beratung vorsieht, weil dort geht es um Präjudizien, dort geht es um feine dogmatische Abstimmungen, aber in der ersten Instanz sind Sie sehr häufig mit Sachverhaltsthemen befasst. Sie haben zudem, zweitens, relativ oft Laienrichterinnen und Laienrichter, die würden sich nicht mehr getrauen, etwas zu sagen, wenn sie nicht die entsprechende Fachkompetenz locker vortragen können, nicht so geübt sind, sondern sie werden dem Vorredner, der Vorrednerin einfach folgen. Das sieht man dort, wo manchmal in der zweiten Instanz das vorgesehen ist. An der zweiten Instanz könnte man sich das allenfalls denken, dort wo es um verfassungsrechtliche Fragen geht, weil dort sind möglicherweise solche Themen auch nicht vom Sachverhalt überlagert. Aber wenn Sie wollen, dass zum Beispiel am Strafgericht öffentlich beurteilt wird, wie man jetzt zum Urteil kommt, wenn Sie in erstinstanzlichen Entscheiden das wollen, dann haben Sie eine massive Schwächung der Justiz, Sie werden die Rechtsprechung nicht stärken, sondern schwächen und Sie haben klarerweise Verlängerung der Verfahren, auch weil offenbar ja die Zirkularentscheide da mit verwoben werden in diese Diskussionsfrage. Wenn die nicht mehr gemacht werden können, werden wir vor allem an der zweiten Instanz ewige Verfahrensdauern haben.

Ich habe gesehen, dass in fast allen Fraktionen, auch in meiner, Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind, aber ich bitte Sie nochmals zu überlegen, wollen wir wirklich diese Übung machen, dann können wir es vielleicht in der zweiten Auflage dann konkreter noch anschauen. Ich würde Ihnen raten, gar nicht zu überweisen und stelle diesen Antrag.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Aktuell entstehen Urteile in unserem Kanton oft unter Bedingungen, die für Aussenstehende nur schwer nachvollziehbar sind. Die Entscheidfindung findet im stillen Kämmerlein statt, Beratungen sind nicht öffentlich, abweichende Meinungen werden nicht sichtbar und teils findet gar keine mündliche Beratung statt. Für die Betroffenen, und aus dieser Perspektive spreche ich, ich spreche nicht als Anwältin oder als Rechtswissenschaftlerin und auch nicht als ehemalige Richterin, heisst das, sie erhalten das Ergebnis, aber nicht den Weg dorthin. Es bleibt unklar, welche Argumente innerhalb des Gerichts eine Rolle spielen, ob es kritische Stimmen gab oder wie breit ein Entscheid abgestützt war, überhaupt, wie es innerhalb der Kammer zu einem Urteil kam. Das erschwert es, Entscheidungen zu verstehen und reduziert ihre Nachvollziehbarkeit. Mehr Transparenz, etwa durch öffentliche Beratung, die Offenlegung von Abstimmungsresultaten und die Möglichkeit von Dissenting Opinions, würde diese Blackbox ein Stück weit öffnen. Die Entscheidungsprozesse würden verständlicher, ohne dass die Unabhängigkeit der Gerichte eingeschränkt wird.

Es geht hier nicht um Spektakel, sondern um Nachvollziehbarkeit und Qualität. Eine Justiz, deren Arbeitsweise klar sichtbar ist, schafft Orientierung und stärkt das Vertrauen in ihre Entscheidungen. Ganz einfach, weil man sehen kann, wie sie zustande kommen. Die Glaubwürdigkeit der Rechtsprechung würde gestärkt und ich bin überzeugt, dass der Rechtsprechung das Ganze gut tun würde. Deshalb unterstützen wir diesen Anzug und bitten um Prüfung von Möglichkeiten, die Urteilsberatung transparent zu machen und überhaupt, in welchen Gerichten das passieren soll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Im Wesentlichen folge ich Herrn ehemaliger Richter Lötscher und ich sage das Gleiche jetzt aber mit anderen Worten, wir haben uns ja nicht abgesprochen. Ziel der Urteilsberatung ist, herauszufinden, ob man eine Klage ganz oder teilweise abweist oder sie gutheissen tut. Die Methode der Urteilsfindung ist sehr schwierig. Das ist keine exakte Wissenschaft, es ist nicht eine mechanistische Methode. Man muss zuerst den Lebensvorgang versuchen zu begreifen und zu erfassen, danach muss man ihn rechtlich qualifizieren. Und das ist ein Herantasten, dann hat man wieder eine Idee, nimmt sie zurück, wird überzeugt von einer anderen Richterkollegin oder -kollegen und das Ganze sollte eigentlich diskret ablaufen im Kämmerli, wie wir in Basel sagen. Wäre das öffentlich, dann würde sich jeder in seine Komfortzone

zurückziehen, um sich keine Blösse zu geben, es gäbe keine Interaktionen, keine Diskussion, die Qualität der Urteile wäre geringer und ich denke, das wäre sogar eine Rechtsverweigerung für die Rechtssuchenden.

Dann kommt noch hinzu, die Anzahl und Qualifikationen der Richterinnen und Richter. Zum Beispiel ein Einzelrichter, erste Instanz, von ihm kann man nicht verlangen, dass er laut denkt. Und wenn wir beim Gremium sind, dann gibt es eben die Berufsrichter und die Laienrichter und die Laienrichter werden sich keine Blösse geben, sie werden an der Urteilsfindung nicht teilhaben und das führt im Endergebnis auch zu einer Rechtsverweigerung. Dann haben wir noch die Spezialgerichte, Arbeitsgerichte, Mietgerichte und die sind paritätisch zusammengesetzt. Je nachdem wird dann ein Arbeitgeberrichter nicht versuchen, sich in die Haut zu versetzen eines Arbeitnehmers, weil das alles so publik ist und dann hat er Angst um den politischen Rückhalt. Das sind alles Punkte, die gegen diese gut gemeinte Transparenz sprechen. Beim Bundesgericht ist es anders, wie Sie gesagt haben, dort hat man schon Urteile der Vorinstanzen, die Karten liegen auf dem Tisch, es geht dort nur noch um Feinheiten und die können nicht weitergezogen werden, die Urteile des Bundesgerichts.

Dann wegen der Dissenting Opinion, das ist eine Art Minderheitsbericht. Das ist klar mit grösserem Aufwand verbunden, das ist ein kleineres Problem, aber es ist eine Hilfestellung an die unterlegene Partei. Man hilft ihr, ein Rechtsmittel zu ergreifen und das Urteil anzufechten. Das ist nicht die Aufgabe des Gerichts und es dient nicht dem Rechtsfrieden. Das gleiche gilt auch in Bezug auf die Offenlegung der Abstimmungsergebnisse. Das sind auch so Hinweise auf die Chancen und Risiken einer Anfechtung. Auch das ist wiederum nicht die Aufgabe des Gerichts und es dient nicht dem Rechtsfrieden.

Lange Rede, kurzer Sinn, gut gemeint, aber kontraproduktiv und eventuell rechtlich sehr fragwürdig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Claudia Baumgartner. Diese wird entgegengenommen.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich verstehe nicht, wieso haben Sie den Anzug dann unterzeichnet?

Gabriel Nigon (LDP): Ich habe mich einlullen lassen und ich finde ihn sehr sympathisch, der junge Kollege, und als ich mir es nachher überlegt habe, habe ich gedacht, was habe ich gemacht, deshalb stehe ich hier.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Akzeptanz der Gerichtsurteile ist meines Erachtens wesentlich davon abhängig, dass die Parteien am Gericht verstehen können, wie geurteilt wurde. Das ist die Nachvollziehbarkeit und die Transparenz ist darum extrem wichtig für die Personen, die vor Gericht stehen, aber es ist auch eine Demokratiekontrolle für alle anderen. Wenn wir sehen, dass unsere Gerichte funktionieren, dann können wir auf unsere Gesellschaft vertrauen, das ist ein wichtiges Element. Nun ist es ja nicht eine exotische Forderung, sondern es ist eine Forderung, die gibt es bereits in anderen Kantonen. Wenn ich es recht im Kopf habe, in Baselland sind gewisse Urteilsberatungen öffentlich, es scheint zu funktionieren und das Bundesgericht hat es, soweit ich verstanden habe, explizit offengelassen, dass man es auch öffentlich machen kann, und dann wird es ja wohl doch auch gute Gründe für die öffentliche Urteilsberatung geben. Nun hat Kollege Lötscher gesagt, ja, die kennt man. Ich muss sagen, ich habe jetzt in der Vorbereitung ein paar sehr spannende Artikel gelesen, insbesondere ein Interview von zwei Rechtsanwälten im Plädoyer, die Argumente dafür und dawider hatten. Es war sehr spannend zu lesen und ich wäre interessiert an einer vertieften Abklärung, weil mir sind die nicht alle ganz schlüssig so auf den ersten Blick. Ich denke, mit diesem Anzug haben wir die Chance, das vertieft abklären zu lassen und danach zu schauen, wie wir weiter vorgehen wollen. Ich bitte Sie darum im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Es stellt sich die Frage, dient es dem Ansehen der Justiz, wenn so getan wird, als würden Richtergremien einstimmig entscheiden. Ist das wichtig für das Ansehen oder wäre es vielleicht nicht noch wichtiger zu zeigen, dass es unterschiedliche Meinungen gab, unterschiedliche juristische Argumentationen, unterschiedliche Anträge. Das war in Basel früher, soweit ich mich erinnere, beim Appellationsgericht regelmässig der Fall, auch bei Zivilurteilen und es ist in Baselland überhaupt immer der Fall, Strafrecht ist ausgenommen. Also wenn ich jetzt heute vom geschätzten Kollegen Nigon höre, die Qualität würde leiden, also das Verwaltungsgericht Basel-Landschaft verhandelt immer öffentlich, Sie wollen nicht im Ernst sagen, dass die Qualität schlecht sei. Es ist eine sehr gute Qualität, es ist sehr interessant, wenn man die

verschiedenen Voten hört. Kürzlich Steuergericht Baselland war ich, habe ich das auch mitbekommen. Ich glaube, das sollte man schon prüfen, ob das nicht wieder sinnvoll wäre, und deswegen beantragen wir Ihnen, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Im Gegensatz zu Herrn Nigon liess ich mich nicht einlullen von Herrn Gmür. Ich habe seinen Vorstoss gelesen und gesagt, ja, das ist vertretbar und angebracht, dass ich hier unterschreibe. Und dies hat mich provoziert, hier zu sprechen, lieber Bruno Lötscher, ich schäme mich auch nicht dafür und ich glaube, ich muss mich auch nicht schämen. Es ist ein Anzug, das entschuldigt nicht alles, aber er sagt, wir bitten zu prüfen und zu berichten, wie und bei welchen Gerichten, Verfahren im Kanton Basel-Stadt, etc. Also es ist nicht ein Rundumschlag, wie gestern einige gesagt haben, bei der Budgetkürzung, sondern es gibt Raum für sehr differenzierte Antworten durch unsere Regierung und die werden ja sicherlich entsprechend mitinstruiert werden durch unsere Gerichte. Ich habe im Übrigen noch nie vor einer Sitzung so viel Tadel empfangen dafür, dass ich einen Vorstoss unterschrieben habe.

Bei der Revision der Gerichtsorganisation haben wir die öffentlichen Urteilsberatungen beim Appellationsgericht abgeschafft, das ist jetzt auch schon wieder zehn Jahre her, und ich glaube, das darf man nochmals anschauen. Ich bin auch der Auffassung, bei der ersten Instanz ist wenig Raum dazu. Im Verwaltungsgericht ist das an erster Instanz, aber ich sage mal, auf Höhe des Appellationsgerichtes, vielleicht auch mal des Sozialversicherungsgerichtes, wäre es durchaus angebracht, wieder, ich meine, das Bundesgericht muss es ja auch nicht immer machen, Urteilsberatung öffentlich einzuführen. Ich glaube, es öffnet ein bisschen diese Blackbox. Es hat immer Vorteile von Blackbox, aber es hat auch Nachteile und ich glaube, hie und da das zu öffnen, schadet nicht und die Angst, dass das dann quasi den einzelnen Mitgliedern des Gerichtes dann zur Verfolgung führt, etc., halte ich doch für in den Fällen, die sich dann eignen für die öffentliche Urteilsberatung, nicht für allzu berechtigt. Aber ich bin dann wirklich gespannt darauf zu hören, ich glaube nicht, dass in einer Scheidungsverhandlung, etc. dann die öffentliche Urteilsberatung erfolgen wird. Ich glaube auch, es ist auch immer sehr lehrreich dann mal für die Universität, Studierende, dass die mal Einblick haben. Wir hatten ja das zum Beispiel gemeinsam, Bruno Lötscher, beim Bundesgericht, es ist mir immer noch in Erinnerung geblieben, warum soll das nicht mal auch der Fall sein beim kantonalen Gericht, wir sind ja stolz auf die Qualität unserer Richterinnen und Richter. Der Kanton Basel-Landschaft hat das bis jetzt auch ohne grössere Stürme überlebt und andere Kantone auch.

Dissenting Opinions, ja, das kommt natürlich aus dem Common Law, wo sowieso jeder Richter dann seine Opinion schreiben darf, ob es die Majority Opinion ist, eine Concurring Opinion, eine Dissenting Opinion, das ist mir immer ein bisschen kulturfremd. Ich nehme an, das wird auch gesagt, so nicht, aber prinzipiell ist es nicht ein Instrument und die Dissenting Opinion von heute kann die Majority Opinion von morgen sein. Es gibt eine gewisse Entwicklung, es ist sicherlich auch hier vielleicht erst für die zweite Instanz, aber das ist alles offen hier, ich meine, ich habe keine Illusionen, wie es dann beantwortet wird. Ich stelle auch ein bisschen fest, dass unsere Justiz, was ja oft sehr gut ist, sehr konservativ ist. Zum Beispiel, ich habe eine per schriftliche Anfrage, es gibt die Möglichkeit, jetzt nach der neuen Zivilprozessordnung auch Prozesse auf Englisch durchzuführen, das hätte wirklich unserem Justizstandort geholfen, das wurde einfach abgeschmettert. Von Zeit zu Zeit einen Anstoss an unsere Justiz auch ein bisschen über den Tellerrand zu denken, institutionell, finde ich nicht verfehlt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat und die Gerichte sprechen sich übereinstimmend gegen die Überweisung aus. Einerseits bestimmt das Gerichtsorganisationsgesetz, dass Urteilsberatungen in den kantonalen Gerichtsverfahren geheim sind, dort, wo die Urteilsberatung nicht bundesrechtlich geregelt ist. Andererseits sind die Gerichte der Auffassung, dass die Qualität des Diskurses und des Austausches unterschiedlicher Meinungen im heutigen System der geheimen Urteilsfindung entscheidend höher ist als bei dem vorgeschlagenen Systemwechsel und lehnen den Anzug auch deshalb ab. Zudem muss berücksichtigt werden, dass in der Beratung des Gerichts jeweils nicht bloss über den Urteilspruch, das sogenannte Dispositiv, sondern vielmehr auch über die Begründung beraten und diskutiert wird. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der Voten aller Gerichtsmitglieder werde dann die schriftliche Urteilsbegründung ausgefertigt. In einer nicht öffentlichen Beratung könne insbesondere auch von den nebenamtlichen Richterinnen und Richtern und ganz besonders von Laien sehr viel offener Zweifel und Unsicherheiten geäussert und ein offenes Gespräch geführt werden, in dessen Verlauf einzelne Gerichtsmitglieder ihren Standpunkt aufgrund der geführten Diskussion auch revidieren können.

Der Regierungsrat schliesst sich den Überlegungen der Gerichte vollumfänglich an. Hervorheben möchte ich bzw. die Vorsteherin des JSD auch noch, dass wir im Rahmen der letzten Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes die Durchführung von Urteilsberatungen diskutiert haben, wobei die Sprechende da ja wohl auch dabei war. Der Grosse Rat hatte sich sodann mit grossem Mehr für die geheime Urteilsberatung an allen Gerichten ausgesprochen. Dies gewährleistet

genau dieses System, die freie Urteilsfindung eines Gerichts, und zwar insbesondere in dem bewährten System des Laienrichtertums. Aus diesen Gründen beantragt Ihnen der Regierungsrat, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bruno Lötscher hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Selbstverständlich muss sich niemand für einen Anzug schämen, den er unterschrieben hat. Ich habe gesagt, ich würde mich schämen, wenn ich ihn unterschrieben hätte, und bin deshalb froh, dass ich ihn nicht unterschrieben habe. Aber nach der Debatte gestern, wo doch relativ locker auch mit Vorwürfen umgegangen worden ist, darf ich das, glaube ich, schon auch an die Seite der FDP sagen, dass ich das da jetzt ausnahmsweise doch nicht erwartet hätte, dass hier unterschrieben wird von meinem lieben Kollegen, den ich sehr hoch schätze.

Es ist keine Blackbox. Ich muss Ihnen einfach sagen, ein Urteil ist keine Blackbox, Sie kriegen eine schriftliche Begründung. Zum Teil ist das Problem, dass diese Begründungen heute sogar viel zu lang sind, Sie kriegen unterdessen vom Appellationsgericht Begründungen von 140 Seiten. Das können Sie nicht mehr sinnvollerweise verarbeiten, aber Sie kriegen eine Begründung, weshalb was entschieden worden ist. Und es ist auch eine Lebenserfahrung, dass die Akzeptanz bei den Parteien in der Regel wesentlich höher ist, wenn das Gericht einen überzeugenden Urteilsspruch spricht, als wenn es einen zögerlichen, unsicheren Urteilsspruch macht. Weil es ist oftmals viel gescheiter, man kommt zu einem Ende, als man macht drei Instanzen, bis man sicher ist, dass es jetzt dann vielleicht doch jemand richtig weiss.

Also es ist keine Blackbox, es wird sorgfältig abgewogen und es ist vielleicht ein bisschen vergleichbar mit unseren Kommissionen. Wir sind als Grosser Rat in der Regel in der Lage, in Kommissionen ganz gute Lösungen zu erarbeiten. Das ist viel schwieriger hier im Grossen Haus vor dem Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Die Urteilsberatung braucht Stille, Ruhe, Überzeugungskraft, Argumente, die Möglichkeit, etwas zu setzen, auf die eigene Meinung zurückzukommen. Das können Sie schlecht, wenn Sie hier in der Öffentlichkeit debattieren. Es ist wirklich für mich sehr vergleichbar mit den Kommissionen und diese Kommissionen mit dem Kommissionsgeheimnis, das ist etwas sehr Wertvolles und so ist es auch mit der Urteilsberatung in der ersten Instanz vor allem. In der zweiten Instanz kann man reden, vor allem über die verwaltungsrechtlichen Fragen, weil das immer wieder auch politische Themen sind, aber dort hat der Grosse Rat vor zehn Jahren fast einstimmig anders entschieden. Klar, man sieht es auch im Anzug, die Hinweise gehen ja ans Bundesverwaltungsgericht, ans Bundesgericht, dort soll es öffentlich sein, dort muss es öffentlich sein, dort geht es um die Rechtsfortentwicklung, dort geht es um dogmatische Fragen, dort geht es viel weniger um sachverhaltliche Fragen.

Ich bitte Sie deshalb, auch wenn es wohl chancenlos ist, trotzdem, beüben Sie den Regierungsrat oder die Gerichte nicht mit diesem Anzug, die Antwort liegt eigentlich auf der Hand.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor von Herrn Suter und Herrn Messerli. Diese werden entgegengenommen.

Stefan Suter (SVP): Bruno Lötscher, können Sie mir erklären, warum die Öffentlichkeit beim Verwaltungsgericht Basel-Landschaft so gut funktioniert, und in Basel-Stadt möchten Sie sie nicht zulassen?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das war nicht ich, sondern das war der Grosse Rat, der das so entschieden hat vor zehn Jahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Bruno Lötscher, Sie haben jetzt den Vergleich gemacht zu den Kommissionen, aber sind Sie sich bewusst, dass wenn es einen Mehrheits- oder Minderheitsbericht gibt, dass dann auch die Namen veröffentlicht werden, wer bei welcher Mehr- oder Minderheit war?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ja, das finde ich dort auch angemessen und ich finde es auch angemessen bei der bundesgerichtlichen Debatte, wo das wirklich darauf ankommt, aber bei Sachverhaltsfragen ist es ein anderes Thema.

Balz Herter, Grossratspräsident: Andrea Strahm hat sich noch gemeldet.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Sie sehen, es ist ein Streit zwischen Advokaten und Richter. Natürlich wollen die Advokaten wissen, wer nun wie berät. Das muss man einfach klar sehen. Es ist viel angenehmer, man weiss, welcher Richter jetzt was gesagt hat, aber darum kann es nicht gehen. Wir müssen die Richter schützen. Wir haben das jetzt auch wieder mitgekriegt mit einem Kollegen hier aus dem Rat, wie das läuft, wie die Leute angegangen werden, auch in den sozialen Medien angegriffen werden. Wir müssen die Richter schützen, so dass eine Meinung nach draussen geht. Es kann nicht sein, dass eine Urteilsberatung öffentlich ist, vor allem wenn Laienrichter involviert sind, die auch vielleicht einmal eine dumme Aussage machen oder eine ungeschickte Aussage und die dann von den anderen Richtern korrigiert werden und sagen, komm, du musst das so und so anschauen. Das kann man nicht öffentlich austragen. Deshalb bitte ich Sie, hier gegen diese öffentliche Urteilsberatung zu sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Daniel Gmür mit dem Schlusswort.

Daniel Gmür (SP): Als ich den Anzug geschrieben habe und mein gesamtes juristisches Umfeld mir gesagt hat, endlich bringt das mal wieder jemand auf den Tisch, habe ich, um ehrlich zu sein, nicht damit gerechnet, dass ich heute überhaupt ein Votum halten muss. Der Anzug, den ich hier formuliert habe, und es ist ein Anzug, also es gibt weder diese Zweitüberweisung noch haben wir hier irgendwelche Definitivitäten beschlossen heute, ist darüber hinaus nicht nur ein Anzug, es ist ein unglaublich offen formulierter Anzug. Was wir von der Regierung wollen, ist, dass sie uns zeigt, was ist denn möglich, könnten wir das, könnten wir das, was wäre besser, was wäre schlechter, wo ist es zulässig, wo ist es nicht zulässig, wo hat es welche Vor- und Nachteile. Und dann muss ich ehrlich sagen, bin ich also aus Gewaltteilungsfragen auch ein bisschen überrascht, dass die Regierung überhaupt auf die Idee kommt, dass sie das nicht entgegennehmen will. Ich gehe schwer davon aus, dass da irgendwelche Einflüsse von aussen stattgefunden haben. Kein Vorwurf, eher, dass man sie da genauso eingelullt hat, wie ich es halb erfolgreich geschafft habe bei einem Ratskollegen.

In meiner Rolle als praktizierender Anwalt erfüllt es mich natürlich mit Ehrfurcht, wenn ich gegen einen ehemaligen Gerichtspräsidenten hier darüber argumentieren muss, nicht nur gegen irgendeinen ehemaligen Gerichtspräsidenten, sondern auch gegen den Experten an meiner mündlichen Anwaltsprüfung, aber ich versuche es jetzt trotzdem mal hier mit sachlichen Argumenten und nicht mit Einlullen, wie ich das ja offensichtlich nicht nachhaltig erfolgreich hinbekomme. Kollege Bruno Lötscher, natürlich ist es die Idee, dass man dann aus diesen Optionen, die uns aufgezeigt werden, schaut, welche davon könnte man umsetzen. Ich will hier nicht lügen, sonst wäre ich jetzt einfach recherchieren gegangen, sondern ich möchte mal die Vor- und Nachteile aufgezeigt bekommen, wie sie im Kanton Basel-Stadt möglich wären und ja, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen, ich werde, wenn irgendeine davon positiv wirkt, einen Vorstoss machen, wo man schaut, wie man das umsetzen kann. Überrascht bin ich natürlich ein bisschen mit diesem Schämen-Argument. Das wurde ja noch verbunden damit, dass jeder, der das studiert hätte, das selber herausfinden kann. Ich finde es halt ganz ehrlich einfacher, wenn es die Regierung macht, als wenn ich ein Papier dazu schreiben muss, was ja möglich ist. Es tut mir leid, wenn ich diese Möglichkeit nutze, wenn mir diese als gewählter Grossrat schon offensteht.

Dann wurde, ich würde mal sagen, ein bisschen etwas an Nebelpetarden gezündet. Ja, bei der ersten Instanz ist das ein bisschen schwierig, bei der zweiten Instanz will man es irgendwie trotzdem nicht. Dann gibt es Gerichtsverfahren wie beim Familiengericht, wo das sowieso nicht sinnvoll ist. Ich komme nochmal darauf zurück, es ist ein unglaublich offen formulierter Anzug. Also genau das möchte ich ja wissen, wo ist es möglich, wo ist es gut, wo ist es schlecht. Das Appellationsgericht, weil wir haben gehört, beim Bundesgericht ist es von Vorteil, weil das Bundesgericht ja Präjudizien schafft, im Verwaltungsrecht würde ich meinen, schafft das Appellationsgericht deutlich wichtigere und mehr Präjudizien als es das Bundesgericht macht. Es ist ja theoretisch gesehen eigentlich auch die dritte Instanz, zu diesem Instanzenzug können wir gerne an einem anderen Tag sprechen, aber es ist sicher der Ort, wo wir wissen wollen, mit welchen Mehrheitsverhältnissen und genau mit welcher Diskussionsgrundlage hat denn das Appellationsgericht diesen Entscheid getroffen.

Und auch Zirkularentscheide können mit diesem Anzug oder mit den Möglichkeiten, die hier aufgezeigt werden, ohne wesentliche Verfahrensverlängerungen erledigt werden, wenn wir daran denken, dass auch die Dissenting Opinions da drinstehen. Da kann eine Gerichtsperson das fertig geschriebene Urteil zugeschickt bekommen und einfach am Schluss einen Absatz hinzufügen und sagen, Erwägung 4.3 sehe ich aus diesen und diesen Gründen anders. Ich sehe überhaupt nicht, was hier der Nachteil sein soll. Es wurde schon angesprochen, Baselland hat es, das Bundesgericht hat es und der Kanton Basel-Stadt hatte es früher auch und zu diesem Zusammenhang, es ist nicht so, dass man hier lange diskutiert hat und zum Schluss gekommen ist, es ist besser, wenn wir es abschaffen. Es wurde in einem Nebensatz gesagt, ja, wir vereinheitlichen und dann wurde das genauso geheim, wie die Urteilsberatungen sind, abgeschafft.

Zum Argument, dass Rechtsmittel begünstigt werden aus der Beratungspraxis, kann ich Ihnen sagen, die Leute ergreifen eher aussichtslose Rechtsmittel, wenn sie sie nicht gehört fühlen, also wenn sie ihre Argumente bringen und dann kommt ein

apodiktisches Urteil zurück, das heisst genau das Gegenteil davon, dass man mit überzeugten Urteilen weniger Rechtsmittel sieht. Und zu den nebenamtlichen Richterinnen und Richtern, die SP-Fraktion ist davon überzeugt, dass wir genug kompetente Leute nominieren. Wenn Sie daran zweifeln, sollten Sie vielleicht dort daran schrauben und nicht einfach die nebenamtlichen Gerichtspersonen hinter geheimen Urteilsberatungen verstecken. Daher können wir ohne Hemmungen die Überweisung empfehlen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat sich mit den Gerichten selbstverständlich abgesprochen, ich habe vorher auch in einem Satz am Anfang gesagt, dass der Regierungsrat und die Gerichte sich gegen die Überweisung aussprechen. Daher bitte ich Sie zu präzisieren, welche Beeinflussung Sie uns vorwerfen.

Daniel Gmür (SP): Wie gesagt, ich gehe davon aus, dass man Sie von den Gerichten her überzeugt hat. Ich weiss nicht, wieso die Regierung hier eine Meinung haben könnte dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 22 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007947, 18.12.25 16:04:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 66 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

31. Anzug 7 Zaira Esposito und Claudia Baumgartner betreffend Wasserspiel auf dem Tellplatz – eine sprudelnde Piazza fürs Gundeli

[18.12.25 16:04:31, 25.5469.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Und nun zu etwas völlig anderem. Nach diesem Ausflug in die Jurisprudenz sind wir jetzt beim Tellplatz, namentlich beim Wasserspiel auf dem Tellplatz. Der Tellplatz ist zweifellos das Herz des Gundeldinger Quartiers. Seine Entwicklung zur belebten Plaza ist ein Erfolg, den wir alle schätzen. Der vorliegende Anzug, der die Integration eines Wasserspiels ähnlich dem auf dem Bundesplatz in Bern vorschlägt, entspringt zweifellos guten Absichten. Man will die Aufenthaltsqualität steigern und gleichzeitig das Verkehrsproblem lösen. Doch bei genauerer Betrachtung ist dieser Vorschlag weder effizient noch pragmatisch. Das Kernproblem, das der Anzug korrekt beschreibt, ist die Missachtung der

bestehenden Fahrverbote. Verkehrsschilder reichen offensichtlich nicht aus. Die Anzugsteller suchen nun eine kreative Lösung, doch die einfachste, schnellste und kostengünstigste Lösung liegt bereits auf dem Tisch, die Installierung eines Pollers.

Ein Wasserspiel im Strassenbelag ist eine massive Tiefbauinvestition. Es ist technisch komplex, wartungsintensiv und benötigt eine aufwendige Infrastruktur. Physische versenkbare Poller sind eine bewährte Methode, um die Zufahrten zuverlässig zu steuern. Wir sollten das Problem der Verkehrssicherheit prioritär und effizient angehen, nicht mit einem prestigeträchtigen und überdimensionierten Bauprojekt verkomplizieren. Die Vision einer sprudelnden Plaza klingt interessant, aber wer bezahlt die Rechnung? Nicht nur die Installation, sondern auch für den Betrieb und die Instandhaltung. Wasserspiele benötigen regelmässige Wartung, Reinigung, Wasseraufbereitung und sind anfällig für technische Störungen. Der im Anzug erwähnte Brunnen auf dem Vogesenplatz ist ein fixes kleines Element, der Bundesplatz-Brunnen hingegen eine aufwendige technische Anlage im nationalen Kontext. Der Tellplatz braucht keine nationale Prachtmeile, er braucht eine funktionierende, sichere Quartierlösung.

Der Anzug spricht von einem Mehrwert für die Aufenthaltsqualität und das Mikroklima. Das mag stimmen, aber ist ein Wasserspiel die vordringlichste Investition, die sich das Gundeli wünscht? Wir sollten die verfügbaren Mittel dort einsetzen, wo sie den grössten Nutzen für die breiteste Bevölkerungsgruppe stiften und nicht in ein einzelnes teures Prestigeobjekt auf einem bereits belebten Platz. Ich teile das Ziel der Anzugsteller, Sicherheit und Lebensqualität am Tellplatz sind zentral, aber der vorgeschlagene Weg über ein kostspieliges, technisch aufwendiges Wasserspiel, ist der falsche. Setzen wir auf Pragmatismus, die bestehenden Pläne des Regierungsrats für einfache bauliche Massnahmen, sprich Poller, bieten die effektivste und wirtschaftlichste Lösung für das Verkehrsproblem. Man sollte sich auch Gedanken machen, ob die Verkehrsführung auch wirklich sinnvoll ist. Eine Strasse ist eine Strasse und ein Spielplatz ein Spielplatz. Die Vermischung von beidem finde ich problematisch.

Ich bitte Sie daher, dem Regierungsrat zu vertrauen und die Superblock-Erkenntnisse abzuwarten. und den vorliegenden Anzug in Form eines Wasserspiels abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Patrick Fischer, ich habe als Freund des Tellplatzes Ihren Ausführungen aufmerksam gelauscht. Habe ich Sie richtig verstanden, würden Sie also einen Vorstoss für versenkbare Poller am Tellplatz, die würden Sie unterschreiben und unterstützen?

Patrick Fischer (SVP): Eher als ein Wasserspiel, ja.

Balz Herter, Grossratspräsident: Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Die Poller, die finde ich auch eigentlich sehr toll. Sie reden davon, dass die so günstig seien. Wissen Sie, wie teuer die Poller sind?

Patrick Fischer (SVP): Nein, ich weiss nicht, wie teuer ein Poller ist, aber ich kann mir vorstellen, dass ein Wasserspiel aufwendiger ist. Ich habe keinen Poller zu Hause, aber ich habe ein Whirlpool zu Hause.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich weiss jetzt gar nicht, wo hier an der Decke ich das Kreuz machen soll. Jetzt verfolge ich irgendwie über 13 Jahre diesen Grossen Rat und da kommt tatsächlich jemand von der SVP und singt das hohe Lied auf Poller. Der Tag kann eigentlich nicht besser werden. Hätten wir das nur bei der Diskussion über die Innenstadt damals gehabt. Aber auf jeden Fall, der Vorsprecher hat einige Punkte angesprochen. Ich bezweifle, ob das jetzt wirklich wahnsinnig viel günstiger ist, wenn Sie hier einen Poller installieren und ob es wirklich zweckmässig ist. Das Problem ist ja gerade, dass es ein Platz ist, wo sich die Leute aufhalten. Es ist keine Strasse, es ist eine Spielstrasse und ein Wasserspiel wäre vielleicht eine Möglichkeit.

Der Regierungsrat soll prüfen, ob das wirklich dann auch eine durchführbare Möglichkeit ist, wie die Leute sehen, dass es eine Begegnungszone ist, weil das ist das wesentliche Problem. Eine Begegnungszone müsste irgendwie einen Torcharakter haben und das ist einfach nicht erkennbar für die Autofahrerinnen und Autofahrer. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, wenn Sie von der Güterstrasse rechts abbiegen, da hat es schon Schilder, aber wie wollen Sie das sehen? Und wenn Sie ein markantes, optisch sichtbares Element hätten, das das verdeutlicht und dass auch, wenn die Strasse frei ist, den Weg freimacht, damit sie mit dem Auto drüberfahren können, dann wäre das absolut sinnvoll und deswegen denke ich, ist es auch sachgerecht, dass der Regierungsrat hier prüfen kann, ob so ein Wasserspiel, das Sie ja nur zu gewissen Zeiten anstellen können, eine Möglichkeit wäre, das zu machen. Sie haben auch noch den Vorteil, wenn Daniel Seiler mit dem Auto drüberfährt, auch wenn es zu ist, dann ist gerade unten das Auto geputzt. Ich kann mein Fahrrad putzen, wenn ich trotzdem drüberfahren will. Es gibt eigentlich hier nur Gewinner. Bitte überweisen Sie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, Sie haben mich geweckt vorher schon. Ich bin weder ein Freund des Wasserspiels noch ein Freund der Poller, was Sie vielleicht nachvollziehen können, aber ich teile die Meinung, dass ein Verkehrsschild, wenn man einfach unten drunter irgendetwas schreibt wie von Januar bis Februar oder von Ding bis Ding, dass das halt effektiv auf einer Strasse und es ist und bleibt da eine Strasse, wir können diese Strasse auch umwidmen und anders bezeichnen, es ist in erster Linie in Gottes Namen, das sollte ich eigentlich nicht sagen, es ist eine Strasse und Strassen sind dazu da, um darüber zu fahren. Es fahren Velos darüber, es fahren Autos darüber, es fahren Taxis darüber, vielfach fahren auch noch öffentliche Verkehrsmittel darüber. Und wenn Sie jetzt wirklich anfangen wollen, Strassen mit Wasserspielen zu bespielen, dann muss ich langsam schon anfangen, dann sind wir wieder in der Diskussion, die wir gestern geführt haben über lustige Geschichten. Also bitte lassen Sie Strassen Strassen sein und Parks Parks und gehen in den Park spielen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Daniel Seiler, können Sie sich vorstellen, dass wenn an einem laueren Sommerabend drei-, vierhundert Leute am Tellplatz sitzen und dann ein Auto vorbeikommt, vielleicht sogar noch mit wunderbarer Begleitmusik oder aufgemotztem Motor und wunderbaren Beschallung, dass das nicht nur beliebt ist und dass darum dieses Bedürfnis aus dem Quartier stark vorhanden ist nach Beschränkung?

Daniel Seiler (FDP): Ich gehe manchmal auch nach draussen und es ist ja durchaus auch möglich, dass man mal zwei, wie heissen diese Verkehrsdinger, hinstellt und wenn man ein Fest hat, werden auch nicht 100 Leute durchfahren, aber es gibt auch nicht jeden Abend da ein Fest, da müssen wir auch die Kirche im Dorf lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Claudia Baumgartner als Zweitunterzeichnende.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich habe mich jetzt wirklich auch nicht vorbereitet, ich habe nicht gedacht, dass das hier noch eine Debatte geben wird. Auch ich denke hier, der Anzug ist extrem offen formuliert. Es geht um ein Prüfen und Berichten von etwas, von dem wir eben genau nicht Bescheid wissen, wie teuer es ist. Wir wissen grundsätzlich, Klimaadaptionsmassnahmen, Aufenthaltsqualität in den Städten, sind wir alle am Prüfen, werden alle kosten. Wir haben auch geschrieben im Anzug, dass wir das gerne behandelt haben möchten mit dem Anzug von Oliver Thommen, wo es um das attraktive Zentrum im Gundeli geht. Dieser Anzug wurde ein weiteres Mal jetzt stehen gelassen. Wir haben gehört, dass die Regierung nach Abschluss der Superblock-Pilots prüfen möchte, wie sie das umsetzen kann, auch im Gundeli. Ich wohne selber im Gundeli und ich weiss von der Bevölkerung, wie sehr wir da eigentlich froh wären, wenn wir wirklich in diesem Zentrum dort eine Entlastung hätten. Und vielleicht noch an die Adresse von Patrick Fischer, es war nämlich auch nicht unsere eigene Idee, es war die Idee eines Polizisten, der damit auf uns zugekommen ist. Von daher hoffe ich, dass Sie trotzdem uns unterstützen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 20 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007950, 18.12.25 16:15:56]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 72 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen.

32. Anzug 8 Daniel Albietz betreffend Bereitstellung und Publikation mündlicher Interpellationsantworten

[18.12.25 16:15:58, 25.5470.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Ratsbüro zu überweisen.

33. Anzug 9 Daniel Albietz betreffend Präsenzfeststellung an Grossratssitzungen

[18.12.25 16:16:19, 25.5471.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Ratsbüro zu überweisen.

34. Anzug 10 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Leerstand der Messe Basel und die Suche nach Zwischenlösungen für die prekäre Sporthallen-Situation im Kanton Basel

[18.12.25 16:16:43, 25.5472.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Es ist so, es gibt in unserem Kanton einen grossen Bedarf an zusätzlicher Sportinfrastruktur und wenn wir uns nun dennoch kritisch zu diesem Anzug äussern, dann hat das zwei Gründe. Erstens, wir stören uns ganz grundsätzlich daran, wie unsere Messe permanent schlecht geredet wird. Natürlich müssen wir kritische Begleiter sein und sollen auch Einzelentscheide, zum Beispiel Katar, kontrovers diskutieren. Aber ein Unternehmen, zu dessen grössten Aktionären wir gehören, ist schon auf ein grundsätzliches Wohlwollen seiner Miteigentümer angewiesen, sonst kann auch die beste Unternehmensführung nichts ausrichten.

Ja, die Basel World, die gibt es nicht mehr wegen groben Fehlern im Management. Das ist jetzt sechs Jahre her und die Verantwortlichen sind alle nicht mehr da. Aber wir definieren die Messe irgendwie immer noch darüber, wie sich an diesem Vorstoss zeigt. Es ist Zeit, sich damit abzufinden, sie kehrt nicht mehr zurück. Wir sollten den Fokus auf eine positive Entwicklung in der Zukunft richten. Und deshalb ist der erste Absatz dieses Anzuges so ärgerlich. Nein, die Hallen stehen nicht einen grossen Teil des Jahres leer. Im zweiten Halbjahr waren die Hallen vollständig zu 100% ausgelastet. Die Auslastung steigt seit 2023 an. Das ist in unserem Interesse, denn volle Hallen bedeuten eine erfolgreiche MCH Group und das sollten wir uns alle wünschen. Und nein, die MCH Group hat nicht alle grossen Messen ausser der Art Basel verloren. Die Fantasy Basel ist ein grosser Erfolg mit fast 100’000 Besuchern, die Tendenz wachsend. Und auch die Swissbau kann man, glaube ich, durchaus als grosse Messe bezeichnen.

Und zweitens fragen wir uns schon, wie man sich das jetzt hier konkret vorstellt. Ein Schwimmbad, ein provisorisches in einer Messehalle. Ernsthaft, wie stellen Sie sich das vor, ein Pool, der dann ständig rein und wieder rausgenommen wird, weil die Halle, die wird ja doch dann immer wieder auch benötigt? Ich dachte, das Musical Theater sei eine absurde Idee, aber das lässt sich offensichtlich noch toppen. Es gibt heute bereits ein Sportangebot in der Rundhofhalle, ich weiss nicht, ob Sie die schon mal genutzt haben. Das ist für Sport in kleinen Gruppen, beispielsweise Paddeltennis, Badminton, Beachvolley, wenn Sie da mal waren, dann wissen Sie, dass es da zwei Duschen pro Geschlecht gibt. Aber wenn ich jetzt sehe, was da gewünscht wird, wie stellen Sie sich das denn bei Mannschaftssportarten vor? Das sind dann ganz andere Anforderungen an sanitäre Anlagen, das sieht dann doch nochmals ganz anders aus. Und auch hier, das wäre ja dann nicht eine dauerhafte Lösung, sondern muss ständig auf- und wieder ausgebaut werden mit Hallen, die natürlich für den Messebetrieb immer wieder benötigt werden.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können das schon prüfen, aber wir als FDP-Fraktion würden uns da schon ein bisschen Realitätssinn wünschen und deshalb lehnen wir diesen Anzug ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitta Gerber hat das Schlusswort.

Brigitta Gerber (BastA): Ich dachte schon, mein Mitunterzeichner würde sich auch noch melden, aber er hat es, glaube ich, nicht geschafft. Was Luca Urgese jetzt gesagt hat, finde ich sehr absurd. Also der Start, den er vor allem gebracht hat, ich würde mich da lamentieren über die Messe, ich habe ja gar nichts geschrieben zur Messe und ihrem finanziellen Status, ich habe auch nichts zu Katar geschrieben. Ich wollte vor allem wissen, ob sich die Regierung doch mal überlegen könnte, wie man, wir sind immerhin mitbeteiligt bei diesem Unternehmen, wie man die Zeit, die eine Messe nicht bespielt wird, leer steht, nutzen kann, vor allem wenn man gleichzeitig massive Kapazitätsprobleme hat im Bereich Sport.

Ganz viele Vereine, ich weiss nicht, ob sie vereinsnah sind, haben ein massives Problem im Moment, weil es zu wenig Hallen gibt und weil sie es nicht nutzen können und das ist auch gerade, wenn man zum Beispiel, ich weiss es vom Handball sehr genau, wenn man am Aufbauen ist von starken Teams, dann kann man nicht jedes zweite Mal das Training einfach ausfallen lassen, weil man keinen Platz hat. Schauen Sie sich an, wie viele Hallen im Moment entweder umgebaut werden müssen, zu sind für den Vereinssport, usw. und man kann natürlich selbstverständlich gewisse Sportarten, auch Mannschaftssportarten, in einer grossen Halle platzieren. Das gibt es noch und noch, das gibt es zum Beispiel für Strandvolleyball, Beachvolleyball noch und noch, also das ist kein Problem.

Das mit dem Schwimmbad, ja, das habe ich ein bisschen als Joke, um Sie daran zu erinnern, wo wir das auch schon mal wollten, hingeschrieben. Aber ich denke, es ist wichtig, dass wir einfach nochmals von der Regierung wissen, ob das nicht eine Option wäre. Ich denke, es ist ein Anzug und wir können das gut, also ausser Ihnen haben wir eigentlich das auch alle als sinnvoll empfunden, dass man einfach da nochmal einen Blick hinwerft und vielleicht gibt es wirklich Möglichkeiten für einzelne Sportarten, das zu verbessern. Jetzt sehe ich da David Jenny. Ich wollte deshalb sagen, bitte unterstützen Sie den Vorstoss, aber jetzt kommt David Jenny noch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage entgegen?

David Jenny (FDP): War der Kanton Basel im Titel auch ein Joke?

Brigitta Gerber (BastA): Nein, ich kann jetzt natürlich nichts sagen, aber ich danke David Jenny, dass Sie das zu Protokoll gegeben haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 5 Nein, 10 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007954, 18.12.25 16:24:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 71 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen für die Überweisung entschieden.

35. Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Basler Kampagne gegen den Schlaganfall

[18.12.25 16:24:09, 25.5473.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Diese wird bestritten durch Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): In drei Monaten kommt der Anzug betreffend Basler Kampagne gegen den Herzinfarkt, drei, vier Monate später kommt der Anzug betreffend Basler Kampagne gegen das Melanom, drei, vier Monate später der Anzug betreffend Basler Kampagne gegen den Darmkrebs. Der Aortariss würde sich vielleicht noch anbieten, usw., Raoul Furlano kennt da noch viel mehr Ideen, als sie mir in den Sinn kämen.

Spass beiseite, Sie spüren, worauf ich hinaus will, lassen wir doch die Aufgaben des BAG beim BAG. Ich glaube, dieser Anzug hätte den Titel verdient, ein BAG light für den Kanton Basel-Stadt. Ja, man beginnt mal mit dem Schlaganfall. Es wird gefordert auf allen Kanälen, in vielen Sprachen, selbstverständlich beginnend bei der Prävention, also wird man uns dann erzählen müssen, dass wir mit dem Rauchen aufhören sollen, am besten nicht mehr saufen, rotes Fleisch hilft vielleicht auch nicht, usw. Ja, wenn das das BAG sagt, dann kann ich damit leben, das ist eben ihre Aufgabe, aber ist es wirklich die Aufgabe des Kantons, jetzt das auch noch zu duplizieren? Alles, was wir hiermit machen, meine Damen und Herren, ist Regierungsrätin Tanja Soland Argumente zu liefern, warum der Grosse Rat schuld ist, wenn die Ausgaben Jahr für Jahr steigern.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Dieses Votum hat mich jetzt schon ein bisschen erstaunt. Ich sage vielleicht ein paar Fakten, aber Herr Furlano weiss das bestens. In der Schweiz ereignen sich zwischen 40 bis 50 Schlaganfälle pro Tag, also es ist jetzt nicht irgendwie was so, das ist der häufigste neurologische Notfall und wir wissen alle, bei einem Schlaganfall zählt jede Minute. Das Risiko, einen Schlaganfall zu erleiden, steigt auch mit zunehmendem Alter. Es ist daher angezeigt, einerseits die Behandlungsmodalitäten und die Rehabilitation zu stärken, das haben wir in unserem Kanton, ich denke, das besteht, ich spreche übrigens, das habe ich noch vergessen, auch für die Fraktion BastA und GRÜNE/jgb, aber es ist daher auch schon angezeigt, dass neben diesen Behandlungen von Schlaganfällen auch die Prävention gestellt wird. Ich weiss nicht, wie man da ein Problem haben könnte und zu meinen, das muss nur vom BAG kommen. Und dann habe ich noch nachgeschaut, wann war die letzte Kampagne. Wenn ich jetzt mich nicht geirrt habe in meiner Internet-Recherche, dann war das im Jahr 2020, und dann bin ich noch auf den Link, da kam die Errormeldung. Also einfach nur so zum sagen, was jetzt gerade wirklich fast schon Kampagnen am Laufen sind. Ich denke schon, dass man als Kanton die Prävention auch in ihrem Bericht immer wieder erwähnt, dass das ein Ziel ist, dass man da auch als Kanton tätig sein kann.

Dann haben Sie vielleicht gestern in der BAZ gelesen, es ist nicht 1:1 zum Übernehmen, aber trotzdem, da steht; Schweiz Schlusslicht in der Gesundheitsprävention. Es ist klar, dass die Ländervergleiche nicht immer alle Parameter mit aufnehmen, aber trotzdem, die Schweiz ist hier am Schlusslicht. Also ich denke dann schon, ist es ein bisschen zu einfach und salopp daher gesagt, man kann bei jeder nächsten Krankheit die nächste Kampagne machen, wenn wir wissen, dass ein Schlaganfall eine hohe Mortalität hat. Wenn uns das egal ist, dann kann man sagen, solche Sensibilisierungskampagnen lassen wir am besten ganz sein, das braucht auch nicht das BAG. Aber ich denke schon, dass wir hier diesen Anzug überweisen sollten, um auch, weil ich selber gar nicht unbedingt so wusste, was denn eigentlich die Symptome sind, und ich glaube auch nicht, dass hier alle im Saal das sofort wissen könnten, welche fünf oder vier Symptome man benennen müsste, um das dann genau zu sagen, das könnte ein Schlaganfall sein.

Deswegen, meine Damen und Herren, überweisen Sie bitte diesen Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich bin jetzt hier angesprochen worden und deshalb fühle ich mich verpflichtet, hier zu reden. Auch um zu sagen, warum ich das nicht eine wahnsinnig gute Idee finde, so einen Anzug kantonal zu überweisen, wenn das das BAG macht. Ich gebe Oliver Bolliger recht, präventiv sind wir schlecht, da stehen wir, zumindest, was so geschrieben wird, da stehen wir schlecht da. Weiterbildung: Schlaganfälle, verwaschene Sprache, Wesensveränderung, plötzlich einschiessendes Kopfweh, komisches Laufen, Schwindel, all das sind Symptome übrigens, die wir ja hier recht gut schon ziemlich kennen.

Nochmal, ohne ein Besserwisser sein zu wollen, ja, es gibt tatsächlich viel mehr andere Krankheiten und da gebe ich meinem Kollegen recht, der gesagt hat, Melanom ist häufiger als ein Schlaganfall, Diabetes ist häufiger als Schlaganfall. Es gibt noch x Erkrankungen, mindestens 7, 8, 9 Erkrankungen, die viel, viel häufiger sind als Schlaganfälle. Und wenn wir jetzt anfangen, für jedes und alle staatliche Gelder einzusetzen für eine Präventionskampagne auf kantonaler Ebene, muss ich sagen, das ist nicht weit gegriffen und finden wir von der LDP nicht sehr schlau.

Darum bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Und wenn er überwiesen wird, ist es auch kein Drama, aber ich hoffe dann, dass der Regierungsrat vernünftig auch darauf antworten wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich war schon etwas erstaunt über das Votum, insbesondere von Herrn Amiet, der jetzt, fand ich jetzt wirklich etwas salopp, da über verschiedene alles ernste Krankheiten hinwegging und man könne ja nicht alles machen. Also wir sind als Kanton doch auch für Gesundheitsförderung zuständig. Wir haben schon Kampagnen gesehen, die sich einsetzen oder das Programm Gsünder Basel. Es ist doch klar, dass wir hier die Leute viel direkter ansprechen können, zum Beispiel mit einem Tramaushang und solchen Sachen, als das von Bern auskommt. Ich kann sicher nicht so gut wie mein Vorredner sagen, was jetzt wie häufig ist, aber was ich weiss, ist, dass beim Schlaganfall jede Sekunde zählt, und zwar, ob die Person überlebt oder ob sie gar nicht überlebt oder ob sie Folgen davon trägt. Ein lieber Freund, er war auch einmal Grossrat hier, hatte vor einigen Jahren einen Schlaganfall und dank dem Umstand, dass seine Frau Krankenschwester war und er selbst auch die Frühsymptome erkannte, er fand plötzlich die Worte nicht mehr, konnte er rechtzeitig in das Schlagzentrum eingeliefert werden und hat sich vollständig wieder erholt von diesem Schlaganfall, ist dann leider später doch an einer völlig anderen Krankheit verstorben. Es hatte aber nichts mit dem Schlaganfall zu tun.

Es ist wirklich etwas, wo man nicht genug sagen kann, diese und diese und diese Symptome. Frau Trevisan, die Anzugstellerin, wird sicher noch kompetenter als ich, sie hat ja auch eigene Erfahrungen im Umfeld, darüber berichten, aber

es ist wirklich so, dass man nicht oft genug sagen kann, Achtung, Sie retten Leben, Ihr eigenes oder das eines guten Freundes, einer guten Freundin, wenn Sie hier immer wieder sagen, aufpassen, das deutet auf einen Schlaganfall hin. Selten ist doch Geld so gut eingesetzt, wie wenn es um die Rettung von Menschenleben oder um die Vorbeugung von wirklich traurigen Folgeerscheinungen geht und deshalb bitte ich Sie doch wirklich, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat die Anzugstellerin Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich bin empört, aber eigentlich bin ich sehr betroffen. Herr Amiet, Ihre Aussagen machen mich wirklich traurig. Über eine solche Erkrankung, einer Krankheit wie Hirnschlag Witze zu machen oder Spässle zu machen oder einfach in diese Ironie da hineingehen, ist total unangebracht. Meine Mutter hat genau vor sieben Monaten einen Hirnschlag gehabt, es war die schlimmste Erfahrung meines Lebens und ich kämpfe jetzt gerade mit den Tränen, wenn ich jetzt hier mit Ihnen reden muss. Das Ausmass dieser Erkrankung fehlt Ihnen, was es bedeutet für Menschen, die einen Hirnschlag hatten, die plötzlich mit einer Lähmung zu kämpfen haben, die nicht mehr schlucken können, nicht mehr trinken, nicht mehr essen können, nicht mehr sprechen können, nicht mehr gehen können und die Angehörigen hilflos zuschauen müssen und hoffen, dass diese Person nicht stirbt. Es ist wirklich eine schlimme Erkrankung. Man darf nicht alle Erkrankungen gleichsetzen. Selbstverständlich braucht es nicht eine Kampagne für alle Krankheiten, aber für ganz Schwerwiegende, die Folgen haben, nicht nur für die Betroffenen und Angehörigen, sondern auch für die Gesellschaft, weil es mit hohen Kosten verbunden ist, ist eine Kampagne im Hinblick auch auf Prävention angebracht.

Der Schlaganfall ist eines der grössten Gesundheitsprobleme der Schweiz. Bis zu 20’000 Menschen jährlich, alle 30 Minuten ein neuer Fall. Er ist die dritthäufigste Todesursache und die häufigste Ursache für bleibende Beeinträchtigungen im Erwachsenenalter. Hinter jeder Zahl stehen Menschen, die plötzlich nicht mehr sprechen können, nicht mehr gehen, nicht mehr schlucken oder greifen können, ich habe es schon erwähnt. Und Angehörige, die von einem Tag auf den anderen Pflegeverantwortung übernehmen. Dabei funktioniert unser medizinisches System hervorragend, wenn die Betroffenen rechtzeitig im Spital ankommen. Und genau hier liegt das Problem. Ein Drittel der Bevölkerung kennt kein einziges Symptom, ein Drittel kennt die Notrufnummer 144 nicht und ein Drittel kommt zu spät für eine wirksame Behandlung. Diese Zahlen sind alarmierend. Sie zeigen, Wissen entscheidet über den Verlauf eines Schlaganfalls und dieses Wissen fehlt. Besonders betroffen sind Menschen, die sprachlich, sozial und gesundheitlich ohnehin benachteiligt sind. Wer von Chancengleichheit im Gesundheitswesen spricht, muss bei der Information beginnen. Darum braucht es eine starke, breite, mehrsprachige Basler Kampagne. Eine Kampagne, die Symptome verständlich erklärt, die Dringlichkeit vermittelt und deutlich macht, sofort handeln, 144 anrufen, die präventives Wissen ebenso vermittelt wie Akutwissen und die Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen erreicht. Eine solche Kampagne ist nicht nur wichtig, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Jeder früh erkannte Schlaganfall spart enorme Kosten für Rehabilitation, Pflege und Langzeitbetreuung und schützt Lebensqualität, Autonomie und Familien.

Natürlich können wir nicht für jede Krankheit eine Kampagne machen, aber wir müssen dort ansetzen, wo der Nutzen besonders gross ist und kaum irgendwo ist der Effekt so unmittelbar wie beim Schlaganfall. Die Informationslücke ist gross, die Folgen sind dramatisch, die Botschaft ist einfach, die Wirkung einer Kampagne ist nachweislich hoch. Genau deshalb ist dieser Vorstoss notwendig. Ich bedaure nun, wenn ich auf die Kreuztabelle schaue und auch Voten jetzt gehört habe, Mitglieder der SVP haben diesen Anzug unterschrieben, Herr Furlano hat auch diesen Anzug unterschrieben und jetzt enthalten Sie so und sind dagegen. Solche Wendungen erschweren die politische Zusammenarbeit. Umso mehr hoffe ich jetzt auf eine klare Haltung hier im Rat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 27 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007956, 18.12.25 16:37:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

36. Anzug 12 Joël Thüring und Konsorten betreffend faire Abstimmungsvideos des Kantons statt einseitiger Information

[18.12.25 16:37:54, 25.5474.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ja, wir bestreiten diesen Anzug, weil wir ihn für unnötig halten. Jeder Social-Media-Kanal, wenn er denn professionell geführt wird, hat eine Strategie. Ich habe mir den Account angeschaut, den Sie so kritisieren. Dieser Account ist ein Sprachrohr des Kantons und des Regierungsrates und darum macht es auch total Sinn, dass die Meinung des Regierungsrates, nicht einzelner Regierungsräte oder Regierungsrätinnen, sondern des Gremiums dort wiedergegeben wird. Und es ist auch so gekennzeichnet, niemand sagt, das ist eine neutrale Information. Nein, es wird gesagt, das ist die Haltung des Regierungsrates. Und ich glaube, das muss man unterscheiden. Sie haben einfach nicht verstanden, was die Strategie ist.

Gestern wollten Sie hier kürzen, Sie haben gesagt, man muss die Aufgaben überprüfen, man kann nicht immer ausbauen und jetzt stehen Sie hier und dann wollen Sie eine neue Aufgabe hinzufügen oder die Aufgabe erschweren. Da müssen Sie sich nicht wundern, wenn allein im PD im Stab vier Menschen für Kommunikation zuständig sind, wenn Sie immer wieder neue Aufgaben erfinden.

Ich finde auch, dieser Vorstoss steht exemplarisch für die Empörungsbewirtschaftung der SVP. Ein Journalist ruft Sie an und sagt, hast du das gesehen, dieses Video, voll einseitig. Sie können sich auf dieser Plattform darüber auslassen und sagen, ja, der Kanton macht alles falsch, die Verwaltung so blöd, und da machen Sie einen Vorstoss, aber Sie machen nicht mal eine schriftliche Anfrage, nein, Sie machen einen Anzug. Dabei sind Sie jetzt wirklich nicht erst seit gestern in diesem Parlament, Sie wissen doch, welches Instrument für welches Anliegen das richtige ist. Und jetzt müssen wir hier abstimmen. Es wird überwiesen, alles gut, in zwei Monaten kommt die Antwort, das, was ich Ihnen jetzt gerade gesagt habe. Vielen Dank für die Beschäftigung der Verwaltung. Peinlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird nicht entgegengenommen. Herr Thüring hat das Schlusswort.

Joël Thüring (SVP): Ich frage mich manchmal, mit welcher Emotion Sie sich über Vorstösse echauffieren können, die völlig harmlos sind. Da wundere ich mich manchmal, mit was für Sorgen Sie so durch den Tag schreiten müssen. Offengestanden habe ich jetzt von Ihren auch eher sehr dürftigen Argumenten, die ja auch gar keine Argumente waren, nichts Neues gehört, was mich davon abbringt, festzuhalten, dass dieser Anzug selbstverständlich sehr richtig ist und es hat auch nichts damit zu tun, dass irgendjemand zusätzlich beim Kanton neu angestellt werden soll, sondern dass die Videos, die ja ohnehin erstellt werden bei gewissen Abstimmungsvorlagen künftig beide Positionen berücksichtigen. In welcher Form dies geschieht, darf der Regierungsrat in seinem Social-Media-Konzept, sofern es denn dieses überhaupt gibt, selber festlegen. Aber es ist aus meiner Sicht selbstverständlich, dass in einem solchen Prozess mit Abstimmungsvideos die Meinungen der Gegenseite genauso zu Wort kommen wie beispielsweise auch im Abstimmungsbüchlein, welches ja auch vom Regierungsrat respektive von der Verwaltung verschickt wird.

Und wenn man nun, was ich ja begrüsse, auch auf die neuen Medien setzt, auf die sozialen Medien setzt mit Videos, damit vielleicht auch neue Menschen davon überzeugt, abstimmen oder wählen zu gehen, dann gehört es für mich zur Selbstverständlichkeit, dass genau gleich wie das Abstimmungsbüchlein auch dort beide Positionen entsprechend auch zu Wort kommen. Und ich würde sogar behaupten, dieser Vorstoss ist im Interesse aller, denn jeder hier in diesem hohen Hause ist einmal für ein Geschäft des Regierungsrates und jeder ist einmal gegen ein Geschäft des Regierungsrates. Deshalb hat ja auch Ihre noch Fraktionspräsidentin Frau Seggiani im gleichen Medium, das Sie nun soeben kritisiert haben,

eigentlich relativ dasselbe gesagt, wie ich nun mit meinem Vorstoss und deshalb freue ich mich, wenn Sie alle oder auch nicht alle diesen Anzug an den Regierungsrat überweisen. Und ich würde für die Zukunft mir doch wünschen, wenn weniger Emotionen hier dabei wären, wenn es um relativ simple Vorstösse geht, die auch nun wirklich keine Hidden Agenda haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 25 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007958, 18.12.25 16:43:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

37. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle, Zwischenbericht des RR

[18.12.25 16:43:32, 20.5443.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Erfüllung der Motion Ebi um zwei Jahre zu verlängern. Möchte der Regierungsrat das Wort? Herr Atici redet in einer zweiten Runde. Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ja, es geht wieder um die Sporthalle und um das Schwimmbad. Ich habe mich da auch extrem vorbereitet. Angefangen hat das im 2020. Am 19. November 2020 habe ich eine Motion eingereicht, die von allen netterweise unterschrieben wurde. Wir haben das einstimmig überwiesen. Die Antwort kam dann vom Regierungsrat, wir wollen es nicht recht, aber doch, es wurde dann das zweite Mal überwiesen am 30. 3. 2021. Am 9. Juni hat dann wieder der Grossrat beschlossen, ja, wir wollen es irgendwie schon, wir müssen ja jetzt, aber wir wollen es irgendwie doch nicht recht und dann ist das so weitergegangen. Dann wollte man es dann irgendwann einmal verschieben um zwei Jahre, weil ja doch dann das Musical auch noch ein Thema wurde mit dem Schwimmbad, man könnte ja ein Schwimmbad ins Musical machen. Woraufhin aber dann die Künstler und die Kunstszene gekommen ist und gesagt hat, ja nein, das wollen wir dann doch nicht, dann hat das wieder blockiert. Dann ist der Regierungsrat wieder gekommen und hat gesagt, ja, wir müssen das jetzt trennen, wir müssen die Publikumssporthalle trennen von diesem 50-Meter-Wettkampfbecken. Dann hat das wieder Zeit gebraucht, dann hatten die Schwimmer auch noch das Gefühl, sie müssen eine Initiative einreichen, wo es dann vielleicht eine Abstimmung darüber gibt.

Im 2023 hat man es dann nochmals zwei Jahre verschoben, man hat es verschoben bis ins 2025 und jetzt sind wir im 2025 und wir verschieben es, Überraschung, Überraschung, wieder um zwei Jahre. Und so geht das die längste Zeit und man hat mir einmal gesagt, als ich frisch angefangen habe hier in diesem Parlament, in der Politik haben wir die alten Eingesessenen, die jetzt nicht mehr dabei sind, darum darf ich die Namen auch nicht sagen, die haben gesagt, weisst du, wenn du hier reinkommst ins Parlament, das ist grossartig, aber eigentlich geht es hier drinnen nicht darum, dass man etwas umsetzen kann, sondern man kann es einfach brillant verhindern. Ob die recht hatten oder nicht, das weiss ich nicht, jetzt, nachdem ich das aufgezählt habe, ich neige ein bisschen dazu, diesen zu glauben.

Es ist wirklich wahnsinnig schade. Wir wissen alle, das Sportamt, die Regierung, da bin ich sicher, die Bürgerinnen und Bürger, alle, die Sport treiben, wir haben eine EURO gemacht, ich habe es auch schon mal erzählt, mit Nachhaltigkeit für die jungen Fussballerinnen vor allen Dingen, aber auch für die jungen Fussballer. Wir hatten vor einem Jahr auch noch eine Handball-Europameisterschaft in Basel, Basel Tourismus freut sich wahnsinnig über die gestiegenen Hotelübernachtungen, die gebucht werden, also alles ist ganz toll, alles ist super, aber wir hier in Basel wollen «à tout prix» nicht vorwärts machen, wenn es um den Sport geht. Und es ist mir absolut nicht erklärlich, warum nicht.

Der Platz ist logisch, das ist das Joggeli, es gibt keinen anderen Platz. Wir können im Klybeck im 2070 dann vielleicht einmal auch noch eine Schwimmhalle bauen, aber dann sind die meisten von uns nicht mehr hier. Also müssen wir irgendwo im Joggeli etwas machen, auf dem Unort mit diesen Bäumen, wo wir nie parkieren können. Sie wissen, welchen Platz ich meine, dort stehen immer irgendwelche Lastwagen, wenn ein Event in der grossen Halle ist, aber sonst ist der Platz leer. Und wehe, Sie stellen es trotzdem mal hin, ich meine das Auto, dann kommt blitzartig einer, der Ihnen eine Busse gibt. Dort eine richtige Halle hinzubauen und die ganze Sache entspannt sich total, auch für den Breitensport dann in den Quartieren. Es liegt so auf der Hand und jede Sportlerin und Sportler, die / der ehrenamtlich mit dem Sport seit Jahrzehnten zu tun hat, die / der so viel Gutes macht auch für die ganze Gesellschaft, den Jungen Sozialkompetenz lernt, Respekt voreinander – ich habe fast noch nie ein Glöckchen gekriegt. Dieses Thema ist mir echt wichtig und ich finde es wahnsinnig schade, wenn das wieder zwei Jahre länger geht. Ich freue mich total auf die Informationen von Regierungsrat Atici, der sagt….

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielleicht zuerst etwas Allgemeines. Sowohl die Motion Ebi als auch Anzug Schmid fordern ein neues Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken und die Motion Ebi verlangt zudem eine neue Publikumssporthalle. Ja, ich muss zugeben, das ist nicht etwas Neues in unserem Kanton und vielleicht sind Sie jetzt auch mit meiner Rede nicht ganz zufrieden, ich kann es gut verstehen. Dass der Bedarf in unserem Kanton an Sporthallen immer wächst, das ist auch eine Realität. Mit den Einwohnerinnen- und Einwohnerzahlen, mit den Schülerinnen- und Schülerzahlen und auch Mitglieder bei den Sportvereinen, die zum Teil je nach Verein über 50% aus den Nachbarkantonen oder -Regionen zu uns kommen, für alle tatsächlich auf diesem engen Raum eine Lösung zu finden, ist nicht so einfach.

Wir arbeiten jetzt an einer Lösung, die nicht eine Sportart gegen die andere ausspielen will. Wie auch Kollege Ebi vorhin erwähnt hat, der Regierungsrat wollte am Standort des Musical Theaters unbedingt ein Hallenbad, das ist ja gescheitert und seitdem schauen wir potenziellen Möglichkeiten an und Immobilien Basel-Stadt ist ganz aktiv dahinter. Diese Suche ist für ein Hallenbad, eine Publikumssporthalle und eine Eishalle. Und Sie können sich auch gut vorstellen, dass es nicht so einfach ist, für alle diese drei grossen Projekte innerhalb einer kurzen Zeit etwas zusammenzustellen, denn nach dieser Ablehnung Musical Theater sollten wir nochmals die bestehenden Varianten gut evaluieren.

Ich kann Ihnen sagen, dass alle involvierten Stellen mit Hochdruck an einem Vorschlag für einen neuen Standort arbeiten, wenn es geht, für alle diese Sportarten und deswegen beantragt der Regierungsrat, diese Motion und den Anzug weiterhin stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Frist entsprechend dem Antrag des Regierungsrates verlängert.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist um zwei Jahre zu verlängern.

37.1. Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend 50-Meter-Schwimmbecken in der Region Basel, Schreiben des RR

[18.12.25 16:52:00, 17.5132.05]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

38. Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten, Schreiben des RR

[18.12.25 16:52:06, 23.5454.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Herr Seiler hat sich gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich glaube, die Kreuztabelle sagt ja eigentlich, dass wir das doch nochmal anschauen wollen. Ich würde das gerne kurz ausführen und möchte mich zuerst bedanken beim Regierungsrat auch für die Beantwortung des Anzugs. Die Antworten, da ich selber kein Gesundheitsexperte im weitesten Sinne bin, habe ich mich natürlich mit entsprechenden Leuten abgesprochen und mich auch ein bisschen informieren lassen, wie die aktuelle Situation ausschaut.

Im Anzug geht man ja eigentlich nicht so ganz auf die Kernfrage ein, haben wir denn eine Unterversorgung mit Hausärzten oder haben wir diese nicht. Man erwähnt den Nebensatz, dass die Versorgung gewährleistet sei, geht aber da nicht sehr stark darauf ein. Wenn ich mir die Rückfragen von Expert*innen aus diesem Feld anhöre, dann ist es halt schon so, dass im täglichen Leben die Menschen scheinbar wirklich Probleme haben, einen Hausarzt oder eine Hausärztin zu finden. Und falls sie dann einen finden, dass es in einer Zeit stattfindet, wo sie halt zuerst doch ins Spital gehen in den Notfall und dann genau diese Situation entsteht, die wir ja alle nicht wollen, dass die Leute in den Notfall gehen für kleinere Sachen, die sie vielleicht beim Hausarzt erledigen könnten. Das ist sicher ein Problem.

Und ein grosses Problem, höre ich auch, ist die Pensionierung, dass ein Arzt pensioniert wird und die Leute, die Personen, die dann übernehmen, vielfach in Teilzeit arbeiten, das heisst, die präsentierten Zahlen auch nicht unbedingt den Ausschluss darüber geben, haben wir jetzt da effektiv eine Unterversorgung. Deshalb würde ich eigentlich vorschlagen, dass wir uns mit dem Thema noch ein bisschen weiter auseinandersetzen und daher wäre ich froh, wenn wir diesen Anzug stehen lassen könnten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster Sprecher kommt Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Vielleicht noch ergänzend zu Herrn Seiler, in der Antwort des Regierungsrats zum Anzug wird aufgezeigt, dass die Versorgungslage bei der ärztlichen Grundversorgung in den letzten fünf Jahren sich verbessert hat. Das wird ja aufgezeigt mit den Zahlen. Darüber sind wir sicher froh, denn die Hausarztmedizin ist die Grundlage für die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung. Diese ist also sehr wichtig. Es wurden ja auch Massnahmen getroffen, um diese Grundversorgung zu fördern, insbesondere das Förderprogramm für Praxisassistenzstellen in Hausarztpraxen. Diese Massnahme begrüssen wir sehr und ist auch von Bedeutung, damit der medizinische Nachwuchs sich vermehrt auch eine zukünftige Tätigkeit in einer Hausarztpraxis vorstellen kann und dies dann auch so weiterverfolgen.

Gemäss der Antwort der Regierung wäre dies ausreichend und es bräuchte zurzeit also keine weiteren Massnahmen. Aber irgendwie passen diese Antworten, also ich glaube Ihnen natürlich schon, dass da etwas gemacht worden ist und dass sich auch etwas verbessert hat, aber nicht zu meinem Alltagserleben und auch nicht, was ich so in meinem beruflichen Kontext mitbekomme. Wenn wir für bestimmte Personengruppen irgendwie Hausärzte oder Hausärztinnen finden müssen, dann haben wir irgendwie das Problem, dass es gar nicht geht. Also da frage ich mich schon, hat es wirklich genug Hausärztinnen und Hausärzte, hat es wirklich genug Kinderärztinnen und Kinderärzte. Wer bis jetzt keinen Hausarzt oder Hausärztin hat, findet nicht ohne weiteres eine Praxis. Oft bestehen Aufnahmestopps oder es wird dann auf die medizinischen Grosspraxen, die wir ja kennen, verwiesen. Für einzelne Personen, in der Tendenz vielleicht gesunde Menschen, kann dies ein sinnvolles Angebot sein, aber bei weitem nicht bei allen Personen, vor allem bei Personen, die vielleicht chronische Krankheiten haben und auch ein Vis-à-vis brauchen, um die Krankheiten vielleicht gut zu managen. Da ist die Beziehung dann schon auch wichtig und da denke ich, ist es schwierig. Und wir haben es schon gehört, falls eine Hausärztin oder ein Hausarzt in Pension geht, ist die Nachfolge nicht immer garantiert.

Auch bei den Kinderärzten ist der Druck ebenfalls sehr hoch, was Sie auch, jetzt bringe ich schon wieder einen Artikel, die Basler Zeitung scheint das irgendwie zu antizipieren, nachlesen können, dass es in der Schweiz ein Problem gibt mit den Kinderärztinnen und Kinderärzten, dass es definitiv zu wenig hat. Und dass es dann hier in Basel ganz anders sein sollte als im Rest der Schweiz, ja, das bezweifle ich ein wenig. Also nicht ohne Grund arbeiten Hausärztinnen und Hausärzten sowie Kinderärzt*innen oft über das Pensionsalter hinaus, vielleicht auch, weil die Nachfolge nicht gegeben ist und allgemein die Ärzt*innendichte in der Grundversorgung nicht rosig aussieht.

Daher bezweifeln wir, ob wir wirklich nur mit der einen Massnahme dem bestehenden oder drohenden Mangel in der zukünftigen Versorgung der Hausarztmedizin entgegentreten sollen oder ob es da nicht auch noch zusätzliche Massnahmen

benötigt, weil wir wissen, es stehen viele Pensionierungen bevor in der Grundversorgung und das wird sicher nicht einfacher werden nur mit dieser einen Massnahme. Und ja, ich könnte auch vielleicht mal eine Idee zum Abklären geben, keine Ahnung, ob das eine gute Idee ist, aber auch der Aufbau von hausärztlichen Gemeinschaftspraxen, grosse Flächen, wo vielleicht auch antizipiert wird, dass nicht alle Hausärztinnen und Hausärzte in Zukunft 130% arbeiten müssen und wollen und können, dass man da vielleicht auch neue Modelle ausprobiert und dass man das vielleicht auch staatlich ein bisschen vorantreibt. Das wäre doch zumindest prüfenswert und deswegen beantragen wir Ihnen, diesen Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich darf es nun sehr kurz machen, denn Oliver Bolliger hat wirklich sehr gut gesprochen und natürlich auch David Seiler und die Argumente, die ich mir auch überlegt habe, bereits vorgebracht. Also auch wir unterstützen sehr das Stehenlassen. Das Thema ist wirklich wichtig genug, um alles zu unternehmen, was in unserer Macht steht. Auch ich erlebe gerade bei älteren Menschen, deren Hausärztin oder Hausarzt in den Ruhestand geht, wie schwierig es ist, einen neuen Hausarzt, eine neue Hausärztin zu finden. Dann habe ich denselben Artikel auch gelesen wegen den Kinderärztinnen und -ärzten. Ich habe gedacht, ja, auch hier, also die Spezialisten, auch dort kann man unter Umständen lange Wartelisten haben, aber bei dieser Grundversorgung herrscht wirklich ein Mangel. Etwa unter Umständen auch eine besondere Situation ist dann noch, wenn Menschen im Pflegeheim sind. Da gibt es Versuche jetzt, dass eine Hausarztpraxis, da eben dort nicht alle unbedingt einen Hausarzt, eine Hausärztin haben, dass man da auch zusammenarbeitet mit einem Pflegeheim. Das ist unbedingt auch anzusehen.

Und dann, ja, diese Gruppenpraxen, also ich selbst besuche eine Gruppenpraxis, das ist auch die Lösung für Menschen, die neben dem Arzt sein, Ärztin sein zum Beispiel auch Kinder betreuen wollen und eben nicht wie die altgedienten Hausärztinnen und Hausärzte 24 Stunden am Tag «nur» für ihre Patientinnen und Patienten da sein wollen. In meiner Praxis werden jetzt wirklich schrittweise bei den Routinefällen die Jungen herangeführt an die älteren Patientinnen und Patienten wie ich, die deren Hausarzt sich nun langsam stufenweise zurückzieht. Und das sind tatsächlich Modelle, wo ich auch denke wie Oliver Bolliger, dass man da auch etwas tun kann, um diese Infrastruktur, diese Modelle noch zusätzlich zu stärken, weil wahrscheinlich eine Versorgung sonst nicht auf die Dauer sichergestellt wird. Und denken wir zuletzt auch an die Hausarztmodelle, die wir ja auch immer unterstützt haben, HMO, die ja eben nur funktionieren, wenn auch genügend Hausärztinnen und Hausärzte da sind.

Jetzt habe ich doch etwas länger gesprochen, als ich wollte, aber bitte stimmen Sie nichtdestotrotz dem Stehenlassen dieses Anzuges von Herrn Seiler zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich werde es wirklich kurz machen. Entgegen dem «Chrüzlistich» werden wir hier auch für Stehenlassen stimmen. Damit ist eigentlich auch schon alles gesagt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raoul Furlano hat sich noch gemeldet.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich mache es vielleicht noch kürzer und sage einfach, warum die LDP auch für Stehenlassen ist, weil es einfach ein wichtiges Thema ist. Und wenn man ein Anzug, so wie ich es verstehe, stehen lässt, dann ist es wie so auf Eis gelegt und man kann es wieder aufnehmen, damit das Thema relevant bleibt. Und darum ist die LDP auch für Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich habe mehrfach gehört, man wolle sich mit dem Thema weiter auseinandersetzen und dessen kann ich Ihnen versichern, selbstverständlich werden wir uns mit dem Thema der Grundversorgung und der hausärztlichen Versorgung im Besonderen weiterhin aktiv auseinandersetzen. Das steht ausser Frage. Das würde auch ausser Frage stehen, wenn Sie diesen spezifischen Anzug abschreiben. Die Fragen, die aufgeworfen wurden im Anzug, die haben wir beantwortet und ich muss Ihnen in Erinnerung rufen, Sie haben ausschliesslich zur Hausarztabdeckung gefragt und Sie haben nicht nach Kinderärztinnen und Kinderärzten gefragt oder nach den Versorgungsmodellen in den

Pflegeheimen. Insofern kann ich das jetzt antizipieren und werde mitnehmen, dass Sie dazu noch einmal einen Bericht haben möchten und wir werden selbstverständlich auch unsere Politik in diesem Bereich weiterführen.

Es ist allerdings nicht so, dass jetzt diese Entwicklungen spezifisch von einem staatlichen Eingreifen abhängig sind. Namentlich die Gruppenpraxen, die erwähnt worden sind, haben wir in recht grosser Zahl in Basel-Stadt und die formieren sich ohne kantonale Eingriffe oder Unterstützungen oder Zusatzfinanzierungen oder Steuerungen. Es mag sein, dass das nicht auf unbestimmte Zeit so bleiben wird, aber für den Moment finde ich es schon auch wichtig festzuhalten, dass wir eine funktionierende hausärztliche Versorgung haben. Ich möchte deshalb Ihnen unseren Antrag beliebt machen, diesen Anzug hier abzuschreiben. Am Thema werden wir unabhängig vom Ausgang dieser Abstimmung selbstverständlich dranbleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

8 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007964, 18.12.25 17:05:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 78 Nein-Stimmen gegen 8 Ja-Stimmen.

39. Motion David Jenny und Konsorten betreffend Frühlingsputz in der Systematischen Gesetzessammlung: Aufhebung oder Totalrevision des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), Zwischenbericht des RR

[18.12.25 17:05:24, 23.5216.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist zur Erfüllung der Motion um zwei Jahre zu verlängern. Das Wort hätte der Regierungsrat. Er verzichtet. David Jenny hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

David Jenny (FDP): Ich bin ja geschmeichelt, dass der Regierungsrat aus diesem Vorstoss ein Grossprojekt macht. Man hätte es sich vielleicht auch ein bisschen einfacher machen können. Ich will mich jetzt nicht dagegen sperren gegen diese Fristverlängerung. Ich hoffe, aber ich glaube, ich hoffe zu Unrecht, dass diese nicht ganz ausgenutzt wird. Ich will nicht sagen, mit dem steht ja fast sicher fest, dass ich mich dann nicht damit beschäftigen kann mit diesem Projekt, das da dann umgesetzt werden soll, mit grosser Kelle angerührt, aber ja, das ist kein Argument und von daher, gewähren Sie die Fristerstreckung, vielleicht geht es manchmal auch ein bisschen einfacher.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Frist um zwei Jahre zu verlängern.

40. Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung, Schreiben des RR

[18.12.25 17:07:09, 23.5515.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Lisa Mathys hat sich als Fraktionssprecherin gemeldet.

Lisa Mathys (SP): Ich will es auch nicht unnötig lange machen, ich finde einfach, wir wehren uns nicht gegen das Abschreiben, aber wir finden jetzt schon nicht, dass diese Antwort vor Ambitionen strotzt, als Kanton und als Besitzerin von 2'000 Liegenschaften im Finanzvermögen als gutes Beispiel voranzugehen in Sachen Solarstromproduktion. Es gibt diesen einen Satz in der Beantwortung, wo steht, ich zitiere: Im Finanzvermögen sind aktuell 38 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 2'560 Kilowatt Peak in Betrieb. Und ja, meine Damen und Herren, 38 Anlagen ist jetzt nicht so wahnsinnig viel, wir würden uns mehr wünschen. Wir anerkennen, dass die Rahmenausgabenbewilligung nicht gewünscht ist und die Betriebsgesellschaft nicht. Wir hoffen sehr, dass bei der Solaroffensive, so wie es hier auch in der Beantwortung suggeriert wird, auch für Immobilien Basel-Stadt mehr Tempo reinkommen wird. Sollte dieser Beschluss noch irgendwie so gestaltet werden, dass man daran zweifeln muss, werden wir natürlich einen weiteren Vorstoss machen, der wirklich auch auf die Vorbildrolle des Kantons abzielt, aber aktuell wehren wir uns jetzt nicht gegen abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

41. Interpellation Nr. 120 Franziska Stier betreffend aktuelle Entwicklungen zu Microsoft 365, Schreiben des RR

[18.12.25 17:09:04, 25.5488.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Franziska Stier (BastA): Zunächst möchte ich mich eigentlich bei der Regierung für die ausführliche und schriftliche Beantwortung meiner Interpellation bedanken. Sie zeigt, dass der Regierungsrat zumindest partiell mit ähnlichen Fragen beschäftigt ist und sie macht natürlich auch das Spannungsfeld deutlich, in dem sich die Verwaltung bewegt. Auch anerkenne ich noch in Erinnerung an eine September-Sitzung Regierungsrätin Tanja Solands Votum mit dem Vermerk, dass sich bis vor kurzem fast niemand Gedanken um den Datenschutz gemacht habe und mit Blick auf die Corona-Pandemie nahezu alle von uns in Zoom oder Teams wechselten, um funktionsfähige Lösungen zu haben, bei denen der Datenschutz hinter die meisten Open-Source-Lösungen zurückfiel. Der Fokus lag damals darauf, dass es irgendwie auf allen Geräten funktionieren muss, dass es irgendwie intuitiv ist, um möglichst viele Leute an diesen digitalen Prozessen teilhaben zu lassen. Insofern ist mir auch bewusst, dass ein Wechsel auf andere Systeme als die Bestehenden bei den Verwaltungsmitarbeitenden für grosse Herausforderungen sorgt. Kurz, ich anerkenne im Gesamten, dass die Herausforderung der Digitalisierung gross ist. Ich denke aber auch, dass sich ein wesentlicher Punkt geändert hat. Wir haben jetzt Ressourcen und Zeit, Lösungen zu erarbeiten, die beides gewähren, intuitive Bedienung und echten Datenschutz.

Ich bin schliesslich mit der Beantwortung meiner Interpellation zu Microsoft 365 nur teilweise zufrieden. Nicht weil der Regierungsrat keine Argumente für M365 vorbringt, sondern weil er an den zentralen politischen Fragen vorbeiredet. Der Regierungsrat anerkennt zwar, dass bei Microsoft 365 ein Zugriff nach US-Recht grundsätzlich möglich ist, er stuft dieses

Risiko aber als gering oder selten ein und erklärt das Risiko damit implizit für hinnehmbar. Und genau hier liegt ein Problem. Denn es geht nicht um Wahrscheinlichkeiten, sondern um Grundsätze, um digitale Souveränität, um Grundrechte und um die Verantwortung des Staates gegenüber sensiblen Daten von Einwohner*innen, aber auch von Mitarbeitenden, Schulen, Sozialdiensten oder eben politischen Prozessen. Der Verweis darauf, dass andere Risiken wie etwa Cyberkriminalität grösser seien, ist kein tragfähiges Argument. Sicherheit ist kein Nullsummenspiel. Dass ein Risiko existiert, rechtfertigt nicht, ein anderes bewusst in Kauf zu nehmen, insbesondere dann nicht, wenn es um staatliche Datenhoheit geht.

Zweitens bleibt die Antwort des Regierungsrats in einem entscheidenden Punkt vage. Es konnte zum aktuellen Zeitpunkt nicht transparent dargelegt werden, welche Datenkategorien konkret in der Cloud verarbeitet werden und wo die Grenze verläuft. Der Hinweis, dass hochklassifizierte Daten nicht in der Cloud bearbeitet würden, genügt nicht. Der Schutz der Grundrechte beginnt deutlich unterhalb der Schwelle geheim.

Drittens vermisse ich eine überzeugende Vorsorgelogik. Die sogenannte Exit-Strategie bleibt ein Grobkonzept. Wer sich in eine starke Abhängigkeit von US-Technologiekonzernen begibt, muss darlegen, wie er diese Abhängigkeit im Ernstfall wieder auflösen kann, technisch, rechtlich und organisatorisch. Ich denke auch, mit Blick auf die kritischen Stellungnahmen der Datenschutzbeauftragten geht es um mehr als eine normale Güterabwägung. Meine Kritik lautet deshalb nicht, Digitalisierung sei falsch, meine Kritik lautet, diese Digitalisierung ist politisch unzureichend abgesichert. Der Staat darf sich nicht wie ein privates Unternehmen verhalten, das Effizienzgewinne über alles stellt. Er hat eine besondere Sorgfaltspflicht, gerade dort, wo technische Bequemlichkeit mit Abhängigkeit erkauft wird.

Ich erhoffe mir vom Regierungsrat eine fortlaufende, vertiefende, transparente Risiko- und Alternativenanalyse inklusive europäischer oder souveräner Lösungen und eine klare politische Begründung, warum ein solches Abhängigkeitsverhältnis verantwortbar sein soll. Solange diese Fragen offen bleiben, halte ich dieses Vorgehen mindestens für sorgfaltsdefizitär und politisch für nicht ausreichend legitimiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

42. Anzug Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix», Schreiben des RR

[18.12.25 17:14:41, 23.5392.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

43. Interpellation Nr. 116 Andrea Strahm betreffend Sozialhilfe für Personen aus Afrika und arabischen Ländern, Schreiben des RR

[18.12.25 17:15:03, 25.5483.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): In unserer Interpellation wollten wir näheres dazu wissen, weshalb eine Personengruppe, nämlich diejenige der Zugewanderten aus den arabischen und afrikanischen Ländern, derart viel häufiger Sozialhilfe beziehen muss als die Zugewanderten aus anderen Ländern und wie die Regierung dieser Tatsache begegnet. Von den Zugewanderten aus den arabischen Ländern beziehen 30,9% Sozialhilfe, von denen aus den afrikanischen Ländern sind es 32,4%. Jeder und jede Dritte der Zugewanderten aus diesen Ländern erhält also in Basel Sozialhilfe. Zum Vergleich, die

nächstgrössere Bezugsgruppe folgt mit grossem Abstand und stammt aus der Türkei mit 12,1%, danach kommen Zugewanderte aus Mittel- und Südamerika mit 10,9%.

In einem Bericht von Prime News vom 16. September wurde auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Das WSU bestätigte gegenüber diesem Medium den Sachverhalt und erläuterte auf eine weitere Nachfrage hin, dass diese Zuwandernden häufig als Flüchtlinge in die Schweiz kämen und dass es sich dabei mehrheitlich um junge Maghrebiner handle. Dabei ist zu beachten, dass diese Gruppe nach Auskunft des WSU dann, wenn sie Sozialhilfe bezieht, bereits fünf Jahre in Basel ist, denn die ersten fünf Jahre kommt die Flüchtlingshilfe für sie auf. Erst nach fünf Jahren also kommt die Sozialhilfe des Kantons zum Tragen, jedenfalls soweit ich das verstanden habe. Des Weiteren wurde ausgeführt, dass Integrationsvereinbarungen mangels Durchsetzbarkeit nicht mehr geschlossen würden. Wir reden hier also nicht von Familiennachzug oder alleinerziehenden Müttern. Es versteht sich von selbst, dass derartigen schutzbedürftigen Personen die Hilfe zukommen muss, die sie benötigen. Bei jungen Männern hingegen sehen wir zumindest diesen Aspekt der Hilflosigkeit nicht. So viel zum Hintergrund unserer Interpellation.

Wir hatten verschiedene Fragen gestellt, wollten wissen, wie der Kanton auf diese Anhäufung reagiert, wie er diese Gruppe gezielt angeht, weshalb Integrationsvereinbarungen nicht durchsetzbar sind. Sie können dies im Detail nachlesen. Man kann die Antworten ganz einfach zusammenfassen, die Regierung interessiert das nicht, sie tut nichts. In der Antwort wird auf die vielen Ländern und Sprachen Afrikas hingewiesen, auf alleinerziehende Mütter und Familiennachzug, aber darum geht es nicht. Das WSU gibt ja selber an, dass es sich bei der betroffenen Gruppe mehrheitlich um junge, männliche Maghrebiner handelt und nicht um alleinerziehende Mütter aus Kapstadt. Wieso kommt denn das WSU also nicht selber zum Schluss, dass hier Handlungsbedarf besteht, dass genauer untersucht werden muss, weshalb diese Gruppe der Zugewanderten derart dominiert, wie mit ihr umgegangen werden kann, weshalb sie nach fünf Jahren hier die Sprache noch immer nicht spricht beispielsweise? Es ist gerade für diese Gruppe der zugewanderten, junge, hoffnungsfrohe, unternehmungslustige Männer schädlich, wenn sie ohne Beschäftigung einfach mit Sozialhilfe versehen wird, abgespiesen wird und mangels Durchsetzbarkeit nicht mit einer Integrationsvereinbarung, falls das überhaupt mit Menschen im Flüchtlingsstatus machbar ist, zu einer tätigen oder weiteren Integration verpflichtet wird.

In diesem Zusammenhang ist das Beschäftigungsverbot für diese Gruppe besonders problematisch. Kommt dann nach langen Jahren ein negativer Asylentscheid und die Betroffenen müssen in Ausschaffungshaft, wir hören es ja eben im Zusammenhang mit anderen Vorstössen, kommt es zu Verzweiflungstaten, zu Suiziden. Es ist ein Skandal, dass die Verfahren so lange dauern, denn gerade in jungen Jahren sind fünf Jahre ewig. Perspektiven fehlen aber gänzlich, wenn man in einer Warteschleife mit Sozialhilfe herumhängt und auf dumme Gedanken auch kommt, nicht wahr? Die Asylverfahren sind nicht Sache des Kantons, wenn es aber um Sozialhilfe geht, dann ist der Kanton zuständig und der Kanton hat dafür zu sorgen, dass Betroffene möglichst rasch aus dieser hinaus und auf eigene Beine kommen. Wie dies mit dem Beschäftigungsverbot in Einklang zu bringen ist, muss der Kanton prüfen, er muss sich kümmern. Auch unter dem Aspekt der Gleichbehandlung mit der einheimischen Bevölkerung finde ich es unfair, dass hier nicht hingeschaut wird. Also ich hoffe, da geht noch etwas. Danke fürs Zuhören.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sind Sie mit der Antwort zufrieden? Nein, Sie sind nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

44. Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB, Schreiben des RR

[18.12.25 17:20:38, 23.5388.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Adrian Iselin hat sich gemeldet.

Adrian Iselin (LDP): Die LDP bittet Sie, den Anzug nicht abzuschreiben. Der Bericht zeigt klar, dass die Probleme auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB weiterhin bestehen. Konkrete bauliche Verbesserungen werden auf die Zeit nach 2028 verschoben, Übergangslösungen fehlen. Gerade bei einem der wichtigsten Stadteingänge Basels halte ich es für falsch, den parlamentarischen Auftrag abzuschreiben, solange sich die Situation für Pendlerinnen, Pendler und Busreisende faktisch nicht verbessert hat. Aufenthaltsqualität ist Standortpolitik. Der Bahnhofsvorplatz ist kein Sozialprojekt allein, sondern ein zentraler öffentlicher Raum für Mobilität, Wirtschaft und Tourismus. Wer Qualität will, braucht Lösungen, nicht nur

Prozessbeschreibungen. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen und den Regierungsrat zu beauftragen, konkrete kurzfristige Massnahmen zu prüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank an Adrian Iselin für sein Votum. Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen ebenfalls, dass dieser Anzug stehen gelassen bleibt. Der Regierungsrat hat diverse Massnahmen am Bahnhof SBB ergriffen, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern, auch für Busreisende, also für diejenigen, die dort auf einen Bus wollen. Die Lösung, dass diese Busse alle auf der Seite des Bahnhofausgangs halten und nicht mehr beispielsweise bei der Konfiserie Bachmann, halte ich für sinnvoll, aber die Situation, wenn Sie einmal dort stehen, und ich weiss nicht, ob das Frau Regierungsrätin Esther Keller manchmal macht, aber wenn Sie dort auf den 30er-Bus wollen, auf den 50er-Bus oder auf den 48er-Bus, ist es einfach wirklich absolut unhaltbar. Sie haben bei Regenwetter keine Möglichkeit, wirklich unterzustehen, weil Sie, wenn Sie unterstehen wollen, ja quasi dort stehen, wo die Leute beim Ein- und Ausgang rein oder raus wollen. Das ist einfach wirklich eine absolut ungünstige Situation.

Sie ist für mich fast noch ungünstiger wie die Situation auf der anderen Seite des Bahnhofs, dort haben wir ja heute mit dem Vorstoss von Herrn Thommen versucht, eine Verbesserung jetzt zu «erzwingen» für diese Fernbusse, aber für den «Alltagsbus» auf der anderen Seite ist die Lösung wirklich auch inakzeptabel. Dort stehen sich die Menschen wirklich gegenseitig auf den Füssen. Sie haben auch bei schönem Wetter nicht wirklich viele Möglichkeiten zu stehen und aber ganz bestimmt, wenn die Rush Hour ist am Morgen und am Abend, herrscht dort ein riesiges Chaos und der erste Eindruck für auch Besucher dieser Stadt, die ja auch aus dem Bahnhof kommen, das hat Herr Iselin auch erwähnt, ist für mich wirklich schlecht.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Beantwortung auf meinen Anzug, dass mittel- und langfristig ja Lösungen vorgesehen sind, das mag so sein, ich hoffe, dass diese Lösungen eher nicht langfristig, sondern eher mittelfristig dann gefunden werden können, aber trotzdem ist es auch kurzfristig so, dass man hier etwas machen muss und hier hätte ich mir schon auch erwünscht, dass der Regierungsrat rascher etwas vorsieht für diese Menschen dort. Ich weiss nicht, ob Sie selber manchmal diesen Bus benutzen oder dort diese Haltestelle, das ist für mich eine wirklich absolut unhaltbare Situation, da muss eine schnelle, wenn auch nur für den Moment provisorische Lösung hin, damit sich dort die Situation verbessert.

Deshalb bitte ich Sie auch im Namen meiner Fraktion, der SVP, dass dieser Vorstoss stehen gelassen bleibt, auch wirklich mit der Idee und dem Wunsch zuhanden von Regierungsrätin Esther Keller, dass man hier allenfalls auch eine temporäre Lösung findet, um dort den Menschen, die diese Busse benutzen, etwas mehr Qualität in dem Wartebereich zu ermöglichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zuerst zur einfachsten Frage, ja, ich kenne die Situation sehr gut, tatsächlich wohne ich an der 50er-Linie und nehme diesen Bus ab und zu. Die Situation hat sich wirklich jetzt schon verbessert mit der neuen Fläche, wo der 30er haltet. Ich glaube, man muss schon sehen, die Veränderungen, die wir jetzt auch 2028 nehmen, das ist wirklich sehr bald, wir sind jetzt mit einem Fuss schon im Jahr 2026. Bauliche Massnahmen, auch temporäre, brauchen immer eine Genehmigung, eine enge Abstimmung auch mit den SBB, also da jetzt noch schnell, schnell eine Lösung zu zimmern, ist schwierig. Wir befinden uns auch vor einem wichtigen bauhistorischen Denkmal mit dem Bahnhof SBB, also auch da können wir nicht schnell, schnell eine Lösung hinkleistern. Ich bin überzeugt, dass jetzt auch mit dieser Verschiebung Richtung Westflügel dann auch Abhilfe gebracht wird. Geben Sie uns noch diese Zeit, wie gesagt, schnell, schnell, ein Provisorium wäre schwierig und die Wartehalle kann ja heute schon als Aufenthaltsfläche dienen.

Aber ich bin mit Ihnen, die heutige Situation ist nicht ausreichend, das habe ich auch schon mehrere Male erlebt. Ich denke einfach, dass eine kurzfristige temporäre Lösung jetzt tatsächlich sehr schwierig umzusetzen ist. Die Perspektiven für die mittelfristige haben wir Ihnen hier gegeben. Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 24 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007971, 18.12.25 17:27:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 65 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen.

45. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie, Schreiben des RR

[18.12.25 17:27:21, 23.5491.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

46. Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten, Schreiben des RR

[18.12.25 17:27:44, 23.5211.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Esther Keller verzichtet. Daniel Seiler hat sich als erstes gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Mein Dank vorab geht natürlich an die Verwaltung, vor allem an das Tiefbauamt. Ich wurde eingeladen und wurde informiert über eine umfassende Analyse, die gemacht wurde. Mir wurden die Optimierungspotenziale aufgezeigt, welche vor allem im Bereich der verbesserten Kommunikation liegen, bei der Befähigung und im Projektmanagement. Man geht auch in der Zukunft von möglichen Beschleunigungen von 10 bis 20% aus, unsere Forderung war ja eigentlich 30%. Auch im Bereich des Hochbaus wurde im Bericht ausgeführt, was man alles gelernt habe aus den vergangenen Projekten. Es wurde ein Cockpit erwähnt, welches wir unter anderem in der Finanzkommission auch schon kennen. Im Biomedizinischen Zentrum bekommen wir einen halbjährlichen Cockpit, wo uns präsentiert wird, wo diese Projekte stehen. Ich glaube, das ist etwas sehr Gutes.

Es wurde also einiges schon gemacht, aber viele dieser Massnahmen, die aufgeführt sind, beziehen sich auf die Ideen für die Beschleunigung, wie man das in Zukunft machen kann. Und wenn wir halt aktuell die Baustellen anschauen, vor allem auch die Baustellen im Fernwärmeausbau, dann zumindest als Laie muss man da schon auch sagen, vielfach geht doch die eine oder andere Woche vorbei, bis etwas weitergebaut wird. Und wenn wir auch die Technologien anschauen, wie diese Fernwärmeleitungen verlegt werden, dann sind das Technologien aus dem letzten Jahrhundert und wir müssen uns hier wirklich bewusst sein, wir werden sicher noch 15 Jahre mit diesen Fernwärmebaustellen uns beschäftigen und sich auch hier drin beschäftigen, darum ist das wirklich ein Thema, das auch in Zukunft wichtig bleibt, dass man da vielleicht auch neue Ideen entwickelt und das schneller vorantreibt.

Im Hochbau muss ich sagen, wenn ich an den Spiegelhof denke, wir haben erst im Oktober nochmal 30 Millionen bzw. die Regierung hat 30 Millionen gesprochen, weil man eben auch wieder etwas entdeckt hat. Also da bin ich mir wirklich schon nicht so sicher im Spiegelhof, ob dann die Learnings daraus gezogen werden, wenn wir uns vorstellen, im 2016 wurde dieser Ratschlag verabschiedet, seinerzeit mit 50 Millionen. Es sollte im 2020 fertig sein, mittlerweile wissen wir, dass gewisse Teile erst im 2027 angefangen werden zu sanieren. Es braucht also am Schluss mindestens 12 Jahre, die dreifache Summe von ursprünglich, was man kommuniziert hat. Ich weiss, es sind auch Bereiche jetzt dazugekommen, die man ursprünglich nicht sanieren wollte, aber wir müssen uns schon bewusst sein, 12 Jahre, wie sich die Zeit doch verändert hat in 12 Jahren und wie sich die Zeit in Zukunft noch mehr beschleunigen wird. Die Bedürfnisse in der Verwaltung werden sich auch stark ändern und von dem her müssen wir doch in solchen Projekten einfach viel schneller werden.

Oder ich mache nochmal kurz den Bogen ins Kleinbasel, in die Rosentalanlage. Da ist der Ratschlag für die Umgestaltung der Rosentalanlage, jetzt dann vor 25 Jahren wurde der seinerzeit verabschiedet, 25 Jahre. Man wollte neue Plätze finden für diese Zirkusanlage. Mittlerweile wissen wir, dass es keine neuen Plätze gibt. Man hat wieder eine Vorstudie gemacht, man hat untersucht, was man alles machen kann, und will jetzt nochmal 800’000 Franken investieren, um nochmal zu schauen für zwei Jahre, was man mit dem Areal machen kann. Ich bin selber kein Befürworter von diesen mobilen Geräten, aber jetzt muss ich sagen, es ist vielleicht doch gut, dass jetzt diese mobilen Geräte kommen, weil wir da nochmal Jahre warten müssen für diese Umgestaltung. Was wirklich da umgestaltet werden soll, es ist ein Kiesplatz, es hat Bäume um diesen Platz herum, ich weiss wirklich nicht, was da auch noch umgestaltet werden soll.

Ich bin einfach der Meinung, dass diese Projekte viel schneller in Zukunft gehen können und daher würde ich beantragen, dass wir diesen Anzug auch stehen lassen, damit wir auch die Regierung in die Verantwortung nehmen können, dass eben die Baustellen schneller gehen in Zukunft. Und ich rede nicht nur von Baustellen auf der Strasse, ich rede auch von diesen ganzen Bauprojekten wie der Barfüsserplatz, der 12 Jahre nach der Idee, wie wir das umgestalten wollen, erst umgesetzt werden sollte. Die Welt sieht in 12 Jahren komplett anders aus. Darum würde ich Sie wirklich bitten, diesen Anzug auch stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Im «Chrüzlistich» ist die Fraktion GRÜNE/jgb offen. Ich erkläre schnell, wie es zu diesem offen gekommen ist. Wir waren in der Fraktion nicht ganz einig, ob Bauprojekte nur gut und sauber gemacht werden müssen oder ob sie auch noch schneller gemacht werden sollten. Im ersten Punkt sind wir uns eigentlich einig, dass auch in der Beantwortung dieser Motion respektive des Anzugs seitens der Verwaltung gute Arbeit geleistet worden ist. Dort sind substanzielle Learnings und Verbesserungen erkennbar. Da haben wir also das Vertrauen, dass das Projektmanagement künftig funktionieren wird. Wo wir aber schon auch noch Potenzial sehen, ist das, was Daniel Seiler jetzt kurz angeschnitten hat, dass es vielleicht auch eine Beschleunigung vertragen könnte. Wir sind uns ja bewusst, dass eine grosse Transformation stattfindet in der Stadt, um die Stadt ökologischer, umweltfreundlicher zu machen. Wir denken an die ganze Fernwärme, wir denken an die ganzen Umgestaltungen, wo auch Klimaanpassungen vorgenommen werden sollten, und da ist es uns wichtig, dass diese Sachen auch mit einem gewissen Tempo angegangen werden. Darum will dieser Teil der Fraktion den Anzug nochmal stehen lassen, um unseren Willen noch einmal kundzutun, dass wir doch auch daran interessiert sind, dass die Bauprojekte schneller abgeschlossen werden, vorwärts gehen. Darum sind wir offen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Der Anzug oder die von Daniel Seiler und Konsorten angesprochenen Verzögerungen bei diesen kantonalen Bauprojekten, ja, die sind real. Ich glaube, das ist klar anzuerkennen. Ebenso wichtig, und ich glaube, das ist jetzt mit dem Vorliegen des regierungsrätlichen Berichtes auch klar, dass sich das Departement und der Gesamtregierungsrat dieser Sachlage ernsthaft annimmt. Der Bericht zeigt aus Sicht der SP-Fraktion auch klar, dass diese Probleme erkannt sind und dass der Regierungsrat, so nehmen wir das wahr, auch nicht bei einer reinen Symptombekämpfung stehen bleiben möchte. Herr Seiler hat auch schon angesprochen, wie sich das verhält bei gewissen Hochbauprojekten, die durchaus dann auch in einem Reporting bei gewissen Aufsichtskommissionen von diesem Rat vorbeikommen.

Das heisst, man möchte jetzt strukturell agieren und dafür wurden in diesem Bericht unserer Ansicht nach auch die entsprechenden Projektorganisationen angesprochen und klar aufgezeigt. Das heisst, für uns ist dieser Anzug klar abzuschreiben, weil ich glaube, was dieser Anzug nicht kann, er wirft Tiefbauprojekte zusammen mit Hochbauprojekten, wenn man jetzt einen Schritt weitergeht, auch aus einer parlamentarischen Sicht, dann muss das ganz klar differenziert werden. Ich glaube, Jérôme Thiriet hat hier gezeigt, um was es geht. Es sind unterschiedliche Fragenstellungen, die sich für den Tiefbau oder für den Hochbau zeigen. Da müssen wir als Parlamentarier*innen dann eher noch klarer sein, was wir jetzt wollen von der Verwaltung, von unseren Regierungsrät*innen. Mit diesem Anzug kann man das sicherlich nicht irgendwie

noch gewinnbringend weitertreiben in unserer Sicht. Das ist, denke ich, deutlich. Auch bleibt dieser Anzug, das war ja schon von Anfang an sehr mechanisch, hier wird mit irgendwelchen Vergleichszahlen operiert, die in der Perspektive von uns Sozialdemokrat*innen für öffentliche Bauprojekte nur bedingt überhaupt zulässig sind, die unterscheiden sich teilweise wirklich zu fest.

Das heisst aber nicht, dass wir dem Kanton und die entsprechenden Verantwortlichen irgendwie nicht mehr für diese Hauptstossrichtung, nämlich dass man diese Bauprojekte nach den ursprünglichen Planungen auch durchzieht in den entsprechenden Zeitfenstern, dass man hier die Verwaltung einfach entlastet. Ich glaube, wir sind klar bereit, hier auch vor allem, und dann sprechen wir aber konkret über die Besteller*innen-Kompetenzen im 3-Rollen-Modell, und dann müssen wir hier konkret nach vorne gehen. Dieser Anzug hat das bewirkt, was er konnte, ich glaube, das Bewusstsein ist in der Verwaltung angekommen, es werden strukturelle Anpassungen gemacht und wir werden das selbstverständlich auch kritisch weiterverfolgen. Ich möchte deshalb beliebt machen, dass wir jetzt diesen Anzug von Kollege Seiler abschreiben und gegebenenfalls mit einem neuen Vorstoss da auch wirklich konkret nachsteuern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Habe ich das richtig verstanden, tief im Herzen würden Sie ihn doch gerne stehen lassen?

Ivo Balmer (SP): Ich mag Sie sehr, Daniel Seiler, deshalb habe ich ein Herz für Sie, aber für diesen Anzug habe ich wirklich kein Herz, weil der wirklich zu pauschal ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Der Anzug von Daniel Seiler und Konsorten spricht ein zentrales Standortproblem an. Die Dauer kantonaler Bauprojekte ist in vielen Fällen deutlich zu lang. Bauzeiten von mehreren Jahren sind keine Ausnahme mehr. Die Erneuerung der Bäumleingasse startete anfangs September 2025 und dauert rund zwei Jahre. Das ist ein Ärgernis gerade für das Gewerbe, die Medien berichteten. Ebenfalls bindet es Ressourcen, verursacht Zusatzkosten und verzögert dringend benötigte Infrastruktur, Verkehrs- und Energieprojekte. Der Regierungsrat zeigt in seiner Stellungnahme auf, dass verschiedene Massnahmen zu Beschleunigungen eingeleitet wurden. Diese Schritte sind richtig und werden von der LDP begrüsst. Gleichzeitig macht die Stellungnahme aber auch deutlich, dass die angestrebte Verkürzung der Projektlaufzeiten bislang nicht erreicht wurde und strukturelle Verbesserungen noch im Gange sind. Aus liberaldemokratischer Sicht ist dabei nicht nur die Planung entscheidend, sondern auch die Umsetzung auf der Baustelle. Es gibt Berichte über Baustellen, die über längere Zeit kaum vorankommen, während gleichzeitig zahlreiche Sicherheits- oder Begleitpersonen vor Ort eingesetzt werden. Solche Situationen sind weder effizient noch vermittelbar und tragen direkt zur unnötigen Verlängerung der Bauzeit bei.

Gerade deshalb erachtet es die LDP als wichtig, den Anzug stehen zu lassen. Anders als Ivo Balmer dies äussert, ist er nicht klar abzuschreiben. Es ist klar, was der Anzug möchte, hauptsächlich die Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten. Der Anzug setzt den notwendigen politischen Fokus auf verbindliche Zeitpläne, klare Verantwortlichkeiten und eine konsequente Steuerung der Bauprozesse von der Planung bis zur Ausführung. Ziel ist nicht zusätzliche Regulierung, sondern schlanke pragmatische Abläufe, die Kosten senken und Projekte schneller realisieren. Das Stehenlassen des Anzugs ist somit ein sachliches und vor allem ein politisches Signal. Die bisher eingeleiteten Massnahmen sind ein Anfang, reichen uns aber noch nicht aus. Wir bitten Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zuerst einmal vielen Dank. Ich meine, aus allen Voten gehört zu haben, dass man die Ernsthaftigkeit, mit dem wir diesen Anzug, der ja ursprünglich eine Motion war, behandelt haben, dass das gesehen wurde, das freut mich auch und glauben Sie mir, das ist so. Es ist für unsere Mitarbeitenden und auch für die beauftragten Firmen beispielsweise draussen auf der Baustelle sehr unangenehm, wenn Rückmeldungen kommen, wenn sie angesprochen werden, wenn die Leute sich ärgern. Es ist für die Mitarbeitenden im Hochbau extrem unangenehm, wenn aus verschiedenen Gründen irgendwie ein Zeitplan nicht funktioniert oder man mit einem Nachtragskredit kommen muss für ein Gebäude. Ich glaube, das darf man nicht unterschätzen, wie gross die Betroffenheit, ich erinnere mich ans Projekt NBZ, wie gross die Betroffenheit wirklich auch intern ist.

Im Hochbau haben wir unsere Hausaufgaben sehr sorgfältig gemacht. Sie kennen die Learnings, die die Regierung gezogen hat. Es geht da um die Qualität auch bei der Bestellung, früher eine Bestellung fixieren, nicht zu viele Änderungen zulassen, aber auch schlicht genügend Ressourcen auf unserer Seite, um wirklich alles auch kontrollieren zu können, überwachen zu können, also wir haben da dazugelernt. Beim Tiefbau haben wir uns auch auf einen grösseren Prozess jetzt aufgrund dieser Motion eingelassen. Sie haben es gesehen, wir haben das wirklich sorgfältig untersucht, auch hier nicht im stillen Kämmerlein, sondern gemeinsam mit den IWB und den BVB, die ja immer mit im Boot sind, wenn es um Bauten geht. Wir haben Potenziale identifiziert, wo wir drangehen möchten, Sie lesen das in unserer Auslegeordnung.

Ich glaube einfach, die Bäumleingasse ist auch ein gutes Beispiel für einen gewissen Zielkonflikt, den wir eben auch haben. Bei der Bäumleingasse haben wir bei den Gewerbetreibenden auch gefragt, was ihre Wünsche sind und der Wunsch war eben nach einer möglichst kurzen Bauzeit und damit einer intensiven Bauzeit. Und das führt dann dazu, dass wir eben sehr flächenintensiv bauen, es wird lauter, es wird unangenehmer und das ist je nachdem für das Gewerbe eben auch nicht angenehm. Oder stellen Sie sich vor, wenn wir x Baustellen mit Nachtarbeit machen würden, ich glaube, auch das möchten Sie wahrscheinlich nicht.

Also wir werden weiterhin dranbleiben, wir tauschen uns auch mit anderen Städten aus. Ich glaube, das, was hier gefordert wurde wörtlich in der Motion respektive im Anzug, war ein Massnahmekatalog, den haben wir geliefert. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiben, wohlwissend, dass wir dranbleiben müssen, dranbleiben werden und diese Massnahmen jetzt natürlich auch umsetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007974, 18.12.25 17:45:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 43 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen.

47. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz als ökologischer und klimaneutraler Baustoff, Schreiben des RR

[18.12.25 17:45:41, 20.5186.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Sammelbericht zu den Anzügen Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz aus ökologischem und klimaneutralem Baustoff; Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend der Reduktion von klimaschädlichem Zement und Beton im Kanton Basel-Stadt; Spezialkommission Klima betreffend Vorbildfunktion für nachhaltiges Bauen; Spezialkommission Klima betreffend Klimaziele bei Arealentwicklungen; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klausel für Pilotprojekte; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Experimentierzone und Experimentierstatus für klimafreundliches Bauen; David Wüest-Rudin und Konsorten zur Sicherstellung einer Kompetenz und Beratungsstelle für klimafreundliches Bauen; Lea Wirz und Konsorten zur Sicherstellung der Möglichkeit zur Weiterverwendung von bestehendem Bausubstanz während aller Planungsphasen; Salome Bessenich und Konsorten betreffend Strategie Netto-Null in der Basler Bauwirtschaft; Tonja Zürcher und Konsorten betreffend graue Energie bei

Baugesuchen berücksichtigen; Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit im Bebauungsplan. Schreiben des Regierungsrates.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Patrizia Bernasconi als erledigt abzuschreiben. Bei allen anderen Anzügen beantragt der Regierungsrat Stehenlassen. Esther Keller verzichtet in einer ersten Runde, Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Herzlichen Dank für diese interessante Vorlesung, die quasi ein Querschnitt durch alle oder durch viele der Themen im nachhaltigen Bauen waren. Die Vielzahl der hängigen Vorstösse zeigt es ja gleich auch und betont die Dringlichkeit und auch den Rückhalt des Auftrages, klimafreundlicher zu bauen bei uns im Kanton. Dieser Rückhalt ist ja wirklich eigentlich bis auf die SVP vielleicht unbestritten. Die Überweisungen dieser Vorstösse sind dennoch teilweise über fünf Jahre her und ich finde es trotzdem richtig, darauf hinzuweisen, die Spezialkommission, von der viele der Vorstösse sind, die hier stehen gelassen werden, hat vor vier Jahren ihre Arbeit abgeschlossen und wir sind trotzdem am Punkt, wo alle diese Anliegen immer noch stehen gelassen werden müssen.

Ich picke einfach zwei der Vorstösse der Spezialkommission Klimaschutz heraus, die auch zusammen beantwortet wurden hier. Es geht dort um die Pilotprojekte und die Experimentierzonen, die gefordert werden für den Kanton. Man verweist auf Ziel und Massnahme B6 in Klimaschutzstrategie und Klimaschutzaktionsplan des Kantons. Es ist natürlich schon gut, dass das dort drin ist, aber es ist eben schon schade, wenn es noch auf Papier ist. Es wird dort auch die rechtliche Komplexität angeführt. Dafür habe ich Verständnis und es ist sicher kompliziert, auch gerade mit Haftungsfragen, etc., das sauber zu klären. Ich verstehe, dass es Zeit braucht, dennoch finde ich es wichtig zu sagen, dass halt schon der Wunsch da wäre, man könnte gewisse Sachen priorisieren und schneller vorantreiben. Es wird auch ein Ressourcenproblem angesprochen. Es ist ja sicher so, viele Anzüge gleichzeitig machen die Arbeit in der Umsetzung auch nicht weniger komplex, auch das anerkenne ich. Dennoch zeigt eben diese Vielzahl auch, wie schnell und wie dringend man vorwärtsgehen sollte.

Mein Appell an uns als Kanton ist, dass wir vor lauter Förderung bei den Unternehmen, die es dringend braucht, damit wir unsere Netto-Null-Ziele erreichen, ich will die überhaupt nicht bestreiten, aber dass wir vor lauter diesen Anstrengungen die eigenen Aufgaben nicht liegen lassen, weil der Kanton hat eine wichtige Funktion auf diesem Weg. Wir müssen vorangehen, wir müssen zeigen, dass es funktioniert, wie es funktioniert und die Pilotprojekte liefern, von denen alle lernen können. Entsprechend hoffe ich, dass wir weiter ambitioniert daran bleiben, diese ganze Liste von Vorstössen tatsächlich noch umzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): So kurz vor der Ziellinie doch noch etwas schwierigere Kost. Wie Sie sehen, beantragt die SVP, alle Anzüge abzuschreiben. Es wird dem Weltklima nicht schlechter gehen, wenn wir die Verwaltung nicht mit noch mehr Berichten zum Klima belasten. Eins ist sicher, wenn unser Regierungsrat und unsere Verwaltung auf ein Thema sensibilisiert sind, dann ist es das Klima, und hier zu unterstellen, ohne Stehenlassen der Anzüge würde das Klimathema in unserem Kanton in Vergessenheit geraten, das wäre doch sehr weltfremd. Ausgerechnet in Basel-Stadt, der Klimalocki der Welt, also lassen Sie gut genug sein.

Ich werde hier gar nicht auf die einzelnen Anzüge eingehen, aber es ist eine gute Gelegenheit, wieder einmal ein paar allgemeine Betrachtungen über die Klimapolitik lokal und global anzustellen. Unbestritten ist es, ich wiederhole, unbestritten ist es, dass es in den letzten 170 Jahren wärmer geworden ist. Das ist so, wenn eine kleine Eiszeit zu Ende geht. Unbestritten ist, dass der CO_2-Level in der Atmosphäre gestiegen ist und dass wir Menschen zumindest teilweise diesen Anstieg zu verantworten haben. Alles weitere ist Politik und Ideologie. Wir als Weltgemeinschaft haben mit der Erwärmung unseres Planeten ein Problem, dem wir uns stellen müssen. Die Frage ist nicht ob, die Frage ist wie und da scheiden sich die Geister. Da möchte ich drei Punkte aufführen, eine Mischung zwischen der Politik der SVP und meiner ganz persönlichen Ansicht. Drei Punkte, die ich für enorm wichtig finde.

Erstens, wir müssen die Klimawissenschaft entpolitisieren. Gerade beim Klimathema brauchen wir dringend ein Wissenschaftsverständnis, welches den Widerspruch nicht unterdrückt, sondern ausdrücklich willkommen heisst. Gerade die Naturwissenschaften leben vom Widerspruch. Jede Aussage muss der Falsifizierbarkeit offenstehen und leider hat die Politik in den letzten Jahrzehnten einen dermassen grossen Einfluss auf die Klimawissenschaftsdisziplinen erreicht, dass heute fast nur noch die ideologische Ausrichtung und nicht mehr die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zählen. Die COP-Anlässe wie kürzlich da dieser Clown-Anlass COP30 in Belém oder die IPCC-Berichte sind beste Zeugen.

Punkt 2, wir müssen weg von der Angstmacherei hin zu einer ideologiefreien, technologieoffenen Politik, denn die Klimapolitik ist seit spätestens Al Gore eine Politik der Angst. Vom Ausdruck Erderwärmung über Klimawandel, Klimakrise, heute Klimakatastrophe, Angst ist ein Topos, welches sich über all diese Jahre erhalten hat. Es ist ein Glanzstück der PR-

Industrie, dass sie das Lebenselixier CO_2 als tödliches Gift verkauft hat. Leider hat sie das fertiggebracht. CO_2 ist nicht ein Gift, die Welt wird grüner dank CO_2. Das können Sie nachvollziehen und, wenn Sie es wollen, auch falsifizieren.

Drittens, Bezug zu diesen Anzügen. Wir müssen weg von einer lokalen Symbolpolitik. Staatliche Massnahmen müssen sich an ihrer Wirkung messen lassen und die Wirkung unserer lokalen Politik auf das Weltklima ist unmessbar klein. Wir haben ja den Klimanotstand ausgerufen. Wir sollen gemäss unseren Fähigkeiten zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels beitragen. Fun Fact. Die Zieltemperatur ist gar nicht vorgegeben, es sind einfach 1,5 Grad wärmer als irgendeine nicht spezifizierte vorindustrielle Temperatur. Ein weiterer Grund für den Klimanotstand war, Basel könne eine Vorbildfunktion haben. Ja bitte, man nenne mir eine Stadt, welche Basel als Vorbild genommen hat. Wir sind leider tatsächlich ein Vorbild, aber ein negatives Vorbild. Wir klimaregulieren auf Teufel komm raus, wir schreiben den Leuten vor, wie sie leben sollen, wie sie noch essen sollen, wie sie wohnen sollen, wie sie heizen sollen und wir setzen dafür Geld ein ohne Ende.

Global ist die Klimapolitik, das Klima, eine unglaubliche Geldmaschinerie. Die ursprünglich gute Idee mit den Klimazertifikaten, die jetzt an der Börse gehandelt werden, da haben sich ein paar Leute unglaublich gesund gestossen. Oder nehmen Sie die Organisation hinter Greta Thunberg, diese Firma namens «We don't have time», die sind ja börsenkotiert, die sind reich geworden, es ist unvorstellbar. Al Gore sagt man nach, er sei der erste Klimamilliardär. Leider ist die Klimapolitik auf eine völlig falsche Schiene geraten. Sie lässt sich zusammenfassen, die heutige Klimapolitik ist regulieren, kujonieren, abkassieren. Richtig wäre, dass wir die Stärken unseres Kantons ausnützen, nämlich Forschung, Entwicklung, Innovation. Es ist ja auf der Tagesordnung auch ein weiterer Anzug zur Stärkung des Forschungsstandorts Basel. Das ist die richtige Denkweise. Ich werde mich dann noch kurz äussern dazu. Also so viel als allgemeine Bemerkungen zur Klimapolitik, zurück zum vorliegenden Geschäft.

Wir haben ja der Regierung in den letzten Jahren den Auftrag zur Klimapolitik erteilt. Es soll bitte niemand sagen, dass der Regierungsrat diesem Auftrag nicht nachkommt. Der Auftrag ist erteilt und wir können sicher sein, dass das Thema gerade in unserem Kanton nicht einschläft. Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit Klimaauftrag, dann lassen Sie die Verwaltung arbeiten und belasten Sie sie nicht noch mit weiteren Berichten. Zu diesem Thema Berichte, von denen wir ja alle wissen, wie sie herauskommen werden, nämlich Basel ist gut unterwegs, aber wir brauchen mehr Zeit, wir brauchen mehr Geld und im Übrigen haben wir sowieso zu wenig Stellen. Ergo, es ist unnötig, wenn nicht kontraproduktiv, diese Anzüge stehen zu lassen. Noch einmal, ich bitte Sie, alle abzuschreiben und Herr Präsident, wir müssen nicht über jeden Einzelnen gehen, sondern in globo abstimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Diese wird nicht entgegengenommen. Fina Girard.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Was sagt man nur nach so einer Kakophonie von Verschwörungstheorien und Klimaleugnerei. Ich bin ehrlich gesagt etwas sprachlos und ich bin gleichzeitig auch sehr froh, haben wir hier im Rat doch einen relativ breiten Konsens darüber, dass wir das Klimaziel bis 2037 erreichen möchten und dass wir dafür auch klimapolitische Massnahmen im Bauen brauchen und dass wir uns dieser Rede nicht anschliessen werden. Ich möchte hier auch nochmal betonen, es geht nicht um die Produktion von Berichten, sondern es geht darum, konkrete Rahmenbedingungen zu schaffen, dass wir eine klimagerechte Transformation unseres Bauwesens schaffen, die notabene 40% der Emissionen in der Schweiz verantwortet. Ich wollte eigentlich etwas anderes erzählen.

Ich möchte aber zu Beginn ganz herzlich danken im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb den involvierten Fachstellen sowie der Fachstelle Klima für ihr grosses Engagement. Ich weiss, dass die Transformation hinsichtlich des Netto-Null-Ziels bis 2037 eine sehr anspruchsvolle Aufgabe ist, dass der Zeitdruck hoch ist und ich finde, dass viele der angedachten Massnahmen, die wir im Klimaaktionsplan gesehen haben, in die genau richtige Richtung gehen. Wir erkennen auch, dass die Anpassung unserer baulichen Rahmenbedingungen komplex ist und Priorisierung erfordert und daher finden wir es auch sinnvoll, werden die eingereichten Vorstösse gemeinsam behandelt, und plädieren dafür, sie stehen zu lassen.

Ich möchte aber trotzdem auch noch eine kritische Massnahme bemerken, auch wenn sie in eine ganz andere Richtung geht als die des Vorredners. Die vorgeschlagene Priorisierung der Massnahmen lässt uns doch etwas ratlos zurück. Wir können nicht verstehen, warum gerade entscheidende Massnahmen, wie zum Beispiel die Massnahme b-3, die das Weiterbauen im Bestand betrifft, zurückgestellt werden. Im Klimaaktionsplan selbst steht nämlich auch, dass Weiterbauen im Bestand der wichtigste Hebel zur Reduktion der Scope 3-Treibhausgasemissionen ist. Der Grundsatz von Umbau vor Neubau ist richtig und sie ist vor allem matchentscheidend für eine gelungene Transformation unserer Stadt.

Wir möchten deshalb auch kritisch darauf hinweisen, dass bei Anzug Lea Wirz und Konsorten die Weiterverwendung von Bausubstanz in erster Linie als die Umnutzung und Weiternutzung von Bestandsgebäuden verstanden werden soll. Der Rückbau und die Wiederverwendung von Bausubstanz soll erst Anwendung finden, wenn alle anderen Optionen ausgeschöpft sind. Ich denke da an Beispiele wie dem Rückbau des Lysbüchel-Parkhauses, bei dem Variantenstudien das Potenzial einer Weiternutzung aufgezeigt hatten und bei dem sich der Kanton als Bauherr trotzdem für den Rückbau

entschieden hat und unter dem Vorwand der Förderung der Kreislaufwirtschaft. Solche Beispiele dürfen nicht Schule machen, es kann nicht sein, dass wir funktions- und transformationsfähige Gebäude rückbauen, um dann einzelne Stahlbetonelemente auszubauen, zu transportieren und in einen quasi Neubau wieder einbauen und diese Übung dann als Nachhaltigkeitsmassnahme verkaufen. Eine Fallstudie der Stadt Baden von INTEB und der ETH hat vor kurzem gezeigt, dass das CO_2-Einsparpotenzial von der Wiederverwendung von Bauteilen sich lediglich auf 3,2% beläuft. Wir sagen, Wiederverwendung von Bauteilen, ja, unbedingt, aber als Massnahme zur Vermeidung von Abfall, nicht als Klimaschutzmassnahme.

Im Hinblick auf die vertiefte Auseinandersetzung der Scope 3-Emissionen und der Emissionen aus der Bauwirtschaft möchten wir als GRÜNE/jgb daher anregen, einen mutigen und klaren Schwerpunkt auf die Transformation und auf das Weiterbauen im Bestand und den Grundsatz Umbau vor Neubau zu legen. Wir sind gespannt auf den Umsetzungsbericht im neuen Jahr und appellieren wie auch Lisa Mathys an eine rasche, eine ambitionierte und eine zielführende Umsetzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Girard, ich bitte auch Sie um angepasste Wortwahl. Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich mache es angesichts der Zeit ganz kurz. Einfach so viel, wir nehmen das Ziel, wir haben einen Netto-Null-Auftrag in der Verfassung, ein klarer Volkswille, wir nehmen das wirklich sehr ernst. Bei der Prognose, wie schnell wir mit der Bearbeitung gewisser Themenbereiche seien, da waren wir wahrscheinlich etwas optimistisch, wie immer liegt dann die Schwierigkeit im Detail bei der Ausarbeitung, und Sie sehen eben im Bericht, in welchen Bereichen wir weitergekommen sind und wo wir stehen. Gerade die Arbeiten an den Grenzwerten und bei der Lenkungsabgabe für hohen CO_2-Verbrauch sind wir doch schon relativ weit. Und dann, Frau Girard, Sie haben absolut recht, Umbau ist ein sehr wichtiges Thema. Wir sind deswegen im Moment auch im Dialog mit der BRK und parallel dazu läuft sehr vieles in der Realisierung. Wir haben doch einige Pilotprojekte, die über die Region, über die Schweiz hinaus sogar ausstrahlen. Sehen Sie den Bericht als eine Art Zwischenbericht, ich verspreche Ihnen, wir sind und wir bleiben dran.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für den Anzug Patrizia Bernasconi gab es keinen anderen Antrag. Dieser wird als erledigt abgeschrieben. Bei allen anderen verhält es sich anscheinend so, dass nur die SVP für eine Abschreibung ist. Ich würde Ihnen beliebt machen, dass wir hier nicht zehnmal abstimmen müssen, dass wir diese Geschäfte zusammenfassen und einmal darüber abstimmen. Gibt es Gegenwehr? Das scheint nicht der Fall zu sein. Deshalb schreiten wir jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007976, 18.12.25 18:04:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Anzüge stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen der zehn Anzüge entschieden mit 66 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen.

47.1. Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend der Reduktion von klimaschädlichem Zement und Beton im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:19, 21.5102.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.2. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Vorbildfunktion für nachhaltiges Bauen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:21, 21.5742.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.3. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klimaziele bei Arealentwicklungen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:26, 21.5748.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.4. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klausel für Pilotprojekte, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:30, 21.5752.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

47.5. Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Experimentierzone und Experimentierstatus für klimafreundliches Bauen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:31, 21.5745.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.6. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten zur Sicherstellung einer Kompetenz- und Beratungsstelle für klimafreundliches Bauen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:33, 22.5168.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.7. Anzug Lea Wirz und Konsorten zur Sicherstellung der Möglichkeit zur Weiterverwendung bestehender Bau- Substanz während allen Planungsphasen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:35, 22.5169.03]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.8. Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Strategie Netto-Null in der Basler Bauwirtschaft, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:35, 22.5170.02]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.9. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend graue Energie bei Baugesuchen berücksichtigen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:37, 22.5173.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

47.10. Anzug Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen, Schreiben des RR

[18.12.25 18:05:40, 22.5174.04]

Balz Herter, Grossratspräsident:

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Schluss der 44. Sitzung

18:05 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5496

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:04:21
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	27	11	12	9	1	5	6	6	0	0
Nein	9	0	1	0	0	7	0	0	0	1	0
Ent	3	0	0	0	0	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	12	12	9	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5496

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:05:19
Geschäft Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Alexandra Dill, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ent	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	76	24	10	12	9	2	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	7	2	0	0	0	5	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	26	10	12	9	7	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	9	2	2	0	0	3	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5498

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:41:39

Geschäft Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	29	13	12	9	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	9	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5498

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:42:16

Geschäft Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	90	27	13	12	9	9	7	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	13	12	9	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5498

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 09:43:13

Geschäft Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	61	29	0	0	9	10	7	0	6	0	0
Nein	33	0	13	12	0	0	0	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	9	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.1218

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 10:24:14
Geschäft Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 - 2029, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	29	0	0	10	0	0	0	6	0	0
Nein	49	0	13	12	0	10	7	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.1218

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 10:25:04
Geschäft Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 - 2029, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	28	13	12	10	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
25.1194

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 10:37:29

Geschäft Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Barth Johannes (FDP)	Ja
Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Block Laetitia (SVP)	Ja
Mück Heidi (BastA)	Ja
Stier Franziska (BastA)	Ja
Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	12	11	10	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	12	11	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.0764

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 10:55:11

Geschäft Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	11	11	10	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	11	11	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
25.1328

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 11:07:25

Geschäft Staatsbeitrag an die "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB) für die Jahre 2026 - 2029; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	28	11	11	10	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	11	11	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
25.1220

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 11:39:57

Geschäft Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	28	12	10	10	8	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	12	10	10	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
24.1437

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 11:45:04

Geschäft Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)", Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	27	12	11	10	8	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	12	11	10	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.1333

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 11:54:50
Geschäft Beschaffung von vier Rettungswagen für die Sanität Basel-Stadt (eRTW), Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	26	13	10	9	9	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	13	10	9	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	4	0	2	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1497

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 17:29:51
Geschäft Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	27	12	11	10	10	7	7	6	0	0
Nein	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1497

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 17:30:30
Geschäft Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	91	27	12	12	10	10	7	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1497

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 17:31:39
Geschäft Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	27	2	0	10	10	7	5	6	0	0
Nein	24	0	10	12	0	0	0	1	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
23.1497

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 17:32:37
Geschäft Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	78	27	12	0	10	10	7	6	6	0	0
Nein	13	0	0	12	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.0742

Abstimmungsdatum 10. Dezember 2025 18:02:16

Geschäft Überführung des Projekts «Halt Gewalt: Umfassende Prävention von Häuslicher Gewalt» in die Regelstruktur, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	82	25	12	9	10	8	7	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	82	25	12	9	10	8	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	15	6	0	3	2	2	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
24.5012

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 11:24:20

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	20	0	0	10	0	3	0	7	0	0	0
Nein	75	29	13	1	12	7	7	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	11	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
24.5012

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 11:46:50

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	22	0	9	11	0	1	0	1	0	0	0
Nein	73	30	3	0	12	9	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	11	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
24.5012

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 11:55:01

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK sowie Vorgezogenes Budgetpostulat Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	18	0	4	11	0	0	1	2	0	0	0
Nein	71	30	6	0	12	9	6	4	4	0	0
Ent	4	0	3	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	12	10	7	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	0	0	0	1	2	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 15:07:37

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	13	0	0	12	0	0	0	0	0	1	0
Nein	82	30	12	0	12	9	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 15:23:10

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	16	0	0	12	0	1	0	2	0	1	0
Nein	80	29	12	0	12	9	7	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 15:36:42

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	30	0	9	12	0	5	0	4	0	0	0
Nein	62	28	2	0	12	4	7	3	6	0	0
Ent	4	0	2	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	28	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 15:55:02

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	33	0	13	12	0	1	0	7	0	0	0
Nein	64	30	0	0	12	9	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	98	30	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 16:04:45

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	15	0	2	12	0	1	0	0	0	0	0
Nein	77	30	10	0	11	9	7	5	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	30	12	12	11	10	7	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	0	1	0	1	0	0	2	1	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 16:26:38

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	10	0	0	9	0	0	0	0	0	1	0
Nein	85	30	12	1	12	10	7	7	6	0	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	12	11	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 16:30:01

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	94	29	11	12	12	10	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	11	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 17:15:17

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	38	0	12	12	0	1	7	6	0	0	0
Nein	56	30	0	0	12	8	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	12	12	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 56**
25.5499

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 17:18:52

Geschäft Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	29	13	10	12	10	7	4	6	0	0
Nein	3	0	0	2	0	0	0	1	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 57**
25.1219

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 17:49:58

Geschäft Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026–2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	29	0	0	12	2	0	0	6	0	0
Nein	39	0	13	9	0	7	5	5	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	29	13	9	12	9	5	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	1	0	3	0	0	2	2	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 57**
25.1219

Abstimmungsdatum 17. Dezember 2025 17:50:40

Geschäft Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026–2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	29	12	7	12	10	5	5	6	0	0
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	13	9	12	10	5	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	1	0	3	0	0	2	2	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 58**
25.1260

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 09:31:31

Geschäft Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026–2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	12	12	12	9	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 59**
25.0827

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 09:38:47
Geschäft Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	12	12	12	9	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
25.1325

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 10:30:41
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	25	0	5	12	0	3	1	4	0	0	0
Nein	68	29	7	0	12	7	6	1	6	0	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 60**
25.1325

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 10:31:17
Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	76	29	8	0	12	9	7	5	6	0	0
Nein	12	0	0	12	0	0	0	0	0	0	0
Ent	7	0	5	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	29	13	12	12	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
25.1368

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 10:56:24

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	13	10	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	10	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
25.1406

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 11:03:09

Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Basler Madrigalisten für die Jahre 2026 bis 2029, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	26	13	9	11	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	13	9	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	2	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
25.0920

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 11:11:38

Geschäft Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	28	13	11	10	10	7	6	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	13	11	10	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	2	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.0854

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 11:29:25

Geschäft Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) zur Förderung der Biodiversität, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	28	13	10	11	10	7	0	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	7	0	0	1	0	0	0	6	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	11	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
25.1423

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 11:39:24

Geschäft Darlehensgewährung an die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) für die Beschaffung von 11 E-Gelenkbussen im Zuge von Angebotserweiterungen aus dem ÖV-Programm 2026-2028, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	24	13	11	11	10	7	5	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	24	13	11	11	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	4	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
24.5493

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 15:21:15
Geschäft Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	27	13	12	1	10	7	5	4	0	0
Nein	13	0	0	0	11	0	0	0	2	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	27	13	12	12	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
25.5458

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 15:28:53
Geschäft Anzug 1 Eric Weber betreffend Kopien für Grossräte

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	4	0	0	1	0	2	0	0	0	1	0
Nein	81	25	11	11	11	7	5	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	25	11	12	11	9	5	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	11	4	2	0	1	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
25.5464

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:04:06

Geschäft Anzug 6 Daniel Gmür und Konsorten betreffend Nachvollziehbarkeit gerichtlicher Entscheide durch öffentliche Urteilsberatung, Abstimmungsergebnisse oder Dissenting Opinions

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	66	27	0	10	11	1	7	4	6	0	0
Nein	22	0	12	1	0	9	0	0	0	0	0
Ent	3	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	91	27	12	11	12	10	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
25.5469

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:15:35

Geschäft Anzug 7 Zaira Esposito und Claudia Baumgartner betreffend Wasserspiel auf dem Tellplatz – eine sprudelnde Piazza fürs Gundeli

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	72	27	6	1	12	10	7	3	6	0	0
Nein	20	0	7	11	0	0	0	2	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	13	12	12	10	7	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
25.5472

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:23:42

Geschäft Anzug 10 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Leerstand der Messe Basel und die Suche nach Zwischenlösungen für die prekäre Sporthallen-Situation im Kanton Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	24	5	11	12	6	7	0	6	0	0
Nein	5	0	2	0	0	0	0	3	0	0	0
Ent	10	0	6	1	0	3	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	24	13	12	12	9	7	3	6	0	0
Nicht abgestimmt	8	3	0	0	0	1	0	2	0	1	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
25.5473

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:37:28
Geschäft Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Basler Kampagne gegen den Schlaganfall

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	27	0	2	12	8	7	0	6	0	0
Nein	27	0	13	9	0	2	0	3	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	91	27	13	11	12	10	7	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
25.5474

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 16:43:06

Geschäft Anzug 12 Joël Thüring und Konsorten betreffend faire Abstimmungsvideos des Kantons statt einseitiger Information

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	1	13	12	10	10	6	5	5	0	0
Nein	25	25	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	13	12	12	10	6	5	5	0	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	0	0	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 38**
23.5454

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 17:04:59

Geschäft Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	8	0	0	0	0	8	0	0	0	0	0
Nein	78	27	12	9	12	0	7	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	27	12	9	12	8	7	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	1	0	2	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	1	2	0	0	0	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
23.5388

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 17:26:55

Geschäft Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	65	27	0	0	12	9	6	5	6	0	0
Nein	24	0	13	10	0	1	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	13	10	12	10	6	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	0	2	0	0	1	2	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 46**
23.5211

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 17:45:13

Geschäft Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	27	0	0	5	3	1	0	6	0	0
Nein	43	0	13	9	6	7	3	5	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	27	13	9	11	10	4	5	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	0	3	0	0	2	2	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
20.5186

Abstimmungsdatum 18. Dezember 2025 18:04:37

Geschäft Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz als ökologischer und klimaneutraler Baustoff, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	66	25	7	0	12	9	3	4	6	0	0
Nein	13	0	6	7	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	79	25	13	7	12	9	3	4	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	17	5	0	5	0	0	3	3	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

Tagesordnung		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (BürG) und Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren, Bericht der JSSK	JSSK	JSD	23.1497.02 22.5217.04
2.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an Gare du Nord für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK	BKK	PD	25.1325.02
3.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der BKK	BKK	PD	25.1368.02
4.	Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB), Bericht des Ratsbüros	Ratsbüro		25.5498.01
5.	Staatsbeitrag an die Stiftung Rheinleben für die Jahre 2026 – 2029 (Anlaufstelle für Angehörige und Kinder von psychisch erkrankten Menschen) sowie Bericht der Kommissionsminderheit, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1218.02
6.	Weiterführung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1194.02
7.	Konzept zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt, Bericht der GSK	GSK	GD	25.0764.02
8.	Staatsbeitrag an die "Aids-Hilfe beider Basel" (AHbB) für die Jahre 2026 - 2029; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1328.02
9.	Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1220.02
10.	Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1219.02
11.	Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2026-2029, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1260.02
12.	Staatsbeitrag an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2026 bis 2029, Bericht der GSK	GSK	WSU	25.0827.02
13.	Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2026 sowie Budget 2026 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK	FKom BKK	FD	25.5499.01
14.	Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten, Schreiben des RR		GD	23.5454.02
15.	Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle und Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend 50-Meter-Schwimmbecken in der Region Basel, Schreiben des RR		ED	20.5443.04 17.5132.05
16.	Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten, Schreiben des RR		BVD	23.5211.03
17.	Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie, Schreiben des RR		BVD	23.5491.02

18.	Klimafreundliches Bauen; Sammelbericht zu den Anzügen Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz als ökologischer und klimaneutraler Baustoff; Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend der Reduktion von klimaschädlichem Zement und Beton im Kanton Basel-Stadt; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Vorbildfunktion für nachhaltiges Bauen; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klimaziele bei Arealentwicklungen; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Klausel für Pilotprojekte; Spezialkommission Klimaschutz betreffend Experimentierzone und Experimentierstatus für klimafreundliches Bauen; David Wüest-Rudin und Konsorten zur Sicherstellung einer Kompetenz- und Beratungsstelle für klimafreundliches Bauen; Lea Wirz und Konsorten zur Sicherstellung der Möglichkeit zur Weiterverwendung bestehender Bau- Substanz während allen Planungsphasen; Salome Bessenich und Konsorten betreffend Strategie Netto-Null in der Basler Bauwirtschaft; Tonja Zürcher und Konsorten betreffend graue Energie bei Baugesuchen berücksichtigen; Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen, Schreiben des RR		BVD	20.5186.04 21.5102.04 21.5742.03 21.5748.03 21.5752.03 21.5745.03 22.5168.03 22.5169.03 22.5170.02 22.5173.04 22.5174.03
19.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik, Schreiben des RR		PD	21.5754.03
20.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Stärkung des Forschungsstandorts im Bereich Klima, Schreiben des RR		PD	21.5753.03
21.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt, Schreiben des RR		PD	21.5488.03
22.	Anzug der Bildungs- und Kulturkommission betreffend Abgeltung an die Museen für Schulklassenbesuche, Schreiben des RR		PD	20.5252.04
23.	Anzug Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum, Schreiben des RR		PD	23.5473.02
24.	Motion David Jenny und Konsorten betreffend Frühlingsputz in der Systematischen Gesetzessammlung: Aufhebung oder Totalrevision des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), Zwischenbericht des RR		JSD	23.5216.03

<u>Überweisung an Kommissionen</u>

25.	Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2026 und 2027, Ausgabenbericht des RR	BKK	ED	25.1569.01
26.	Nachtragskredit 2026 für die Umsetzung KI in der kantonalen Verwaltung, Ratschlag des RR	FKom	PD	25.0884.01
27.	Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	25.1393.01
28.	Eignerstrategie für die Basler Verkehrs-Betriebe 2026-2029, Bericht des RR	UVEK	BVD	25.1630.01
29.	Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahr 2024; Partnerschaftliches Geschäft	UVEK	WSU	25.1690.01
30.	Mobilitätsmanagementkonzept für die Kantonsverwaltung Basel-Stadt, Bericht des RR	UVEK / Mitbericht WAK	BVD	25.0427.01
31.	«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR	JSSK / FKom	JSD	25.1463.01
32.	Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)", Bericht des RR	WAK	WSU	24.1910.02

33.	Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)", Bericht des RR	BRK	BVD	25.0033.02
34.	«Areal Aeschenplatz 6»; Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung des Wohnanteils sowie Abweisung einer Einsprache im Bereich Aeschenplatz, St. Alban-Anlage, Engelgasse und Gartenstrasse, Ratschlag des RR	BRK	BVD	25.1707.01
35.	Petition P503 «Für gute Arbeitsbedingungen im Heim!»	PetKo		25.5505.01
36.	Petition P504 «Umbau des Isaak-Iselin Schulhaus»	PetKo		25.5523.01
37.	Petition P505 «Internationaler Busbahnhof: Visitenkarte für Basel»	PetKo		25.5524.01
38.	Elfter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 Gesundheitsgesetz, Bericht des RR	GSK	GD	25.1751.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

39.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren", Schreiben des RR		JSD	23.5461.02
40.	Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte, Schreiben des RR		BVD	24.5270.02
41.	Motionen:			
	1. Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser			25.5492.01
	2. Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Pilotenausbildung muss am EAP weiterhin möglich sein!			25.5493.01
	3. Catherine Alioth und Konsorten betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung			25.5508.01
	4. Anina Ineichen und Konsorten betreffend Gewaltschutz an Grossveranstaltungen			25.5509.01
	5. Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers			25.5519.01
42.	Anzüge:			
	1. Adrian Iselin und Konsorten betreffend die Zukunft der Art Basel am Standort Basel			25.5494.01
	2. Béla Bartha und Konsorten betreffend Methoden zur Förderung von bidirektionalen DC-Ladestationen			25.5497.01
	3. Beat K. Schaller und Konsorten betreffend sicher in Tram und Bus. Nicht nur während der Fahrt, sondern auch beim Ein- und Aussteigen			25.5510.01
	4. Harald Friedl und Konsorten betreffend Schaffung von mehr sicheren Veloabstellplätzen			25.5511.01
	5. Johannes Barth und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufswelten in der Primarschule entdecken			25.5495.01
	6. Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Berufsberatung im Gymnasium. Monitoring und bessere Unterstützung bei Abbrüchen			25.5512.01
	7. Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung - MINT-Förderung für alle, ab der ersten Stunde			25.5513.01
	8. Joël Thüring und Konsorten betreffend Perspektive Berufsbildung: Ausrichtung der Fachmaturitätsschule überprüfen			25.5515.01
	9. Catherine Alioth und Konsorten betreffend Sicherstellung der gleichwertigen Darstellung der Bildungswege in kantonalen Dokumenten			25.5516.01

Kenntnisnahme

43.	Rücktritt von Barbara Heer als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission per 6. Januar 2026		25.5518.01
44.	Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Chemie-Altlasten unter dem Ackermätteli und mangelnde Ressourcen für deren Überprüfung, Schreiben des RR	WSU	25.5438.02
45.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Tram-Schienen Reparaturen in den nächsten 10 Jahren, Schreiben des RR	BVD	25.5420.02
46.	Schriftliche Anfrage Jenny Schweizer betreffend wie weiter mit dem Roten Farbstreifen auf der Wettsteinbrücke nach dem Feministischen Streik Basel, Schreiben des RR	BVD	25.5359.02
47.	Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Busstation Flixbus, Blabla Car und ähnliche private Fernverkehrsanbieter, Schreiben des RR	BVD	25.5357.02
48.	Schriftliche Anfrage Bülent Pekerman betreffend Ungleichbehandlung von Bauherrschaften bei Abbruch von Gebäuden, Schreiben des RR	PD	25.5353.02
49.	Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Birsig-Bogen Zwischennutzung, Umbau und Vorgehen, Schreiben des RR	PD	25.5352.02
50.	Anzug der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission betreffend Transparenz über den Einsatz von algorithmischen Systemen in der Verwaltung, Schreiben des RR (stehen lassen)	PD	23.5474.02
51.	Schriftliche Anfrage Philip Karger betreffend Kommunikation des Kantons, Schreiben des RR	PD	25.5350.02
52.	Schriftliche Anfrage Tobias Christ betreffend Durchfahrtskontrolle zur Entlastung der Breite und des Kleinbasels, Schreiben des RR	BVD	25.5363.02
53.	Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Auto-/Tramunfällen an der Ecke Burgunder-/ Austrasse, Schreiben des RR	JSD	25.5364.02
54.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Personal-Mangel bei der Basler Polizei, Schreiben des RR	JSD	25.5426.02
55.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Staatenlose beim Airport Basel, Schreiben des RR	JSD	25.5428.02
56.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Zusammenarbeit der Regierung mit dem Heimatschutz, Schreiben des RR	BVD	25.5424.02
57.	Schriftliche Anfrage Béla Bartha betreffend Güterverkehr quer durch Basel und korrelierende Emissionen, Schreiben des RR	BVD	25.5385.02
58.	Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Velogegenverkehr im Claragraben zwischen Riehenstrasse und Claraplatz, Schreiben des RR (stehen lassen)	BVD	15.5416.06
59.	Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Helena Meyer anstelle von Alexandra Dill), Schreiben des RR	PD	25.5468.02
60.	Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Marina Schai anstelle von Andrea Elisabeth Knellwolf), Schreiben des RR	PD	25.5476.02
61.	Rücktritt von Franziska Roth als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2026		25.5542.01